

Luise Güth

Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre

Wahrnehmung und Partizipation
am Beispiel des Bezirks Rostock



WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE
AUS DEM TECTUM VERLAG
Reihe Geschichtswissenschaft

WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE AUS DEM TECTUM VERLAG

Reihe Geschichtswissenschaft

Band 39

Luise Güth

Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre

Wahrnehmung und Partizipation
am Beispiel des Bezirks Rostock

Tectum Verlag

Luise GÜth

Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre.
Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock
Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag:
Reihe: Geschichtswissenschaft; Bd. 39

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018

Zugl. Diss. Universität Greifswald 2016

E-Book: 978-3-8288-6984-4

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4143-7 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN: 1861-7468

Umschlagabbildung: shutterstock.com © hanohiki

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

1.	Einleitung.....	9
1.1.	Fragestellung und Aufbau der Arbeit.....	9
1.2.	Forschungsstand.....	14
1.3.	Methodik und Quellenlage.....	20
1.4.	Untersuchungsgebiet.....	26
2.	Historische Einordnung.....	29
2.1.	Ideologische Hintergründe zur Bündnispolitik im Sozialismus.....	29
2.2.	Die Bündnispolitik der SMAD und KPD/SED in der SBZ.....	33
2.3.	Die bürgerlichen Parteien CDU(D) und LDP(D).....	36
2.4.	Die SED-Gründungen NDPD und DBD.....	42
2.5.	Überblick: Blockpolitik in der DDR bis 1989.....	50
2.6.	Die Friedliche Revolution: internationale und regionale Aspekte.....	52
3.	Einflüsse auf die Akzeptanz des SED-Regimes.....	61
3.1.	Externe Einflüsse.....	61
3.1.1.	Sowjetunion: Glasnost und Perestroika.....	61
3.1.2.	Ostblock: Sorge vor Instabilität und Isolation.....	69
3.1.3.	BRD: Einflüsse von Grenznähe und politische Organisationen.....	78
3.2.	Systemimmanente Einflüsse.....	87
3.2.1.	Wirtschaft und Gesellschaft.....	88
3.2.1.1.	Versorgung: alltäglicher Mangel führt zu Legitimitätskrise.....	88
3.2.1.2.	Innenpolitik: Bildung, Umwelt und Wahlrecht dominieren Diskussionen	97
3.2.1.3.	Reisegesetzgebung: Sehnsucht nach Normalität und Rechtssicherheit	101
3.2.1.4.	Informationspolitik: Aufbegehren gegen entmündigende Desinformation	106
3.2.1.5.	Sputnik-Streichung: von wem nun „Siegen lernen“?	110
3.2.1.6.	Sozialistische Demokratie: Ursache für Resignation und Emanzipation	114

3.2.2.	Beziehung zur SED: von unterwürfiger Treue zu offener Feindschaft	119
3.2.2.1.	Die CDU(D): Kritik auf allen Ebenen – außer vom Vorsitzenden	119
3.2.2.2.	Die LDP(D): selbstbewusste Kritik – auch vom Vorsitzenden	125
3.2.2.3.	Die NDPD: Kritik der Mitglieder, aber Kreisfunktionäre lange „auf Linie“	136
3.2.2.4.	Die DBD: strukturell und inhaltlich die engste Verbündete ..	143
3.2.3.	Beziehung zum MfS: offizielle Kooperation und inoffizielle Durchdringung	147
3.2.4.	Die Parteien im SED-Herrschaftssystem: Anleitung und Inszenierung	159
3.2.5.	Interaktion der Blockparteien: Aufbrechen der inszenierten Konkurrenz	166
3.2.6.	Bevölkerung & Kirche: Positionierung zu Reformforderungen von „außen“	172
3.2.7.	Regionale Disparitäten: wider die Mär vom unsolidarischen Norden	186
4.	Aufbruch zur Emanzipation von der SED.....	194
4.1.	Parteikommunikation: Indikator für parteiinterne Hierarchien und politische Kultur.....	194
4.2.	Unmut: die Diskrepanz zwischen Basis und Führung wächst	206
4.3.	Erneuerung: von alten Schläuchen und neuen Weinen.....	240
4.4.	Kreisverbände: Diskrepanzen offenbaren bestehende Spielräume.....	279
4.5.	Einflüsse von geographischer Lage, Urbanisierung und Bildungsstand.....	325
4.6.	Bezirksleitungen: verlängerte Arme der Führung oder Sprachrohre der Basis?.....	327
4.7.	Mitgliederbewegung: Indiz für die Zufriedenheit mit der Partei und dem System.....	332
4.8.	Akteursgruppen: Jugendliche, Frauen oder „Intelligenzler“ prägen Meinungsbild.....	369
4.8.1.	Jugend: Antrieb in LDP(D) und DBD.....	369
4.8.2.	Frauen: in der CDU(D) nicht nur Ausdruck der Erneuerung	376
4.8.3.	„Intelligenz“: besonders prägend in LDP(D).....	379

5.	Vorbereitungen für die deutsche Vereinigung.....	386
5.1.	Reinigende Umstrukturierungen und sterbende Artefakte.....	386
5.2.	Parteifusionen: Ostbesuch und Westverwandtschaft.....	394
5.2.1.	Konservatives Spektrum.....	394
5.2.2.	Liberales Spektrum.....	405
6.	Fazit.....	414
7.	Anhang.....	422
7.1.	Abkürzungen.....	422
7.2.	Personenverzeichnis (Auswahl).....	424
7.3.	Tabellen- und Grafikverzeichnis.....	428
7.4.	Quellenverzeichnis.....	437
7.4.1.	Gedruckte Quellen.....	437
7.4.2.	Ungedruckte Quellen.....	439
7.4.2.1.	Archiv für Christlich-demokratische Politik (ACDP).....	438
7.4.2.2.	Archiv des Liberalismus, Bestand LDP(D) (ADL).....	440
7.4.2.3.	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch).....	440
7.4.2.4.	Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU).....	441
7.4.2.5.	Pommersches Landesarchiv Greifswald.....	441
7.5.	Literaturverzeichnis.....	442

1. Einleitung

Die drastischen Worte eines CDU(D)-Ortsgruppenvorsitzenden sind angesichts des überwiegend angepassten und opportunistischen Bildes, das häufig mit den Blockparteien der DDR verbunden wird, überraschend: Im Kreise der Ortsgruppe könne man die „*Fresse aufmachen gegen die Bürokratenscheiße*“¹. Wer seiner Meinung nach die „*Fresse aufmachen*“ sollte und was genau nach der Ansicht einiger Rostocker Blockpartei-mitglieder die „*Bürokratenscheiße*“ gewesen ist, wird diese Arbeit zeigen. Obwohl die Wortwahl hier tatsächlich außergewöhnlich scharf ist, war ein nicht unwesentlicher Teil der Mitgliedschaft der vier kleineren Blockparteien ab der Mitte der 80er Jahre mit Einzelaspekten der SED-Politik unzufrieden.² Aus diesen Teilaspekten erwuchs ein allgemeiner Unmut mit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der späten DDR, der auch Auswirkungen auf die Stabilität des SED-Herrschaftssystems hatte. Die Genese und Auswirkung dieses Unruhepotentials steht im Zentrum der vorliegenden Studie.

1.1. Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Doch was waren eigentlich die Blockparteien der DDR? Für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) waren die vier Blockparteien³ ein inhärenter Bestandteil der Herrschaftsstruktur und die Kontrolle

¹ Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere CDU und LDP(D), unter besonderer Beachtung von gezielten gegenräterischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis dieser Parteien gegen die Politik der SED sowie Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 23.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 10, Bl. 146.

² Obwohl diese Feststellung für Teile der Rostocker SED-Mitgliedschaft ebenfalls zutrifft, steht eine genauere Untersuchung hier noch aus.

³ Als Blockparteien bezeichnet man die Parteien der DDR, die gemeinsam mit (und unter Führung) der SED den namensgebenden *Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen* bildeten. Ab 1949 war die *Nationale Front der Deutschen Demokratischen Republik* die Dachorganisation der Parteien und Massenorganisationen. Auf Grund der exponierten Stellung der SED wird diese zumeist nicht als Blockpartei bezeichnet, sondern nur die vier kleineren Parteien CDU(D), LDP(D), NDPD und DBD. Als Massenorganisation waren der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Kulturbund (KB), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) ab 1947 ebenfalls Mitglieder des Blocks.

über sie war ein Element der Machterhaltung. Über ihre bloße Existenz hinaus waren Christlich-Demokratische Union Deutschlands [CDU(D)],⁴ Liberaldemokratische Partei Deutschlands [LDP(D)],⁵ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) auch in staatstragende Funktionen eingebunden. So bekleideten die Funktionäre der Blockparteien Ministerämter und ihre Vorsitzenden hatten jeweils einen Posten als stellvertretende Staatsratsvorsitzende inne. Herrschaftsstabilisierend wirkte sich die Existenz und die scheinbare Beteiligung der Blockparteien aus, weil die Einbindung nicht-proletarischer Kräfte fester Bestandteil der sozialistischen Bündnispolitik war.⁶

Unter der Führung der SED agierten alle fünf Parteien gemeinsam im namensgebenden Demokratischen Block. Tatsächlich aber war die Anerkennung der Führungsrolle an der Basis der Blockparteien nicht so uneingeschränkt, wie die SED es gern darstellte. Das vermeintlich freundschaftliche Verhältnis zueinander bekam in der zweiten Hälfte der 80er Jahre deutliche Risse, die sich auf konkrete destabilisierende Faktoren zurückführen lassen. Diese Faktoren wirkten sich auf den Grad der Anerkennung der SED-Führung aus und führten auch bei den Blockparteimitgliedern zu einer Zunahme der artikulierten Unzufriedenheit.

Die Amtsantritte von Gorbatschow und de Maizière markieren den zeitlichen Rahmen dieser Untersuchung, denn sie markieren Anfang und Ende des Bemühens um einen demokratischen Sozialismus in der späten DDR. Die fünf Jahre zwischen März 1985 und April 1990 waren von einem stetigen Demokratisierungsprozess geprägt, mit dem die Destabilisierung der bestehenden zentralistischen Herrschaftsstrukturen bis zu deren Auflösung einherging.

Welche Faktoren die Akzeptanz des SED-Herrschaftsanspruches in diesem Blocksystem ins Wanken brachten und schließlich den Zusammenbruch des SED-Staates begünstigten, will diese Dissertation aufzeigen: Sowohl externe als auch systemimmanente Einflüsse veränderten die Diskussionen der Blockparteimitglieder über die Chancen und Grenzen des Sozialismus in der DDR. Innerparteiliche Strukturen und die Vor-

⁴ Mit der Bezeichnung CDU(D) ist die christdemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz gemeint, obwohl das hintere D nur in den Gründungsjahren zum Parteinaamen gehörte.

⁵ Mit der Bezeichnung LDP(D) ist die liberaldemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz gemeint, obwohl das hintere D erst ab 1951 zum Parteinaamen gehörte.

⁶ Siehe dazu Kapitel 2.1. *Ideologische Hintergründe der Bündnispolitik im Sozialismus.*

machtstellung der SED schufen den Rahmen, in dem Kritik geäußert werden konnte.

Externe Faktoren, die sich auf die Anerkennung der SED-Führungsrolle auswirkten, ergaben sich hauptsächlich aus der Umbruchsituation im gesamten Ostblock, Glasnost und Perestroika und der Auseinandersetzung mit der BRD.

Dominierende systemimmanente Faktoren waren Probleme in der Wirtschaft und Gesellschaft, die Auswirkungen der SED-Parteienpolitik und die zunehmende Politisierung der Bevölkerung und Kirchen.

Aufgrund parteiinterner Charakteristika konnte das Unmutspotential in den Blockparteien unterschiedlich adäquat kommuniziert werden. Beeinflusst wurden die Kommunikationsstrukturen von dem Selbstverständnis der Blockparteien, dem Berichtswesen und dem Umgang mit kritischen Positionen durch Kreis- und Bezirksfunktionäre. Kurzum: dem Grad der innerparteilichen Demokratie.

Die Leitfrage dieser Studie ist: Wie wirkten sich diese Faktoren auf die Akzeptanz und Wahrnehmung des SED-Regimes durch die Mitglieder und Funktionäre der Blockparteien aus und wie beeinflussten sie die Stabilität des politischen Systems in der Spätphase der DDR bis zu dessen Auflösung im Herbst 1989. Dabei sind auch die wenigen Monate der Eigenständigkeit der Parteien von Belang. Exemplarisch wird der Fokus auf den Küstenbezirk Rostock gerichtet.⁷

Das Ausbleiben von befriedigenden Lösungen für aufkommende Probleme bewirkte das Infrage-Stellen von Dogmen und Interpretationen der SED und führte zu einer allmählichen Zersetzung, einer Erosion der Herrschaftsakzeptanz. Dieser Erosionsprozess in der späten DDR kann in drei Phasen eingeteilt werden: Die erste Phase umfasste die Jahre von 1986 bis zum Spätsommer 1989, dem Beginn der Friedlichen Revolution.⁸

⁷ Warum Rostock ausgewählt worden ist und welche Spezifika mit dem nördlichsten Bezirk der DDR verbunden sind, wird in Kapitel 1.4. *Untersuchungsgebiet* erläutert.

⁸ Etwa seit der Jahrtausendwende gibt es eine rege Auseinandersetzung um die Bezeichnung des Umbruchs 1989/90. Die bis dahin dominierende Bezeichnung als Wende wurde durch die Einordnung der deutsch-deutschen Ereignisse in die Umbruchsituation in Osteuropa und deren transformationstheoretische Analyse durch den Begriff Friedliche Revolution verdrängt. Neben der methodischen Dimension wurde dies auch durch mehrere inhaltliche Einwände gestützt. Demnach sei die Bezeichnung Wende nicht nur eine wertneutrale Verharmlosung, sondern vor allem die von Krenz geprägte Bezeichnung für den Versuch der Machterhaltung durch die SED (Vgl. Richter, M.: Die Wende. Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs, in: Deutsch-

In dieser Zeit staute sich der Unmut der Parteimitglieder auf und es entstand eine zunehmende Distanz zur Sozialistischen Einheitspartei und der eigenen Parteiführung. Das waren die Grundsteine für die spätere Erneuerung und Profilierung der Blockparteien.

Die Wende-Monate September 1989 bis Februar 1990 bildeten die zweite Phase. Sie waren gekennzeichnet durch die Selbstfindung der Blockparteien und deren Bruch mit der SED. Analysiert wird, wie die Basis⁹ und die verschiedenen Funktionärsebenen das entstandene Unruhepotential zur Profilierung und Mitgestaltung der Wende genutzt haben.

Die Monate zwischen März und Oktober 1990 schließen sich als dritte Phase an. Mit der Volkskammerwahl im März '90 wurde die Friedliche Revolution – die Entmachtung der SED zugunsten einer demokratisch legitimierten Volksvertretung – abgeschlossen. Der Prozess der deut-

land Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Bd. 40 (2007), S. 861–868, hier S. 862f.). Allerdings hatte Krenz schon im Herbst 1989 nicht mehr die semantische Deutungsmacht über den Begriff Wende: Im November und Dezember hat sich die Bevölkerung von der Semantik der SED emanzipiert, einen eigenen, revolutionären Bedeutungsinhalt der Wende entwickelt somit die Deutungshoheit über den Begriff zurückerlangt (Siehe dazu Richter, Plädoyer, S. 864–866). Da aber auch die Bezeichnungen Revolution, Implosion oder der von Timothy Garton Ash geprägte Neologismus *Refolution* als Zusammensetzung der Begriffe Reform und Revolution (Ash, T.G.: Ein Jahrhundert wird abgewählt: Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990 (dtv, Bd. 30328), München 1993²) nicht ohne kritische Einwände auskommen (z. B. in Langer, K.: „Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft...!“ Zur Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR (Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns, Bd. 3), Bremen 1999, S. 11–13) wird die Terminologie in dieser Arbeit im Sinne Richters verstanden, der zu dem Schluss kommt, dass die Bezeichnung Wende gerade wegen ihrer Neutralität und als „*Begriff der Bevölkerung für ihr eigenes revolutionäres Handeln*“ als umgangssprachliches Gesprächsangebot unabhängig von der politischen Einschätzung der Situation 1989/90 wertgeschätzt werden sollte. Richter, Plädoyer, S. 867). In dieser Arbeit sind die Begriffe *Wende* und *Friedliche Revolution* durchweg in Anführungszeichen zu denken: Es handelt sich lediglich um Chiffren zur Benennung des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90. Aus stilistischen Gründen werden auch andere Bezeichnungen synonym verwendet.

⁹ Grundsätzlich werden diejenigen Mitglieder als Parteibasis verstanden, die im Rahmen ihrer Mitgliedschaft keine oder nur ehrenamtliche Tätigkeit in der Partei ausgeübt haben. Funktionäre sind dagegen alle hauptamtlichen Mitarbeiter, bei denen jedoch zwischen niederen (Kreisebene), mittleren (Bezirksebene) und hohen Funktionären (zentrale Ebene) unterschieden wird.

schen Vereinigung¹⁰ schloss sich an das Wählervotum für die *Allianz für Deutschland* an und endete mit dem Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990. Hier stehen Konsolidierung und Transformation der Parteien im Vordergrund. Aufgrund der dünnen Quellenlage zu diesem Zeitabschnitt kann jedoch nur schlaglichtartig thematisiert werden, wie der Übergang zum bundesdeutschen Parteiensystem an der Basis verlief.

Die Darstellung der jeweiligen Spezifika der Blockparteien ist ein inhärenter Bestandteil dieser Studie. So wird gezeigt, dass sich die Reaktionen der Blockparteimitglieder auf die sie umgebenden Diskurse und Strukturen wenig voneinander unterschieden. Tatsächlich hatten sich die Mentalitäten aller vier Parteien trotz ihrer unterschiedlichen Traditionen in den späten 80er Jahren soweit angeglichen, dass ein Reformbedarf zumindest für Teilaspekte des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens bereits deutlich vor dem Beginn der Friedlichen Revolution wahrgenommen und die Abschaffung von Missständen gefordert wurde. Jedoch waren die Strukturen des DDR-Systems nicht auf die unkontrollierte öffentliche Artikulation von kritischen Meinungen ausgerichtet. Dennoch war es noch im Sommer 1989 die mehrheitliche Meinung der Blockparteimitglieder, an den DDR-eigenen Formen der politischen „Partizipation“ festzuhalten. Die erstarkende demokratische Öffentlichkeit beschleunigte dann den Emanzipationsprozess der Blockparteien und ebnete den Weg für eine neue politische Kultur in der späten DDR.

Über die Schwerpunkte dieser Dissertation hinaus wären sowohl ein dezidierter Vergleich des hier erhobenen Befundes mit anderen Bezirken als auch eine DDR-weite Betrachtung anzustellen. Ebenso wünschenswert wäre eine Untersuchung über das Zusammenwachsen der Parteien aus DDR und BRD. Weiterführende transnationale Fragestellungen zur Rolle der Blockparteien könnten helfen, die politischen Strukturen vor und während des Zerfalls des Ostblocks zu analysieren und sowohl supranationale Gemeinsamkeiten als auch nationale Spezifika herauszuarbeiten. Aufgrund des unzureichenden Forschungsstandes und fehlender anschlussfähiger Arbeiten ist dies jedoch im Rahmen dieses Dissertationsprojektes nicht zu leisten. Daher will diese Arbeit als Aufforderung zur weiteren Erforschung des Themenfeldes verstanden werden.

Die Gliederung der vorliegenden Studie orientiert sich an den bereits genannten Einflussparametern und ist chronologisch angelegt. Um die

¹⁰ Im Gegensatz zum üblichen Sprachgebrauch der „Wiedervereinigung“ wird in dieser Arbeit der Terminus *Vereinigung beider deutscher Staaten* bevorzugt, da dieser keine nationalstaatliche Kontinuität impliziert.

Positionierung der Blockparteien zwischen dem Jahr 1986 und dem März 1990, ihren Handlungsrahmen und ihr Selbstverständnis verstehen und in die jeweilige Parteiengeschichte einordnen zu können, wird der eigentlichen Untersuchung eine kurze Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung der Parteien vorangestellt. Darin werden neben der Frage nach der gesellschaftspolitischen Funktion der Parteien auch auf deren Verhältnis zur Einheitspartei eingegangen und die ideologischen Grundzüge der sozialistischen Bündnispolitik umrissen. Auch der regionalen Ausrichtung zollt Kapitel zwei Rechnung. So skizziert es die Zustände und Problemlagen im Bezirk Rostock am Vorabend der Wende und den Verlauf der Friedlichen Revolution im Küstenbezirk.

Den Hauptteil dieser Arbeit bilden die Kapitel drei und vier. Im dritten Kapitel wird der Einfluss nationaler und internationaler Faktoren auf die Positionierungen und Meinungsbildung der Blockparteien zwischen der Mitte der 80er Jahre und der Vereinigung von BRD und DDR dargestellt und in den historischen Kontext eingebettet. Das vierte Kapitel zeigt die Auswirkungen dieser Einflüsse und weiterer parteispezifischer Faktoren auf die Blockparteien und verdeutlicht den davon ausgehenden Emanzipationsprozess bis in das Frühjahr 1990 hinein.

Darauf aufbauend richtet das fünfte Kapitel den Fokus auf das Jahr 1990 und konturiert die Entwicklungslinien der Blockparteien bis zu den Parteifusionen.

Nach dem Fazit dieser Untersuchung (Kapitel 6) schließt sich der Anhang (Kapitel 7) mit einem Tabellen- und Grafikverzeichnis und einer Übersicht über benutzte Quellen und Literatur an.

1.2. Forschungsstand

Lange wurde DDR-Geschichte aus nahezu ausschließlich politikgeschichtlicher Perspektive geschrieben. Fragestellungen aus der Herrschaftsperspektive ließen die SED und ihren unmittelbaren Machtapparat im Fokus der DDR-Forschung stehen. Fast könnte man sogar sagen, DDR-Forschung wäre bis in die 2000er Jahre SED-Forschung gewesen.¹¹ Als ein zentrales Dokument gingen die 8-bändigen Materialien der En-

¹¹ Exemplarisch sind hier neben den Materialien der Enquete-Kommission und den im Anhang aufgeführten Literaturnachweisen zu nennen: Bessel, R./Jessen, R.(Hgg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996; Schröder, K.: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998 und Wilke, M.(Hg.): Der SED-Staat. Geschichte und Nachwirkungen, Köln 2006.

quete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“ aus dieser Phase der Forschung hervor.¹² Machtapparat, Arbeitsweise, Ideologie, Machtelite und Strukturen des SED-Herrschaftsapparates wurden eingehend untersucht, auch bis hinunter auf die Bezirks- und Kreisebene.¹³ Erzählungen von Diktatur und Opposition ließen oft keinen Platz für die Graustufen dazwischen und zogen zu leichtfertig eine künstliche Grenze zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“.

Ab der Mitte der 2000er Jahre verschob sich der Blick der DDR-Forscher zunehmend auf gesellschaftsgeschichtliche und sozialgeschichtliche Aspekte. Alltagserfahrungen und mentalitätsgeschichtliche Fragen standen nun ebenso im Vordergrund wie die zum Teil widersprüchlichen Erfahrungen von Repression und Normalität.¹⁴ Ein Ergebnis dessen war die Erkenntnis, dass die Dichotomie zwischen Regime und Volk weder haltbar noch geeignet ist, die Komplexität der DDR-Gesellschaft aufzuzeigen. Stattdessen zeigen Arbeiten wie die von Mary Fulbrook, wie die Grenzen des Staates über die enge Gruppe der herrschenden Elite hinaus erweitert und eine Vielzahl der Bürger in „Mikro-Systeme“, wie die Arbeit in Parteien, Massenorganisationen, Betriebsgruppen und Initiativen, gebunden wurden.¹⁵

Die Anzahl (westdeutscher) Forschungsarbeiten über die Blockparteien ist übersichtlich, was auch der bis 1990 nicht vorhandenen Quellenzugänglichkeit geschuldet sein kann. Seit ihrer Entstehung standen die vier kleineren Blockparteien nur sporadisch im Fokus westdeutscher Forschungsarbeiten. Bis in die 2000er hinein verbindet sie die Prämisse, dass der zumindest in Teilen vorhandene politische Grundkonsens zwischen den Blockparteien und der KPD/SED nicht anerkannt wurde. Stattdessen standen Zwang, Repression und die Suche nach der Ursache der Unter-

¹² Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, 8 Bände, Baden-Baden 1995. Mecklenburg-Vorpommern hat als einziges Bundesland eine eigene Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Regionalgeschichte der einstigen drei Nordbezirke gebildet: Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Leben in der DDR, Leben nach 1989: Aufarbeitung und Versöhnung, 10 Bände, Schwerin 1998.

¹³ Siehe z. B. Niemann, M.: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007 oder Pohlmann, T.: Die Ersten im Kreis. Herrschaftsstrukturen und Generationen in der SED (1946-1971), V&R unipress 2017.

¹⁴ Vgl. Fulbrook, M.: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 26.

¹⁵ Vgl. ebd., insb. Kapitel 11 *Der Zellenstaat: Gutartige und böartige Verteilung der Macht*, S. 253–266.

ordnung im Vordergrund der Untersuchungen.¹⁶ Da auch zwischen SED und DDR-Bevölkerung grundsätzlich keine Interessenidentität erkannt wurde, wurde den Blockparteien nur eine Machtsicherungsfunktion zugeschrieben.¹⁷ Die Frage nach der Eigenständigkeit der Blockparteien und dem daraus entstehenden Spannungsfeld zwischen Abhängigkeit und möglicher Konkurrenz kam erst ab den 90er Jahren auf.¹⁸ Jüngere Forschungsarbeiten erkennen eine breite Mitwirkung der Blockparteien.¹⁹ Im Fokus dieser Studie stehen vor allem die Veränderung der Funktionen der Interessenvertretung und die der Informationsbeschaf-

¹⁶ Vgl. z. B. Brandt, H. J./Dinges, M.: Kaderpolitik und Kaderarbeit in den „bürgerlichen Parteien“, Berlin 1984, S. 9 und Duhnke, H.: Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Text und Kommentar, Frankfurt a. M. 1966, S. 283.

¹⁷ Vgl. z. B. Horn, H.: Gewerkschaften in staatssozialistischen Ländern Osteuropas, in: Mielke, S. (Hg.): Internationales Gewerkschafts-Handbuch, Opladen 1983, S. 1013.

¹⁸ Vgl. z. B. Suckut, S.: Die DDR-Blockparteien, in: Weber, J. (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 99–198, hier S. 102.

¹⁹ Als a) Transmission verbreiten die Blockparteien die Akzeptanz der SED-Politik in der eigenen Mitgliedschaft und leisteten somit b) Erziehungsarbeit, indem sie die Menschen zur Aneignung des Marxismus-Leninismus veranlassten. Für ihre Mitglieder waren die Blockparteien eine c) Interessenvertretung, die sich in ihrem Selbstverständnis, ihrer Arbeitsweise und ihren Einflussmöglichkeiten jedoch deutlich von Interessenvertretungen in bürgerlichen Demokratien unterschied. Das Hervorbringen von Kritik erfolgte zumeist in Form einer systempositiven Umdeutung. Kritik äußerten die Blockparteien zu Einzelfragen und entschärften „Zündstoff“. Die von ihnen übermittelten Stimmungsbilder dienten der SED als Informationsquelle. Durch diese direkte Art der d) Informationsbeschaffung/Ventilfunktion war die Partei der Arbeiterklasse über die Meinung in der Bevölkerung informiert und konnte ggf. darauf reagieren. Die fünfte Funktion der Blockparteien bestand zumindest theoretisch darin, die bürokratischen Strukturen als e) Kontrollmechanismus zu überwachen. Faktisch konnten sie diese jedoch nicht erfüllen. Relevanter dagegen war ihre f) Partizipation in Staatswesen, Justiz und Wirtschaft, in die sie sich mit dem Spezialwissen ihrer Mitglieder einbrachte. Einen wesentlichen Bestandteil des Parteilebens machte die g) Aus- und Weiterbildung der Mitglieder und die Motivation zum Erwerb von Qualifikationen aus. Die letzte Funktion betraf vor allem die Massenorganisationen, insbesondere die FDJ: Sie diente als ein Grundstein der f) SED-Kaderentwicklung. Siehe zu allen acht Funktionen ausführlich: Kurek, W.: Die VdGB in der bündnis- und agrarpolitischen Konzeption der SED (1945-1952). Entstehung und Konsolidierung des Verbandes als Konsequenz der SED-Politik. Eine Quellenstudie, Berlin 1995, S. 32–35.

fung/Ventilfunktion als Marker des Erosionsprozesses der SED-Herrschaft in der zweiten Hälfte der 80er Jahre.

Darüber hinaus existierende Darstellungen beschränken sich häufig auf die eigenständigen Gründungen CDU(D) und LDP(D) und konzentrieren sich überwiegend auf deren Entstehungsjahre. Arbeiten zum Ende der Blockparteien und deren Aufgehen im bundesdeutschen Parteiensystem liegen zwar in geringem Umfang vor,²⁰ doch haben diese keinen komparativen Ansatz. Darstellungen über die SED-initiierten Parteien NDPD und DBD sind noch rarer.²¹ Keine der bisherigen Publikationen ist regionalgeschichtlich angelegt. Dass die Erforschung der Blockparteien insgesamt und der mittleren und niederen Blockpartieebenen im Speziellen ein Desiderat darstellt, bestätigte auch die gemeinsame Tagung des Zentrums für Zeitgeschichte und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im September 2010.²²

Zum Verlauf der Friedlichen Revolution erschienen bereits ab 1990 ereignisgeschichtliche Untersuchungen. Neben Dokumentensammlungen, Chronologien, Arbeiten zu einzelnen Oppositionsgruppen und transformationstheoretischen Schriften wurden auch Studien über die Wende in einzelnen Bezirken und in überregionalen und regionalen Zentren veröffentlicht.²³ Zeitgleich erfolgte die Untersuchung einzelner Kreise, Kleinstädte und Gemeinden.²⁴ Auch zum Verlauf der Wende im Bezirk

²⁰ Z. B. Ditfurth, C. v.: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991 oder Lapp, P. J.: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998 oder Richter, M.: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hgg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 235–253 oder Walter, M.: Es ist Frühling und wir sind (so) frei! LDP(D), NDPD, DFP und FDP in der DDR 1989/1990 (Spektrum Politikwissenschaft, Bd. 4), Würzburg 1998.

²¹ Siehe Literaturverzeichnis.

²² Vgl. Tagungsbericht *DDR-Geschichte in Forschung und Lehre: Bilanz und Perspektiven*, 23.09.2010–24.09.2010, Berlin, in: H-Soz-u-Kult, 04.11.2010, S. 2. www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3353. Eingesehen am 08.04.2011 um 16:28 Uhr.

²³ Fischer, A./Heydemann, G. (Hg.): Politische Wende 1989/1990 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 1), Weimar 1995 oder Abokat, S.: Politischer Umbruch und Neubeginn in Wismar von 1989 bis 1990 (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Band 21), Hamburg 1997, S. 48.

²⁴ Siehe z. B.: Mrotzek, F.: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Band 17), Hamburg 1997.

Rostock liegen einzelne Untersuchungen von unterschiedlicher räumlicher Perspektive und unterschiedlich wissenschaftlichem Anspruch vor. Vergleichsweise großen Raum nehmen dabei die Untersuchungen der Friedlichen Revolution in den Hanse- und Universitätsstädten Greifswald und Rostock ein.²⁵ Politikwissenschaftliche Arbeiten zu Parlamentarismus, Wählerverhalten und der politischen Kultur im heutigen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern erscheinen seit der Mitte der neunziger Jahre in regelmäßigen Abständen und haben sich auch für diese Arbeit als gewinnbringend erwiesen.²⁶

Die bisherigen Publikationen betrachten die DDR mehrheitlich aus herrschaftlicher Perspektive, wie schon der einseitige Begriff des „*Transmissionsriemens*“ zeigt. Wechselwirkungen zwischen Mitgliedern und Funktionalen bzw. staatlichen Organen sind mit dem Transmissions-Paradigma jedoch nicht zu fassen. Erst in der jüngeren Zeit ist hier ein Perspektivwechsel erfolgt. Neben diesem methodischen Einwand muss

²⁵ Als jüngste Publikation zur Wende in Greifswald ist die von Mellies/Möller herausgegebene Interviewsammlung Greifswald 1989. Zeitzeugen erinnern sich, Marburg 2009 zu nennen, die aus einem studentischen Interviewprojekt hervorgegangen ist, an dem auch die Verfasserin teilgenommen hat. Das umfangreichste Werk zur Geschichte Greifswalds ist die Dissertation Greifswald in Vorpommern aus dem Jahr 2000 von Matthiesen, der sich vornehmlich mit der Entstehung und Transformation des konservativen Milieus seit dem Kaiserreich und dessen Funktion als möglicher Garant für Stabilität und Kontinuität im Raum Greifswald beschäftigt. Ebenfalls im Jahr 2000 erschien der Sammelband Greifswald – Die Geschichte der Stadt, herausgegeben von Horst Wernicke. Besonderen Fokus auf das Verhalten der SED-Bezirksleitung Schwerin legt Klaus Schwabe in seiner 1999 erschienenen Darstellung Ende einer Illusion. Hoffnungen und Enttäuschungen aus 40 Jahren DDR. Eine weitere lohnenswerte Veröffentlichung stammt von dem Greifswalder Pfarrer und späterem Bürgermeister Reinhard Glöckner, der seine Wendeerinnerungen unter dem Titel Die 'Wende' in Greifswald aus meinem Erleben und aus meiner Sicht bereits 1993 niedergeschrieben hat. Als Rostocker Titel sind zu erwähnen: Schmidtbauer, B.: Tage, die die Bürger bewegten. Eine Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis zum Oktober 1990 (Dokumente des Rostocker Umbruchs, Band 1), Rostock 1991 oder Richter, I. (Hg.): Die Wende in Rostock. Zeitzeugen erinnern sich, Rostock 1999 oder der Interviewband Höser, S./Scherer, R.: Wir hatten Hoffnung auf eine Demokratie. Rostocker Protestanten im Herbst 1989 (Talheimer Sammlung kritisches Wissen, Bd. 27), Mössingen-Talheim 2000.

²⁶ Zum Beispiel: Schoon, S.: Wählerverhalten und politische Tradition in Mecklenburg und Vorpommern (1871–2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 151), Düsseldorf 2007.

gegenüber der geringen Anzahl thematisch relevanter Arbeiten auch ein inhaltlicher Einspruch erhoben werden: Sie schreiben den paradigmatischen Entstehungshintergrund der vier kleinen Blockparteien bis in die Wendezeit und zu deren Transformation relativ undifferenziert fort und nehmen nach wie vor die zu allgemeine Trennung zwischen den vermeintlich konformen und oppositionelleren Blockparteien vor.

Einzelne (auto-)biographische Schriften wie die Manfred Gerlachs, des ehemaligen DBD-Umweltministers Reichelt oder die des damaligen LDP(D)-Vorstandsmitglieds Manfred Bogisch illustrieren persönliche Erfahrungen und stehen unter einem Rechtfertigungs- und Legitimierungszwang, beziehungsweise werden dessen verdächtigt.²⁷

Die vorliegende Studie verbindet politikgeschichtliche und sozialgeschichtliche Aspekte miteinander und versucht, damit der Komplexität des Lebens in der DDR Rechnung zu tragen. Am Beispiel der Blockparteien zeigt sie auf, wie die Herrschaft der SED wahrgenommen wurde und welchen Wechselwirkungen mit den Bürgern sie unterlag. Erst die Kombination beider Disziplinen kann eine Erklärung dafür liefern, warum die DDR über 40 Jahre ihres Bestehens von einer breiten Masse der Bevölkerung mitgetragen- und gestaltet worden ist, obwohl sie von ihren Bürgern einerseits sowohl als totalitärer Überwachungsstaat als auch als Sozialstaat mit begrenztem Wohlstandsversprechen und Partizipationsmöglichkeiten erlebt werden konnte. Unter dem Begriff der „partizipatorischen Diktatur“ subsumiert Mary Fulbrook das Paradox, dass es in der DDR trotz fehlender innerer Legitimation und eines repressiven Machtapparates einen internen Konsens gegeben hat. Das System der DDR baute darauf auf, dass es gerade durch das Agieren und Interagieren einer großen Mehrheit der Bevölkerung aufrechterhalten wurde.²⁸

In einschlägigen Überblickswerken zur Wendezeit und zur Vereinigung beider deutscher Staaten macht die Rolle der Blockparteien nur ein Randthema aus. Betrachtungen zu den Blockparteien in den einzelnen Bezirken gibt es nicht. Ebenso fehlen transnationale Darstellungen zum Ende der Blockparteien, die die Entwicklung der bulgarischen, tschechoslowakischen und polnischen Parteienlandschaften einbezieht. Auch das

²⁷ Gerlach, M.: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991, Reichelt, H.: Blockflöten – oder was? Zur Geschichte der DBD, Berlin 1997 oder Bogisch, M.: Illusionen. Enttäuschungen. Vereinnahmungen. Zur Politik der ostdeutschen Liberalen im Anschlussjahr 1990 (Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 96), Berlin 2005.

²⁸ Für diese Widersprüchlichkeit hat Mary Fulbrook den passenden Begriff der „partizipatorischen Diktatur“ geprägt. Vgl. ebd., S. 28.

Verhältnis von SED und Blockparteien auf Bezirks- und Kreisebene und die genauen Anleitungsstrukturen warten noch auf ihre Untersuchung. Dass die Eröffnung des Bestandes der ZK-Abteilung Befreundete Parteien für die Jahre 1986 bis 1989 neue Erkenntnisse und Überraschungen verspricht, ist gewiss.

Erfreulicherweise hat die Erforschung der Blockparteien in letzter Zeit etwas an Popularität zugenommen. So ist beispielsweise im Jahr 2014 ein mehrjähriges Forschungsprojekt zur LDP(D) am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden ins Leben gerufen worden. Neben mehreren Dissertationsprojekten zur LDP(D), die die Friedrich-Naumann-Stiftung mit Stipendien unterstützt, entsteht auch eine Doktorarbeit über das Geschichtsbewusstsein der NDPD an der Universität Rostock.

1.3. Methodik und Quellenlage

Auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR ist die Diskussion über deren Gesellschafts- und Staatsmodell noch nicht abgeschlossen. Die bisher zur Bestimmung des Verhältnisses von Bürgern und Staat genutzten konzeptionellen Begriffspaare *durchherrschte Gesellschaft*²⁹ und *Grenzen der Diktatur*³⁰ haben sich als eingeschränkt tragfähig erwiesen: Beide richten den Fokus auf die Differenz zwischen den Herrschaftsansprüchen der Staatsmacht und ihrer praktischen Realisierung. Die Beziehung zwischen DDR-Staat und Gesellschaft war jedoch komplexer: Die gleichzeitige Teilhabe an staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen, etwa die Mitarbeit in Kollektiven, Organisationen oder Betriebsgruppen, war für die meisten Bürger Realität. So auch für die Blockparteimitglieder, die ihrerseits mit gewissen Machtbefugnissen gegenüber Dritten ausgestattet wurden. Sowohl die Vorstellung einer Ausschließlichkeit des Machtmonopols der Staatsführung als der grundsätzlichen Dichotomie Staat/Gesellschaft sind mittlerweile überholt.³¹

²⁹ Vgl. Kocka, J.: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaeble, H./Kocka, J./Zwahr, H. (Hgg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553.

³⁰ Bessel, R./Jessen, R.: Einleitung. Die Grenzen der Diktatur, in: Dies. (Hgg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR Göttingen 1996, S. 7–23.

³¹ Für die enge Verwobenheit zwischen Bürgern und staatlichen Institutionen fand Mary Fulbrook die passende Metapher einer Bienenwabe. Vgl. Fulbrook, Normales Leben, S. 252–266.

Um diesem Verständnis der DDR-Gesellschaft Rechnung zu tragen und die komplexe und wechselseitige Beziehung zwischen staatlichen Strukturen und der Gesellschaft zu erfassen, ist die Dissertation methodisch an der erweiterten Sozialgeschichte³² orientiert. Denn diese betrachtet die alltagsgeschichtliche Mikro- und die strukturelle Makroebene nicht als gesonderte Sphären, sondern untersucht dezidiert die Wechselbeziehungen zwischen beiden. Nur durch das In-Beziehung-Setzen von individuellen Erfahrungen und übergeordneten Strukturen können wechselseitige Einflüsse zwischen Personen und Institutionen mit unterschiedlich großen Machtbefugnissen analysiert und somit die Komplexität des Staates DDR partiell erfasst werden.

Dieser methodische Ansatz ist die Grundlage des Paradigmas *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur*, das um die Jahrtausendwende unter Federführung von Thomas Lindenberger am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam konzipiert wurde³³ und sich für die Beantwortung der Fragestellung dieser Studie als ertragreich erwiesen hat. Auf der Makroebene sind die Struktur der SED-Herrschaft und ihr Selbstverständnis der Bezugsrahmen, in dem die Reaktionen der Blockparteimitglieder auf externe und systemimmanente Einflüsse zum Tragen kommen und dadurch wiederum Gegenreaktionen der Staatsmacht evozieren.

Die strukturorientierte Analyse von Herrschaft ist nicht ohne die Frage nach dem individuellen Eigen-Sinn auf der Mikroebene zu denken. Dieser *Eigen-Sinn* wird bei Lindenberger verstanden als persönliche oder kollektive Sinnzuschreibung und Deutung als Reaktionen auf Herrschaft, die von überzeugtem Idealismus bis hin zu offenem Widerstand reichen kann. Die Varianten zwischen diesen Extremen sind wiederum nicht losgelöst von herrschaftlich-strukturellen Fragestellungen zu fassen.³⁴ So ist der Sinn, den die Angehörigen der Blockparteien in ihrer Mitgliedschaft sahen, auch – aber nicht ausschließlich – in den Strukturen des politischen Systems der DDR zu suchen. Dem Umstand, dass auch die individuellen Sinnzuschreibungen von der anerzogenen SED-Ideologie geprägt worden sein können, trägt sowohl das Konzept des ZZF als auch diese Arbeit Rechnung.

³² Conze, W.: Sozialgeschichte in der Erweiterung, in: Neue politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft, Bd. 19 (1974), S. 501–508.

³³ Vgl. Einleitung in Lindenberger, T. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (Herrschaft und Erfahrungsdimensionen, Bd. 1), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–43.

³⁴ Vgl. Lindenberger, Herrschaft und Eigen-Sinn, S. 23.

Konkret stehen sich also die Instrumentalisierung eines Mehrparteien-systems durch die SED-Führung und das überwiegend aufrichtige Engagement der Blockparteimitglieder in den späten 80er Jahren für die Reformierung des DDR-Staatssozialismus gegenüber.

Wie Herrschaft und Eigen-Sinn in den letzten fünf Jahren der DDR miteinander verknüpft waren, beantwortet diese Arbeit partiell am Beispiel der Blockparteien des Bezirks Rostock und ihrer Mitglieder. Damit leistet sie einen Beitrag zur weiteren Erschließung und Beschreibung der verschiedenen Konstellationen von Wirklichkeit und Möglichkeit in der DDR. Die Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen der Inszenierung der Bündnispolitik durch die SED-Führung und dem Engagement der Mitglieder aller Parteien ermöglicht einen tiefen Einblick in die Ausprägungen und Mechanismen eines autoritären Regimes. Die Erkenntnis, wie weit gerade die vermeintliche Eigenständigkeit und systemloyale Kritik der Blockparteien inszeniert und politisch gewollt war, eröffnet ein neues Verständnis für die Instrumentalisierung und Manipulation der DDR-Bürger durch die SED.

Ein großer Teil der Bevölkerung und der Blockparteimitglieder hat den Herrschaftsanspruch der SED jedoch als Mittel zur Entwicklung und Durchsetzung einer gerechteren Gesellschaft verstanden und sich in diesem Sinne an der Gestaltung ihres Staates beteiligen wollten.³⁵ Auch die Funktionäre an der Basis versuchten oft aufrichtig, die Anliegen der Bevölkerung zu vertreten, wenn auch mit stark begrenzten Mitteln. Sich in den staatlichen Strukturen kritisch zu äußern war grundsätzlich möglich und wurde in Grenzen auch als nötig angesehen, um die DDR weiterzuentwickeln. Als im Zuge der wirtschaftlichen Krise des Ostblocks ab der Mitte der 80er Jahre jedoch die Probleme größer und die Handlungs- und Diskussionsfähigkeit der SED kleiner wurde, begann der unsichere Konsens aufzubrechen.³⁶ Die gemeinsame Reformierung der DDR mit der SED war bis in den Herbst 1989 hinein das Ziel der Mehrheit der Blockparteimitglieder und vieler Bürger. Nur die Anerkennung dieser Prämisse macht eine objektive und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte möglich.

Als Grundlage dieser Untersuchung diente hauptsächlich der umfang-

³⁵ So auch Fulbrook, *Normales Leben*, S. 30f. Zur Selbst-Legitimierung der SED-Herrschaft siehe Sabrow, M.: *Macht und Herrschaft*, in: Schultz, H./Wagner, H.-J. (Hgg.): *Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*, Berlin 2007, S. 28–48.

³⁶ Vgl. Fulbrook, *Normales Leben*, S. 259, S. 268–270 und S. 284.

reiche Quellenkorpus der jeweils 14 bzw. 10³⁷ Rostocker Kreis- und der vier Bezirksverbände der CDU(D), LDP(D), NDPD und DBD, die zwar weitgehend archivalisch erschlossen, aber bisher kaum wissenschaftlich ausgewertet wurden.

Die Untersuchung der Beziehungen zur SED, dem Kristallisationspunkt und zentralen Regulativ der sozialistischen Demokratie, war unerlässlich, um den Grad der Eigenständigkeit der Blockparteien beurteilen zu können. Daher hat sich auch die Einsichtnahme in den Bestand der BStU und der SED-Bezirksleitung Rostock in der SAPMO als zielführend erwiesen. Dabei ergaben sich jedoch nicht nur persönlichkeitsrechtliche Schwierigkeiten, sondern auch archivalische. So ist beispielsweise der SAPMO-Bestand der ZK Abteilung Befreundete Parteien ab dem Jahr 1986 noch nicht für die Nutzung freigegeben. Die Anleitungstätigkeit durch die SED-Organen im Untersuchungszeitraum wird leider erst nach Abgabe dieser Arbeit analysiert werden können.³⁸

Für die bisher wenig erforschten Parteien DBD und NDPD hat sich auch die zusätzliche Analyse der Hinterlassenschaften der zentralen Parteiebene als notwendig erwiesen, da eine Abbildung der Entwicklung des Bezirksverbandes ohne Kenntnis über die der Parteiführung methodisch schwierig und inhaltlich nur wenig brauchbar wäre. Untersuchungen der zentralen Parteiebenen von CDU(D) und LDP(D) in den letzten Monaten der DDR liegen dagegen vor und wurden zur Anfertigung dieser Arbeit genutzt.³⁹

Für diese Untersuchung wurden die Quellenfundi der Rostocker Blockpartei-kreisverbände

- im Greifswalder Landesarchiv (NDPD),
- SAPMO im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (DBD und NDPD),
- im Archiv des Liberalismus in Gummersbach (LDP(D)),
- im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (CDU(D)) in Sankt Augustin sowie
- die Akten der Rostocker Staatssicherheit und der Kreisdienststellen in der BStU,

³⁷ Territorial gesehen, bestand der Bezirk aus 14 Kreisen. Jedoch hatte nicht jede Blockpartei in jedem Kreis einen eigenen Kreisverband. Die DBD unterhielt keine Parteigliederungen in den vier Landkreisen des Bezirkes.

³⁸ Nach Aussage der zuständigen Archivarin vom 12.3.2014 ist der Beginn der Erschließung des Materials erst für das Jahr 2015 geplant. Die wissenschaftliche Nutzbarkeit wäre demnach nicht vor dem Jahr 2017 zu erwarten.

³⁹ Siehe Literaturverzeichnis im Anhang.

- die Akten der SED-Bezirksleitung Rostock und
- der ZK Abteilung Befreundete Parteien⁴⁰

in der SAPMO gesichtet und ausgewertet.⁴¹ Dabei dienten die MfS-Akten als inhaltliches Korrektiv und kontrastierende Ergänzung zu den Parteiakten.⁴²

Die Einschätzung Abrokats, die Blockparteien hätten „*keine Unterlagen zu den Ereignissen von 1989/1990*“⁴³ hinterlassen, trifft zumindest für die Rostocker Blockparteien nicht zu. Richtig ist, dass die Kreisverbände in den chaotischen Wende- und Vereinigungsmonaten zwar weniger Schriftgut produziert und/oder möglicherweise auch Material vernichtet haben. Die Archivalien der Kreisverbände und des Rostocker Bezirksvorstandes sind für die verschiedenen Parteien weder quantitativ und qualitativ gleichwertig, noch vollständig überliefert. Aber es gibt Archivalien: Für diese Arbeit wurden ca. 1.000 bereits archivalisch aufbereitete Akten ausgewertet.

Als besonders ertragreich haben sich die Informationsberichte der Kreise an ihren Bezirksverband und die der Kreisverbände an die jeweiligen

⁴⁰ Gemeint sind hier die Akten bis 1986.

⁴¹ Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und deren Parteien wurden die Quellenbestände der Blockparteien in die Parteiarchive der west-deutschen Schwesterparteien umgelagert. Die Entscheidung über die Zugriffsrechte wurde der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung übergeben. Ein Bearbeiten der Quellenbestände für Nicht-Partei-mitglieder war damit unmöglich. Erst der Erlass eines neuen Archivgesetzes im Jahr 1991 und die Schaffung der SAPMO regelten den freien Zugang für Zeithistoriker und andere Wissenschaftler. Siehe: Schmidt, U.: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 81), Opladen 1997, S. 20.

⁴² Zum nahezu quellenkritischen Vorgehen des MfS und der Authentizitätszuschreibung durch das Ministerium siehe folgenden Sammelband, im Besonderen aber den Beitrag: Engelman, R.: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Ders./Henke, K.-D. (Hgg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd.1), Berlin 1995², S. 23–39. Zum Authentizitätsgrad dienstlicher DDR-Akten siehe Giesecke, J.: Im Dschungel der Parteilichkeit – Amtliche Quellen und die Gesellschaftsgeschichte der kommunistischen Diktatur, Eröffnungsvortrag auf der Tagung Von dienstlichen Dokumenten zu Quellen historischer Forschung, Interdisziplinärer Workshop zur Quellenkritik und Dokumentenanalyse, Bielefeld 16.–17.1.2014.

⁴³ Abrokat, Politischer Umbruch, S. 48.

Führungsgremien erwiesen. Sie liefern neben den Direktinformationen aus den Kreisen auch Einblicke in die Kommunikationsstrukturen und die Hierarchien der Parteien. Die Quellendichte nimmt mit Lockerung der Berichterstattungsstrukturen im November 1989 deutlich ab. Ab Februar 1990 gibt es einen zweiten Einbruch. Dieser ist vermutlich durch die beginnende Auflösung der unteren Parteigliederungen begründet. Abgesehen von wenigen Hinterlassenschaften einzelner Kreise gibt es von den neu gegründeten Landes- und Bezirksverbänden bis zum Herbst 1990 leider so gut wie keine Unterlagen,⁴⁴ sodass sich nur ein grobes Bild der Erneuerung an der unteren Führungsebene und von der Situation im Jahr 1990 nachzeichnen lässt.

Die archivalischen Hinterlassenschaften der CDU(D) werden von der Konrad-Adenauer-Stiftung aufbewahrt und deren Auswertung durch interne und externe Wissenschaftler ermöglicht. In großem Umfang sind die Parteiarchivalien aller Gliederungen bis zum Ende des Jahres 1989 überliefert. Der im Jahr 1990 geschaffene CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hat dagegen kein relevantes Material hinterlassen.

Der NDPD-Bestand in der SAPMO war auch im Jahr 2013 nur vorläufig bearbeitet und durchgehend unfoliiert. Über die elf Kreisverbände sind nur sehr ungleiche Mengen an Informationen überliefert. Großen Gewinn stellten die halbjährigen Direktinformationen⁴⁵ der jeweils ausgewählten Kreisverbände und die Auswertungen und Zusammenfassungen der Schulungs- und Lehrgangsberichte dar.⁴⁶

Aufgrund der Berichterstattungsstruktur innerhalb der DBD ist im Vergleich zu den anderen Parteien nur ein geringerer Anteil Quellenmaterial der Orts-, Wohngruppen und Kreisverbände angefertigt worden. Die Hinterlassenschaften der Bauernpartei wurden ebenfalls von der SAPMO zur Nutzung bereitgestellt.

⁴⁴ Es existieren zwar Darstellungen über die Entwicklung des jungen CDU-Landesverbandes im Jahr 1990, diese sind aber fehlerhaft und beruhen lediglich auf der Auswertung des *Demokraten*. Daher werden sie als unzureichend eingeschätzt. So auch Hennecke, J.: Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 15–65.

⁴⁵ Jeweils halbjährig-wechselnd war jeweils ein Kreisverband (im Fußnotenapparat abgekürzt als KV) pro Bezirksverband (im Fußnotenapparat abgekürzt als BV) als Direktinformant tätig, d.h., dass dieser vierzehntätig Informationsberichte direkt an das Sekretariat des Hauptausschusses gesendet hat. Für den BV Rostock waren das für den Untersuchungszeitraum Bad Doberan im 1. und Stralsund im 2. Halbjahr 1987, Wismar im 1. und Grevesmühlen im 2. Halbjahr 1988, Ribnitz-Damgarten im 1. und Grimmen im 2. Halbjahr 1989.

⁴⁶ Der Frage nach dem tatsächlichen Aussagegehalt dieser Quellen behandelt insbesondere Kapitel 4.1. *Parteikommunikation*.

Der LDP(D)-Bestand befindet sich im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung und weist die größten Lücken in der Überlieferung auf: Zum Teil fehlen die monatlichen Berichte einzelner Kreise über mehrere Halbjahre.

Die Beantwortung der Frage nach dem kritischen Potential in den Blockparteien erfordert eine weitere methodische Anmerkung: Obwohl auch die Quantität von kritischen Aussagen in den Parteien zur Beurteilung von deren Unruhepotential und der Parteikultur herangezogen und thematisiert wird, beziehen sich meine Ausführungen auf die kritische und nonkonforme Essenz des gesamten Materials: Die Fragen, welche kritischen Äußerungen zu welchem Zeitpunkt überhaupt möglich waren und wie die einzelnen Parteigliederungen mit abweichenden Meinungen umgegangen sind, stehen im Vordergrund. Grundsätzlich wird angenommen, dass das kritische Potential an der Basis aller Parteien größer war als dessen schriftlicher Niederschlag in den Quellen. Sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, sind die zitierten Äußerungen nicht repräsentativ für den Tenor des gesamten Quellenkorpus. Die Aussagen über Mitglieder, die sich nicht aktiv am Parteileben beteiligt haben, können nur sehr allgemeiner oder statistischer Art sein. Daher bezieht sich der größte Teil dieser Untersuchung auf die aktiven Parteimitglieder, die dementsprechend den größten Quellenniederschlag fanden.

1.4. Untersuchungsgebiet

Die Fokussierung auf einen Bezirk ermöglicht die Untersuchung eines strukturell geschlossenen Bereiches, der gleichzeitig über teilautonome administrative und politische Instanzen verfügt. Zudem lässt sich im Bezirksmaßstab auch das Miteinander der verschiedenen Parteiebenen (Parteiführung, Bezirksverband, Kreisverbände, Ortsgruppen) aufzeigen und gibt eine natürliche Eingrenzung des immensen Quellenfundus vor. Die regionalgeschichtliche Perspektive lässt der Untersuchung genügend Tiefe und Breite, um zu verallgemeinernde Aussagen treffen und daraus Schlussfolgerungen für das Verhalten der Blockparteien insgesamt ableiten zu können.

Der Bezirk Rostock ist für die Fragestellung dieser Arbeit besonders interessant: Er war einziger Bezirk der DDR, der an zwei verschiedene Staaten angrenzte: Im Osten an Polen und den sogenannten Ostblock und im Westen an die BRD und damit an den „imperialistischen Gegner“. Durch dieses Spezifikum lässt sich der direkte Vergleich der unmittel-

telbaren Einflüsse beider Systeme auf eine teilautonome Region der DDR untersuchen.⁴⁷

Als ein weiteres Spezifikum der Nordbezirke, und damit auch Rostocks, wird häufig die eigene Mentalität angeführt, die sich vermeintlich in dem späteren aktiven Eingreifen in die revolutionären Ereignissen erkennen lässt. Dafür seien die Aktionen des Wendeherbstes hier weitgehend ohne Gewaltanwendung verlaufen.⁴⁸ Inwiefern dieses Urteil zutrifft und ob sich das distanzierte Verhältnis zu den Geschehnissen auf den Straßen im Süden der Republik auch in den Bezirks- und Kreisleitungen der Blockparteien widerspiegelt, soll hier diskutiert werden.

Wie die übrigen 14 Bezirke wurde der ehemalige Bezirk Rostock im Zuge der Verwaltungsreform im Juli 1952 gebildet. Sicherheitspolitische Überlegungen gaben den Ausschlag für den territorialen Zuschnitt des Küstenbezirks.⁴⁹ Die Beseitigung der bis dato vorherrschenden Länderstruktur wurde als Grundlage für den proklamierten Aufbau des Sozialismus und das angestrebte zentralistische Staatswesen angesehen.⁵⁰ Der Zusammenschluss der neuen Verwaltungseinheiten teilte das Land Mecklenburg in drei Bezirke auf: Der neue Bezirk Rostock machte – abgesehen von einem Teil der Küstenlinie des Stettiner Haffs, das zum Bezirk Neubrandenburg gehörte – den gesamten Küstenabschnitt der DDR von der schleswig-holsteinischen bis zur polnischen Grenze aus. Damit umfasste er eine Fläche von 7.075 km², die in 14 politische Verwaltungseinheiten gegliedert war: vier Stadtkreise (Rostock, Wismar, Stralsund, Greifswald) und zehn Landkreise (Rostock-Land, Wismar-Land, Stralsund-Land, Greifswald-Land, Bad Doberan, Grevesmühlen, Grimmen, Ribnitz-Damgarten, Wolgast und Rügen).

Ende des Jahres 1989 wurde der Bezirk von 916.550 Bürgern bewohnt, was einer Bevölkerungsdichte von 130 Personen pro km² und damit fast dem Landesdurchschnitt entsprach.⁵¹ Damit war Rostock bevölke-

⁴⁷ Auch Teile des Bezirks Karl-Marx-Stadt grenzten an die CSSR und die BRD. Da aber beide Grenzabschnitte nah beieinander lagen und den Kreis Oelsnitz umfassten, lässt sich der jeweilige Systemeinfluss hier nur schwer separieren.

⁴⁸ So auch Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 24.

⁴⁹ So umfasst der Bezirk Rostock nicht nur alle wichtigen Hafen- und Seestädte der DDR, sondern fasst auch die Organe der Seepolizei in einer Verwaltungsstelle zusammen. Siehe: Niemann, M.: *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989*, Paderborn 2007, S. 36.

⁵⁰ Vgl. Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 25.

⁵¹ Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/36, Bl. 3. Verglichen mit den beiden anderen Nordbezirken war die Rostocker Bevölkerungsdichte fast

rungsmäßig der acht- und flächenmäßig der neunt-größte Bezirk der DDR. Von den Bewohnern des Rostocker Bezirks waren 21 % Mitglieder der SED, auf die Blockparteien entfielen zusammen etwa 3,1 %.⁵² Langer hat ermittelt, dass sich ein größerer Teil der Bewohner des Nordens in staatlichen Institutionen engagierte als im Süden der DDR, die Nähe zum SED-Staat in den Nordbezirken also rein statistisch gesehen größer war.⁵³ Ein Erklärungsansatz dafür könnte in einer langanhaltenden Loyalität der ehemals privilegierten Neubauern im Zuge der Bodenreform gesehen werden.⁵⁴ Neben der namensgebenden Bezirkshauptstadt Rostock (253.000 Einwohner Ende 1989) waren die Hansestädte Wismar (58.000 Einwohner Ende 1989), Stralsund (75.000 Einwohner Ende 1989) und Greifswald (69.000 Einwohner Ende 1989) als kreisfreie Städte die urbanen Zentren. Darüber hinaus waren Rostock und Greifswald auch Universitätsstädte.

doppelt so groß, was mit der dichteren Besiedelung der Küstenregion zu erklären ist.

⁵² Eigene Berechnung anhand der Zahlen im Anhang. DDR-weit hatten alle Blockparteien zusammen etwa 480.000 Mitglieder. Dies entspricht einem Prozentsatz von etwa 2,9 %. Der SED-Bezirksverband wies dagegen im Jahr 1987 120.000 Mitglieder aus. Referat des 1. Bezirkssekretärs Ernst Timm auf der Sitzung der SED-Bezirksleitung am 17.2.1987, SAPMO BArch, DY 30/32614, S. 2a. Eine Übersicht über die Stärke der SED-Kreisverbände befindet sich auch im Anhang.

⁵³ Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 28.

⁵⁴ Zum sozialen Aufstieg der Neubauern und deren Eintreten in die SED siehe: Dowidat, C.: Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR (1945-1952), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 497–544, hier S. 503–505 und Bauer, T.: Blockpartei und Agrarrevolution von oben: die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64), München 2009, S. 55f.

2. Historische Einordnung

Das Ziel dieses einführenden Kapitels ist es, den Status quo ante der Blockparteien in groben Zügen darzustellen. Dabei werden die „bürgerlichen“ und die SED-initiierten Parteien wegen ihrer strukturellen und entstehungsgeschichtlichen Verwandtschaft jeweils gemeinsam behandelt. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Entstehung und Entwicklung der Blockparteien, ihrem Verhältnis zur SED und die Rolle und Funktion der Parteien innerhalb des Staatsapparates. Anschließend werden die Spezifika der Parteien erläutert, bevor auf die Positionierung der zentralen Parteiebenen in der Wendezeit eingegangen wird.

2.1. Ideologischer Hintergrund der Bündnispolitik im Sozialismus

Um die Entstehung und die Funktion der Blockparteien in der DDR verstehen und richtig in das Herrschafts-, Politik- und Selbstverständnis der SED einordnen zu können, müssen vorab einige weltanschauliche Prämissen umrissen werden.

Dem Verständnis Marx', Engels und Lenins zufolge war das Proletariat Vollstrecker notwendiger, gesetzmäßiger gesellschaftlicher Prozesse. Es war historisch dazu prädestiniert, den Klassenkampf zu führen, die politische Macht zu erobern, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen und in den Kommunismus hinüberzuleiten.⁵⁵ Die Mehrheit der Werktätigen sollte die Herrschaft der Bourgeoisie durch die Okkupation der Staatsmacht überwinden und in einer Übergangsphase über die Beharrungskräfte der alten Ordnung herrschen.⁵⁶ Angeführt von einer Partei⁵⁷, die sich aus der Avantgarde der Werktätigen zusam-

⁵⁵ Kurek, Die VdgB, S. 8.

⁵⁶ Vgl. Lenin, W. I.: Staat und Revolution, in: Ders.: Werke Bd. 25, Berlin (Ost) 1960, S. 473–478 und Marx, K./Engels, F.: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke (kurz: MEW) Bd. 4, Berlin (Ost), S. 481f. und Engels, F.: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, Berlin (Ost) 1964, S. 370–374 und Beyer, H.: Arbeiterklasse, Partei, Bündnispolitik, Berlin (Ost) 1969, S. 22–26.

⁵⁷ Unter dem Begriff Partei wurde im Sozialismus eine organisierte politische Vereinigung aktiver Vertreter einer Klasse verstanden, „die deren Klasseninteressen in Form politischer Programme formulieren, sie ideologisch begründen und den politischen Kampf der betreffenden Klasse organisatorisch leiten“. Ob in einem sozialistischen Staat mehrere Parteien vorkommen, hinge unter anderem von den konkreten Bedingungen, von Verhältnis der Klassenkräfte, und von den historischen Traditionen ab. In jedem Fall ist die marxistisch-leninistische Partei im

mensetzen, mit dem Marxismus-Leninismus die objektiv richtige Weltanschauung besitzen und daher die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung verstehen sollte,⁵⁸ würde nach dieser Phase des Übergangs eine klassenlose Gesellschaft entstehen.⁵⁹

Marx, Engels und auch Lenin waren sich einig, dass Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission sowohl zur Überwindung der Herrschaft des Kapitals als auch während der Übergangsphase auf nicht-proletarische Verbündete angewiesen sei: die Bauern, der Mittelstand und die Gruppe der Intelligenz und Angestellten.⁶⁰

Dass diese freiwillig in einem Bündnis mitwirken würden, stand aufgrund der vorausgesetzten Interessenidentität zwischen Proletariern und ihren potentiellen Verbündeten, die aus der gemeinsamen Erfahrung der Unterdrückung und Ausbeutung durch das Kapital entstanden ist, außer Frage: Da die Mehrheit der Bevölkerung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zufolge unter dem „*Joch des Kapitalismus*“ leide, gehe die Befreiung der Arbeiterklasse mit der Befreiung der gesamten Gesellschaft einher.⁶¹

Auch nach der Errichtung der neuen Ordnung bestünde die Interessenidentität fort: Obwohl die Klassen Arbeiter, Bauer und Mittelstand durch die Beibehaltung mehrerer Eigentumsformen und der daraus resultierenden unterschiedlichen Beziehungen der Menschen zu den Produktionsmitteln in der ersten Phase des Kommunismus weiterhin existieren würden, könne der Klassenantagonismus aufgelöst werden:

System der politischen Beziehungen für führende Kraft, da sie die Arbeiterklasse und „*die anderen im Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten*“ in einem Bündnis zur Erfüllung ihrer historischen Mission befähigt. Eintrag „Partei“ in: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1967, S. 481–482.

⁵⁸ Vgl. Marx/Engels, Manifest, S. 474 und Lenin, W. I.: Was tun?, in: Ders.: Werke, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 380.

⁵⁹ Siehe dazu ausführlich W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: Ders.: Werke, Bd. 25, Berlin (Ost) 1960, S. 393–507 oder Beyer, Arbeiterklasse, Partei, Bündnispolitik, S. 17.

⁶⁰ Vgl. Marx, K.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, in: MEW, Bd. 7, Berlin (Ost), 1960, S. 21, Lenin, W. I.: Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten, in: Ders.: Werke, Bd. 30, Berlin (Ost) 1966, S. 141–143 und Grambke, H.: Im Bündnis auf bewährtem Wege, Berlin (Ost) 1972, S. 19.

⁶¹ Vgl. Marx, K.: Vorwort zum „Manifest der Kommunistischen Partei“ (deutsche Ausgabe von 1893, in: MEW, Bd. 21, Berlin (Ost) 1964, S. 3, Lenin, W. I.: Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokratie?, in: Ders.: Werke, Bd. 1, Berlin (Ost), 1968, S. 302–303.

Da die Klassen als Ganzes Eigentümer ihrer Produktionsmittel seien, wären die Interessen der Arbeiter identisch mit denen der anderen Gesellschaftsgruppen.⁶²

Die Partei der Arbeiterklasse, im Fall der DDR die KPD / später SED, führe nicht nur das Proletariat an, sondern nach dem Umsturz auch dessen nichtproletarische Verbündete. Wegen der Zielharmonie würden diese den Führungsanspruch auch freiwillig anerkennen.⁶³ Partikularinteressen gebe es aufgrund des vorläufigen Fortbestandes der Klassen und Schichten in der Übergangsphase aber dennoch. Daher sei es nötig, die zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse „schwankenden“ Bündnispartner mittels Erziehung als Verbündete zu erhalten.⁶⁴ Besonders schwierig sei dieser Erziehungsprozess wegen deren enger Verbundenheit mit Haus und Hof bei den Bauern.⁶⁵ Zur Sicherung des Bündnisses könne die Partei der Arbeiterklasse ihrerseits die Einzelinteressen der Bündnispartner in ihre Politik einbeziehen, sofern diese ideologisch mit dem Fernziel einer klassenlosen Gesellschaft vereinbar sind.⁶⁶

Kennzeichen des einvernehmlichen Bündnisses waren den Theoretikern zufolge eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik und die Einhaltung des Gebots von Einheit und Vielfalt, das die Bündnispartner zu legitimen und eigenständigen Vertretern von Sonderinteressen ihrer Klientel machen sollte.⁶⁷

⁶² Vgl. Beyer, Arbeiterklasse, Partei, Bündnispolitik, S. 31–35 und S. 43.

⁶³ Vgl. Marx/Engels, Manifest, S. 474, Engels, F.: Die Klassenkämpfe in Frankreich, S. 87f., Lenin, W. I.: Was sind die „Volksfreunde“...?, S. 303f.

⁶⁴ Vgl. Lenin, W. I.: Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, in: Ders.: Werke, Bd. 30, Berlin (Ost) 1969, S. 100.

⁶⁵ Vgl. Marx, K./Engels, F.: Die Bauernfrage in Deutschland und Frankreich, in: MEW, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 499f. oder Lenin, Ökonomie und Politik, S. 100.

⁶⁶ Vgl. z. B. Pfretzschner, R./Schneider, K.: Aktuelle Probleme des Zusammenwirkens von befreundeten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen unter Führung der SED, in: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Institut für Staats- und Rechtstheorie (Hg.): Die gesellschaftlichen Organisationen im politischen System des Sozialismus; Materialien des internationalen Symposiums am 26. Mai 1982 in Potsdam Babelsberg, Potsdam 1982, S. 120.

⁶⁷ Vgl. z. B. Bärwald, H.: Die Blockpolitik der SED und ihre Weiterführung nach dem VII. Parteitag – Schöpferische Anwendung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der bündnispolitischen Erfahrungen der KPdSU, in: Barthel, H.: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozess, Berlin (Ost) 1978, S. 302.

Die SED hielt an den Grundzügen der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik fest, gestaltete sie aber nach den politischen Gegebenheiten. Der Demokratische Block war die Institution, in der die SED gemeinsam mit den vier Blockparteien agierte. Hier sollte die Konzeption der SED-Politik auf zentraler, bezirklicher und Kreisebene abgestimmt werden, in realiter wurde sie aber vielmehr nur vorgestellt.⁶⁸ In Phasen, in denen die Überwindung des Klassenkampfes Priorität hatte, wurde das Bündnis als weniger bedeutsam eingeschätzt, da die Blockparteien in einer klassenlosen Gesellschaft ohnehin obsolet werden würden. Seit dem Beginn der 80er Jahre schlug die SED im Zuge der Aufgabe des Klassenfusionsziels und der Anerkennung der Sozialismus als entwickelte Gesellschaftsform jedoch einen anderen Weg ein: Das Bekenntnis zum Fortbestand der sozial heterogenen, aber nicht-antagonistischen Gesellschaft war mit einer „*langfristigen Perspektive*“ für die Blockparteien verbunden.⁶⁹ Nun wurde vermehrt die Eigenständigkeit der Bündnispartner betont und deren Spezialinteressen als Bestandteil der „*gesellschaftlichen Vorwärtsentwicklung*“⁷⁰ legitimiert, sofern sie die Führungsrolle der SED nicht tangierten. Die „*unverwechselbaren eigenständigen Beiträge*“ der Blockparteien waren nun ein fester Bestandteil der Bündnispolitik.⁷¹

Dennoch hegte die SED ein tiefes Misstrauen gegenüber ihren „*abhängigen Dauerverbündeten*“ und sah in ihnen potentielle Konkurrenten.⁷² Tatsächlichen Eigenständigkeiten wurde vorgebeugt und dafür direkt in Parteifragen eingegriffen, Parteibeschlüsse korrigiert und jedwede Tätigkeit kontrolliert.⁷³

Die Erosion der osteuropäischen Gesellschaftsordnungen ab der Mitte der 80er Jahre beförderte das Bedürfnis der SED nach verstärkter staatlicher Integration und führte somit zur Stärkung der Position der Blockparteien, die die Träger der gewünschten Integration waren. Die „*gemeinsame Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*“⁷⁴ durch alle Parteien sollte demonstrieren, dass jede Bevölkerungsgruppe ihren festen Platz im Sozialismus der DDR habe. Damit erfüllte der Aufschwung des institutionellen Lebens auch propagandistische Zwecke,

⁶⁸ Vgl. Kurek, Die VdgB, S. 40.

⁶⁹ Eintrag „Bündnispolitik“ in: Kleines politisches Wörterbuch. Neuausgabe, Berlin 1988, S. 155.

⁷⁰ Eintrag „Bündnis“ in: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977, S. 123–128, hier S. 127.

⁷¹ Eintrag „Bündnispolitik“ in: Kleines politisches Wörterbuch, S. 155.

⁷² Suckut, Die DDR-Blockparteien, S. 102.

⁷³ Vgl. ebd., S. 103.

⁷⁴ Eintrag „Partei“ in: Kleines politisches Wörterbuch, S. 736.

indem er eine intakte Interessenvertretung aller verfassungskonformen gesellschaftlichen Anliegen präsentierte.⁷⁵ Die unterschiedlichen Zielgruppen und Milieuprägungen der Blockparteien waren im Sinne der Bündnispolitik im Sozialismus seit ihrer Entstehung festgeschrieben.

2.2. Bündnispolitik von SMAD und KPD/SED in der SBZ

Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, am 10. Juni 1945, gewährte die tags zuvor gegründete Sowjetische Militäradministration Deutschland (kurz: SMAD) die Gründung von vier Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, *„die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen“*.⁷⁶ Die Parteien sollten *„unter der Kontrolle der SMAD und entsprechend der von ihr gegebenen Instruktionen“*⁷⁷ gemeinsam in einem *„Block der kämpferischen Demokratie“*⁷⁸ agieren, da die zu leistenden Wiederaufbauarbeiten nach dem Krieg die Einbeziehung aller demokratischen Akteure notwendig erscheinen ließ. Innerhalb der nächsten drei Wochen gründeten sich KPD (11. Juni), SPD (15. Juni), die in Berlin von Jakob Kaiser mitgegründete christlich-sozialistische CDU(D) (26. Juni) und die bürgerlich-orientierte LDP(D) am 5. Juli. Zwischen beiden letztgenannten gab es bereits hier Bestrebungen zu einem Zusammenschluss, die aber an der unterschiedlichen Gewichtung des Christlichen scheiterten.⁷⁹ Die zeitgleich gegründeten Regionalparteien wurden von der SMAD entweder zum Anschluss an CDU(D), LDP(D), SPD oder KPD oder zur Auflösung gedrängt, um möglichst zentralistische Strukturen zu schaffen.⁸⁰ So schufen die Sowjets in Berlin bereits parteistrukturelle Fakten,

⁷⁵ Vgl. Kurek, S. 41.

⁷⁶ Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Nr. 2, den 10. Juni 1945, Berlin. Zitiert nach: Weber, H.: Zum Transformationsprozess des Parteiensystems in der SEB/DDR. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Ders. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 11–50, hier S. 22.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Schwabe, K.: Ende einer Illusion. Hoffnungen und Enttäuschungen aus 40 Jahren DDR, Schwerin 1999, S. 111.

⁷⁹ Vgl. Suckut, S.: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952, Bonn 2000, S. 19.

⁸⁰ Vgl. Weber, Transformationsprozess des Parteiensystems, S. 30.

bevor die Alliierte Militärkommandantur die Kontrolle über die Stadt am 11. Juli 1945 übernahm.

Die vier Parteien der SBZ traten ab Mitte Juli in den *Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien* ein, was die Voraussetzung für deren Lizenzierung gewesen ist. In Greifswald und anderen Kreisen schlossen sich die Ortsgruppen noch vor der Blockbildung auf der zentralen Ebene zusammen. Zeitgleich erfolgte der Zusammenschluss auf Landesebene, wenn auch in Mecklenburg-Vorpommern vorerst ohne die LDP(D), da der Landesverband erst im Januar 1946 gegründet wurde.⁸¹ Trotz der formalen Gleichberechtigung führte die gemeinsame ideologische Ausrichtung von SMAD und KPD dazu, dass die KPD eine exponierte Stellung einnahm: Entscheidungen der SMAD wurden vor der Vorlage an alle Parteien mit der KPD besprochen⁸² und die KPD fungierte nicht nur als „*Kaderreservoir für die deutschen Institutionen*“, sondern auch als Informationsquelle und Beratungsorgan für die Besatzungsmacht.⁸³

Als sich im Vorfeld der Landtagswahl im Oktober 1946 abzeichnete, dass LDP(D) und CDU(D) trotz der geringeren Unterstützung durch die SMAD gemeinsam etwa die Hälfte der Wählerstimmen für sich gewinnen könnten, beschloss die SMAD, die Position der KPD durch die Zusammenführung mit der SPD zu stärken und somit – so die offizielle Erklärung – die Aufspaltung der Arbeiterbewegung nicht ein drittes Mal zuzulassen.⁸⁴ Ebenso wie die SMAD verstand es die (Ost-) Berliner SPD-Führung um Otto Grotewohl als Lehre aus dem Niedergang der Weimarer Republik, dass die Einheit der Arbeiterbewegung die Voraussetzung für ein demokratisches Gemeinwesen sei. Aus diesem Grund und in der Annahme, dass sie selbst hätte die bestimmende Kraft in dem Einheitsbündnis hätte werden können, hatte die SPD bereits vor ihrer Gründung eine einheitliche Arbeiterpartei angeregt. Dies wurde jedoch vom ZK der KPD vorerst abgelehnt.⁸⁵ Die Idee hinter der Ablehnung der sofortigen Gründung einer Einheitspartei war es wohl, noch ein wenig Zeit zu gewinnen, bis die KPD ihrerseits organisatorisch, personell und struktu-

⁸¹ Vgl. Schoon, Wählerverhalten und politische Tradition, S. 84.

⁸² Vgl. Weber, Transformationsprozess des Parteiensystems, S. 112.

⁸³ Ebd., S. 28.

⁸⁴ So auch Gerlach, M.: Das Manuskript, das nicht zum Buch werden durfte, Berlin 2010, S. 180.

⁸⁵ Vgl. Müller, W.: Der Transformationsprozess der SED, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 51–115, hier S. 52f.

rell gefestigt war und so die SPD dominieren konnte. Die Einsicht in eine notwendige Vereinigung mit der KPD wurde innerhalb der SBZ von der Mehrheit der Sozialdemokraten geteilt. Außerhalb der SBZ sahen die Sozialdemokraten dies jedoch mehrheitlich anders.⁸⁶ Trotz der prinzipiellen Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde die Durchsetzung der Vereinigung beider Parteien zur SED (Sozialistischen Einheitspartei) im April 1946 unter dem Druck von KPD und SMAD vollzogen. Im Gegenzug zu der Zulassung der SED in den Berliner Westsektoren wurde ab Ende Mai 1946 überraschenderweise wieder das Bestehen einer SPD in Berlin-Ost genehmigt, die bis zu ihrer Auflösung im August 1961 jedoch über keinerlei Partizipationsmöglichkeiten verfügte.⁸⁷

Nach dem formalen Ausscheiden des wichtigsten KPD-Konkurrenten änderte sich das Kräfteverhältnis zwischen sozialistischen und bürgerlicheren Parteien vorerst kaum, wie das Ergebnis der Gemeindewahlen im September 1946 zeigte. Doch faktisch wurde das Machtgefüge im Block bis 1947 in eine strukturelle und politische Dominanz der SED transformiert. Um den Einfluss der SED weiter zu festigen, wurden gegen Dissidenten von CDU(D) und LDP(D) repressive Maßnahmen bis hin zu Verschleppungen und Todesstrafen angewandt.⁸⁸ Als weder die Verfolgung von Einzelpersonen noch die politische Agitation eine ausreichend 'domestizierende' Wirkung und eine Minderung des Zuspruchs für beide Parteien in der Bevölkerung bewirkt hatten, ließ die SMAD im Juni 1948 zwei weitere Parteien zu. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) entstanden auf Initiative von SED und SMAD. Sie sollten die Klientel der bürgerlichen Parteien ansprechen, eine weitere Wahloptionen darstellen und gleichzeitig sowohl den eigenen Bürgern als auch den Westmächten demonstrieren, dass in der SBZ ein demokratisches Mehrparteiensystem entstehe.⁸⁹

⁸⁶ Siehe dazu: Schroeder, *Der SED-Staat*, 2013, S. 38–46.

⁸⁷ Vgl. Podewin, N.: Blockpolitik, in: Herbst, A./Stephan, G.-R./Winkler, J. (Hgg.): *Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, S. 332–345, hier S. 336.

⁸⁸ Siehe dazu ausführlich: Soldwisch, I.: „...etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei zu dienen.“ *Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1949-1952* (Rostocker Schriften zur Regionalgeschichte, Bd. 1), Berlin 2007.

⁸⁹ Vgl. Schroeder, K.: *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990*, München 2000, S. 41 und Bauer, T.: *Blockpartei und Agrarrevolution von oben: die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948-1963* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64), München 2009, S. 76f.

Tatsächlich aber festigten die beiden jüngeren Parteien die Herrschaft der SED. Ihre Vorsitzende waren ehemalige SED-Kader mit dem Parteauftrag, das Gewicht der SED im Block zu stärken. Mit der Gründung der DDR im Jahr 1949 vollzog sich dann endgültig der Übergang von einem Besatzungsregime zu einer Parteierrschaft der SED. Die stetige Repression der Parteimitglieder durch die SED führte dazu, dass sowohl CDU(D) als auch LDP(D) im Jahr 1952 die Vormachtstellung der SED anerkannten und die Unterwerfung in ihren Parteiprogrammen festschrieben. Damit war die Umgestaltung des politischen Systems der DDR nach stalinistischem Muster abgeschlossen und auch die Zweistaatlichkeit nach dem Ausbleiben einer Reaktion auf die Stalin-Note manifestiert, wodurch die Blockparteien endgültig dem Wohlwollen der SED ausgeliefert waren.⁹⁰ Die folgenden Jahrzehnte waren von einer Instabilität des Verhältnisses zwischen SED und den vier kleinen Blockparteien gekennzeichnet, die von inneren und äußeren Faktoren beeinflusst wurde.

2.3. Die bürgerlichen Parteien CDU(D) und LDP(D)

Wider Erwarten entstand im Juni 1945 keine Nachfolgepartei der katholisch geprägten *Zentrumspartei* der Weimarer Republik, sondern die Mehrheit der ehemaligen Zentrumsmitglieder sprach sich für die Gründung einer überkonfessionellen Sammlungspartei aus.⁹¹ Als deren Vertreter gründeten Jakob Kaiser, Andreas Hermes und die ehemaligen DDP-Mitglieder Walther Schreiber und Ernst Lemmer am 26. Juni die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Es war ihr Ziel, *„diejenigen Kräfte zu sammeln, die auf demokratischem Boden, aber nicht im Sinne der von Marx begründeten Lehre politisch zu wirken entschlossen waren.“*⁹² Ermutigt von dem Vorstoß der Berliner CDU(D) entstanden im Sommer 1945 weitere christliche Parteien, die auf der ersten gesamtdeutschen Delegiertentagung im Dezember 1945 vereint werden sollten. Die Berliner

⁹⁰ Vgl. Niemetz, D.: Das feldgraue Erbe: Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR (Militärgeschichte der DDR, Bd. 13), Leipzig 2006, S. 91f.

⁹¹ Siehe dazu Suckut, S.: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 117–178, hier S. 117.

⁹² Zitiert nach: Fischer, A.: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 9–24, hier S. 10.

Initiatoren waren aufgrund eines Reiseverbots der SMAD jedoch nicht anwesend, sodass das Vereinigungstreffen dazu führte, dass die Abspaltung der CDU(D) der SBZ eingeleitet wurde.⁹³

Auch die LDP(D) griff Traditionslinien aus der Zeit der Weimarer Republik auf und wurde als gesamtdeutsche, einzige ausdrücklich nicht-sozialistische Partei in der Nachfolge der bürgerlich-liberalen Parteien DDP, DStP und DVP gegründet.⁹⁴ Dass es in den frühen Jahren der DDR auch seitens der Wählerschaft eine starke Milieuprägung und Kontinuität zwischen den Weimarer Parteien und LDP(D) und CDU(D) gab, hat Theresia Bauer gezeigt.⁹⁵

Wie auch bei der CDU(D) entstanden verschiedene, voneinander unabhängig agierende Gruppen, die sich als liberal verstanden. Auf der Weimarer Delegiertenkonferenz im Februar 1946 wurden diese als Liberal-Demokratische Partei Deutschlands vereinigt und erkannten die bis dato nicht unumstrittene Berliner Parteiführung an.⁹⁶ Die Gründung eines Mecklenburger Landesverbands gelang erst Anfang Januar 1946, obwohl bereits seit September 1945 vereinzelt Ortsgruppen tätig waren.⁹⁷ Als einzige der neu entstandenen Parteien verfolgte die LDP(D) eine konsequent antifaschistische Mitgliederpolitik und verpflichtete sich,

⁹³ Von den regionalen Strukturen der Gründungszeit der CDU ist bis heute die bayerische Splitterpartei CSU (Christlich Soziale Union) als eigenständige Partei erhalten geblieben.

⁹⁴ Obwohl nur 5 % der Mitglieder der Anfangsjahre zuvor Anhänger der DDP, DStP oder DVP gewesen sind, prägten sie das Gesicht der Partei. Eines der prominentesten Beispiele ist das Berliner Gründungsmitglied Wilhelm Külz (DDP-Reichsinnenminister in den Kabinetten Luther und Marx und bis 1933 Dresdner Oberbürgermeister). Vgl. Papke, G.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 25–46, hier S. 27.

⁹⁵ Der Vergleich der Wahlergebnisse (1928 und 1946) der beiden bürgerlichen Blockparteien mit denen ihrer Vorgängerparteien aus der Weimarer Republik zeigt eine große Übereinstimmung der stärkeren und schwächeren Regionen, sodass von einer mentalitätsgeschichtlichen und milieutheoretischen Kontinuität gesprochen werden kann. Vgl. Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution, S. 61.

⁹⁶ Vgl. Itzerott, B.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 178–213, hier S. 179f.

⁹⁷ Vgl. Soldwisch, I.: „...etwas für das ganze Volk zu leisten“, S. 253.

keine Mitglieder aufzunehmen, die zuvor der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörten.⁹⁸

Eigenständige Politik und „Enthauptung“ durch die SED

Noch im Dezember 1945 wurden die **CDU(D)**-Vorsitzenden Schreiber und Hermes wegen politischer Differenzen abgesetzt. Hermes Nachfolger wurde Jakob Kaiser, der ein Vertreter des christlichen Sozialismus und Verfechter einer außenpolitischen Neutralitätspolitik war. SBZ-intern konnte er Erfolge bei der Konsolidierung der CDU(D) und bei der Zusammenarbeit mit der SMAD vorweisen, eine nennenswerte Zusammenarbeit mit der CDU der anderen drei Besatzungszonen fand jedoch nicht statt.⁹⁹ Bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 schnitten Union und Liberale mit jeweils 24,5 bzw. 24,6 % annähernd gleichgut ab und stellten in Sachsen-Anhalt und Brandenburg die Mehrheit der Abgeordneten.¹⁰⁰ Auch in den drei übrigen Ländern erreichte die SED nur mit Hilfe der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (kurz: VdgB) die Mehrheit.¹⁰¹ Das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz machte weitere Rücksichtnahme hinfällig, sodass die SED ihre Dominanz trotz der ernüchternden Wahlergebnisse weiter ausbauen konnte. Als Reaktion darauf definierte Kaiser die CDU(D) auf dem zweiten Parteitag 1947 als „*Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus*“ und wurde mit überragender Mehrheit im Amt bestätigt.¹⁰² Auch Kaiser wurde wenig später von der SMAD abgesetzt.¹⁰³ Als politisches Erbe Kaisers überlebte das formale Bekenntnis zum christlichen Sozialismus bis Mitte 1951 als Ar-

⁹⁸ Vgl. ebd.

⁹⁹ Vgl. Dietze, F.: Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945 – 1952, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 47–62, hier S. 54.

¹⁰⁰ Vgl. Suckut, Wandel, S. 121f. Zum genauen Wahlergebnis siehe: Braun, G.: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ (1946–1950), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 545–562, hier S. 553.

¹⁰¹ Die VdgB war eine ländlich geprägte Massenorganisation, deren Mitglieder zugleich häufig SED-Mitglieder waren. Vgl. Schmeitzner, M.: Abschied vom Westen? Das Problem der Gewaltenteilung in den Verfassungsdebatten der Länder der SBZ (1946/47), in: Brunner, D./Niemann, M. (Hg.): Die DDR – Eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2011, S. 103–132, hier S. 109.

¹⁰² Suckut, Wandel, S. 123.

¹⁰³ Vgl. Creuzberger, S.: Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen „Schlüsseldokumenten“, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU, S. 37–46, hier S. 37.

beitsgrundlage.¹⁰⁴ Der dritte Parteitag vom September 1948 war geprägt von einer starken Einschränkung des Gestaltungsspielraums der CDU(D): Neben der Anerkennung der wachsenden Rolle der Arbeiterklasse forderte die SMAD auch die Akzeptanz des Wirtschaftsweges der SBZ und die Bekämpfung antisowjetischer Propaganda.¹⁰⁵ Mit Otto Nuschke wurde der von der SED bevorzugte Kandidat zum Parteivorsitzenden gewählt. Sein Ziel war es, der CDU(D) angesichts des 1952 verkündeten *Aufbaus des Sozialismus* gerade durch die inhaltliche Nähe zur SED einen möglichst großen Spielraum zu bewahren und über die Mitarbeit in den Massenorganisationen möglichst große Mitgestaltungseffekte zu erzielen.¹⁰⁶ Unter seinem Vorsitz erreichte die CDU(D) mit 213.000 ihren historischen Mitgliederhöchststand.

Die Anerkennung der Einheitslistenwahl, die Aufgabe eigenständiger wirtschaftspolitischer Forderungen und die Annahme des neuen Parteiprogramms des *Christlichen Realismus* im Jahr 1951 zeigen, dass die Jahre der massiven Behinderung und Repression die Kritiker dieses Kurses in den Reihen der CDU(D) gefügig gemacht haben: „Von den Ende 1947 amtierenden Landesverbandsvorsitzenden befand sich im Sommer 1950 nur noch einer – Reinhold Lobedanz in Mecklenburg – im Amt. Zwei waren abgesetzt, einer im Zuchthaus und einer auf ungeklärte Weise ums Leben gekommen.“¹⁰⁷ Insgesamt wurde fast die komplette Führungsschicht der CDU(D) zwischen 1948 und 1952 ausgetauscht, sodass von den 35 Unterzeichnern des Gründungsaufrufs bereits fünf Jahre später nur noch zwei in der DDR waren.¹⁰⁸ Auf dem 6. Parteitag im Oktober 1952 nahm die CDU(D) alle programmatischen Vorgaben der SED in ihr Programm auf, setzte deren Personalforderungen um und entfernte als Symbol ihrer Erneuerung das hintere *D* aus dem Parteinamen. Es war insbesondere Gerald Götting, ab 1949 Generalsekretär und ab 1966 Parteivorsitzender der CDU(D), der die Säuberung der Partei von „reaktionären Kräften“¹⁰⁹

¹⁰⁴ Vgl. Suckut, Wandel, S. 120.

¹⁰⁵ Vgl. Dietze, Entscheidungsstrukturen, S. 56.

¹⁰⁶ Begünstigt wurde die Einflussnahme der SED auf die CDU(D) durch die bereits Ende der 40er Jahre einsetzenden parteiinternen Zentralisierungstendenzen, die die unabhängigeren Landesverbände disziplinierte. Vgl. ebd., S. 58.

¹⁰⁷ Ebd., S. 59.

¹⁰⁸ Vgl. Agethen, Die CDU in der SBZ/DDR, S. 65.

¹⁰⁹ Kiefer, M.: Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDUD und deren Wirksamkeit von 1952 bis 1989, in: Richter, M./Rißmann (Hg.): Die Ost-CDU, S. 139–158, hier S. 147.

systematisch fortführte, wobei er von Lobedanz und später Wolfgang Heyl¹¹⁰ unterstützt wurde.

Auch der erste Vorsitzende der **LDP(D)**, Waldemar Koch, wurde noch im Jahr 1945 abgesetzt und durch den früheren Dresdner Bürgermeister Wilhelm Külz ersetzt. Trotz zunehmender Differenzen¹¹¹ blieb Külz zwar bis zu seinem Tod im April 1948 Vorsitzender, aber auch sein Nachfolger Herrmann Kastner wurde 1950 auf Bestreben der SED abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen.¹¹² Bis 1952 unterlag die LDP(D) trotz ihres bestehenden und deutlich artikulierten Behauptungswillens einem personellen, strukturellen und politischen Unterwerfungsprozess, der insbesondere im Jahr 1948 durch eine massive Verhaftungswelle unterstützt wurde. Nur eines der vielen bekannten Beispiele ist die Verschleppung des Rostocker LDP(D)-Jugendreferenten Arno Esch, der im Zuge einer Verhaftungswelle an der Universität Rostock im Jahr 1949 erst in Schwerin zum Tode verurteilt und 1951 in Moskau hingerichtet wurde.¹¹³

Entgegen ihrem bürgerlich-mittelständischem Programm hatte die LDP(D) der Bodenreform, der Verstaatlichung der Industrie, der Gründung der DDR, der staatlichen Wirtschaftsplanung, den Wahlen per Einheitslistensystem und dem von der SED proklamierten Aufbau des Sozialismus zugestimmt und die führende Rolle der SED anerkannt. Als äußeres Symbol der Veränderung und als Bekenntnis zum eigenständigen Staat DDR ergänzten die Liberaldemokraten ihren Parteinamen und hieß ab 1951 LDP(D) statt wie zuvor LDP.

Wie auch Götting begann der im Jahr 1954 mit nur 26 Jahren zum Generalsekretär gewählt und spätere LDP(D)-Vorsitzende Manfred Gerlach die Partei nach dem gewaltsamen Umerziehungsprozess durch die SED organisatorisch zu festigen und sie deren Vorstellungen entsprechend umzugestalten.¹¹⁴

¹¹⁰ Wehrmachts-Oberleutnant Heyl gehörte zu den wenigen, die als ehemaliges NSDAP-Mitglied in der CDU(D) Karriere gemacht haben. So war er fast zwei Jahrzehnte stellvertretender Vorsitzende und 1989 auch kurzzeitig Interims-Vorsitzender. Vgl. Lapp, P. J.: Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biographie, Aachen 2011, S. 66.

¹¹¹ Streitpunkt war z. B. eine Entschädigungszahlung im Zuge der Bodenreform. Vgl. Itzerott, Die LDP(D), S. 180.

¹¹² Vgl. ebd., S. 182.

¹¹³ Siehe dazu ausführlich: Köpke, H./Wiese, F.-F.: Mein Vaterland ist die Freiheit: Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997.

¹¹⁴ Vgl. Sommer, LDP(D), S. 288f.

Zwischen innerer Emigration und freiwilliger Unterordnung

Insgesamt waren die 1950er Jahre geprägt von der unfreiwilligen Unterwerfung der **CDU(D)** durch die SED und einem massiven Mitgliederchwund von 213.000 Personen kurz nach der Parteigründung auf lediglich 100.000 im Jahr 1960.¹¹⁵ Der Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 markierte eine Zäsur im Denken der Mitglieder: „*Nach den Maßnahmen unserer Regierung vom 13.8. ist (...) ein Bewusstseinswandel unter unseren Mitgliedern (...) eingetreten. Diese Mitglieder beschäftigen sich stärker mit der Perspektive des Sozialismus, während in der Vergangenheit vielfach mit dem Westen geliebäugelt wurde.*“¹¹⁶

Zentrale parteiinterne Konfliktpunkte waren auch über die 60er Jahre hinaus die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, die Uneigenständigkeit der CDU(D), das als kritisch eingeschätzte Verhältnis von Christen und Marxisten in der DDR und die wirtschaftlichen Missstände des Sozialismus.¹¹⁷ Trotzdem schätzte die Parteiführung im Juni 1971 ein, dass die führende Rolle der Arbeiterklasse von den Mitgliedern „*bis auf wenige Ausnahmen*“ als „*objektive Notwendigkeit beim Aufbau des Sozialismus*“ anerkannt würde.¹¹⁸ Diese „*wenigen Ausnahmen*“ bezifferte die Parteileitung auf etwa 30 – 40 % der Parteimitglieder.¹¹⁹ Nach dem Amtsantritt Honeckers im Juni 1971 setzte bei der CDU(D) eine Expansionsphase ein, die bis 1989 anhielt und die der CDU(D) im Wendejahr einen Mitgliederstand von 139.700 Personen bescherte. Damit war sie die mitgliederstärkste der vier kleineren Parteien.¹²⁰

Auch das Verhältnis zwischen **LDP(D)** und SED war von dem Spannungsfeld zwischen dem Ringen der SED um mehr Kontrolle und dem Bemühen der Liberaldemokraten um mehr Eigenständigkeit geprägt.¹²¹ Gerlach begann nach der Missachtung der innenpolitischen Verpflichtungen der KSZE-Akte von 1975, sich allmählich von der SED zu emanzipieren und die Demokratisierung von Gesellschaft und Politik zu fordern. Vorerst wurden seine reformerischen Ansichten jedoch nicht veröf-

¹¹⁵ Vgl. Kiefer, Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen, S. 153, Bild 1: Mitgliederentwicklung der CDU von 1945 bis 1983.

¹¹⁶ Schreiben der CDU(D)-Parteileitung, „*Einschätzung über die Meinungsbildung in den Schichten des Mittelstandes*“ vom 10. November 1961, ACDP 07-011-055.

¹¹⁷ Vgl. Kiefer, Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen, S. 152.

¹¹⁸ Informationsbericht Nr. 11/71 vom 10. Juni 1971, ACDP 07-011-652, zit. n.: Ebd.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Vgl. Lapp, P. J.: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998, S. 21.

¹²¹ Vgl. Sommer, LDP(D)), S. 290–294.

fentlicht.¹²² In den 1980er Jahren erarbeitete sich die LDP(D) wieder ein eigenständiges Profil, indem sie zwar nicht die grundsätzliche Linie, aber einzelne Teilentscheidungen der SED in Frage stellte.¹²³ Im Gegensatz zu den anderen Parteivorsitzenden galt Gerlach auch bei der Basis als Garant für einen größtmöglichen politischen Spielraum.¹²⁴

Der konstruktiv-kritische Standpunkt Gerlachs und die gleichzeitige Anerkennung des sozialistischen Gesellschaftssystems brachte der LDP(D) einen Mitgliederzuwachs von 48 % in den Jahren zwischen 1977 und 1988 auf rund 110.000 ein.¹²⁵ Ab der zweiten Hälfte der 80'er Jahre galt die LDP(D) als Reformpartei, auf die viele unzufriedene Bürger der DDR ihre Hoffnungen setzten. Warum Gerlach als kritischster Vorsitzender einer Blockpartei gewähren durfte und nicht diszipliniert worden ist, wird noch thematisiert.

2.4. Die SED-Gründungen NDPD und DBD

Im Zuge der veränderten Deutschlandpolitik beschleunigten SED und SMAD ab 1947 das Umsetzungstempo ihrer zentralistischen Bestrebungen. Um CDU(D) und LDP(D) ihren Nimbus als alleinige Vertreter der SED-fernen Bürger zu nehmen und das Kräfteverhältnis im Demokratischen Block zu ihrem Gunsten zu verändern, initiierten SED und SMAD die Gründung zweier neuer Parteien und nahmen zusätzlich die Massenorganisationen KB (Kulturbund), FDGB (Freier deutscher Gewerkschaftsbund), DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschland) und FDJ (Freie Deutsche Jugend) in den Block auf. Der offiziell als NDPD-

¹²² Die Veröffentlichung seines Buches *Wortmeldungen zur Zeitgeschichte. Erkenntnisse und Bekenntnisse eines Liberaldemokraten* wurde 1977 durch den eigenen Parteivorstand verhindert. Siehe dazu: Gerlach, Mitverantwortlich, S. 141–157 und Gerlach, Das Manuskript, 2010.

¹²³ Vgl. Gerlach, Mitverantwortlich, S. 298–301.

¹²⁴ Vgl. Lapp, Blockparteien, S. 296. Eine Reaktion der SED auf den Kurs des Parteivorsitzenden war das 1979 erteilte Veröffentlichungsverbot für sein dreibändiges Manuskript „*Wortmeldungen zur Zeitgeschichte*“, in dem Gerlach sich kritisch zur Entwicklung der DDR und der SU äußerte und Missstände wie Armut oder eine tendenziöse Berichterstattung anprangerte. Siehe dazu: Suckut, Die Ost-CDU und LDP(D)), S. 11.

¹²⁵ Vgl. ebd. Allein in den Jahren zwischen 1986 und 1988 stieg die Mitgliederanzahl von 86.000 auf 110.000. Siehe Bogisch, M.: Die LDP(D)) und die Staatskrise 1989/90 (Forscher und Diskussionskreis DDR-Geschichte, Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 87), Berlin 2004, S. 15.

Gründungstag angegebene 25. Mai 1948¹²⁶ verschleiert den initiierten Hintergrund der Parteigründung: Bereits Monate zuvor hat die SED die Entstehung der NDPD mit dem inszenierten Aufruf „*Was wir wollen! Ein offenes Wort*“ in der eigens zu diesem Zweck gegründeten *Nationalzeitung* forciert.¹²⁷

Das Ziel der mittelständisch geprägten **NDPD** war es, alle national gesinnten, demokratischen Kräfte aus dem Kleinbürgertum zu binden, auf national gesinnte Gruppen in den drei Westzonen im Sinne der staatlichen Einheit einzuwirken und die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Wehrmachtsangehörigen sowie ehemalige, vermeintlich unbelasteten NSDAP-Mitglieder in das neue Gesellschaftssystem zu integrieren.¹²⁸ Außerdem sollte sie sowohl das Handwerk als auch den Einzelhandel für staatliche Planung öffnen und ihren Vertretungsanspruch gegenüber CDU(D) und LDP(D) hier deutlich machen.¹²⁹ Entsprechend wurde die NDPD als Partei der Angestellten, Handwerker und Beamten konzipiert.

Am 7. September 1948 wurde die NDPD in den Zentralen Block aufgenommen und konnte bewirken, dass die für Herbst 1948 angesetzten Wahlen um ein Jahr verschoben wurden, um Zeit zum Aufbau der eigenen organisatorischen und administrativen Strukturen zu gewinnen. Nach der Aufnahme in den Volksrat (später Volkskammer) war die NDPD Mitglied in der höchsten Volksvertretung und Regierung der DDR, ohne jemals demokratisch legitimiert worden zu sein.¹³⁰

Die Mitgliedergewinnung lief schleppend. Im Oktober 1948, also ein knappes halbes Jahr nach ihrer Gründung, hatte die NDPD in der gesamten DDR nur 1.376 Mitglieder.¹³¹ Dafür waren beispielsweise in

¹²⁶ Vgl. z. B. in der Rede Pommerenkes zum 40. Jahrestag der Partei, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD 4.132/55, Bl. 12.

¹²⁷ Siehe dazu: Staritz, D.: Die National-Demokratische Partei Deutschland 1948–1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Berlin 1968, S. 42–45.

¹²⁸ Vgl. Lapp, Blockparteien, S. 298.

¹²⁹ Vgl. Staritz, D.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 215–239, hier S. 216.

¹³⁰ Vgl. Staritz, Die NDPD (1968), S. 59–61.

¹³¹ Protokoll des NDPD-Sonderparteitags vom 20./21.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/3625, S. 75.

Mecklenburg im Jahr 1949 33 % der Mitglieder jünger als 30 Jahre.¹³² Nur ein weiteres Jahr später hatte allein der Landesverband Mecklenburg etwa 3.300 Mitglieder.¹³³

Die Bündnispolitik der SED war darauf ausgerichtet, die Großgrundbesitzer als ehemalige Wegbereiter des Nationalsozialismus zu entmachten und an deren Stelle die Klein- und Mittelbauern als Hauptbündnispartner der Arbeiterklasse zu gewinnen. KPD und auch SED fanden jedoch auf dem konservativ-bäuerlich geprägten Land trotz der durch die Bodenreform begünstigten Neu- und Kleinbauern nur geringen Zuspruch. Offenbar wurde die bereits 1945/46 gegründete *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe* (kurz: VdgB) den politischen Ansprüchen nicht gerecht, da zusätzlich noch eine Bauernpartei den Einfluss der SED auf ländliche Regionen stärken sollte: Ausgehend von der Einberufung des *Landesgründungsausschusses Bauernpartei Mecklenburg* am 29.4.1948 entstand die **DBD** auf Initiative der SMAD.¹³⁴ Sie sollte die politische Vertretung der Bauern und verlängerter Arm der SED auf dem Lande werden. Die VdgB fungierte als organisatorische Basis dieses neuen bäuerlichen Zusammenschlusses. So war der erste DBD-Vorsitzende Ernst Goldenbaum zuvor Geschäftsführer der Landtagsfraktion des VdgB im Mecklenburg.¹³⁵ Wie auch bei der NDPD übernahmen ehemalige SED-Kader Führungspositionen in der DBD. Beispielsweise war der langjährige DBD-Vorsitzende Ernst Goldenbaum nicht nur der Kopf hinter der Bodenreform in Mecklenburg, sondern auch ehemaliger KPD-Abgeordneter.¹³⁶ Neben Goldenbaum übernahmen auch weitere SED-Funktionäre Führungspositionen.

Eigene Programmatik und Sozialstruktur

Neben dem Einsatz für die volle Gleichstellung der ehemaligen NSDAP-Parteigänger bekannte sich die **NDPD** in ihrem Programmpapier *Grundsätze und Forderungen zur Einheit Deutschlands*, der Sicherung der

¹³² Vgl. Haas, J.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Bamberg 1988, S. 53.

¹³³ Vgl. ebd., S. 62.

¹³⁴ Die SED nahm für sich in Anspruch, die Partei der Arbeiter und Bauern zu sein. Deshalb reagierte sie auf die Initiative der SMAD, angesichts der zu scheitern drohenden Bauernpolitik der SED eine unterstützende Partei zu gründen, erst zurückhaltend. Vgl. Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution, S. 75–77 und 134–142.

¹³⁵ Vgl. Kühne, K.: Die Anfänge der DBD, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 89–102, hier S. 91.

¹³⁶ Vgl. Schwabe, Illusion, S. 121.

Existenz des Mittelstands und des Handwerks und dem Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Schichten. Die ursprünglichen Forderungen nach der Zerschlagung der „Herrschaft der Bürokratie“ wurden später aus dem Programm der NDPD entfernt.¹³⁷

Den Kern der NDPD-Funktionäre bildeten ehemalige Mitglieder der SED, ehemalige Mitglieder des Kriegsgefangenen-Komitees *Freies Deutschland* und des Bundes Deutscher Offiziere. Eine der personellen Konstanten stellte Jonny Löhr in Mecklenburg dar: Absolvent der Moskauer Kaderschule, Komintern-Mitarbeiter, Mitglied des SED-Landesvorstands und ab 1948 Mitbegründer sowie Landesvorsitzender der NDPD. Ebenso sah es in allen anderen Landesverbänden aus.¹³⁸ Inwiefern sich die NDPD-Mitglieder ihrer Instrumentalisierung bewusst waren, kann für die Gründungsjahre nur spekuliert werden. Zumindest muss es entsprechende Gerüchte gegeben haben.¹³⁹ Nachfragen zur Parteigeschichte¹⁴⁰ wurden offiziell nicht thematisiert, kamen jedoch unter anderem im Zusammenhang mit Löhrs Todesanzeige immer wieder auf.¹⁴¹ Die von der SED beauftragten NDPD-Führungskader fanden in der Gründungsphase der Partei unter den Mitgliedern wenig Akzeptanz und waren wohl auch eine Ursache für den geringen Mitgliederzuwachs. Neben der engen Verbindung zur SED gab es auch personelle Kontinuitäten zwischen NSDAP und NDPD.¹⁴² Die Überrepräsentanz in den

¹³⁷ Vgl. Haas, Die NDPD, S. 19–20.

¹³⁸ Vgl. Schwabe, Illusion, S. 121.

¹³⁹ Auf dem Sonderparteitag im Januar 1990 werden diese angesprochen. Protokoll des Sonderparteitags am 20./21.1.1990, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/3625, S. 75.

¹⁴⁰ „Warum wurde die Partei erst 1948 gegründet?“ und „Welche Rolle spielt die Ehemaligenproblematik in unserer Partei?“ wurde unter anderem auf den Studienzirkeln im Mai 1988 gefragt. Die Antworten sind leider nicht protokolliert. SAPMO BArch, DY 16/3765, S. 4.

¹⁴¹ Nach dem Tod Löhrs im Jahr 1967 hat es zwei Traueranzeigen gegeben: Eine der um ihren Parteifreund trauernden NDPD in der NZ und eine der SED im ND, die verräterischer Weise um ihren Genossen Löhr trauerte. So eine Wortmeldung auf dem Sonderparteitag im Januar 1990. Der Parteitag nahm zu dem richtigen Verdacht, Löhr habe sich im Auftrag der SED in der NDPD engagiert, keine Stellung. Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags der NDPD am 20./21.1.1990, S. 75, BArch DY 16/3625.

¹⁴² So wurde der frühere Adjutant von Generalfeldmarschall Paulus, Oberst Wilhelm Adam, Ende 1949 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden Sachsen ernannt. Im ersten Parteivorstand saßen neben Oberst Adam auch Generalleutnant Vincenz Müller, der spätere Vorsitzende Major Heinrich Homann, Oberst Günther Ludwig und der einstige Generalmajor Dr. Wilhelm Korfes. Vgl. Staritz, Die NDPD, S. 218.

Führungsebenen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch der Zuspruch der Ehemaligen im Allgemeinen eher mäßig war.¹⁴³

Insbesondere die jungen NDPD-Mitglieder fielen häufig durch mangelnden Willen zur Kooperation mit der SED auf. Auf dem 3. Parteitag im Jahr 1951 wurde dem Landesverband Mecklenburg vorgeworfen, „ungenügende Wachsamkeit gegenüber rückschrittlichen Elementen“ an den Tag zu legen. Besonders „rückschrittlich“ war die Situation demnach in den späteren Kreisen Rostock-Land und Ueckermünde und im späteren Bezirk Neubrandenburg.¹⁴⁴ Ein NDPD-Mitglied organisierte im Zuge des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 zum Beispiel einen Streik auf der Mathias-Thesen-Werft in Wismar. Auch bei den Streiks in Bad Doberan engagierten sich NDPD-Mitglieder.¹⁴⁵

Die NDPD bemühte sich redlich um Kontakt zu Ehemaligen in der BRD. So wurde die *National-Zeitung* auch in die BRD verschickt, neben Patenschaften auch direkter Briefkontakt zu ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und nationalsozialistischen Gliederungen wie der hessischen NDP gesucht, um sie für die Westpolitik der SED zu instrumentalisieren und die sich abzeichnende staatliche Separation zu unterlaufen.¹⁴⁶ Jedoch war die Integration der Ehemaligen am Anfang der 50er Jahre auch in Westdeutschland so weit vorangeschritten, dass der identitätsstiftende Mobilisierungsversuch zumeist im Sande verlief.

Der offensive Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und die nationale Gesinnung trugen insbesondere in den Anfangsjahren zur kollektiven Identität der Partei bei.¹⁴⁷ Ihrer politischen Kultur zufolge und wohl auch als Gegenleistung für die Integration und Teilhabe akzeptierten die Ehemaligen den Führungsanspruch der SED zumeist widerspruchslos. In der Hoffnung auf ein vereintes, wenn auch neutrales Deutschland überlebte die nationale Gesinnung. So fiel es der Parteiführung leicht „1951 ihre Zustimmung zur sozialen und politischen Struktur der DDR zu erklären und Handwerk sowie Einzelhandel dazu aufzufordern, sich in

¹⁴³ Von den 35.000 Mitgliedern Anfang 1950 waren nur etwa 4.000 ehemalige NSDAP-Mitglieder dem Ruf der NDPD gefolgt. Vgl. Gottberg, B.: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 73–87, hier S. 79. Anders schätzt Staritz die Zusammensetzung ein: Laut seiner Berechnungen waren 41,7 % der 100.000 Mitglieder im Jahr 1951 ehemalige NSDAP-Mitglieder. Staritz, Die NDPD, S. 219.

¹⁴⁴ Ebd., S. 185.

¹⁴⁵ Vgl. Haas, Die NDPD, S. 187.

¹⁴⁶ Vgl. Staritz, Die NDPD (1968), S. 86–91 und Haas, Die NDPD, S. 165–167.

¹⁴⁷ Vgl. Matthiesen, Greifswald in Vorpommern, S. 594.

die neue Sozialordnung einzupassen“.¹⁴⁸ Wie alle Blockparteien konnte die NDPD ihre staatliche Transmissionsaufgabe nur erfüllen, wenn sie realpolitische Partikularinteressen im Rahmen des von der SED vorgegebenen Kurses aufgriff und Erfolge abseits der SED-Politik erzielte, um so ihre Zielgruppe an sich zu binden. Dass dies nach den zögerlichen Anfangsjahren schnell gelang, zeigte der rasante Anstieg auf 233.000 Mitglieder im Jahr 1953. Damit war die NDPD kurzzeitig die größte Blockpartei nach der SED, bis die Mitgliederzahlen im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 und den sich anschließenden parteiinternen Säuberungen wieder sanken.¹⁴⁹

Die programmatische Ausrichtung der **DBD** blieb auch nach dem ersten Parteitag im Juli 1948 konzeptionslos. Statt eines verbindlichen Parteiprogramms wurde lediglich die Interessenidentität mit der SED verkündet¹⁵⁰ und die pseudoprogrammatische Schrift *Grundsätze und Forderungen* veröffentlicht. Die DBD verstand sich als „selbständige politische Partei der werktätigen bäuerlichen Bevölkerung und der mit ihr verbundenen Berufsschichten“ und gab an, „sich insbesondere der Interessen und Rechte der kleinen und mittleren Bauern anzunehmen“.¹⁵¹ Die Kollektivierung der Landwirtschaft gestaltete die DBD aktiv mit und verteidigte diese auch in ihrem Programm.¹⁵² Nach einer ersten Existenzkrise zu Beginn der 50er Jahre gelangte die DBD als Agitator der Kollektivierung der Landwirtschaft 1952/1953 zu größerer Bedeutung.¹⁵³

Die DBD erfüllte die Mitgliederzielvorgabe der SED von allen Blockparteien am besten: Sie bestand zu etwa 70 % aus Genossenschaftsbauern und war damit die Partei der Bauernschaft. Mit ihren 125.000 Mitgliedern im Jahr 1988 war die DBD die zweitgrößte Blockpartei.¹⁵⁴ Der Verzicht auf eine eigene Parteiprogrammatik, die detaillierte Absprache von Neuanwerbungen, die Einsichtnahme aller DBD-Dokumente durch die

¹⁴⁸ Staritz, Die NDPD, S. 218.

¹⁴⁹ Vgl. Haas, Die NDPD, S. 185–194.

¹⁵⁰ Vgl. Wernert, Rolle und Funktion, S. 247.

¹⁵¹ Programm der DBD vom 2./3. Juli 1949, abgedruckt in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 265–271.

¹⁵² Vgl. Programm der DBD, § 9: „Beschränkung des Eigentums können nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden.“ Abgedruckt in: Weber, Parteiensystem, S. 266.

¹⁵³ Vgl. Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution, S. 552.

¹⁵⁴ Vgl. Lapp, Blockparteien, S. 298.

SED und das SED-Vorschlagsrecht für DBD-Funktionäre machten aus der DBD tatsächlich die engste Verbündete der SED.¹⁵⁵

Wie die NDPD konnte auch die DBD ohne demokratische Legitimation Sitze in parlamentarischen Gremien einnehmen, wogegen sich CDU(D), LDP(D) und auch einige Kritiker innerhalb der SED nur zeitweise zur Wehr setzen konnten. Im August 1948 wurde die DBD in den Block aufgenommen. Die NDPD folgte einen Monat später.¹⁵⁶

Transmissionspolitik und vorsichtige Eigeninitiative

Auch die kleinen Erfolge der NDPD-Parteiarbeit können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihr Abstieg zwanzig Jahre nach der Gründung begonnen hatte: Als ab dem Ende der 1960er Jahre sowohl die Wiedervereinigung nicht mehr das proklamierte Ziel der SED war¹⁵⁷ und gesamtdeutsches Denken insgesamt an Bedeutung verlor, bedurfte die NDPD samt ihrer nur noch 60.000 Mitglieder einer politisch-ideologischen Neuorientierung. Die Suche nach neuen Orientierungsmöglichkeiten endete damit, dass sich die NDPD konsequenter als zuvor auf die Zielgruppe der LDP(D), mittelständische Angestellte, Handwerker und Selbständige ausrichtete. In groben Zügen gelang die Umorientierung bis zu den frühen 1980er Jahren: Von der sozialen Struktur und der Mitgliederstärke her ähnelte die NDPD nun stark der LDP(D), beide wiesen gleich große Anteile von Angestellten und Angehörigen der „Intelligenz“ auf.¹⁵⁸ Während die LDP(D) jedoch in den 80er Jahren einen Mitgliederzuwachs von fast 50 % vorweisen konnte, war die NDPD dieser direkten Konkurrenz nicht gewachsen.¹⁵⁹ Im Vergleich zur LDP(D) wurde sie auch auf Grund der ungeschickten Führung des Vorsitzenden Heinrich Homann, der mangelnden parlamentarisch-demo-

¹⁵⁵ Zum Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft im Sozialismus siehe: Lenin, W. I.: Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Brief an die Redaktion der "Prawda", in: Werke, Bd. 26, Dietz Verlag Berlin 1972, S. 329–331, insbesondere S. 331.

¹⁵⁶ <http://www.bpb.de/izpb/48504/auf-dem-weg-in-die-diktatur-1945-bis-1949?p=1>, eingesehen am 13.1.2016, um 12:47 Uhr.

¹⁵⁷ Den Bau der Mauer unterstützte die Mehrzahl der NDPD-Mitglieder und rechtfertigte ihn mit dem Slogan „*Wer der DDR die Treue hält, hält ganz Deutschland die Treue!*“ (Zitat aus dem Parteiprogramm von 1950, Artikel 16. Zit. n.: Haas, Die NDPD, S. 269f.). Es gab im Zusammenhang mit der räumlichen Separation aber auch etliche Parteiaustritte. Siehe dazu: Haas, S. 155–162.

¹⁵⁸ Vgl. Lapp, Blockparteien, S. 297.

¹⁵⁹ Vgl. Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, BStU, MfS HA XX, Nr. 6632, Bl. 14. Siehe dazu auch Lapp, Blockparteien, S. 297.

kratischen Erfahrung und der fehlenden integrativen Kraft zum Teil als politisch überflüssig empfunden.

Nach Matthiesens Einschätzung war die NDPD eine für die SED nützliche bürgerliche Blockpartei, die eine Rückzugsmöglichkeit für ein mehrheitlich nichtchristliches, nichtsozialistisches, städtisches und weitgehend gebildetes Publikum darstellte, das sich innerhalb der Partei unauffällig verhielt, eher instrumentell orientiert war und den Minimalkonsens mit dem SED-Staat suchte.¹⁶⁰ Dass dies so undifferenziert nicht haltbar ist, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit gezeigt.

Beständiger war dagegen die **DBD**. Vereinzelt regte sich zwar noch in den 60er Jahren Widerstand, deutlicher wurde dieser aber erst wieder ab den 80er Jahren. Auf dem Suhler Parteitag im Jahr 1982 wurde der ehemalige Rostocker Bezirksvorsitzende Ernst Mecklenburg zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Entgegen der Hoffnungen der Parteibasis setzte der von der SED favorisierte Mecklenburg aber den bisherigen Kurs fort. Nach fünf Amtsjahren übernahm Günter Maleuda, der bisherige Sekretär für Parteiorganisation, den Parteivorsitz und wurde damit nicht nur der letzte Vorsitzende der DBD, sondern zeitgleich der einzige Vorsitzende einer Blockpartei, der die Wendemonate im Amt überstand.

Die DBD hatte insbesondere auf dem Land einen gefestigten Status und nahm wichtige Positionen in der Landwirtschaft ein. Durch einen mit 25 % hohen Anteil der „Intelligenz“¹⁶¹ versammelte die DBD ein großes Potential an landwirtschaftlicher Kompetenz in ihren Reihen und wurde so zu einer Plattform für die Wissensvermittlung zwischen Wissenschaftlern und Bauern.¹⁶² Die Dominanz der SED, die Konkurrenz um Mitglieder und der durch die VdgB verringerte Einfluss auf dem Land¹⁶³ führten ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre dazu, dass die Bauernpartei ihre Position an der ersten Stelle nach der SED verlor und aufgrund der schwächeren Anbindung an die SED allmählich wieder eigene Impulse in die Agrar- und Umweltpolitik einbrachte.¹⁶⁴ Die Frage, wie man die

¹⁶⁰ Vgl. Matthiesen, Greifswald in Vorpommern, S. 593.

¹⁶¹ Diese Arbeit übernimmt die Klassifikation der SED. Um jedoch nicht zu unterstellen, dass die Angehörigen dieser sozialen Gruppe grundsätzlich intelligenter als ihre Mitbürger waren, wird die Bezeichnung „Intelligenz“ durchgängig in Anführungszeichen gesetzt. Sie sind hier keine Zitatmarker, sondern Ausdruck dieser Distanzierung.

¹⁶² Vgl. Matthiesen, Greifswald in Vorpommern, S. 205.

¹⁶³ Dass die DBD im VDGB einen Konkurrenten sah, belegt auch der Bericht Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, BStU, MfS HA XX, Nr. 6632, Bl. 14.

¹⁶⁴ Vgl. Lapp, Die Blockparteien im politischen System der DDR, S. 45.

Parteiarbeit unter den gegebenen Umständen profilieren und erneuern könne, prägte den Rostocker Parteitag im Jahr 1987.¹⁶⁵ Trotz aller vermeintlicher Euphorie brachte er programmatisch und formal allerdings wenig Veränderung.

2.5. Überblick: Blockpolitik in der DDR bis 1989

Das zentrale Organ der Bündnispolitik der SED war der Demokratische Block. Er war der ursprünglich freiwillige Zusammenschluss der antifaschistisch-demokratischen Parteien unter Wahrung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung mit dem Ziel, Stabilität in das Nachkriegschaos zu bringen, als Grundlage für die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft zu dienen und die gemeinsame Bekämpfung der Hinterlassenschaften des Dritten Reiches zu ermöglichen.

Die spätere Instrumentalisierung des Blocks durch die SED war in den Gründungsmonaten noch nicht offensichtlich. Bis zum Jahr 1947 war der Block ein nicht weisungsgebendes, auf Landesebene quasi-parlamentarisches Instrument, das auf allen Ebenen Abweichungen zuließ und dessen Beschlussfähigkeit aufgrund des noch vorhandenen Selbstbehauptungswillens der bürgerlichen Parteien und der vorgesehenen einstimmigen Beschlussfassung gehemmt werden konnte.¹⁶⁶ Um die Position der SED zu stärken, sollten die Massenorganisationen daher bereits 1947 in den Block aufgenommen werden, was CDU(D) und LDP(D) jedoch vorerst verhindern konnten. Erst der Wegfall der außenpolitischen Rücksichten ermöglichte es ab 1948, dass die Transformation des Parteiensystems auch durch die Neugründung von DBD und NDPD und deren Aufnahme in den Block abgeschlossen werden konnte. Der erneute Einwand von CDU(D) und LDP(D), dass beide Parteien nicht demokratisch legitimiert seien, konnte die Pläne der SED diesmal nicht mehr ändern.¹⁶⁷

Der Umstrukturierung des Blocks zu einem Machtsicherungsinstrument der SED folgte im Jahr 1949 die Festlegung der Grundsätze des Blocks auf den Kurs der SED. Beibehalten wurde jedoch die bis dahin von den bürgerlichen Parteien zum verzögernden Widerspruch genutzte Einstimmigkeitspflicht, was darauf hindeutet, dass die SED mit keinem

¹⁶⁵ Vgl. Reichelt, Blockflöten, S. 250f.

¹⁶⁶ Vgl. Koch, M.: Der Demokratische Block, in Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 281–338, hier S. 283.

¹⁶⁷ Vgl. ebd., S. 290.

nennenswerten Widerspruch mehr rechnete. Als Zeugnis ihrer Unterwerfung stimmten alle Parteien dem Beschluss von Säuberungsmaßnahmen gegen politische Reaktionäre in den Blockparteien zu und ermöglichten es der SED somit, auch die letzten „Abweichler“ in den eigenen Reihen zu beseitigen.¹⁶⁸

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der *„planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“*¹⁶⁹ beschlossen. Sobald die von Ulbricht proklamierte *„sozialistische Menschengemeinschaft“*¹⁷⁰ erreicht worden wäre, wären die Blockparteien überflüssig gewesen. Bis dahin nahmen sie aber eine feste Größe im Staatsapparat der DDR ein: In den Parlamenten, im Ministerrat und in den regionalen Verwaltungen bekleideten Mitglieder der Blockparteien Posten. Die Parteivorsitzenden waren zugleich auch stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates und etwa 1.000 der insgesamt 7.570 Gemeinden in der DDR hatten einen Bürgermeister aus den Reihen der Blockparteien.¹⁷¹ Durch diese zumindest numerisch relativ große Teilhabe wollte die SED die Attraktivität der Blockparteien erhalten und so ihre Macht durch die Illusion von begrenzter Wahlfreiheit sichern.

In den Grenzen des SED-Herrschaftsanspruches leisteten die Blockparteien *„eigene Beiträge“*. Wie diese Eigenständigkeit in den Strukturen der Nationalen Front aussah, erläutert der Zentralvorstand der LDP(D) im Jahr 1981: *„Der Begriff ‚eigenständiger Beitrag‘ zielt hier auf das Einbringen ihres Potentials in die Entwicklung der Gesellschaft (...). Er sollte stets so gebraucht und interpretiert werden, daß nicht der Eindruck entsteht, die LDP(D) könne ihre Wirksamkeit auch außerhalb oder unabhängig von ihrer festen Verwurzelung in der Nationalen Front erbringen bzw. sich dabei auf eine für sie typische Ideologie stützen.“*¹⁷²

Das Verhältnis zwischen SED und Blockparteien changierte zwischen offizieller Verbrüderung und offener Konkurrenz. Phasen, in denen die Dominanz der SED besonders stark war, waren *„das Jahr 1948, die Monate nach der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die ersten Jahre nach dem Mauerbau*

¹⁶⁸ Vgl. Entschließung des Demokratischen Blocks vom 17. Juni 1949, abgedruckt in: Ebd., S. 329.

¹⁶⁹ Vgl. Lehmann, H. G.: Deutschland-Chronik 1945–2000 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 366), Bonn 2002, S. 76.

¹⁷⁰ Vgl. Suckut, Blockparteien, S. 283.

¹⁷¹ Vgl. ebd., S. 285.

¹⁷² *„Charakter, Rolle und Aufgaben der LDP(D) bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der DDR.“* Beschluss des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes vom 10.11.1981, SAPMO BArch, DY30/vorl. SED, Nr. 22815, S. 13.

*und der Beginn der Ära Honecker.*¹⁷³ Im Gegenzug erhielten die Blockparteien demnach eine größere Bedeutung, wenn die SED ihre Herrschaft oder die DDR insgesamt Legitimationsproblemen ausgesetzt sah, wie in den Monaten nach dem Aufstand 1953, die Entstalinisierungswelle 1956 und die Zeit seit dem Ende der 70er Jahre.¹⁷⁴ Die Intention der SED ging auf: In den Phasen eines größeren Handlungsspielraumes konnten die Blockparteien tatsächlich einen größeren Andrang neuer Mitglieder verzeichnen.¹⁷⁵ Der seit 1968 in der Verfassung verankerte Führungsanspruch der SED¹⁷⁶ blieb dennoch – zumindest offiziell – bis zur Friedlichen Revolution im Herbst 1989 unangefochten.

2.6. Die Friedliche Revolution: internationale und regionale Aspekte

Zum Verlauf der Friedlichen Revolution haben sich andere bereits beruflener geäußert,¹⁷⁷ daher wird hier nicht dezidiert auf die Ereignisse zwischen dem Spätsommer und dem Winter 1989/90 eingegangen. Aber einige Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen, die die Friedliche Revolution erst möglich gemacht haben, scheinen ebenso angebracht, wie ein Blick auf die Ereignisse im Bezirk Rostock.

¹⁷³ Suckut, S.: Die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung der Blockparteien, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II/1: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 282–290, hier S. 283.

¹⁷⁴ Vgl. Sommer, LDP(D), S. 299.

¹⁷⁵ Vgl. Lapp, Blockparteien, S. 291.

¹⁷⁶ „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“ Verfassung der DDR aus dem Jahr 1968, Artikel 1, Satz 1–2. Zitiert nach: <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1968.html> (eingesehen am 4.12.2015, um 20:26 Uhr).

¹⁷⁷ Die internationale Einbettung der Wiedervereinigung zeichnet von Plato sehr quellennah und anschaulich nach: Plato, A. v.: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 381), Bonn 2003. Einen guten national- und ereignisgeschichtlichen Überblick liefert z. B. Kowalczyk, I.-S.: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 762), Berlin 2009. Weitere Titel sind dem Literaturverzeichnis im Anhang zu entnehmen.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist weder ein Zufallsprodukt der Geschichte, noch trifft der Mythos zu, das Volk der DDR hätte sich „auf Initiative der Bürgerbewegung, geführt von einem weitsichtigen westdeutschen Bundeskanzler, unter dem Beistand des Meistertaktikers Gorbatschow (...) unter Nutzung eines nur schmalen Zeitraums seine Befreiung erkämpft und sich zu einer gemeinsamen, zukunftssträchtigen Bundesrepublik vereint.“¹⁷⁸ Stattdessen war es eine Zusammenkunft von mehreren, teils unabhängigen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen, die die Ereignisse 1989/90 ermöglichten.

Die Politik Gorbatschows hatte eine zweifache Wirkung: Indirekt, indem sie die Hoffnung der Bürger auf Reformierbarkeit des politischen Systems zu einem demokratischen Sozialismus nährte und einen als gangbar empfundenen Weg zur Liberalisierung des Ostblocks wies. Direkt, indem Gorbatschow eine militärische Einmischung in die Ereignisse in der DDR ausschloss und stattdessen das Selbstbestimmungsrecht der Völker betonte.¹⁷⁹ Ohne die Nicht-Einmischung Moskaus, ohne das Einverständnis der ehemaligen Siegermächte,¹⁸⁰ der Neuausrichtung der Deutschland- und Europapolitik der NATO auf die Vereinigung Deutschlands¹⁸¹ und ohne Erkenntnis des Bundeskanzlers Kohl, dass

¹⁷⁸ Diese überhöhte Meistererzählung dekonstruiert Plato. Plato, A. v.: Widersprüchliche Erinnerungen. Internationale Protagonisten der Wiedervereinigung und nationale Vereinigungsmythen, in BIOS 14 (2001), S. 37–52, hier S. 37.

¹⁷⁹ Vgl. Richter, M.: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 38), Göttingen 2010, S. 232f.

¹⁸⁰ Sowohl die britische als auch die französische Regierung reagierte mit einer starken Abwehrhaltung auf die mögliche Vereinigung, da sie dadurch die Stabilität und das Gleichgewicht in Europa gefährdet sahen. Doch während Margaret Thatcher befürchtete, dadurch würde die Position Gorbatschows geschwächt, argwöhnte die französische Regierung unter Mitterrand, dass der Prozess der europäischen Einigung durch diese massive Veränderung gefährdet würde. Im Gegenzug zu Kohls Zustimmung zur Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung Euro sah Mitterrand von seinen Vorbehalten ab. Die Verhandlung über die internationalen Bedingungen der Vereinigung von BRD und DDR wurden zwischen Februar und September 1990 trotz des Protestes anderer europäischer Staaten letztlich von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und Vertretern beider deutscher Staaten geführt und am 12. September 1990 als „2 + 4-Vertrag“ ratifiziert. Vgl. Plato, A. v.: Internationale Bedingungen der Wiedervereinigung, in Florath, B. (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur (Analysen und Dokumente, Bd. 34), Göttingen 2011, S. 29–42, hier S. 39.

¹⁸¹ Bereits im März 1989 wurde in Washington anlässlich des 40. Gründungstages der NATO eine neue Deutschland- und Europapolitik initiiert, in der die Ver-

ihm für die Erfüllung des Verfassungsauftrags zur Wiedervereinigung große Anerkennung der konservativ-nationalen Kreise zukommen würde.¹⁸² wäre das Engagement der DDR-Bürger im Herbst 1989 wohl nicht nur ins Leere gelaufen, sondern hätte blutig niedergeschlagen werden können. Bis zu seinem Rücktritt stand Honecker für eine „chinesische Lösung“ des Problems: Anfang Oktober waren bereits Pläne zur gewaltsamen Niederschlagung des Protests ausgearbeitet. Dass die Situation trotz vereinzelter Gewaltanwendungen nicht eskaliert ist, ist neben den individuellen Entscheidungen von Einzelpersonen¹⁸³ auch der zumeist unterschätzte Verdienst der Reformer innerhalb der SED. Diese äußeren Rahmenbedingungen machten es möglich, dass aus der Unzufriedenheit über die systemimmanenten Problemlagen überhaupt erst eine Bürgerbewegung erwachsen, diese Fuß fassen und die Umgestaltung der DDR im Herbst 1989 herbeiführen konnte.

Für das Entstehen einer öffentlichen Bewegung gegen die Zustände in der DDR wirkte die Kommunalwahl im Mai 1989 wie ein Katalysator. Auch in Rostock manifestierte sich der Stimmungswandel in der Auseinandersetzung mit dem offiziellen Wahlergebnis. An diesem ließ sich die virulente Unzufriedenheit der Bürger allerdings nur schwerlich ablesen: Die Rostocker Wahlbeteiligung lag offiziell bei 99,11 %, nur knapp 0,5 % hinter der von 1984. Auch die Zustimmung für den Wahlvorschlag nahm lediglich um 0,5 % auf 99,5 % ab. Gemeinsam mit den für ungültig erklärten Stimmzetteln kann man von einem Anteil von 1,55 % der Wahlbevölkerung ausgehen, der sich gegen die Politik der SED aussprach.¹⁸⁴ Schnell waren Stimmen zu vernehmen, die das gesamte Wahl-

einigung der beiden deutschen Staaten eine zentrale Rolle spielte. Als neues Ziel der NATO proklamierte US-Präsident Bush während seines anschließenden Besuchs in der BRD die Überwindung der Teilung Europas und das Ende des Kalten Krieges. Vgl. Plato, *Widersprüchliche Erinnerungen*, S. 40.

¹⁸² Noch im Frühjahr 1989 hatte die CDU kein Interesse daran, die deutsch-deutsche-Frage auf die Tagesordnung zu setzen, denn trotz des Wiedervereinigungsgebotes im Grundgesetz der BRD hatte sich zumindest das linke Parteienspektrum weitgehend mit der Zweistaatlichkeit arrangiert. So zitiert Plato den Kanzlerberater Teltschik und Kanzleramtschef Schäuble. Vgl. Plato, *Widersprüchliche Erinnerungen*, S. 41.

¹⁸³ Die Führungsebene der DDR ließ die mittlere Personalebene vor Ort in ihrer Handlungsentscheidung oft allein, sodass die Einsatzleitung wie auch in der Nacht des 9. November letztlich allein die Eingriffsentscheidungen traf. Siehe z. B.: Plato, *Widersprüchliche Erinnerungen*, S. 49.

¹⁸⁴ Lindner berichtet von Abweichungen zwischen dem offiziellen und dem tatsächlichen Wahlergebnis von etwa 10 % der Stimmen. Selbst, wenn man diese vom offiziellen Ergebnis abzieht, hätte die Einheitspartei deutlich über 85 % der Wählerstimmen bekommen. Von einer größeren oppositionellen Be-

ergebnis anfochten: Bis zum Juni gab es im Bezirk Rostock 14 Eingaben, die die Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses massiv in Frage stellten. Dass es Wahlfälschungen gab und diese direkt aus der Bezirksleitung angewiesen wurden, bestätigt die Selbstanzeige des Greifswalder Oberbürgermeisters Klaus Ewald im März 1990: Er habe schon Tage vor der Wahl einen Zettel von Eberhard Kühl, dem Leiter der Bezirkswahlkommission, mit den Greifswalder Wahlergebnissen bekommen. Über Ewald wurde eine Geldstrafe in Höhe von 3.000 Mark der DDR verhängt, Kühl jedoch nicht belangt.

Der Abbau der ungarischen Grenzanlagen ab Mai 1989 war das erste äußerlich sichtbare Anzeichen für den Zusammenbruch des Ostblocks. Über die Botschaften flüchteten etliche DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Unter den Tausenden Menschen befanden sich Anfang Oktober auch 500 Rostocker in der Prager und Warschauer Botschaft, um von dort aus mit der Bahn in den Westen zu gelangen. Nachdem die ungarische Regierung ab September dazu übergegangen war, nicht nur eigene, sondern auch DDR-Staatsbürger ausreisen zu lassen, nahm der Zustrom der „Ungarnurlauber“ noch weiter zu. Allein zwischen dem 15. und dem 23. September wurden in den Nordbezirken 1.489 Anträge für Ungarnreisen gestellt, was im Falle Rostocks 0,41 % der Bevölkerung entsprach. Damit lag Rostock nicht nur wesentlich über dem Durchschnitt (0,18 %), sondern auch deutlich vor Schwerin und Neubrandenburg (0,1 % und 0,07 %).¹⁸⁵

Die Eindämmungs-, Überzeugungs- und Störversuche der SED konnten die aufkommende Bürgerbewegung bis zum Sommer 1989 nicht unterdrücken. Der Bericht der Bezirkseinsatzleitung Rostock vom 6. Juni 1989 lässt die Bereitschaft der SED, die Bürgerbewegung im Zweifelsfall auch militärisch niederschlagen zu lassen, erkennen. So meldete der erste Bezirkssekretär der SED und Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung, Ernst Timm, die *„volle Bereitschaft des Bezirks zur Überführung in den Verteidigungszustand“*¹⁸⁶. Bis auf weiteres war die Aufmerksamkeit der Bezirkseinsatzleitung auf das *„rechtzeitige Erkennen und die vorbeugende Verhinderung der feindlichen Aktivitäten“* sowie *„die Ausschaltung jeglicher Überraschungen“* ausgerichtet.¹⁸⁷ So sollte sie nicht nur Provokationen, politisch-oppositionelle Zusammenschlüsse und weitere Auswirkungen

wegung kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen werden. Vgl. Lindner, Demokratische Revolution, S. 27.

¹⁸⁵ Zahlen entnommen aus Langer, Ihr sollt wissen, S. 108f.

¹⁸⁶ Bericht 10/89, in BArch NVR, VA-01/39539, Bl. 108ff. Zitiert nach Langer, Ihr sollt wissen, S. 146.

¹⁸⁷ Ebd.

der Agitation des „Gegners“ verhindern, sondern auch die Staatsgrenze sichern und Ausreisversuche unterbinden. Für den Fall einer Mobilmachung hätten 41.331 bewaffnete Männer bereitgestanden.¹⁸⁸ Ob dies eine direkte Reaktion auf die Ereignisse in Peking ist, kann leider nur gemutmaßt werden.

Bis in das Jahr 1967 lassen sich zudem Planungen des MfS für eine kurzfristige und vorbeugende Inhaftierung oder verstärkte Bewachung von Regimegegner zurückverfolgen.¹⁸⁹ Auf den Listen des sogenannten Vorbeugekomplex' wurden knapp 86.000 DDR-Bürger geführt.¹⁹⁰ Im Bezirk Rostock betraf dies 2.287 der 916.500 Einwohner. 362 von ihnen sollten inhaftiert werden.¹⁹¹ Obwohl die Vorbereitungen für einen militärischen Einsatz vor allem im September weiter vorangetrieben worden sind,¹⁹² kam es letztlich zu keinem Einsatz. Unter Verweis auf das Gebot der Verhältnismäßigkeit wiesen beispielsweise die Greifswalder Einsatzleiter der ersten Demonstrationsabsicherung am 18. Oktober die Forderungen einiger SED-Funktionäre nach einem konsequenteren Eingreifen gegen die Demonstranten zurück.¹⁹³

Nachdem in den Großräumen Leipzig und Dresden schon seit Anfang September regelmäßige Demonstrationen mit mehreren zehntausend Teilnehmern stattgefunden hatten,¹⁹⁴ stellte die Neubrandenburger Bezirksverwaltung des MfS noch am 8. Oktober zufrieden fest, dass im Norden der Republik keine organisierte Opposition zu erkennen sei.¹⁹⁵ Als Erklärung für diesen Umstand kann man mehrere systemstabilisie-

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Mit einer Quote von 2,5 zu Inhaftierenden pro 1.000 Einwohner lag Rostock sowohl unter dem Durchschnitt der drei Nordbezirke (4,1) als auch unter dem Republikdurchschnitt (5,1). Vgl. ebd., S. 147.

¹⁹⁰ Vgl. Abokat, Politischer Umbruch, S. 105–107.

¹⁹¹ Vgl. ebd.

¹⁹² Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 145–150.

¹⁹³ Vgl. ebd., S. 153.

¹⁹⁴ Die verspätete Reaktion der Nordbezirke sorgte bei den „Südländern“ für Unmut. So berichtet ein SVZ-Leser aus Gadebusch, er empfinde es als Anmaßung, dass der Süden Mecklenburger beschimpfe und diskriminiere, sich weigere, Autos mit Schweriner Kennzeichen zu betanken oder diese gar beschädigt würden, weil der Norden vermeintlich nicht mitmache. Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 134.

¹⁹⁵ Fernschreiben der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (BVfS) Neubrandenburg vom 8.10.1989, zitiert nach Niemann, A./Süß, W. (Hg.): Gegen das Volk kann nichts entschieden werden. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg, Berlin 1996, S. 24.

rende Faktoren heranziehen, die das Arrangieren mit den Verhältnissen im Norden leichter möglich machten:

- die eher ländliche Lebensweise und die Dominanz der weniger krisenanfälligen Landwirtschaft,
- die Ansiedlung neuer und florierender Industrie,
- die genügsamere Heimatbezogenheit der Norddeutschen,
- eine gewisse Modernisierungsresistenz und
- die trotz aller Probleme noch intaktere Umwelt als in den Südbezirken.¹⁹⁶

Der dramatische Anstieg der Ausreiseanträge und die Annäherung von kirchlicher und bürgerlicher Oppositionsbewegung erregten aber Aufmerksamkeit. So stellte das MfS Ende Oktober fest, dass sich unter den 43 namentlich bekannten Initiatoren des *Neuen Forums* 24 Pastoren befanden,¹⁹⁷ unter denen auch der Rostocker Pastor und spätere Bundespräsident Joachim Gauck war. Die erste Demonstration im Bezirk Rostock fand erst am 7. Oktober statt und hatte 50 Teilnehmer. Bis dahin waren die Formen des Protestes im Norden insgesamt kooperativer und konzeptioneller, der Beginn der Auseinandersetzungen mit dem Staat jedoch nicht später als im Süden.¹⁹⁸ Elf Tage später (18.10.1989) fand die erste offizielle Demonstration im Bezirk mit 5.000 Teilnehmern in Greifswald statt, wiederum zehn Tage später versammelten sich 10.000 Menschen in der Bezirkshauptstadt Rostock.¹⁹⁹ Von da an wurden regelmäßig Demonstrationen organisiert. Innerhalb von zwei Wochen erreichte der Aktionsgrad der Nordbezirke nicht nur den Anschluss an den im Süden, sondern nahm sogar eine Spitzenposition ein.²⁰⁰

Die durch Egon Krenz Anfang November 1989 eingeleitete Politik des Dialogs²⁰¹ wurde im Bezirk unbeholfen umgesetzt. So fanden Dialogver-

¹⁹⁶ Vgl. Probst, *Der Norden wacht auf!*, S. 12 oder Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 266.

¹⁹⁷ Vgl. Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 118.

¹⁹⁸ Vgl. Langer, K.: Auch der Norden brach auf – zur Geschichte des politischen Umbruchs in Mecklenburg-Vorpommern, in Heydemann u.a., *Revolution und Transformation*, S. 379–390, hier S. 389.

¹⁹⁹ Vgl. Abokat, *Politischer Umbruch*, S. 121.

²⁰⁰ Vgl. Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 140f.

²⁰¹ In seiner Fernsehansprache an die Bürger betonte Egon Krenz in Redeminate 18 die Bedeutung des Dialogs für die „*dringend notwendige Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft*“, Rede an alle Bürger der DDR vom 3. November 1989, zit. n.: <http://1989.dra.de/themendossiers/politik/ddr-regierung.html> (eingesehen am 06.12.2015 um 12:52 Uhr).

anstaltungen statt, die die geladenen Funktionäre häufig als Gerichtsverhandlungen wahrnahmen. Dass viele SED-Kader der direkten Auseinandersetzung mit den Bürgern nicht gewachsen waren, schmälerte das Ansehen der Staatspartei zusätzlich.²⁰² In Anerkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse wurde die Bürgerbewegung zunehmend als Verhandlungspartner und Volksvertreter akzeptiert. In Rostock wurden dem *Neuen Forum* nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch Kapazitäten in der SED-Tageszeitung *Ostsee-Zeitung* (OZ) zur Verfügung gestellt.²⁰³ Die Parteizugehörigkeit der OZ blieb jedoch vorerst unverändert: Ab dem 21. Januar 1990 erschien sie nicht mehr mit dem Untertitel *Sozialistische Tageszeitung im Bezirk Rostock*, sondern als *Die Unabhängige im Norden*.²⁰⁴

Der von Schabowski ausgelöste Fall der Mauer führte zu einer drastischen Abnahme der Demonstrationen, deren Anzahl sich in Rostock aber von 16 (Oktober) auf 49 (November) erhöhte. Entgegen dem Trend²⁰⁵ blieb die Zahl mit 41 angemeldeter Demonstrationen im Norden im Dezember überdurchschnittlich hoch, was ein Indiz dafür ist, dass die Bewegung in Norden stärker auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen System der DDR orientiert war und sich nicht durch das Öffnen der Grenze allein beruhigen ließ. Dennoch gab es auch hier eine Abwanderungsbewegung: Allein bis zum Jahresende wanderten 8.167 Personen und damit jeder 110. Bürger des Bezirkes in die BRD aus. DDR-weit lag die Quote etwa doppelt so hoch.²⁰⁶

Die Intention der Amtsübernahme Egon Krenz's (Mitte Okt. '89), die Vormachtstellung der SED zu behaupten, ging nicht auf. Nach dem Rücktritt des SED-Bezirkssekretärs Timm (12. Nov.) wurde Ulrich Peck, bisheriger Leiter des Kreises Rostock-Stadt, dessen Nachfolger. Bis auf Greifswald, wo Günther Köhler im Amt bestätigt wurde, wechselten alle Rostocker Kreise ihr SED-Führungspersonal aus (Mitte Nov.) was jedoch die massenhaften Austritte²⁰⁷ der enttäuschten SED-Reformer und weniger eng gebundenen Mitglieder nicht aufhielt. Insgesamt verlor die SED DDR-weit bis zum Januar 1990 fast eine Million Mitglieder.²⁰⁸

²⁰² Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 164.

²⁰³ Vgl. Probst, Der Norden wacht auf!, S. 46.

²⁰⁴ Vgl. Heinz, Der Kampf, S. 56.

²⁰⁵ Vgl. ebd., S. 53 und Höser, Wir hatten Hoffnung, S. 53–73.

²⁰⁶ Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 176.

²⁰⁷ In den drei Monaten zwischen September und Dezember 1989 verlor die SED im Bezirksverband Rostock 16.000 Mitglieder. Das entspricht einem Anteil von 13,2 % der ehemals 122.000 Mitglieder.

²⁰⁸ Von den 2,3 Millionen Mitte 1989 waren am 8. Januar nur noch 1,46 Millionen Menschen Mitglied der SED. Vgl. Florath, SED im Untergang, S. 61.

Neben bekanntwerdenden Verfehlungen und Privilegien der Staatsführung wog jedoch die Entdeckung des Waffenexportlagers in Kavelstorf bei Rostock besonders schwer: Hinter der Firma *IMES Import-Export GmbH* verbarg sich ein von der Staatssicherheit geführter Waffenumschlagplatz, der Munition, Waffenteile und Handfeuerwaffen an die verbündeten Staaten Angola, Äthiopien, Afghanistan, Mozambique, Nicaragua und in den Nahen Osten lieferte. Die Devisen wurden an den Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) unter Alexander Schalck-Golodkowski überwiesen. Nachdem das CDU(D)-Organ *Demokrat* über das Waffenlager berichtet hatte,²⁰⁹ versammelten sich am 2. Dezember etliche beunruhigte Bürger vor dem Lager und forderten den Generaldirektor der Tarnfirma auf, ihnen Rede und Antwort zu stehen.²¹⁰ Da viele Bürger die DDR als pazifistischen Staat verstanden haben, war die Enttäuschung über die empfundene Kluft zwischen dem vermeintlich moralisch-pazifistischen Anspruch der DDR und der profitorientierten Realität immens.²¹¹ Noch am gleichen Tag erstattete das *Neue Forum* Anzeige wegen des Verdachts auf illegalen Waffenhandel, woraufhin das IMES-Gelände versiegelt wurde. Bis zum Abtransport der Waffen wurde das Lager von Mitgliedern des Neuen Forums und der Volkspolizei gemeinsam bewacht.²¹² Der MfS-Oberst Schalck-Golodkowski entging der Verhaftung durch seine Flucht gen Westen.²¹³ Das Wissen um den großen Vorrat an Waffen im Bezirk Rostock ließ die Unsicherheit über die Reaktion der Staatsmacht erneut aufkommen.²¹⁴

Alarmiert durch die Nachricht, dass die ab Mitte November in *Amt für Nationale Sicherheit* (AfNS) umbenannte Staatssicherheit große Mengen Akten vernichten würde, besetzten Bürger am 4. Dezember das Rostocker Bezirksamt und die Doberaner und Greifswalder Kreisdienststellen, um die Materialvernichtung zu stoppen und die Räume durch die mit ihnen kooperierende Volkspolizei versiegeln zu lassen. Einen Tag später folgte das Gebäude der SED-Bezirksverwaltung in Rostock.²¹⁵

²⁰⁹ Vgl. Heinz, *Der Kampf*, S. 57–59.

²¹⁰ Vgl. Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 188.

²¹¹ Vgl. Heinz, *Der Kampf*, S. 59.

²¹² Vgl. Schmidbauer, *Tage*, S. 74.

²¹³ Vgl. Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 190.

²¹⁴ So schrieb u. a. der Grimmener NDPD-Kreisvorsitzende am 4.12.1989 an Hartmann, er habe große Sorge, weil ja Krenz immer noch Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates ist. Außerdem hätten die ehemaligen SED-Funktionäre nichts zu verlieren und eine Eskalation müsse dringend verhindert werden. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/61, Bl. 54.

²¹⁵ Vgl. Langer, *Auch der Norden*, S. 386.

Mitte Dezember wurde auch das AfNS aufgelöst. Die Abwicklung des Personals, die Sicherstellung der Akten, Materialien und Waffen der Stasi, und der Verkauf der Gebäude dauerte aber noch mehrere Monate.

Am Anfang des Jahres 1990 wurde den nun arbeitslosen Ex-Stasi-Mitarbeitern und SED-Mitgliedern ein Gefährdungspotential zugeschrieben,²¹⁶ das zu einer gesteigerten Aggressivität einiger Bürger führte. So wird von Beschimpfungen, Drohbriefen, Brandstiftungen, Morddrohungen und Schlägereien mit anschließendem Krankenhausaufenthalt berichtet.²¹⁷ Eine tatsächliche Bedrohung ging von den bislang verschwiegene rechtsextremen Gruppen aus, die ihren traurigen Höhepunkt im August 1992 mit den Ausschreitungen vor der Zentralen Aufnahme­stelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen erreichten.

Dass das im Winter 1989/90 entstandene Machtvakuum nicht zu einer Eskalation der Gewalt geführt hat, ist der Besonnenheit vieler Bürger, Parteien, Initiativen und auch der SED-Mitglieder und Militärs zu verdanken. So riefen z. B. Vertreter aller politischen Lager Rostocks auf, auch den ehemaligen Mitarbeitern der Staatsmacht die Chance zu geben, sich gemeinsam für die Erneuerung des Gemeinwesens einzusetzen.²¹⁸

Bereits Mitte November, als der Wunsch nach einer Vereinigung beider deutscher Staaten zuerst von einer Minderheit der DDR-Bevölkerung im Süden der Republik geäußert wurde,²¹⁹ schlossen sich in Rostock, Berlin und anderen Städten Bündnisse aus protestantischen Kirchenvertretern, SED-Reformern und Vertretern basisdemokratischer Politikmodelle zur Reformierung des Sozialismus zusammen. Auch das Rostocker *Neue Forum* wurde von der Dynamik des Prozesses überrascht. Mit seinem Bekenntnis zur DDR und einem demokratischen Sozialismus stand es im Dezember schon wieder am Rand des Zeitgeistes. Dagegen hatte sich der spätere Bundespräsident Joachim Gauck bereits deutlich für die Vereinigung und damit gegen die Vorstellungen der Mehrheit der Bürgerbewegung ausgesprochen.²²⁰

²¹⁶ Dies war auch die weiter oben zitierte Einschätzung des Grimmener NDPD-Kreisvorsitzenden. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/61, Bl. 54.

²¹⁷ Hinweise auf Aktivitäten und Ausschreitungen extremistischer Kräfte auf dem Gebiet der DDR vom 5.1.1990, SAPMO 4069 und auch Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 205.

²¹⁸ Vgl. Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 207.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 220.

²²⁰ Vgl. ebd., S. 230.

3. Einflüsse auf die Akzeptanz des SED-Regimes

Die etablierte Unterordnung der vier Blockparteien unter die Führung der SED bekam ab der Mitte der 80er Jahre Risse. Sie wurde zwar bis zum Herbst 1989 nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber es wurden zunehmend Stimmen lauter, die die Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie, das Miteinander der Parteien und Teilentscheidungen der SED kritisierten. Beeinflusst wurden die aufkommenden Emanzipationsbestrebungen der Mitgliedschaft durch externe Katalysatoren wie die Reformen Gorbatschows, systemimmanente Faktoren wie die alltäglich beobachteten Missstände und die parteiinternen Strukturen.

Auf die veränderte Stimmungslage reagierten sowohl die SED als auch das MfS und zum Teil auch die Leitungen der Blockparteien. Die Wechselwirkungen zwischen den agierenden Blockparteien und der reagierenden Staatsmacht stehen im Zentrum dieses Kapitels.

3.1. Externe Einflüsse

Außenpolitische Themen, Entwicklungen und Ereignisse prägten die Meinungsbildung und Akzeptanz der SED-Herrschaft maßgeblich mit. Einerseits waren das die Gorbatschowschen Reformen unter den Schlagworten Glasnost und Perestroika und die durch dadurch ausgelösten Öffnungs- und Lockerungsbestrebungen im gesamten Ostblock. Andererseits wirkte die Bundesrepublik an der Westgrenze der DDR durch Kontakte im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs und ab dem November 1989 die zunehmende Einwirkung der bundesdeutschen Parteien.

3.1.1. Sowjetunion: Glasnost und Perestroika

Glasnost und Perestroika waren in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die zentralen Schlagworte und wurden von nahezu allen Parteigliederungen anfänglich als wegweisend empfunden, um den Sozialismus attraktiver und die Wirtschaft effizienter zu gestalten.²²¹

An der Basis der **CDU(D)** und unter den Redakteuren des *Demokraten*²²² wurden die Nutzung und Übertragung der sowjetischen Umgestal-

²²¹ Vgl. z. B. Protokoll der Dienstberatung des CDU(D)-Bezirkssekretariats vom 4.7.1988, ACDP 03-043-049/3.

²²² Vgl. Bericht der Rostocker Auswertungs- und Kontrollgruppe vom 17.1.1989, BStU, Ast, Rostock, UUA 692, Bl. 189ff.

tungserfahrung auf Teilbereiche des gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Systems der DDR gefordert. In den Maßnahmen Gorbatschows erkannten die Christdemokraten Antworten auf die Probleme der DDR²²³ und setzten große Hoffnungen auf die 7. ZK-Tagung, die jedoch enttäuscht wurden.²²⁴ Anlässlich der Bekanntgabe des SED-Parteitagstermins für Januar 1989 fragten die Mitglieder dennoch erneut, ob die Parteiführung verjüngt werde, wer Glasnost und Perestroika umsetzen könne und, ob sich die DDR dem Reformkurs der SU vollständig anschließen werde.²²⁵ Einzig der Kreisverband Stralsund verwies darauf, dass eine Übernahme der Reformen nicht notwendig sei, da der 8. Parteitag der SED im Jahr 1971 schon „eine Wende zur neuen Politik“ eingeleitet habe.²²⁶ Die Bezirksebene leitete die Einschätzung und Erwartungshaltung der Mitglieder regelmäßig an den Hauptvorstand (kurz: HV) weiter und thematisierte dabei auch die vermehrte Bezugnahme der Kirchen auf die Gorbatschowsche Reformpolitik.²²⁷ Allerdings war die Position des Bezirksverbandes selbst zumindest in wirtschaftlichen Fragen eine andere: Auch, wenn der demokratischen Umgestaltung seitens der Bevölkerung viel Sympathie beigebracht werde, sei die Übernahme von kapitalistischen Methoden keine Lösung wirtschaftlicher Probleme sozialistischer Staaten.²²⁸ Im Frühjahr 1989 häuften sich angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl Fragen zum Wahlverlauf und Wahlsystem in der SU und der Machtposition der KPdSU.²²⁹ Eine Erneuerung des Wahlsystems der DDR nach sowjetischem Vorbild wurde von mehreren Kreisverbänden gefordert.

²²³ Vgl. z. B. Protokoll der Kreissekretariatssitzung der CDU(D)-Greifswald vom 21.6.1988, ACDP 03-043-045/4.

²²⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht der CDU(D)-Grevesmühlen vom 3.12.1988, ACDP 03-043-033/3, S. 2.

²²⁵ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Stadt vom 5.1.1989, ACDP 03-043-032/4.

²²⁶ Darunter verstand er die Orientierung auf konsumwirtschaftliche Fragen, eine Intensivierung der Volkswirtschaft, die Reformierung von theoretischen Irrtümern und die Neuordnung der Prioritäten. Informationsbericht KV Stralsund für November 1988, ACDP 03-043-032/2. Zit. n.: Güth, L.: „Resignation ist unchristlich!“. Der Rostocker Bezirksverband der Ost-CDU in den letzten Jahren der DDR, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hg.): HPM 21 (2014), S. 65–84, hier S. 67.

²²⁷ Z. B. in den Briefen des CDU(D)-BV an Götting vom 20.5.1988 und 15.7.1988, ACDP 07-011-3420.

²²⁸ Vgl. Protokoll der Dienstberatung des CDU(D)-Bezirkssekretariats vom 15.11.1988, ACDP 03-043-049/3.

²²⁹ Z. B. CDU(D)-Grimmen im Informationsbericht zum 5.4.1989, ACDP 03-043-033/4, S. 1–2.

Insbesondere in den LDP(D)-Kreisverbänden Rostock-Land und Rügen waren Glasnost und Perestroika die zentralen Schlagworte in der Sozialismus-Diskussion. Bereits im August 1985, also nur vier Monate nach dem April-Plenum, wurden die neuen innenpolitischen Beschlüsse in der SU erstmals diskutiert.²³⁰ Nach einer eher abwartenden Beobachtungsphase löste die „warmherzige Sympathie für die Ehrlichkeit und Selbstkritik der KPdSU“²³¹ ab Anfang 1986 auch bei der LDP(D) Hoffnungen auf Reformen durch den 11. Parteitag der SED aus, die ebenfalls enttäuscht wurden.²³² Dennoch war das Jahr 1987 von großen Erwartungen geprägt: „Beeindruckt von der wirtschaftlichen Liberalisierung“,²³³ in „Anerkennung für die Abrechnung Gorbatschows mit Stalin“,²³⁴ voller Zuspruch für das sowjetische Wahlrecht und das „offene Eingestehen begangener Fehler“ fragten die Mitglieder, „wann dieser Weg endlich auch bei uns beschritten wird?“²³⁵ Auch alle anderen LDP(D)-Kreisverbände äußerten sich im Verlauf des Frühjahrs 1987 ähnlich positiv über die Reformen in der SU und erwarteten deren Übernahme durch die DDR-Regierung:²³⁶ „Von der SU lernen, heißt Siegen lernen. Hoffentlich tun wir’s!“²³⁷ Skepsis klang jedoch bereits hier an. So fragte der Kreisverband Wismar ironisch: „Brauchen wir auch 70 Jahre in unserer Entwicklung, um zu prüfen, welche Fehler beim Aufbau des Sozialismus gemacht wurden?“²³⁸ Einen „Sozialismus in den Farben der DDR“²³⁹ wollten die Mehrheit der LDP(D)-Mitglieder nicht: „Warum

²³⁰ Die ersten Hinweise sind wertneutral formuliert. Siehe Z. B.: Protokoll über die Beratung mit LDP(D)-Kreissekretären am 20.8.1985, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 29094 b.

²³¹ Informationsbericht Rügen vom 27.3.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33828.

²³² Vgl. Auswertung der LDP(D)-Bezirksparteilehrgänge 1985/86 vom 10.7.1986, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 2.

²³³ Informationsbericht November/Dezember des LDP(D)-BV an den ZV vom 12.12.1986, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

²³⁴ Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 4.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

²³⁵ Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 6.2.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

²³⁶ Vgl. z. B. Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 9.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

²³⁷ Informationsbericht LDP(D)-Rügen vom 9.4.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812, S. 2.

²³⁸ Informationsbericht LDP(D)-Wismar vom 6.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

²³⁹ Diese Phrase benutzte Erich Honecker Ende Dezember 1988 in einer Rede anlässlich des 70. Jahrestages der KPD, um sich von dem Gorbatschowschen

nicht auch kopieren, wenn es die Entwicklung vorantreibt?“²⁴⁰

Fragen zur Reaktion der SED und zu den ablehnenden Haltungen einiger Funktionäre nahmen über den Sommer 1988 zu.²⁴¹ So stellte Bad Doberan fest, dass *„die Hemmnisse und Schranken der Entwicklung, die bei uns bestehen, auf eine festgefahrene, veraltete, überalterte Parteimacht zurückzuführen sind“* und mahnte an: *„Wenn der Sozialismus überleben will, muss vieles verändert werden“*, da es unter der Oberfläche der DDR ebenso gäre, wie im gesamten Ostblock.²⁴² Besonders deutlich zeigte sich der Einfluss der Reformen im Vorfeld der Kommunalwahl. Dass sich etwas Grundlegendes verändert hatte, erkannte nicht nur der LDP(D)-Kreisverband Rostock-Stadt: Die Mitglieder würden das Wahlgesetz *„mit dem Blick nach Osten“* beurteilen und *„Notwendiges Neues“* von dort ableiten.²⁴³ Als solches wurde die umfassende Information der Bürger über das Wahlrecht, die verpflichtende Nutzung der Wahlkabinen und die Wahl der Kandidaten als tatsächliche Auswahl angesehen.²⁴⁴

Trotz der aufkommenden Nationalitätenprobleme in der SU maßen die LDP(D)-Mitglieder die Entwicklung der DDR an der sowjetischen Idee eines reformierten Sozialismus. Unterstützt wurden sie dabei auch vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, der Glasnost und Perestroika ebenso als wichtig für die *„Weiterentwicklung des Sozialismus“* ansah.²⁴⁵ Dass derartige Reformen auf dem Gebiet der DDR dennoch ausblieben, ließ oftmals die Frage nach den objektiven Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus aufkommen.²⁴⁶ Nur schwerlich waren diese mit den nationalen Sonderwegen einiger Ostblockstaaten vereinbar.

Reformprojekt zu distanzieren. Zitiert nach: Schroeder, Der SED-Staat, 2013, S. 345.

²⁴⁰ Stellungnahme LDP(D)-Rostock-Stadt zur 6. Tagung des ZK der SED vom, 12.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834.

²⁴¹ Vgl. z. B. Informationsbericht Juni/Juli 1988 des LDP(D)-BV an den ZV vom 12.7.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005.

²⁴² Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 2.8.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

²⁴³ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 6.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

²⁴⁴ Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 7.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2-4.

²⁴⁵ Referat auf der LDP(D)-Bezirksvorstandssitzung am 11.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 7.

²⁴⁶ Vgl. z. B. Zwischenbericht der LDP(D)-Jahreshauptversammlung des BV an den ZV vom 30.1.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

Auch bei der **NDPD** wurden Glasnost und Perestroika nahezu durchgängig als positiv, vor allem in wirtschaftlichen Fragen nachahmenswert und beeindruckend eingeschätzt.²⁴⁷ Insgesamt wurde bei den Nationaldemokraten aber weitaus weniger über die Maßnahmen Gorbatschows gesprochen. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1986 fragten die ausschließlich hauptamtlichen Mitarbeiter des Halbjahreslehrgangs, *„warum wir in der DDR nicht genauso offen und kritisch über Missstände unserer Entwicklung informieren, wie das in der SU geschieht?“*.²⁴⁸ Die Wertschätzung gegenüber Gorbatschows Bemühungen, den *„Sozialismus im eigenen Land attraktiver“*²⁴⁹ zu gestalten, und die Frage nach Übernahmemöglichkeiten für die DDR blieben mit Einschränkungen bis zum Sommer 1989 bestehen.

Seit 1987 waren Glasnost und Perestroika auch bei der **DBD** Anlass für kontroverse Meinungsäußerungen. Diese reichten von verunsicherten Fragen nach dem tatsächlichen Zustand der sowjetischen Demokratie, dem Wunsch nach einer ebenso großen Offenheit in der Medienpolitik der SED, über Bedenken, ob bei den Wahlen von Leitungsposten auch wirklich die fähigsten Kader gewählt werden²⁵⁰ bis hin zu der häufigen Forderung, dass in der DDR aufgrund wirtschaftlicher Probleme Ähnliches passieren müsse.²⁵¹ Die Frage, wann Glasnost und Perestroika in der DDR eingeführt werden, blieb bis zum Ende des Jahres 1987 unbeantwortet. Daraus resultierten einerseits Zweifel, *„ob überhaupt in nächster Zeit Besserung eintritt“* und andererseits gesellschaftspolitische Forderungen nach *„besserer demokratischer Mitwirkung“*.²⁵² Dem Bezirksverband widerstrebten allerdings die Ansichten der Mitglieder: Die Nachfragen

²⁴⁷ Aktuelle NDPD-Parteinformationen 4/87 vom 13.2.1987, SAPMO BArch, DY 16/4535 oder Protokoll der 6. Sitzung des BV Rostock am 11.7.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/22, Bl. 45.

²⁴⁸ Abschlussbericht des NDPD-Halbjahreslehrgangs vom 5.1.1987-3.7.1987, SAPMO BArch, DY 16/4403, S. 25.

²⁴⁹ NDPD-Bericht über die inhaltlichen und zahlenmäßigen Ergebnisse der Studienzirkel im Monat Mai 1988, SAPMO BArch, DY 16/3765, S. 13.

²⁵⁰ Vgl. DBD-Monatsbericht des BV über die Parteiarbeit im Juni vom 8.7.1987, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 4.

²⁵¹ Vgl. Einschätzung der Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Parteivorstandes vom 14.7.1987 über die politische Bildungsarbeit im Partei-schuljahr und in den Lehrgängen der Kreisschulen der DBD im Studienjahr 1987/88, SAPMO BArch, DY 60/4758, S. 3. Oder auch Informationsbericht an den Parteivorstand 47/88 vom 4.10.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

²⁵² Einschätzung über den Verlauf des DBD-Partei-schuljahres 1987/88 und die Ergebnisse des ersten Themas vom 11.12.1987, SAPMO BArch, DY 60/2766, S. 2-4.

zum Wahlgesetz der SU würden lediglich „eine gewisse Unkenntnis über den umfassenden demokratischen Charakter unseres Wahlgesetzes und dessen Nutzung bei der Auswahl und Prüfung der Kandidaten“ offenbaren.²⁵³ Bis zum Sommer 1988 nahmen die Forderungen der Mitglieder nach Reformen in der DDR zu.²⁵⁴

Ihr unbefriedigtes Informationsbedürfnis stillten die DBD-Mitglieder über alternative Nachrichtenkanäle, was dazu führte, dass „die Behandlung der Themen (...) auch durch Argumente und Ereignisse in den sozialistischen Bruderstaaten belastet war.“²⁵⁵ Dennoch scheinen die DBDler insgesamt weniger engagiert für die Übernahme reformsozialistischen Gedankenguts eingetreten zu sein als die Mitglieder der anderen drei Blockparteien.

Die Reaktion der SED-Führung auf die Reformen im Bruderstaat SU fiel jedoch anders aus, als die Mehrheit der Mitglieder aller fünf Parteien (!) erwartete. Christdemokraten, Liberale und Nationaldemokraten bemerkten bereits ab 1987, dass sich der Tenor in der Berichterstattung über die SU grundlegend änderte und er kritische Züge bekam.²⁵⁶ Sowohl die Zurückhaltung von umfassenden Informationen über den neuen Kurs als auch die „teils schroffe Ablehnung Gorbatschows“ durch „leitende staatliche Funktionäre“ wurde von den Mitgliedern der LDP(D) sehr deutlich registriert.²⁵⁷ Nicht nur der ZK-Sekretär und „SED-Chefideologe“ Kurt Hager wurde als Hardliner empfunden,²⁵⁸ auch die Äußerungen Honeckers vor den ersten Sekretären der Kreisleitungen im März 1987 ver-

²⁵³ DBD-Bericht über die Ergebnisse der Parteiarbeit im März von 4.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 4.

²⁵⁴ Konnten die DBD-Schulungsleiter die Fragen nach Reformen im Dezember 1987 noch „im wesentlichen beantworten“, können derartige Fragen im Sommer 1988 nur noch „zum Teil ausgeräumt“ werden. Vgl. Bericht des Bezirksverbandes über die Ergebnisse der Parteiarbeit im Monat November 1987 vom 2.12.1987, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 5 und Vorlage für die Sitzung des Bezirkssekretariates am 9.6.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 3.

²⁵⁵ Abschlusseinschätzung über die Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Parteivorstandes über die politische Bildungsarbeit im Parteischulungsjahr 1988 und in den Lehrplänen der Kreisschulen der DBD vom 5.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 2.

²⁵⁶ Vgl. Protokoll der LDP(D)-Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 29.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797.

²⁵⁷ Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 4.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

²⁵⁸ U. a. Informationsbericht LDP(D)-Greifswald vom 12.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

standen sie zu Recht als „Gegenrede zu Gorbatschow“.²⁵⁹ Auch den Nationaldemokraten erschien es unverständlich, dass seitens der SED-Führung „in solch einer Breite und Vielfalt gegen die Erneuerung und Umgestaltung angegangen wird“.²⁶⁰ Ungeachtet der Tatsache, dass die führenden Funktionäre der SED den sowjetischen Kurs weiterhin ablehnten,²⁶¹ hielten die Mitglieder an ihren Reformforderungen fest. Auch die Verleihung des Karl-Marx-Ordens²⁶² an das rumänische Staatsoberhaupt Nicolae Ceausescu im November 1988 bewerteten Christdemokraten und Liberaldemokraten zutreffend als Würdigung von dessen ablehnender Haltung gegenüber der sowjetischen Reformpolitik²⁶³ und erkannten darin auch die Haltung der SED.

Die Streichung des *Sputnik* und die Nicht-Ausstrahlung sowjetischer Filme wurde ebenso wie die Zensur von Schriften Gorbatschows in ihrer politischen Intention erkannt. Den deutlichsten Protest gab es von der LDP(D). Gerade weil der *Sputnik* häufig für seine offene und kritische Berichterstattung gelobt wurde,²⁶⁴ erschien den LDP(D)-Mitgliedern der restaurative Kurs der DDR-Regierung hier besonders deutlich.²⁶⁵ „Der Klassenfeind steht jetzt östlich der DDR“, kommentierte der Rostocker Stadtkreis sarkastisch.²⁶⁶ Darüber hinaus führte das Verbot auch bei den anderen Parteien häufig zu der Frage, was die Massenorganisation *Deutsch-Sowjetische Freundschaft* angesichts dieser rüden Abkehr noch wert sei. Die Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen!“ war

²⁵⁹ Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 10.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

²⁶⁰ Kurzinformationen der DBD-Bad Doberan an das Bezirkssekretariat vom 15.9.1988, SAPMO BArch, DY 60/ 2767, S. 6.

²⁶¹ So wurden Reden Gorbatschows nur stark gekürzt veröffentlicht und Publikationen zu Glasnost und Perestroika nur „unter der Hand“ vertrieben. Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 9.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, NR. 33845, S. 2.

²⁶² Der Karl-Marx-Orden war der höchstdotierte Verdienstorden der DDR. Er wurde seit 1953 2 x jährlich an jeweils mehrere Preisträger verliehen. Unter anderem wurde Manfred Gerlach von der LDP(D) im Jahr 1988 mit dem Orden ausgezeichnet.

²⁶³ Vgl. z. B. auch im Protokoll der Kreissekretariatssitzung Greifswald vom 24.11.1988, ACDP 03-043-045/5.

²⁶⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht LDP(D)-Wolgast vom 9.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

²⁶⁵ „Wird nun alles mit Berichten zur Umgestaltung gestrichen?“, Informationsbericht LDP(D)-Greifswald vom 1.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

²⁶⁶ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

hinfällig geworden. Dadurch wurde das Ende der jahrzehntewährenden Orientierung an der Sowjetunion – und damit auch die Hoffnung auf die Übernahme der Gorbatschowschen Reformen – hinfällig.

Gänzlich ohne Wirkung blieben die Ablehnung der SED und die Medienkampagne gegen Gorbatschow jedoch nicht. Ab dem Jahr 1988 mehrten sich auch besorgte und unsichere Nachfragen, die zum Teil eine zunehmende Ablehnung des Reformprojektes erkennen lassen.²⁶⁷ Die Funktionäre von NDPD und DBD waren für die Indoktrination der SED am empfänglichsten. So lehnte der Grevesmühlener NDPD-Vorsitzende eine direkte Übertragung der gesellschaftspolitischen Aspekte der Reformen ab: *„Demokratie funktioniert im Block doch besser!“*²⁶⁸ Ähnlich reagierten Teile der DBD-Mitgliedschaft: Sie äußerten Zweifel an den sowjetischen Reformen, da *„diese von westlichen Medien als ein Schritt in Richtung westlicher Demokratie gewertet“*²⁶⁹ würden und fragten besorgt, ob Glasnost nicht die Tür für antisozialistische Tendenzen öffne.²⁷⁰ Angesichts der vermehrten Berichterstattung über *„Negatives aus der Geschichte der SU“* zweifelten *„auch Mitglieder mit festem Klassenstandpunkt an der erfolgreichen Entwicklung der Sowjetunion“*.²⁷¹

Dass sich die Einstellung der SED und der Medien zu Glasnost und Perestroika änderte, entging auch den DBD-Mitgliedern ab Anfang des Jahres 1989 nicht mehr.²⁷² Einen Zusammenhang zu dem eigenen Stimmungswandel stellten sie jedoch nicht her. Bei der CDU(D) ließ die Begeisterung für die Öffnung im Bruderland erst nach, als die Unsicherheit über die Entwicklung des Ostblocks im Sommer 1989 zunahm.²⁷³ Vereinzelt waren skeptische Einschätzungen der Erfolgsaussichten des Reformprojektes in der SU auch bei der LDP(D) zu hören und traten erst-

²⁶⁷ Vgl. z. B. Informationsbericht der CDU(D)-Rügen vom 5.7.1988, ACDP 03-043-032/5, S. 2.

²⁶⁸ Aktuelle Parteiinformationen der NDPD-Grevesmühlen vom 1.7.1988, SAPMO BArch, DY 16/4535, S. 3.

²⁶⁹ Bericht des DBD-BV über die Ergebnisse der Parteiarbeit im Monat Juli 1988 vom 3.8.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 2.

²⁷⁰ Vgl. Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 49/88 vom 14.10.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 5.

²⁷¹ Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 24/89 vom 18.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

²⁷² So fragten die Mitglieder des DBD-BV, warum im Wahlauftrag nichts zur Freundschaft zur Sowjetunion gesagt wird. Vgl. Bericht des BV Rostock über die Parteiarbeit im Monat Februar vom 2.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 16.

²⁷³ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Greifswald an den Hauptvorstand (im Fußnotenapparat als HV abgekürzt) vom 8.8.1989, ACDP 07-011-3826.

mals nach der Zusammenlegung der Partei- und Staatsführung in Gorbatschows Händen im Herbst 1988 auf.²⁷⁴ Dass dieser Stimmungswandel jedoch von den DDR-Medien forciert wurde, erkannten viele Liberaldemokraten.²⁷⁵

3.1.2. Ostblock: Sorge vor Instabilität und Isolation

Die Entwicklung und Demokratisierungsbestrebungen der Ostblockstaaten in den Jahren 1988/1989 wurde in den Kreisverbänden aller Parteien interessiert, aber zunehmend verunsichert wahrgenommen. Im Fokus des Parteilebens standen die Ereignisse in der SU, in Polen, Rumänien und Ungarn. Erst ab 1989 wurde den Blockparteimitgliedern bewusst, dass die Dimension der Veränderungen und die Wechselwirkungen innerhalb des Ostblocks so groß waren, dass sie auch das Leben in der DDR beeinflussen könnten.

Während die CDU(D) die Demokratisierungs- und Öffnungsbestrebungen in Polen angesichts der schlechten Lebensbedingungen einerseits für notwendig hielt und unterstützte, herrschte andererseits großes Unverständnis über Streiks als Protestmittel: Diese würden lediglich die Wirtschaft schädigen und somit weder zur Stabilisierung der Republik noch zur Verbesserung der Versorgungssituation beitragen.²⁷⁶ Für die Ausschreitungen in der SU und Polen machten die Parteimitglieder überwiegend hausgemachte Probleme verantwortlich.²⁷⁷ Die Überlegung, dass die in der DDR vorhandene Unzufriedenheit ähnliche Auswirkungen haben könnte, wurde aber nicht angedeutet. Der Kreis Stralsund nahm auch hier eine Sonderstellung ein und machte darauf aufmerksam, dass die Umgestaltung der Wirtschaft in den RGW-Ländern auch Nachteile haben könne und man sich durch die wirtschaftliche Öffnung zusehends abhängig vom Internationalen Währungsfonds (kurz: IWF) machen würde.²⁷⁸ Zudem entsprächen Privatisierungen und die Zulassung von neuen Parteien und Organisationen nicht der Vorstellung einer

²⁷⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht LDP(D)-Grimmen vom 5.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

²⁷⁵ Vgl. Protokoll der Greifswalder LDP(D)-Sekretariatssitzung vom 29.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797.

²⁷⁶ Vgl. z. B. Informationsbericht der CDU(D)-Wolgast vom 5.8.1988, ACDP 03-043-033/1.

²⁷⁷ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Wolgast an den HV vom 8.9.1988, ACDP 03-043-033/1.

²⁷⁸ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Stralsund für den Monat Oktober vom 4.11.1988, ACDP 03-043-032/2.

entwickelten sozialistischen Gesellschaft, sondern würden bürgerliche Tendenzen mit teilweise konterrevolutionärem Ausmaß aufzeigen.²⁷⁹

Bis zum Frühjahr 1989 nahm die zuvor abstrakte Sorge konkrete Formen an und die Kreisverbände fragten, welche Auswirkungen die Umstrukturierungen in Polen, Ungarn und Rumänien auf den Gesamtwirtschaftsraum RGW haben werden,²⁸⁰ wie lange diese Länder noch Bündnispartner im politischen und militärischen Sinne bleiben²⁸¹ und, ob und wann die DDR die Grenzen schließen werde.²⁸² „Bald werden wir wohl nur noch in der DDR Urlaub machen können“, prophezeite Grimmen resigniert.²⁸³ Angesichts der wirtschaftlichen Öffnung für den westlichen Kapitalismus, einem erwarteten Chaos durch Parteienpluralismus und den tatsächlichen Verlust der Führungspositionen der Arbeiterparteien, kurzum: der grundlegenden Neuordnung im Ostblock, erschien einigen CDU(D)-Mitgliedern die Gesellschaftsform der DDR nun „*doch als richtig*“.²⁸⁴ Folglich wurde die Zulassung weiterer Parteien als Indiz für die Schwäche der Arbeiterparteien gewertet und ein energischeres Durchsetzen der Staatsmacht gefordert.²⁸⁵ Dieser Stimmungswandel verlief nicht unabhängig von der Berichterstattung der DDR-Medien.

Auch bei der **LDP(D)** nahm die internationale Entwicklung im Ostblock ab dem Sommer 1988 einen zunehmend größeren Raum ein.²⁸⁶ Im Gegensatz zu den meisten Parteiverbänden²⁸⁷ thematisierten die Liberal-

²⁷⁹ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Stralsund für den Monat November vom 6.12.1988, ACDP 03-043-032/2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 71.

²⁸⁰ Vgl. z. B. CDU(D)-Informationsbericht IV/89 aus dem KV Ribnitz-Damgarten vom 4.5.1989, ACDP 03-043-33/6.

²⁸¹ Vgl. Informationsbericht CDU(D)-Greifswald vom 4.4.1989, ACDP 03-043-045/6, S. 2.

²⁸² Vgl. Informationsbericht vom CDU(D)-BV an den HV zum 15.4.1989, ACDP 03-043-038/1, S. 2 oder Informationsbericht für den Monat April aus dem KV Greifswald vom 4.4.1989, ACDP 03-043-045/6, S. 2.

²⁸³ Informationen zum 5.5.1989 der CDU(D)-Grimmen, ACDP 03-043-33/4.

²⁸⁴ Informationen des CDU(D)-Kreisvorstandes Grimmen an den HV vom 15.1.1989, ACDP 03-043-033/4, S. 3.

²⁸⁵ Vgl. z. B. Bericht des BV an Götting vom 21.2.1989, ACDP 07-011-3421, S. 2 oder Informationsbericht für den Monat März der CDU(D)-Stralsund vom 2.4.1989, ACDP 03-043-032/2, S. 2.

²⁸⁶ Vgl. Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer LDP(D)-Mitgliedsbücher vom 29.10.1987, ADL, Bestand Beratungen des Sekretariats des BV Rostock, Nr. 29094c.

²⁸⁷ Die einzige Ausnahme ist der CDU(D)-Kreisverband Greifswald, der sich vermutlich wegen der Nähe zum Kernkraftwerk Lubmin auch mit der Katastrophe von Tschernobyl und Fragen der Reaktorsicherheit beschäftigte. Eine

demokraten aber auch den Reaktorunfall in Tschernobyl im April 1986. Die Meinungsäußerungen geben zwar kein einheitliches Bild ab, aber sie zeigen, dass die Mitglieder das Langzeit-Ausmaß der Katastrophe nicht erkannten oder nicht erkennen konnten, weil ihnen entsprechende Informationen vorenthalten worden sind. Während der Kreisverband Bad Doberan sich so über die Absatzschwierigkeiten für polnisches und ukrainisches Gemüse wunderte,²⁸⁸ beklagte Rügen die scheinbar kampflose Kapitulation der DDR-Medien vor der westlichen „Hetze“, die „*ihr Gift in die Hirne verspritzt*“.²⁸⁹ Einig waren sich beide Kreisverbände in der Verurteilung der vermeintlichen Panikmache. Sein Mitgefühl für die Toten und Verletzten sprach dagegen der Bezirksverband aus und wies darauf hin, dass eine offene Informationspolitik seitens der SU vielen Spekulationen hätte vorbeugen können.²⁹⁰ Nach dem Juli 1986 spielten die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl für die Mitglieder keine Rolle mehr, was für eine gezielte Informationsvorenthaltung durch die DDR-Regierung spricht.²⁹¹

Wie bei der CDU(D) wurden die Streiks in Polen von den Liberaldemokraten mehrheitlich mit Befremden wahrgenommen, aber von einigen Kreisverbänden auch als Ausdruck großer Unzufriedenheit gewertet. Nichtsdestotrotz forderten auch diese, dass ein starker Staat die Streiks „*mit aller Macht beenden*“ müsse, Polen aber anscheinend schon zu schwach zum Durchgreifen sei.²⁹² Die Sorge um die polnische Entwicklung und mögliche Auswirkungen auf die DDR wurde ab September

dieser Fragen war, ob die Nähe zum Militärstützpunkt in Peenemünde eine potentielle Gefahr darstellen würde. Vgl. Protokoll über das Treffen mit sowjetischen Spezialisten aus dem Kernkraftwerk Lubmin vom 21.6.1988, ACDP, 03-043-045/6.

²⁸⁸ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung LDP(D)-Bad Doberan vom 12.5.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796, S. 1–2.

²⁸⁹ Informationsbericht LDP(D)-Rügen vom 12.5.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33828, S. 2.

²⁹⁰ Vgl. Informationsbericht Juni/Juli des LDP(D)-BV an den ZV vom 9.7.1986, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

²⁹¹ Auch westeuropäische Regierungen lenkten den Informationsfluss über den Reaktorunfall massiv. So etwa auch die französische, die Wetterkarten mit falschen Windströmungen veröffentlichen ließ. Siehe dazu: Fernseh-Dokumentation *Die Wolke*, ARTE, ausgestrahlt im März 2011. Siehe auch Rezension der Dokumentation auf <http://www.taz.de/!5124777/> (eingesehen am 5.8.2015, um 9:42 Uhr).

²⁹² Z. B. Informationsbericht LDP(D)-Grimmen vom 6.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

1988 von Argwohn über die „*Fehlentscheidungen*“ in Rumänien²⁹³ und die Öffnungsbestrebnungen in Ungarn begleitet.²⁹⁴ Insgesamt schätzte der Kreisverband Bad Doberan ein, dass „*die Welt des Sozialismus sich nicht zum Positiven*“ entwickle und sich angesichts der unsicheren Perspektive vielfach Resignation ausbreite.²⁹⁵ Anders als die CDU(D) leitete die LDP(D) aber auch eine neue Bewertung der Risikofaktoren in der DDR aus der internationalen Entwicklung ab: Für den erzwungenen Rücktritt der polnischen Regierung im September 1988 machten die Grimmener Versorgungsprobleme verantwortlich: „*Diese Entwicklung wird nicht ohne Sorge betrachtet, da Versorgungsschwierigkeiten auch bei uns eine immer größere Rolle spielen.*“²⁹⁶

Ab Ende 1988 sahen die ersten LDP(D)ler die DDR in einer isolierten Position, was zu der desillusionierten Einschätzung führte, dass die „*sozialistische Staatengemeinschaft*“ wohl „*auch ein Irrtum in der Theorie des Sozialismus*“ gewesen sei.²⁹⁷ Da die Mitglieder die beobachteten Entwicklungen im Ostblock nicht mit ihrem Wissen über die vermeintlichen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus erklären konnten, entstand eine tiefe Verunsicherung.²⁹⁸ Es gab aber auch andere Stimmen. Die Wolgaster schätzten beruhigend ein, dass „*kein Grund zur Besorgnis*“ bestehe, „*da in der DDR nach wie vor die sozialistische Planwirtschaft*“ existiere.²⁹⁹ Ähnlich gewiss zeigten sich die Liberaldemokraten in Ribnitz-Damgarten: Jugoslawien brauche nicht das westliche Mehrparteiensystem kopieren, sondern könne sich das Modell der DDR zum Vorbild nehmen.³⁰⁰ Zur Zu-

²⁹³ Gemeint ist hier vermutlich das Programm zur Systematisierung der Dörfer. Im Juli 1988 kündigte der Staatschef Ceaușescu an, dass im Sinne einer Zentralisierung die Hälfte aller rumänischen Dörfer verschwinden soll. Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 6.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

²⁹⁴ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Rügen vom 9.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813.

²⁹⁵ Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 6.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

²⁹⁶ Protokoll der LDP(D)-Sekretariatssitzung Grimmen vom 13.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33799.

²⁹⁷ LDP(D)-Zwischeninformation aus Bad Doberan vom 23.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

²⁹⁸ Vgl. z. B. Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Stadt vom 9.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

²⁹⁹ Protokoll der LDP(D)-Sekretariatssitzung Wolgast vom 23.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807.

³⁰⁰ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Ribnitz-Damgarten vom 7.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

lassung der Gewerkschaft Solidarność gab es dennoch auch positive Stimmen. So schätzte der Kreisverband Rostock-Land ein, dass dies die „logische Konsequenz der neuen Politik“ sei.³⁰¹ Ab April 1989 sahen die Rostocker Liberaldemokraten die DDR mehrheitlich als Außenseiter des Ostblocks,³⁰² was durch den Grenzabbau in Ungarn Anfang Mai noch verschärft wurde. Ebenso wie die Spaltung der polnischen USAP und deren Verzicht auf die Führungsrolle löste die Demontage der Grenzanlagen in erster Linie Fragen nach Auswirkungen auf den Reiseverkehr aus.³⁰³

Zeitgleich mit CDU(D) und LDP(D) begann auch die **NDPD**, sich mit internationalen Fragestellungen zu beschäftigen: Ab dem Sommer 1988 traten vermehrt Themen wie die Entwicklung in den anderen sozialistischen Ländern, die Beschäftigung mit den Reformen Gorbatschows und die Beziehung zur BRD in den Mittelpunkt der politischen Diskussion und stellten „hohe Anforderungen an die ideologische Arbeit“.³⁰⁴ Vordergründig umtrieb die Mitglieder die Sorge um Auswirkungen der Unruhen und Veränderungen auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostblock.³⁰⁵ Dass sich aus den nationalen Wirtschaftsreformen eine „Umbruchssituation des Weltsozialismus“³⁰⁶ entwickelt hatte, nahmen die Mitglieder spätestens mit dem Verlust der Vormachtstellung der Ungarischen Arbeiterpartei im Februar 1989 wahr.³⁰⁷ Nachrichten über arme und arbeitslose Menschen in der SU erschütterten die Nationaldemokraten zusätzlich in ihrem Glauben an die Überlegenheit des Sozialismus.³⁰⁸ Auch aus den Reihen des Bezirksverbandes wurde erstmals Ende Februar 1989 Sorge über die Entwicklung der sozialistischen Länder Polen und

³⁰¹ Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 3.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

³⁰² Vgl. Sitzungsprotokoll des LDP(D)-Sekretariats des Kreisvorstands Rostock-Land vom 27.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

³⁰³ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Grimmen vom 8.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

³⁰⁴ Protokoll der Sitzung des NDPD-Bezirkssekretariats am 21.7.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/6, Bl. 92.

³⁰⁵ Vgl. Aktuelle Parteinformationen der NDPD-Grevesmühlen 19/88 vom 7.9.1988, SAPMO BArch, DY 16/4535.

³⁰⁶ Gesamteinschätzung der NDPD-Jahresmitgliederversammlung am 3.3.1989, SAPMO BArch, DY 16/4463, S. 2.

³⁰⁷ Vgl. Gesamteinschätzung der Jahresmitgliederversammlung 1989 der NDPD-Grimmen am 22.2.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/58, Bl. 22.

³⁰⁸ Vgl. Aktuelle NDPD-Information Nr. 58 vom 30.1.1989, SAPMO BArch, DY 16/445, S. 7.

Ungarn³⁰⁹ geäußert und ab Anfang März 1989 über mögliche Auswirkungen auf die DDR spekuliert, die durch bestehende Mängel und Probleme begünstigt werden könnten.³¹⁰

Bis Mitte Mai 1989 verschärfte sich die Situation soweit, dass zusätzlich zu Ungarn und Polen auch über die Positionen Rumäniens und der DDR diskutiert wurde und die verunsicherte Frage aufkam, ob Ungarn überhaupt noch sozialistisch sei und eventuell die Grenzen öffnen würde, wie es kurz darauf geschah.³¹¹ Die beobachteten Veränderungen riefen bei einigen Mitgliedern auch Angst hervor, die sie nach einer stärkeren Durchsetzung der führenden Rolle der jeweiligen Arbeiterparteien fordern ließ.³¹² Wie auch bei CDU(D) und der Mehrheit der LDP(D) wurde die Zulassung der polnischen Gewerkschaft Solidarność vorerst noch als Fehler bewertet.³¹³

Ab dem Herbst 1988 nahmen Fragen zur internationalen Entwicklung auch bei der **DBD** deutlich zu, nachdem der Kreisverband Rügen noch im April eingeschätzt hatte, dass sich wegen der hohen Arbeitsbelastung zu wenige Mitglieder mit außenpolitischen Fragen beschäftigen würden.³¹⁴ Die Situation in Polen, das Erstarken von Solidarność und besonders die Arbeitsniederlegungen riefen bei den Mitgliedern der Bauernpartei ebenso Fragen und Unverständnis hervor, wie die Tatsache, dass es im Ostblock nach 40 Jahren Sozialismus Armut und Arbeitslosigkeit

³⁰⁹ Auslöser war wohl die abnehmende Akzeptanz der führenden Rolle der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, die am 24.2.1989 ihre Vormachtstellung aufgab. Gesamteinschätzung der Jahresmitgliederversammlung 1989 der NDPD-Grimmen am 22.2.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/58, Bl. 22.

³¹⁰ Vgl. Gesamteinschätzung der Jahresmitgliederversammlung 1989 der NDPD-Rostock-Stadt vom 3.3.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/58, Bl. 34.

³¹¹ Vgl. z. B. Abschlussbericht der Nationalen Front über die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl im KV Rostock vom 8.5.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/91, Bl. 43.

³¹² Vgl. NDPD-Einschätzung der Erfahrungen und Ergebnisse in Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl vom 8.5.1989 im KV Stralsund, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/111, Bl. 47.

³¹³ Vgl. Abschlussbericht der Nationalen Front über die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl im Kreisverband Rostock vom 8.5.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/91, Bl. 43.

³¹⁴ Vgl. Kurzinformationen DBD-Rügen vom 12.4.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 3.

gebe.³¹⁵ Neben der gesellschaftspolitischen Ebene wurde ab Februar 1989 auch die Durchsetzung kapitalistischer Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung Polens und Ungarns besorgt beobachtet.³¹⁶ Angesichts der Missachtung der Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus in Polen, Jugoslawien „und selbst der UdSSR“ wurde im März 1989 erstmals die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers in Frage gestellt.³¹⁷ Die Zulassung neuer Parteien in Ungarn rief ebenso allgemeine Fragen zum neuen Mehrparteiensystem und dessen Auswirkung auf die führende Rolle der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (kurz: USAP)³¹⁸ hervor, wie die Sorge, ob sich hinter den neuen Parteien oppositionelle Kräfte verbergen würden.³¹⁹

In Ermangelung von geeignetem Schulungsmaterial konnten die bestehenden Fragen von DBD-Mitgliedern und unteren Funktionären nicht ausgeräumt werden.³²⁰ Selbst erfahrenen Seminarleitern würden „*Stellungnahmen zu Entwicklungsproblemen in sozialistischen Ländern (...) Schwierigkeiten*“ bereiten.³²¹ Doch nicht nur die SU, sondern vor allem die Entwicklung in Ungarn bereitete den Mitgliedern im April Sorge und wurde nun als „*Abkehr von der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers*“ bewertet.³²² Auch die Rostocker Mitglieder erwarteten Auswirkungen auf die Zusammenarbeit im RGW. Das Unverständnis über die kapitalistische Öffnung der Bruderstaaten und die Befürchtung von möglichen Auswirkungen auf den RGW waren etwa gleichbedeutend. Die Frage, wie die Umgestaltung mit den Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus zu vereinbaren sind, konnte die politische Anleitung nicht mehr zufriedenstellend beantworten.³²³ Vereinzelt wurde

³¹⁵ Vgl. Aktuelle Kurzinformationen DBD-Bad Doberan an den Parteivorstand vom 12.9.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 2.

³¹⁶ Vgl. Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 13/89 vom 1.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

³¹⁷ Vgl. Bericht des DBD-BV Rostock über die Parteiarbeit im Monat Februar vom 2.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 2.

³¹⁸ Vgl. Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 17/89 vom 17.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 2.

³¹⁹ Vgl. Information des DBD-BV über die Parteiarbeit im März vom 10.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 10.

³²⁰ Vgl. ebd., S. 11.

³²¹ DBD-Informationsbericht über die Parteiarbeit im Monat März des BV Rostock vom 10.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 11.

³²² Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 25/89 vom 25.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 4.

³²³ Vgl. Bericht des BV über die Parteiarbeit im Juni 1989 vom 4.7.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 5.

daher die Meinung kundgetan, „die sozialistische Gemeinschaft befinde sich im Zerfall“.³²⁴ Die grassierende Unsicherheit mündete bei der DBD bereits im Mai 1989 in grundlegenden Fragen nach der Perspektive des Sozialismus.³²⁵ Es gab aber auch Mitglieder, die den neuen Gestaltungsmöglichkeiten durchaus Positives abgewinnen konnten. Motiviert durch die Ereignisse in Polen fragten so einige DBDler im August 1989 selbstbewusst, ob nicht die Entwicklung in Polen beweise, „dass auch eine Bauernpartei die führende Rolle übernehmen kann?“³²⁶

Die Heterogenität der Kreisverbände manifestiert sich in der Auseinandersetzung mit den Ereignissen auf dem Pekingener Platz des Himmlichen Friedens noch deutlicher. Betroffenheit und Verständnislosigkeit angesichts der blutigen Reaktion der chinesischen KP auf die friedlichen Studentenproteste waren bei der **CDU(D)** der überwiegende Tenor. Die Unverhältnismäßigkeit der Mittel,³²⁷ die Forderung nach mehr Verständnis für die Reformbewegung und mehr Verhandlungsbereitschaft³²⁸ und die Mahnung, in der Breite der Bewegung die Größe der Probleme zu erkennen³²⁹ wurden vielfach ergänzt durch die Verurteilung der „erschütternden und unzeitgemäßen Brutalität“.³³⁰ Nach den zu- meist sehr deutlichen Worten der übrigen Kreisverbände fiel die SED-nahe Haltung des Stralsunder Kreisverbandes besonders auf: Er betonte, dass die einrückende Armee keinen Schießbefehl hatte, also die eigentliche Intention der Staatsführung eine friedliche gewesen sei. Die tobende und Gräueltaten verübende Menschenmenge habe sie jedoch zum Eingreifen gezwungen, denn anders wären die Konterrevolutionäre nicht zu stoppen gewesen.³³¹ Mit dieser Sicht auf die Pekingener Ereignisse war der Stralsunder Kreisverband völlig isoliert. Das Rechtfertigen der blutigen Niederschlagung der Studentenproteste mit mehreren tausend Toten und Verletzten als notwendige Reaktion auf eine Konterrevolution ist in

³²⁴ Bericht des BV über die Parteiarbeit im Juni vom 11.7.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 7.

³²⁵ Vgl. Information des DBD-BV über die Parteiarbeit im April vom 16.5.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 10.

³²⁶ Information 43/89 vom 16.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 4.

³²⁷ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 5.6.1989, ACDP 03-043-040/2.

³²⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.7.1989, ACDP 03-043-032/4, S. 2.

³²⁹ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.7.1989, ACDP 03-043-032/5.

³³⁰ Z. B. ebd.

³³¹ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 5.6.1989, ACDP 03-043-041/1.

keinem Fall mit einer erzwungenen Anpassung an die Parteidisziplin innerhalb der CDU(D) und gegenüber der SED zu erklären. Dass eine andere Bewertung der Vorgehensweise der chinesischen KP möglich gewesen wäre, zeigen die anderen Kreisverbände sehr deutlich.

Die Entrüstung über das Vorgehen der Chinesischen KP war bei der **LDP(D)** ebenso groß. Zu den Vorgängen in Peking hat der Kreisverband Rostock-Stadt eine eigene Interpretation: Als inszenierte Ausschreitung zur Beseitigung von unliebsamen Gegnern („...wie der Reichstagsbrand ...“).³³² Die positive Berichterstattung der DDR-Medien und die Haltung der SED verstanden die Liberaldemokraten zu Recht als Warnung an das eigene Volk.³³³ Ablehnend kommentierten die Mitglieder die unaufrichtige Zustimmung ihrer Volkskammerfraktion zur Erklärung der SED, denn auch Gerlach und die Mehrheit des Parteivorstandes verurteilten die Pekinger Ereignisse eigentlich, waren hier aber noch nicht zum Eintreten für ihre Ansichten bereit.³³⁴

Auch bei der **NDPD** entwickelte sich eine rege und kontroverse Diskussion über die Ereignisse in Peking. Während offizielle Verlautbarungen wie die der Volkskammer vom 8.6.1989 von der notwendigen Niederschlagung der Konterrevolution sprachen, bei der es leider zu Todesfällen kam,³³⁵ war die Parteibasis gespalten: Einzelne Bezirke wie Halle oder Neubrandenburg verurteilten das „Blutbad unter den Demonstranten“, glaubten „nicht an einen konterrevolutionären Aufstand“³³⁶ und bezeichneten die angewandten Mittel als „eines zivilisierten Landes im ausgehenden 20. Jahrhundert völlig unwürdig“.³³⁷ Der Bezirksverband Rostock ließ sich neben anderen aber durch die agitatorische Arbeit der Parteilührung und Berichte in den DDR-Medien von der Sichtweise der Staatsführung überzeugen.³³⁸

Weniger häufig als die anderen drei Blockparteien äußerten sich die Mitglieder der **Bauernpartei** zu den Ereignissen in Peking. Der Partei-

³³² Informationsbericht vom 5.7.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

³³³ Vgl. ebd.

³³⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht Juni 1989 (ohne Datum), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

³³⁵ Vgl. Erklärung der Volkskammer zu den aktuellen Ereignissen in China vom 8.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/ 4719.

³³⁶ Aktuelle Parteiinformationen Halle vom 19.6.1989 und Neubrandenburg vom 13.6. SAPMO BArch, DY 16/ 5193.

³³⁷ Aktuelle Parteiinformationen vom 4.7.1989, SAPMO BArch, DY 16/5193.

³³⁸ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 70 vom 19.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/428, S. 7 oder Aktuelle Parteiinformationen Bezirk Rostock vom 4.7.1989, SAPMO BArch, DY 16/5193.

vorstand verurteilte die „konterrevolutionären Ausschreitungen“³³⁹ erwartungsgemäß linientreu und glaubte, die Mitglieder dabei an seiner Seite zu haben.³⁴⁰ Allerdings meldete der Bezirksverband, dass „die Maßnahmen zur Niederschlagung des konterrevolutionären Aufruhrs in China“ nach „den ausführlichen Darstellungen in unseren Medien (...) besser verstanden“ werden würden, was ein vorheriges Unverständnis impliziert. An der Basis wurden entsprechend oft Fragen nach „der Richtigkeit der angewandten Mittel“ gestellt und auch ablehnende Haltungen geäußert.³⁴¹

Neben diesen eher indirekten Einflüssen aus dem sogenannten Ostblock lässt sich im Grenzkreis Wolgast im Jahr 1989 auch ein direkter, durch die geographische Lage bedingter Einfluss erkennen: Besonders vehement verteidigte der dortige NDPD-Kreisverband die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze im Zuge der aufkommenden Vereinigungs-idee. Andernfalls befürchtete er berechtigte Sorgen der (polnischen, Anm. L.G.) Nachbarn.³⁴² Weniger intensiv, aber dennoch deutlich setzten sich auch die Wolgaster Kreisverbände von CDU(D) und LDP(D) für Bestandsgarantien ein.

3.1.3. BRD: Einflüsse von Grenznähe und politischen Organisationen

Der Einfluss der Bundesrepublik auf die Wahrnehmung des SED-Systems durch die Blockparteien lässt sich an drei wesentlichen Faktoren festmachen: Erstens die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen, insbesondere der Reisemöglichkeiten, zweitens Kontakte durch die unmittelbare Grenznähe und drittens der zunehmende Einfluss von bundesdeutschen Parteien und parteinahen Stiftungen.

Die deutsch-deutschen Beziehungen wurden in allen Blockparteien thematisiert, aber in unterschiedlicher Intensität. Besonders engagiert zeigten sich hier NDPD und **LDP(D)**. Obwohl die Mitglieder auch Interesse an innenpolitischen Fragen und Entwicklungen in der Bundesrepublik zeigten, wurde vor allem der „*Normalisierung des Verhältnisses*“ eine hohe Priorität beigemessen, denn sie wurde als Voraussetzung für einen offe-

³³⁹ Bericht des Präsidiums auf der 7. Tagung des Parteivorstands am 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/3327, S. 15.

³⁴⁰ Vgl. z. B. Bericht des BV über die Parteiarbeit im Monat Juni vom 4.7.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 5.

³⁴¹ Bericht des BV über die Parteiarbeit im Monat Juni vom 11.7.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 7.

³⁴² Vgl. Kreisdelegiertenkonferenz Wolgast vom 12.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 31.

neren Reiseverkehr angesehen.³⁴³ Anders als die Linien der Parteileitungen vorgaben, gab *„es auch Parteifreunde, die eine Lösung der anstehenden Fragen zwischen DDR und BRD aus stark persönlicher Sicht mit ungeduldiger Erwartung, abgekoppelt vom sonstigen Weltgeschehen, anstreben möchten.“*³⁴⁴ Die Vorstellung von der „besonderen Beziehung“ der beiden deutschen Staaten hielt sich in der LDP(D) auch nach 38 Jahren Zweistaatlichkeit. So verstanden die Mitglieder auch die Kontakte ihrer Partei in die BRD als Ringen darum, *„dass endlich normale Beziehungen zwischen beiden Parlamenten aufgenommen werden“*.³⁴⁵ Wie wichtig den LDP(D)-Mitgliedern intakte deutsch-deutsche Beziehungen waren, zeigte auch die Jahreshauptversammlung im Januar 1989, auf der *„alle Maßnahmen im Rahmen des KSZE-Dokuments als Beitrag zur Normalisierung der Beziehung zwischen beiden deutschen Staaten“* begrüßt wurden.³⁴⁶ Über den Sommer 1989 trat die deutsche Frage vorerst in den Hintergrund, bevor sie dann im Herbst 1989 immer deutlicher gestellt wurde.

Auch bei der **NDPD** hoffte man auf eine generelle Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen als Grundlage für Erleichterungen im Reiseverkehr.³⁴⁷ So resümiert der Abschlussbericht des Halbjahreslehrgangs mit nahezu ausschließlich hauptamtlichen Mitarbeitern, dass *„die Auffassungen, zwischen beiden deutschen Staaten müssen (...) doch ‚besondere Beziehungen‘ bestehen, überwunden“*³⁴⁸ werden konnten, zuvor also bestanden haben müssen. Vor allem für die jüngeren Teilnehmer sei jedoch *„die raffinierte Demagogie des Gegners (...) schwer durchschaubar“*.³⁴⁹ Eine ähnliche Meinung vertrat auch das Bezirkssekretariat Schwerin, das

³⁴³ Informationsbericht LDP(D)-Rügen vom 4.9.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

³⁴⁴ Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des LDP(D)-ZV am 15.4.1986, Bericht des BV Rostock zum Stand der Erfüllungen der Beschlüsse des 13. Parteitags, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstands, Nr. L8-1608, S. 5.

³⁴⁵ Informationsbericht LDP(D)-Wismar vom 5.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880.

³⁴⁶ Zwischenbericht der LDP(D)-Jahreshauptversammlung vom 30.1.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 4.

³⁴⁷ Vgl. z. B. NDPD-KV Bad Doberan am 22.2.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/58, Bl. 13.

³⁴⁸ Abschlussbericht des Halbjahreslehrgangs vom 3.1.-30.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/477, S. 13–14.

³⁴⁹ Abschlussbericht des Halbjahreslehrgangs vom 3.1.-30.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/477, S. 20.

bereits im Juli über die Voraussetzungen für die Beseitigung der Mauer diskutierte.³⁵⁰

Neben den deutsch-deutschen Beziehungen waren auch BRD-interne Themen von großer Bedeutung. Wahlergebnisse und parteiinterne Entwicklungen wurden mit Interesse verfolgt. Sympathien hegten viele NDPD-Mitglieder mit der SPD³⁵¹: Nur die Sozialdemokraten könnten den ausgemachten Rechtsruck beenden und damit eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen bewirken.³⁵² Als Hauptaggressor sahen diese NDPDler dagegen die Bundes-CDU und verurteilten die „*Ausfälle des Bundeskanzlers nach rechts*“.³⁵³ Die deutsche Frage an sich wurde jedoch nur einmal angesprochen und nach der Haltung der UdSSR zu diesem Thema gefragt.³⁵⁴ Die internationale Einbettung der deutschen Frage und die Wahrnehmung der noch andauernden Blockkonfrontation wurde auch in einer Einschätzung des Leipziger Bezirksverbandes verdeutlicht, der angesichts der „*destruktiven Haltungen der NATO und der unveränderten Militärdoktrin*“ forderte, „*vorsichtiger an einseitige Abrüstungsmaßnahmen heranzugehen und unveränderte Wachsamkeit walten zu lassen*“.³⁵⁵

Die Mitglieder aller Parteien bezogen Informationen aus westlichen Zeitungen, Periodika und Nachrichtensendungen. So stellte beispielsweise das DBD-Präsidium fest, dass „*die Behandlung der Themen*“ von „*ideologischen Einflüssen westlicher Medien*“ belastet würde und die Aussagen und Anleitungen der SED kritisch hinterfragt würden.³⁵⁶

³⁵⁰ Vgl. Aktuelle Parteinformationen des Bezirkssekretariates Schwerin vom 10.7.1989, SAPMO BArch, DY 16/ 5193, S. 2.

³⁵¹ Zur Bundestagswahl 1987: „*Ein Sieg der SPD wäre vielen Parteifreunden angenehm*“. Information 3/87 vom 30.1.1987 aus dem KV Bad Doberan, SAPMO BArch, DY 16/4535, S. 2.

³⁵² Vgl. Aktuelle NDPD-Informationen Nr. 60 vom 20.2.1989 des KV Stralsund, SAPMO BArch, DY 16/424, S. 11.

³⁵³ NDPD-Information 3/87 vom 30.1.1987 aus dem KV Bad Doberan, SAPMO BArch, DY 16/4535, S. 2.

³⁵⁴ Leider ist die Antwort nicht protokolliert. Bericht über den zweiten NDPD-Monatslehrgang 1988 vom 17.10.–11.11.1988, SAPMO BArch, DY 16/4463, S. 5.

³⁵⁵ Aktuelle NDPD-Parteinformationen Nr. 66 vom 24.4.1989, SAPMO BArch, DY 16/426, S. 15.

³⁵⁶ Abschlusseinschätzung über die Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Parteivorsandes über die politische Bildungsarbeit im Parteischulungsjahr 1988 und in den Lehrplänen der Kreisschulen der DBD vom 5.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 2.

Einen direkten Einfluss der Grenznähe gab es nur im westlichsten Kreis des Bezirks, Grevesmühlen. Sie wirkte sich bei den Grevesmühlener Mitgliedern auf die Vorstellungen von den deutsch-deutschen Beziehungen und die Haltung zur Vereinigung aus. Wie CDU(D) und NDPD betonte auch der LDP(D)-Bezirksverband, dass insbesondere im westlichen Kreisverband eine unrealistische Einschätzung des Verhältnisses beider Staaten existiere:³⁵⁷ Grevesmühlen bestätigte diese These, indem der Kreisverband darauf hinwies, dass „im Grenzkreis verstärkt politisch-ideologische Arbeit nötig“ sei und als ursächliche „Störfaktoren“ den kleinen Grenzverkehr und die Nutzung der Deponie Schönberg durch westdeutsche Firmen ausmachten.³⁵⁸ Ab Ende des Jahres 1988 konnte die Basis jedoch zumindest die Weiterleitung ihrer Ansichten durchsetzen: Nun wurde auch von der starken Dominanz der SED und ideologischer Probleme berichtet, die durch die Grenznähe entstanden waren.³⁵⁹

Während die Positionen der Blockparteien bis zum Herbst 1989 noch ähnlich sind, zeigen sich die Differenzen in Grevesmühlen ab November 1989 umso deutlicher: Ganz im Gegensatz zur örtlichen CDU(D) drückte die **NDPD** nach der Maueröffnung ihren Unmut über den vermeintlichen Ausverkauf der DDR sehr massiv aus: Gerade in der Grenzregion wurde das Aufkaufen der subventionierten und begehrten Waren und das Nutzen der günstigeren Dienstleistungen als übermäßig empfunden.³⁶⁰ Als Reaktion auf die Inaktivität der eigenen Partei und zum Schutz der DDR wandten sich einige Mitglieder ab Januar 1990 wieder der SED zu und kündigten an, deren Nachfolgepartei auch wählen zu wollen. Ähnlich, aber drastischer verhielten sich Teile der **DBD**-Basis: Auch hier sah man in dem ab Januar 1990 einsetzenden „Ausverkauf“ der DDR eine massive Gefahr. Einige Mitglieder erwogen die Wiedererrichtung einer Sperrzone als adäquate Maßnahme zur Eindämmung des

³⁵⁷ Vgl. Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des LDP(D)-ZV am 15.4.1986, Bericht des BV Rostock zum Stand der Erfüllungen der Beschlüsse des 13. Parteitags, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstands, Nr. L8-1608, S. 5.

³⁵⁸ Berichterstattung der LDP(D)-Grevesmühlen vor dem Sekretariat des ZV vom 20.12.1988, ADL, Bestand Sitzungen des Sekretariats des ZV, Nr. L3-648.

³⁵⁹ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 13.10.1988: „Die Parteifreunde Kreissekretär und Kreisvorsitzender (Namen ausgelassen, L.G.) wurden beauftragt, die genannten Punkte in den Bericht einfließen zu lassen“, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.

³⁶⁰ Vgl. Parteiinformationen des Bezirkssekretariat Grevesmühlen an die Abt. Parteiinformationen vom 12.1., BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/6362, S. 1–2.

Zustroms durch Bundesbürger.³⁶¹ Deutlich positiv stand dagegen der **CDU(D)**-Kreisverband Grevesmühlen den Neuerungen des Frühjahres 1990 gegenüber. Bis Oktober 1989 verhielt sich der Kreisverband unter seinem überwiegend konformen Kreisvorsitzenden unauffällig. Die rasante Emanzipation noch bis Dezember 1989 sowie und Westorientierung mit der geplanten Fusion der Schwesterparteien und beider Teile Deutschlands bescherten ihm im Sommer 1990 eine vergleichsweise positive Mitgliederbilanz.³⁶²

Die Beziehungen der Blockparteien zu den bundesdeutschen Parteien waren bis zum Ende des Jahres 1989 durch wenige informelle Kontakte gekennzeichnet, die sich weitestgehend auf CDU(D) und LDP(D) beschränkten. Die zentralen Ebenen der BRD-Parteien agierten sehr zurückhaltend: Die Bundes-CDU lehnte offizielle Beziehungen zur Ost-CDU generell ab,³⁶³ die FDP gestaltete die wenigen Zusammentreffen als private, nicht-offizielle Gespräche. Ganz anders die Parteien der DDR: Sie waren in allen Fragen der Westpolitik der SED untergeordnet. Ohne Anwesenheit von SED und MfS durften keine Gespräche geführt werden. Argumentationen waren unzweideutig vorgegeben und die Abläufe und Inhalte wurden genau protokolliert. Auch auf den unteren Parteebenen gab es Kontaktbemühungen zwischen den Schwesterparteien, die zumeist von niederen Gliederungen der Bundes-CDU oder FDP ausgingen. Diese beständigen Kontaktversuche wurden von den Rostocker Kreisfunktionären gemeldet und gemäß Parteilinie zumeist abgelehnt oder ignoriert.

Über die Kirche hatte die **CDU(D)** Kontakte in die BRD. Diese wurden ebenso wie West-Reisen von Kadern und Mitgliedern zur politischen Agitation genutzt und unterlagen strengen Berichterstattungsvorgaben. Am Ende der 80er Jahre bestanden regelmäßige Kontakte zu kirchlichen Gruppen und Organisationen, vornehmlich aus dem Nachbarbundesland Schleswig-Holstein³⁶⁴ und den Partnerstädten, zu einzelnen bun-

³⁶¹ Vgl. Bericht des Vorsitzenden Grevesmühlener Kreisvorsitzenden auf der Sitzung des Bezirkssekretariats am 11.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 4–6.

³⁶² Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

³⁶³ Zur Beziehung CDU-West und CDU(D) siehe: Küsters, J.: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990, auf http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM_18_11/Kuesters_AeraKohl.pdf (eingesehen am 13.7. 2015 um 10:46 Uhr).

³⁶⁴ Vgl. Briefwechsel über die Schlüsselrolle eines in der Kirche engagierten Greifswalder Mitgliedes bei der Kontaktvermittlung nach Schleswig-Holstein ACDP 07-010-3384.

desdeutschen CDU-Mitgliedern, Studienreisegruppen der CSU-nahen Hanns-Seidel Stiftung und der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Akademie. Deren Besuche dienten dem Informationsaustausch über aktuelle Themen und Probleme und boten Gelegenheit zu politischen Diskussionen mit hauptamtlichen Mitarbeitern. Durch den Austausch sollte es den Gastgeber in der DDR gelingen, ihre Partei im Bewusstsein der bundesdeutschen Besucher zu etablieren und sie als eigenständige Partei in einer sozialistischen Demokratie zu präsentieren: „Die CDU wird jetzt mehr anerkannt, früher war sie nur als ‚Satellitenpartei‘ betrachtet worden“, berichtete der Kreisverband Stralsund nach einem Delegationsbesuch stolz.³⁶⁵ Für den Erfolg dieser Besuchskontakte sprach aus der Sicht der CDU(D) auch, dass die westdeutschen CDU-Mitglieder sich mehrfach überrascht und verständnislos darüber zeigten, dass ihr eigener Parteivorstand offizielle Kontakte zur Ost-CDU ablehnte.³⁶⁶ In mehreren Fällen wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der damalige Generalsekretär Heiner Geißler möglicherweise eine Schlüsselrolle bei der Etablierung offizieller Parteikontakte einnehmen könnte.³⁶⁷ Die zum Teil freundschaftlichen Kontakte riefen oftmals Gegenbesuchsangebote hervor, die jedoch wegen der staatlichen Ausreisereglementierung zu meist nicht stattfanden.³⁶⁸

Im Sommer 1989 intensivierten sich die Kontakte zur Seidel-Stiftung, bei denen über die Rolle und Eigenständigkeit der CDU(D), das politische System der DDR und aktuelle Probleme diskutiert wurde. Die Besucher machten dabei deutlich, dass sie eine reformerische Haltung von der CDU(D) erwarten.³⁶⁹ Erst ab Ende September 1989 bestanden erste offizielle Kontakte auf der unteren Parteiebene. Ergebnisse einer direkten oder indirekten Einwirkung dieser Kontakte auf die Mitgliedschaft der CDU(D) lassen sich in den Archivalien nicht nachweisen.

Im Gegensatz zur Parteiführung unterhielt die **LDP(D)**-Rostock keine Kontakte zu äquivalenten Gliederungen der FDP. Es gab aber als privat deklarierte Treffen zwischen Gerlach und hochrangigen Vertretern der

³⁶⁵ Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 12.9.1988, ACDP 03-043-041/1, S. 2.

³⁶⁶ Vgl. Brief des BV Rostock an Götting vom 21.9.1988, ACDP 07-011-3420, S. 3.

³⁶⁷ Vgl. z. B. Berichterstattung aus dem BV Rostock an den HV vom September 1988, 07-011-3420, S. 6.

³⁶⁸ Vgl. z. B. Berichterstattung über einen Besuch aus Siegen, der mit der Hoffnung auf ein Fortsetzungstreffen in Nordrhein-Westfalen abgeschlossen wurde. ACDP 07-010-3384.

³⁶⁹ Vgl. Protokoll des BV Rostock über eine Gesprächsrunde mit Vertretern der Hanns-Seidel-Stiftung im August 1989, ACDP 07-010-3384.

FDP.³⁷⁰ Dennoch wurde die Entwicklung der liberalen Partei der BRD intensiv verfolgt und mitunter auch der Wunsch nach einer „*stärkeren Einflussnahme der LDP(D) auf die FDP*“ geäußert.³⁷¹ Seitens der FDP gab es jedoch ab 1986 häufiger Kontaktaufnahmen mit einzelnen Kreisverbänden,³⁷² die aber durch die Kreisverbände „*in gebührender Weise beantwortet* (also abgelehnt, Anm. L.G.) *werden*“ mussten.³⁷³ Im Rahmen der ab 1987 geschlossenen Städtepartnerschaften bekamen die Kommunikationsversuche der West-FDP einen institutionalisierten Rahmen und wurden auch durch Besuche von Bundespolitikern im Bezirk begleitet.³⁷⁴ Darüber hinaus waren die Liberaldemokraten um thematisch beschränkte Kooperationen mit Parteien der BRD bemüht. So wollten sie beispielsweise eine Zusammenarbeit mit den *Grünen* in grenzübergreifenden Umweltfragen anregen.³⁷⁵ Bis zum Sommer 1989 avancierte die LDP(D) in den Augen der bundesdeutschen Parteien und Medien zu *dem* Hoffnungsträger für demokratische Veränderungen in der DDR. Da dieser Eindruck im Vorstand der LDP(D) als schädlich und falsch empfunden wurde, war er gegenüber den Westmedien um eine Gegendarstellung bemüht: die LDP(D) sei kein Gegenpol zur SED, sondern wolle die DDR gemeinsam mit ihr verändern.³⁷⁶

Erst ab November 1989 stellten einzelne Ortsgruppen und Kreisverbände auch selbständig Kontakte zu äquivalenten Parteigliederungen der

³⁷⁰ Vgl. z. B. Information über den Verlauf eines Gesprächs des Vorsitzenden der LDP(D) mit dem Vorsitzenden der FDP vom 27.5.1982, SAPMO BArch, DY 30/2582, S. 1-9.

³⁷¹ Vorlage für die Sitzung des Sekretariat des ZV am 15.4.1986, Bericht des BV Rostock zum Stand der Erfüllungen der Beschlüsse des 13. Parteitags, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstands, Nr. L8-1608, S. 5.

³⁷² Vgl. z. B. Im Falle einer Kontaktaufnahme durch die FDP-Fraktion der Bremer Bürgerschaft mit dem KV Rostock-Stadt siehe: Niederschrift über die Vorsitzendenberatung am 24.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803.

³⁷³ Informationsbericht August/September des BV an den ZV vom 14.9.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 4.

³⁷⁴ So z. B. war eine FDP-Delegation aus Hamburg im Juni 1989 zu Gast bei der LDP(D) in Wismar, Brief des Kreisvorsitzenden an der Leiter der Abteilung Internationale Arbeit beim ZV der LDP(D) vom 8.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880.

³⁷⁵ Vgl. LDP(D)-Informationsbericht Rostock-Land vom 6.2.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

³⁷⁶ Durch den ZV empfohlenes Schlusswort für die erweiterten Kreisvorstandssitzungen nach der 6. Tagung des ZV vom 5.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33757, S. 3 – 4.

FDP her.³⁷⁷ Besonders rege Kontakte schien die LDP(D)-Stralsund geknüpft zu haben. Hier wurde auf Anregung der FDP ein Begegnungszentrum für die Liberalen aus BRD und DDR eingerichtet³⁷⁸ und eine ideelle Unterstützung des Stralsunder Wahlkampfes durch die Friedrich-Naumann-Stiftung bereits Anfang Dezember in Aussicht gestellt.³⁷⁹

Abgesehen von Studienbesuchen der Hanns-Seidel-Stiftung hatte die NDPD vor dem Herbst 1989 so gut wie keine Kontakte zu den demokratischen Parteien der BRD.³⁸⁰ Eventuelle Eigenständigkeiten der niederen Parteigliederungen beobachteten staatliche Instanzen argwöhnisch: So lud der Stralsunder NDPD-Kreisvorsitzende Vertreter aus der Kieler Bürgerschaft zu einem Besuch in die Hansestadt ein und zog damit die Aufmerksamkeit des MfS auf sich: Zur Klärung seiner ideologischen Position sollte eine Operative Personenkontrolle eingeleitet werden.³⁸¹

Seit Januar 1987 sind anfänglich noch sporadische Kontaktaufnahmeveruche der bundesdeutschen NPD nachzuweisen. Telefonisch oder postalisch haben Funktionäre der NPD mehrfach direkt oder über nahestehende Firmen und Verlage Kontakt aufgenommen, „*Grüße an unsere Partei in Ostberlin*“³⁸² ausgerichtet oder Kooperationen angeregt.³⁸³ Im Jahr 1988 tauchte erstmals das NPD-Hauptvorstandsmitglied Ulrich Baues als Initiator mehrerer nachfolgender Kontaktierungsversuche auf. Im Zuge der neuen deutschlandpolitischen Optionen Ende 1989 begannen die NPD und auch andere großdeutsch-ambitionierte Aktivisten³⁸⁴

³⁷⁷ Vgl. z. B. auch der KV Greifswald, Offener Brief aus Greifswald an Gerlach vom 13.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 2.

³⁷⁸ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 21.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33805, S. 2.

³⁷⁹ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 12.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33805.

³⁸⁰ Die Kontakte zur bundesdeutschen NPD werden weiter unten in diesem Kapitel thematisiert.

³⁸¹ Diese wurde jedoch nicht durchgeführt. Operativinformationen der KD Stralsund vom 25.9.1987, BStU, MfS, BV Rostock, AKG XX, Nr. 1114, Bl. 132.

³⁸² Handschriftliche Notiz über ein Vorkommnis beim NDPD-Bereitschaftsdienst am 31.1.1987, SAPMO BArch, DY 16/5237.

³⁸³ Etwa anlässlich der Städtepartnerschaft Hamburg-Dresden. Mitteilung der NPD an die NDPD vom 17.12.1987, SAPMO BArch, DY 16/1251.

³⁸⁴ Zum Beispiel wird die NDPD um ihre Unterstützung bei der Gründung eines Wirtschaftsrates aller deutschsprachigen Gebiete (inkl. Schweiz, USA, Namibia, Neuseeland, Argentinien etc.) gebeten. SAPMO BArch, DY 16/4514.

und Vertriebenenorganisationen³⁸⁵ intensiver, um eine Zusammenarbeit zu werben. Offenbar hat die NPD sich von der Namensähnlichkeit darüber hinweg täuschen lassen, dass die NDPD gemäß ihrem Erziehungsauftrag eine antifaschistische, sozialistische und humanistische Partei war, die rechtes Gedankengut zumindest offiziell abgelehnt hat. Erst mit sinkendem Einfluss des eigenen Vorstandes entwickelten sich ab Januar 1990 Kontakte auf bezirklicher und kommunaler Ebene.³⁸⁶ Daher widerholte das Präsidium, „dass jegliche Versuche von Kontaktaufnahmen der Reps bzw. der NPD mit unserer Partei oder einzelnen Mitgliedern strikt abzulehnen bzw. zu unterbinden sind“.³⁸⁷ Auch auf dem Sonderparteitag im Januar 1990 wurden die ungeliebten Avancen aus dem rechtsextremen Spektrum diskutiert: Die NDPD war um die Wahrnehmung ihres antifaschistischen Charakters, die Ausnutzung nationaler Ideen durch Rechtsradikale und eine mögliche Infiltration ihrer Partei besorgt.³⁸⁸ Und dies zu Recht, wie der Fortsetzungsparteitag feststellte: Der Druck der NPD und der Republikaner habe sich trotz des Parteiverbotes durch die Volkskammer im Februar 1990³⁸⁹ „verschärft“.³⁹⁰ Zumindest Teile der NDPD-Mitgliedschaft haben trotz der eindeutigen Linie des Vorstands eine gewisse Zugänglichkeit für rechtsradikale Ideen gezeigt: Ende März gründete sich im Raum Leipzig eine mitteldeutsche nationaldemokratische Partei als Verbündete der NPD.³⁹¹ Zweierlei wird an den letztlich teilerfolgreichen Bemühungen der NPD deutlich: Wie die NDPD selbst auch erkannte,³⁹² sorgte ihr Name für Missverständnisse, weshalb im Zuge des Beitritts zum *Bund Freier Demokraten* im Frühjahr 1990 auch kurzzeitig eine Umbenennung diskutiert wurde. Zum zweiten

³⁸⁵ Der Bund der Vertriebenen fragte am 11.12.1989 an, wie die NDPD die Möglichkeiten für die landsmannschaftliche Gruppenbildung einschätzt. SAPMO BArch, DY 16/4514.

³⁸⁶ Darauf deutete erstmals eine Nachfrage des KV Bad Doberan vom 8.1.1990 hin: Der BV Erfurt habe die Gespräche mit der NPD am 7.1.1990 als „sehr fruchtbar“ bezeichnet. SAPMO BArch, DY 16/6362.

³⁸⁷ Protokoll des Präsidiums des Hauptausschusses vom 9.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/477.

³⁸⁸ Vgl. Protokoll des Sonderparteitags am 20./21.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/3625, S. 86.

³⁸⁹ Antrag des Präsidiums der Volkskammer vom 5.2.1990, Drucksache 64, SAPMO BArch, DY 16/4221.

³⁹⁰ Vgl. Protokoll des zweiten Parteitags vom 11.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/3625, S. 21.

³⁹¹ Rede Rauls auf der Parteikonferenz am 31.3.1990, SAPMO BArch, DY 16/6363, S. 5.

³⁹² Vgl. ebd.

muss konstatiert werden, dass auch diese ideologischen Wurzeln aus dem NDPD-Entstehungsumfeld im Zuge ihrer Profilierung wieder zum Tragen kamen.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien verfügte die **DBD** bis zum November 1989 über keinerlei Kontakte in die Bundesrepublik. Erst im Zuge des politischen Umbruchs wollte sie Beziehungen zu den *Grünen* der BRD und dem *Deutschen Bauernverband* aufnehmen.³⁹³ Beide Versuche blieben jedoch ohne nennenswerte Ergebnisse³⁹⁴; Deshalb beschloss die DBD Ende März 1990, „Aktivitäten zur Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in der BRD“ anzuregen.³⁹⁵ Auch diese Unternehmungen blieben erfolglos. Die Erteilung des Verhandlungsmandats an die *Deutsche Soziale Union* zum Zweck einer Parteifusion war Ende April 1990 die erste ernstzunehmende Kontaktaufnahme mit einer anderen Partei. Als auch dies scheiterte und die Wahlergebnisse im März und Mai 1990 ein flächendeckendes Fortbestehen als eigenständige Partei unwahrscheinlich machten, blieb letztlich nur die Fusion mit der *Allianz für Deutschland* als Alternative zur Selbstauflösung. Anders als im Süden der Republik hätte man in Rostock aber eine Zusammenarbeit mit der SPD bevorzugt. Besonders deutlich wurde die sozialdemokratische Verortung in Grevesmühlen: Alle 37 Ortsgruppen des Kreisverbandes stimmten gegen den Zusammenschluss mit der *Allianz*. Das eindeutige „Nein“ Grevesmühlens zum Ende der DBD stellte jedoch den einzigen aktiven Widerstand im ganzen Landesverband Mecklenburg-Vorpommern dar und bescherte dem Kreisverband ironischerweise „mehr Zulauf als früher“.³⁹⁶

3.2. Systemimmanente Einflüsse

Als maßgeblich für die veränderte Wahrnehmung des SED-Herrschaftssystems durch die Mitglieder der Blockparteien haben sich auch systemimmanente Faktoren gezeigt. Diese sind die allgemeinen Zustände in Wirtschaft und Gesellschaft, die Anleitungs- und Kontrolltätigkeit durch SED und MfS, die Interaktion der Blockparteien unterei-

³⁹³ Vgl. Protokoll der 10. Tagung des Parteivorstands am 11.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/335, S. 30.

³⁹⁴ „Zu den Parteien der BRD bestehen zur Zeit keine offiziellen Verbindungen.“ Antwortschreiben an den KV Magdeburg vom 15.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/4990.

³⁹⁵ Protokoll der Sitzung des Präsidiums vom 23.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/880, S. 2.

³⁹⁶ Bericht des BV an den PV vom 20.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

inander, die Entwicklung der Bürgerbewegung und die Politisierung der Kirchen und regionale Disparitäten innerhalb der DDR.

Daher werden diese Parameter zur Binnengliederung herangezogen. Je umfangreicher eine Partei in dem jeweiligen Unterkapitel besprochen wird, desto reger war die diesbezügliche Auseinandersetzung innerhalb der Mitgliedschaft.

3.2.1. Wirtschaft und Gesellschaft

Misstände in Wirtschaft und Gesellschaft beeinflussten den Alltag der Bürger und die Diskussionen innerhalb der Blockparteien stark. Neben Versorgungsfragen (1) und Diskussionen über die Innenpolitik der SED (2) waren vor allem die Reisebestimmungen (3) ein permanentes Reizthema. In Bezug auf alle politischen und wirtschaftlichen Prozesse empfanden die Parteimitglieder ein Informationsdefizit. Kritik an der SED-Informationspolitik (4) war daher ein fester Bestandteil jeglicher Diskussionen. Sie fand ihren Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit der Sputnik-Streichung (5). Dass die Informationspolitik der SED generell nicht darauf abzielte, eine kritische Öffentlichkeit mündiger Bürger entstehen zu lassen, war vielem Parteimitgliedern bewusst. Auch dieser Umstand war ein wesentlicher Bestandteil der als mangelhaft empfundenen Ausgestaltung der „Sozialistischen Demokratie“ (6) in der DDR.

3.2.1.1. Versorgung: alltäglicher Mangel führt zu Legitimitätskrise

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hatte Honecker auf dem VIII. Parteitag im Juni 1971 – nach sowjetischem Vorbild³⁹⁷ – die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verkündet, sie damit zu einem zentralen Pfeiler der SED-Herrschaftssicherung erhoben und die planmäßige Weiterentwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus zum Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus erklärt. Da Sozialpolitik und Konsumorientierung zu Ungunsten von Investitionen in Wissenschaft und Forschung finanziert wurden, trugen sie die Hauptursache für das ökonomische Scheitern der DDR in sich.³⁹⁸ Trotz des Wissens um diesen Missstand setzte Honecker seine „Errungenschaft“ um, da er

³⁹⁷ Das Politbüro der KPdSU hatte den Kurs einer konsumorientierten Wirtschaftspolitik bereits im Vorfeld des XXIV. Parteitags im Jahr Frühjahr 1971 beschlossen. Vgl. Malycha, Die SED, S. 179.

³⁹⁸ Siehe dazu ausführlich: Malycha, Die SED, insbesondere Kapitel IV: *Der „Konsumsozialismus“ der Ära Honecker*, S. 177–256.

annahm, dass eine schrittweise Anhebung des Lebensstandards die Bereitschaft der Bürger zur passiven Loyalität erhöhen und damit das politische System zumindest zeitweise stabilisieren würde. Vorerst stimmte dies auch, doch neben der immer größer werdenden finanziellen Schieflage entstand bei den Bürgern eine materielle Erwartungshaltung, die die Wirtschaftskraft der DDR nicht erfüllen konnte. Wie groß der alltägliche Mangel dennoch war, beobachteten auch die Blockparteimitglieder und zogen daraus Rückschlüsse auf das Funktionieren der Planwirtschaft.

Die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung stellte im Untersuchungszeitraum eines der zentralen Themen der **CDU(D)** dar. Kaum ein Informationsbericht kam ohne Klagen über die falsche und intransparente Arbeit der Plankommissionen³⁹⁹ oder die mangelhafte Bereitstellung von Nahrungsmitteln wie Obst, Gemüse und Fleischwaren aus.⁴⁰⁰ Aber auch Textilien, Baumaterial, Ersatzteile, ärztliche und sonstige Dienstleistungen oder Büromaterial waren Mangelware.⁴⁰¹ Kritisiert wurde dabei nicht nur die Knappheit alltäglicher Waren, die fehlende Produktivität der Betriebe aufgrund unzureichender Zulieferungen und die zum Teil ungenügende Arbeitsmoral, sondern auch die Verteilung der Güter innerhalb der Republik⁴⁰²: Insbesondere in den Sommermonaten spitzte sich die Versorgungslage im Ostseebereich regelmäßig zu: Resigniert konstatierte auch der Bezirksverband, es gäbe keine neuen Probleme, die alten seien wegen der Urlaubssaison aber noch schlimmer als zuvor.⁴⁰³

Neben der Versorgung hatte die Bereitstellung von Wohnraum höchste Priorität. Der angekündigte Abschluss des Wohnungsbauprogramms bis 1990 wurde jedoch als völlig unrealistisch eingeschätzt.⁴⁰⁴ Ehrlich und

³⁹⁹ So beklagte der Kreisverband Wolgast, er habe für 1987 keine der vorgegebenen Plankennziffern erreichen können. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Wolgast vom 3.8.1988, ACDP 03-043-047/8. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 67.

⁴⁰⁰ Vgl. z. B. Bericht des BV zur politisch-ideologischen Arbeit vom 15.9.1988 an den HV, ACDP, 03-043-038/1, S. 4. Zitiert nach: Ebd.

⁴⁰¹ Vgl. ebd.

⁴⁰² In dem Informationsbericht für den Monat Juni 1988 vom 29.6.1988 forderte z. B. der KV Ribnitz-Damgarten eine staatlich geplante und bedürfnisorientierte Handelstätigkeit zur Verteilung der benötigten Güter, ACDP, 07-011-4380, S. 2.

⁴⁰³ Vgl. Informationsbericht des BV vom 11.7.1989 an den HV, ACDP 03-043-038/1, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 67.

⁴⁰⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast vom 15.2.1987 mit, ACDP, 07-011-6434, S. 2.

authentisch berichteten sowohl die Kreisverbände als auch der Bezirksverband über die Versorgungsprobleme im Bezirk und forderten neben grundsätzlichen, strukturellen Lösungen der altbekannten Probleme⁴⁰⁵ vor allem eine ungeschönte Berichterstattung und Informationspolitik, die den Erfahrungen der Menschen nicht entgegensteht.⁴⁰⁶ Einzig das Kreissekretariat Grimmen übte weniger Kritik an den Wirtschaftsstrukturen als an den werktätigen Bürgern. Es forderte sie auf, ihre Arbeit fleißig und verantwortungsbewusst auszuführen, weil dort die eigentlichen Reserven lägen.⁴⁰⁷ Als mögliche Stimuli zu einer höheren Arbeitseffektivität wurde des Öfteren die Installation leistungsorientierter Gehälter oder Boni für Planübererfüllungen angeregt.⁴⁰⁸

Besonders erhitzte sich die Lohn-Preis-Diskussion im Sommer 1988 durch die Vorstellung des neuen Wartburgs 353. Der angekündigte Preis von 20.000 Mark der DDR stand den CDU(D)-Mitgliedern zufolge in keinem Verhältnis zu den Gehältern und sei nur so hoch, um die Ersparnisse der Bürger abzuschöpfen, da es keine anderen Konsumgüter gäbe.⁴⁰⁹ Den Grad der Empörung spiegelt das Gerücht, der neue Wartburg sei bei seiner Vorstellung auf der Leipziger Messe mit Tomaten beworfen worden, wider.⁴¹⁰

Bereits am Anfang des Jahres 1988 forderte der Kreisverband Wolgast, dass Planstellen in Wirtschaftsbetrieben nicht nach Parteiabzeichen, sondern nach Leistung besetzt werden sollten, um effizienter wirtschaften zu können.⁴¹¹ Damit wurden die Vormachtstellung der SED, die Verzahnung von Partei und Wirtschaft sowie die permanente Stellvertreterrolle der Blockparteimitglieder kritisiert.

Auch bei der **LDP(D)** lag ein Schwerpunkt der Unmutsäußerungen im Bereich der Versorgung mit Lebensmitteln, Dienstleistungen, Wohnungen, Baumaterialien, Ersatzteilen, Konsumgütern und Textilien. Dem

⁴⁰⁵ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 4.8.1988.

⁴⁰⁶ Vgl. Informationsbericht des BV an den HV vom 15.8.1988, ACDP 03-043-038/1, S. 3.

⁴⁰⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreissekretariats Grimmen vom 17.7.1989, ACDP 03-043-045/1.

⁴⁰⁸ Vgl. z. B. Informationsbericht KV Wismar zum 5.5.1989, ACDP 03-043-032/1, S. 3.

⁴⁰⁹ Vgl. Bericht zur politisch-ideologischen Arbeit des BV an den HV vom 15.9.1988, ACDP 03-043-038/1, S. 3.

⁴¹⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Wismar vom 5.10.1988, ACDP 03-043-032/1, S. 2.

⁴¹¹ Vgl. Informationsbericht aus dem KV Wolgast vom 5.7.1988, ACDP 03-043-033/1.

puren Auflisten von Mängeln verfielen die Mitglieder der LDP(D) seltener, sondern sie hinterfragten und kritisierten hauptsächlich Einzelheiten des planwirtschaftlichen Systems. Als ein grundlegendes Problem erkannten die Liberaldemokraten die starke Diskrepanz zwischen Plan, Bilanz, Vertrag und tatsächlicher Warenauslieferung an den Einzelhandel.⁴¹² Als ursächlich dafür wurden „kontraproduktive Maßnahmen der Regierung“ im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik,⁴¹³ das Fehlen einer Analyse und Auswertung der Produktionshemmnisse und subjektiver Mängel und Schwächen von Wirtschaftskadern,⁴¹⁴ mangelndes Leistungsprinzip und fehlende Rechenschaftspflicht⁴¹⁵ sowie fehlende Arbeitskräfte⁴¹⁶ gesehen. Die Besetzung leitender Posten nach Parteibuch statt nach Leistung kritisierten die Mitglieder ebenfalls als verfehlt.⁴¹⁷ Zusätzlich sorgte sowohl das unterschiedliche Tarifsysteem im öffentlichen und privaten Sektor als auch die leistungsunabhängige Bezahlung für Ungerechtigkeiten.⁴¹⁸ Daraus würden mangelnde Motivation und Gleichgültigkeit in der Produktion resultieren.⁴¹⁹ Die Erkenntnis, dass die Angaben der staatlichen Zentralverwaltung angesichts der leeren Regale manipuliert sein müssten⁴²⁰ und selbst die scheinbar unkompliziert zu behebenden Hemmnisse nicht angegangen würden, führte bei den Liberaldemokraten bereits ab dem Sommer 1987 zu ernstzu-

⁴¹² Vgl. Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des ZV der LDP(D) am 15.4.1986: Bericht des BV Rostock zum Stand der Erfüllungen der Beschlüsse des 13. Parteitags, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, Nr. L8-1608, S. 13.

⁴¹³ Vgl. z. B. Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres des LDP(D)-BV Rostock vom 18.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 2.

⁴¹⁴ Vgl. LDP(D)-Informationsbericht zum Monat Februar 1987 des KV Rostock-Stadt vom 8.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

⁴¹⁵ Vgl. z. B. LDP(D)-Informationsbericht Rostock-Land für Februar 1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

⁴¹⁶ So beklagte etwa die LDP(D)-Wolgast, dass in der Saisonvorbereitung nur 35 % der benötigten Arbeitskräfte vorhanden sind und daher einzelne Verkaufs- oder Gaststätten nur stundenweise geöffnet werden können. Informationsbericht KV Wolgast vom 6.5.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

⁴¹⁷ Vgl. Abschlussbericht zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher im LDP(D)-KV Rostock-Land (ohne Datum, wohl Anfang 1988), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834, S. 2.

⁴¹⁸ Vgl. Informationsbericht zum Monat Februar 1987 der LDP(D)-Rostock-Stadt vom 8.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

⁴¹⁹ Vgl. LDP(D)-Informationsbericht Rostock-Stadt vom 15.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

⁴²⁰ Vgl. z. B. Informationsbericht der LDP(D)-Wolgast vom 6.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

nehmenden Zweifeln an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED.⁴²¹ Auch der Abschlussbericht zum Mitgliedsbuchumtausch spricht von „kritischen Fragen zur Überlegenheit der Planwirtschaft“.⁴²² Ebenso hatten die Wismarer „ernste Bedenken in allen Bereichen der Wirtschaft, wie es mit der gegenwärtigen Misere weitergehen soll“ und konnten „wenig Verständnis dafür“ aufbringen, „wenn die Staatsführung behauptet, es entwickle sich alles dynamisch“.⁴²³ Konkreter wurden die Mitglieder im Kreisverband Ribnitz-Damgarten: „Viele wollen grundlegende Wirtschaftsreformen in der DDR, bis hin zu personellen Veränderungen“.⁴²⁴ Neben diesen zentralen Fragen wurden auch die fehlende Flexibilität des Wirtschaftssystems, die Verknappung der Konsumgüter durch Exporte, die auf Überschussabschöpfung ausgerichtete Preispolitik und der fehlende technische Fortschritt in Produktion und Verwaltung kritisiert.⁴²⁵

Deutlicher als bei der CDU(D) hatte die Versorgungsfrage bei den Liberaldemokraten auch eine politische Komponente: Die unzureichende Versorgung und die fehlende Aussicht auf Besserung wurden bereits Ende 1987 „als Grund angegeben, keine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu wollen“.⁴²⁶ In der Preispolitik der SED erkannten einige Liberaldemokraten kapitalistische Mechanismen: Statt der Produktionskosten bestimmte häufig das Angebot den Preis von raren Waren.⁴²⁷ Ebenso sei die Weitergabe von erhöhten Importpreisen an den Verbraucher ein kapitalistisches Wirtschaftsinstrument.⁴²⁸ Fragen nach der grundsätzli-

⁴²¹ Vgl. z. B. Informationsbericht KV Bad Doberan vom 6.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

⁴²² Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher, Berlin vom 29.10.1987, ADL, Bestand Beratungen des Sekretariats des Bezirksverbandes Rostock, Nr. 29094c, S. 3.

⁴²³ Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 23.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806, S. 3.

⁴²⁴ Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 4.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

⁴²⁵ Vgl. z. B. Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher vom 29.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 29094C.

⁴²⁶ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 5.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

⁴²⁷ Nach drei Wochen ohne Zwiebeln kostete das Bund in Stralsund bis zu 7,50 Mark der DDR. Informationsbericht Stralsund vom 7.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

⁴²⁸ Nach Marx bestimme ausschließlich der Wert der Ware ihren Preis, nicht der Markt. Berichts-anforderung 1/20 aus dem LDP(D)-KV Rügen vom 6.11.1986, Kurzbericht über die Durchführung der politischen Bildungszirkel, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33815.

chen Richtigkeit der Planwirtschaft waren vorerst aber noch Einzelercheinungen.⁴²⁹

Eine besondere Zuspitzung der Versorgungssituation erkannten auch die Liberaldemokraten in der Urlaubssaison: „Die Saison 1987 war schlimm, 1988 noch schlimmer. Wann wird das endlich mal ehrlich eingeschätzt und weitergegeben?“⁴³⁰ Ende des Jahres 1988 stellte der Bezirksverband fest: „Die Parteifreunde reagieren zunehmend ungeduldiger und aggressiver auf Versorgungsfragen.“⁴³¹ Diese Aggressivität wurde durch die Warenknappheit in der Saison 1989 soweit gesteigert, dass sie sich zum Teil gegen Urlauber richtete und auch LDP(D)-Mitglieder getrennte Verkaufsstellen für Einheimische und Touristen forderten.⁴³² Doch nicht nur in puncto Lebensmittel, sondern auch bei Fragen der Infrastruktur, gastgewerblichen Einrichtungen, der Wasserver- und -entsorgung und der Abfuhr von Müll sahen die Mitglieder der LDP(D) die Kapazitäten des Bezirks gesprengt.⁴³³

Bei der **NDPD** war die Wirtschafts- und Versorgungspolitik das unangefochtene Hauptthema. Die Basis übte bis zum Jahr 1987 eine auf die Effizienzsteigerung ausgerichtete Kritik und bot praktische Lösungsvorschläge für Versorgungsengpässe, machte auf Defizite aufmerksam und setzte sich bei den übergeordneten Institutionen für die alltäglichen Belange ihrer Mitglieder ein. Die konkrete Benennung von Mangelercheinungen war jedoch auch hier nur ein Teilaspekt. Nicht nur Obst und Gemüse sahen die Nationaldemokraten als „Mangelware“,⁴³⁴ sondern neben Genussmitteln und Konsumgütern fehlten vor allem in der Urlaubssaison Waren jeglicher Art.⁴³⁵ Im Sommer 1989 spitzte sich die

⁴²⁹ So sah Stralsund Verteilungs- und Transportprobleme im Vordergrund. Informationsbericht LDP(D)-Stralsund vom 5.12.1987, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

⁴³⁰ Protokoll der erweiterten Kreisvorstandssitzung LDP(D)-Wismar vom 26.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807, S. 2.

⁴³¹ Informationsbericht Oktober/November des BV an den ZV vom 14.11.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 4.

⁴³² Vgl. Informationsbericht Wismar vom 6.7.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880, S. 2.

⁴³³ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Wolgast vom 15.8.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807.

⁴³⁴ Aktuelle Parteiinformationen 15/87 vom 16.7.1987, SAPMO BArch, DY 16/1256, S. 4.

⁴³⁵ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen 17/88 vom 12.8.1988, SAPMO BArch, DY 16/4535, S. 2.

Versorgungssituation im Kreis Wolgast derart zu, dass der erste Kreissekretär einen Beschwerdebrief an das ZK geschrieben haben soll.⁴³⁶

Einen zumindest ebenso großen Raum nahm die Suche nach konkreten Maßnahmen zur Erhöhung von Produktivität und Arbeitsmoral ein. Als ein geeignetes Instrument erschien Teilen der NDPD auch eine Beschneidung der umfangreichen sozialen Sicherheit.⁴³⁷ Auch die zu langen Wartezeiten auf Materialien, Zulieferprodukten und Genehmigungen sah man als Auslöser von Resignation und Gleichgültigkeit der Werktätigen.⁴³⁸ Die Durchsetzung des Leistungsprinzips sollte sowohl den Leitungsschwächen als auch der mangelhaften Arbeitsmoral beikommen. Die politische Verantwortung für die Missstände sah die NDPD bei der SED. Auch die Aussagen der ZK-Tagung im Sommer 1989 enthielten nach Ansicht der Nationaldemokraten keine geeigneten Maßnahmen, um den ausgemachten Schwächen in der Leitungstätigkeit⁴³⁹ und den wirtschaftlichen Problemen insgesamt beizukommen.⁴⁴⁰

Ab dem Jahr 1987 wurden die üblichen Diskussionen zu grundlegenden strukturellen und politischen Problemen verallgemeinert und bekamen so auch bei der NDPD eine stärkere politische Komponente. Vorerst bemühte sich der Parteivorstand noch erfolgreich, die kritischen Stimmen einzudämmen: *„Da wir bereits in den Vierteljahreslehrgängen der starken Tendenz der voreiligen, unzulässigen Verallgemeinerung von negativen, oft nicht nachprüfbaren Einzelercheinungen in unserer Wirtschaft beharrlich entgegengetreten waren, trat diese Art der Wertung von Einzelerfahrungen nur noch hin und wieder auf“*.⁴⁴¹ Als wie grundlegend die wirtschaftlichen

⁴³⁶ Vgl. Information zu Stimmung und Reaktion im Bereich der NDPD vom 19.7.1989, BStU, MfS BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 10, Bl. 148. Gleichlautende Gerüchte werden hier auch für den Greifswalder Kreissekretär angedeutet: Er soll für seinen Brandbrief im Vorfeld der Domeinweihung gerügt worden sein.

⁴³⁷ *„Die Angst um den Arbeitsplatz in der BRD ist unmenschlich, aber totale soziale Sicherheit führt möglicherweise dazu, die Arbeitsintensität zu vernachlässigen.“* Aktuelle Parteiinformationen Nr. 11/87 vom 22.5.1987, SAPMO BArch, DY 16/4535, S. 3.

⁴³⁸ Vgl. Bericht über die im zweiten Halbjahr 1988 durchgeführten Monats- und Wochenlehrgänge, SAPMO BArch DY 16/424, S. 10.

⁴³⁹ So beschwerte sich etwa der KV Stralsund über die Leitungsschwäche auf der Stralsunder Werft. Informationsmeldung 25/89 des KV Stralsund vom 4.12.1987, SAPMO BArch, DY 16/1256, S. 2.

⁴⁴⁰ Vgl. Aktuelle Parteiinformation 13/88 des KV Wismar vom 20.6.1988, SAPMO BArch, DY 16/3469, S. 3.

⁴⁴¹ Abschlussbericht des Halbjahreslehrgangs vom 5.1.–3.7.1987, SAPMO BArch, DY 16/4403, S. 15.

Probleme der DDR bewertet wurden, sprach der Wolgaster Kreisvorsitzende aus: „Die DDR müsse sich bald entscheiden, ob sie den sozialistischen oder den kapitalistischen Weg gehen will. Die Hauptsache ist allein, dass man vorankommt.“⁴⁴² Damit ist die NDPD die einzige Partei, in der eine grundsätzliche Abkehr vom Staatssozialismus zumindest diskutiert wurde.

Bei der DBD bezog sich der größte Teil der Kritik auf die Wirtschafts- und Versorgungspolitik. Hier sorgte man sich hauptsächlich um die Arbeitsbedingungen der Produzenten, genauer gesagt um die sogenannte materiell-technische Absicherung der landwirtschaftlichen Produktion.⁴⁴³ Es äußerten sich aber auch „nicht wenige Mitglieder (...) kritisch zur Versorgung der Dorfbevölkerung“ mit Fleisch, Wurst, Kleidung, Baustoffen, Ersatzteilen und Dienstleistungen im Allgemeinen. Eine Verbesserung erwartete man nur noch bedingt. „Das Vertrauen zu den dazu gefassten Beschlüssen auf dem 13. Bauernkongress“ würde schwinden, meldete der Bezirksverband bereits Ende 1987.⁴⁴⁴ Zugesagte Ersatzteile, Landwirtschaftsmaschinen, Computer und Ähnliches würden nicht oder nur teilweise geliefert. Das erschwere die Produktion und Einhaltung der Pläne. Als Gegenmaßnahmen regten auch die Mitglieder der DBD eine Überarbeitung der Lohn-, Subventions- und Preispolitik⁴⁴⁵ an und äußerten „Zweifel an der Richtigkeit sozialpolitischer Maßnahmen“.⁴⁴⁶ Die wirtschaftlichen Probleme würden nicht nur eine realistischere und offenere Berichterstattung erfordern,⁴⁴⁷ sondern die Durchführung von Reformen nach sowjetischem Vorbild, war im Jahr 1988 auch bei der DBD eine gängige Einschätzung.⁴⁴⁸

⁴⁴² Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15.3.1989, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 28.

⁴⁴³ Vgl. z. B. Informationsbericht an den Parteivorstand 34/89 vom 29.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

⁴⁴⁴ Vgl. Bericht des BV über die Parteiarbeit im Monat November vom 9.11.1987, SAPMO BArch DY 60/3151, S. 2–4.

⁴⁴⁵ Vgl. Einschätzung über den Ablauf des Parteischulungsjahres 1987/88 vom 11.12.1987, SAPMO BArch, DY 60/2766, S. 3.

⁴⁴⁶ Informationsbericht an den Parteivorstand 47/88 vom 4.10.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901.

⁴⁴⁷ Vgl. Information über die Durchführung der Kreisschulen der DBD im Studienjahr 1987/88 vom 11.12.1987, SAPMO BArch, DY 60/2766, S. 2.

⁴⁴⁸ Vgl. Informationsbericht an den Parteivorstand 47/88 vom 4.10.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901.

Angesichts der Stagnation fragten die Mitglieder, „ob dem Parteivorstand, dem Ministerrat oder dem ZK der SED der Ernst der Lage auch wirklich bekannt ist?“ und kündigten an, sich „demnächst direkt an Maleuda zu wenden, wenn sich keine Besserung abzeichnet“.⁴⁴⁹ Als diese ausblieb, kamen erste resignative Tendenzen auf und einige Mitglieder erklärten enttäuscht, dass sie „über die Ersatzteilmisere nicht mehr reden würden, es ändere sich ja doch nichts“.⁴⁵⁰

Parallel dazu erwuchs aber auch die Überzeugung, dass die Partei selbst etwas unternehmen müsse, um sichtbare Veränderungen zu bewirken.⁴⁵¹ Im Frühjahr 1989 führte die permanente Unterversorgung zu ersten Verweigerungshaltungen und einer Entfremdung von der Parteileitung.⁴⁵² Mitte März 1989 übergab die Partei *Vorschläge und Anregungen der DBD zur weiteren Entwicklung der Produktion, des Versorgungsniveaus und der Versorgungsstruktur bei Gemüse* an den Leiter der ZK-Abteilung Befreundete Parteien und plädierte darin aber lediglich für eine planmäßige Produktion, die konsequentere Umsetzung der Beschlüsse und eine Effektivitätssteigerung durch die Anwendung der Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.⁴⁵³

Aufgrund der Kopplung von Wohlstandsversprechen und Legitimation erwuchs aus der unbefriedigenden Versorgungssituation in den 80er Jahren eine generelle Legitimierungskrise der SED und des DDR-Sozialismus. Im Sommer 1989 war der Drang nach materiellen Gütern mitverantwortlich für die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Auf welcher Ursache diese unheilvolle Verbindung basierte, erkannte der Bad Doberaner LDP(D)-Kreisvorsitzende, denn „diese Geister haben wir ja insofern selbst gerufen, dass wir die Steigerung des materiellen Wohlstandes als das einzig Seligmachende postulierten und diese Erwartungshaltung nicht zu befriedigen vermögen“.⁴⁵⁴

⁴⁴⁹ Informationsbericht an den Parteivorstand 22/88 vom 16.5.1988, SAPMO BArch DY 60/2901, S. 3–4.

⁴⁵⁰ Informationsbericht an den Parteivorstand 35/88 vom 14.7.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901.

⁴⁵¹ Vgl. Informationsbericht an den Parteivorstand 9/88 vom 25.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

⁴⁵² Einige Mitglieder, „die immer zu den Sitzungen kommen“, waren „nicht auf der Kreisparteischulung“. Bericht über die Parteiarbeit im Februar 1989 vom 2.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 10.

⁴⁵³ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung am 14.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/3515.

⁴⁵⁴ Informationsbericht für September vom 8.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788. Ebenso beklagt der Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres

Im Gesamttenor der geäußerten Kritik in NDPD, DBD und CDU(D) überwogen materielle Probleme und Sorgen. Einzig bei der ursprünglich kleinbürgerlich-geprägten LDP(D) hatten freiheitlich-politische und gesellschaftliche Fragestellungen Priorität gegenüber materiellen Mangeldiskussionen. Dieser Primat des Ideellen lässt die reformorientierte Liberaldemokraten diejenige Partei sein, mit der eine ausschließlich politisch reformierte DDR bis zum Sommer 1989 am ehesten umzusetzen gewesen wäre.

3.2.1.2. Innenpolitik: Bildung, Umwelt und Wahlrecht dominieren Diskussionen

Obwohl alle Parteien unterschiedliche Schwerpunkte setzten, war ihnen gemeinsam, dass sie den größten Reformierungsbedarf in den Bereichen Bildung, Umweltpolitik, der demokratischen Teilhabe und des Wahlrechts sahen. Unter der Rubrik *Innenpolitik* werden deshalb bildungspolitische, wahlrechtliche, gesellschaftliche, umweltpolitische und partizipatorische Themen zusammengefasst.

Mit **bildungspolitischen Themen** setzte sich insbesondere die CDU(D) auseinander. Sie sprach sich engagiert gegen den vorherrschenden Militarismus in Kindergarten, Schule und Ausbildung aus⁴⁵⁵ und setzte sich für die Einführung eines Zivildienstes ein.⁴⁵⁶ In Vorbereitung des IX. Pädagogischen Kongresses im Juni 1989 formulierten die Kreisverbände der CDU(D) den umfangreichsten Maßnahmenkatalog. Darin forderten die Mitglieder die Aufnahme christlichen Kulturgutes in den Lehrplan, die Einführung einer Umweltschutzerziehung, einer Informatikausbildung sowie des Englischunterrichts und regte die intensivere Behandlung des Blocksystems im Rahmen des Staatsbürgerkundeunterrichtes

der Rostocker Parteischule vom 4.7.1989, dass vor allem die Jüngeren eine „materialisierte Sicht auf die Werte des Sozialismus“ hätten. AdL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-100, S. 3.

⁴⁵⁵ Vgl. Informationsbericht der BV an den HV zum 15.11.1988, ACDP 03-043-038/1, S. 13.

⁴⁵⁶ Vgl. ebd. Auch Lothar de Maizière äußerte sich in seiner Autobiographie zu diesem Thema. Er wies darauf hin, dass die Einführung eines allgemeinen Wehersatzdienstes auch deswegen nicht möglich gewesen sei, weil die DDR ohne die Wehrpflicht nicht die im Warschauer Vertragswerk vorgesehene Sollstärke der Nationalen Volksarmee hätte erreichen können. Siehe: de Maizière, L.: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg i. Br. 2010², S. 43.

an.⁴⁵⁷ Hieraus lässt sich unzweifelhaft ableiten, dass die CDU(D) sich nicht ausreichend im Bildungskanon der Schulen repräsentiert fühlte. Angesichts der Ergebnisse des pädagogischen Kongresses und der Vernachlässigung der CDU(D)-Vorschläge sowie der Beibehaltung der 6-Tage-Schulwoche zeigten sich die Mitglieder überwiegend enttäuscht.

Weitaus mehr als die übrigen Parteien beschäftigten sich die Mitglieder der CDU(D) mit **Umweltfragen**. Sie betrachteten ihre umweltpolitische Arbeit als Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung.⁴⁵⁸ Alle Rostocker CDU(D)-Kreisverbände sorgten sich um den Einfluss der ansässigen Industrie auf die Umwelt und forderten mehr Informationen darüber.⁴⁵⁹ Ebenso grundlegende Themen waren die Verträglichkeit von Tourismus und Ökologie⁴⁶⁰ und die Verbesserung der Trinkwasserqualität.⁴⁶¹ Als präventive Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Umweltbedingungen schlugen auch die Kreisverbände der CDU(D) neben der Einführung des Schulfaches Umweltbildung eine verstärkte Aufklärung vor.⁴⁶² Damit reagierten sie auf die empfundene gestiegene Brisanz des

⁴⁵⁷ Vgl. Maßnahmenkatalog zur Einflussnahme der CDU(D) auf das Bildungswesen des BV Rostock an den HV im Informationsbericht zum 15.1.1989, ACDP 03-043-038/1, S. 14.

⁴⁵⁸ Der KV Rostock-Land spricht dies deutlich aus: „*Naturschutz ist Schöpfungsbe-
wahrung*“, Informationsbericht vom 5.4.1989, ACDP 03-043-032/4, S. 3.
Zit. n.: Güth, Resignation, S. 67.

⁴⁵⁹ So hinterfragte z. B. der Greifswalder KV eine mögliche Kontamination des Bodens durch die Stärkefabrik in Loitz (ACDP 07-010-3796), und die generelle Sicherheitslage zum Kernkraftwerk *Bruno Leuschner* in Lubmin (ACDP 03-043-045/6.). Der Nachbarverband Wolgast engagierte sich stark für die Beseitigung der wilden Mülldeponien (Informationsbericht für das II. Quartal an den HV 1989 vom 7.4.1989, ACDP 03-043-033/1) und der KV Rostock-Land forderte Aufklärung über die Umweltverträglichkeit der ortsansässigen Bitumenmischanlage in Rövershagen und die generelle Abschaffung von Sprayflaschen, das Verbot von Asbest und strengere Richtlinien für Abwässer und Abgase (Informationsbericht vom 5.4.1989, ACDP 03-043-032/4, S. 2–3.).

⁴⁶⁰ Vgl. Brief des BV an den Parteivorsitzenden Götting vom 23.8.1988, ACDP 07-011-3420.

⁴⁶¹ Hier macht sich besonders der KV Wolgast stark, „...weil das Wasser nicht nur mit Chlor versetzt ist, sondern nach Schlamm riecht und auch so aussieht.“ Informationsbericht zum 5.10.1988, ACDP 03-043-033/1, S. 2.

⁴⁶² Vgl. Informationsbericht des KV Wismar vom 5.1.1989, ACDP 03-043-032/2, S. 7 oder ebenso im Protokoll der Kreisvorstandssitzung des KV Greifswald vom 26.7.1988, ACDP 03-043-045/5, S. 3.

Umweltschutzes⁴⁶³ und die „bedauernswerte Ignoranz“⁴⁶⁴ der breiten Masse der DDR-Bevölkerung.

Auch die LDP(D) behandelte Fragen des Umweltschutzes. Die DDR setzte Planerfüllung vor die Gesundheit ihrer Bürger und sei eine der „Hauptdreckschleudern“, schätzten etwa die Bad Doberaner ein.⁴⁶⁵ Wilde Mülldeponien, ungeklärte Abwasser und die Luftverschmutzung durch Produktionsabgase waren in der LDP(D) ebenso Themen wie eine nachhaltige Energiewirtschaft. Resignierend fragten Mitglieder: „Wie kann man von Umweltschutz reden, wenn die Ökonomie die Ökologie beherrscht?“⁴⁶⁶

Mit dem **Wahlrecht** der DDR setzten sich die Mitglieder aller Blockparteien bereits vor der Kommunalwahl im Mai 1989 auseinander. Besonders intensiv wurde die Diskussion bei den Liberaldemokraten geführt. Hier zog nicht erst die Kommunalwahl 1989 Proteste nach sich, sondern schon die Volkskammerwahl im Juni 1986. Bereits hier hatte der Bezirksvorstand der LDP(D) gefragt: „Warum gibt es keinen LDP(D)-Spitzenkandidaten für die Volkskammer? Wie kommt der hohe Prozentsatz der abgegebenen Stimmen in Sonderwahllokalen zustande? Entspricht es dem Gesetz, wenn Bürger, die die Kabine nutzen, registriert werden? Warum werden Bürger, die die Annahme von Wahlbenachrichtigungskarten verweigert haben, nicht im Wählerregister geführt?“⁴⁶⁷ Nach dem Abklingen dieser Diskussionen heizte das im Frühjahr 1989 erlassene Wahlrecht für Ausländer, die länger als sechs Monate in der DDR lebten, die Diskussionen um das Wahlrecht zur kommenden Kommunalwahl erneut an. Bei allen Parteien gab es hierzu gemischte Stimmen, wobei die CDU(D) die Novelle am positivsten bewertete.⁴⁶⁸

⁴⁶³ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 4.10.1989, ACDP 03-043-032/2, S. 3.

⁴⁶⁴ So die Einschätzung des Greifswalder Professors, Umweltstadtrats und späteren Ministerpräsidenten Gomolka. Protokoll der Kreisvorstandssitzung des KV Greifswald vom 26.7.1988, ACDP 03-043-045/5, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 68.

⁴⁶⁵ Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 5.2.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

⁴⁶⁶ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 4.12.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

⁴⁶⁷ Informationsbericht Juni/Juli 1986 des BV an den ZV vom 9.7.1986, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

⁴⁶⁸ Vgl. z. B. im Informationsbericht des CDU(D)-BV an den HV vom 15.3.1989, ACDP 03-043-038/1, S. 2. Kritisch wurde hier jedoch angemerkt, dass die BRD dessen stärker bedurft hätte. Dort wurde das kommunale Ausländerwahlrecht in einzelnen Bundesländern ab dem 14.2.1989 eingeführt. Informationsbericht des CDU(D)-KV Wolgast vom 5.4.1989, ACDP 03-043-033/1. Dass das neue

Bei DBD und NDPD rief das Wahlrecht für Ausländer vor allem kritische Nachfragen hervor,⁴⁶⁹ die hier aber weitaus weniger Raum einnahmen als bei der LDP(D). Die Liberaldemokraten begründeten ihre überwiegende Ablehnung der Erweiterung des Wählerkreises mit den Einschätzungen, Ausländer hätten ohnehin schon viele Vorrechte gegenüber DDR-Bürgern⁴⁷⁰ und allgemeinen „*persönliche, negative Erfahrungen mit ausländischen Bürgern*“.⁴⁷¹ Darüber hinaus befürchteten sie, dass mit diesen zusätzlichen Stimmen Manipulationen des Ergebnisses vorgenommen und eine Kompensierung des erwarteten Rückgangs der Wahlbeteiligung vertuscht werden sollen.⁴⁷² Ebenso wurde die Maßnahme als „*taktischer Schritt unserer Regierung gewertet, um nach außen ‚wahre Demokratie‘ zu zeigen.*“⁴⁷³ Ähnlich kritisch sahen die LDP(D)-Mitglieder das Ringen um eine 99 %ige Wahlbeteiligung: „*Eine Wahlbeteiligung von 80–85 % scheint glaubwürdiger*“, schätzte der Kreisverband Rostock-Land ein.⁴⁷⁴

Allgemeine **partizipatorische Themen** diskutierten auch die Mitglieder der DBD häufig. Neben ökonomischen Aspekten waren hier insbesondere die unzulängliche Arbeit von Gemeindevertretern⁴⁷⁵ und die zunehmende Verweigerungshaltung von Parteimitgliedern und Bürgern im Allgemeinen von Belang. „*Wir haben auch einige gut ausgebildete Kader, (...) die einfach nicht bereit sind, Parteiarbeit zu leisten*“, stellte zum

Ausländerwahlrecht nur vertuschen soll, dass „*Ausländerfragen*“ in der DDR sonst nur eine untergeordnete Rolle spielen, mutmaßte der KV Ribnitz-Damgarten. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 31.3.1989, ACDP 03-043-033/6.

⁴⁶⁹ Vgl. z. B. im Bericht des Bezirksverbandes über die Parteiarbeit im Monat März vom 4.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 4.

⁴⁷⁰ Informationsbericht Grimmen vom Februar 1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

⁴⁷¹ Informationsbericht Rügen vom 6.4.1989, AdL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

⁴⁷² Vgl. Informationsbericht Februar/März 1989 des BV an den ZV vom 14.3.1989, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005.

⁴⁷³ Informationsbericht Rügen vom 6.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

⁴⁷⁴ Informationsbericht Rostock-Land vom 6.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

⁴⁷⁵ Vgl. Bericht über die bisher durchgeführten Jahresversammlungen in den Orts- und Wohngebietsgruppen des Kreisverbandes der DBD-Wismar vom 1.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 3.

Beispiel der Greifswalder Kreisverband fest.⁴⁷⁶ Alarmierende Stimmen kam auch aus Bad Doberan: „*Es gibt auch Vorsitzende, die müde sind, gesellschaftliche Tätigkeiten auszuüben. (...) Es ändert sich doch nichts, gibt nichts zu kaufen. Alles wird teurer.*“⁴⁷⁷ Ebenso wurde aber auch darauf hingewiesen, dass die Bedingungen in einigen Dörfern des Bezirks derart widrig seien, dass „*sich keiner traut*“, dort ein Bürgermeisteramt zu übernehmen.⁴⁷⁸ Diese festgestellte Verweigerungshaltung traf nicht nur auf Parteimitglieder, sondern auf weite Teile der Bevölkerung zu: „*Viele gut ausgebildete junge Menschen wollen keine Verantwortung übernehmen*“.⁴⁷⁹ Auch die DBDler beobachteten, dass Zusagen der SED, die bereits zur Kommunalwahl 1984 gegeben worden sind, bis März 1989 nicht eingehalten wurden. Diese Nicht-Einhaltung von Zusicherungen führte zu einem Verlust des Vertrauens in die SED-Führung.⁴⁸⁰

3.2.1.3. Reisegesetzgebung: Sehnsucht nach Normalität und Rechtssicherheit

Bereits vor dem Beginn der Ausreisewelle im Sommer 1989 waren Republikflucht, Ausreiseanträge und die allgemeinen Reisebestimmungen in allen Parteien wichtige Themen. Besonders früh zeigten sich **LDP(D) und NDPD** alarmiert: Seit dem Jahr 1986 prägten kritische Äußerungen zu den Reisebestimmungen die Kommunikation in der LDP(D). Dabei scheuten die Liberaldemokraten auch heikle Themen wie den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, den es offiziell gar nicht gegeben hat, nicht: „*Wiederholt wurden wir (...) gefragt, ob wir es überhaupt nötig hätten, auf Leute, die unsere Republik verlassen wollen, zu schießen. Verbreitet ist die Meinung: Wer unsere Republik verlassen will, soll ruhig gehen*“.⁴⁸¹

⁴⁷⁶ Berichterstattung des DBD-Kreissekretariats Greifswald zur Sitzung des Bezirkssekretariats am 21.7.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 7.

⁴⁷⁷ Informationsbericht der DBD-Bad Doberan an das Sekretariat des Bezirksverbandes am 15.9.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 4–5.

⁴⁷⁸ DBD-Informationsbericht an den Parteivorstand 10/89 vom 6.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 2.

⁴⁷⁹ DBD-Informationsbericht an den Parteivorstand 23/89 vom 13.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

⁴⁸⁰ Vgl. DBD-Informationsbericht an den Parteivorstand 19/89 vom 20.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

⁴⁸¹ Informationsbericht November/Dezember 1986 des LDP(D)-BV an den ZV vom 12.12.1986, ADL, Bestand Abteilung Parteiorgane, Nr. L8-1005, S. 2.

Unverständnis für das Unterbinden von Ausreisegesuchen gab es auch bei der **DBD**.⁴⁸² Von Honeckers Besuch in Bonn im September 1987 erhofften sich die Mitglieder aller Parteien eine Normalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses und damit einhergehend eine Lockerung der Reisebestimmungen.⁴⁸³ Auch die DBDler bewerteten ihn „*nur danach, was für sie an Reisemöglichkeiten herauskommt*.“⁴⁸⁴ Neben der grundsätzlichen Kritik an der nicht vorhandenen Reisefreizügigkeit stellte sowohl bei LDP(D), CDU(D) und NDPD die willkürliche Auslegung und Praxis der Reisegesetzgebung ein Reizthema dar. Sie wurde als mangelndes Vertrauen der SED-Führung in die DDR-Bürger gewertet.⁴⁸⁵ Auch die mit 15 DM als äußerst gering empfundenen gewährten Reisedevisen erregten massiven Unmut.⁴⁸⁶ Dass sich hinter dieser Umtausch-Beschränkung eine Regulierungsfunktion des Reiseverkehrs verbarg, mutmaßte nicht nur die LDP(D)-Ribnitz-Damgarten.⁴⁸⁷

Die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zunehmenden Besuchsreisen führten aus Sicht der Liberaldemokraten zu zweierlei Problemen: Die heimgekehrten Bürger übten nach dem direkten Vergleich besonders scharfe Kritik an den ökonomischen Zuständen in der DDR.⁴⁸⁸ Diejenigen, die nicht von Besuchsreisen zurückgekehrt sind oder die dauerhafte Ausreise beantragt haben, müsse die Gesellschaft zum Anlass nehmen,

⁴⁸² Vgl. DBD-Abschlussbericht über die Durchführung der Jahresversammlungen in den Orts- und Wohngebietsgruppen vom 2.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 5.

⁴⁸³ Vgl. z. B. Informationsbericht LDP(D)-Wolgast vom 6.8.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786 oder DBD-Bericht über die Entwicklung der Parteiarbeit im Monat Juli des BV Rostock vom 6.8.1987, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 4.

⁴⁸⁴ Zwischenabrechnung über die Erfüllung der Maßnahmen des Präsidiums des PV zur Verwirklichung der Beschlüsse des 12. Parteitages der DBD und des 13. Bauernkongresses der DDR im BV Rostock vom 8.10.1987, SAPMO BArch, DY vorl. SED, Nr. 36218, S. 4.

⁴⁸⁵ Vgl. z. B. Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Stadt vom 5.11.1988, ACDP 03-043-032/4, S. 2 oder LDP(D)-Informationsbericht Rostock-Stadt vom 3.8.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2 oder Information 13/87 des NDPD-KV Bad Doberan vom 19.6.1987, SAPMO BArch, DY/16 4535, S. 2.

⁴⁸⁶ Vgl. z. B. Protokoll der Sekretariatssitzung der LDP(D)-Wismar vom 6.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

⁴⁸⁷ Vgl. Kurzinformationen zu besonderen Ereignissen aus dem LDP(D)-KV Ribnitz-Damgarten vom 23.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

⁴⁸⁸ Vgl. z. B. Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer LDP(D)-Mitgliedsbücher, Berlin vom 29.10.1987, ADL, Bestand Beratungen des Sekretariats des Bezirksverbandes Rostock, Nr. 29094c, S. 4.

um die Motive zu hinterfragen. Darüber, dass die Ursachen auch in der DDR selbst zu suchen sind, war man sich bei der LDP(D) einig:⁴⁸⁹ So machte der Rostocker Landkreis eine unbefriedigende Wirtschaft, Starrheit und Bürokratie für die Zunahme der Ausreisen verantwortlich und forderte im Mai 1988 neue Reiseregelungen.⁴⁹⁰ Dagegen erkannte der DBD-Bezirksverband in den aufkommenden Ausreisebestrebungen nur das Ergebnis westlicher Propaganda⁴⁹¹ und auch der NDPD-Hauptausschuss führte die Ausreisebewegung auf die gezielte Anwerbung von Fachkräften durch die Bundesrepublik zurück,⁴⁹² obwohl auch viele NDPD-Mitglieder DDR-interne Probleme als Ursachen benannten.⁴⁹³

Die Ausreiseproblematik betraf auch Mitglieder der **CDU(D)**. So meldete der Bezirksvorsitzende Klemm Ende 1988 an Götting, dass die Anzahl der sogenannten „beeinflussbaren Abgänge“ durch Ausreise und Ausreiseanträge⁴⁹⁴ zu hoch sei und ergänzte: Die Mitglieder befürchten, dass diese trotz des Bleibeauftrages der Kirche wegen der schlechten Versorgungslage, medizinischen Betreuung und aus familiären Gründen weiter zunehmen werden.⁴⁹⁵

Ausreisegesuche kamen auch vor dem Jahr 1989 bereits aus allen Parteien, auffallend häufig waren es jedoch Mitglieder der NDPD. Bis zum Herbst 1988 stieg die Anzahl der Parteiverfahren wegen „Westdelikten“ so stark an, dass der Bearbeitungsaufwand zu groß wurde und nur noch

⁴⁸⁹ Vgl. z. B. Informationsbericht der LDP(D)-Bad Doberan vom 7.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

⁴⁹⁰ Vgl. Informationsbericht Rostock-Land vom 5.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

⁴⁹¹ Vgl. Abschlussbericht über die Durchführung der Jahresversammlungen in den Orts- und Wohngebietsgruppen vom 2.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 5.

⁴⁹² Für die BRD gehöre „das Anwerben zur Kultur des Kapitalismus, für den auch der Mensch eine Ware ist“. Ausführungen für die Beratung der Parteikontrollkommission mit den Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollkommission am 28.8.1988, SAPMO BArch, DY 16/5237, S. 16–17.

⁴⁹³ Als Ausreisegründe wurden von den NDPD-Mitgliedern dabei zumeist mangelnde Reisemöglichkeiten, fehlende Freiheit und eine empfundene Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Theorie und Praxis angegeben. Vgl. Entwicklung der Parteiverfahren seit dem 12. Parteitag (NDPD) bis 21.12.1986, SAPMO BArch, DY 16/3717, Anlage 4.

⁴⁹⁴ Das Stellen eines Ausreiseantrages wurde von allen Blockparteien als unvereinbar mit der staatstragenden Position der Parteien empfunden, weshalb der Ausschluss des Mitglieds erfolgte.

⁴⁹⁵ Vgl. Brief des BV Rostock an Götting vom 22.12.1988, ACDP 07-011-3421, S. 3.

die einfache Streichung der Mitgliedschaft erfolgte.⁴⁹⁶ Neben dem rein numerischen Anstieg war jedoch besonders schwerwiegend, dass auch der Anteil der gesellschaftlichen und politischen Funktionsträger deutlich zunahm.⁴⁹⁷ Neben einem Hauptausschussmitglied verließ so auch ein Rostocker Bezirksvorstandsmitglied die DDR im Herbst 1988 illegal.⁴⁹⁸

Im Dezember 1988 wurde tatsächlich eine Novellierung der Reisegesetzgebung erlassen. Diese bewerteten die Parteien differenziert. Die Neuerungen wurden wegen der Voraussetzung einer direkten Verwandtschaftsbeziehung zu dem zu Besuchenden parteiübergreifend mehrheitlich als weitere Einschränkung empfunden.⁴⁹⁹ So hätten Ehepaare zum Beispiel keine gemeinsame Besuchsreise antreten dürfen. Einige Funktionäre von LDP(D), CDU(D) und NDPD beklagten, dass einzelne Aspekte der bestehenden Reisebeschränkungen im Widerspruch zu dem KSZE-Schlussdokument von Januar 1989 stehen würden. Der Vorwurf, dass die Regierung in Wien „etwas anderes unterschrieben“ habe,⁵⁰⁰ kam daher Anfang 1989 aus mehreren Kreisverbänden.⁵⁰¹

Den Bad Doberaner NDPD-Kreissekretär veranlasste die permanente Rechtsunsicherheit und die Nachweispflicht einer direkten Verwandtschaft als Reiselegitimation zu der Äußerung: „Die staatlichen Organe stellen die Gesetze auf den Kopf: Es kann nicht sein, dass man wieder wie 1938 einen Stammbaum erstellt!“⁵⁰² Auch, wenn sich der Kreisfunktionär nach

⁴⁹⁶ Vgl. Protokoll der 3. Sitzung des Hauptausschuss (im Fußnotenapparat als HA abgekürzt) am 28.9.1988, SAPMO BArch, DY 16/5237.

⁴⁹⁷ Vgl. Zur Entwicklung der Parteiverfahren, Stand 31.10.1988 vom 22.11.1988, SAPMO BArch, DY 16/3765, S. 2.

⁴⁹⁸ Vgl. Protokoll der 33. Sitzung des Bezirksvorstands Rostock am 27.9.1988, SAPMO BArch, DY 16/5204, S. 3.

⁴⁹⁹ Das meldete z. B. die CDU(D) des KV Rostock-Land an den HV. Informationsbericht vom 15.1.1989, ACDP 07-011-3826. Ebenso: Protokoll der LDP(D)-Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr.33796 und Aktuelle Informationen der NDPD Nr. 59 vom 13.2.1989, SAPMO BArch, DY 16/424.

⁵⁰⁰ Z. B. Protokoll der LDP(D)-Sekretariatssitzung Wismar vom 6.2.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

⁵⁰¹ Vgl. ebenso Entwicklung der Parteiverfahren seit dem 12. Parteitag (NDPD) bis 21.12.1986, SAPMO BArch, DY 16/3717, Anlage 4 und Informationsbericht des CDU(D)-KV Greifswald an den BV für den Monat Februar vom 31.1.1989, ACDP 03-043-045/6, S. 2.

⁵⁰² Der Besuchsantrag seines Sohnes wurde ohne Begründung abgelehnt. Bericht an Pommerenke über den Kreissekretär Bad Doberans, SAPMO BArch, DY 16/5237.

der Androhung von beruflichen Konsequenzen für sein Verhalten entschuldigte, zeigt dieser Vorfall, welches Unzufriedenheitspotential sich auch bei den hauptamtlichen Mitarbeitern angestaut hatte und welche Disziplinierungsmaßnahmen der Bezirksvorstand nutzte.

Andererseits lobten alle Parteien die Begründungspflicht für Ablehnungen und deren verwaltungsrechtliche Nachprüfbarkeit als Schritt in Richtung Transparenz und Rechtssicherheit. Insgesamt schätzten die Liberaldemokraten die Tendenz der Reisefreizügigkeit aber eher pessimistisch ein: Mit zunehmender Unsicherheit über die Entwicklung im Ostblock rechneten sie mit weiteren Reiseeinschränkungen gen Osten,⁵⁰³ die tatsächlich im Sommer 1989 vorgenommen wurden. Als Reaktion auf die zunehmende Ausreisebewegung fragte die Grimmener LDP(D) vermutlich eher sarkastisch als naiv, wie die große Zahl der Ausreiseanträge zu erklären sei, wenn die BRD doch so sehr von sozialer Unsicherheit geprägt sei: „*Eigentlich müssten doch BRD-Bürger zunehmend in die DDR kommen!*“⁵⁰⁴

In der NDPD war man sich im Sommer 1989 weiterhin uneins, welche Ursachen für die Ausreisebestrebungen auszumachen sind. Einzelne Kreisvorstände hielten nach wie vor an der Brain-Drain-Theorie fest und forderten Ungarn zum Schließen ihrer Grenzen auf.⁵⁰⁵ Die Mehrheit der Mitglieder erkannte jedoch die in der DDR bestehenden Probleme und die beschönigende und realitätsferne Medienberichterstattung als Ursachen für die Republikflucht.⁵⁰⁶ Ähnlich wie einige NDPD-Funktionäre sahen aber auch manche DBD-Mitglieder stattdessen Ungarn in der Pflicht und fragten sogar, warum sich die DDR wegen des ungarischen Vertragsbruches nicht an die UNO wenden würde.⁵⁰⁷

⁵⁰³ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Rostock-Stadt vom 25.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803.

⁵⁰⁴ Informationsbericht Februar aus dem KV Grimmen, wohl Sommer 1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

⁵⁰⁵ Vgl. z. B. Sekretariat des Stralsunder KV am 19.9.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/106, Bl. 5.

⁵⁰⁶ Vgl. z. B. Mitteilung des KV Rügen am 3.9.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/104, Bl. 6.

⁵⁰⁷ Vgl. Information über die politisch-ideologische Situation in der DBD-Rostock vom 29.9.1989, BStU, MfS BV Rostock, HA XX/AKG, Nr. 5120, Bl. 8.

3.2.1.4. Informationspolitik: Aufbegehren gegen entmündigende Desinformation

Den diskutierten Problemen war die Kritik an der Informationspolitik der SED inhärent. Bei allen wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Fragen hatten die Mitglieder der Blockparteien das Gefühl, dass ihnen Informationen vorenthalten, diese manipuliert oder einseitig dargestellt würden. Übergreifende Kritikpunkte waren, dass die DDR-Medien zu spät und zu zaghaft berichteten und sie damit der Nutzung von BRD-Medien Vorschub leisten,⁵⁰⁸ sie nur selektiv und nach politischem Ermessen berichten⁵⁰⁹ und die DDR-Presse sich durch die wahrgenommene Diskrepanz zwischen Bericht und Realität insgesamt unglaubwürdig machen würde.⁵¹⁰ Auch der Verdacht der Pressezensur wurde in CDU(D) und NDPD deutlich artikuliert.⁵¹¹ Insgesamt gehe die „Medienpolitik am Leben vorbei“. ⁵¹² Obwohl die Mitglieder aller Parteien sich grundlegend einig in ihrer Einschätzung waren, war die Kritik an der Informationspolitik bei der LDP(D) am stärksten ausgeprägt.

In ökonomischen Fragen krankte die SED-Informationspolitik nach Meinung der Mitglieder aller Parteien an permanenter Unehrlichkeit, die sich sowohl als Verschweigen von bekannten Tatsachen⁵¹³ als auch in

⁵⁰⁸ Vgl. Informationsbericht des LDP(D)-KV Rügen vom 12.5.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33828, S. 2.

⁵⁰⁹ So zum Beispiel beschwerte sich die LDP(D)-Rostock-Land darüber, dass über die „Ereignisse und neuen Wege im führenden Land des sozialistischen Lagers“ unzureichend berichtet würde. Informationsbericht Dezember 1986 des KV Rostock-Land vom 4.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845. Oder: „Das hat nichts mit freier, objektiver Berichterstattung zu tun!“, Informationsbericht KV Rügen vom 31.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33828.

⁵¹⁰ „An die Erfolgsmeldungen in unseren Zeitungen glauben sie (die Bürger, Anm. L.G.) nicht mehr.“ Informationsbericht des LDP(D)-KV Rostock-Land vom 4.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2. Ähnlich: Informationsbericht des CDU(D)-KV Greifswald an den HV vom 23.11.1987, ACDP 07-011-6434, S. 2 sowie NDPD-Information Nr. 3/88 vom 1.2.1988, SAPMO BArch, DY 16/3469, S. 3 und DBD-Information 9/88 vom 25.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 4.

⁵¹¹ Vgl. Informationsbericht der CDU(D) zum 5.10.1988 aus dem KV Wismar, ACDP 03-042-032/1, S. 2 und z. B. Informationsbericht der NDPD 9/88 vom 25.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 4.

⁵¹² NDPD-Bericht zur ideologischen Situation in der Mitgliedschaft vom 14.9.1988, SAPMO BArch, DY16/1276, S. 3.

⁵¹³ So kritisierte z. B. der LDP(D)-KV Wolgast, dass das Arbeitskräfteproblem nicht dadurch verschwinden würde, dass man „die Kollegen verpflichtet, nach

Form von intransparenten und geschönten Bilanzen und Statistiken manifestierte.⁵¹⁴ Statt der permanenten Schönfärberei forderten die LDP(D)-Mitglieder aller Rostocker Kreisverbände und auch der Bezirksverband offene Mängeldiskussionen⁵¹⁵ und eine realitätsnahe Berichterstattung über Versorgungsprobleme, Planrückstände und Wirtschaftshemmnisse. Was der Kreisverband Wismar im August 1987 noch als Frage formulierte,⁵¹⁶ wurde im November zur resignierten Feststellung: „Wir lügen uns so lange in die eigene Tasche, bis wir keinen Ausweg mehr finden.“⁵¹⁷ Die aufgrund der Alltagserfahrungen geäußerten Zweifel an den veröffentlichten Plänen und Bilanzen nahmen bis 1989 weiterhin zu und wurden von der permanenten Forderung nach mehr Offenheit und Ehrlichkeit begleitet. Dies würde nicht nur das Vertrauen der Bürger in die DDR erhöhen,⁵¹⁸ sondern sei auch die Voraussetzung für die Behebung der Missstände.⁵¹⁹ Im Gegensatz zu den NDPD-⁵²⁰ und DBD-Bezirksvorsitzenden hielten sich die CDU(D)- und LDP(D)-Bezirksebene nicht mit eigener Kritik zurück: So schätzte Klemm in einer Information an den CDU(D)-Hauptvorstand ein, dass „kritische Meinungsäußerungen die positive Weiterentwicklung befördern“ würden.⁵²¹

In allen Äußerungen zu Produktions- und Versorgungsfragen kritisierten die Blockparteimitglieder die festgestellte Diskrepanz zwischen Be-

außen nicht darüber zu sprechen“. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 28.4.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807, S. 3.

⁵¹⁴ Vgl. z. B. Protokoll der Sekretariatssitzung des LDP(D)-KV Wismar vom 6.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

⁵¹⁵ Vgl. z. B. Bericht April/Mai 1987 des LDP(D)-BV an den ZV vom 14.5.1987, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

⁵¹⁶ „Lügen wir uns mit den veröffentlichten Planstatistiken nicht in die eigene Tasche?“, Informationsbericht LDP(D)-KV Wismar vom 8.8.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

⁵¹⁷ Informationsbericht LDP(D)-KV Wismar vom 6.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

⁵¹⁸ Vgl. Zwischenbericht der Jahreshauptversammlung BV Rostock vom 30.1.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

⁵¹⁹ Vgl. Begrüßungsrede zur Eröffnung der LDP(D)-Jahreshauptversammlung BV Rostock vom 30.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33771, S. 4.

⁵²⁰ Pommerenke wurde mehrfach von Mitgliedern auf deren Kritik an der SED-Medienpolitik hingewiesen. Z. B. Protokoll der erweiterten Sitzung des KV Rügen vom 20.10.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/104, Bl. 60.

⁵²¹ Informationsbericht zum 15.11.1988 vom 9.11.1988 vom CDU(D)-BV an den HV, ACDP 03-043-038/1, S. 13. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 69.

richt und Realität⁵²² und fragten: „Warum sollen Erfolgsmeldungen die Realitäten, mit denen jeder Bürger konfrontiert wird, überspielen?“⁵²³ Diese permanente Erfolgspropaganda verschlimmere die Unzufriedenheit der Bevölkerung nur, denn sie „untergräbt Vertrauen, fördert Resignation und macht auch für Gerüchte anfällig“, schätzten die CDU(D)-Mitglieder ein.⁵²⁴ Das daraus resultierende Misstrauen führte soweit, dass parteiübergreifend häufig westliche Medien konsultiert wurden, um Informationen über volkswirtschaftliche oder außenpolitische Belange zu bekommen,⁵²⁵ weil den im ND veröffentlichten Statistiken kaum noch Glauben geschenkt wurde.⁵²⁶ Ihr unbefriedigtes Informationsbedürfnis stillten auch die Mitglieder der DBD über alternative Nachrichtenkanäle, sodass hier festgestellt wurde, dass „die Behandlung der Themen ideologischen Einflüssen westlicher Medien, aber auch durch Argumente und Ereignisse in den sozialistischen Bruderstaaten belastet war.“⁵²⁷ Von den parteieigenen Medien und der parteiinternen Informationspolitik⁵²⁸ wurde ebenfalls eine authentische Berichterstattung gefordert.

In innenpolitischen Fragen fühlten sich die Mitglieder gleichfalls nicht umfassend informiert: So fragte die Wismarer DBD anlässlich des Vorfalls in der Berliner Zionskirche Ende 1987: „Ist es richtig, nichts weiter zur Frage Kirche-Staat und den Vorkommnissen der letzten Wochen zu sagen?“⁵²⁹ Briefwechsel würden nur einseitig veröffentlicht, Reden westlicher

⁵²² Vgl. z. B. DBD-Informationsbericht 9/88 vom 25.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 4.

⁵²³ DBD-Informationsbericht an den Parteivorstand 23/89 vom 13.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

⁵²⁴ Informationsbericht des CDU(D)-KV Greifswald an den HV vom 23.11.1987, ACDP 07-011-6434, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 68.

⁵²⁵ Vgl. Informationsbericht des CDU(D)-KV Greifswald an den HV vom 10.2.1988, ACDP 07-011-6434.

⁵²⁶ Vgl. Informationsbericht aus dem CDU(D)-KV Grevesmühlen vom 1.7.1988, ACDP 03-043-33/3.

⁵²⁷ Abschlusseinschätzung über die Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Parteivorsandes über die politische Bildungsarbeit im Parteischulungsjahr 1988 und in den Lehrplänen der Kreisschulen der DBD vom 5.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 2.

⁵²⁸ Vgl. Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung der NDPD-Grundeinheit Hansaviertel II am 17.11.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/89, Bl. 10 oder u. a. DBD-Informationsbericht an den Parteivorstand 24/89 vom 18.4.1989, SAPMO BArch DY 60/2902, S. 2.

⁵²⁹ Ein Bericht des ZDF über den Vorfall in Berlin hatte auch auf eine Verbindung nach Wismar hingewiesen, über die der DBD-KV informiert werden wollte. Bericht des KV Wismar vom 4.12.1987, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 3.

Staatsgäste z.T. überhaupt nicht abgedruckt, die Aussagen über andere sozialistische Länder widersprächen den eigenen Erfahrungen und Informationen würden generell nur spärlich weitergegeben, „weil sie für einige Funktionäre nicht angenehm sind“,⁵³⁰ kritisierten die LDPD-Mitglieder.

Darunter litt auch das Ansehen der SED: Angesichts der Diskrepanz zwischen Realität und Bericht wurden auch die Aussagen der 3. und 4. ZK-Tagung der SED als zu unkritisch eingeschätzt.⁵³¹ Insbesondere die Liberaldemokraten sahen in authentischen Informationen auch eine Voraussetzung für politische Teilhabe und kritisierten die fehlende Informationsabfrage durch die SED-Funktionäre⁵³² und die fehlende Information über kommunale Entscheidungen, die das Mitspracherecht der Bürger massiv einschränkten.⁵³³ „Wird von den zuständigen Stellen immer noch nicht begriffen (...), dass mangelnde und fehlende Information mehr schadet, als wenn exakt informiert würde?“, fragte die LDP(D)-Bad Doberan im Frühjahr 1988.⁵³⁴

Im Laufe des Jahres 1988 nahmen internationale Themen und die Entwicklung des Ostblocks einen zunehmend größeren Raum ein und warfen Fragen auf, die sich die DBD-Parteimitglieder auch nicht unter Zuhilfenahme der Medienberichte beantworten konnten. So fiel es vielen schwer, das aufkommende Nationalitätenproblem in der Sowjetunion zu verstehen, da den DDR-Bürgern „jahrelang die heile Welt der Harmonie und des Zusammenlebens der Völker in der SU vermittelt wurde“.⁵³⁵ Sowohl das gewachsene kritische Potential als auch das abnehmende politische Engagement der Mitglieder führten insbesondere bei DBD und NDPD zu einer spürbaren Entfremdung zwischen Mitgliedern und Parteiapparat, die sich im Hinterfragen und Ablehnen der Anleitungs- und Schulungs-

⁵³⁰ Informationsbericht LDP(D)-Rügen vom 7.7.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813.

⁵³¹ Zur 3. ZK-Tagung: Protokoll der Sekretariatssitzung des LDP(D)-KV Rügen vom 24.11.1986, AdL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2 und zur 4. ZK-Tagung: Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 8.7.1987, AdL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

⁵³² Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung LDP(D)-Wolgast vom 28.4.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807, S. 3.

⁵³³ Z. B. Informationsbericht LDP(D)-Greifswald vom 5.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

⁵³⁴ Informationsbericht der LDP(D)-Bad Doberan vom 7.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

⁵³⁵ Zwischenbericht der LDP(D)-Jahreshauptversammlung vom 30.1.1989, ADL, Bestand Abt. Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

tätigkeit manifestierte. So wurde im April 1989 berichtet, dass „die *Erkennungschaften des Sozialismus zum Teil unter Bezugnahme auf außersozialistische Staaten unterbewertet werden*“ und nicht alle Fragen zur Wirtschaftspolitik beantwortet werden konnten. Selbst erfahrenen Seminarleitern würden „*Stellungnahmen zu Entwicklungsproblemen in sozialistischen Ländern (...) Schwierigkeiten*“ bereiten.⁵³⁶

Bei der LDP(D) waren sich die Mitglieder und Bezirksfunktionäre dagegen darin einig, dass eine transparente und umfassende Informationspolitik eine Grundvoraussetzung für demokratische Teilhabe sei⁵³⁷ und schlussfolgerten, dass die DDR „*eine Informationspolitik, die der politischen Bildung, der Würde und dem staatsbürgerlichen Bewusstsein angemessen ist*“ brauche.⁵³⁸ Da sich aber keine SED-geleitete Richtungsänderung abzeichnete, sahen die Absolventen der Bezirksparteischule die LDP(D) in der Pflicht: „*Wann wird die LDP(D) die Medienpolitik verändern?*“⁵³⁹

3.2.1.5. *Sputnik*-Streichung: von wem nun "Siegen lernen"?

Am 27. November 1988 strich das Postministerium die deutschsprachige Ausgabe der beliebten sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* auf Geheiß der SED von der Vertriebsliste, was de facto einem Verbot gleichkam. Hintergrund war die öffentliche und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus innerhalb der Sowjetunion: Artikel über die Verbrechen Stalins oder ein kritisches Hinterfragen der Rolle der KPD für den Aufstieg Hitlers leisteten aus der Sicht der SED einer möglichen Diskreditierung der Sozialismus Vorschub und waren damit staatsfeindlich. Auch sowjetische Filme, deren Ausstrahlung bereits angekündigt war, wurden verboten.⁵⁴⁰ Das Verbot ist als Distanzierung vom Reformkurs Gorbatschows zu verstehen und führte daher häufig zu der Frage, was die Massenorganisation *Deutsch-Sowjetische Freundschaft* angesichts dieser rüden Abkehr noch wert sei. Die Parole „*Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen!*“ war hinfällig geworden. Besonders deutlich sprachen sich die Angehörigen der Universitäten Rostock und

⁵³⁶ DBD-Informationsbericht über die Parteiarbeit im Monat März des BV Rostock vom 10.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 11.

⁵³⁷ Rede des LDP(D)-Bezirksvorsitzenden Krüger am 11.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 2.

⁵³⁸ Referat des LDP(D)-Bezirksvorsitzenden Krüger auf der Bezirksvorstandssitzung am 26.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 9.

⁵³⁹ Auswertung der LDP(D)-Bezirksparteischullehrgänge 1988/1989 vom 5.7.1989, ADL, Bestand ZV-Abteilung Schulungen, S. 3.

⁵⁴⁰ Vgl. Langer, *Ihr sollt wissen*, S. 93.

Greifswald und andere Angehörige der „Intelligenz“ aus: Sie fühlten sich *„entmündigt und mit Misstrauen behandelt“*.⁵⁴¹ Auch die SED-Parteileitung der Universität Rostock erklärte, sie stimme der Maßnahme nicht zu, trüge sie aber bis zu ihrer Korrektur mit.⁵⁴² Dies blieb nicht die einzige Reaktion aus den Reihen der SED: Innerhalb des Rostocker Bezirksverbandes wurden elf Parteistrafen aufgrund von Protesten gegen das *Sputnik*-Verbot verhängt. 75 % aller Anti-Verbots-Eingaben kamen von SED-Mitgliedern.⁵⁴³

Protest gab es auch aus den Reihen der Blockparteien, am deutlichsten jedoch von der **LDP(D)**. Gerade weil das Magazin häufig für seine offene und kritische Berichterstattung gelobt wurde,⁵⁴⁴ erschien den LDP(D)-Mitgliedern der restaurative Kurs der DDR-Regierung in diesem Fall besonders deutlich.⁵⁴⁵ *„Der Klassenfeind steht jetzt östlich der DDR“*, kommentierte der Rostocker Stadtkreis spöttisch.⁵⁴⁶ Von Entmündigung, Zensur, Bevormundung, Übertreibung und Betrug⁵⁴⁷ sprachen die Mitglieder ebenso wie von mangelndem Vertrauen, einem Bruch des KSZE-Abkommens und einem Rückfall in den Kalten Krieg.⁵⁴⁸ Man hätte die Artikel zum Anlass für Diskussionen und eine wissenschaftliche Aufarbeitung nutzen müssen, statt sie einfach zu verbieten,⁵⁴⁹ so der nahezu einhellige Tenor. Auch die Bad Doberaner berichteten von Resignation, Enttäuschung, Verbitterung und Erbostheit und fragten: *„Will man uns nach wie vor in der Geschichtswissenschaft belügen?“*⁵⁵⁰ Angekündigte Ämterniederlegungen und Austritte bislang sehr engagierter Mitglieder

⁵⁴¹ Information 126/88 vom 23.11.1988, in: BStU, Ast. Rostock, UUA 724, Bl. 42ff.

⁵⁴² Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 94.

⁵⁴³ Lindner, Demokratische Revolution, S. 18.

⁵⁴⁴ Z. B. Informationsbericht LDP(D)-Wolgast vom 9.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

⁵⁴⁵ *„Wird nun alles mit Berichten zur Umgestaltung gestrichen?“*, Informationsbericht LDP(D)-Greifswald vom 1.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

⁵⁴⁶ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

⁵⁴⁷ Z. B. Informationsbericht für den Monat Oktober aus dem KV Rostock-Land, vermutlich Anf. November 1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

⁵⁴⁸ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 7.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

⁵⁴⁹ Informationsbericht Bad Doberan vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 1–2.

⁵⁵⁰ Zwischeninformation Bad Doberan vom 23.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

begleiteten den Protest.⁵⁵¹ Es wurden auch Fragen zur Beteiligung und Positionierung der LDP(D) zu den Vorgängen gestellt.⁵⁵² Die Erkenntnis, dass „auch die LDP(D) nichts ändern kann“⁵⁵³ beförderte Resignation und Parteiaustritte. Einzig der Kreisverband Stralsund nahm wieder eine Sonderstellung ein: Hier wurde die Entscheidung als konsequente Verteidigung der Freundschaft mit der SU gegen unsachliche Polemik gelobt.⁵⁵⁴

Mit Rudolph Schulze stand dem zuständigen Ministerium für Post- und Fernmeldewesen ein **CDU(D)**-Mitglied vor. Die Meinungsäußerungen innerhalb seiner Partei reichten von Missfallen über Befremden bis hin zu Unverständnis, blieben – abgesehen von mehreren Austritten aus der *Deutsch-Sowjetischen Freundschaft* – insgesamt aber verhaltener. Wie auch bei der LDP(D) beteiligte sich der Stralsunder CDU(D)-Kreisverband nicht an dem allgemeinen Protest und gab nur die offizielle SED-Erklärung wieder.⁵⁵⁵ Dagegen sprachen beide Rostocker Kreise und Wolgast von direkter Informationslenkung,⁵⁵⁶ einer Maßnahme, die dem Vorwurf der Zensur in die Hände spielen würde⁵⁵⁷ und erkannten Parallelen zum Verbot sowjetischer Filme.⁵⁵⁸ Der Vorsitzende des Kreisverbandes Rostock-Land soll laut MfS-Bericht wegen dieses „beschämenden“ Ereignisses sogar den Rücktritt Honeckers „und seiner Mannschaft“ ge-

⁵⁵¹ Vgl. Informationsbericht Grimmen vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, Informationsbericht Wismar vom 8.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock Nr. 33787, S. 2 und Informationsbericht Bad Doberan vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 1–2.

⁵⁵² Vgl. Informationsbericht November/Dezember des BV an den ZV vom 14.12.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

⁵⁵³ Informationsbericht Dezember/Januar des BV an den ZV vom 19.1.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

⁵⁵⁴ Vgl. Informationsbericht Stralsund vom 5.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2. Ebenso äußern sich die Stralsunder Werftarbeiter. Informationsbericht vom 5.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

⁵⁵⁵ Sowohl in der Kreissekretariatssitzung am 31.10.1988 als auch im Protokoll der Kreisvorstandssitzung am 7.12.1988, ACDP 03-043-041/1 und ACDP 03-043-041/5, S. 2.

⁵⁵⁶ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast zum 5.12.1988, ACDP 03-043-033/1.

⁵⁵⁷ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.12.1988, ACDP 03-043-033/5.

⁵⁵⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.12.1988, ACDP 03-043-032/4.

fordert haben.⁵⁵⁹ Bei aller Kritik an dem Verbot darf man aber nicht die Argumentationslogik vernachlässigen: So begründete zum Beispiel eben dieser Vorsitzende seine Entrüstung damit, „dass unsere durch die sozialistische Schule gegangenen Menschen nicht durch die Darstellung der Person Stalins im Sputnik negativ beeinflusst werden“⁵⁶⁰ und auch Ribnitz-Damgarten forderte, dass „dem Leser soviel (sic!) Reife zugetraut werden [sollte], dass er die betreffenden Artikel selbst als schädlich verurteilen kann“.⁵⁶¹ Schwer zu beurteilen ist jedoch die Frage, ob diese demonstrierte Ideologiefestigkeit möglicherweise nur Camouflage war, um den Protest zu legitimieren.

Auch bei der **NDPD** sorgte die Streichung des *Sputnik* für große Aufregung. Abgesehen von Einzelstimmen, die die Streichung mit den offiziellen Argumenten befürworteten,⁵⁶² wurde diese Maßnahme von der absoluten Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre bis in die Bezirksebene hinein mit Entrüstung, Enttäuschung und Verbitterung zur Kenntnis genommen.⁵⁶³ „Wir haben nichts gegen den sozialistischen Staat, aber gegen die Art und Weise des Umgangs mit den Bürgern“, wurde die verschlechterte Beziehung der NDPD-Mitglieder zur DDR kommentiert.⁵⁶⁴ Im Gegensatz zu Homann und dem Sekretariat des Parteivorstands (kurz: PV) sprach sich mit dem Leiter der Zentralen Parteischule auch ein prominenter Vertreter der Parteileitung deutlich gegen das als Entmündigung empfundene Vorgehen aus.⁵⁶⁵

Bei der **DBD** wurde die Streichung des *Sputnik* nur selten thematisiert. Möglicherweise waren die DBD-Mitglieder aber auch weniger von der Maßnahme betroffen, weil sie nicht zu dem üblichen Leserkreis gehörten. Neben Einwänden, dass eine Kommentierung der Artikel auch zielführend gewesen wäre, gab es auch Hinweise, dass man durch das Ver-

⁵⁵⁹ Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15.3.1989, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 26.

⁵⁶⁰ Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.12.1988, ACDP 03-043-033/5. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 70.

⁵⁶¹ Informationsbericht IV/1988 vom 21.12.1988 an den HV, ACDP 03-043-033/6, S. 3.

⁵⁶² Vgl. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 53 vom 5.12.1988, S. 7.

⁵⁶³ Vgl. diverse Zuschriften von Mitgliedern, SAPMO DY 16/780.

⁵⁶⁴ Bericht über die Jahresmitgliederversammlung Ahlbeck/KV Wolgast vom 30.1.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1768, Bl. 8.

⁵⁶⁵ Vgl. Information über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23.12.1988, BStU, MfS, HA XX, Nr. 6632, Bl. 53.

bot dem „Feind das Feld überlasse“.⁵⁶⁶ Besorgt fragten aber auch die DBD-Mitglieder, „ob nun damit zu rechnen sei, dass auch andere russische Zeitungen gestrichen werden?“⁵⁶⁷

Im Zuge der Wende beschloss das 9. Plenum des ZK, den *Sputnik* ab dem 20. Oktober 1989 wieder in die Postzeitungsliste aufzunehmen.⁵⁶⁸

3.2.1.6. Sozialistische Demokratie: Ursache für Resignation und Emanzipation

Den Abschluss der Untersuchung der DDR-internen Problemfelder bildet die Einschätzung der Blockparteien über den allgemeinen Zustand der sozialistischen Demokratie. Klagen über die Geringschätzung der Arbeit der Blockparteien durch staatliche Institutionen, Betriebe oder Bürger⁵⁶⁹ gab es bereits vor dem Jahr 1987,⁵⁷⁰ ebenso einzelne kritische Nachfragen und Meinungen zur Überbewertung der Auswirkung der Friedenspolitik auf die Zufriedenheit der Bevölkerung⁵⁷¹ und der überinszenierten Geschichtskultur.⁵⁷² Politisch relevante Unmutsäußerungen häuften sich aber erst ab Ende 1987.

⁵⁶⁶ Informationsbericht an den Parteivorstand 56/88 vom 25.11.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

⁵⁶⁷ Ebd.

⁵⁶⁸ Vgl. Niederschrift des Gesprächs von Egon Krenz, Generalsekretär der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Michael Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 1. November 1989 in Moskau, abgedruckt in: Stephan, G.-R./Küchenmeister, D. (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 202.

⁵⁶⁹ „Zweifel an der Nützlichkeit der LDP(D) bestehen weniger bei Mitgliedern als bei Außenstehenden“. Berichterstattung des KV Rügen vor dem Sekretariat des BV in Vorbereitung der Komplexberichterstattung des BV vor dem Sekretariat des ZV vom 13.3.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33828, S. 3.

⁵⁷⁰ Vgl. z. B. Vorlage für die Sitzung des LDP(D)-Sekretariats des ZV am 15.4.1986: Bericht des BV Rostock zum Stand der Erfüllungen des Beschlusses des 13. Parteitags, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, Nr. L8-1608, S. 5.

⁵⁷¹ Vgl. Auswertung des LDP(D)-Bezirksparteischullehrgangs 1986/87 vom 13.7.1987, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 2.

⁵⁷² Anlässlich der Gedenkfeier für Liebknecht und Luxemburg fragten Mitglieder der LDP(D)-Rostock-Land: „Ist dieser Aufwand jedes Jahr nötig? Warum wird die Trauerfeier mit einer Ehrung unserer Regierung verbunden?“, Informationsbericht vom 13.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

Die Mitglieder der **CDU(D)** nahmen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre kritische Positionen zum Zustand der sozialistischen Demokratie ein. Die von ihrer Parteiführung proklamierte große Bedeutung der Partei für die politische Arbeit wurde von einigen Kreisfunktionären grundsätzlich in Frage gestellt.⁵⁷³ Ausgehend von Kritik an der Bevorzugung von Genossen in wirtschaftlichen Leitungspositionen,⁵⁷⁴ der Degradierung der Volksvertreter zu Mängelverwaltern⁵⁷⁵ und der Selbstgefälligkeit einiger gewählten kommunalen Volksvertreter⁵⁷⁶ wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1988 der Wunsch geäußert, dass die neuen Kandidaten für die Kommunalwahl eine bessere Volksvertretung bilden mögen.⁵⁷⁷ Gleichzeitig klagten die Kreisverbände aber auch, dass Mandate wegen starker Resignationserscheinungen niedergelegt würden und nicht neu zu besetzen seien. Es habe sich der Eindruck erhärtet, dass echte Mitarbeit nicht gewollt sei und die *„Aufgabe als Abgeordnete zum größten Teil nur aus Händeheben und Kopfnicken besteht“*.⁵⁷⁸ Im Vorfeld der Wahl ging die Frustration einzelner Mitglieder sogar soweit, den angekündigten Wahlverweigerungen gegenüber Sympathie zu äußern.⁵⁷⁹

Dem Vertrauensverlust in die Staats- und eigene Parteiführung wollten die Mitglieder im Februar 1989 noch durch den Abbau bürokratischer Willkür, eine bürgernahe Kommunalpolitik, eine authentische Informationspolitik und eine größere Profilierung der CDU(D) als christliche Verfechterin dieser Themen beikommen.⁵⁸⁰

⁵⁷³ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Wismar an den HV vom 1.12.1987, ACDP 07-011-6434, S. 2.

⁵⁷⁴ Vgl. Informationen des CDU(D)-Kreissekretariates Grimmen an den HV vom 15.1.1988, ACDP 07-011-4380.

⁵⁷⁵ Vgl. Informationen des CDU(D)-Kreissekretariates Greifswald vom 14.4.1988, ACDP 03-043-045/4, S. 2.

⁵⁷⁶ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Wolgast vom 19.5.1988, 03-043-045/5.

⁵⁷⁷ Vgl. Protokoll der CDU(D)-Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 2.6.1988, 03-043-045/5, S. 2.

⁵⁷⁸ Informationsbericht des KV Wolgast zum 5.11.1988, ACDP 03-043-033/1, S. 2. Gleichlautend ging diese Information am 10.11.1988 an den HV. Informationsbericht Wolgast für das IV. Quartal, ACDP 03-043-033/1. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 74.

⁵⁷⁹ Vgl. Protokoll der CDU(D)-Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten vom 4.5.1989, ACDP 03-043-033/6, S. 3.

⁵⁸⁰ Der Wunsch nach stärkerer Betonung des Christlichen wurde unter anderem im Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Stadt vom 5.2.1989 geäußert. ACDP 03-043-032/4, S. 3.

Auch der SED-Führung wurde die Unzufriedenheit in der CDU(D) bewusst: Der Wunsch nach einem größeren Mitspracherecht sei deutlich erkennbar, sozialismusfeindliche Ziele jedoch nicht.⁵⁸¹

Die Kritik der **Liberaldemokraten** war ebenso grundsätzlich wie die der CDU(D). Fragen nach der Wirkungsweise der Abgeordneten und der Ergebnisse der Parteiarbeit ließen bereits im November 1987 Forderungen nach der Einführung der Fraktionsarbeit auf allen politischen Ebenen aufkommen. Diese würde die Führungsrolle der SED nicht antasten und daher keine Gefahr darstellen, aber die Repräsentanz der LDP(D) und die Transparenz der Abgeordnetentätigkeit erhöhen. Ebenfalls würde so die Bevormundung der Volksvertreter durch den Rat der Stadt unterbunden werden.⁵⁸² Eine frühere Information und umfassende Einbeziehung der Abgeordneten in die Entscheidungsfindung könne dem drohenden Demokratieverlust zusätzlich entgegenwirken.⁵⁸³ Mit der entstehenden Diskussion über die Rolle der SED ging auch die Forderung nach einer stärkeren Profilierung der LDP(D) einher, die als Art „gesellschaftliches Regulativ“⁵⁸⁴ gesehen werden wollte. Auch bei der LDP(D) resultierte aus der erkannten „Laufburschentätigkeit“ der Volksvertreter für die örtlichen Organe⁵⁸⁵ Resignation und eine sinkende Bereitschaft zur Übernahme von politischer Verantwortung.⁵⁸⁶ Beides wirkte sich auf die Wahlvorbereitungen und die Anzahl der Parteiaustritte aus.⁵⁸⁷ Über das Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Regie-

⁵⁸¹ Vgl. AKG der Bezirksverwaltung Rostock (Hg.): Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock, Rostock 17.3.1989 und Bericht der Rostocker Auswertungs- und Kontrollgruppe vom 17.1.1989, BStU, Ast, Rostock, UUA 692, Bl. 189f.

⁵⁸² Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Stadt vom 5.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3–4.

⁵⁸³ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

⁵⁸⁴ Informationsbericht der LDP(D)-Rostock-Stadt vom 4.8.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

⁵⁸⁵ Ebd., S. 2.

⁵⁸⁶ Vgl. Protokoll der LDP(D)-Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 29.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796, S. 2. Zur „Flucht ins Private“: Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 4.7.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

⁵⁸⁷ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 6.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

rung insgesamt urteilte der Bezirksverband vielsagend, es müsse „erst an das in den Medien dargestellte Niveau herangeführt werden“.⁵⁸⁸

Trotz der offiziellen Treuebekundungen und der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der SED gab es auch bei der NDPD viele desillusionierte Stimmen zum Zustand der Demokratie in der DDR. Früher als in den offiziellen Parteiberichten lässt sich jedoch die Position der Mitglieder in den Berichten der Parteilehrgänge ablesen. Die Qualität der Diskussionen änderte sich ab April 1988 dahingehend, dass diese nicht mehr durch den Schulungsleiter beherrscht und in Einklang mit der Lehrmeinung gebracht werden konnten.⁵⁸⁹ Die aufkommenden „Unklarheiten und falsche Auffassungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Rolle der Partei unter Führung der SED“ seien zwar „grundlegend nichts Neues, aber eine gewisse Hartnäckigkeit ist hervorzuheben, mit der einige Teilnehmer zu solchen Problemen wie Gleichberechtigung unserer Partei etc. kritische Akzente in die Diskussion einbrachten“.⁵⁹⁰

Von „schwerwiegenden inhaltlichen Vorbehalten gegen den Lernstoff“, der der eigenen Erfahrung der „zum Teil uneinsichtigen“ Teilnehmer widersprach, wurde Ende 1988 ebenso berichtet wie von Diskussionen über die gesellschaftliche Rolle der NDPD, bei der „keine befriedigende Klärung möglich“ war.⁵⁹¹ Auf weiteren Wochenlehrgängen am Ende des Jahres 1988 wurden Ansatzpunkte für Glasnost und Perestroika in der DDR aufgezeigt, Vorbehalte gegenüber der SED vorgetragen, von negativen Erfahrungen als Reaktion auf die Mitgliedschaft in einer Blockpartei berichtet und eine größere Profilierung der Partei gefordert:⁵⁹² „Als NDPD sind wir nichts und können deshalb auch nichts ändern“, urteilten die Mitglieder im Januar 1989 desillusioniert.⁵⁹³ Ein ähnliches Urteil stellten sie der Abgeordnetentätigkeit aus: „Man erreicht doch nichts!“, daher sei es auch hier schwierig, neue Parteifreunde für die Übernahme von Äm-

⁵⁸⁸ Informationsbericht August/September des BV an den ZV vom 13.9.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

⁵⁸⁹ Vgl. Siehe z. B. Bericht über die NDPD-Wochenlehrgänge im zweiten Halbjahr 1987 vom 18.12.1987, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/34, Bl. 212.

⁵⁹⁰ Bericht über den NDPD-Monatslehrgang vom 11.4.-6.5.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/ 34, Bl. 41–42.

⁵⁹¹ Bericht über den NDPD-Monatslehrgang im November 1988 vom 30.11.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 163 und 167.

⁵⁹² Vgl. z. B. Bericht über den NDPD-Monatslehrgang vom 15.12.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/36, Bl. 155–156.

⁵⁹³ Bericht über die NDPD-Jahresmitgliederversammlung Ahlbeck/KV Wolgast vom 30.1.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1768, Bl. 8.

tern und Mandaten zu gewinnen.⁵⁹⁴ Sinkende Teilnehmerzahlen auf Parteiveranstaltungen, Austritte, Ämterniederlegungen und Resignation waren auch nach Einschätzung des MfS Folgen der als ungenügend empfundenen sozialistischen Demokratie.⁵⁹⁵ Hieran erkennt man, dass sich MfS und SED der Tatsache bewusst waren, dass die Blockparteien ihre Aufgabe nur erfüllen konnten, wenn sie in den Augen der Bevölkerung über einen gewissen Spiel- und Gestaltungsraum verfügten. Dieser wurde aus pragmatischen Gründen in Grenzen tatsächlich zugelassen oder zumindest inszeniert.

Im März 1989 zogen auch Teile des Bezirksvorstands nach und verkündeten, in der NDPD gäbe es keinen blinden Parteiegehorsam, sondern die Mitglieder sähen sich „*gern als stille und heimliche Opposition*“. Neben der Freundschaft zur SU habe die Unterstützung der Friedenspolitik der DDR Priorität, nicht die Anerkennung der Führungsrolle.⁵⁹⁶ Damit wird deutlich, dass Teile der NDPD-Mitgliedschaft die SED-Führungsrolle im März 1989 nicht mehr anerkannten.

Die kritische und zum Teil widerstrebende Tendenz der Parteilehrgänge setzte sich bis in den Sommer 1989 fort und gipfelte vorerst in Zweifeln an der Echtheit des offiziellen Wahlergebnisses, in deren Folge sich die Teilnehmer nur unter der Bedingung weiterer Demokratisierung für die Beibehaltung des politischen Systems der DDR aussprachen.⁵⁹⁷ Für die NDPD-Mitglieder stand also bereits vor dem Sommer 1989 nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Abkehr vom Sozialismus zur Disposition.

Eine vergleichbare Kritik an Mitwirkung und Partizipation der Bürger und Parteien wurde von der **DBD** zumindest offiziell nicht geäußert. Stattdessen hieß die altbekannte Antwort auf den sich anbahnenden Aufruhr im Jahr 1987 „*Die Werte und Vorzüge des Sozialismus, seine Ideale*

⁵⁹⁴ Bericht zur ideologischen Situation in der NDPD-Mitgliedschaft vom 14.9.1988, SAPMO BArch, DY 16/1276, S. 3.

⁵⁹⁵ Vgl. Information zur politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 29.9.1988, BStU, MfS, HA XX, Nr. 6632, Bl. 38 und Informationen über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23.12.88, BStU, MfS, HA XX 6632, Bl. 58.

⁵⁹⁶ Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15.3.1989, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 28.

⁵⁹⁷ Vgl. Bericht über den NDPD-Monatslehrgang im Mai 1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 186–191.

und Errungenschaften, müssen noch offensiver propagiert werden“.⁵⁹⁸ Erste zaghafte Anzeichen einer kritischen Distanz zum politischen System der DDR und dem eigenen Parteivorstand gab es dennoch: So war „die gesellschaftliche Breite der Mitverantwortung“ der DBD nicht nur unter den Mitgliedern, sondern auch unter den Funktionären „nicht eindeutig klar“ und auch hier lehnte ein Teil der Funktionäre das Argumentationsmaterial der Parteizentrale ab.⁵⁹⁹ Zwar wurde das Ergebnis der Kommunalwahl bei der DBD nicht angezweifelt, aber zumindest wurden die Wahlverweigerungen als Protestreaktion auf die Zustände in der DDR und als Ausdruck eines Konfliktes zwischen der Aufbaugeneration und der anspruchsvolleren jungen Generation verstanden. Diese Position wurde auch gegenüber dem Parteivorstand vertreten.⁶⁰⁰

3.2.2. Beziehung zur SED: von unterwürfiger Treue zu offener Feindschaft

Im Zentrum dieses Kapitels steht die Veränderung der Beziehung der Blockparteien zur SED in den späten 80er Jahren. Die direkten Anleitungs- und Koordinierungstätigkeit der SED, koordiniert und umgesetzt durch die ZK-Abteilung Befreundete Parteien sowie der Bezirksleitungen und ihrer Dienststellen in den Kreisen, wird im nächsten Kapitel ebenso gesondert thematisiert wie die offiziellen und inoffiziellen Kontakte des Ministerium für Staatssicherheit zu den Blockparteien.

3.2.2.1. Die CDU(D): Kritik auf allen Ebenen – außer vom Vorsitzenden

Während die CDU(D)-Parteiführung das freundschaftliche, vertrauensvolle und schöpferische Miteinander mit der SED bis weit in das Jahr 1989 pries, entwickelte sich an der Parteibasis bis hinauf zur Bezirksebene eine kritische Einstellung gegenüber der „Partei der Arbeiterklasse“:

⁵⁹⁸ Einschätzung der Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Parteivorstandes vom 14.7.1987 über die politische Bildungsarbeit im Parteischuljahr und in den Lehrgängen der Kreisschulen der DBD im Studienjahr 1987/88, SAPMO BArch, DY 60/4758, S. 2.

⁵⁹⁹ Bericht der Zentralen Parteischule der DBD in Borgheide über die Durchführung des 1. Lehrgangs für die Weiterbildung hauptamtlicher Funktionäre in der Zeit vom 12.1.–4.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/3480, S. 7.

⁶⁰⁰ So ein Mitglied auf der 7. Tagung des Parteivorstandes am 30.6.1989. SAPMO BArch, DY 60/332, S. 7. Mit dem Generationenkonflikt beschäftigt sich auch das Kapitel 4.8. *Akteursgruppen* dieser Arbeit.

Aus dem Oktober 1987 gibt es erste Äußerungen über die politische Inszenierung der Blockparteien durch die SED.⁶⁰¹ Auch der Bezirksvorstand pries das „freundschaftliche und vertrauensvolle Verhältnis“.⁶⁰² Bezüglich der Lösung kommunaler und bezirklicher Probleme schätzte er aber ein, „dass wir nur dann vorankommen, wenn von unserer Seite immer wieder nachgestoßen wird“⁶⁰³ und beklagte die zum Teil mangelnde Akzeptanz von CDU(D)-Mandatsträgern durch SED-Bürgermeister.⁶⁰⁴

Die Kreisverbände waren in ihrer Einschätzung der Zusammenarbeit mit der SED kritischer. Insbesondere der Kreis Wolgast fällt häufig durch prägnante Formulierungen auf, die der Bezirk wortwörtlich an den Hauptvorstand weiterleitete. So prangerte der Kreisvorsitzende an, dass „die Abgeordneten in den Gemeinden als Laufburschen“ angesehen, Beschlüsse der Ortsausschüsse durch übergeordnete Organe einfach aufgehoben würden⁶⁰⁵ und Ämter nicht besetzt werden können, weil die Abgeordnetentätigkeit als wirkungslos und höchst unbefriedigend eingeschätzt werde.⁶⁰⁶

Die beste Möglichkeit, den eigenen Einfluss zu vergrößern, sahen viele Kreisverbände in der Verbreiterung ihrer Mitgliederbasis. Dabei warb die CDU(D) auch Personen, die „der führenden Rolle der SED negativ gegenüber stehen.“⁶⁰⁷ Oder wie es ein Wolgaster Ortsgruppenvorsitzender

⁶⁰¹ Aus Greifswald wurde berichtet, dass es auf kirchlicher Seite die Einschätzung gäbe, mit der CDU(D) müsse man nicht sprechen, da sie nichts zu entscheiden habe. Wichtig erscheint der Nachsatz „Ich bin nicht sicher, ob die SED nicht selbst diesen Eindruck hat entstehen lassen.“ Brief eines kirchennahen Mitgliedes aus Greifswald vom 1.10.1987 an den HV, ACDP 07-010-4976.

⁶⁰² Informationsbericht des BV Rostock an Götting vom 24.10.1988, ACDP 07-011-3420, S. 6. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 81.

⁶⁰³ Informationsbericht des BV Rostock an Götting vom 19.2.1988, ACDP 07-011-3419, S. 3. Zitiert nach: Ebd.

⁶⁰⁴ Vgl. Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 2.11.1989, ACDP 07-011-4678, S. 2.

⁶⁰⁵ Gleichlautend wie im Informationsbericht des Kreises lautete die Weitergabe im Bericht zur politisch-ideologischen Arbeit des BV vom 15.9.1988, ACDP 03-043-038/1.

⁶⁰⁶ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast zum 5.11.1988, ACDP 03-043-033/1, S. 2.

⁶⁰⁷ Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere CDU und LDP(D), unter besonderer Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis dieser Parteien gegen die Politik der SED sowie Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 23.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 10, Bl. 146.

drastisch formulierte: „Die Stärke der CDU muß weiter wachsen. Wir kämpfen um jeden Platz im Kreis- und Bezirkstag. Die Leute sollen ruhig zur CDU kommen, denn hier können sie die Fresse aufmachen gegen die Bürokratenscheiße!“⁶⁰⁸

Konformer verhielten sich dagegen die Kreise Stralsund, Bad Doberan und Grevesmühlen. Letztere forderten angesichts des vorgezogenen SED-Parteitag sogar, den eigenen Parteitag ebenfalls zu verlegen, damit man die Vorgaben der SED direkter umsetzen könne.⁶⁰⁹ Ganz agitatorisch antwortete der Stralsunder Vorstand auf den Wunsch nach einer größeren Wirksamkeit der CDU(D) noch im März 1989: „Das Wirken der CDU(D) tritt umso erfolgreicher hervor, desto enger das Bündnis mit der Partei der Arbeiterklasse ist. Wenn die Führungsrolle der Arbeiterklasse wächst, wächst auch die Mitverantwortung der CDU“.⁶¹⁰

Im Gegensatz zu dieser konformen Haltung verfolgten die Kreise Wolgast und Rügen zu Beginn des Jahres 1989 geradezu einen Konfrontationskurs. Wolgast kam im Januar zu dem Schluss, dass die Aussagefähigkeit der Redebeiträge auf der siebten Tagung des ZK der SED gering sei, Realität und Berichterstattung eine große Diskrepanz aufweisen und inhaltslose Aussagen hochgespielt würden.⁶¹¹ Ebenfalls im Januar führte der Kreisverband Rügen gegen den Willen der SED-Kreisleitung eine Veranstaltung durch, auf der die eigenständige Wirkung der CDU(D) beworben wurde.⁶¹² Der Bezirksverband hielt weiterhin an seiner Position fest und zeigte sich loyal, äußerte aber zeitgleich auch Kritik an der mangelhaften Analyse der Missstände in der DDR.⁶¹³ Im Vorfeld der Kommunalwahl im Frühjahr 1989 stellte auch Stralsund kritische Nachfragen und forderte angesichts des Wegfalls einer einstigen CDU(D)-Bürgermeisterstelle: „Bei der nächsten Wahl müssen wir auf unser Recht bestehen!“⁶¹⁴ Ein ähnlicher Ton wurde auf der Jahreshauptversammlung

⁶⁰⁸ Ebd.

⁶⁰⁹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Grevesmühlen vom 3.2.1989, ACDP 03-043-033/3.

⁶¹⁰ Informationsbericht des KV Stralsund vom 2.3.1989, ACDP 03-043-033/2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 81.

⁶¹¹ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast vom 5.1.1989, ACDP 03-043-033/1.

⁶¹² Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.1.1989, ACDP 03-043-032/5, S. 2.

⁶¹³ Vgl. Informationsbericht des BV Rostock an den HV zum 15.12.1988, ACDP 03-043-038/1, S. 3.

⁶¹⁴ Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 10.4.1989, ACDP 03-043-041/1. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 81.

Ende April angeschlagen, als diskutiert wurde, warum der Wahlvorstand nur aus SED-Mitgliedern besteht.⁶¹⁵

Die zunehmend kritische Stimmung in der CDU(D) bemerkten auch MfS und SED. So beklagten die Greifswalder Unionsmitglieder, dass das Wahlverhalten einzelner Mitglieder besonders stark beobachtet wurde.⁶¹⁶ Die auch in der CDU(D) vertretenen Nichtwähler sollten nach Ansicht der SED als Art Säuberung direkt nach den Wahlen ausgeschlossen werden.⁶¹⁷ Mit der Fälschung der Kommunalwahl tat die SED-Führung das Ihrige, um die Hoffnungen der CDU(D)-Mitglieder auf Reformen in der DDR zunichte zu machen. Bereits unmittelbar nach der Wahl kamen erste skeptische Stimmen auf, die die Glaubwürdigkeit des offiziellen Wahlergebnisses anzweifelten⁶¹⁸ und nach den rechtlichen Grundlagen und Hintergründen fragten. Der Kreis Wismar forderte am 5.6.1989 als erster, ein neues Wahlgesetz für die kommende Kommunalwahl zu erarbeiten, andere Kreise folgten.⁶¹⁹

Die Äußerungen gegen die SED nahmen im Juli zu. So stellte die CDU(D)-Grimmen frustriert fest: „Auf der unteren Ebene ist die Mitarbeit oft auch nicht gefragt.“⁶²⁰ Während der Kreis Stralsund auch Mitte September noch eng an der Seite der SED stand, war der Sommer und frühe Herbst 1989 in den meisten Kreisen von einem stetigen Emanzipationsprozess gekennzeichnet, nachdem die SED Reformen weiterhin ablehnte.⁶²¹

⁶¹⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund für den Monat April vom 26.5.1989, ACDP, 03-043-032/2, S. 5.

⁶¹⁶ Vgl. Informationsbericht Greifswald für den Monat Juli vom 1.6.1989, ACDP 03-043-045/6, S. 2–4.

⁶¹⁷ Vgl. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten an den HV vom 5.7.1989. ACDP 03-043-033/4.

⁶¹⁸ So äußerten Mitglieder der CDU(D)-Grimmen Zweifel daran, dass ihr KV nach offiziellen Angaben das zweitbeste Wahlergebnis in der Republik haben soll. Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 12.5.1989, ACDP 03-043-045/1. Ebenso Protokoll der Kreissekretariatssitzung Greifswald vom 24.5.1989, ACDP 03-043-045/5, S. 2.

⁶¹⁹ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Wismar vom 5.6.1989, ACDP 03-043-032/1.

⁶²⁰ Informationen des KV Grimmen vom 5.7.1989, ACDP 03-043-033/4, S. 3. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 81.

⁶²¹ Dass diese nicht notwendig sei, äußerte z. B. auch die Stralsunder SED-Kreissekretärin Elli Wagner gegenüber dem CDU(D)-Kreissekretär. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 28.8.1989, ACDP 03-043-041/1.

Den Rufen nach einer stärkeren Wahrnehmung der eigenen Mitverantwortung⁶²² stand auch Anfang Oktober noch das alte Denken der Parteiführung gegenüber. Zwar wurde die Übertragung der Staatsführung an Egon Krenz Ende Oktober auch an der Basis weitgehend gutgeheißen, doch die als anbiedernd empfundene Rede des Fraktions- und stellvertretenden Parteivorsitzenden Heyl und die Lobpreisung Krenz' als glänzende Reformhoffnung wurde scharf angegriffen.⁶²³ Was die CDU(D)-Mitglieder nicht wussten: Auch innerhalb der Volkskammerfraktion gab es große Vorbehalte gegenüber Krenz und der Beibehaltung der Ämterfülle. So berichtet der als IM tätige CDU(D)-Minister für Post- und Fernmeldewesen, die Mehrheit der Fraktion habe Gerlach zum Staatsratsvorsitzenden und Marcus Wolf zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates wählen wollen, bevor er die Abgeordneten in einem „leidenschaftlichen“ Plädoyer für Krenz von ihrem Vorhaben abbringen konnte.⁶²⁴

Das bereits bestehende Misstrauen der CDU(D)-Basis gegenüber der SED wurde durch die nicht-öffentliche Regierungsansprache von Krenz und die Tatsache, dass er wie schon bereits Honecker die Ämter des Parteivorsitzenden, Staatsratsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates in Personalunion innehatte, bestärkt.⁶²⁵ Bis einschließlich Oktober richtete sich der Profilierungswunsch der CDU(D) dennoch mehrheitlich auf die konstruktiv-kritische Zusammenarbeit mit der SED – mit dem Ziel, den DDR-Sozialismus zu reformieren. Während jedoch einzelne Mitglieder Anfang Oktober die Ausgestaltung der Führungsrolle der SED kritisierten,⁶²⁶ stand für den Bezirksverband auch noch am Monatsende fest, dass es den Blockparteien gestattet sein muss „unter der Führungsrolle der SED einen eigenen Beitrag“ zu leisten. Rückblickend räumte der Bezirksvorsitzende Klemm gegenüber Götting

⁶²² Vgl. Informationsbericht des KV Grevesmühlen vom 3.10.1989, ACDP 03-043-033/3. S. 2.

⁶²³ Vgl. Brief aus Greifswald vom 24.10.1989 und Heyls Antwort vom 3.11.1989 beide aus ACDP 07-010-3511.

⁶²⁴ Vgl. Persönliche Information des Ministers für Post- und Fernmeldewesen vom 1.11.1989, BStU, MfS, HA XX, Nr. 4836, Bl. 39.

⁶²⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.11.1989, ACDP 03-043-033/5.

⁶²⁶ Vgl. z. B. Eingabe des Ortsgruppenvorsitzenden Poel, KV Wismar vom 10.10.1989, ACDP 07-010-3369. Diese richtet sich jedoch nur gegen die Art und Weise der Gestaltung der Führungsrolle und fordert eine Rückkehr zum Sozialismus „wie die Klassiker ihn lehrten“.

jedoch ein: „Du weißt selbst, wie unterschiedlich die Zusammenarbeit mit den Genossen gewesen ist.“⁶²⁷

Bis November wurden die Zweifel der Mitglieder an der grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft der SED größer,⁶²⁸ was dazu führte, dass die Mitglieder mit der praktizierten Führungsrolle der SED nicht länger einverstanden waren. Vereinzelt forderten einige von ihnen, die Führungsrolle aus den Parteistatuten zu entfernen.⁶²⁹ Gleichlautende Stimmen kam aus Bad Doberan,⁶³⁰ Grimmen⁶³¹ und Rügen⁶³². Sie wurden zeitnah durch den Bezirksverband an den Hauptvorstand gemeldet.⁶³³ Die letzten beiden Monate des Jahres 1989 waren von der Ausbildung eines eigenständigen Parteiprofils gekennzeichnet, das in der Abrechnung mit der eigenen Parteigeschichte, der Abkehr vom Sozialismus und der Lossagung von der SED auf dem Sonderparteitag Mitte Dezember mündete.

In Vorbereitung des Wahlkampfes im Frühjahr 1990 wurde die SED-PDS zum alleinigen Wahlgegner erklärt⁶³⁴ und damit der Abgrenzungsprozess abgeschlossen. Die Angst, die PDS könne wieder die Mehrheit in der Volkskammer erlangen, schürte auch der Bezirksverband im Vorfeld der Wahlen. Daher brauche man die Unterstützung der BRD, um alle Nicht-PDS-Wähler im Land zu halten und den Prozess der Friedlichen Revolution unumkehrbar zu machen.⁶³⁵ In den ehemaligen Funktionären erkannte die CDU(D)-Wismar eine Gefahr und forderte im März 1990 eine Zustimmungspflicht des Runden Tisches bei deren Einstellungen in

⁶²⁷ Brief BV Rostock an HV vom 27.10.1989, ACDP 07-011-3422, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 82.

⁶²⁸ Vgl. z. B. Informationsbericht KV Wolgast zum 5.11.1989, ACDP 03-043-033/1.

⁶²⁹ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 2.11.1989, ACDP 03-043-040/5, S. 1–2. Ebenso Stimmen aus dem Kreisvorstand Bad Doberan vom 10.11.1989, ACDP 03-043-040/2.

⁶³⁰ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 10.11.1989, ACDP 03-043-040/2.

⁶³¹ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grimmen vom 8.11.1989, ACDP 03-043-045/2.

⁶³² Vgl. Informationsbericht vom 5.11.1989, ACDP 03-043-032/5.

⁶³³ gl. Informationsbericht des BV an den HV vom 10.11.1989, ACDP 03-043-038/1.

⁶³⁴ Vgl. z. B. Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 18.1.1990, ACDP 07-011-3854, S. 2.

⁶³⁵ Vgl. Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 18.1.1990, ACDP 07-011-3854, S. 3.

den Dienst der Stadt und eine politische Überprüfung aller Lehrer.⁶³⁶ Nach den Wahlen im März und Juni 1990 sollte die PDS generell aus allen Verwaltungs- und Politikfeldern und jedweder führender Leitungstätigkeit gedrängt werden.⁶³⁷

3.2.2.2. Die LDP(D): selbstbewusste Kritik – auch vom Vorsitzenden

Die Art der Beziehung der LDP(D) zur SED unterschied sich trotz gemeinsamer Kritik deutlich von der der anderen Blockparteien. Bereits im Jahr 1984 fielen die Liberaldemokraten mit *„Bedenken und Vorbehalten gegen die führende Rolle der SED und gegenüber Beschlüssen der SED“* auf.⁶³⁸ Gestärkt durch den regen Mitgliederzulauf in der zweiten Hälfte der 80er Jahre äußerte die LDP(D) nicht nur selbstbewusst Kritik, sondern sie präsentierte sich gegenüber der SED als Partner, der Erwartungen und Wünsche formulierte und Gleichberechtigung einforderte. Die hohe Selbstreferenzialität in den Reden und Texten der LDP(D) ist nur ein Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Weitere Indizien sind die deutlich geäußerten Erwartungshaltungen und Reformforderungen an Parteitage und Tagungen, deren Nicht-Erfüllung regelmäßig enttäuscht kommentiert wurde.⁶³⁹ Die LDP(D) forderte stetig eine entsprechende Achtung und Wertschätzung durch die Genossen ein. Dies äußert sich schon im Jahr 1986 in permanenten Diskussionen um die FDJ als alleinige Kampfreserve der SED,⁶⁴⁰ Beschwerden über die Benachteiligung von Blockpar-

⁶³⁶ Vgl. Antrag des Neuen Forums vom 21.3.1990. Vgl. Landesarchiv Greifswald, Bestand DBD, 4.133/33, Bl. 5.

⁶³⁷ Vgl. Protokoll über die Landesvorstandssitzung am 11.6.1990: *„Es wurde darauf hingewiesen, dass generell die Besetzung von ersten Leitungsfunktionen durch PDS-Mitglieder nicht möglich ist. Hinweisen, die auf eine andere Verfahrensweise deuten (z. B. Wolgast und Grevesmühlen), wird durch den LVO nachgegangen“*, ACDP 07-011-3854, S. 2. Ebenso Protokoll über die Beratung zur Bildung der Bezirksverwaltung am 23.5.1990. Von den 15 Ämtern wird keines an die PDS übergeben. ACDP 07-011-3854, S. 2.

⁶³⁸ Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, MfS BV Rostock, HA XX, Nr. 6632, Bl. 12.

⁶³⁹ Vgl. z. B. Auswertung der Bezirksparteischullehrgänge 1985/86 vom 10.7.1986, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 2. Ein *„mäßiges Interesse“* bescheinigte auch Rügen der Resonanz der ZK-Tagungen. Informationsbericht vom Juli 1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

⁶⁴⁰ Vgl. z. B. Eröffnungsrede der Bezirksdelegiertenkonferenz vom 29.11.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33749, S. 30.

teimitgliedern in Betrieben⁶⁴¹ und in ihren beruflichen Entwicklungen,⁶⁴² Kritik an Referaten von SED-Mitgliedern auf LDP(D)-Parteiveranstaltungen,⁶⁴³ geäußertem Missmut über die „Lobhudelei“ und die personenkultartige⁶⁴⁴ Überbewertung der Bedeutung Honeckers,⁶⁴⁵ der Forderung nach einer leistungsgerechten, parteiunabhängigen Besetzung von Ämtern und Posten⁶⁴⁶ und dem Wunsch nach einer grundlegend neuen Kaderpolitik.⁶⁴⁷

Nicht nur intern, sondern auch in Schreiben an die SED-Kreisleitungen wurde eine authentische und wenig floskelhafte Sprache gewählt, um über die Probleme in den Kreisen zu berichten und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.⁶⁴⁸ Die so selbstbewusst vorgebrachte Kritik der LDP(D) gipfelte bereits 1986 in der Forderung nach einer modifizierten Ausübung der Führungsrolle.⁶⁴⁹ Trotz gelegentlicher Zurechtweisungen durch die SED-Kreisleitungen⁶⁵⁰ scheint die LDP(D) aber dennoch – oder gerade deswegen – eine höhere Wertschätzung erfahren zu haben als die übrigen Blockparteien. So wurde der Bezirksvorsitzende Krüger seitens

⁶⁴¹ „Die Tendenz SED – parteilos – Blockpartei ist noch nicht überall überwunden“. Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres Wismar vom 18.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 1–2.

⁶⁴² Vgl. z. B. zum konkreten Fall einer Heimleiterin, die diese Funktion wegen ihrer LDP(D)-Zugehörigkeit nicht ganzjährig ausüben durfte. Protokoll der Sekretariatssitzung Ribnitz-Damgarten vom 1.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

⁶⁴³ Häufig ging es dabei um die Länge der Beiträge, die die Sitzungen der LDP(D) „sprengen“: „Wir müssen mit der SED klären, dass Zeit nicht unbegrenzt ist“. Protokoll der Sekretariatssitzung Rügen vom 10.11.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33875, S. 2.

⁶⁴⁴ Informationsbericht Rostock-Land vom 8.5.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

⁶⁴⁵ Vgl. Informationsbericht Rügen vom 5.12.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33828.

⁶⁴⁶ Vgl. z. B. Informationsbericht Stralsund vom 6.4.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

⁶⁴⁷ Vgl. Auswertung des Bezirksparteischullehrgänge 1986/87 vom 13.7.1987, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 4.

⁶⁴⁸ Vgl. z. B. Brief des Bad Doberaner Kreisvorsitzenden an die SED-Kreisleitung vom 17.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796.

⁶⁴⁹ „Die Mitglieder akzeptieren den Führungsanspruch, nicht aber die Methoden, mit denen er (...) durchgesetzt wird.“ Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres Wismar vom 18.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 2.

⁶⁵⁰ So wurde der KV Rostock-Land in der Kreisausschutzsitzung dafür gerügt, dass „kritische Informationen nicht in die Öffentlichkeit gehören.“ Informationsbericht Rostock-Land vom 9.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

der SED-Bezirksleitung für sein Selbstbewusstsein, seinen Ideenreichtum und sein Drängen auf Problemlösungen gelobt und ihm das Vertrauen ausgesprochen.⁶⁵¹ Gleichfalls war einzig den Archivalien der LDP(D) zu entnehmen, dass sie Auswertungen der eigenen Parteitage mit Teilnehmern der SED-Bezirksparteischule vornahmen und nicht nur einseitig Anleitungen der SED empfangen.⁶⁵² Die offizielle Kontrolle der Parteibasis durch die SED war zwar vorhanden, aber auch nicht lückenlos: Beispielsweise wurde „nur“ etwa jede zweite der Jahreshauptversammlungen in den Rügener Ortsgruppen von Genossen besucht.⁶⁵³

Auffällig ist auch das Bekenntnis der LDP(D) zu weiteren prägenden Einflüssen und Werten als denen der sozialistischen Arbeiterbewegung. So betonten die Liberaldemokraten neben der Bedeutung des Christentums insbesondere die Relevanz der liberal-demokratischen Traditionslinie des humanistisch geprägten Bürgertums seit dem 19. Jahrhundert.⁶⁵⁴ Die Bewahrung dieser „*progressiven Ideologie der Vergangenheit*“ für den Prozess der Klassenannäherung mache die bündnispolitische Verantwortung der LDP(D) aus.⁶⁵⁵ Auch der Bezirksverband vertrat eine ähnliche Position: Neben den Gemeinsamkeiten mit der SED habe die LDP(D) auch deshalb eine Daseinsberechtigung, weil sich ihre weltanschaulichen Prinzipien von Marx und Lenin unterscheiden würden.⁶⁵⁶ Besonders in den „*früheren Mittelschichten*“ seien „*kleinbürgerliche Ansichten noch stark verwurzelt*“, die die LDP(D) aufgreife.⁶⁵⁷ Eindrucksvoll bekannten Krüger und sein Stellvertreter auf der Bezirksvorstandssitzung im Frühjahr 1988: „*Wir kommen nicht von Marx, Bebel, Thälmann zum Sozialismus, aber der Sozialismus ließ uns begreifen, was jene wollten, dachten*

⁶⁵¹ Vgl. Kurze Lageeinschätzung des BV-Rostock seitens der SED-Bezirksleitung vom 4.9.1987, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstands, Nr. L8-1608, S. 2.

⁶⁵² Dies kündigt Krüger nach dem 14. Parteitag der LDP(D) im April 1987 in Weimar an. Informationsbericht April/Mai des BV Rostock an den ZV vom 14.5.1987, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

⁶⁵³ Vgl. Übersicht über die Teilnahme an den Jahreshauptversammlungen 1988 im KV Rügen, ohne Datum, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

⁶⁵⁴ „*Hat das Christentum nicht eine genauso (sic!) prägende Rolle wie zum Beispiel Bismarck?*“ Bericht zum politischen Bildungszirkel Wismar vom 29.6.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879.

⁶⁵⁵ Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 5.12.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33878.

⁶⁵⁶ Vgl. Eröffnungsrede auf der Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 7.

⁶⁵⁷ Bericht zum politischen Bildungszirkel Wismar vom 2.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 2.

und erstritten. Unsere geistigen Väter sind die nichtproletarischen Demokraten – die Barrikadenkämpfer der bürgerlich-demokratischen Revolution (...), die Demokraten und Liberalen der Paulskirche (...) die Gegenspieler Bismarcks an der Seite Bebels, die bürgerliche Frauen- und Friedensbewegung an der Seite Clara Zetkins, Carl von Ossietzkys und anderer (...). Das Wort Frieden als ein Grundwert unserer Partei ist älter als der Sozialismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung“.

Fast schon provokant oder solidarisch mit der aufkommenden Bürgerbewegung stellte er fest: „Insofern sind wir Andersdenkende.“⁶⁵⁸

Die differenzierte Haltung zum Weltbild der SED-Führung führte dazu, dass die Oktoberrevolution als Geburtsstunde des Marxismus/Leninismus häufiger als „wohl doch nicht so weltverändernd“ bewertet wurde, „wenn die SU heute nach neuen Wegen sucht.“⁶⁵⁹

Die Verantwortlichen für die gegenwärtige Krise waren daher schnell ausgemacht: Das Politbüro sei überaltert und nicht in der Lage, die anstehenden Probleme zu beheben, urteilten die Kreisverbände nicht selten.⁶⁶⁰ Solange die SED-Führung auch nicht erkennen wolle, dass die Ursachen für die Missstände in der DDR selbst und nicht beim „Klassengegner“ zu suchen seien, wären die realitätsnahen Aussagen Gerlachs weitreichender als die Honeckers. Um dessen Impulse nutzbar zu machen, brauche die DDR eine effizientere Blockpolitik mit Fraktionen auf allen Ebenen.⁶⁶¹ Mit dieser Erkenntnis wurde der Führungsanspruch der SED von Teilen der Mitgliedschaft grundlegend in Frage gestellt.

In der LDP(D) wurde bereits 1986 zunehmend über die Notwendigkeit eines eigenständigen Parteiprofils diskutiert: „Nachmachen steht im Widerspruch zur Eigenständigkeit.“⁶⁶² Derartige Forderungen gab auch der Bezirksvorstand weiter: Die Grimmener Einschätzung, die LDP(D) solle ihren alternativen Charakter gegen die Alleinherrschaft der SED betonen und ihre Vorschläge publik machen, kommentierte Krüger positiv: „Gut formuliert, aus Grimmen kommend nach Berlin weitergeben“ und zeigte da-

⁶⁵⁸ Eröffnungsrede auf der Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 7.

⁶⁵⁹ Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 23.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

⁶⁶⁰ Vgl. z. B. Informationsbericht Wismar vom 9.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880, S. 2.

⁶⁶¹ Protokoll der Sekretariatssitzung Rostock-Land vom 18.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

⁶⁶² Informationsbericht Rostock-Land vom 6.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 3.

mit auch seine eigene Position.⁶⁶³ Die angestrebte größere Eigenständigkeit wurde jedoch noch nicht als Gegenpol zur SED gedacht, sondern sollte nur die Vitalität des politischen Systems erhöhen. Die Forderungen nach Eingrenzung der Allmacht der SED wurden bis zum Sommer 1988 konkreter: Ihre Aufgaben sowie die zeitliche Dauer von Wahlfunktionen sollten begrenzt und Positionen der Abgeordneten gestärkt werden.⁶⁶⁴

Trotz positiver Bestärkung durch die Parteiführung bekam deren Ansehen in der Mitgliedschaft im Sommer 1988 Risse: „*Hat die LDP(D) nicht versagt, indem sie die Politik der SED zur radikalen Durchsetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse unterstützte?*“, fragten erste Mitglieder.⁶⁶⁵ Über die Art der Zusammenarbeit der Parteien und das proklamierte partnerschaftliche Verhältnis machten sich viele Mitglieder jetzt keine Illusionen mehr. „*Hätte sich nicht auf Grund der langen Zusammenarbeit auch bei der SED eine andere Denkweise entwickeln müssen, die die Aktivitäten der LDP(D) besser würdigt?*“, fragten sie skeptisch.⁶⁶⁶

Im Jahr 1988 erhärteten sich die Zweifel an der Gestaltungsmacht und der Führungskompetenz der „festgefahrenen und überalterten Parteimacht“.⁶⁶⁷ Insbesondere die Vertreter der „Intelligenz“ meinten, dass es „großer Anstrengungen“ der SED bedürfe, „um der beanspruchten Führungsrolle in der gegenwärtigen innenpolitischen Situation qualitativ gerecht zu werden“.⁶⁶⁸ Enttäuschung über die mangelnden Ergebnisse der ZK-Tagungen⁶⁶⁹ und das „Hinwegregieren“ über die Köpfe der Bürger und Parteien⁶⁷⁰ ließen auch Fragen nach den Kompetenzen und Handlungsbefugnissen von Ministerrat und Volkskammer aufkommen.⁶⁷¹ Auch

⁶⁶³ Informationsbericht Grimmen vom 10.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

⁶⁶⁴ Vgl. Informationsbericht KV Rostock-Land vom 29.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

⁶⁶⁵ Bericht zum politischen Bildungszirkel Wismar vom 2.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 2.

⁶⁶⁶ Ebd.

⁶⁶⁷ Informationsbericht Juli/August des BV an den ZV vom 12.8.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

⁶⁶⁸ Informationsbericht August/September des BV an den ZV vom 13.9.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

⁶⁶⁹ Vgl. Informationsbericht Rostock-Stadt vom 1.7.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

⁶⁷⁰ Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 13.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.

⁶⁷¹ Wenn das ZK-Plenum unmittelbar Beschlüsse fasst, „*was macht dann Minister-rat und Volkskammer?*“, Protokoll der Sekretariatssitzung Rostock-Land vom 15.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

angesichts des beharrlichen Ignorierens der parteistrukturellen Vorschläge der LDP(D)⁶⁷² mehrten sich ab Ende 1988 resignative Tendenzen: Mandatsträger zogen sich zurück und die Suche nach neuen Kandidaten für die anstehende Kommunalwahl stieß auf ernstzunehmende Widerstände.⁶⁷³

Der Beginn des Jahres 1989 war von Diskussionen über das Verhältnis von LDP(D) und SED geprägt und wurde seitens der SED von einer stärkeren, aber dafür nur oberflächlichen Einbeziehung der Blockparteien genährt. Durch diese „Scheinbeteiligung“ entstand bei den Liberaldemokraten der Eindruck, dass die befreundeten Parteien benutzt werden sollen, um Schuld und Verantwortlichkeit zu verteilen. *„Jetzt, wo die Karre im Dreck steckt, brauchen sie uns (...) zu sagen haben wir jedoch nichts.“*⁶⁷⁴ Über den Sommer nahm die Förderung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Blockparteien durch die SED weiter zu. So wurden die LDP(D)-Kreisfunktionäre durch die SED-Kreisleitungen aufgefordert, in der Presse stärker über ihre jahrelange Mitwirkung zu berichten. Doch anders als die Mitglieder einschätzten, ging es der SED dabei nicht um Schuldzuweisungen,⁶⁷⁵ sondern um das Stärken der Profile der Blockparteien und damit auch des demokratischen Anscheins der DDR.⁶⁷⁶

Dass sich im Vorfeld der Kommunalwahl ein Stimmungswandel vollzogen hatte, erkannte der LDP(D)-Kreisverband Rostock-Stadt: Die Mitglieder beurteilten das Wahlgesetz der DDR *„mit dem Blick nach Osten“* und leiteten *„Notwendiges Neues“* von dort ab.⁶⁷⁷ Als solches wurde die umfassende Information der Bürger über das Wahlrecht, die verpflichtende Nutzung der Wahlkabinen und die Wahl der Kandidaten als tatsächliche Auswahl angesehen.⁶⁷⁸

⁶⁷² Gemeint waren hier die Trennung von Staat und Partei und die zeitliche Begrenzung der Abgeordnetentätigkeit nach dem Vorbild der SU, Schreiben des Rügener Kreissekretärs an Krüger vom 6.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813, S. 2.

⁶⁷³ Vgl. Informationsbericht September/Oktober des BV an den ZV vom 14.10.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

⁶⁷⁴ Informationsbericht Rügen vom 12.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813, S. 3.

⁶⁷⁵ Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 28.8.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

⁶⁷⁶ Siehe Kapitel 3.2.4. *Anleitung und Inszenierung durch die SED.*

⁶⁷⁷ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 6.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

⁶⁷⁸ Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 7.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2–4.

Nachdem – wie von vielen Mitgliedern befürchtet – der Wahlvorgang tatsächlich äußerst intransparent verlief und Spekulationen über Wahlfälschungen nicht lange auf sich warten ließen, reichten zwei Rügener Mitglieder Eingaben wegen Verstoßes gegen das Wahlrecht ein⁶⁷⁹ und verliehen damit einer umfassenden Diskussion Ausdruck. Neben einzelnen Fragen nach der geheimen Auszählung in den überdurchschnittlich gut besuchten Sonderwahllokalen⁶⁸⁰ und „*Mängeln und Problemen im Verlauf der einzelnen Wahlphasen*“⁶⁸¹ wiederholte der Sekretär des Kreisverbandes Rostock-Land seine Forderungen nach einem Alternativwahlrecht nach sowjetischem Vorbild und einer Konkretisierung der Paragraphen 20 und 21 zum Schutz der Mandatsträger vor ungerechtfertigter Absetzung,⁶⁸² Offizielle Zweifel am Wahlergebnis und Hinweise auf mathematische Unstimmigkeiten kamen Anfang Juni aus Grimmen und Bad Doberan, eine strafrechtliche Anzeige wegen Wahlbetrugs ebenfalls.⁶⁸³ Als Konsequenz aus den Ungereimtheiten und dem geschwundenen Vertrauen in die SED forderte der Rostocker Kreisverband neben der Aufklärung der Vorwürfe auch, der SED nicht mehr die alleinige Wahlorganisation zu überlassen, sondern stattdessen die *Nationale Front* als eigentlichen Organisator der Wahlen in der DDR zu stärken.

Im Zuge der Kommunalwahl nahmen auch die Diskussionen um die parteiübergreifenden Befugnisse der SED zu. Die Nicht-Bestätigung eines LDP(D)-Schöffen durch den Leiter des Kreisgerichts im Vorfeld der Kommunalwahl 1989 rief in Rostock-Stadt die Fragen hervor: „*Mit welchem Recht entscheidet der Parteisekretär der SED über Mitglieder der LDP(D)? Oder müsste man denen die Trennung von Staat und Partei erklären?*“ Ein weiteres „*Hineinreden*“ wollte man „*nicht mehr akzeptieren*.“⁶⁸⁴

⁶⁷⁹ Vgl. Informationsbericht Rügen vom 9.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

⁶⁸⁰ Vgl. Informationsbericht April/Mai 1989 des DBD-BV an den ZV vom 25.5.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. 1005, S. 2.

⁶⁸¹ Protokoll der Beratung des Sekretariats des DBD-KV Rostock-Land am 25.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

⁶⁸² Vgl. Hinweise und Vorschläge zu wahlrechtlichen Regelungen, DBD-KV Rostock-Land vom 29.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

⁶⁸³ Vgl. Informationsbericht der DBD-Grimmen vom 7.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 3 und Informationsbericht der DBD-Bad Doberan vom 7.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

⁶⁸⁴ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 8.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 1–2.

Die Einsicht, dass konstruktive Vorschläge und ein Mitregieren gar nicht erwünscht seien, setzt sich im Sommer 1989 durch.⁶⁸⁵ „In der Praxis gibt es nur eine Partei“, erkannte auch der Bezirksparteischullehrgang.⁶⁸⁶ Der mögliche Ausweg war klar: Die „LDP(D) muss wieder politischer“ und aus den „Scheinkabinetten“ müssen wieder Volksvertretungen werden.⁶⁸⁷ Die grundlegende Regierungsfähigkeit der SED hatte bereits ab April 1989 zur Disposition gestanden: „Durch den tiefgreifenden Wandel in der Welt hat die DDR-Regierung ihre Orientierung verloren!“, urteilte der Kreisverband Wismar.⁶⁸⁸ Diesen mittlerweile permanent schwelenden Konflikt um die Führungsrolle der SED erkannte auch der Bezirksvorsitzende Krüger. Er schätzte ein, dass die Führungsrolle als Bestandteil der LDP(D)-Satzung zwar anerkannt werde, diese aber auch einen gehobenen Anspruch an Überzeugungskraft und Führungsfähigkeit mit sich bringe. Kurzum: Die SED werde ihrem Führungsanspruch derzeit nicht gerecht und ein Führungsvakuum werde die LDP(D) nicht hinnehmen.⁶⁸⁹

Eine Reaktion der SED im Sinne der Liberaldemokraten beobachteten im Sommer 1989 nur wenige Kreise.⁶⁹⁰ Häufiger beharrten die SED-Kreisfunktionäre auf den etablierten Umgangsformen. Damit enttäuschten sie nicht nur die Hoffnungen der LDP(D)-Mitglieder⁶⁹¹ und SED-Reformer,⁶⁹² sondern forcierten auch die Erkenntnis, dass „Bündnispolitik

⁶⁸⁵ Vgl. z. B. Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 6.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 1–2.

⁶⁸⁶ Kurzbericht des Bezirksparteischullehrgangs vom 16.5.1989, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 2.

⁶⁸⁷ Die unsachgemäße Gleichsetzung von Kabinetten und Volksvertretungen nimmt die Quelle vor, nicht die Verfasserin. Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres der politischen Bildungszirkel Rostock vom 4.7.1989, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 3–4.

⁶⁸⁸ Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 10.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

⁶⁸⁹ Vgl. Schlusswort Krüger auf der Bezirksvorstandssitzung am 11.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 3.

⁶⁹⁰ So zum Beispiel in Wolgast, wo der erste Kreissekretär der SED nach Absprache mit den befreundeten Parteien einen Brief an Honecker aufsetzen und ihn darin über die Missstände im KV informieren wollte. Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 17.7.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807.

⁶⁹¹ Vgl. z. B. Informationsbericht Rostock-Stadt vom 2.8.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 3.

⁶⁹² Einer der SED-Reformer, auf die Krüger seine Hoffnungen richtete, war Otto Reinhold, ZK-Mitglied und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR. Informationsbericht Juni/Juli des BV an den ZV vom 10.8.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

nicht gewollt ist“.⁶⁹³ Das Dilemma der LDP(D) zwischen Wollen und Können brachte Peter Moreth, damaliger Vorsitzender des Bezirksverbandes Magdeburg und stellvertretender Ministerratsvorsitzende, auf den Punkt: *„Ich lasse es nicht zu, wenn unsere Konstruktivität, unser Recht zur Kritik gemessen wird an unserem Vermögen, die Probleme zu lösen.“*⁶⁹⁴

Mitte Juli übergab die LDP(D) einen Vorschlagskatalog an den 12. Parteitag der SED, der die Attraktivität des Sozialismus in der DDR steigern sollte. Wesentliche Inhalte waren die Umgestaltung des Blocks zu einem Problemdiskussions- und Entscheidungsforum, strikte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung aller Volksvertretungen und insbesondere der Volkskammer zu entscheidungsfindenden Gremien, eine transparentere und authentischere Berichterstattung auch über die Arbeit der politischen Gremien und die Erweiterung der Karrieremöglichkeiten von Blockparteimitgliedern in Militär, Politik und Verwaltung.⁶⁹⁵ Damit legte die LDP(D) den letzten umfassenden Reformkatalog vor dem Beginn der Wende vor.

Die Ausreisewelle verschärfte den schwelenden Konflikt ab August: Die offizielle Hetzkampagnen-Erklärung wurde von den Mitgliedern der LDP(D) nicht akzeptiert, da sie *„die ernstesten Probleme der DDR“* verschleierte *„und daher gefährlich“* sei. Denn, *„wenn man sich darauf beschränkt, Forderungen nach Reformen von Seiten der BRD als Einmischung brüsk zurückweist, dann leistet eine solche Sturheit Vorschub für eine gefährliche Entwicklung“*.⁶⁹⁶ Dass bei einem weiteren Stillstand auch die Existenz DDR auf dem Spiel stehen könnte, wurde hier bereits angedeutet. Eine tatsächliche Analyse der Ausreisursachen nahm dagegen der Kreisverband Bad Doberan vor und kam zu dem prägnanten Ergebnis als zentrale Ursache: *„Die SED steuert alles“*.⁶⁹⁷ Dass sie sich dennoch ohnmächtig

⁶⁹³ Sofortinformationen KV Ribnitz-Damgarten an Krüger vom 13.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

⁶⁹⁴ Protokoll der dezentralen Bezirksvorsitzendenberatung vom 30.6.1989, ADL, Bestand Abteilung ZV, Bezirksvorsitzendenberatungen, Nr. L8-1804, S. 3.

⁶⁹⁵ Vgl. Vorschläge an den 12. Parteitag der SED zur weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Festigung der Staatsmacht und der Sicherung der sozialistischen Staates vom 14.7.1989, SAPMO BArch, DY 30/2582, S. 21–50.

⁶⁹⁶ Informationsbericht Grimmen vom 8.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

⁶⁹⁷ Analyse der Faktoren, die die Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes bewegen, KV Bad Doberan an Krüger vom 21.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

und passiv verhalte, verschärfe die Situation und mache die LDP(D)-Mitglieder ratlos und wütend.⁶⁹⁸

Die Handlungsunfähigkeit der Regierung und deren Stellungnahmen in den Medien kritisierten die Mitglieder im September scharf. Diese wurden von der Basis als „lächerlich“ angesehen und führten dazu, „dass bislang treue Mitglieder von der Ideologie abfallen“.⁶⁹⁹

Im Oktober wurde der Ton gegenüber der SED rauer und die Abgrenzungsbestrebung deutlicher. Um Stärke und Eintracht zu demonstrieren, setzte Honecker aber Anfang Oktober gezielt auf die Nähe zu den Blockparteien. Gemeinsame Treffen sollten nach einem harmonischen Konsens und der Fortsetzung der etablierten Rollenverteilung aussehen. Das brachte jedoch insbesondere die sich von der SED distanzierenden Liberaldemokraten gegenüber ihren Wählern in Misskredit.⁷⁰⁰ Noch immer bestanden Hoffnungen auf Einsicht der SED-Führung. Doch bei den SED-Kreisfunktionären habe kein echtes Umdenken eingesetzt, eher ein oberflächliches, notwendiges Entgegenkommen.⁷⁰¹ Misstrauen beherrsche nach wie vor die Atmosphäre. Die SED habe „die Diktatur des Proletariats zu einer sich vom Volk gelösten Parteioligarchie entwickelt“. Da „Demokratie unter absoluter Herrschaft nicht möglich“ sei, dominierten ab Mitte Oktober theoretisch begründete Zweifel an der Führungsrolle, die die Kreisfunktionäre teilten.⁷⁰²

Nach Honeckers Rücktritt setzte sich die Basis mehrheitlich gegen die Wahl Krenz' ein – vor allem, weil sie der erneuten Ämterhäufung nicht zustimmten. Nur durch ihre Ablehnung könne die LDP(D)-Führung das Vertrauen der Bürger und Mitglieder rechtfertigen, mutmaßten einzelne Ortsgruppen.⁷⁰³ Aus denselben Beweggründen wurde auch die spätere Übernahme von Regierungsverantwortung an der Seite der SED kritisch

⁶⁹⁸ Vgl. Informationsbericht Rostock-Land von Anfang Oktober 1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

⁶⁹⁹ Zwischenbericht Bad Doberan vom 14.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

⁷⁰⁰ Vgl. Schuhbauer, Umbruch im Fernsehen, S. 145.

⁷⁰¹ Vgl. z. B. Information über die Blocksitzung im KV Bad Doberan vom 12.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

⁷⁰² Z. B. Brief Bad Doberan an Gerlach vom 16.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 1–3.

⁷⁰³ Vgl. Brief der Grundeinheiten Neubukow und Kühlungsborn (beide KV Bad Doberan) vom 19.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

gesehen.⁷⁰⁴ Diese Einschätzung teilte auch der Bezirksvorsitzende Krüger.⁷⁰⁵

Während die ersten Funktionäre sich gegen Ende Oktober gegen die Führungsrolle ausgesprochen hatten, forderten einige Basisgruppen bereits die moralische und juristische Rechenschaftspflicht für den Zustand der DDR durch die SED-Führung.⁷⁰⁶ Neben der Forderung, dass die SED ihren dogmatischen Führungsanspruch aufgeben müsse,⁷⁰⁷ stellten die Wismarer Anfang November auch die Frage nach der Verantwortlichkeit ihrer eigenen Partei für den (vermeintlichen) Verfall der Demokratie seit dem Amtsantritt Honeckers.⁷⁰⁸ Nur freie Wahlen könnten die DDR stabilisieren, schätzte man in Ribnitz-Damgarten ein.⁷⁰⁹

Rege Diskussionen über die grundlegende Zukunft der SED entbrannten ab Ende November. Dabei reichten die Forderungen von einem Verbot der SED als bewusstes Äquivalent zum Verbot der KPD der BRD im Jahr 1956⁷¹⁰ bis hin zu der reflektierten Ansicht, die SED solle sich auflösen und als eine kommunistische und eine sozialdemokratische Partei neugründen, damit also die Vereinigung von KPD und SED im Jahr 1946 revidieren.⁷¹¹ Die Austritte aus der *Nationalen Front* und den parteiübergreifenden Institutionen setzten bei der LDP(D) Anfang Dezember ein.⁷¹²

Im Gegensatz zu den anderen Parteien war die inhaltliche Auseinandersetzung mit der SED bei der LDP(D) weniger stark ausgeprägt; man richtete den Fokus stattdessen vornehmlich auf sich selbst. So brach die

⁷⁰⁴ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 20.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

⁷⁰⁵ Vgl. Telex Krüger an das Sekretariat des ZV, Abt. PV vom 19.10.1989, Sofortreaktion auf die Ergebnisse der 9. Tagung des ZK der SED vom 18.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

⁷⁰⁶ Vgl. Resolution der Wohngebietsgruppe Körkwitz/KV Ribnitz-Damgarten vom 29.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

⁷⁰⁷ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 5.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806, S. 2.

⁷⁰⁸ Vgl. Beratung mit den Vorsitzenden der Grundeinheiten im KV Wismar vom 14.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806, S. 1–2.

⁷⁰⁹ Vgl. Protokoll des Tages der Vorsitzenden im KV Ribnitz-Damgarten am 14.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800, S. 2.

⁷¹⁰ Vgl. Brief aus dem KV Grevesmühlen vom 7.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

⁷¹¹ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 20.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

⁷¹² Einer der ersten KV ist Rostock-Stadt, der am 6.12.1989 die Zusammenarbeit im Block aufkündigt. ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803.

Diskussion über die Beziehung zur SED ab Ende November 1989 ab. Vereinzelte Äußerungen zeigen aber dennoch die tiefe Spaltung der Partei. Während die Abkehr der Partei vom Sozialismus im Dezember häufig als Austrittsgrund angegeben wurde, war die Regierungsbeteiligung ebenso oft Ursache der Beendigung der Mitgliedschaft.⁷¹³ Die Parteiführung sah sich auf dem Weg der Vernunft und im Dienst der Sicherheit weiterhin als Koalitionspartner der SED. Damit war die Spaltung der lange bestehenden Einheit von Basis und Führung der LDP(D) ab Dezember vollzogen.⁷¹⁴ An seiner Position hielt Gerlach auch im Frühjahr 1990 noch fest: Nicht gegen, sondern mit der SED-PDS müsse das Land regiert werden. Zu einzelnen Reformern aus dem Umfeld der SED-PDS-Führungsrige suchte er gezielt Kontakt, weil er deren Bemühungen um einen reformierten Sozialismus wertschätzte.⁷¹⁵ Damit unterscheidet sich die LDP(D) deutlich von allen anderen Parteien, die spätestens seit Januar 1990 eine konsequente Ablehnung und zum Teil auch Bekämpfung der SED-PDS als Grundlage ihrer eigenen Profilierung nutzten.

3.2.2.3. Die NDPD: Kritik der Mitglieder, aber Kreisfunktionäre lange „auf Linie“

Bei der NDPD wurde die Rolle und Position der SED offiziell erst ab den Kommunalwahlen 1989 kritisiert, obwohl die Kritik der Basis an Teilentscheidungen der SED bereits vorher massiv gewesen ist. Während im Neubrandenburgischen Ueckermünde angesichts der Probleme und Missstände Ende Juni gefragt wurde, ob der Sozialismus sich bereits als Utopie erwiesen habe,⁷¹⁶ herrschte in Rostock über den Sommer 1989 hinweg die Gleichzeitigkeit von grundlegenden Treuegelöbnissen und Kritik an tagespolitischen Ereignissen. Erst Ende August sprach der Kreisverband Stralsund etwas nebulös von einer „angespannten politi-

⁷¹³ Vgl. diverse Austrittserklärungen in ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

⁷¹⁴ Vgl. Einschätzung der Lage in der Partei durch die Abteilung Parteivorstände vom 8.1.1990, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1650 und die Rede Gerlachs auf der 9. Tagung des ZV am 19.1.1990, 1990, ADL, Bestand ZV-Sitzungen 1990, Nr. L4-361.

⁷¹⁵ So z. B. lud Gerlach den ehemaligen Dresdner Bürgermeister Berghofer zu einer Wahlveranstaltung der LDP(D) am 9.3.1990 in Dresden ein und bat ihn, die Eröffnungsrede zu halten. Zu diesem Zeitpunkt war Berghofer jedoch bereits aus der PDS ausgetreten. ADL, Bestand Schriftverkehr des BFD im Jahr 1990, Nr. L1-53.

⁷¹⁶ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen aus Ueckermünde vom 29.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/5193.

schen Situation“.⁷¹⁷ Die Differenzen zwischen der Basis und der Parteiführung waren bei der NDPD schon vor dem Sommer 1989 deutlich ausgeprägt. In Verkennung der Tatsachen oder wissentlich falsch schätzte der Hauptausschuss dennoch bis Ende September ein, dass die Partei geschlossen und handlungsfähig an der Seite der SED stehen würde.⁷¹⁸ Tatsächlich befand sich lediglich die Mehrheit der Funktionäre bis Ende Oktober weitgehend auf einer Linie mit dem Vorstand und sah durch die „überraschende Härte des Klassenkampfes“ eine große Herausforderung auf die Mitglieder zukommen.⁷¹⁹ So bekannte sich auch Grimmchen noch Mitte Oktober zu den „weitsichtigen Kernsätzen“ der Partei und sah in ihnen einen Kompass durch unruhige Zeiten.⁷²⁰

Bald nach dem Rücktritt Honeckers spaltete eine rege Diskussion um die Positionierung der NDPD die Basis in einen progressiven und einen sozialistischen Flügel und machte die NDPD damit zur heterogensten Partei. Der progressive Teil der Mitglieder positionierte sich noch im Oktober, sodass die konsequentesten Stimmen zur Erneuerung der DDR und der Neugestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen für einen kurzen Zeitraum tatsächlich aus der NDPD kamen.

Den Anfang machte der Doberaner Vorsitzende Ende Oktober, der im Namen seiner Mitglieder neben dem Rücktritt Homanns und weiterer Führungskader forderte, den Kernsatz 1, also die vorbehaltlose Anerkennung der SED-Führungsrolle, an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und freie Wahlen ohne Blockbindung durchzuführen.⁷²¹ In den folgenden Tagen schlugen die Mitglieder diverser Kreisverbände in die gleiche Kerbe und forderten auch im direkten Gespräch mit Homann die Gleichberechtigung aller Parteien,⁷²² das Verhältnis zur SED neu zu ge-

⁷¹⁷ Protokoll der Beratung des Kreissekretariats Stralsund vom 28.8.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132108, Bl. 7.

⁷¹⁸ Vgl. Beratung des Sekretariats des Hauptausschusses mit den Vorsitzenden der BV am 20.9.1989, SAPMO BArch, DY 16/820, S. 1–2.

⁷¹⁹ Aktuelle Parteiinformationen Nr. 80 vom 16.10.1989, SAPO BArch, DY 16/477, S. 7.

⁷²⁰ Ebd., S. 3.

⁷²¹ Vgl. Brief des KV Bad Doberan an den stellvertretenden Hartmann vom 26.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 28–29.

⁷²² Vgl. Brief von Mitgliedern des KV Rostock vom 28.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/57, Bl. 261 und KV Wismar am 31.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 102 und Protokoll über die Beratung des Vorsitzenden mit Vorsitzenden der KV aus 15 BV am 27.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/4168, S. 5.

stalten⁷²³ und sowohl den Kernsatz 1 in den Parteistatuten und den äquivalenten ersten Verfassungsartikel zugunsten freier Wahlen abzuschaffen.⁷²⁴ Einzelne Mitglieder forderten bereits die „*Abschaffung der Diktatur*“⁷²⁵ oder erinnerten an die gewaltsame Gleichschaltung der Blockparteien in ihren Gründungsjahren.⁷²⁶ Der Bezirksvorsitzende Pommerenke folgte seinen Mitgliedern am 1. November und verkündete, dass die SED den Führungsanspruch *derzeit* verwirkt habe. Eine neue Verfassung, Rechtsstaatlichkeit und freie Wahlen würden den Weg für einen erneuerten Sozialismus ebnen.⁷²⁷ Auch bekannte er sich zu seiner persönlichen Mitverantwortung an der Krise.⁷²⁸ Nach dem Rücktritt Homanns proklamierte der neue Vorsitzende Hartmann am 3. November die „*uneingeschränkte Selbständigkeit*“ der Parteien in ihrer Zusammenarbeit mit der SED.⁷²⁹

Über die Initiatoren der Wende machte sich die NDPD keine Illusionen. Entgegen der Sichtweise der SED-Führung, sie selbst habe die Wende auf der 9. ZK-Tagung eingeleitet,⁷³⁰ stellten der Bezirksverband und einige Kreisverbände Anfang November fest, dass die Wende durch den Druck des Volkes erfolgte und man dem Engagement der Kirchen mit

⁷²³ Vgl. KV Wismar am 31.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 102.

⁷²⁴ Vgl. KV Rügen vom 3.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/103, Bl. 39. KV Greifswald bereits am 1.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 43. Ebenso KV Bad Doberan (Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 33) und Grevesmühlen (KV Wismar am 31.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 49) am 9.11.1989.

⁷²⁵ Zusammenstellung von Mitgliederzuschriften, 23.–24. Oktober, SAPMO BArch, DY 16/2751.

⁷²⁶ „*Das, was heute kritisiert wird, war auch schon in den Jahren des Neubeginns kritikwürdig, wurde aber hinter Gefängnismauern zum Schweigen gebracht.*“, Brief aus Rostock vom 30.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2755.

⁷²⁷ Vgl. Protokoll der großen Sondersitzung am 1.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 143.

⁷²⁸ Vgl. ebd., Bl. 138.

⁷²⁹ Rede Hartmanns *Aus nationaler und demokratischer Verantwortung für die Erneuerung des Sozialismus in der DDR* vom 3.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/5209, S. 2.

⁷³⁰ Vgl. Antrittsrede Krenz' am 24.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/832, S. 2. Erst in dem Aktionsprogramm der 10. ZK-Tagung vom 11./12. November 1989 räumte auch die SED ein, dass sie nicht selbst der Initiator der Erneuerung war. Vgl. Schritte zur Erneuerung – Aktionsprogramm der SED, in: Neues Deutschland vom 11./12. November 1989.

Hochachtung begegnen müsse.⁷³¹ Einige Mitglieder sahen auch Parteifreunde aus den eigenen Reihen als maßgebliche Akteure an.⁷³²

Trotz der massiven Kritik an der SED-Führung und dem Zustand der DDR war die erste Novemberhälfte geprägt von dem Bemühen, den Sozialismus als Staats- und Gesellschaftsform zu erhalten und die dazu nötigen demokratischen Reformen einzuleiten. Obwohl das Verhältnis zur SED für viele Mitglieder noch von dem Verständnis gekennzeichnet war, dass die Partei der Arbeiterklasse ihre Machtfülle lediglich demokratisch legitimieren lassen müsse, forderte der Kreisverband Ribnitz-Damgarten am 6. November den Rücktritt der Regierung und die juristische Haftung der SED-Funktionäre für den Zustand der DDR.⁷³³ Der Kreisverband Rügen stellte bereits den zweiten Kernsatz, die Verbrüderung mit der Sowjetunion, zur Disposition.⁷³⁴

Am 9. November 1989 forderte die NDPD-Bad Doberan gemeinsam mit der hiesigen CDU(D) freie und geheime Wahlen, die Einberufung eines Sonderparteitags, die Auflösung der SED-Kampfgruppen und der *Nationalen Front* und die Lossagung vom Führungsanspruch der SED.⁷³⁵ Bis Mitte November setzte sich dann „in fast allen Kreisverbänden die Forderung, die NDPD müsse sich klar und eindeutig gegen den Führungsanspruch der SED aussprechen“, durch.⁷³⁶ Auch nach dem Fall der Mauer sah der Rügener Kreissekretär die Bürger in der Pflicht, weiterhin auf die Straße zu gehen, um den demokratischen Prozess voranzutreiben, damit die „alten Verhältnisse“ nicht zurückkämen.⁷³⁷

⁷³¹ Vgl. Protokoll der Sondersitzung. des BV am 1.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 143 und Siehe auch: Stellungnahme des KV Rostock-Stadt am 27.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 346.

⁷³² Vgl. Vorbereitung. der Kreiskonferenz Wismar am 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 12 oder Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz Stralsund am 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/109, Bl. 4 und 6.

⁷³³ Vgl. Stellungnahme des KV Ribnitz-Damgarten vom 6.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 55 und 4.132/82, Bl. 9.

⁷³⁴ Vgl. Stellungnahme des KV Rügen vom 8.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 79–83.

⁷³⁵ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 9.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 33.

⁷³⁶ Aktuelle Informationen Nr. 83 vom 20.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 3.

⁷³⁷ Wortmeldung KV Rügen, Protokoll der 12. Sitzung des Bezirksverbands vom 23.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/23, Bl. 58.

In seiner Grundsatzrede vom 17.11.1989 suchte Hartmann einen ähnlichen Kompromiss wie de Maizière in der CDU(D):⁷³⁸ So zollte er der Einsichtigkeit der SED, in ihrem Aktionsprogramm keinen Führungsanspruch mehr zu erheben, Respekt und betonte, dass alles andere auch nicht mehr konsensfähig wäre. Dennoch wisse die NDPD um die besondere Rolle der Arbeiterklasse für die Gestaltung des Sozialismus.⁷³⁹ Trotz der Lossagung der NDPD vom Führungsanspruch der SED und den Austritten aus dem Block und *Nationaler Front* am Ende des Monats blieb das Festhalten an den Idealen des Sozialismus mehrheitsfähig.⁷⁴⁰ Über den realen Staatssozialismus in der DDR resümierte ein Mitglied aus dem Bezirk dennoch: „Nach 40 Jahren Diktatur müssen wir uns endlich eingestehen, dass der Sozialismus auf deutschem Boden an der Hab- und Machtgier seiner Führer gescheitert ist“.⁷⁴¹

Aus der Retrospektive betrachtet, liegt der Schluss nahe, dass mit dem Nicht-Eingreifen der NVA während der Demonstrationen in Leipzig und Berlin im Oktober 1989 die Entscheidung zur friedlichen Verlauf der Wende offensichtlich gewesen wäre. Das Gegenteil wird jedoch in den Akten der NDPD deutlich: Am 4. Dezember schrieb der Grimmener Kreisvorsitzende an den neuen Parteivorsitzenden Hartmann:

*„Sie (die Mitglieder, Anm. L.G.) sind auf´s Tiefste enttäuscht und haben große Angst. (...) Sie alle fragen, wie können wir verhindern, dass die am Sonntag auf den Druck der Basis zurückgetretenen Politbüromitglieder nicht wieder die Macht an sich reißen. Unsere Parteifreunde sind tief besorgt und haben Angst, weil Egon Krenz noch immer Vorsitzender des Staatsrates ist und was noch schlimmer ist, die Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates inne hat. (...) Die ehemaligen SED-Funktionäre haben nichts mehr zu verlieren, deshalb müssen wir alles tun, um eine Eskalation zu verhindern.“*⁷⁴²

Um Schlimmerem vorzubeugen, forderte der Kreisverband die sofortige Einberufung der Volkskammer, um Krenz von seinen Funktionen zu entbinden. Wahrscheinlich hat die bereits thematisierte Enttarnung des

⁷³⁸ Siehe Kapitel 3.2.2.1. *Die CDU(D): Kritik auf allen Ebenen – außer vom Vorsitzenden.*

⁷³⁹ Vgl. Grundsatzrede Hartmann am 17.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 8.

⁷⁴⁰ Vgl. z. B. die Stellungnahme des KV Bad Doberan Erneuerung der NDPD für einen erneuerten Sozialismus vom 30.11.89, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 39.

⁷⁴¹ Brief eines Parteimitglieds vom 27.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 283.

⁷⁴² Brief des Grimmener Kreisvorsitzenden an den Parteivorsitzenden Hartmann vom 4.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 54.

Waffenlagers in Kavelstorf zwei Tage vor diesem Aufruf die Unsicherheit über eine mögliche gewaltsame Reaktion befördert. Fest steht jedoch, dass über die Machtverhältnisse und den Behauptungswillen der SED zumindest im Bezirk Rostock länger Unsicherheit herrschte, als bislang angenommen und auch Teile der NDPD-Basis noch im Dezember eine gewaltsame Niederschlagung der Wende nicht ausgeschlossen haben.⁷⁴³

Der Parteitag der SED Mitte Dezember 1989 wurde von den Mitgliedern nur wenig wahrgenommen. Über die Wahl Gysis zum Parteivorsitzenden gab es vereinzelt freudige Worte, obwohl viele NDPD-Mitglieder mit der Wahl des Dresdner Reformsozialisten Berghofer gerechnet hatten.⁷⁴⁴

Während der NDPD-Hauptausschuss Mitte Dezember mit der Forderung, die SED müsse für ihre Verbrechen einstehen,⁷⁴⁵ die Annäherung an die Basis suchte, distanzierte sich mit Greifswald erstmals ein Kreisverband vom Begriff Sozialismus, da dieser durch die SED missbraucht worden sei.⁷⁴⁶ Der Beginn des Jahres 1990 war weiterhin von der Angst vor einer möglichen Restaurierung der SED unter Zuhilfenahme ihres Medienmonopols geprägt. Dagegen helfe nur die Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte und eine deutliche Distanzierung der NDPD-Führung von der SED-PDS.⁷⁴⁷ In Schwerin war die Angst vor einer Rückeroberung der Macht durch die SED-PDS selbst Mitte Januar noch so groß, dass die Ortsgruppe Crivitz ein Telegramm an die NDPD-Volkskammerabgeordneten sandte und vor einem Staatsstreich durch die SED-PDS warnte.⁷⁴⁸

⁷⁴³ Ähnliches bestätigte auch eine Forderung der Wismaraner NDPD vom 5. Dezember nach dem Rücktritt Krenz' und der Auflösung der SED-Kampfgruppen. Pressemitteilung des Demokratischen Blocks Wismar vom 5.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 104.

⁷⁴⁴ Vgl. Aktuelle Parteinformationen Nr. 86 vom 11.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 7–8.

⁷⁴⁵ Vgl. Protokoll der 7. Tagung des Hauptausschusses am 10.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/3699, S. 42.

⁷⁴⁶ Vgl. Programm der Arbeit des KV Greifswald bis zum 14. Parteitag vom 12.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 41–42.

⁷⁴⁷ Vgl. Schreiben des KV Bad Doberan an alle demokratischen Kräfte von Anfang Januar, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/31, Bl. 81 und Brief des KV Rügen an den Parteivorsitzenden Hartmann vom 8.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/103, Bl. 13.

⁷⁴⁸ Vgl. Volkskammer und Regierung seien nur geschäftsführend eingesetzt und im Falle der Ablehnung der Regierungserklärung entstünde ein Machtvakuum.

Mitte Januar fanden die Delegiertenkonferenzen in den Kreisen des Bezirks statt und förderten mannigfaltige Mitgliedermeinungen zutage. Insgesamt lässt sich eine Radikalisierung im Umgang mit der SED-PDS feststellen. Drastisch formuliert der Wolgaster Kreisverband seinen Programmentwurf „*gegen Faschismus und die SED-PDS*“.⁷⁴⁹ Häufiger entsteht der Eindruck, dass die möglichst harsche Absage an die SED-PDS die eigentliche Programmdiskussion überlagerte. Bemerkenswert ist die reflektierte Einschätzung eines Wismarer Mitglieds vom 13. Januar 1990, dass die Öffnung der Grenzen der Bewegung ihre Stoßkraft genommen hätte und damit die Erneuerung der DDR erschwert habe.⁷⁵⁰

Die Heterogenität der Mitgliedschaft in ihrem Verhältnis zur SED-PDS wurde auf der Rügener Kreiskonferenz klar umrissen: „*Viele verzeihen der NDPD nicht, dass sie das Wesen des Stalinismus nicht früher erkannt*“ hat, „*andere wollen nicht in einer NDPD sein, die die führende Rolle der SED nicht anerkennt.*“⁷⁵¹ Die reformsozialistischen Stimmen, die zwar eine Bevormundung, Täuschung und auch Instrumentalisierung durch die SED erkannten, aber auch bei der SED-PDS zwischen Basis und Parteiführung unterschieden, gab es nach wie vor.⁷⁵² Eine interessante Parallele zog ein Mitglied in einem Brief an Pommerenke: Man solle Toleranz gegenüber der SED walten lassen, das habe man bei der Integration der Ehemaligen ja auch gemacht. Nicht nur das Volk, auch die Mitglieder der SED seien belogen und getäuscht worden, mit denen könne man zusammenarbeiten.⁷⁵³

Auch die seit Dezember diskutierte Anstellungsverweigerung für ehemalige SED- oder Stasi-Mitglieder wurde mit dem Verweis „*gerade das*

um, das die SED-PDS zu einem Staatsstreich ausnutzen könnte. Telegramm aus dem KV Schwerin-Land vom 12.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/1903.

⁷⁴⁹ Stellungnahme des KV Wolgast nach der Kreislegitiertenkonferenz am 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 360.

⁷⁵⁰ Vgl. Brief eines Wismarer Mitglieds vom 13.1.1990 an den Bezirksverband, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 14.

⁷⁵¹ Protokoll zur Kreislegitiertenkonferenz Rügen vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/101, Bl. 19.

⁷⁵² So schrieb ein Mitglied, es fände den Umgang mit der SED unfair und fragte, warum diese sich nicht auch erneuern können sollte? Austrittserklärung vom 13.1.1990, ohne Ort, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/57, Bl. 317.

⁷⁵³ Vgl. Brief eines Mitglieds vom 20.1.1990 an Pommerenke, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 311. Der Verweis auf die Integration der Ehemaligen als Beispiel für den Umgang mit der SED lässt sich in den Archivalien häufiger finden.

wollte man doch nicht mehr zulassen“ teilweise abgelehnt.⁷⁵⁴ Welchen Weg man gegenüber der SED-PDS einschlug, machte in den Augen der Bevölkerung jedoch keinen Unterschied mehr „Wir haben uns vorgemacht, dass es uns besser gehen würde als der SED-PDS“, resümierte der Kreisverband Grimmen resigniert.⁷⁵⁵ Die Rolle der NDPD als getäushtes und unterdrücktes Opfer, in der sie selbst sich gerne sah, wurde von der Bevölkerung nicht angenommen. Stattdessen sahen die Wähler in ihr ein Mitträger des nun überholten Regimes, wie die Ergebnisse der Kommunalwahl deutlich zeigen.⁷⁵⁶

Bis auf wenige Berührungspunkte endete die Auseinandersetzung mit der SED-PDS nach den Phasen der Emanzipation (bis Ende November 1989) und der sich anschließenden politischen Bekämpfung (bis Ende Februar 1990). Ab März 1990 war der Fokus ausschließlich auf das entstehende liberale Bündnis ausgerichtet.

3.2.2.4. Die DBD: strukturell und inhaltlich die engste Verbündete der SED

Dass die DBD offiziell „fest und unverrückbar an der Seite der SED und der Massenorganisationen“⁷⁵⁷ stand und „ihren eigenständigen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in fester Verbundenheit zur SED“⁷⁵⁸ leistete, belegen nicht nur die vielfachen rituellen Treuebekennnisse bis in den Herbst 1989 hinein. Die Verzahnung von DBD und SED ging weit darüber hinaus.

Dankbar nahm die DBD nicht nur richtungsgebende Impulse des ZK entgegen⁷⁵⁹ oder setzte die gegebenen Empfehlungen der SED in Kaderfragen um,⁷⁶⁰ sondern das übliche Maß der Einflussnahme wurde bei der

⁷⁵⁴ Aktuelle Informationen Nr. 88 vom 8.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 3.

⁷⁵⁵ Aktuelle Parteiinformationen des KV Grimmen vom 26.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4. 132/36, Bl. 9.

⁷⁵⁶ Siehe Tabelle 11 *Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1990*, S. 434.

⁷⁵⁷ Hier z. B. Protokoll des 3. Tages des 12. Parteitags am 30.4.1987, SAPMO BArch, DY 60/68/, S. 328.

⁷⁵⁸ So z. B. in Vorschläge und Anregungen zur weiteren Entwicklung der Produktion, des Versorgungsniveaus und der Versorgungsstruktur bei Gemüse vom 14.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/3515, hier S. 1.

⁷⁵⁹ Vgl. z. B. Protokoll des 3. Tages des 12. Parteitags am 30.4.1987, SAPMO BArch, DY 60/68/, S. 366.

⁷⁶⁰ Vgl. z. B. Protokoll der 4. Tagung des Parteivorstands am 28.4.1988, SAPMO BArch, DY 60/329, S. 65.

DBD deutlich überschritten. So wurden auch die parteiinternen Lehrgänge und Schulungen maßgeblich von der „Partei der Arbeiterklasse“ bestimmt: Neun der zehn Kreissekretäre im Bezirk Rostock absolvierten als höchste politische Qualifikation die Bezirksparteischule der SED.⁷⁶¹ Bei anderen Funktionären war die Situation ähnlich.⁷⁶² Etwa zur Hälfte bestanden die Lehrgänge der DBD im Bezirk Rostock aus „Gasthörer-schaften“ an den Kreisschulen für Marxismus/Leninismus, wobei die Kooperation in den Kreisverbänden Bad Doberan, Greifswald, Grimmen und Wolgast besonders eng war: Hier wurden zwei Drittel der Lektionen an den jeweiligen SED-Kreisschulen durchgeführt. Dieser Umstand wurde auch durch den Bezirksverband der DBD als nachteilig bewertet und angestrebt, den Anteil der selbständig durchgeführten Lektionen auf mindestens 60 % zu erhöhen.⁷⁶³ Doch damit nicht genug: Auch die Lektionen, die an den Kreisschulen der DBD abgehalten wurden, wurden zu zwei Dritteln von SED-Mitgliedern durchgeführt.⁷⁶⁴ Insgesamt kann festgehalten werden, dass das Schulungswesen der Bauernpartei von der SED kontrolliert und aktiv gestaltet wurde, insbesondere in der Funktionärsriege.

Als einzige Partei besaß die DBD keinen eigenen Verlag, sondern veröffentlichte ihre Periodika über den Deutschen Bauernverlag, der zur Verlagsgruppe der SED gehörte.⁷⁶⁵ Die Redaktions- und Verlagsarbeit der DBD hätte nicht enger überwacht werden können. Diese personelle, strukturelle und ideologische Verzahnung zwischen SED und DBD ist wahrscheinlich auch die Ursache dafür, dass die Emanzipation der DBD zögerlicher vonstattenging, als bei den drei übrigen Parteien.

Die enge Anbindung wurde von der SED wohlwollend wahrgenommen. So schätzte die Kreisdienststelle Ribnitz-Damgarten Ende März 1989 ein,

⁷⁶¹ Vgl. Protokoll der 19. Sitzung des Parteivorstands am 15.11.1988, Übersicht über die 1. Kreissekretäre im Bezirk Rostock, SAPMO BArch, DY 60/860.

⁷⁶² Vgl. Protokoll der Sitzung des Bezirkssekretariats am 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768.

⁷⁶³ Zu einigen Problemen der Gestaltung der Lehrgänge an den Kreisschulen der DBD im BV Rostock vom 4.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/4758, S. 1. Sofern die „richtige Relation“ gewahrt bleibt, hat die Parteiführung allerdings nichts gegen dieses Vorgehen einzuwenden. Siehe ebd., S. 3.

⁷⁶⁴ Vgl. Übersicht über die DBD-Parteischulungen 1972–1989, Anlage 3, Eingesetzte Propagandisten. Abgesehen von wenigen Ausnahmen in einzelnen Kreisen und einzelnen Jahren setzte die SED etwa 50 % mehr Schulungskräfte in den Kreisschulen der DBD ein, als die Bauernpartei. SAPMO BArch, DY 60/4758. Überprüft wurde der Zeitraum von 1984–1989.

⁷⁶⁵ Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung vom 23.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/880.

dass sich die Mitglieder der DBD „tatsächlich als echte Bündnispartner der SED“ betrachten würden.⁷⁶⁶ Obwohl es aus den Reihen der jüngeren Mitgliedschaft seit 1984 auch Vorbehalte gegen die führende Rolle der SED, die materiell-technische Absicherung der Produktion und die Benachteiligung der Blockparteien bei der Besetzung von wirtschaftsleitenden Posten gab, hatten diese keinen nennenswerten Einfluss auf die Stimmungslage in der gesamten Partei.⁷⁶⁷

Erst im Sommer 1989 ist eine Erosion des guten Verhältnisses bemerkbar, die sich an der angezweiferten Verwirklichung von ZK-Beschlüssen zur Ersatzteillieferung zeigt: „...weil es ähnliche Festlegungen (...) schon öfter gab und trotzdem die Bedingungen nicht wesentlich besser wurden“.⁷⁶⁸ Während der Parteivorstand selbst auf seiner Sitzung am 2. November noch seine treue Unterstützung der SED bei der demokratischen Umgestaltung der DDR bekundete,⁷⁶⁹ kam aus den Ortsgruppen (kurz: OG) und Kreisverbänden vehementer Widerspruch: Einen Führungsanspruch könne man nur als Ergebnis von freien Wahlen behaupten,⁷⁷⁰ die DBD müsse sich lossagen und eigenständig profilieren.⁷⁷¹ Auch erste Austritte aus Protest gegen die Führungsrolle der SED wurden Anfang November gemeldet.⁷⁷²

Der Vorsitzende Günther Maleuda reagierte Mitte des Monats und erklärte: „Führung kann nur durch Leistung und Vertrauen erworben werden“.⁷⁷³ Die Unterordnung unter die SED wurde kritisiert, aber eine Zusammenarbeit mit ihr als einzig gangbaren Weg angesehen: „Koalitionspartner kann nur die SED sein, denn sonst wären wir über viele Jahrzehnte

⁷⁶⁶ Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien des Kreises Ribnitz-Damgarten vom 21.3.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 130, Bl. 5.

⁷⁶⁷ Vgl. Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, BStU, MfS HA XX, Nr. 6632, Bl. 13.

⁷⁶⁸ Information des BV über die Parteiarbeit im Monat Juni vom 11.7.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 10.

⁷⁶⁹ Vgl. Protokoll der 23. Sitzung des Präsidiums am 2.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/874, S. 5.

⁷⁷⁰ Vgl. z. B. Stellungnahme der OG Warnemünde/KV Rostock vom 14.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196.

⁷⁷¹ Vgl. z. B. Informationsbericht zur aktuell-politischen Lage in Grevesmühlen vom 3.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 3.

⁷⁷² Vgl. ebd. S. 4.

⁷⁷³ Protokoll der Sekretariatssitzung am 11.11.1989, SAPMO BArch, DY 69/3535, S. 12.

unseres Wirkens Doppelzüngler gewesen“.⁷⁷⁴ In der Mitgliedschaft machte sich jedoch eine zunehmende Widerstandshaltung gegen die SED-Führung bemerkbar, die von Enttäuschung und dem Gefühl, betrogen und ausgenutzt worden zu sein, geprägt war. Wie auch Teile der NDPD gestanden die Mitglieder aber den „vielen Tausend ehrlichen Mitgliedern der SED-Basis“ zu, sich ebenfalls erneuern zu können.⁷⁷⁵ Was bei der NDPD eine Minderheitenmeinung war, war bei der Mehrheit der DBD Konsens: Die gesellschaftliche Ausgrenzung der (ehemaligen) SED-Mitglieder ab Beginn des Jahres 1990 wurde als undemokratisch bewertet.⁷⁷⁶

Auch die DBD-Führung unterschied genau zwischen der SED Honeckers und der Krenz', beziehungsweise zwischen der alten SED und der reformierten SED-PDS/PDS.⁷⁷⁷ Die inhaltliche Abrechnung mit der „alten“ SED-Führung kam nicht zu kurz: Sie habe die DDR ignorant in eine tiefe Krise gestürzt, die DBD zu ihren eigenen Zwecken eingebunden, die Ideale der Mitglieder ausgenutzt, Informationen zurückgehalten, das Volk betrogen und auf die zu zaghafte Reformbemühungen der DBD nicht reagiert.⁷⁷⁸ Den Mitgliedern war diese Absage jedoch nicht deutlich genug, sonst hätte der Vorstand Gerüchte um ein mögliches Wahlbündnis mit der SED-PDS wohl kaum dementieren müssen.⁷⁷⁹ Auch die Zusammenarbeit mit dem VdGB und deren SED-Funktionären wurde zu Beginn des Jahres 1990 vielerorts abgelehnt.⁷⁸⁰

Während des anlaufenden Wahlkampfes, der zunehmenden Zusammenarbeit der CDU(D) und LDP(D) mit ihren westdeutschen Schwes-

⁷⁷⁴ Vorschläge und Hinweise aus der 9. Tagung des Parteivorstands am 14.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/ 3201, S. 2.

⁷⁷⁵ Wichtige Diskussionsinhalte und Fragen von einer Aussprache mit Lehrgangsteilnehmer an der Bildungsstätte Bad Kleinen vom 4.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196.

⁷⁷⁶ Vgl. Bericht zur Beratung des Sekretariats des Bezirksvorstandes Rostock am 11.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 3. Oder wenn das Bezirkssekretariat meldet, dass Probleme auftreten, da die ehemaligen SED-Mitglieder, die nun wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden sollen, auf Vorbehalte stoßen. Informationsbericht des BV Rostock vom 29.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 3.

⁷⁷⁷ In der Konzeption seines Referats auf der Sekretariatssitzung am 5.1.1990 fügte Maleuda persönlich per Hand das politisch wichtige Adjektiv „damalige“ vor „Parteiführung der SED“ ein. SAPMO BArch, DY 60/3542, S. 2.

⁷⁷⁸ Eine ausführliche Abrechnung mit der SED siehe: Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags, SAPMO BArch, DY/60/71, S. 5–12.

⁷⁷⁹ Vgl. Pressemitteilung vom 11.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/3211.

⁷⁸⁰ Vgl. Information 8/90 vom 5.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

terparteien, der konkreteren Aussicht auf die Vereinigung von BRD und DDR und der sich abzeichnenden Außenseiterposition der DBD schlug die Stimmung in den SED-freundlicheren Teilen der Basis allerdings wieder um: Ab dem März 1990 mehrten sich „*einzelne Stimmen von Parteimitgliedern dahingehend, dass die Aussage gegen eine Koalition mit der PDS falsch war*“.⁷⁸¹ Auch der Parteivorstand erkannte Ende März, dass DBD und PDS durch die politische Entwicklung der letzten drei Monate wieder gemeinsame Interessen hätten und kündigte an, dass man in der Volkskammer künftig auch mal einer Meinung sein könne.⁷⁸²

Das besonders enge Verhältnis zwischen SED und DBD prägte auch den Herbst/Winter 1989/90. Im Gegensatz zu den anderen befreundeten Parteien hatte ein größerer Teil der DBD-Mitglieder Vertrauen in das Erneuerungspotential der SED und unterschied deutlich zwischen der Mitgliedschaft und der Führung der „Partei der Arbeiterklasse“. Die Dimension der Entwicklungen des Frühjahr 1990 hat die Bauernpartei weder kommen sehen noch gewollt, wodurch sie erneut eine Interessidentität mit der PDS feststellte. Die Neuausrichtung auf ein konservatives Parteienbündnis im Sommer 1990 kam für die meisten Mitglieder im Norden der DDR völlig unerwartet.

3.2.3. Beziehung zum MfS: offizielle Kooperation und inoffizielle Durchdringung

Zusätzlich zu der offiziellen Kommunikation mit der SED und der Anleitungstätigkeit durch deren Organe ließ die Staatssicherheit alle Ebenen der Blockparteien operativ beobachten, sammelte gezielt Informationen, leitete Personenkontrollen auffälliger Mitglieder und Kader ein und war bemüht, die Stimmung in den Parteigliederungen nach ihrer Direktive zu beeinflussen.⁷⁸³ Dafür konnte sie insgesamt 273 Mitglieder der Rostocker Bezirksverbände als IM gewinnen.⁷⁸⁴ Diese inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit berichteten jedoch unterschiedlich zuverlässig und häufig und hatten stark differierende Einflussmöglichkeiten in ihren Parteiverbänden. Mehr als die Hälfte der IM war inaktiv oder derart

⁷⁸¹ Information 14/90 vom 5.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

⁷⁸² Vgl. Protokoll der 3. Tagung des Parteivorstands am 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3205, S. 10.

⁷⁸³ So z. B. über den Kreisfunktionär IMS Heinrich, der die Politik der SED Ende Oktober 1989 gegenüber den Mitgliedern verteidigte. Information vom 27.10.1989 des IMS Heinrich, MfS BV Rostock, KD Rostock, Nr. 90, Bl. 8.

⁷⁸⁴ Vgl. Übersicht über alle IM, die Mitglieder der Blockparteien sind, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 2.

wenig parteilich engagiert, dass sie keine „operativ-bedeutsamen“ Informationen liefern konnten.⁷⁸⁵

Eine besonders hohe Aufklärungsnotwendigkeit erkannte das MfS bei den beiden eigenständigen Gründungen CDU(D) und LDP(D), wie allein die Titel vieler MfS-Berichte, die sie explizit aufführen, zeigen. Die tatsächliche IM-Dichte war in den Reihen der CDU(D) aber deutlich geringer als bei den übrigen Parteien,⁷⁸⁶ was offensichtlich an Anwerbungsschwierigkeiten gelegen hat. Bei seiner Arbeit orientierte sich das MfS nicht nur auf die Basis, sondern auch auf auffällige Funktionäre, „feindlich-negative Kräfte“,⁷⁸⁷ kommunale Funktionsträger, die Pressorgane der Parteien, die Bezirksvorstände- und Verwaltungen, die Volkskammerfraktion und natürlich auch den Parteivorstand. Dabei erachtete es das „rechtzeitige Erkennen von Störfaktoren“ als notwendigen, ständigen „Prozess zur Unterstützung der Bündnispolitik unserer Partei“.⁷⁸⁸

Bis zum Frühjahr 1989 berichtete nur die Minderheit der IM direkt über die Vorgänge und Meinungen in ihren Parteigliederungen, denn die Aufklärungsbereiche der IM wurden nicht vordergründig nach ihrer Parteimitgliedschaft, sondern nach den individuellen Möglichkeiten festgelegt und genutzt. So waren beispielsweise Reisekader mit Aufgaben aus dem Bereich der Westarbeit betraut. Hauptsächlich wurde das berufliche und private Umfeld der IM abgeschöpft. Dabei waren je nach Informationszugänglichkeit der IM Betriebsinterna zur Planerfüllung⁷⁸⁹ oder Absicherung der landwirtschaftlichen Produktion⁷⁹⁰ ebenso von Belang wie die Informationssammlung über Spieler des F.C. Hansa Rostock⁷⁹¹ oder über Umwelt- und Jugendgruppen.⁷⁹² Bei allen Parteien

⁷⁸⁵ Vgl. Übersicht über alle IM, die Mitglieder der Blockparteien sind, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 2.

⁷⁸⁶ Vgl. IM-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 166.

⁷⁸⁷ So der offizielle Sprachgebrauch.

⁷⁸⁸ Einschätzung über die aktuellen Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien vom 8.5.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 130, Bl. 15.

⁷⁸⁹ Für die Aufklärung über die Planerfüllung und Arbeitsbedingungen auf der Warnow-Werft war z. B. AIM Asta zuständig, MfS BV Rostock, AIM 1300/90.

⁷⁹⁰ Z. B. durch den hauptamtlichen DBD-Mitarbeiter IMS Monika aus Grevesmühlen, MfS, BV Rostock, AGMS 3077/91.

⁷⁹¹ Damit war u. a. AIM Manfred Fürst beauftragt, der als Redakteur für die NNN gute Beziehungen zum Verein hatte. MfS, BV Rostock, AIM 361/91, Bl. 206.

⁷⁹² Vgl. z. B. AIM Klaus Stephan, MfS BV Rostock, Nr. 197/91, Bl. 104.

wurden die Presseorgane besonders intensiv „operativ abgesichert“ und die Durchsetzung der SED-Informations- und Medienpolitik über die Gewinnung von leitenden Redakteuren sichergestellt.

Obwohl die Lagebeherrschung, das Informationsaufkommen und die Zusammenarbeit mit den meisten Funktionären auch auf der Bezirksebene als zufriedenstellend, vertrauensvoll und ausreichend eingeschätzt worden ist,⁷⁹³ wurde im Frühjahr des Jahres 1989 als direkte Reaktion auf die steigende Unruhe in den Blockparteien eine Intensivierung der IM-Tätigkeit in den Parteien beschlossen. Das Ziel der „operativen Durchdringung der ständigen Lagebeherrschung der Kreisverbände“ galt „dem Erkennen von Tendenzen ideologischer Aufweichung und des Zurückweichens vor einer Auseinandersetzung mit gegnerischen Argumenten und der Überbetonung der Eigenständigkeit“.⁷⁹⁴ Dabei war „der Einsatz von IM (...) auf die Funktionäre und auf Personen mit Einflussmöglichkeiten auszurichten“, da sie „im Zuge von Glasnost und Perestroika vermehrt den Wunsch nach Eigenständigkeit und gewisser Opposition zur SED“ erwarteten ließen.⁷⁹⁵ Die Informationstätigkeit sollte zeigen, „ob die leitenden Kader hinter unserer Partei stehen“.⁷⁹⁶ Zusätzlich wurden Operative Personenkontrollen nach Bedarf in allen Parteien durchgeführt, die aber nur vereinzelt hauptamtliche Mitarbeiter trafen, da diese ohnehin strengen Kaderauswahlkriterien unterlagen.⁷⁹⁷ Stattdessen standen hier neben funktionslosen Mit-

⁷⁹³ Vgl. Über aktuelle Aspekte der polit-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere CDU und LDP(D) unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 3.5.1989, BStU, MfS HA XX, AKG, Nr. 6405, S. 10.

⁷⁹⁴ Jahresplan 1989 vom 20.1.1989, BStU, MfS, BV Rostock, KD Rostock, Nr. 271, Bl. 18.

⁷⁹⁵ Protokoll über die Leitungsberatung Rostock vom 13.4.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 130, Bl. 8.

⁷⁹⁶ Hinweise, Ergänzungen, Festlegungen bei der Leitungsberatung der Leiter der BV zu Blockparteien am 13.4.1989. BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 66.

⁷⁹⁷ Eine dieser Ausnahmen war der Bad Doberaner CDU(D)-Kreissekretär, der durch das MfS intensiv beobachtet wird. MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 130, Bl. 31. Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2588, Bl. 7.

gliedern insbesondere ehrenamtliche Ortsgruppenvorsitzende,⁷⁹⁸ Ratsmitglieder und weitere Personen auf kommunalen Wahlposten im Blickfeld der Staatssicherheit.⁷⁹⁹ Mit zunehmender Abkehr einzelner Kreisverbände von der Linie ihrer Vorstände und der Etablierung und Ausweitung oppositioneller Kräfte im Umfeld von CDU(D), LDP(D) und NDPD im Sommer 1989 wurde eine erneute Erhöhung des Informationsaufkommens, Einflussnahme auf Einzelpersonen, eine Erweiterung des Einsatzgebietes bestehender IM,⁸⁰⁰ die Reaktivierung ehemaliger und Neugewinnung künftiger IM als notwendig erachtet.⁸⁰¹

Im Herbst 1988 waren im Bezirksverband der **CDU(D)** 52 IM installiert.⁸⁰² In Relation zu der Größe des Bezirksverbandes wies die CDU(D) mit 0,65 % die geringste Durchdringung mit Mitarbeitern der Staatssicherheit auf. Im Bezirksvorstand verfügte das MfS über zwei Mitarbeiter, die „Einflussmöglichkeiten“⁸⁰³ hatten. Das Parteiorgan *Der Demokrat* war ebenso bis in die Leitungspositionen mit IM durchdrungen. Nicht vernachlässigen darf man bei diesen numerischen Betrachtungen aber, dass sich die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten und der Informationsstand der IM stark voneinander unterschieden.

Auffällig ist, dass die Vorsitzende des Rostocker Kreisverbandes in den eingesehene Akten der Staatssicherheit keine Rolle zu spielen scheint, obwohl parteiintern aus dem Kreisverband die kritischsten Äußerungen

⁷⁹⁸ Z. B. die OPK „Nörgler“ gegen einen NDPD-Ortsgruppenvorsitzenden aus Wolgast. Einschätzung der politisch operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere CDU und LDP(D), unter besonderer Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis dieser Parteien gegen die Politik der SED sowie Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 23.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 10, Bl. 147.

⁷⁹⁹ Vgl. Erkenntnisse über Versuche zur Ausprägung eines Kurses der Eigenständigkeit und Selbständigkeit der befreundeten Parteien, Frühjahr 1989, MfS, BV Rostock, HA XX, AKG, Nr. 6406, Bl. 8.

⁸⁰⁰ So erhielt etwa der IM AIM Asta am 15.9.1989 den Auftrag, zusätzlich Informationen über den NDPD-KV Rostock-Stadt zu erarbeiten. Aktenvermerk vom 15.9.1989, MfS BV Rostock, AIM 1300/90, Bl. 201.

⁸⁰¹ Vgl. Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere LDP(D) und CDU vom 24.8.1989, MfS BV Rostock/Rügen, Abt. XX, Nr. 887, Bl. 8.

⁸⁰² Vgl. Übersicht über alle IM, die Mitglieder der Blockparteien sind, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 2.

⁸⁰³ Einschätzung der Wirksamkeit der politisch-operativen Kräfte und Mittel zur operativen Sicherung der befreundeten Parteien vom 6.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 70.

gemeldet wurden. So bezog sie als einzige Kreisvorsitzende eine positive Stellung zum Engagement der Kirchen und sprach sich zeitgleich mit dem als reaktionär bewerteten Vorsitzenden des Kreisverbandes Bad Doberan, dem späteren Bundesminister für besondere Aufgaben Günther Krause, für das Verlesen des reformsozialistischen *Briefes aus Weimar* und die Emanzipierung vom Hauptvorstand aus.⁸⁰⁴ Dass dies offensichtlich nicht an die Staatssicherheit weitergegeben worden ist, obwohl acht inoffizielle Mitarbeiter in dem Kreisverband eingesetzt waren,⁸⁰⁵ relativiert die Einschätzung des MfS als allwissendes Organ.

Das MfS erkannte in der **LDP(D)** das größte kritische Potential aller Blockparteien und rückte die Anwerbung von Parteimitgliedern für die inoffizielle Informationstätigkeit in den Fokus. Obwohl der Bezirksverband der LDP(D) mit 40 IM und 1,1 % die zweithöchste Dichte aufwies,⁸⁰⁶ beklagte das MfS dies häufig als ungenügend.⁸⁰⁷ In den einzelnen Kreisverbänden unterschied sich die IM-Anzahl erheblich. Der Grimmer LDP(D)-Kreisverband ist der einzige Verband aller Parteien im Bezirk Rostock, in dem kein einziger IM tätig war.⁸⁰⁸ Im Bezirksverband stellte sich die Situation kaum anders dar: Zum Leidwesen des MfS war bis zum August 1989⁸⁰⁹ keines der Bezirksvorstandsmitglieder für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS zu bewegen.⁸¹⁰ Die Redaktion der *Norddeutschen Zeitung* wurde dagegen bewusst vernachlässigt: Man wusste einen treuen IM in leitender Position in der Schweriner Hauptre-

⁸⁰⁴ Vgl. Informationsbericht vom 5.12.1988, ACDP 03-43-032/4, S. 3 und Protokoll der Kreisvorstandssitzung Rostock-Stadt vom 18.9.1989, ACDP 03-043-043/3 und Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 19.9.1989, ACDP 03-043-043/1.

⁸⁰⁵ Vgl. IM-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 166.

⁸⁰⁶ Vgl. ebd.

⁸⁰⁷ Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1684, Bl. 10.

⁸⁰⁸ Vgl. IM-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 166.

⁸⁰⁹ Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit der politisch-operativen Kräfte und Mittel zur politisch-operativen Sicherung der befreundeten Parteien vom 15.8.1989, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 64.

⁸¹⁰ Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit der politisch-operativen Kräfte und Mittel zur politisch-operativen Sicherung der befreundeten Parteien vom 6.3.1989, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 69.

daktion, weshalb eine Kontrolle auf bezirklicher Ebene als unerheblich angesehen wurde.⁸¹¹ Noch im März 1989 wurde der IM-Bestand, abgesehen von den Kreisverbänden Grimmen, Bad Doberan sowie Wismar und dem Bezirksverband, als ausreichend eingeschätzt⁸¹² und man bewertete den bestehenden offiziellen Kontakt zu den Bezirks- und Kreisfunktionären insgesamt als „gut und vertrauensvoll“.⁸¹³ Selbst in dem LDP(D)-Jugendbeirat, dessen Gründung erhebliches Aufsehen erregt hatte, konnte das MfS einen Informanten installieren.⁸¹⁴

Auch bei der LDP(D) berichtete nur ein geringerer Teil der vorhandenen IM über die Lage in den Kreisverbänden und die vorherrschenden Meinungen. Dies war jedoch auch nur bedingt nötig, da das MfS zusätzlich zu den selbst erhobenen Informationen regelmäßig die Informationsberichte der LDP(D) erhielt. Die wesentlichen Inhalte der LDP(D)-internen Informationsberichte und der erhobenen Informationen des MfS stimmen miteinander überein. Die übrigen IM waren mit der Informationsbeschaffung über Personen aus deren Umfeld oder der „Zurückdrängung von Kräften des Untergrunds“ beauftragt, die man besonders stark im Umfeld der LDP(D) vermutete.⁸¹⁵ Über die offiziellen und inoffiziellen Informationskanäle war das Ministerium in der Regel über die Tendenzen und Entwicklungen der Stimmung an der LDP(D)-Parteibasis informiert.

Das MfS Rostock unterhielt 84 inoffizielle Mitarbeiter in den Reihen der **NDPD**.⁸¹⁶ In Relation zur Stärke des Bezirksverbands lag die IM-Dichte mit 1,2 % leicht über der der LDP(D) und damit am höchsten. Wenn auch das überlieferte Informationsaufkommen als zu gering für die Lagebeherrschung eingeschätzt wurde,⁸¹⁷ so war die Staatssicherheit auch

⁸¹¹ Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit der politisch-operativen Kräfte und Mittel zur politisch-operativen Sicherung der befreundeten Parteien vom 6.3.1989, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 71.

⁸¹² Vgl. Lageeinschätzung in den befreundeten Parteien vom 22.3.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 165.

⁸¹³ Erkenntnisse über Versuche zur Ausprägung eines Kurses der Eigenständigkeit und Selbständigkeit der befreundeten Parteien, Frühjahr 1989, MfS, BV Rostock, HA XX, AKG, Nr. 6406, Bl. 8–9.

⁸¹⁴ Vgl. Akte des IM Richard Weisenberg, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1672.

⁸¹⁵ Erkenntnisse über Versuche zur Ausprägung eines Kurses der Eigenständigkeit und Selbständigkeit der befreundeten Parteien, Frühjahr 1989, MfS, BV Rostock, HA XX, AKG, Nr. 6406, Bl. 8–9.

⁸¹⁶ Vgl. IM-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 166.

⁸¹⁷ Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter geson-

hier gut über das allgemeine Stimmungsbild in der Mitgliedschaft informiert. Schwachstellen wurden lediglich in den Kreisverbänden Wismar und Bad Doberan und einzelnen Ortsgruppen ausgemacht.⁸¹⁸ Im Bezirksverband gab es einen Informanten,⁸¹⁹ der die ungenügende Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorsitzenden Pommerenke kompensieren sollte.⁸²⁰ Die Aktenlage legt allerdings den Schluss nahe, dass die meisten hauptamtlichen Kreisfunktionäre, die das MfS für eine inoffizielle Zusammenarbeit gewinnen konnte, aus den Reihen der Nationaldemokraten stammten. In einem Kreis des Bezirks waren sogar der erste und zweite Kreissekretär IM und kontrollierten sich gegenseitig.

Abgesehen von diesen Anwerbungserfolgen verlief die Kommunikation zwischen MfS und einzelnen NDPD-Kreisfunktionären nicht zur Zufriedenheit des Ministeriums: So wurde häufiger die Zusammenarbeit mit dem Kreisvorsitzenden aus Bad Doberan⁸²¹ und leitenden Kreisfunktionären aus Wolgast⁸²² und Grevesmühlen⁸²³ kritisiert. Auffällig ist die bei der NDPD bestehende Diskrepanz zwischen der eingeschätzten operati-

derter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1684, Bl. 10.

⁸¹⁸ Vgl. ebd.

⁸¹⁹ Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit der politisch-operativen Kräfte und Mittel der politisch-operativen Sicherung der befreundeten Parteien vom 6.3.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 71.

⁸²⁰ Pommerenke informiere nur in Sicherheits- und Kaderfragen, in anderen bedeutsamen Fragen reagiere er nur auf Anfragen des MfS. Siehe: Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1684, Bl. 10 und Lageeinschätzung in den befreundeten Parteien vom 22.3.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 181.

⁸²¹ Vgl. Lageeinschätzung in den befreundeten Parteien vom 22.3.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 170.

⁸²² Vgl. Abstimmung zur Lage in den befreundeten Parteien, 15.8.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 56.

⁸²³ Vgl. Einschätzung der polit-operativen Lage und wesentlicher Entwicklungstendenzen in den befreundeten Parteien sowie der Ergebnisse polit-operativen Wirksamwerdens seit der Analyse der Abt. XX vom 29.3.1989, 16.9.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Bl. 88 und 94.

ven Bedeutsamkeit einzelner Kreisverbände und dem dort vorhandenen IM-Bestand. So waren in den kritischeren Kreisverbänden Bad Doberan und Wismar nur zwei bzw. drei IM tätig, während in unauffälligeren Kreisverbänden wie Stralsund oder Ribnitz-Damgarten jeweils 13 Informanten arbeiten. Eine Ausnahme bildete hier nur der politisch auffällige Kreis Wolgast, in dem mit 16 die meisten Mitarbeiter ansässig waren und diesen Kreisverband damit rein numerisch zu dem am intensivsten bespitzelten Kreisverband aller Parteien im Bezirk Rostock machten.⁸²⁴

Im Bezirksverband der **DBD** waren 97 IM eingesetzt, die einen Anteil von knapp 1 % der Mitgliedschaft ausmachten. Damit war die IM-Dichte leicht geringer als bei NDPD und LDP(D), lag jedoch deutlich über der der CDU(D). Abgesehen von den bereits erwähnten Vorbehalten gegen die Kaderpolitik und Absicherung der landwirtschaftlichen Produktion hielt sich die DBD auch im Jahr 1989 scheinbar vorbildlich an die bündnispolitischen Vorgaben der SED: In vielen Informationsberichten und Lageeinschätzungen wurde die DBD entweder nur lobend oder gar nicht erwähnt.⁸²⁵ Auch zu dem Bezirksvorsitzenden Senkpiel pflegte das MfS *„eine sehr gute offizielle Zusammenarbeit, die sich auf die ehemalige Nutzung als IMK stützt. Er informiert selbständig über Probleme und bemerkt diese politisch richtig.“*⁸²⁶ Unter den übrigen IM stach besonders der strebsame und engagierte Leiter der Verschlussstelle, IM Stephan, hervor.⁸²⁷ Trotz

⁸²⁴ Vgl. IM-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 166.

⁸²⁵ Vgl. z. B. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter besonderer Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1684, Bl. 9.

⁸²⁶ Hinter dem Kürzel IMK verbarg sich ein Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens. Lageeinschätzung in den befreundeten Parteien vom 22.3.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 180. Bis 1983 war Senkpiel als IMK „Inge“ unter der Registratur BV Rostock AIM 1546/83 gelistet.

⁸²⁷ Obwohl die Zusammenarbeit mit ihm 1970 wegen Dekonspiration abgebrochen war, wandte sich „Stephan“ Ende September 1989 an das MfS, da er es angesichts der Übernahme des Bezirksvorsitzes durch Günther Edler am 15.9.1989 *„für angebracht“* hielt, dass *„wir einen kontinuierlichen Informationsaustausch wieder aufnehmen sollten“*. Brief des IM Stephan vom 29.9.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 901, Bl. 3. „Stephan“ befragt außerdem Kreisvorsitzende telefonisch zu deren Meinung zu aktuellen Geschehnissen. Infor-

der Unauffälligkeit der Mitglieder, der „*stabilen Arbeitsbeziehungen*“⁸²⁸ zu den IM, der engen Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorsitzenden und der Tatsache, dass die DBD ihre Informationsberichte selbst an die Staatssicherheit weiterleitete,⁸²⁹ wurde der IM-Bestand im DBD-Bezirksverband Rostock als ungenügend eingeschätzt.⁸³⁰ Und dies, obwohl die DBD zu Recht als treueste Verbündete der SED wahrgenommen wurde und sich auch selbst als natürlicher Kampfgefährte der Partei der Arbeiterklasse verstand. Möglicherweise beurteilte die SED die Bauernschaft aber auch am Ende der 80er Jahre noch als tendenziell reaktionär.⁸³¹

Dass das MfS auch hier leitende Kader für eine Zusammenarbeit gewinnen konnte, zeigen mehrere hauptamtliche Mitarbeiter im Bezirk, Mitglieder des Rostocker Bezirksvorstandes und ein Minister in der Regierung Modrow, zu dem das MfS den Kontakt nach eigenen Angaben aber mit dessen Ernennung Mitte November 1989 einstellte.⁸³²

Über die Informationsabschöpfung hinaus haben die IM, teilweise überzeugt und freiwillig, teilweise im Auftrag, versucht, die Stimmungsbildung in ihrem Einflussbereich zu lenken.⁸³³ Das MfS griff auch direkt ein und lehnte Kandidaturen oder Berufungen in Parteiämter ab⁸³⁴ oder ließ

mation und Meinungen zu den Festlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR und den Ausschreitungen der letzten Tage von Mitgliedern der DBD-Rostock vom 10.10.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 901, Bl. 6–8.

⁸²⁸ Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien vom 28.8.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt XX, Nr. 130, Bl. 45.

⁸²⁹ Vgl. z. B. Akte MfS HA XX, Nr. 825.

⁸³⁰ Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1684, Bl. 10.

⁸³¹ Siehe dazu Kapitel 2.1. *Ideologische Hintergründe der Bündnispolitik im Sozialismus*.

⁸³² Vgl. Einschätzung der Zusammenarbeit mit dem IME Klaus Sommer vom 24.11.1989, BStU Neubrandenburg, Abteilung X07I, Nr.: 03 113/83, Bl. 17.

⁸³³ So berichtete der Minister für Post- und Fernmeldewesen, er habe sich in einer kontroversen Volkskammerfraktionssitzung am 1.11.1989 „*leidenschaftlich für Krenz ausgesprochen*“ und konnte dadurch das Abstimmungsergebnis wesentlich beeinflussen. Persönliche Information des Ministers für Post- und Fernmeldewesen vom 1.11.1989, BStU, MfS, HA XX, Nr. 4836, Bl. 39.

⁸³⁴ So zum Beispiel im Falle eines Greifswalder Pfarrers, der auf Bestreben des MfS im Vorfeld der Kommunalwahl 1989 von der Kandidatenliste für die

unliebsame Kader wie eine Grevesmühlener NDPD-Kreissekretärin intensiv beobachten um sie zu einem geeigneten Zeitpunkt aus ihren Ämtern zu entfernen.⁸³⁵

Ein Höhepunkt der Personalpolitik der Staatssicherheit ist in den erzwungenen Rücktritten der Parteivorsitzenden Götting und Homann zu sehen. In beiden Fällen handelte es sich nicht um einen Befreiungsschlag von der SED, sondern ganz im Gegenteil um eine mit der SED-Führung abgesprochene und von ihnen gebilligte Entscheidung zur Wiederherstellung der Stabilität der Partei.⁸³⁶ Die Nachfolge durch de Maizière und Hartmann war jedoch nicht im Sinne der Staatssicherheit⁸³⁷ und ist als Sieg der kirchlichen Kreise bzw. der Parteibasis zu werten: Im Falle Homanns (NDPD) war der Leiter der ZK-Abteilung Befreundete Parteien vorab informiert und hat die geplante Absetzung gebilligt. Darüber hinaus wurde auch die Nachfolgeregelung mit dem ZK besprochen. Als neuen Vorsitzenden präferierte der Abteilungsleiter den Berliner Bezirksvorsitzenden und langjährigen IM Günther Schlomann,⁸³⁸ den die

Stadtverordnetenversammlung gestrichen wurde. Einschätzung der politisch-operativen Lage und wesentlicher Entwicklungstendenzen in den befreundeten Parteien sowie der Ergebnisse politisch-operativen Wirksamwerdens seit der Analyse der Abteilung XX am 29.3.1989 vom 16.9.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 93.

⁸³⁵ Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1684, Bl. 8.

⁸³⁶ Vgl. Persönliche Information des Ministers für Post- und Fernmeldewesen vom 1.11.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 4836, Bl. 39.

⁸³⁷ Vgl. Bericht der ZAIG über die VK-Sitzung am 3.11.1989, BStU, MfS 3750, Bl. 23–25.

⁸³⁸ Schlomann wurde 1956 geworben und ab 1966 bereits archiviert. BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 598/2, Bl. 341. Die Zusammenarbeit mit ihm als Berliner Bezirksvorsitzender wurde unabhängig davon als sehr vertrauensvoll und ehrlich eingeschätzt. Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2588, Bl. 7.

NDPD-Hauptausschusstagung am 31.10.1989 jedoch als inakzeptabel ablehnte und sich stattdessen für Hartmann entschied.⁸³⁹

Auch im Falle Göttings waren die Macht der SED und die eingeschliffenen Kommunikationspfade Ende Oktober noch groß genug, um den Zeitpunkt der Absetzung des Parteivorsitzenden zu bestimmen. Bei der Neubesetzung konnten sich die SED-Führung dann aber nicht mehr durchsetzen. Damit konnte das Vorhaben der SED, durch die Absetzung der linientreuen Parteivorsitzenden sowohl die befreundeten Parteien als auch das etablierte politische System der DDR insgesamt zu stabilisieren, nicht mehr umgesetzt werden. Interessanterweise verlief die Absetzung Honeckers Mitte Oktober nach einem ähnlichen Muster. Als übergeordnete Instanz signalisierte hier allerdings Moskau stillschweigendes Einverständnis mit Vorhaben Krenz', die DDR durch einen Führungswechsel zu stabilisieren.⁸⁴⁰

Die eingesehenen Quellen belegen, dass das Ministerium für Staatssicherheit in den 80er Jahren über die Grundzüge der allgemeinen Stimmung, der Meinungen zu aktuellen politischen Themen und die Kritik der Blockparteimitglieder informiert war, wenn auch einzelne Einschätzungen des oppositionellen Potentials einzelner Kreisfunktionäre nicht haltbar sind. Zwischen den Inhalten der parteiinternen Informationstätigkeit und den operativ ermittelten Ergebnissen der Staatssicherheit lässt sich kein wesentlicher Unterschied feststellen, was auch als Indiz für die relativ hohe Authentizität der Parteiberichterstattung zu werten ist.

Die parteispezifische Betrachtung der IM-Verteilung auf die Kreisverbände zeigt, dass es bis auf wenige Ausnahmen keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem anhand des Quellenstudiums eingeschätzten kritischen Potential und der IM-Dichte in den Kreisverbänden gab.⁸⁴¹ Möglicherweise zufällige Ausnahmen sind der politisch wenig konforme LDP(D)-Kreisverband Rügen, der mit 2,8 % auch gleichzeitig die höchste IM-Quote aufweist. Ähnlich verhält es sich mit dem DBD-Kreisverband Bad Doberan.⁸⁴² Auch dadurch wird die Einschätzung

⁸³⁹ Vgl. Information zur Ergänzung der Information 593/89 aus dem Zentralen Vertragsgericht vom 1.11.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 18776, Bl. 26–28.

Homann war auf dieser Hauptausschusstagung nicht anwesend, da er sich bis zu der Information über seinen Rücktritt am 2.11.1989 in Moskau aufhielt.

⁸⁴⁰ Am 16. Oktober war FDGB-Chef Harry Tisch zu einem Routinebesuch in Moskau und sprach mit Gorbatschow. Vgl. Malycha, Die SED, S. 401.

⁸⁴¹ Siehe dazu Kapitel 4.4. *Kreisverbände*.

bestätigt, dass es dem MfS nicht in erwünschtem Maße gelungen ist, gezielt IM in „Unruheherden“ zu werben.

Ende November 1989 wurde ein nicht unwesentlicher Teil der MfS-Akten vernichtet. Vermutlich handelte es sich hierbei um Material, das als brisant eingeschätzt worden ist. Es ist anzunehmen, dass Überlegungen zum Schutz von höherrangigen Parteimitgliedern bei den Säuberungen ausschlaggebend waren. Über die Kassierung selbst wurde Buch geführt, sodass sich in einigen IM-Akten nur noch ein Vernichtungsdatum finden lässt. Wenn nicht die gesamte Akte vernichtet wurde, sind von mehrbändigen Aktentiteln heute nur noch einzelne Bände mit stark ausgedünntem Material vorhanden. Daher lassen sich IM-Berichte nicht in allen Fällen auf konkrete Personen und Klarnamen zurückführen. So können auch bestehende Mutmaßungen über eine mögliche IM-Tätigkeit von Lothar de Maizière oder Gregor Gysi auf Grund der vernichteten Unterlagen nicht mehr mit Sicherheit bestätigt oder ausgeräumt werden. Selbst das Vorhandensein einer IM-Vorlaufakte ist kein Beweis für eine mögliche Zusammenarbeit, da diese durch das MfS zum Teil Jahre vor der ersten Kontaktaufnahme mit dem IM-Kandidaten angelegt wurden und keine belastbaren Aussagen über dessen tatsächliche Mitwirkungsbereitschaft enthalten.

Die Akten, die mehr oder weniger vollständig vorhanden sind und auch die Klarnamen der Informanten enthalten, betreffen zumeist einfache Mitglieder, hauptamtliche Mitarbeiter auf Kreisebene, leitende Funktionäre der Parteipresseorgane oder Angehörige der kommunalen Gremien. Von diesen berichtete jedoch nur etwa die Hälfte über Parteiinterna, während die anderen auf Personen aus dem Bekanntenkreis, dem Wohn- und Arbeitsumfeld, der Kirche oder Vereinen angesetzt waren. Häufiger waren IM parallel zu eigener Berichtstätigkeit auch Beobachtungsgegenstand: Besonders bei CDU(D) und NDPD wird deutlich, dass die IM selbst, auch über die Aufklärung vor der Anwerbung hinaus, rege ausgespioniert worden sind und sich ohne das Wissen um die Tätigkeit des anderen gegenseitig kontrollierten.

Auffällig ist, dass Personen, die von einem Mitarbeiter des MfS als reaktionär eingeschätzt wurden, gleichzeitig aber inoffiziell mit anderen Dienststellen zusammengearbeitet haben können, dies aufgrund der äußerst selektiven Informationsverbreitung aber nur ihrem Führungs-IM

842 Der mögliche Einwand, dass die vermehrten IM-Berichte aus diesen Kreisen lediglich einen genaueren Einblick in die Vorgänge an der Basis liefern und deswegen kritischer erscheinen, ist hier nicht gerechtfertigt: Politisch-inhaltlich zeigen die Berichte der IM und die parteiinternen Informationen die gleiche Tendenz auf.

und dessen direktem Vorgesetzten bekannt war. So auch im Falle eines CDU(D)-Kreisfunktionärs, der nach der Vereinigung politische Karriere als Bundesminister machte: Zum einen wurde dieser noch im Sommer 1989 als aussichtsreicher, kooperativer und engagierter IM-Kandidat „Rechner“ geführt und zum anderen über die Eignungsfeststellung hinaus selbst inoffiziell „aufgeklärt“. ⁸⁴³ Als sich bei diesem IM ab September 1989 vermehrt „widerständiges Verhalten“ zeigte, wurde dessen weitere Instrumentalisierung zur möglichen Einflussnahme auf oppositionelle Kräfte angestrebt. ⁸⁴⁴

Abgesehen von z. T. erzwungener Kooperation und der Ausnutzung tatsächlicher oder inszenierter Abhängigkeitsverhältnisse sind die Grenzen zwischen Opfer- und Täterschaft in vielen Fällen nicht eindeutig zu ziehen. Mary Fulbrook schätzt den Anteil derer, die zur Mitarbeit genötigt wurden, auf etwa 10 % ein und weist zu Recht darauf hin, dass diffuse Einschüchterungs-Szenarien einem weitaus größeren Teil der IM-Anwerbungen zugrunde gelegen haben. ⁸⁴⁵

3.2.4. Die Parteien im SED-Herrschaftssystem: Anleitung und Inszenierung

Die Blockparteien unterlagen spätestens seit ihrer endgültigen Unterwerfung zu Beginn der 50er Jahre einer strengen Anleitung und Kontrolle durch die SED. Die Konzeption hinter ihrer Instrumentalisierung wurde bereits kurz thematisiert. Zur Modifizierung dieser Anleitungskonzeption als Reaktion auf die zunehmende Destabilisierung der SED-Herrschaft und Emanzipation der Mitglieder in den späten 80er Jahren können wegen der noch nicht gegebenen Zugänglichkeit des Archivgutes nur einige grobe Aussagen getroffen werden.

In der ZK-Abteilung Befreundete Parteien waren Ende 1988 insgesamt 8 Mitarbeiter tätig. Nach den Abteilungen Kirchenfragen, Sport und Betriebsgewerkschaftsleitungen mit je 5 beziehungsweise 7 Mitarbeitern gehörte die Abteilung Befreundete Parteien zu den kleinsten und damit

⁸⁴³ Akte des IM-Kandidaten: IM-Vorgang, BStU, MfS BV Rostock, Nr. 1168/89. Berichte über die inoffizielle Beobachtung des Kreisfunktionärs u.a.: Information zur 2. Tagung des BV der CDU-Rostock vom 27.9.1989, BStU, MfS Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 135.

⁸⁴⁴ Information zur 2. Tagung des BV der CDU-Rostock am 27.9.1989 vom 2.10.1989, BStU, MfS Rostock, Nr. 1168/89, Bl. 195.

⁸⁴⁵ Vgl. Fulbrook, Normales Leben, S. 260.

scheinbar am wenigsten bedeutsamen ZK-Abteilungen.⁸⁴⁶ Unter der Leitung von Irene Köhler (1962–1969), Waldemar Pilz (1969–1985) und Karl Vogel (1985–1989) wurden hier die Entscheidungen von Politbüro und ZK-Sekretariat vorbereitet, die zugeordneten Staatsorgane unterwiesen und die Ausführung kontrolliert. „*Fachlich bedeutsame Entscheidungen fielen nicht in den Ministerien, sondern in der jeweils federführenden ZK-Fachabteilung*“, unterstreicht Malycha die Bedeutung der ZK-Abteilungen.⁸⁴⁷ Im Rahmen dieser Aufgabe wurden programmatische Schriftstücke der Parteien redigiert und die Vermittlung der politisch-ideologischen Vorgaben der SED überprüft,⁸⁴⁸ die Inhalte der politischen Schulungen der Mitglieder abgestimmt,⁸⁴⁹ die parteiinternen (!) Informationsberichte hinsichtlich der Meinungsbildung innerhalb der Mitgliedschaft ausgewertet,⁸⁵⁰ die Überprüfung der Auslandskorrespondenz und -kontakte vorgenommen und diese den Interessen der SED angepasst,⁸⁵¹ Kaderentscheidungen abgestimmt und Verteilungsschlüssel festgelegt,⁸⁵² die Mitgliedsentwicklung sowie Anzahl und ideologische Position der Neumitglieder überwacht⁸⁵³ und die generelle Umsetzung der Vorgaben

⁸⁴⁶ Zum Vergleich: Insgesamt arbeiteten Ende 1988 1927 Mitarbeiter im zentralen Apparat, von denen allein 96 in der Abteilung Internationale Verbindungen beschäftigt waren. Vgl. Tabelle 5: Die Anzahl der Mitarbeiter im zentralen Apparat des Zentralkomitees im Dezember 1988, in: Malycha, A.: Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971–1989 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 102), Oldenburg 2014, S. 81.

⁸⁴⁷ Eine Ausnahme dieser Mächtekonstellation bildete lediglich die Volksbildungsministerin Margot Honecker, deren Machtbefugnisse deutlich über denen des ZK-Abteilungsleiters rangierten. Malycha, Die SED, S. 86.

⁸⁴⁸ Vgl. z. B. die LDP(D)-Thesen *Charakter, Rolle und Aufgaben der LDP(D) bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der DDR* vom 10.11.1981, SAPMO BArch, DY 30/vorl. SED 22815.

⁸⁴⁹ Vgl. z. B. Konzeption zur Durchführung von Qualifizierungsveranstaltungen für hauptamtliche Funktionäre der Bezirks- und Kreisvorstände sowie der politischen Mitarbeiter des Parteivorstandes an der Zentralen Parteischule Borghelde (DBD) vom 29.9.1987, SAPMO BArch, DY 30/vorl. SED 36218.

⁸⁵⁰ Vgl. z. B. Zur weiteren Auswertung der Beratung am 16.1.1986 mit den Mitarbeitern der Bezirksleitungen der SED, die für die Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien verantwortlich sind, SAPMO BArch, DY 30/vorl. SED 36219, S. 3.

⁸⁵¹ Vgl. z. B. Protokoll der Arbeitsberatung der Abteilung vom 10.4.1986, BArch, DY30/vorl. SED 36259, S. 3.

⁸⁵² Vgl. z. B. Aktennotiz vom 25.2.1985 über die Postenbesetzung nach der Volkskammerwahl, SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.037/12.

⁸⁵³ Hier wurde die Qualität und Anzahl der Neuerwerbungen der BP bewertet und kritisiert, dass diese nicht den politisch-ideologischen Vorgaben der SED ent-

der SED kontrolliert.⁸⁵⁴ Ebenfalls wurde darüber entschieden, welche Informationen über innen- und außenpolitische Fragen den Blockparteien überhaupt zugänglich gemacht werden sollten, bzw. welche Argumentation zu tagespolitischen Fragen vorgegeben wurde. So wurde beispielsweise im Mai 1985 die gewünschte Positionierung der Blockparteien gegenüber Glasnost vorgegeben: Das Programm der SED habe sich als richtig erwiesen, daher brauche man keine Experimente.⁸⁵⁵

Zur Strukturierung der Abläufe war jeweils ein politischer Mitarbeiter der ZK-Abteilung mit der Koordinierung der Informationen für eine der vier Blockparteien beauftragt.⁸⁵⁶ Diese vier ZK-Funktionäre hielten wöchentliche Arbeitstreffen ab.⁸⁵⁷

Da die konzeptionelle Arbeit auf der zentralen Ebene geleistet wurde, spielten die Blockparteien in den Bezirks- und Kreisleitungen der SED nur eine marginale Rolle. Lediglich vereinzelt hatten die einzelnen Abteilungen der Bezirksleitung Berührungspunkte mit den Blockparteien; am häufigsten die Abteilung Sicherheit, die die wehrpolitische Arbeit und Einsatzfähigkeit der Bezirksverbände kontrollierte.⁸⁵⁸ Darüber hinaus wurden die Blockparteien in Reden und Berichten allenfalls floskelhaft erwähnt.⁸⁵⁹

Trotz der relativ geringen Bedeutung der Blockpolitik für die Arbeit auf Bezirksebene war dort je ein Mitarbeiter der SED-Bezirksleitungen mit der Abfrage und Weitergabe von Informationen und der generellen Zusammenarbeit mit den Blockparteien beauftragt. Einmal jährlich fan-

sprächen und vor allem die LDP(D) Quantität vor Qualität setze. Z. B. Zur weiteren Auswertung der Beratung am 16.1.1986 mit den Mitarbeitern der Bezirksleitungen der SED, die für die Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien verantwortlich sind SAPMO BArch, DY 30/vorl. SED 36219, S. 2.

⁸⁵⁴ Vgl. z. B. Protokoll der Arbeitsberatung der Abteilung vom 10.4.1986, BArch, DY 30/vorl. SED 36259.

⁸⁵⁵ Vgl. z. B. Protokoll der Arbeitsberatung der Abteilung vom 1.8.1985. Hier wurde beschlossen, bezüglich Helsinki „keine Menschenrechtskampagne zu eröffnen“, sondern stattdessen „bei der Darstellung der Gebrechen des Imperialismus (...) zu bleiben“. SAPMO BArch, DY30/vorl. SED 36259.

⁸⁵⁶ Zuständig waren die Genossen Harder [CDU(D)], Birkner [LDP(D)], Block (NDPD) und Vogel (DBD). Siehe Akte SAPMO BArch, DY 30/vorl. SED 36259.

⁸⁵⁷ Vgl. Protokoll der Arbeitsberatung der Abteilung vom 16.5.1985, SAPMO BArch, DY30/vorl. SED 36259.

⁸⁵⁸ Vgl. z. B. Arbeitsplan der Abteilung Sicherheit der Bezirksleitung der SED-Rostock für den Zeitraum vom 1.1.1987–30.6.1987, SAPMO BArch, DY 30/32735, S. 7.

⁸⁵⁹ Vgl. z. B. Bericht des Sekretariats der Bezirksleitung der SED Rostock vom 17.12.1987, SAPMO BArch, DY 30/32617, S. 57.

den Zusammenkünfte dieser Bezirkssekretäre mit den jeweiligen Bezirksvorsitzenden der Blockparteien statt.⁸⁶⁰ Diese Treffen hatten eher informativen als regulativen Charakter.

Ebenso regelmäßig fanden Koordinierungstreffen dieser SED-Sekretäre aus allen Bezirken statt.⁸⁶¹ Die Fragen, wie genau diese Treffen gestaltet waren, welche Informationen ausgetauscht und welche Direktiven hier während des Untersuchungszeitraumes weitergegeben worden sind, können leider erst nach der Erschließung des entsprechenden ZK-Bestandes beantwortet werden.

Die Bündnispolitik der SED-Führung war darauf ausgerichtet, auch nicht-proletarische Klassen und Schichten an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft zu beteiligen.⁸⁶² Damit diene die Bündnispolitik indirekt auch der Legitimitätsinszenierung. Ein Bestandteil des Bündnisses war das Gebot von Einheit und Vielfalt in Form einer begrenzten Heterogenität. Denn ihre Interessenvertretungs- und Ventilfunktion konnten die Blockparteien nur erfüllen, wenn sie sich in Teilfragen von der SED unterschieden und nicht nur die Gemeinsamkeiten, sondern auch die klientel- und mitgliederspezifischen Unterschiede betont wurden. In diesem Sinne wurden die Vorsitzenden der Blockparteien in den späten 80er Jahren sogar zu mehr Eigenständigkeit und dem Äußern von schärferer Kritik ermahnt, um die Profilierung der Blockparteien und damit ihre Attraktivität aufrechtzuerhalten.⁸⁶³

In seiner Autobiographie berichtet Gerlach, er sei im Vorfeld des 13. LDP(D)-Parteitags von Herold Schmidt, einem Mitarbeiter der ZK-Abteilung Befreundete Parteien, in Fragen der stärkeren Profilierung der LDP(D) unterstützt worden, wodurch es möglich wurde „*ungewöhnliche und neue Akzente in der Politik der Liberaldemokraten*“ zu setzen.⁸⁶⁴ Etwa zur gleichen Zeit wurde auch Klaus-Peter Weichenhain, LDP(D)-Volkskammermitglied und späterer Bezirksvorsitzender Berlins, in einem Gespräch mit der ZK-Abteilung Befreundete Parteien ermahnt: „*Bei aller Orientierung am SED-Kurs achtete die Abteilung darauf, dass die Parteispezifik*

⁸⁶⁰ Vgl. Zur weiteren Auswertung der Beratung am 16.1.1986 mit den Mitarbeitern der Bezirksleitungen der SED, die für die Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien verantwortlich sind. SAPMO BArch, DY 30/vorl. SED 36219, S. 3.

⁸⁶¹ Vgl. Arbeitspläne der Abteilung Befreundete Parteien 1985–1986, SAPMO BArch, DY 30/vorl. SED 36259.

⁸⁶² Siehe Kapitel 2.1. *Ideologische Hintergründe der Bündnispolitik im Sozialismus*.

⁸⁶³ Siehe dazu ausführlich: Bordiehn, D.: Manfred Gerlach. LDP(D) – eine politische Biographie. Dissertation FU Berlin, Veröffentlichung vorauss. 2018.

⁸⁶⁴ Gerlach, Mitverantwortlich, S. 171.

der LDP(D) berücksichtigt und herausgestellt wurde, und kalkulierte Konflikt ein. Auf keinen Fall, hieß es, dürfe man **nur** Liebeserklärungen gegenüber der SED zulassen.“⁸⁶⁵ Es kann ausgeschlossen werden, dass beide Ermutigungen zu einer größeren Profilierung aus selbständigen, von der Konzeption der Blockpolitik abweichenden Initiativen der jeweiligen ZK-Mitarbeiter resultierten. Stattdessen sind beide Hinweise Ausdruck einer SED-Parteienpolitik, die bemüht war, die Blockparteien zur Absorption des Bevölkerungsunmutes in Szene zu setzen.

Auch im Sommer 1989 forcierte die SED die Profilierung der Blockparteien als Reaktion auf die zunehmende Heterogenität und die entstehende Bürgerbewegung. So betonte Ernst Timm, erster Rostocker Bezirkssekretär der SED, die „*Notwendigkeit der Setzung politischer Akzente bei den Parteien*“.⁸⁶⁶ Dass auch diese Aufforderung Timms nicht dessen Eigeninitiative entstammte, sondern aus einer Anweisung der SED-Partei-führung an alle ersten Bezirkssekretäre resultierte, ist anzunehmen. Mit großer Sicherheit wird sich auch hierzu ein Dokument im noch unerschlossenen Bestand der ZK-Abteilung finden lassen.

Zwei Beispiele verdeutlichen, inwiefern die SED die Schärfung der Parteienprofile selbst vornahm oder zumindest zuließ.

Als Exempel für die verbliebene Eigenständigkeit und die Durchsetzungskraft der Blockparteien wird häufig auf die 14 Stimmen der CDU(D)-Fraktion gegen den Gesetzesentwurf zum Schwangerschaftsabbruch verwiesen. So auch bei Schwartz, der dieses Abstimmungsergebnis als Behauptung der christlichen Parteibasis gegenüber ihrem Parteivorstand und damit nicht nur als Blamage für die Führung der CDU(D), sondern auch als Ausweis der Grenzen der SED-Herrschaft wertet.⁸⁶⁷ Ein Gerlachs Autobiographie enthaltener Hinweis lässt diese gängige Interpretation allerdings in einem anderen Licht erscheinen: So berichtet der LDP(D)-Vorsitzende, Honecker habe Götting zur Zulassung dieser Gegenstimmen persönlich „überreden“ müssen, um mit dem Abstimmungsergebnis ein realistischeres Abbild der ablehnenden Haltung der christli-

⁸⁶⁵ Brief Weichenhain an Gerlach über ein Gespräch mit der ZK-Abteilung Befreundete Parteien vom 29.12.1983. ADL, Bestand LDPD, L-4, Nr. 329.

⁸⁶⁶ Protokoll der Dienstberatung des Bezirksvorstandes vom 10.7.1989, ACDP 03-043-049/3. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 81.

⁸⁶⁷ Vgl. Schwartz, M.: Emanzipation zur sozialen Nützlichkeit: Bedingungen und Grenzen von Frauenpolitik in der DDR, in: Hoffmann, D./Schwartz, M. (Hgg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2005, S. 47–88, hier S. 77.

chen Bevölkerungen zu erzielen und damit gleichzeitig das Profil der CDU(D) als Verfechterin christlicher Interessen zu schärfen.⁸⁶⁸ So würde nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der CDU(D)-Mitgliedschaft gegenüber suggeriert werden, dass abweichende Meinungen nicht nur möglich sind, sondern auch in den politischen Institutionen Widerhall finden. Sollte Gerlach mit seiner Behauptung Recht haben, täte dies der Aufrichtigkeit der CDU(D)-Abgeordneten keinen Abbruch, verdeutlicht aber, dass die Gegenstimmen ohne Honeckers Insistieren sicherlich nicht geduldet worden wären. Bislang haben sich keine weiteren Belege für eine derartige Initiative Honeckers finden lassen.

Statt Gerlachs Erklärung ist es daher wahrscheinlicher, dass das Zustandekommen der „berühmten“ Gegenstimmen daraus resultierte, dass Götting in der Abtreibungsfrage tatsächlich keine Einstimmigkeit erzielen konnte, die SED-Führung angesichts der beginnenden Entspannungspolitik⁸⁶⁹ aber nicht gewillt war, ihren Repressionsapparat einzusetzen und die Gegenstimmen daher duldete. Die „demokratische“ Wirkung dieses Signals auf die DDR-Bevölkerung als auch auf die Verhandlungspartner in West-Berlin kam zudem wohl nicht ungelegen. Der Minimalkonsens aller Erklärungen bleibt, dass Honecker die Gegenstimmen hätte unterbinden lassen können, wenn er es gewollt hätte.

Das zweite Beispiel betrifft die Gründung des LDP(D)-Jugendverbandes im Jahr 1988, die als ein Affront gegen das SED-Primat der Jugendpolitik in Form der FDJ gewertet wurde. Auch diese Einschätzung ist nur scheinbar richtig und entspricht genau dem Eindruck, den Teile der LDP(D)-Mitgliedschaft von ihrer Partei haben wollten. Die Liberale Jugendorganisation war keine Konkurrenzinstitution zur FDJ und kein Ausweis der Eigenständigkeit der Liberalen. Nachdem die LDP(D) in den 80er Jahren einen großen Zuwachs an jugendlichen Mitgliedern erfahren hatte, war Gerlach bemüht, die daraus erwachsene größere Verantwortung in Jugendfragen nachträglich legitimieren zu lassen und zeitgleich der mangelnden Integrationskraft der FDJ entgegenzuwirken. Sowohl mit dem Politbüro- und ZK-Mitglied Joachim Hermann als auch mit dem ersten Sekretär des Zentralrates der FDJ und ZK-Mitglied Eber-

⁸⁶⁸ Gerlach, Mitverantwortlich, S. 126. In seiner Götting-Biographie widerspricht Lapp Gerlach (Lapp, Gerald Götting, S. 86). Obwohl bisher keine Quellenachweise über die Hintergründe der Volkskammerabstimmung gefunden wurden, erscheint die Aussage Gerlachs plausibel und unterstützt die Einschätzung der Verfasserin über die Art der Beziehung zwischen der SED und den Blockparteien.

⁸⁶⁹ erinnert sei hier an den sogenannten Grundlagenvertrag, der Ende Dezember 1972 in Berlin unterzeichnet wurde.

hard Aurich besprach Gerlach sein Anliegen und wurde schließlich von Aurich mit der Gründung eines Jugendverbandes beauftragt.⁸⁷⁰ Die LDP(D) organisierte somit im Auftrag der SED diejenigen Jugendlichen, die die Aufnahme in die FDJ ablehnten. Wieder war es die SED, die die Spielräume der Blockparteien erhöhte, um deren „unverwechselbare eigenen Beiträge“⁸⁷¹ zu stärken.

Wie die SED einerseits auf Mitwirken der Blockparteien angewiesen war und andererseits deren Handlungsspielräume entsprechend den politischen Gegebenheiten angepasst hat, zeigt sich beispielhaft an diesen beiden Episoden. Dem Führungspersonal aller Blockparteien wäre es aber zumindest bis zum Sommer 1989 nicht in den Sinn gekommen, sich durch eine Verweigerung in eine Machtposition zu bringen, geschweige denn, diese zur Destabilisierung des SED-Herrschaftssystems zu nutzen.

Die Personifizierung der systemloyalen Kritik war Manfred Gerlach. Er war in den 80er Jahren der reformorientierteste und politisch auffälligste Vorsitzende einer Blockpartei. In seiner Autobiographie wundert sich Gerlach, warum er trotz seiner Zweifel und kritischen Äußerungen während seiner über 35 Jahre langen Tätigkeit an der Spitze der LDP(D) überhaupt gewähren durfte.⁸⁷² Seine Rolle im politischen System der DDR hat er anscheinend nicht erkannt: Er war ein Garant dafür, dass die Blockparteien ihre Ventilfunktion erfüllen konnten: Solange die Bürger ihre Hoffnungen auf jemanden setzten, wurde der gesellschaftliche Druck verlagert. Die SED-Führung stützte Gerlach als Interessenvertreter der systemloyalen Kritiker und suggerierte damit, dass es weiterhin Grund zum Hoffen auf Veränderung gab. Gerlach hat das SED-Regime mit dem Erfüllen seiner Rolle als systemloyaler Kritiker und Hoffnungsträger vielleicht sogar mehr stabilisiert, als die linientreuen Vorsitzenden der anderen drei Blockparteien.

Die Mitglieder der Blockparteien haben das Ausmaß ihrer Instrumentalisierung nicht erkannt. Die Bewertung ihres Engagements muss daher unabhängig von den Erkenntnissen über die SED-Parteienpolitik getroffen werden. Zur Inszenierung der SED-Führung gehörte auch das geschürte Konkurrenzverhalten der Blockparteien untereinander, um Kooperationen abseits der SED-Pfade unwahrscheinlich zu machen. Inwie-

⁸⁷⁰ Zu den Hintergründen der LDPD-Jugendpolitik siehe: Bordiehn, Manfred Gerlach. LDP(D) – eine politische Biografie, Dissertation FU Berlin, Veröffentlichung vorauss. 2018.

⁸⁷¹ Stichwort ‚Bündnispolitik‘, in: Kleines politisches Wörterbuch, S. 155.

⁸⁷² Vgl. Gerlach, Mitverantwortlich, S. 105. Dass er auch von sowjetischer Seite geschützt wurde, berichtet Gerlach in einem anderen Zusammenhang aus dem Jahr 1946. Siehe S. 18.

fern ihre Konzeption des Verhältnisses der Blockparteien zueinander in den späten 80er Jahren allmählich aufbrach, zeigt der folgende Abschnitt.

3.2.5. Interaktion der Blockparteien: Aufbrechen der inszenierten Konkurrenz

Die SED war seit den Gründungsjahren der vier kleinen Blockparteien bemüht, diese in eine konstruierte Konkurrenzsituation um Posten, Mandate, Neuwerbungen und Ämter zu bringen, sie gegeneinander auszuspielen und jedwede eigenständige Kooperation zwischen den Blockparteien zu unterbinden. Dadurch wollte sie ihre Vormachtstellung sichern. Gemäß der Intention hinter der NDPD-Gründung und ihrer ähnlichen inhaltlichen und strukturellen Ausrichtung, war die gewollte Rivalität zwischen den Liberaldemokraten und den Nationaldemokraten am stärksten.⁸⁷³ Diese Inszenierung des Konkurrenzdenkens zwischen den Parteien wurde von den Mitgliedern erst ab Dezember 1989 angesprochen.⁸⁷⁴ Dass diese Strukturen in den späten 80er Jahren aufbrachen und sich die Wahrnehmung der Blockparteien untereinander verändert hat und die Konkurrenz einer zunehmenden Kooperationen gewichen sind, zeigt dieses Kapitel.

Die Quellen belegen zum einen, dass CDU(D) und LDP(D) auch nach 40 Jahren des kleinen blockparteilichen Quartetts und trotz des inszenierten Konkurrenzkampfes ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl verband und zum anderen, dass sich auch NDPD und DBD nicht aneinander, sondern innen orientierten. Die beiden „nachgeborenen“ Parteien wurden von den Christ- und Liberaldemokraten dagegen kaum wahrgenommen. Der Fixpunkt der intra- und interparteilichen Auseinandersetzung der CDU(D) war die LDP(D), natürlich neben der SED. Für die Liberaldemokraten selbst war keine der anderen Parteien eine orientierungsgebende Bezugsgröße, auch die SED nur eingeschränkt.

Trotz der bestehenden Dichotomie gibt es Hinweise auf gemeinsames

⁸⁷³ Vgl. z. B. Referat Richter auf der Bezirksvorstandssitzung vom 11.5.1989: Hier lobte er den Mitgliederzuwachs im BV und ergänzte, man könne nun stolz sein, damit vor der NDPD zu liegen. ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 17.

⁸⁷⁴ „Nur die SED hat uns in diese Konkurrenzsituation gedrängt“, erkannte ein NDPD-Mitglied auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989. SAPMO BArch, DY 16/3625, S. 75.

Agieren von CDU(D), LDP(D) und NDPD,⁸⁷⁵ vornehmlich jedoch erst ab 1989. Alle drei attestierten sich gegenseitig ein kritisches Hinterfragen von SED-Beschlüssen und Vorlagen in den Sitzungen des Blocks und der *Nationalen Front*.⁸⁷⁶ Die DBD wurde dagegen von allen dreien als wesentlich konformer wahrgenommen und blieb zumeist außen vor.

In den späten 80er Jahren war die LDP(D) der Hauptbezugspunkt aller Parteien und wurde zumindest von der NDPD und CDU(D)-Mitgliedern ob ihres reformorientierten Denkens und Handelns geschätzt.⁸⁷⁷ Im Sommer 1989 scheinen CDU(D) und NDPD regelrecht auf ein Fanal der LDP(D) gewartet zu haben: „*Wann schlägt die LDP(D) denn richtig los, um Missstände zu beseitigen und vielleicht ihren Führungsanspruch geltend zu machen?*“, fragte etwa der Rügener CDU(D)-Kreissekretär seinen liberal-demokratischen Amtskollegen.⁸⁷⁸

Für die DBD dagegen war Gerlach lange eine *Persona non grata*: Seine kritischen Aussagen zu der Massen- und Medienpolitik der SED, der Zusammenarbeit im Block und der Nationalen Front und seine Äußerungen über die Pekingereignisse stießen hier auf großes Unverständnis. „*Was will er damit bezwecken? Warum werden solche Äußerungen widerspruchsfrei von seiner Partei hingenommen?*“, fragte die Mitgliedschaft der DBD naiv und zeigte damit, dass die Stellungnahmen Gerlachs in ihrem Verständnis nicht repräsentativ für die Mitgliedschaft der LDP(D) sein konnten.⁸⁷⁹ Erste positiv konnotierte Betrachtungen der anderen Parteien durch DBD-Mitglieder lassen sich erst ab September 1989 ausmachen, als auch die Bauernparteimitglieder eine stärkere Profilierung ihrer Partei forderten und die Effektivität der Maßnahmen der anderen Parteien zur Grundlage ihrer Bewertung machten. So beobachteten die Rügener Mitglieder im September, dass sich die anderen befreundeten Parteien schneller mit eigenen Standpunkten profilierten und forderten dies auch von Maleuda.⁸⁸⁰ Zur Steigerung der Öffentlichkeitswirksamkeit schlugen die DBD-Mitglieder im Dezember vor, ebenso wie auch

⁸⁷⁵ Vgl. z. B. Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 10.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806, S. 2.

⁸⁷⁶ Z. B. Information über die Blocksitzung Bad Doberan vom 12.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 1–2.

⁸⁷⁷ Dennoch gab es auch Mitte Oktober noch gegenteilige Meinungen, die die „*Taktiken der LDP(D) und CDU*“ ablehnen. Wortmeldung aus Grimmen in Aktuelle Informationen Nr. 80 vom 16.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 5.

⁸⁷⁸ Bericht IM Schröder vom 18.8.1989, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 2.

⁸⁷⁹ Vgl. Information 31/89 vom 22.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

⁸⁸⁰ Vgl. Stellungnahme des KV Rügen an den PV vom 25.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 4.

CDU(D) und LDP(D) öffentliche Sitzungen abzuhalten und „*Dampf*“ zu machen.⁸⁸¹

Mit dem *Brief aus Weimar* setzten die Christdemokraten ihrerseits Anfang September erstmals ein Achtungszeichen, das von LDP(D) und NDPD positiv aufgenommen und als Diskussionsanregung genutzt wurde.⁸⁸² CDU(D)-intern hat sich die Situation bis Ende Oktober durch das beharrliche Schweigen der Parteiführung und das Ignorieren des Weimarer Vorstoßes allerdings dahingehend verschärft, dass nun auch gegenüber den eigenen Parteivorständen auf die Vorbildlichkeit der LDP(D)-Positionierung verwiesen wurde.⁸⁸³ Einige Rostocker CDU(D)-Mitglieder fanden es so „*beschämend*“, „*wie sich die Parteimitglieder bemühen, Gerlach etwas unternimmt und Götting sich in Schweigen hüllt*“, dass sie offen mit dem Übertritt zur LDP(D) drohten und einige Mitglieder diesen Schritt auch vollzogen.⁸⁸⁴

Die LDP(D) sah sich trotz vereinzelter Vorstöße der anderen Parteien weiterhin als alleinige Vorreiterin im Reformprozess: Dass von den Vorsitzenden von CDU(D) und NDPD keine gesellschaftlichen Impulse oder gar Bestrebungen zur Zusammenarbeit zu erwarten seien, schien den Liberaldemokraten gewiss. Hoffnungen setzten sie aber in die Mitglieder: So informierte der NDPD-Kreissekretär Bad Doberan seinen liberaldemokratischen Amtskollegen darüber, dass sie von ihrem Parteivorstand angehalten wurden, ihr Verhältnis zur LDP(D) „*kühl und distanziert*“ zu gestalten. Diese wie andere Anweisungen der NDPD-Parteiführung würden aber in den Grundeinheiten schon nicht mehr angenommen, da dort ein „*Prozess des Aufbegehrens gegen den Führungsstil und die Auffassungen von Professor Homann*“ begann.⁸⁸⁵ Weniger reformfeindlich als Homann, aber dennoch äußerst bedeckt hielt sich nach Einschätzung Gerlachs auch Götting: Lieber wolle er stillschweigend kleine Ver-

⁸⁸¹ Wichtigste Diskussionsinhalte und Fragen von einer Aussprache von Lehrgangsteilnehmern an der Bildungsstätte Bad Kleinen vom 4.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196, S. 2.

⁸⁸² Vgl. Information der Kreisdienststelle Bad Doberan vom 26.9.1989, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 6.

⁸⁸³ Vgl. z. B. Eingabe des KV Stralsund vom 5.10.1989, ACDP 07-010-3370 oder Informationsbericht des KV Grevesmühlen an den HV vom 3.10.1989, ACDP 03-043-033/3.

⁸⁸⁴ Zusammenstellung der kritischen Briefe von CDU-Kreisverbänden in der Wendezeit vom 25.10.1989, ACDP 07-011-3674, S. 3, 4, 6, 22.

⁸⁸⁵ Information über die Blocksitzung Bad Doberan vom 12.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 2.

änderungen vornehmen, als eine öffentliche Bewegung zulassen, damit „nicht alles ins Rutschen kommt“.⁸⁸⁶

Die Mitgliedschaft von CDU(D) und LDP(D) hatte sich Anfang Oktober 1989 so weit angenähert, dass erste Kooperationen auf Kreisebene entstanden: Das LDP(D)-Bezirksvorstandsmitglied Rainer Ortleb, der spätere BFD-Vorsitzende, Bundesminister für besondere Aufgaben und Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, und ein CDU(D)-Ortsgruppenvorsitzender der Stadt Rostock vereinbarten für Ende Oktober ein Treffen mit „fortschrittlichen Mitgliedern“, auf dem ausgehend von gemeinsamen Erfahrungen und Sorgen nach Lösungsmöglichkeiten für die Krise der Republik gesucht werden sollte.⁸⁸⁷ Das Treffen waren anscheinend so aussichtsreich, dass die CDU(D)-Rostock-Stadt Ende Oktober über die LDP(D) als Koalitionspartner diskutierte.⁸⁸⁸

Ernstzunehmende Bestrebungen der LDP(D) für eine Zusammenarbeit mit dem späteren Fusionspartner NDPD gab es in der Mitgliedschaft tatsächlich erst nach dem Rücktritt Homanns. Gerlach betont in seiner Autobiographie jedoch, dass die Idee einer Zusammenlegung beider Parteien zumindest bei ihm ab den 60er Jahren virulent war. Ab 1985 sah er in einer „möglichen Verschmelzung mit der NDPD“ eine Möglichkeit, das Gewicht gegenüber der SED zu erhöhen. Da er eine Zusammenarbeit mit Homann aber für unmöglich hielt, scheiterte dieses Vorhaben.⁸⁸⁹

An der LDP(D)-Basis wurde ein Zusammenschluss mit den Nationaldemokraten erst Anfang November 1989 „für wünschenswert“ gehalten.⁸⁹⁰ So auch in Rostock-Land: Man habe gleiche Interessengruppen und eine ähnliche Größe und könne seinen Einfluss gemeinsam erheblich verbessern.⁸⁹¹ Gleichlautende Tendenzen beobachtete die LDP(D)-Abteilung

⁸⁸⁶ Aussprache Gerlachs auf der außerordentlichen Beratung des Sekretariats des ZV mit den Bezirksvorsitzenden, Abteilungsleitern des Sekretariats des ZV am 10.10.1989, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstandes, Nr. L3-675, S. 6.

⁸⁸⁷ Protokoll eines Gespräches mit dem Vorsitzenden der OG Schillerplatz, KV Rostock-Stadt am 10.10.1989, ACDP 03-043-043/3. Über den Verlauf, Ergebnisse oder das tatsächliche Zustandekommen dieser gemeinsamen Sitzung ist allerdings nichts bekannt.

⁸⁸⁸ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 20.11.1989, ACDP 03-043-043/1.

⁸⁸⁹ Interessanterweise hat Gerlach seine Idee bereits in den 60er Jahren mit Hermann Matern, Politbüro- und ZK-Mitglied, besprochen. Auch Matern verwies lediglich auf die Unvereinbarkeit von Bolz und Homann. Gerlach, Mitverantwortlich, S. 50f.

⁸⁹⁰ Informationsbericht Rostock-Land vom 8.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

⁸⁹¹ Vgl. ebd.

Parteivorstände ab Januar auch in anderen Kreisen.⁸⁹² Im Frühjahr 1990 waren die Nationaldemokraten bemüht, die Distanz zwischen sich und den anderen Blockparteien zu überwinden und eine „*Einheitsfront gegen die SED*“ zu bilden, damit diese auch angesichts des drohenden Sozialabbaus nicht erneut Wahlsieger werden könne.⁸⁹³ Die gewohnte Rhetorik blieb, nur die Stoßrichtung änderte sich um 180°. Bis es aber tatsächlich zu einer offiziellen Zusammenarbeit kommen sollte, vergingen noch fast drei Monate.

Mit der zunehmenden Westorientierung und dem rasanten Profilierungsprozess verdrängten die Christdemokraten die LDP(D) von ihrer Avantgarde-Stellung noch im November 1989. Im Januar 1990 zählte der NDPD-Kreisverband Stralsund sie sogar zu den Gruppen der Bürgerbewegung.⁸⁹⁴ Anerkennend war diese Beobachtung jedoch nicht gemeint: Viele NDPD-Mitglieder orientierten sich weiterhin an der LDP(D) und etliche waren auch schon übergetreten.⁸⁹⁵ Einigen NDPD-Funktionären war der Weg der LDP(D) jedoch zuwider, da sie weiterhin an eine mögliche Erneuerung der NDPD glaubten. So wandte sich auch der Vorsitzende des Kreises Bad Doberan an das Sekretariat des NDPD-Hauptausschusses und berichtete, dass er es als besonders „*unerträglich*“ empfinde, dass ihm als vertrauensbildende Maßnahme der Weg der LDP(D) als Vorbild aufgezeigt wird.⁸⁹⁶ Dennoch entstanden im November und Dezember 1989 auf Kreisebene mehrere Kooperationen mit LDP(D) und DBD⁸⁹⁷, auf den späteren Koalitionspartner legte man sich aber erst im Januar fest.⁸⁹⁸ Der Zusammenschluss mit der LDP(D) wurde ab Mitte Februar als die beste Perspektive angesehen und nur notgedrungen bis auf den Beitritt zum BFD Ende März verschoben. Die DBD

⁸⁹² Vgl. Einschätzung der Lage in der Partei durch die Abteilung Parteivorstände vom 8.1.1990, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1650, S. 3.

⁸⁹³ Vgl. Aus Informationen von Bezirken und Kreisvorständen vom 23.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 3.

⁸⁹⁴ Vgl. Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz Stralsund am 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/109, Bl. 4 und 6.

⁸⁹⁵ Vgl. Einschätzung der Lage in der NDPD durch mittlere Funktionäre dieser Partei vom 27.10.1989, BStU, MfS HA, Abt. XX, Nr. 7626, Bl. 80.

⁸⁹⁶ Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 28–29.

⁸⁹⁷ Vgl. Stellungnahme des Sekretariats des Kreisverbandes Rügen, vermutlich um den 10.11.89, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/103, Bl. 1.

⁸⁹⁸ Vgl. etwa Vorbereitung der Kreiskonferenz Wismar am 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/120, Bl. 29.

lehnte die Mehrheit der Nationaldemokraten mit Beginn des Jahres 1990 als zu links ab.⁸⁹⁹

Auch seitens der DBD stieß die NDPD auf zunehmend weniger Interesse: Die im September noch als vorbildlich empfundenen Nationaldemokraten rückten nach deren Sonderparteitag aus dem Blickfeld der DBD.⁹⁰⁰ Als Hauptakteure der Umgestaltung sah das Rostocker Bezirkssekretariat Mitte Januar stattdessen die beiden „*Oppositionsparteien*“ CDU(D) und LDP(D).⁹⁰¹ Im Rahmen der Programmdiskussion und Aufstellung für den Wahlkampf im Frühjahr 1990 spielte die Auseinandersetzung mit den übrigen Parteien keine Rolle mehr für die DBD. In Ermangelung eigener Partner wurde lediglich die als unfair empfundene Unterstützung durch die Bundesparteien CDU und FDP moniert.⁹⁰² Nicht nur deswegen wies die DBD ihren späteren Koalitionspartner im Frühjahr 1990 noch zurück: Sie könne sich nicht gemeinsam mit CDU und BFD für die Vereinigung nach Artikel 23 einsetzen und lehne daher eine eventuelle Regierungsbeteiligung als Juniorpartner ab, um nicht „*Beschlüsse umsetzen*“ zu müssen, die ihnen „*widerstreben*“.⁹⁰³ Das geringe Interesse war jedoch bis zum Sommer gegenseitig: Für die CDU(D) trat die Bauernpartei eigentlich erst im Zusammenhang mit der Parteifusion in Erscheinung. Auch aus diesem Grund war die angekündigte Aufnahme von Bündnisverhandlungen mit konservativen Parteien so überraschend für die DBD-Mitglieder.

⁸⁹⁹ Vgl. Einschätzung der Lage in der NDPD durch mittlere Funktionäre dieser Partei vom 27.10.1989, BStU, MfS HA, Abt. XX, Nr. 7626, Bl. 80.

⁹⁰⁰ Dieser habe in der Bevölkerung „*keinen guten Eindruck gemacht*“. Information 7/90 vom 1.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

⁹⁰¹ Vgl. Bericht zur Beratung des Sekretariats mit der Bezirksleitung am 11.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 6.

⁹⁰² Vgl. Information 14/90 vom 5.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

⁹⁰³ Protokoll der 3. Tagung des Parteivorstands am 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3205, S. 5.

3.2.6. Bevölkerung und Kirche⁹⁰⁴: Positionierung zu Reformforderungen von „außen“

Die veränderte Stimmungslage in der Bevölkerung und die Politisierung der Kirchen übten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wesentliche Einflüsse auf die Blockparteien aus. Die bürgerliche und die kirchliche Protestströmung nahmen die Parteien jedoch unterschiedlich deutlich wahr. In der Bewertung der neuen Akteure waren sich CDU(D), NDPD und DBD weitgehend einig, wie im Folgenden gezeigt wird. Die LDPD nahm hier eine Sonderstellung ein.

Eines der, wenn nicht *das* Hauptanliegen der **CDU(D)** war die Verbesserung der Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, beziehungsweise das Einfügen der Kirche in ihre Rolle im Sozialismus der DDR. Sie warb – auf beiden Seiten – für mehr Verständnis, Respekt und Toleranz, setzte sich für den Abbau von Kommunikationshemmnissen ein und wurde selbst als Mediator tätig. Voraussetzung war allerdings die Wahrung der vorgesehenen Einflussphäre: Solange sich die Kirche nur auf innerkirchlichem, caritativem und seelsorgerischem Feld engagierte, wurde ihre Arbeit von der SED-Führung geduldet. Andererseits war die Staatsführung aber bestrebt, ihren Einfluss durch die Instrumentalisierung einzelner kirchlicher Würdenträger zu erhöhen.

Für die Jahre 1987 bis 1989 lässt sich deutlich zeigen, dass die Christdemokraten der SED näher standen als der Kirche.

Das Grundsatzgespräch zwischen Honecker und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 6.3.1978⁹⁰⁵ manifestierte das „*vertrauensvoll gewachsene Verhältnis*“⁹⁰⁶, auf das sich die CDU(D) bis in die Mitte der 80er Jahre dankbar berief. Dieser Status quo geriet ab dem Herbst 1987, der mit dem Olof-Palme-Marsch einen Höhepunkt der Friedensbewegung markierte, ins Wanken. Zu diesem Anlass stellte der Kreisverband Stralsund noch recht positiv fest: „*Das Schaffen von Spielräumen im politischen Umgang mit Andersdenkenden muss eben auch gelernt werden.*“

⁹⁰⁴ Sofern nicht anders angegeben, ist die evangelische Kirche gemeint. Die Beziehung zur evangelischen Kirche war auf Grund bereits geschilderter theologischer Prämissen insgesamt deutlich besser als die zur römisch-katholischen Kirche. Dieses Verhältnis ändert sich erst im Jahr 1990. Siehe: Maser, P.: Die Kirchen in der DDR (Deutsche Zeit Bilder, ohne Bd.), Bonn 2000.

⁹⁰⁵ Siehe dazu: Maser, P.: Die Kirchen in der DDR (Deutsche Zeit Bilder, ohne Bd.), Bonn 2000, S. 26–28.

⁹⁰⁶ Z. B. Brief des CDU(D)-Bezirksvorsitzenden Klemm an die Bezirksdelegiertenkonferenz der SED-Rostock vom 11.2.1984, ACDP 03-043-012/4, S. 2.

Es ist leider eine noch viel zu wenig gebrauchte Tugend in unserem Land“.⁹⁰⁷ Im Februar 1988 wurden erstmals die verschiedenen politischen Strömungen unter dem schützenden Dach der Kirche thematisiert. Angesichts der Fürbitt-Gottesdienste anlässlich der „Berliner Ereignisse“⁹⁰⁸ und der Errichtung einer Umweltbibliothek in Wismar kippte der Ton der Berichterstattung und die ersten eindeutig kritischen Äußerungen gegen die Politisierung der Kirche kamen auf. Energisch forderte auch der Bezirksverband, dass „alles störende (sic!) zwischen Staat und Kirche vermieden werden müsse.“⁹⁰⁹ Ab April 1988 häufte sich die Kritik: rückwirkend gegen das Auftreten der Kirche im Rahmen des Olof-Palme-Marsches,⁹¹⁰ gegen „staatsfeindliche Aktionen wie die in der Zionskirche in Berlin“⁹¹¹ und gegen die „Rolle einiger Pastoren als Sammelstelle für Oppositionelle“.⁹¹² Auch aus den Reihen der Mitgliedschaft wurden distanzierende Äußerungen gegenüber den „oppositionellen Machenschaften im Freiraum der Kirche“⁹¹³ gemeldet. Nach Einschätzung der CDU(D) sollte jedoch zwischen der Pommerschen und der Mecklenburger Landeskirche unter den Bischöfen Gienke und Stier differenziert werden: Während der IM⁹¹⁴ Gienke „an einem guten Verhältnis zum Staatsapparat interessiert“⁹¹⁵ sei und es „konkrete Aussagen zur Loyalität und zum unbedingten Festhalten an den Aussagen vom 6.3.1978“ gab, verhielt sich die Mecklenburger Lan-

⁹⁰⁷ Direktinformation der CDU(D)-Stralsund an den HV vom 17.9.1987, ACDP 07-011-6434.

⁹⁰⁸ Informationsbericht der CDU(D)-Greifswald an den HV vom 10.2.1988 über ein Gespräch zwischen dem Kreissekretär und einem Greifswalder Pfarrer. ACDP 03-043-045/6.

⁹⁰⁹ Informationsbericht des CDU(D)-BV Rostock an den HV vom 19.2.1988, ACDP 07-011-3419, S. 4–5. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 72.

⁹¹⁰ Die CDU(D)-Greifswald warf der Kirche vor, den Friedensmarsch ausgenutzt zu haben: Die staatlichen Organe hätten bewusst auf Lösungen und Parolen verzichtet, die Kirche jedoch nicht. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 13.4.1988, ACDP 03-043-045/5.

⁹¹¹ Informationsbericht für April der CDU(D)-Grevesmühlen an den HV vom 13.4.1988, ACDP 07-011-4380, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 72.

⁹¹² Protokoll der Kreisvorstandssitzung CDU(D)-Rostock-Land vom 5.7.1988, ACDP 03-043-041/2. Zit. n.: Ebd.

⁹¹³ Informationsbericht des CDU(D)-BV an Gerald Götting vom April 1988, ACDP 07-011-3419, S. 2.

⁹¹⁴ Gienke war unter dem Decknamen „Orion“ Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit. Schwießelmann, S.: Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung. Innenansichten der CDU im Norden der DDR, in: HPM 16/2009, S. 109–154, hier S. 141.

⁹¹⁵ Informationsbericht des CDU(D)-BV für den Monat März an den HV vom 19.2.1988, ACDP 07-011-3419, S. 5.

deskirche „in dieser Beziehung nicht so eindeutig“.⁹¹⁶ Häufiger waren die Graustufen dazwischen. So wurde auch dem damaligen Rostocker Pastor und späteren Bundespräsidenten Joachim Gauck im Rahmen der Kirchentagsvorbereitung zwar ein konfrontationsvermeidendes, aber nicht opportunes Verhalten attestiert.⁹¹⁷

Der Ton der Christdemokraten verschärfte sich bis zum Herbst 1988: So schrieb der Bezirksvorsitzende Klemm an Götting, dass die CDU(D) die „strikte Trennung durchsetzen und der Kirche klarmachen“ wolle, „dass die oppositionellen Gruppen in der Kirche dem Verhältnis zum Staat entgegen“ stünden.⁹¹⁸ Gleichlautende Stimmen kamen auch aus den Kreisverbänden.⁹¹⁹ Dieses Bekenntnis nahm die Staatssicherheit zwar wohlwollend wahr,⁹²⁰ beklagte jedoch gleichzeitig die mangelnde Einwirkung der CDU(D) auf die Kirchen, die mit der unzureichend großen christlichen Basis der CDU(D) begründet wurde.⁹²¹ Doch nicht nur die CDU(D) sollte auf die Kirche einwirken, sondern das MfS beobachtete auch den umgekehrten Weg: So würden sich kirchliche Amtsträger nicht nur dem Einfluss der CDU(D) entziehen, sondern stattdessen „kirchlich-negative Krei-

⁹¹⁶ Informationsbrief des CDU(D)-BV an Gerald Götting vom 23.3.1988. ACDP 07-011-3419, S. 3.

⁹¹⁷ Die Einladung an Helmut Schmidt zum Rostocker Kirchentag löste im Sommer 1988 einen Machtkampf zwischen Staat und Kirche aus, den Letztere gewann. In diesem Zusammenhang wurde auch Gauck als Gesprächspartner erwähnt, der „der staatlichen Erwartungshaltung noch nicht vollständig Rechnung“ trug. Brief Klemm an Gerald Götting vom 22.4.1988, ACDP 07-011-3419, S. 4.

⁹¹⁸ Brief Klemm an Götting vom 24.10.1988, ACDP 07-011-3420, S. 3. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 72.

⁹¹⁹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.11.1988 und Informationsbericht des KV Stralsund vom 4.11.1988. ACDP 03-043-033/5.

⁹²⁰ Vgl. Über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere CDU und LDP(D), unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der polit-ideologischen Diversion vom 3.5.1989, BStU, MfS HA XX, AKG, Nr. 6405, S. 2.

⁹²¹ Nur etwa 15 % der Mitglieder wurden für aktive Christen gehalten. Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2588, Bl. 4.

se“ auch direkten Einfluss auf die CDU(D) nehmen und „*feindlich-negatives*“ Gedankengut in die CDU(D) tragen.⁹²²

Ebenso deutlich wurde die größere SED-Nähe der meisten CDU(D)-Funktionäre an einem Beispiel aus Greifswald. Ein sehr engagierter Pastor der Hansestadt bekleidete ein kommunales CDU(D)-Mandat. Da es aus Sicht seiner Partei aber „*ständig Unstimmigkeiten*“ mit ihm gab, urteilte der Bezirksvorsitzende Klemm nach der Kommunalwahl, es sei wegen seiner nonkonformen Ansichten „*ungünstig*“ gewesen, „*ihn erneut als Abgeordneten zur Wahl zu stellen*“.⁹²³ Um Konflikte zu vermeiden, hätte man also lieber auf sein Engagement verzichten sollen.

Die Forderungen der CDU(D) nach einer unpolitischen Kirche, die sich ausschließlich auf das Verkünden des Evangeliums beschränken sollte, wuchsen im Jahr 1988 proportional zu den politischen Stimmen aus Kirchenkreisen an. Die Mittlerstellung zwischen Kirche und Staat führte zu einem nur scheinbaren Paradoxon: Zum einen warb die Partei permanent für die Mitgliedschaft kirchlicher Amtsträger, für die Übernahme von Mandaten durch diese und forderte auch das Engagement der Kirche. Dies aber nur im politisch-kontrollierten Rahmen der SED-Herrschaft! Politisches Handeln, das außerhalb dieses Rahmens geschah, suchte sie ausdrücklich zu unterbinden. So wird in vielen Stellungnahmen der CDU(D)-Kreisverbände sehr deutlich, dass es sich in der Auseinandersetzung mit der politischen evangelischen Kirche in der späten DDR nicht um eine inhaltlich-thematische Diskussion um die *Positionen* der Kirche handelte, sondern um die Tatsache der *Positionierung*. Nicht *was* die Kirche sagte, missfiel der CDU(D), sondern der Umstand, *dass* sie sich überhaupt ungefragt und außerhalb der staatlichen Strukturen äußerte – und damit auch außerhalb des Einflussbereiches der CDU(D). Damit sahen die Christdemokraten die etablierte Balance zwischen dem Staat, sich selbst als ausgleichendem Regulativ und der Kirche gefährdet. Denn entzöge sich die Kirche erfolgreich dem Zugriff der CDU(D), wäre auch die Daseinsberechtigung der Partei insgesamt in Frage gestellt. Dass die Selbstreflexion der Christdemokraten jedoch so ausgeprägt war, dass sie diesen Zusammenhang zwischen dem eigenen Verhalten und der Funktionalisierung durch die SED erkannten, zeigen die Quellen nicht.

⁹²² Z. B. Ergänzung zur Lageeinschätzung in den befreundeten Parteien vom 10.8.1984, BStU, MfS HA XX, Nr. 6632, Bl. 19 und Information zur politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 29.9.1988, BStU, MfS, HA XX, Nr. 6632, Bl. 37.

⁹²³ Brief Klemm an Gerald Götting vom 22.11.1988, ACDP 07-011.3420, S. 3.

Angesichts der scheinbaren Einmütigkeit in der Beurteilung der Politisierung der Kirchen ist das Urteil des Kreisverbandes Rostock-Stadt besonders auffällig: Hier kam man zu dem Schluss, dass die evangelische Kirche lediglich ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehme⁹²⁴ und sich die *„staatlichen Stellen schwer tun, das Engagement der Kirchen anzunehmen“*.⁹²⁵ Die Kirche wiederum sah sich durch das Fehlen einer kritischen Opposition zur Politisierung gezwungen.

Zeitgleich nahmen die Mitglieder der CDU(D) sowohl eine Stimmungsänderung als auch eine steigende Tendenz der Bildung von Interessengemeinschaften in den Bereichen der Friedens- und Umweltbewegung wahr. Während Ersteres aufmerksamer verfolgt wurde, nahm Letzteres insgesamt einen deutlich kleineren Raum in der Berichterstattung ein.

Bereits im November 1987 schätzte der Kreisverband Greifswald ein, dass die *„Aggressivität“* der Bevölkerung zugenommen habe.⁹²⁶ Der Informationsbericht des Bezirks an den Vorstand vom August des Folgejahres wurde konkreter: *„Insgesamt sind sie (die Bürger, Anm. L.G.) aber auch kritischer geworden und verweisen auf viele Probleme, die oftmals hemmend wirken“*.⁹²⁷ Nachdem Versuche der CDU(D), sich in die Friedensbewegung zu integrieren, weitestgehend abgeblockt worden waren⁹²⁸ und die CDU(D) auch an der innerkirchlichen Bewegung keinen Anteil hatte, blieb nur der Blick von außen. Auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 war es insbesondere der Kreisverband Greifswald, der angesichts der ausgemachten Unzufriedenheit für die kommende Kommunalwahl *„mit echten Problemen und Sorgen“*⁹²⁹ rechnete und *„ein bisher nie*

⁹²⁴ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Stadt vom 5.4.1989, ACDP 03-043-032/4, S. 2.

⁹²⁵ Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Stadt vom 5.12.1988, ACDP 03-043-032/4, S. 3. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 72.

⁹²⁶ Protokoll der Kreissekretariatssitzung CDU(D)-Greifswald vom 13.11.1987, ACDP 03-043-045/4, S. 2.

⁹²⁷ Informationsbericht CDU(D)-BV an den HV vom 15.8.1988, ACDP 03-043-038/1.

⁹²⁸ Ende Mai 1988 berichtete der BV an Götting, dass Klemm versucht habe, sich dem neuen interdisziplinären Forschungskreis Friedensfragen an der Universität Rostock anzuschließen, was jedoch auf wenig Gegenliebe der beteiligten Professoren stieß. Dennoch forderte Klemm, zumindest über jeden Schritt des Forschungskreises informiert und zu bestimmten Veranstaltungen auch eingeladen zu werden. Vgl. ACDP 07-011-3419, S. 5.

⁹²⁹ Protokoll der Kreisvorstandssitzung CDU(D)-Greifswald vom 19.10.1988, ACDP 03-043-045/5, S. 2.

gekanntes Ausmaß von Eingaben und Beschwerden“⁹³⁰ erkannte. Deutlich vor den anderen Kreisverbänden äußerte sich im Januar 1989 auch der Bezirksverband kritisch über die Gesamtsituation in der Bevölkerung: Die Bürger wollen sich engagieren und tätig sein, es mangle jedoch an den Voraussetzungen und Strukturen dafür.⁹³¹

In der direkten Vorbereitung der Wahl nahmen die kritischen Stimmen aus der Bevölkerung weiter zu. So wurde über kritische Nachfragen, echte Diskussionen, eine höhere Teilnahmezahl an öffentlichen Wahlveranstaltungen und die Ablehnung von Abgeordnetenkandidaten berichtet⁹³² und in Anbetracht der „gewachsenen Kritikfähigkeit und Mündigkeit der Bürger“ ein „besonderer Charakter der Wahl“ prognostiziert.⁹³³ Aus Protest gegen ein seit längerem bestehendes Müllproblem und den Bürgermeisterkandidaten hatten so beispielsweise 29 der 445 Bewohner einer Ortschaft im Kreisverband Wolgast ihre Wahlbenachrichtigungskarten nicht angenommen.⁹³⁴ Insgesamt stand die CDU(D) dem bürgerlichen Protest weit weniger kritisch gegenüber als der Politisierung der Kirche, was sicherlich an der durch die SED zugeschriebenen Aufgabenverteilung lag. Eher ohnmächtig denn entschieden beobachteten die CDU(D)-Mitglieder den latenten Stimmungswandel in der Bevölkerung. Am positivsten stand diesem der Kreisverband Greifswald gegenüber und hat auch frühzeitig entsprechende Meldungen an den Bezirksvorstand weitergegeben.

Der Ablauf und auch das Ergebnis der Kommunalwahl riefen in den anschließenden Wochen viele Fragen nach dem genauen Wahlmodus, den rechtlichen Grundlagen, der öffentlichen Auszählung und dem intransparenten Vorgehen in den Sonderwahllokalen hervor.⁹³⁵ Letztlich war die CDU(D) über das gute Wahlergebnis interessanterweise überrascht; man hatte eine geringere Wahlbeteiligung und störende Aktionen

⁹³⁰ Informationsbericht CDU(D)-Greifswald an den HV vom 8.11.1988, 07-011-4380, S. 2.

⁹³¹ Vgl. Informationsbericht des BV an den HV vom 10.1.1989, ACDP 03-043-038/1, S. 2.

⁹³² Vgl. z. B. Informationsbericht der CDU(D)-Grimmen an den HV zum 15.4.1989, ACDP 03-043-033/4, S. 2.

⁹³³ Protokoll der Dienstberatung des CDU(D)-Bezirksvorstandes vom 2.5.1989, ACDP 03-043-049/3.

⁹³⁴ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Wolgast vom 5.5.1989, ACDP 03-043-033/1.

⁹³⁵ Vgl. z. B. Informationsbericht des CDU(D)-BV an den HV zum 15.5.1989, ACDP 03-043-038/1, S. 11–12.

erwartet.⁹³⁶ Einstimmig wurde dennoch aus den Kreisen berichtet, dass die Wahlbeteiligung insgesamt niedriger war, Nichtwahl politisch begründet, bzw. die Stimmabgabe an konkrete Bedingungen geknüpft wurde⁹³⁷ und die Nutzung der Wahlkabinen deutlich zugenommen habe.⁹³⁸ Insgesamt wurde im Zusammenhang mit der Kommunalwahl ein gestiegenes Selbstbewusstsein der Bürger beobachtet, das durch den Bezirksvorstand durchaus positiv bewertet wurde:⁹³⁹ Die Konsequenz daraus müsse eine neuartige Verantwortung der Abgeordneten gegenüber ihren Wählern sein.⁹⁴⁰ Von einer möglichen Fälschung des Ergebnisses war vorerst nicht die Rede, bis der Kreisverband Greifswald Anfang August 1989 als erster die Einschätzung der Kirche, dass die Anzahl der Nichtwähler hätte deutlich höher sein müssen, an den Hauptvorstand weiterleitete und auch auf dementsprechende Eingaben und Beschwerden hinwies.⁹⁴¹

Als Reaktion auf die Kommunalwahl beobachtete die CDU(D) Ende Mai eine neue Erscheinung: Die Verzahnung des bürgerlichen und kirchlichen Protests.⁹⁴² Im Freiraum der Kirchen hielten sich auch kirchenfremde Personen und Gruppen auf,⁹⁴³ „denen weder das Evangelium noch ein gutes Verhältnis zum Staat am Herzen“ läge.⁹⁴⁴ Im Juli nahm der Organisationsgrad der Ausreiseantragsteller soweit zu, dass bereits Ende des

⁹³⁶ Vgl. Bericht des Stralsunder CDU(D)-Kreissekretariats am 8.5.1989, ACDP 03-043-041/1 und Juni-Information CDU(D)-Bad Doberan vom 7.6.1989, ACDP 03-043-032/3, S. 2.

⁹³⁷ Das Kreissekretariat Ribnitz-Damgarten wies am 18.5.1989 Bau-, Reparatur- und Wohnungsfragen, Rechtsbelange, die Ausreisefragen und die Medienpolitik als Begründungen für die Nichtwahl aus. Vgl. ACDP 03-043-047/4.

⁹³⁸ Vgl. Protokoll der CDU(D)-Kreisvorstandssitzung Rostock-Land vom 10.5.1989, ACDP 03-043-041/2, S. 2.

⁹³⁹ So wurde auf der CDU(D)-Bezirksvorstandssitzung am 24.5.1989 betont, dass „Widerspruch der Bevölkerung nicht gleich Widerstand“ sei. ACDP 07-011-3871, S. 2.

⁹⁴⁰ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Land an den HV vom 16.5.1989, ACDP 03-043-033/5, S. 2.

⁹⁴¹ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Greifswald an den HV vom 8.8.1989, ACDP 07-011-3826, S. 3.

⁹⁴² Der CDU(D)-BV berichtete am 22.5.1989 an den HV, dass von den insgesamt 250 Teilnehmern einer kirchlichen Veranstaltung 50–60 Ausreiseantragsteller waren. ACDP 07-011-3871, S. 2.

⁹⁴³ Vgl. Informationsbericht der CDU(D)-Grevesmühlen vom 2.6.1989, ACDP 03-043-033/3.

⁹⁴⁴ Informationsbericht der CDU(D)-Grevesmühlen an den HV vom 17.7.1989, ACDP 03-043-033/3, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 73.

Monats eine Schlüsselfigur ausgemacht werden konnte und die Einfuhr von Agitationsmaterial verhindert wurde.⁹⁴⁵ Anfang August forderte der damalige CDU(D)-Kreisvorsitzende Bad Doberan und spätere Staatssekretär Günther Krause, die neue Bewegung auch unter dem Deckmantel des Meinungspluralismus nicht in der DDR Fuß fassen zu lassen.⁹⁴⁶

Im Gegensatz zu CDU(D), NDPD und DBD wünschten sich die **Liberaldemokraten** einen toleranteren Umgang mit abweichenden Meinungen. Ab dem Sommer 1987 setzten sich die LDP(D)ler intensiv mit dem Unmut der Bevölkerung auseinander: Würden die staatlichen Stellen selbst offener die Meinungsfreiheit nach sowjetischem Vorbild praktizieren, würde individueller Kritik von Bürgern der „*Hauch des Oppositionellen*“ genommen.⁹⁴⁷ Anlass zur Kritik sahen sie genug. Auch bei den Bürgern wachse der „*Mut zum offiziellen Bekunden der Meinung*“ und verdränge die „*Einschüchterung und Angst vor Schwierigkeiten*“.⁹⁴⁸ Seit der Auflösung einer nicht-zugelassenen Demonstration auf der jährlichen Gedenkfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1988 nahmen die Diskussionen über den Umgang des Staates mit Andersdenkenden zu. Man hätte die Demonstranten einfach mitdemonstrieren lassen sollen, der Staat habe überreagiert. Man müsse zwar argumentieren, sich aber damit abfinden, dass es „*immer andersdenkende Menschen gibt und die sich zunehmend bemerkbar machen*“, fasste Bad Doberan die Stellungnahmen im Kreisverband zusammen.⁹⁴⁹

Noch etwas deutlicher wurde Rostock-Stadt: Im Rahmen des KSZE-Prozesses sollten auch diese Form von Meinungsäußerungen möglich sein. Man brauche den Meinungsstreit mit „*solchen Leuten*“ und „*nicht*

⁹⁴⁵ Vgl. Direktinformation der CDU(D)-Wismar an den HV vom 5.9.1989 über einen Bericht der SED-Kreisleitung auf der Blocksitzung am 25.7.1989. Der entsprechende Küster falle demnach besonders negativ auf, setze den Staat unter Druck, betreue das ÖZU (Ökumenischen Zentrum für Umweltfragen) in Wismar und halte Fürbittgottesdienste für die Opfer des Peking Massakers ab. ACDP 03-043-032/1, S. 4.

⁹⁴⁶ Krauses KV schrieb im Informationsbericht zum 5.8.1989: „*Es ist kein Ausdruck von Pluralismus, dass jede beliebige, egal welche Ziele verfolgende, Organisation Fuß fassen kann. Für uns ist das aber ein Zeichen dafür, mit der bewährten Politik weiter zu arbeiten*“. ACDP 03-043-032/3.

⁹⁴⁷ Informationsbericht LDP(D)-Rügen vom Juni 1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

⁹⁴⁸ Ebd.

⁹⁴⁹ Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 5.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

das Meinungsregulativ durch die Staatsmacht.“⁹⁵⁰ Die Praxis der Ausweitung von Aktivisten würde ohnehin nur Nachahmer ermutigen.⁹⁵¹ Zwischen diesen und wesentlich konformeren Meinungen⁹⁵² vermittelte der Bezirksverband: Man müsse „bei den kritischen Äußerungen unterscheiden, ob sie aus echter Sorge stammen oder gegen den Sozialismus gerichtet sind“.⁹⁵³ Woran er das allerdings unterscheiden wollte, blieb offen.

Besonderes Augenmerk legte die LDP(D) auf die Jugendlichen: Es gäbe „organisierte Zusammenkünfte in Wismar“ und die Tendenz zur Bildung von Jugendgruppen jenseits der FDJ wurde beobachtet. Dass Jugendliche aufgrund der weltanschaulichen Schranken der FDJ das Gefühl hätten, sich nur in kirchlichen Einrichtungen artikulieren zu können, erkannte unter anderem der Kreisverband Bad Doberan als Grund für deren Abwendung von staatlichen Institutionen an.⁹⁵⁴

Angesichts der anstehenden Kommunalwahl sahen auch die Mitglieder der LDP(D) Schwierigkeiten kommen. In Wolgast rechnete man beispielsweise mit vielen Eingaben, die man bis zum Wahltag nicht alle zufriedenstellend bearbeiten können wird.⁹⁵⁵ Neben den Sammlungsbestrebungen im Jugendbereich wurde auch ein zunehmendes Interesse an der Gründung von Umweltgruppen⁹⁵⁶ und ein entstehendes Spannungsfeld zwischen Bürgern und Regierung beobachtet.⁹⁵⁷ In der direkten Auseinandersetzung zwischen Wählern und Kandidaten drücke sich dies nicht nur in konkreten Fragen nach den politischen Vorhaben der Kandidaten, sondern ebenso in der Ablehnung von Kandidaten, „denen man keine ausreichende Kampfposition zutraute“ und in „kritischen Äußerungen zu Abgeordneten, die in bisherigen Wahlperioden wenig erreicht haben“,

⁹⁵⁰ Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Stadt vom 9.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

⁹⁵¹ Vgl. LDP(D)-Kreisvorstandssitzung Rostock-Land vom 7.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33831, S. 4–5.

⁹⁵² Vgl. LDP(D)-Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten am 24.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800, S. 2.

⁹⁵³ Protokoll der LDP(D)-Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 12.

⁹⁵⁴ Protokoll der LDP(D)-Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 18.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796, S. 2.

⁹⁵⁵ Vgl. Protokoll der LDP(D)-Sekretariatsberatung Wolgast vom 2.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807.

⁹⁵⁶ Vgl. LDP(D)-Sekretariatssitzung Rostock-Land vom 9.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801, S. 2.

⁹⁵⁷ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Stadt vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

aus.⁹⁵⁸ Eine kritische Grundstimmung kam also nicht nur bei den angekündigten Wahlverweigerungen⁹⁵⁹ zum Ausdruck, sondern auch im Umgang der Bürger mit ihren Vertretern. Letzteres wurde nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch vom Bezirksvorsitzenden Krüger begrüßt.⁹⁶⁰ Eine vergleichsweise liberale Einstellung zeigte Krüger auch bei der Beurteilung von jugendlichem Vandalismus im Bezirk: Selbst blinde Zerstörungswut sei ein Ausdruck von Unzufriedenheit.⁹⁶¹ Allein durch die Sinnzuschreibung hebt sich Krügers Einschätzung von der sonst üblichen Degradierung jeglicher Protestformen zu willkürlichem Rowdium ab.

Zur Rolle der Kirchen äußerte sich die LDP(D) insgesamt nur wenig und durchschaute auch nur teilweise die SED-Intention hinter den Bestrebungen nach einem guten Verhältnis zwischen Staat und Kirche.⁹⁶² Dass sich in den Reihen der Kirche auch nicht-sozialistische Kräfte verbargen, war den Mitgliedern jedoch bewusst und wurde unterschiedlich beurteilt. Während die einen die Annäherung zwischen ihr und der Bürgerbewegung verurteilten,⁹⁶³ werteten andere sie als „*Flucht in die Arme der Kirche*“.⁹⁶⁴ Interessant für die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Religion ist eine Bemerkung des Kreisvorsitzenden aus Ribnitz-Damgarten: Er bezeichnete die „*mutwillige Entweihung von Kommunistentengräbern*“

⁹⁵⁸ Informationsbericht LDP(D)-Stralsund vom 5.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

⁹⁵⁹ Im KV Wismar wurden Ende April 241 Wahlverweigerungen angekündigt. Protokoll der LDP(D)-Sekretariatssitzung vom 24.4.1989, ADL Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806. In Dranske/KV Rügen kündigten sieben Offiziere an, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen und lösten damit ein Politikum aus. Informationsbericht LDP(D)-Rügen vom 9.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

⁹⁶⁰ Vgl. Rede Krüger auf der Bezirksvorstandssitzung am 11.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 2.

⁹⁶¹ Vgl. Informationsbericht BV an den ZV vom 12.5.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005.

⁹⁶² So urteilte der LDPD-KV Bad Doberan über die verbesserten Beziehungen: „... nicht, weil der Marx sein Herz für die christliche Lehre entdeckt hat, sondern weil die gute Arbeit der christlichen Bürger geschätzt wird (...) und das Bemühen des Staates sichtbarer wird, diesen Personenkreis besser in die Arbeit für die sozialistische Heimat einzubeziehen.“, Informationsbericht vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

⁹⁶³ Vgl. Referat zur LDP(D)-Kreisvorstandssitzung am 24.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800, S. 2.

⁹⁶⁴ So Ausführungen der LDP(D)-Rostock-Land, die Krüger als „unmöglich“ zensierte. Referat für die Kreisvorstandssitzung Rostock-Land am 7.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33831.

als „Gotteslästerung“ und liefert damit einen Hinweis auf die Wahrnehmung des DDR-Sozialismus als politischen Religion.⁹⁶⁵

Weitaus weniger sensibel als CDU(D) und LDP(D) nahm die NDPD die Transformation der Unzufriedenheit der Bevölkerung in eine organisierte Politisierung wahr. Auch die Position zu den ersten Demonstrationen und Veranstaltungen der Friedensbewegung war eine andere: Das Vorgehen der VP wurde von der „überwiegenden Mehrheit der Mitglieder für richtig“ gehalten, „um Ruhe, Ordnung und Sicherheit durchzusetzen.“⁹⁶⁶ Ähnlich, wenn auch weniger massiv, war jedoch der Versuch „konfessioneller Kreise“, Einfluss auf NDPD und LDP(D) zu nehmen: Wie das MfS bereits 1984 berichtete, beantragten vermehrt christlich gebundene Bürger ihre Mitgliedschaft und nahmen anschließend „negative Haltungen gegenüber der Bündnispolitik der SED“ ein.⁹⁶⁷

Im Zusammenhang mit der Wahlvorbereitung und den öffentlichen Kandidatenvorstellungen registrierte auch die NDPD, dass die Bevölkerung kritischer geworden ist.⁹⁶⁸ Anders als LDP(D) und CDU(D) stellte sich die NDPD dem jedoch nicht bereitwillig: Einige Kreisverbände beschlossen sogar, die Kandidatenvorstellungen auf 14:00 Uhr vorzulegen, damit die werktätige Bevölkerung nicht erscheinen konnte.⁹⁶⁹ Einigen Fragen nach dem genauen Wahlmodus, der Einführung einer Alternativwahl nach sowjetischem Vorbild und der Möglichkeit, Gegenstimmen abzugeben, konnte die NDPD aber genauso wenig ausweichen.⁹⁷⁰

Auch in der Bezirkshauptstadt wurde eine gewisse Unruhe in der Bevölkerung registriert. So kündigte der Kreisausschuss der Nationalen Front an, dass mit einer größeren Beteiligung von Bürgern zu rechnen sei. Um

⁹⁶⁵ Gemeint war hier eine Störung des Gedenkmarsches für Liebknecht und Luxemburg. Referat zur LDP(D)-Kreisvorstandssitzung am 24.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800, S. 2. Zur Thematik siehe einführend Voegelín, E.: Die politischen Religionen, München 1996².

⁹⁶⁶ Aktuelle NDPD-Information Nr. 48 vom 24.10.1988, SAPMO BArch, DY 16/445, S. 2.

⁹⁶⁷ Z. B. Ergänzung zur Lageeinschätzung in den befreundeten Parteien vom 10.8.1984, BStU, MfS HA XX, Nr. 6632, Bl. 23.

⁹⁶⁸ „Überhaupt ist zu verzeichnen, dass bei diesen Beratungen und anderen Wahlveranstaltungen unsere Parteifreunde Kandidaten mit vielen Fragen konfrontiert werden.“ Aktuelle NDPD-Information Nr. 63 vom 27.3.1989, SAPMO BArch, DY 16/426, S. 8.

⁹⁶⁹ Vgl. ebd., S. 9.

⁹⁷⁰ Vgl. Aktuelle NDPD-Information Nr. 65 vom 10.4.1989, SAPMO BArch, DY 16/445, S. 14.

die aufkommenden Diskussionen gezielt lenken zu können, wurden die Grundeinheiten angewiesen, Mitglieder mit vorformulierten Wortmeldungen auszustatten, diese strategisch günstig im Raum zu platzieren und zuerst zu der Äußerung „ihres“ Beitrags aufzufordern. Die Gesprächsrunde derart zu steuern wäre klüger, als die Diskussion abzuwürgen.⁹⁷¹

Dem kirchlichen Engagement schenkte die NDPD kaum Aufmerksamkeit. Auch der Anfang 1989 gegründete *Verband der Freidenker* (kurz: VdF) stieß bei der NDPD ob ihrer atheistischen Weltanschauung auf wenig Protest, wurde aber auch von den Nationaldemokraten als Versuch erkannt, den „*wachsenden Einfluss der Kirchen zurückzudrängen*“.⁹⁷² Der Rostocker Bezirksvorsitzende Arthur Pommerenke war ab Juni 1989 selbst im Zentralvorstand des VdF tätig.⁹⁷³ Erst Ende Oktober erkannten einige Mitglieder, dass die Blockparteien die Bürger hauptsächlich durch ihre Nähe zur SED zur Bildung einer Opposition unter dem Dach der Kirche veranlasst haben.⁹⁷⁴

Das NDPD-Parteipräsidium zog seine eigenen Schlüsse aus den mitgeteilten Beobachtungen von sich formierenden Bürgergruppen⁹⁷⁵ und stellte Mitte April 1989 fest, es gäbe derzeit „*revisionistische Strömungen in Form eines Herauswachsens aus dem Sozialismus hin zu einem echten, demokratischen, humanistischen Sozialismus ohne Zentralismus, mit Pluralismus in Staat, Wirtschaft und Ideologie*“, die „*übliche Begleiterscheinungen der Reformprozesse des Sozialismus in einer feindlichen Umgebung seien*“. Die zu ergreifenden Maßnahmen sind: „*Gelassen bleiben und entschieden dagegen Position beziehen*“.⁹⁷⁶ Nach der ersten Registrierung der neuen Qualität der bürgerlichen Mitbestimmung im März 1989 befolgte die NDPD diesen Rat: Sie blieb „*gelassen*“ und verstummte. Abgesehen von vagen

⁹⁷¹ Hinweise für die Vorbereitung und Durchführung von Einwohnerversammlungen vom Kreisausschuss der Nationalen Front Rostock vom 22.3.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/92, Bl. 239.

⁹⁷² Aktuelle NDPD-Information Nr. 57 vom 23.1.1989, SAPMO BArch, DY 16/434, S. 22.

⁹⁷³ Vgl. 49. Sitzung des NDPD-Bezirkssekretariats Rostock am 9.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/5193, S. 2.

⁹⁷⁴ Vgl. Brief eines Rostocker Ortsgruppenvorsitzenden vom 25.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2751, S. 2.

⁹⁷⁵ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Rügen vom 8.3.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/103, Bl. 80.

⁹⁷⁶ Bericht des NDPD-Präsidiums über die Ergebnisse der Parteiarbeit vom 11.4.1989, SAPMO BArch, DY 16/445, S. 3a–3b.

Hinweisen auf eine „angespannte politische Situation“⁹⁷⁷ lagen die Schwerpunkte der innerparteilichen Diskussionen zwischen April und Juli 1989 auf der Kommunalwahl und der Entwicklung in den übrigen sozialistischen Staaten, bevor sich erst Ende August erneut Kommentare über das Verhalten der Bürger mehrten. Seit Ende Oktober hatten einige Kreisverbände Kontakte zu den neuen gesellschaftlichen Gruppen, was Pommerenke da jedoch noch ablehnte.⁹⁷⁸ Auf der Sitzung des Bezirksverbandes am 23.11. plädiert Stralsund dafür, selbst in der Bürgerbewegung aktiv zu werden, da beispielsweise das Programm des *Demokratischen Aufbruchs* auch Gedanken der NDPD enthalte.⁹⁷⁹

Weniger deutlich und vor allem wesentlich geringer differenziert als bei den drei anderen Blockparteien nahm die **DBD** das Aufkommen der Bürgerbewegung wahr. Allen Äußerungen zum bürgerlichen Protest ab dem Frühjahr 1988 war gemeinsam, dass keine Ursachen für den Widerspruch der Bevölkerung gesucht wurden, sondern lediglich die BRD als konspirativer Drahtzieher hinter dem Stimmungswandel vermutet wurde: Die „Provokateure“ auf dem jährlichen Gedenktreffen für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden beispielsweise als westliche Agenten bezeichnet⁹⁸⁰ und die allgemeine Tendenz festgestellt, dass die BRD „bestimmte DDR-Bürger animiert, sich unter dem Mantel der Freiheit und auch der Menschenrechte gegen Gesetz und Ordnung zu stellen“.⁹⁸¹

Die Lage in Rostock schätzte der Bezirksverband dennoch als „stabil und gut ein“. Es gäbe aber „genügend Anlässe, die politisch-ideologische Arbeit zu intensivieren“.⁹⁸² Unter dem Verweis auf die aus dem Menschenrecht auf Frieden, Leben, Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit erwachsenen Bürgerpflicht, das sozialistische Recht nicht zu verletzen, mahnte der Bezirksverband im Frühjahr 1988, man brauche „keine Andersdenkenden,

⁹⁷⁷ Protokoll der Beratung des Kreissekretariats Stralsund vom 28.8.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/108, Bl. 7.

⁹⁷⁸ Vgl. Einschätzung über politische und politisch-operativ beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien im Bezirk Rostock nach der Analyse vom 29.3.1989, erstellt am 28.9.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 7627, Bl. 53.

⁹⁷⁹ Vgl. Protokoll zur 12. Sitzung des BV Rostock am 23.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/23, Bl. 58.

⁹⁸⁰ Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 7/88 vom 2.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 2–3.

⁹⁸¹ Protokoll der Sitzung des Sekretariats des DBD-BV am 3.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 4.

⁹⁸² Ebd., S. 3.

sondern Mitdenkende!“.⁹⁸³ Eine weitere Ausgestaltung und Verbesserung des Sozialismus in der DDR unter Führung der SED wünschte auch die DBD, Nonkonformität wurde aber scharf abgelehnt. Dennoch fragten einige nach den Ursachen des Widerspruchs: Warum fühlen sich „junge, in der DDR sozialisierte Menschen, zu denen hingezogen?“⁹⁸⁴

Die Politisierung der Kirchen wurde etwas, aber nicht wesentlich differenzierter wahrgenommen. Ebenfalls ab Februar 1988 machte die DBD regelmäßig „*Unverbesserliche*“ aus, die die Kirche für ihre staatsfeindlichen Handlungen missbrauchen würden.⁹⁸⁵ Die Kirche dürfe oppositionellen Kräften aber keine Plattform bieten.⁹⁸⁶ Dass aber nicht nur von Missbrauch, sondern auch von einem einvernehmlichen Nutzen der Räume und Möglichkeiten der Kirche ausgegangen wurde, legt der Hinweis des Bezirksverbandes nahe, dass „*einige kirchliche Amtsträger die Haltungen ihrer Amtskollegen mißbilligen*“.⁹⁸⁷ Ähnlich ist der Eintrag im Protokoll der Sekretariatssitzung von Mai 1988 zu werten: „*Bis auf wenige Ausnahmen*“ sei die Kirche „*nicht an einer Belastung des Verhältnisses interessiert*“.⁹⁸⁸ Da den Eindämmungsappellen der DBD keine Taten folgten, konnte der sogenannte „Gegner“ in den Reihen der Bevölkerung bis zum Frühjahr 1989 weiter Fuß fassen. So stellte der Bezirksverband der DBD Mitte April 1989 fest, dass „*der Gegner*“ die Wahl durch Provokationen stören wolle: Er verunsichere Kandidaten durch Nachfragen und organisiere Gegenstimmen.⁹⁸⁹

Neben der Forderung nach einer größeren Konsequenz und härteren Bestrafung der „*staatsfeindlichen Elemente*“⁹⁹⁰ hinterfragten aber auch einige wenige Mitglieder die Sanktionierungsmethoden des Staates:

⁹⁸³ Bericht des DBD-BV über die Ergebnisse der Parteiarbeit im Monat März vom 4.4.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 2–3.

⁹⁸⁴ Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 12/88 vom 4.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

⁹⁸⁵ Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 7/88 vom 2.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 2–3.

⁹⁸⁶ Vgl. Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 12/88 vom 4.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

⁹⁸⁷ Bericht des DBD-BV über die Ergebnisse der Parteiarbeit vom 3.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 2.

⁹⁸⁸ Protokoll der Sitzung des Sekretariats des DBD-BV am 20.5.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 6.

⁹⁸⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des DBD-BV am 19.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 4.

⁹⁹⁰ Unter anderem Bericht des DBD-BV Rostock über die Ergebnisse der Parteiarbeit im Monat Februar 1988 vom 2.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 4.

„Leistet man mit dem Abschieben der Provokateure nicht negativen Tendenzen Vorschub?“⁹⁹¹ Hierbei ging es jedoch lediglich um die Art der Bestrafung, nicht um deren Notwendigkeit.

Insgesamt nahmen die Mitglieder der DBD-Rostock eine Veränderung in der Haltung der Bevölkerung und der Stellung der Kirchen zur DDR wahr, hinterfragten diese aber nur sehr selten. Daher verkannten sie sowohl die Ursachen als auch die Ziele der aufkommenden Opposition und damit auch die daraus abzuleitenden Aussagen über den tatsächlichen Zustand der DDR-Gesellschaft. Obwohl sie auch Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR sahen, wollten oder konnten sie diese nicht mit dem zunehmenden Widerspruch der Bürger in Zusammenhang bringen.

3.2.7. Regionale Disparitäten: wider die Mär vom unsolidarischen Norden

Das Verhältnis der Nordbezirke zu dem Rest der Republik ist schon häufiger untersucht worden. Zumeist stehen die vermeintlich durch die spätere Reaktion ausgelöste Entsolidarisierung und das geringere Engagement im Norden im Fokus.⁹⁹² Beide Annahmen bedürfen der Differenzierung.

Anders als bisher proklamiert, hat sich der Norden gegenüber den Südbezirken nicht erst durch seine spätere Beteiligung an den Geschehnissen im Herbst 1989 „unsolidarisch“ gezeigt, sondern die vermeintliche Solidarität bestand auch vor dem Sommer 1989 nicht. Die Archivalien aller Parteien legen nahe, dass im Norden schon lange eine Benachteiligung gegenüber dem Süden und Berlin empfunden worden ist und man sich nicht so recht zugehörig gefühlt hat.⁹⁹³

Deutlich wurde diese empfundene oder tatsächliche Benachteiligung auf drei Ebenen:

(1) der Warenverteilung und zwischen dem Norden, dem Süden und insbesondere Berlin,

⁹⁹¹ Informationsbericht an den DBD-Parteivorstand 8/88 vom 19.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 4.

⁹⁹² So auch bei Langer, Ihr sollt wissen.

⁹⁹³ erinnert sei hier auch an die bereits geschilderten Versorgungs- und Verteilungsprobleme, die in einigen Archivalien als einkalkulierte Disparität dargestellt wurden. Siehe dazu Kapitel 4.1.1. *Wirtschaft und Gesellschaft*.

(2) der Präsenz des Rostocker Bezirksverbandes in der überregionalen Parteikommunikation und

(3) dem politischen Gefälle zwischen dem eher sozialdemokratischen Norden und dem konservativeren und pro-westlicheren Süden, das der Sommer 1990 zu Tage förderte.

Warenverteilung

Bei der **CDU(D)** schätzte man die Beziehung zum Süden als ungleich ein. Mehrmals wurde ein großes Versorgungsgefälle zwischen der Hauptstadt, den Städten im Süden und den ländlichen Regionen im Norden beklagt.⁹⁹⁴ So habe man in Grimmen extra mehr Obst und Gemüse angebaut, dass dann aber in die Zentren verkauft werden musste. Da Rostock aber erst Zulieferungen bekäme, wenn die übrigen Bezirke versorgt seien, entstehe ein Gefühl der Zweitklassigkeit.⁹⁹⁵ Hauptthema der Auseinandersetzung im Jahr 1987 war die 750-Jahrfeier Berlins. Permanent beschwerten sich die Kreise aller Parteien im Bezirksverband Rostock über den zu hohen finanziellen Aufwand und die abgezogenen Baumaterialien und Dienstleistungskapazitäten.⁹⁹⁶ Diese würden vor Ort wesentlich dringender gebraucht: *„Wenn man das Berlin-Fest kleiner geplant hätte, hätte man für den Rest des Geldes Dächer reparieren und Versorgungsprobleme mindern können“*, schimpfte auch die **LDP(D)**-Wolgast.⁹⁹⁷ Insgesamt bestand der Eindruck, zugunsten einer reinen Prestigeveranstaltung für das Ausland massiv benachteiligt zu werden. Besonders im Herbst 1987 gewann eine *„aggressive Stimmung gegen den Aufwand für das Berlin-Jubiläum“* überhand.⁹⁹⁸ Doch auch unabhängig von diesem Ereignis-

⁹⁹⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht zum 5.11.1988 aus dem KV Rostock-Land, ACDP 03-043-033/5.

⁹⁹⁵ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Grimmen an den HV vom 15.7.1989, ACDP 03-043-033/4, S. 2.

⁹⁹⁶ Vgl. z. B. Bericht des DBD-BV Rostock über die Ergebnisse der Parteiarbeit im Monat Juli vom 6.8.1987, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 5 oder Information 6/88 vom 25.1.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

⁹⁹⁷ Informationsbericht vom 6.8.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

⁹⁹⁸ Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des ZV am 29.9.1987, Berichterstattung zu Ergebnissen, Erfahrungen und Problemen bei der Führung der persönlichen Gespräche zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher im BV Rostock vom 15.9.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33755, S. 2.

nis würde Berlin in der Warenversorgung stark bevorzugt,⁹⁹⁹ sodass sich „die Menschen in der Provinz wie 2. Klasse fühlen“.¹⁰⁰⁰

Nicht nur die Hauptstadt erregte Unmut, auch die empfundene Bevorzugung der südlichen Bezirke beobachtete die LDP(D) skeptisch und verständnislos.¹⁰⁰¹ So erhitzen scheinbar banale Dinge wie geputztes, sauber verpacktes und ausreichend vorhandenes Gemüse in den Verkaufseinrichtungen der Südbezirke die Gemüter.¹⁰⁰² LDP(D)-Mitglieder, die aus dem Süden an die Küste überstellt worden sind, bestätigen den Eindruck der schlechteren Lebensbedingungen in ihren neuen Heimatkreisen: So vermissten sie auf Rügen die gewohnten Früh- und Spätverkaufsstellen, klagten über die schlechte Infrastruktur, die fehlenden Wochenendkrippen und das mangelnde Freizeitangebot für Jugendliche.¹⁰⁰³

Möglicherweise hält die subjektiv empfundene Bevorzugung des Südens mit Waren keiner tatsächlichen Analyse der Warendistribution stand: Siegfried Grundmann kommt in seiner Untersuchung der räumlichen Disparitäten in der DDR zu dem Schluss, dass die späte DDR insgesamt vergleichsweise weniger von regionalen Ungleichheiten gekennzeichnet war. Indikatoren seiner Untersuchung sind allerdings nur die Faktoren Umwelt, Arbeit, Wohnung und Wohnort. Er stellt sogar fest, dass die Region Rostock zu einem Vorzugsgebiet gehörte.¹⁰⁰⁴

Innerparteiliche Kommunikation

Innerhalb der **CDU(D)** und in den Berichten der Parteiführung hat der Bezirk Rostock nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Bei den monatlichen Stimmungsberichten wurde deutlich mehr über die übrigen Bezirke

⁹⁹⁹ Vgl. z. B. Informationsbericht Rügen vom Juni 1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812, S. 2.

¹⁰⁰⁰ Informationsbericht Grimmen vom 9.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁰⁰¹ Besonders sensibel reagierte man hier auf Warenanforderungen aus dem Süden. Z. B. Informationsbericht Rostock-Land vom 9.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

¹⁰⁰² Im Norden fände man dagegen hauptsächlich verdrecktes, unsachgemäß gelagertes und schimmliches Gemüse vor. Informationsbericht Wolgast vom 9.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

¹⁰⁰³ Vgl. Informationsbericht Rügen vom 6.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821, S. 2.

¹⁰⁰⁴ Grundmann, S.: Räumliche Disparitäten in der DDR, in: Mertens, L. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Zu einem Strukturmerkmal der SED-Diktatur (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 82), Berlin 2002, S. 159–202.

berichtet,¹⁰⁰⁵ was sowohl an der Qualität der Zuarbeiten als auch an der Ereignisdichte liegen mag. In den Parteigremien war der Bezirksverband personell unterrepräsentiert und trat auch auf Tagungen wenig in Erscheinung: So beschwerte sich der Kreisverband Rostock-Stadt gegenüber dem Hauptvorstand über die Streichung eines Rostocker Redners auf einer Hauptvorstandstagung: *„Im Interesse des territorialen Gefälles der Republik und der Sache Willen, bitten wir darum, dass dem Norden der DDR auch einmal Gehör geschenkt wird und die Prioritäten demokratischer gesetzt werden!“*¹⁰⁰⁶ Auch bei den Vorarbeiten zum Sonderparteitag, den dazu einberufenen Arbeitskreisen, den anwesenden Delegierten¹⁰⁰⁷ und gestellten Anträgen lässt sich eine Beteiligung des Nordens kaum nachweisen: Von den 70 gehaltenen Redebeiträgen kam keiner aus Rostock, von den 73 nicht gehaltenen jedoch drei!¹⁰⁰⁸ Ähnlich sah es für die Vorbereitung der Volkskammerwahl aus.¹⁰⁰⁹

Ebenso kam die Rostocker **NDPD** im Vergleich mit den anderen Bezirken in der überbezirklichen Kommunikation, der Zusammenstellung der Aktuellen Informationen und ähnlicher Kompilationen – abgesehen vom Kreisverband Grimmen – sehr wenig zu Wort. Eine Ursache ist dafür sicherlich auch die Informationsweitergabe durch die Kreise und den Bezirksverband. Hinweise auf eine empfundene Benachteiligung gab es hier jedoch nicht. Ein ähnliches Bild entsteht über den **DBD**-Bezirksverband Rostock, der in den monatlichen Informationen der zentralen Parteiebene wesentlich seltener erwähnt wurde als die anderen Bezirke.¹⁰¹⁰ An der Erneuerung der DBD ab Januar 1990 beteiligt sich der DBD-Bezirksverband Rostock nicht wesentlich: Er schlug weder einen Kandidaten für den Parteivorsitz vor,¹⁰¹¹ stellte keine weiteren Anträge

¹⁰⁰⁵ Vgl. Akte ACDP 07-012-3924.

¹⁰⁰⁶ Informationsbericht des KV Rostock-Stadt an den HV vom 10.10.1988, ACDP 03-043-032/4, S. 4.

¹⁰⁰⁷ Von den 788 Delegierten auf dem Sonderparteitag kamen nur 36 aus Rostock. Handschriftliche Übersicht über die Anwesenden auf dem Sonderparteitag, ACDP 07-011-6202. Würde man den gleichen Delegiertenschlüssel für alle BV ansetzen, hätten aus Rostock 46 Delegierte entsandt werden müssen. Grundlage dieser Berechnungen sind die Mitgliederzahlen im Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Wahlprotokolle Sonderparteitag und 7. Tagung HV am 10.11.1989, ACDP 07-011-3911.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Akte ACDP 07-012-3954.

¹⁰¹⁰ Vgl. z. B. Informationen 1988, SAPMO BArch, DY 60/2901.

¹⁰¹¹ Vgl. Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags vom 28.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/72, S. 256.

an den Sonderparteitag¹⁰¹² und beteiligte sich nicht an der Ausarbeitung der Dokumente zur Erneuerung der Partei.¹⁰¹³

Eine Ausnahme machte der **LDP(D)**-Bezirksverband, obwohl er mit 3.538 Mitgliedern der zweitkleinste Bezirksverband in der DDR war. Entgegen der Wahrnehmung der Mitglieder,¹⁰¹⁴ war ihr Bezirksverband sehr rege und entwarf häufig Vorlagen und Berichte für die Sitzungen des Sekretariats des Zentralvorstands, wodurch die Rostocker Liberalen deutlich stärker in ihrer Parteispitze repräsentiert waren.¹⁰¹⁵ In regelmäßigen Abständen trafen sich auch die Bezirksvorsitzenden der LDP(D) mit Mitgliedern des ZV, um Probleme vor Ort zu besprechen und sich über das weitere Vorgehen auszutauschen.¹⁰¹⁶

Die Rostocker Bezirksverbände wurden abgesehen von der LDP(D) in ihren Parteien entweder weniger wahrgenommen oder beteiligten sich tatsächlich weniger an dem parteiinternen Informationsaustausch und Gestaltungsprozess. Noch auffälliger als die objektive Unterrepräsentierung der Rostocker Gliederungen in den Spitzen und den überregionalen Kommunikationsstrukturen von CDU(D), NDPD und DBD ist jedoch der Befund zur subjektiv empfundenen Benachteiligung.

Politische Mentalitäten

Die scheinbar unterschiedlich loyalen Einstellungen zum DDR-System in Nord und Süd zeigen sich auch im parteiinternen Vergleich. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Bezirksverbände der Nordbezirke vor dem Sommer 1989 im Allgemeinen nicht diejenigen gewesen sind, die die parteiinterne Entwicklung vorangetrieben hätten. Eher im Gegenteil: Zumindest für CDU(D), NDPD und DBD kann die Hypothese aufgestellt werden, dass die Südbezirke eine präsentere Rolle einnahmen. Im Jahr 1990 blieb das Gefälle erhalten und zeigte sich in Form eines eher sozialdemokratisch-orientierten Nordens und eines eher konservativ geprägten Südens. Wie sich das Verhältnis der Bezirke im Einzelnen gestaltete und wie diese Diskrepanz zu erklären ist, müsste jedoch in einer gesonderten Studie untersucht werden. Daher können hier nur einige allgemeine Bemerkungen gemacht werden.

¹⁰¹² Schriftliche Anträge an den Sonderparteitag, SAPMO BArch, DY 60/4990.

¹⁰¹³ Bereitschaftserklärungen zur Mitwirkung an den Dokumenten zur Erneuerung, SAPMO BArch, DY 60/3201.

¹⁰¹⁴ So fanden die Bad Doberaner, dass ihr Bezirk auf dem 14. Parteitag im April 1987 zu gering vertreten sei. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 27.4.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796.

¹⁰¹⁵ Vgl. z. B. ADL, Bestand Sitzungen des Sekretariats des ZV 1988, Nr. L8-648.

¹⁰¹⁶ Die Protokolle der Treffen befinden sich in: ADL, Bestand Abteilung ZV, Bezirksvorsitzendenberatungen, Nr. L8-1804.

Am Beispiel der DBD soll die parteiinterne Disparität zwischen Nord und Süd verdeutlicht werden.

Bei der DBD lassen sich signifikante Ungleichzeitigkeiten ausmachen. So traten einzelne Bezirksverbände schon vor dem Sommer 1989 mit massiven Unmutsäußerungen an die Parteileitung heran. So etwa die Bezirksverbände Berlin¹⁰¹⁷ und Karl-Marx-Stadt, die Enttäuschung über die 8. ZK-Tagung äußerten und deutlich artikulierten, dass die jüngeren Mitglieder der Bezirksverbände nach dem Treffen zwischen Gorbatschow und Honecker Reformen nach sowjetischem Vorbild erwarten.¹⁰¹⁸ Erste Austrittserklärungen aus Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation in der DDR meldeten die Bezirksverbände Gera, Karl-Marx-Stadt und Dresden bereits Anfang Oktober.¹⁰¹⁹ Neben Karl-Marx-Stadt fällt aber besonders der Bezirksverband Potsdam auf: Hier zweifelten die Mitglieder direkt nach dem Fall der Mauer an der weiteren Perspektive des Sozialismus und resignierten.¹⁰²⁰ Ebenfalls aus der Potsdamer Bezirksleitung kam die deutlichste Kritik daran, dass Maleuda sich mit den Stimmen der SED zum Volkskammerpräsidenten hat wählen lassen.¹⁰²¹ Auch die Ortsgruppe Lobetal im Brandenburger Kreisverband Bernau wandte sich am 19. Oktober an den Parteivorstand (kurz: PV) und bat ihn, Krenz wegen seiner Äußerungen zu China und der gefälschten Kommunalwahl „*nicht mit den Stimmen der DBD*“ in die ehemalige Machtfülle Honeckers zu wählen.¹⁰²² Neben Potsdam fragte auch das Bezirkssekretariat Schwerin, ob denn die drei wichtigsten Staatsämter „*unbedingt in einer Hand bleiben*“¹⁰²³ müssen. Damit waren sie dem Denken der Rostocker Bezirksleitung scheinbar um Wochen voraus.

¹⁰¹⁷ „Alltägliche Unzulänglichkeiten werden als generelle Fehler des Sozialismus dargestellt“. Information 26/89 vom 5.5.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 5.

¹⁰¹⁸ Er „hatte erwartet, dass auf der 8. Tagung des ZK bestehende Probleme deutlicher angesprochen werden“. Außerdem gibt es nicht überall Verständnis für die zurückhaltenden Äußerungen über die Entwicklung in Polen und Enttäuschung über das geringe Eingehen des ZK auf die Sorgen der DBD-Mitglieder. Information 33/89 vom 27.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 2 und Information 34/89 vom 29.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

¹⁰¹⁹ Der Bezirk Neubrandenburg wurde in diesem Zusammenhang allerdings auch erwähnt. Vgl. Information 53 vom 6.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 2–4 und Information 54 vom 9.19.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 7–8.

¹⁰²⁰ Vgl. Information 71 vom 10.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 2.

¹⁰²¹ Vgl. Information 74 vom 27.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 3.

¹⁰²² Information über die politisch-ideologische Situation in der DBD-Rostock vom 29.9.1989, BStU, MfS BV Rostock, HA XX/AKG, Nr. 5120, Bl. 16.

¹⁰²³ Informationsbericht 61/89 vom 20.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 4.

Enttäuschung und Zorn darüber, von der SED benutzt worden zu sein, äußerten alle Bezirksverbände gleichermaßen, während Anfang Dezember erste Vereinigungsrufe aus den Bezirken Erfurt und Karl-Marx-Stadt kamen.¹⁰²⁴ Stattdessen ging man in Rostock auch im Januar 1990 noch vom Fortbestand des Sozialismus und der DDR aus: Die politisch-konservativ geprägten Einheitsbekundungen des Südes wurden an der Küste nicht geteilt. Auch die Zukunft der DBD sah man im Norden nicht in einem Beitritt zur Ost-CDU, um schließlich Mitglied der Bundes-CDU zu werden. Wie später noch gezeigt wird,¹⁰²⁵ präferierte der Norden bis in den Sommer 1990 hinein eine Transformation zu einer unabhängigen Regionalpartei in den landwirtschaftlich geprägten Regionen.¹⁰²⁶ Als sich die Eigenständigkeit als unwahrscheinlich erwies, sahen die nördlichen Parteigliederungen größere Gemeinsamkeiten mit der SPD und nicht – wie der Süden – mit der CDU.

Auch bei **CDU(D)**, **LDP(D)** und **NDPD** gibt es einzelne Hinweise auf vergleichbare Disparitäten. So forderte etwa ein Viertel der Teilnehmer einer Veranstaltung der CDU(D)-Karl-Marx-Stadt bereits im Frühjahr 1989 das Ende der Mauer,¹⁰²⁷ während man in den nördlichen CDU(D)-Bezirksverbänden gerade erst über eine Modifizierung der Führungsrolle und eine Neugestaltung der Parteienpolitik diskutierte.

Bei der **LDP(D)** und **NDPD** zeigte sich der größere Veränderungswille des Südens erst im Herbst 1989. So forderten ganze LDP(D)-Kreisverbände aus dem Bezirk Leipzig erstmals im Dezember 1989 den Rücktritt Gerlachs,¹⁰²⁸ während dies im Norden trotz kritischer Stimmen noch lange nicht konsensfähig gewesen ist. Auch die NDPD-Bezirksverbände Leipzig und Suhl waren anscheinend aktivere Gestalter als die Nordbezirksverbände: So veröffentlichten sie¹⁰²⁹ Ende Oktober 1989 Stellungnahmen über die Parteizeitungen, in denen sie ihrer Partei die Existenzberechtigung absprachen, sofern diese die bestehende Programmatik

¹⁰²⁴ Vgl. Information 78 vom 6.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 2.

¹⁰²⁵ Siehe dazu Kapitel 5 *Auf dem Weg zur deutschen Vereinigung*.

¹⁰²⁶ Vgl. z. B. DBD-Informationsbericht 31/90 vom 16.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

¹⁰²⁷ Vgl. Anonymer Vermerk über ein Gespräch mit Heyl vom 13.4.1989, BStU MfS Allgemeine Personenablage, Nr. 14335/92, S. 178.

¹⁰²⁸ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Wismar vom 18.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

¹⁰²⁹ Die *Suhler Wortmeldung* sprach der NDPD ihre weitere Existenzberechtigung ab. Die einzige Möglichkeit zum Erhalt der Nationaldemokratischen Partei wäre, diese in eine Europapartei umzuwandeln. Veröffentlicht am 13.12.1989 auf der Titelseite der *NZ*.

beibehalte. Die einzige Überlebenschance sahen sie in der Umorientierung der NDPD als Partei für ein vereintes Europa. Auch in den Nordbezirken wurden diese Vorstöße wahrgenommen und diskutiert, die pessimistische Einschätzung jedoch noch nicht geteilt.¹⁰³⁰

¹⁰³⁰

Vgl. Brief des KV Stralsund an den Parteivorsitzenden Hartmann vom 3.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 95.

4. Aufbruch zur Emanzipation von der SED

Die beschriebenen externen und systemimmanenten Einflüsse auf die Herrschaftsakzeptanz fanden auch Niederschlag in einer Veränderung der Kommunikationsstrukturen der Parteien, einer unterschiedlich starken Nutzung der gegebenen Freiräume durch Kreis- und Bezirksfunktionäre, dem Umgang übergeordneter Instanzen mit abweichenden Meinungen, dem Engagement einzelner Akteursgruppen sowie der Mitgliederentwicklung. Gemeinsam beeinflussten diese Messgrößen den Grad der Kritik-Durchlässigkeit und bildeten damit die Grundlage für die Erneuerung der Parteien im Herbst 1989. Etwa ab Oktober 1989 differenzierten sich die zeitlichen Abläufe der Erneuerungs- und Umstrukturierungsprozesse innerhalb der Parteien. Die an den jeweiligen Entwicklungsphasen orientierten Gliederungspunkte decken daher zwangsläufig nicht die gleichen Zeiträume ab. Dieser Differenzierungsprozess setzte sich im Jahr 1990 fort.

4.1. Parteikommunikation: Indikator für parteiinterne Hierarchien und politische Kultur

Sowohl die Berichterstattung der Kreis- und Bezirksverbände als auch die politische Anleitung durch die Parteiführungen stehen im Mittelpunkt dieses Kapitels. Dass pluralistische Meinungen in den Blockparteien in unterschiedlichem Maße geäußert werden konnten, setzt differente Berichterstattungswesen und Diskussionskulturen voraus: Das Überbringen von unbequemen Wahrheiten und in Grenzen auch von abweichenden Meinungen wurde nicht in allen Parteien gleichermaßen akzeptiert. Um Rückschlüsse auf die Mentalitäten der Parteien ziehen zu können, werden die jeweiligen Kommunikationsstrukturen im Folgenden erläutert und inhaltliche und formale Auffälligkeiten aufgezeigt. Das Ziel ist es, Erklärungen für die unterschiedlich große Kritikdurchlässigkeit innerhalb der Parteien zu finden, die sich maßgeblich auf die Geschwindigkeit der Neuprofilierung der Blockparteien im Herbst 1989 auswirkte.

Einen Großteil des Quellenmaterials der **CDU(D)** machten Informationsberichte aus. Diese schrieben die Sekretäre und Vorstände jedes Kreises monatlich an die übergeordnete Bezirksleitung. Ebenso berichtete die Bezirksleitung anhand der Informationen aus den Kreisen monatlich an den Hauptvorstand oder den Vorsitzenden Götting persönlich. Zusätzlich erstellten ausgewählte Kreise quartalsweise auch Direktinformationen, die unmittelbar an das Sekretariat des Hauptvorstandes gerichtet waren und durch die Abteilung Parteiorgane ausgewertet wurden.

Durch diese Dopplung lässt sich zum einen gut ersehen, welche Informationen aus den Kreisen der Bezirk an den Hauptvorstand weitergab und andererseits kann man anhand der Berichte der Kreise an den Bezirk und an den Hauptvorstand vergleichen, wo Unterschiede in Formulierungen und Darstellungen bestehen.

Die inhaltliche Struktur der Informationsberichte wurde durch das Sekretariat des Hauptvorstandes nach Vorlage der Abteilung Parteiorgane vorgegeben und zielte bis Juli 1985 in seinen geschlossenen Formulierungen und der fragebogenartigen Anlage nur auf die Kontrolle der Umsetzung der Vorstandsvorgaben ab.¹⁰³¹ Wenn die Kreisfunktionäre diese Berichtsvorgaben unter dem Eindruck, dass keine weiteren Informationen erwünscht seien, einfach nur beantworteten, bestand bis zum Sommer 1985 kein Raum, in dem die Interessen, Sorgen, Meinungen und Ansichten der Mitglieder weitergegeben werden konnten: Eine inhaltliche Rückmeldung über die Zustände und Themen an der Basis war bis zum Sommer 1985 nicht vorgesehen.

Der Berichterstattungsplan für das dritte Quartal 1985 jedoch fragte erstmals gezielt nach der *„Meinungsbildung unserer Mitglieder (...) zu aktuell-politischen Geschehnissen“* und wollte wissen, welche Probleme im Bezirk bzw. im Kreis gegenwärtig eine Rolle spielen.¹⁰³² Unabhängig von den weiter oben getätigten Äußerungen über den systemstabilisierenden Nutzen dieser basisorientierten Berichterstattungsreform muss der veränderte Berichterstattungsplan bei den Funktionären und Mitgliedern den Eindruck erweckt haben, dass ihre Informationen und Ansichten von Belang sind und der Parteivorstand sich für die Meinung der Mitglieder interessiert bzw. einsetzen wird.

Den Inhalt der reformierten und authentischeren Berichte machten nun hauptsächlich Meldungen über die Arbeit der Mitglieder vor Ort, das aktuelle Geschehen und Probleme aus den Kreisen, Stellungnahmen zu überregionalen Themen, die Veranstaltung von Schulungen und Studienzirkeln, die politische Arbeit, die Umsetzung der Vorgaben aus den

¹⁰³¹ Die Pläne für die Berichterstattung bestanden zum größten Teil aus folgenden stark normativen Formulierungen: *„Wie zeigten die Mitglieder, dass sie den Zusammenhang zwischen A und B verstanden haben?“*, *„Wie setzten die Mitglieder die gegebenen Orientierungen um?“*, *„Welche Erkenntnisse konnten gefestigt werden?“* usw. Siehe: Plan der Berichterstattung für das II. Quartal 1985, Beschlussvorlage für die Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 25.2.1985, ACDP 07-011-3082, S. 2.

¹⁰³² Plan der Berichterstattung für das III. Quartal 1985, Beschlussvorlage für die Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 28.5.1985, ACDP 07-011-3083, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 79.

übergeordneten Instanzen, die Zusammenarbeit mit den Kirchen, übrigen Parteien und Organisationen, die Mitgliederwerbung und der Beitragseinzug, Austritte und Parteiverfahren aus.

Aufschluss über den Charakter der Partei und den Grad der Demokratisierung liefert auch der Vergleich der Informationen der Kreisverbände an den Bezirk und an den Vorstand. Es fällt auf, dass die Kreise ihrerseits kaum Unterschiede in ihren Berichten an den Bezirk und den Vorstand hinsichtlich der Themen, der Gewichtung, der Einschätzungen, der offenen Fragen und auch der Formulierungen machten: Zum Teil finden sich in zeitnahen Berichten ganze identische Abschnitte.¹⁰³³ Vereinzelt wurden in den Berichten an den Bezirksverband aber die drastischeren Formulierungen gewählt,¹⁰³⁴ was gemeinsam mit der weniger floskel- und phrasenhaften Sprache und dem Nicht-Entfernen von Tippfehlern auf eine flachere Hierarchie und größere Nähe zu den Funktioniären auf der Bezirksebene schließen lässt.

Gleiches lässt sich auch für die Berichte des Bezirks an den Vorstand feststellen: Die Einschätzungen der Kreise wurden unverfälscht und zum Teil wortwörtlich wiedergegeben. Auch hier finden sich vollständig übernommene Absätze aus den Berichten der Kreise.¹⁰³⁵ Dass die Parteiführung aufgrund einer strengen Parteidisziplin und einer scharfen Sanktionierung von wahrheitsgetreuen, aber unangenehmen Informationen keinen Einblick in die Lage, die Sorgen und Wünsche der Parteibasis hatte, stimmt nicht. Die Kreise und Bezirke gaben über die vorgesehenen Strukturen entsprechende Informationen nach oben, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung und Deutlichkeit. Die entscheidende Frage ist also, wie der Hauptvorstand mit den Meldungen von der Basis gearbeitet hat. Obwohl es einzelne positive Beispiele von schnellen und konstruktiven Reaktionen gibt,¹⁰³⁶ war die Einstellung der Parteiführung gegenüber der Berichterstattung der Mitglieder eher verhalten: Die Unterlagen der Staatssicherheit legen den Verdacht nahe, dass Götting keinerlei Interesse an den Vorgängen an der Parteibasis hatte und er

¹⁰³³ Vgl. z. B. Informationsberichte der CDU(D)-Grevesmühlen an den BV und den HV 10/1988. ACDP 03-043-033/3.

¹⁰³⁴ Vgl. z. B. berichtet die CDU(D)-Grevesmühlen am 25.7.1988 an den HV: „Bei uns werde alles nur positiv dargestellt – die Praxis sehe aber in sehr vielen Fällen völlig anders aus“. In dem Bericht an den Bezirk vom 3.8.1988 heißt es dagegen „Bei uns werde alles nur positiv dargestellt – die Praxis sehe aber in fast allen Fällen völlig anders aus“. Beide Informationsberichte aus: ACDP 03-043-033/3.

¹⁰³⁵ Vgl. Bezirkssekretariatsberichte an den HV, ACDP III-043, 038/1.

¹⁰³⁶ Vgl. z. B. Schreiben Niggemeiers an die CDU(D)Grevesmühlen vom 11.4.1984, ACDP 03-043-012/4.

auch nicht bestrebt war, der SED authentische Informationen zu vermitteln. Er habe sogar Sitzungsprotolle des Hauptvorstands manipuliert, bevor er diese an die Abteilung Befreundete Parteien übergeben hat, weil es in „den Fachabteilungen beim ZK der SED gar kein Interesse an realen, problembezogenen Informationen gibt“.¹⁰³⁷ Die mangelnde Resonanz bemerkten auch die Kreisverbände. So stellte Greifswald im Mai 1989 resigniert fest, dass sie „Berichte um der Berichte wegen“¹⁰³⁸ schreiben.

Dass es trotz dieses relativ großen Spielraumes für Meinungsäußerungen auch Beispiele für einen restriktiveren Umgang mit Informationen gab, belegen mehrfach abgelehnte beziehungsweise zur Überarbeitung zurückgegebene Berichte.¹⁰³⁹ In den Sommermonaten 1989 wurde offensichtlich eine gewisse Bewegung an der Basis wahrgenommen, die größerer Aufmerksamkeit bedurfte. So betonte der Bezirksvorsitzende Klemm auf der Bezirksvorstandssitzung am 27.9.1989, dass der Sinn der Mitgliederversammlungen darin bestünde, „Informationen an die Mitglieder zu geben und Informationen der Mitglieder an die Vorstände und Ortsgruppenvorsitzenden zu geben“.¹⁰⁴⁰ Ob dieses zunehmende Interesse für die Vorgänge an der Basis mit altruistischen Beweggründen oder mit einem gestiegenen Kontrollbedürfnis einherging, muss sicher für jeden Funktionär in unterschiedlicher Gewichtung beurteilt werden. Wie auch schon im Sommer 1985 schien die Möglichkeit der freieren Meinungsäußerung aus der Perspektive der Mitglieder für das vergleichsweise gute Parteilima gestanden zu haben. Die Grenzen, die der Hauptvorstand der Meinungsäußerung innerhalb der CDU(D) setzte, wurden im Umgang mit dem *Brief aus Weimar* jedoch sehr deutlich, wie das Kapitel 4.2. *Unmut* zeigen wird.

¹⁰³⁷ Informationen über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23.12.88, BStU, MfS, HA XX 6632, Bl. 49. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 79.

¹⁰³⁸ Informationsbericht der CDU(D)-Greifswald an den HV vom 10.5.1989, ACDP 03-043-045/6, S. 3. Es gibt daneben auch zahlreiche andere Beschwerden über ausbleibende Reaktionen der Parteileitung. Zit. n.: Ebd.

¹⁰³⁹ So zum Beispiel der Abschlussbericht der Jahreshauptversammlung vom 24.5.1988. In der überarbeiteten und am 14.6.1988 angenommenen Fassung sind keine wesentlichen Änderungen vorgenommen worden, nicht mal alle handschriftlichen Randbemerkungen wurden eingearbeitet. Gestrichen wurde hier allerdings eine größere Anzahl von Fragen der Mitglieder im Anhang. Am auffälligsten war die nach der generellen Einführung der in der Volkammer praktizierten festen Mandatsverteilung auch in den niederen Volksvertretungen, um dem Konkurrenzdenken Einhalt zu gebieten. Beide Fassungen in ACDP 07-011-5781.

¹⁰⁴⁰ Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 12.7.1989, ACDP 07-011-3871, S. 9. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 80.

Anfang Dezember 1989 wurden die Berichterstattungsstrukturen im Zuge des Erneuerungsprozesses wesentlich gelockert. Die Kommunikation verlief jetzt unregelmäßig und ohne inhaltliche Vorgaben,¹⁰⁴¹ sodass in den folgenden Monaten auch angesichts der gravierenden Ereignisse weitaus weniger Quellenmaterial produziert wurde.

Den zweiten aussagekräftigen Bereich der untersuchten Berichterstattung machen die Schulungs-, Tagungs- und Seminarberichte aus.¹⁰⁴² Diese sind ebenfalls Ausdruck der scheinbar demokratischeren Kultur bei den Christdemokraten: Der Verfasser der Schulungsberichte war bei den Christdemokraten nicht der Seminarleiter, sondern ein gewählter Teilnehmer. Dieser berichtete nicht über die politisch-ideologischen Äußerungen und Lernfortschritte der anderen Mitglieder, sondern *beschrieb* Tagesabläufe, die allgemeine Stimmung, kulturelle Veranstaltungen und Referate. In dieser Form der Berichterstattung hatte das Weitergeben von kritischen Informationen nicht den Anschein einer Denunziation, sondern einer offenen Informationsweitergabe von unten nach oben. Gerade diese scheinbare Offenheit ermöglichte eine bessere Kontrolle der Parteibasis. Insgesamt erscheinen die Berichte der CDU(D) trotz MfS-Informationen über Schönfärberei und Manipulationen¹⁰⁴³ einen hohen Authentizitätsgehalt zu haben, wie die Überprüfung mit mehreren Parallelüberlieferungen gezeigt hat: Neben der DDR-üblichen Rhetorik und ritualisierten Treuefloskeln kann man den Berichten tatsächliche Informationen über das Meinungsbild an der Parteibasis entnehmen.

Auch bei der **LDP(D)** schrieben die Kreisverbände monatliche Berichte an ihre Bezirksverbände, allerdings sind diese nur zum Teil im Archiv des Liberalismus archiviert und auch nicht für jeden Kreisverband in ähnlichem Umfang überliefert.¹⁰⁴⁴ Ausgehend von den Informationen der Kreise verfasste der Bezirksverband pro Jahr sechs Informationsberichte an den Zentralvorstand, die diese z.T. wortwörtlich oder passa-

¹⁰⁴¹ Vgl. Informationsbericht des BV an den HV vom 15.12.1989, ACDP 03-043-038/1.

¹⁰⁴² Vgl. z. B. Akte ACDP 07-011-5685.

¹⁰⁴³ Vgl. Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, BStU, MfS, HA XX, Nr. 6632, Bl. 12.

¹⁰⁴⁴ Vollständig sind nur die Akten der LDP(D)-Rostock-Land. Die Einschätzung der zuständigen Archivarin, dass die fehlenden Berichte manchmal für ganze Jahre gar nicht verfasst worden seien, erscheint wenig schlüssig. Gerade im demokratischen Zentralismus wäre ein monatelanges Nicht-Erfüllen der Informationspflicht gerügt oder zumindest thematisiert worden. Vermutlich sind die fehlenden Berichte einfach nicht überliefert worden.

genweise wiedergaben, zumindest aber zutreffend zusammenfassten.¹⁰⁴⁵ Eine direkte Information der Kreise an die Parteileitung gab es bei der LDP(D) nicht.¹⁰⁴⁶

Inhaltlich befassten sich die Informationsberichte der LDP(D)-Kreisverbände vor allem mit ideologischen Problemen, „die sich aus der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des 13. Parteitags (...) sowie bei der Mitwirkung zur Umsetzung der Beschlüsse des 11. Parteitags der SED“ ergaben.¹⁰⁴⁷ Schon in dieser Formulierung wird der Fokus der LDP(D) deutlich: Die Berichte zeichneten sich vor allem durch eine hohe Selbstreferenzialität aus und waren klar und direkt formuliert. Die Berichtersteller bezogen sich nur wenig auf Handlungen, Sitzungen, Beratungen, Vorgaben und Anleitungen der SED.¹⁰⁴⁸ Das geht auch aus den Konzeptionen für die Bezirksvorstandssitzungen hervor, die in der Regel nur die Auswertung der aktuellen Zentralvorstands-Tagungen vorsahen.¹⁰⁴⁹ Der Anteil der kritischen Informationen über die Lage und Stimmung vor Ort lag in den Informationsberichten der LDP(D) bei etwa 50–75 % und war damit sehr hoch.¹⁰⁵⁰ Strukturell folgten die Berichte immer der Trias Außenpolitik, Innenpolitik, Innerparteiliches.

Ein Indiz für den hohen Tatsachengehalt ist auch ein weiterer Aspekt: Einzelne Kreisverbände legten die Themen der Informationsberichte vorab gemeinsam mit den Mitgliedern fest, verlasen die angefertigten Berichte und warteten vor dem Absenden auf die Zustimmung der Mit-

¹⁰⁴⁵ So etwa besteht der Informationsbericht August/September 1989 des LDP(D)-BV an den ZV vom 14.9.1989 zu großen Teilen aus dem Informationsbericht Rügen vom 29.8.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845 und ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005.

¹⁰⁴⁶ Möglicherweise dienten die Direktinformationen bei den Christdemokraten der Kontrolle der Bezirksebene hinsichtlich einer möglichen Informationszurückhaltung.

¹⁰⁴⁷ Rundschreiben an alle LDP(D)-KV vom 12.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

¹⁰⁴⁸ Vgl. z. B. LDP(D)-Bezirksdelegiertenkonferenz am 29.11.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33749.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Akte ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33750.

¹⁰⁵⁰ Vgl. z. B. besteht die Kurzeinschätzung des BV zur durchgeführten Zentralen Mitgliederversammlung vom 3.11.1988 zu 70 % aus Informationen, die der Leser als so kritisch aufgefasst hat, dass er sie farbig markierte. ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Zentrale Mitgliederversammlungen 1988, Nr. L8-1551, S. 2.

glieder.¹⁰⁵¹ Auch, wenn diese Information der Sekretariate Rostock-Land und Ribnitz-Damgarten nicht stimmen sollten, würde auch die Fehlinformation zeigen, dass ein derart basisdemokratisches Vorgehen zumindest als wünschenswert angesehen wurde. Dennoch finden sich bei der LDP(D) Berichte, aus denen einzelne Absätze offensichtlich ausgeschnitten worden sind.¹⁰⁵² Ob dies zensorischen Zwecken diene oder die fehlenden Passagen an zuständige Instanzen weitergeleitet worden sind, kann leider nicht beurteilt werden.

Der Kontakt der Funktionäre zu den Mitgliedern gestaltete sich nicht immer leicht. Der Bezirksverband schätzte 1986 ein, dass nur etwa 2/3 aller Mitglieder regelmäßigen Kontakt zur LDP(D) haben. Das wurde unter anderem mit zu häufigen Veranstaltungen und einem ungenügend differenzierten Parteiprofil begründet. Dementsprechend war die Beteiligung an Veranstaltungen dann am besten, wenn die Mitglieder konstruktive Streitgespräche erwarteten.¹⁰⁵³ Die Beziehung der Basis zu den LDP(D)-Funktionären war gespalten. So äußerten sich mehrere Kreise enttäuscht über Besuche und Referate von Vorstandsmitgliedern: Zu wenig Bezug zu den Problemen vor Ort und eine ungenügende Vorbereitung der Reden ließen etwa die Greifswalder zu dem Schluss kommen, dass sie in Zukunft auf derartige Einladungen verzichten wollten.¹⁰⁵⁴

Auch gegenüber dem zum Teil als oberflächlich und veraltet angesehenen Anleitungsmaterial gab es Vorbehalte.¹⁰⁵⁵ So fragte der Kreisverband Greifswald, wie man parteilosen Bürgern angesichts des nur noch gering verbliebenen Werbungspotentials *„überzeugend sagen könne, welche Vorzüge eine Mitgliedschaft für sie in der LDP(D) hat“*.¹⁰⁵⁶ Dass sie dies nicht aus eigener Erfahrung konnten, verdeutlicht auch die Erwartungshal-

¹⁰⁵¹ So verfahren die LDP(D)-KV Rostock-Land und Ribnitz-Damgarten zumeist. Siehe z. B. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 29.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

¹⁰⁵² Vgl. z. B. Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 6.8.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁰⁵³ Vgl. Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des ZV am 15.4.1986. Bericht des BV zum Stand der Erfüllungen der Beschlüsse des 13. Parteitags, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstands, Nr. L8-1608, S. 25–26.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Protokoll der LDP(D)-Kreisvorstandssitzung am 16.11.1987, ADL Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797 oder Anleitung der Grundeinheitvorsitzenden Rostock-Stadt vom 26.5.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803.

¹⁰⁵⁵ Vgl. Kurzbericht LDP(D)-Rügen über die Durchführung des politischen Bildungszirkels vom 6.11.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33815.

¹⁰⁵⁶ Protokoll der LDP(D)-Kreisvorstandssitzung vom 3.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797, S. 2.

tung der Mitglieder an ihre Partei. Die Kreisverbände legten größten Wert darauf, dass ihre Berichte tatsächlich gelesen und die darin enthaltenen Fragen beantwortet werden. Nicht selten wurde mit Nachdruck an ausbleibende Antworten erinnert.¹⁰⁵⁷ Denn auch dies sei Bestandteil der innerparteilichen Demokratie, mahnte der Kreisverband Rostock-Land an.¹⁰⁵⁸

Im frühen Sommer 1989 kam die Anleitungstätigkeit an ihre Grenzen. Die Mitglieder lehnten weitere politische Bildung ab und bestanden auf ihre Meinungen, sodass nur wenige Zirkelleiter noch in der Lage waren, die Diskussionen zu lenken.¹⁰⁵⁹ Spätestens ab Januar 1990 brach auch bei der LDP(D) die regelmäßige Informationstätigkeit zusammen. Von nun an wurden nur noch vereinzelte Informationen übermittelt.

Auch die Kreisverbände der **NDPD** berichteten monatsweise über die Arbeit in den Kreisen, Mitgliederbewegungen, Probleme, Aktionen und Veranstaltungen und die Umsetzung der ideologischen und praktischen Vorgaben ihres Hauptausschusses an den Bezirksverband. Dabei war die Tonlage der Informationsabfrage sehr normativ und ließ kaum Spielraum für eigenständige Wortmeldungen.¹⁰⁶⁰ Der Bezirksverband erstellte eine Bezirksinformation aus den Kreisinformationen, die vom Sekretariat des Hauptausschusses gemeinsam mit den Informationen aus den anderen Bezirksverbänden zu einer überwiegend konformen monatlichen Übersicht zusammengestellt wurden. Jeder einzelne Bericht aus den Kreisverbänden wurde nach der Erstellung also noch zwei weitere Male gefiltert und zusammengefasst, bevor er dem Hauptausschuss als Monatsberichterstattung vorlag. Zusätzlich berichtete jeweils ein Kreisverband pro Bezirk ein halbes Jahr lang als Direktinformant vierzehntätig an das Sekretariat des Hauptausschusses und lieferte so einen unmittelbaren Eindruck der Lage vor Ort. Für den Bezirk Rostock waren das seit Anfang 1987 Bad Doberan, Stralsund, Wismar, Grevesmühlen, Ribnitz-Damgarten und Rostock-Stadt.

Die Struktur der NDPD-Parteiiinformationen wurde erst im März 1989 dahingehend geöffnet, dass nun vermehrt nach Tendenzen und Einzel-

¹⁰⁵⁷ Vgl. z. B. Informationsbericht LDP(D)-Wismar vom 6.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Rostock-Land vom 6.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 3.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Bericht des 32. Zirkeljahres LDP(D)-Rügen vom 26.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33815, S. 1–2.

¹⁰⁶⁰ Übliche Leitfragen waren z. B.: *Wie zeigen die Mitglieder, dass sie den Zusammenhang verstanden haben? Wie wird der Beschluss der letzten HA-Tagung umgesetzt? Wie drückt sich die Parteilichkeit der Mitglieder aus?*

meinungen, Aspekten und Problemen im Kreis, Diskussionsverläufen bis hin zur Wiedergabe einzelner Wortmeldungen und der Argumentation und Gesprächsführung durch den Kreisvorstand gefragt wurde.¹⁰⁶¹ Unter dem Vorwand der Wahlkampfgestaltung sollten nun authentischere Informationen an die Parteispitze gegeben werden. Der spätere Zeitpunkt der Reform der NDPD-Berichterstattung ist möglicherweise ein Indiz für das als gering eingeschätzte Unruhepotential der Nationaldemokraten: Ein Signal der Basisorientierung war hier erst später nötig. Nichtsdestotrotz war die agitatorische Einwirkung auf die Mitglieder nach wie vor das Ziel der Anleitungstätigkeit.¹⁰⁶² Ende November 1989 wurde die Berichterstattung der NDPD erneut reformiert und insbesondere im Bereich der statistischen Erfassung gekürzt.¹⁰⁶³ Auf die unzähligen Schreiben an die Parteiführung scheint es in der überwiegenden Mehrheit keine Antworten gegeben zu haben.¹⁰⁶⁴

Die NDPD-Berichte aus den Kreisen und Lehrgängen wurden vom Bezirksverband gelesen, bestätigt und in Teilen weitergegeben. Es folgte jedoch keinerlei inhaltliche Reaktion auf die sich anbahnende Revolte der Mitgliedschaft. Durch die doppelte Filterung der Informationen aus den Kreisen unterlagen die ohnehin stark auf die SED ausgerichteten, floskelhafteren und stärker genormten Äußerungen der Nationaldemokraten einer doppelten parteiinternen Zensur. Dadurch erwecken die Archivalien der NDPD den so undifferenziert nicht haltbaren Eindruck, die Basis der NDPD sei grundsätzlich konformer als die von CDU(D) und LDP(D) gewesen.

Auch die **DBD** hatte eine eigene Berichterstattungsstruktur. Monatlich wurde das Präsidium durch die Bezirksverbände über die Ergebnisse der Parteiarbeit informiert und stellte daraus die Informationsberichte an den Parteivorstand zusammen. Der Parteivorstand bekam also nur die vom Präsidium ausgewählten Nachrichten. Direkte Informationen der Ortsgruppen an das Sekretariat des Parteivorstands wurden auch erho-

¹⁰⁶¹ Vgl. Schreiben des Sekretariats des HA, Abteilung Parteiinformationen, an das Kreissekretariat Ribnitz-Damgarten vom 30.3.1989, SAPMO BArch, DY 16/4536.

¹⁰⁶² Die Planung der NDPD-Mitgliederversammlungen vom 18.5.1989 operierte weiterhin mit den Satzbausteinen „*Es ist zu vermitteln...*“, „*Die Mitglieder sollen erkennen...*“ etc. SAPMO BArch, DY 16/427.

¹⁰⁶³ Vgl. Mitteilung des NDPD-Sekretariats für Parteiorganisation und Personalpolitik vom 27.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/3823.

¹⁰⁶⁴ An einer archivierten Beschwerde aus Rostock vom 19.12.1989 hing ein kleines Post-It mit der Aufschrift: „*Wie in solchen Fällen üblich keine Antwort*“. SAPMO BArch, DY 16/780.

ben, aber weitaus weniger als es in den anderen drei Parteien üblich war. Die Informationspläne der DBD wiesen je eine Ortsgruppe pro Bezirksverband aus, die dem Sekretariat des Parteivorstands einmalig über die aktuellen Ereignisse Bericht erstatten sollte. Zusätzlich zu diesen Ortsgruppendifferenzinformationen erstellte auch je ein Kreisverband monatlich eine Kurzinformation. In dem Informationsplan für das zweite Halbjahr 1987 nahm auch die DBD eine größere Mitgliederfokussierung vor: Ab Juli 1987 informierten die Kreisverbände *„über typische Meinungen und Fragen der Mitglieder zu wichtigen innen- und außenpolitischen Ereignissen“* und darüber, wie der Kreis- oder Ortsgruppenvorstand darauf reagiert hat.¹⁰⁶⁵ Ähnlich wie auch bei den anderen Parteien lässt sich von da an tatsächlich eine Veränderung des Tenors der Berichte feststellen. Statt phrasenhaft, konformistisch und weitgehend nichtssagend wie zuvor, enthielten die Kurzinformationen nun konkrete Hinweise auf Hemmnisse und Problemlagen, die zwar anfangs nur vereinzelt auftraten, bis zum Sommer 1989 aber deutlich größeren Raum einnahmen. Dass das Präsidium die Verantwortung für die Behebung vieler Missstände in den Kreisen selbst sah, wurde in den Auswertungen der Berichte deutlich: *„Fragen, die im Kreis zu lösen sind, werden noch zu oft nach oben gegeben.“*¹⁰⁶⁶

Gegenüber dem MfS schätzte der Parteivorstand wiederum ein, dass die Bezirkssekretariate ihm falsche Informationen über die Anzahl der abgehaltenen Versammlungen und die Beteiligung der Mitglieder liefern würden: *„Ein Angehen gegen diese Erscheinungen“* wäre jedoch zwecklos, *„weil schon der Versuch einer realistischen Berichterstattung durch die Bezirkssekretäre der DBD verhindert würde“*.¹⁰⁶⁷ Unabhängig von der Frage nach Ursache und Wirkung verdeutlicht dieses Zitat, wie das Vertrauensverhältnis zwischen Bezirks- und Parteileitung aussah.

Besonders auffällig und für die Handhabung kritischer oder unbequemer Informationen charakteristisch war die Struktur schriftlich ausgearbeiteter Präsidiumsberichte oder Redebeiträge.¹⁰⁶⁸ Nicht gewünschte

¹⁰⁶⁵ Informationsplan des Sekretariats des DBD-Parteivorstands für das zweite Halbjahr 1987, SAPMO BArch, DY 60/3457, S. 3.

¹⁰⁶⁶ Bericht des Präsidiums anlässlich der 6. Tagung des DBD-PV am 16.12.1988, SAPMO BArch, DY 60/331, S. 66. Ebenso handschriftliche Notiz am Bericht des KV Wismar vom 4.12.1987: *„Warum wird das bis zum PV hochgezogen?“*, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 4.

¹⁰⁶⁷ Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, BStU, MfS HA XX, Nr. 6632, Bl. 21–22.

¹⁰⁶⁸ Vgl. z. B. Berichte des Präsidiums anlässlich der 4., 5. und der 6. Tagung des DBD-PV am 28.4.1988, 30.9.1988 und am 16.12.1988, SAPMO BArch, DY 60/329, DY 60/330 bzw. 60/331 und auf der 7. Tagung des Parteivorstandes

Wahrheiten wurden zwar in die Texte eingebaut, diese aber als eigenständiger Absatz, auf einem – abgesehen davon – leeren Blatt mit der ergänzenden Zählung Seitenzahl/a in den Fließtext eingelegt, sodass mit Ihnen nach Belieben verfahren werden konnte und die Entfernung diese Ergänzungsseiten weder durch die unterbrochene Seitenzählung, noch durch sprachliche Unebenheiten aufgefallen wäre. Wiederum war es das Präsidium der DBD, das hier die Möglichkeit hatte, die an den Parteivorstand weiterzugebenden Informationen, zu zensieren. Informationen, die so zur Vorenthaltung vorbereitet waren, betrafen wirtschaftliche Fragen, Beispiele für ungelöste Hindernisse, die Nichteinhaltung der SED-Planvorgaben und daraus resultierende Versorgungsmängel, Probleme bei der Mitgliedergewinnung bzw. Mandatsbesetzung, die sinkende Beteiligung an Parteiveranstaltungen sowie die Ursachen für Wahlverweigerungen, die Studierendenquote unter Kindern von Genossenschaftsbauern, gesamtgesellschaftliche Missstände oder die Sorge über die internationale Entwicklung.¹⁰⁶⁹

Interessant ist der ebenfalls als zensurbedürftig empfundene Hinweis an den Parteivorstand, dass die Beteiligung an „den Mitgliederversammlungen, an denen Mitarbeiter des zentralen Parteiapparates teilnahmen“, weit unter dem Durchschnitt liegen würde und gleiches für die Teilnahme an den durch den Apparat besuchten Parteischulungen galt.¹⁰⁷⁰ Damit wird die Vermutung nahegelegt, dass die DBD-Mitglieder ihren eigenen Parteiapparat gemieden haben.

Die Parteikommunikation diente natürlich nicht nur der Vermittlung von Direktiven und Vorgaben, sondern auch der Informationsweitergabe von „unten nach oben“ und umgekehrt. So erbaten die Kreisverbände von den übergeordneten Instanzen mehr Informationsmaterial über wirtschaftliche Zusammenhänge und Fortschritte ebenso häufig wie Argumentationshilfen bezüglich der Entwicklungen in den Ostblockstaaten.¹⁰⁷¹ Dass der Parteivorstand zu den innenpolitischen Missständen

am 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/3327. Alternativ wurden diese kritischen Einschübe auch durch einen veränderten Zeilenabstand gekennzeichnet. Vgl. Bericht über die Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Parteivorstands zur politischen Bildungsarbeit im Parteischulungsjahr und in den Lehrgängen der Kreisschulen der DBD '88/89, 25. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstands am 9.5.1989, SAPMO BArch, DY 60866, S. 4.

¹⁰⁶⁹ Vgl. z. B. Bericht des DBD-Präsidiums auf der 7. Tagung des PV am 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/3327, S. 66a.

¹⁰⁷⁰ Ebd.

¹⁰⁷¹ Vgl. z. B. Aktuelle Kurzinformationen KV Grevesmühlen vom 19.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 2 oder Informationsbericht an den Parteivorstand 49/88 vom 14.10.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 5.

nicht „*schon längst*“ Stellung bezogen hatte, sorgt bereits im Jahr 1987 für Unverständnis.¹⁰⁷² Die Mitglieder fühlten sich insgesamt zu wenig von ihrer Parteileitung wahrgenommen.¹⁰⁷³ Auch die Anleitungstätigkeit des Parteivorstands war weitaus weniger effektiv, als die offiziellen Statistiken auswiesen: Im Präsidiumsbericht anlässlich der 5. Tagung des Parteivorstands Ende September 1988 ist die Information enthalten, dass in den 6.900 Ortsgruppen¹⁰⁷⁴ monatlich insgesamt 1.700 Sitzungen ausfallen, also rund 30.000 Mitglieder seltener als einmal pro Monat „*erfasst*“ würden.¹⁰⁷⁵ Als mögliche Reaktion darauf wurden die Kreise ab Juli 1989 dahingehend enger angeleitet, dass von nun an immer ein Mitglied des Bezirksverbandes an den Kreisverbandssitzungen teilnehmen sollte.¹⁰⁷⁶

Ab dem Sommer 1989 wurde der Ton in den Berichterstattungen schärfer. So enthält der Bericht des Bezirks Klagen der Mitglieder über die „*wiederum unbefriedigende Ersatzteillieferung*“, die „*sehr heftig*“ kritisierten schlechten Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und Fragen zu den Auswirkungen der Entwicklungen des sozialistischen Lagers auf dessen Stabilität und den Reiseverkehr, die vielen Vorständen Schwierigkeiten bei der überzeugenden Argumentation bereiteten.¹⁰⁷⁷ Im August 1989 reagierte der Bezirksverband auf die Kritik der Mitglieder: Er richtete eine Pressestelle ein. Diese sollte für einen kontinuierlichen Informationsfluss sorgen und die Mitglieder, von denen im Juli nur noch 50 % an den Sitzungen teilnahmen,¹⁰⁷⁸ besänftigen.¹⁰⁷⁹ Abgesehen von weiterhin zunehmenden Forderungen nach konkreter Anleitung und Informationsmaterial blieb die Struktur der Berichterstattung bis Ende

¹⁰⁷² Bericht des Bezirksverbandes über die Ergebnisse der Parteiarbeit im Monat Juli vom 6.8.1987, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 5.

¹⁰⁷³ „*Die Mitglieder wünschen sich, dass auf der 5. Tagung des Parteivorstandes noch gezielter auf die Fragen der Mitglieder eingegangen wird.*“ Informationsbericht an den Parteivorstand 47/88 vom 4.10.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

¹⁰⁷⁴ Anzahl entnommen aus: Bericht des Präsidiums auf der 4. Tagung des Parteivorstandes am 28.4.1988, SAPMO BArch, DY 60/329, S. 70.

¹⁰⁷⁵ Die 30.000 Mitglieder entsprechen etwa einem Viertel der Gesamtmitgliedschaft. Bericht des Präsidiums auf der 5. Tagung des Parteivorstandes am 30.9.1988, SAPMO BArch, DY 60/330, S. 85.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Bezirkssekretariats am 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 2.

¹⁰⁷⁷ Information des DBD-BV über die Parteiarbeit im Mai vom 8.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 7–8.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Aktuelle Kurzinformationen der DBD-Wismar vom 1.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 2.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des DBD-Bezirkssekretariats vom 24.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 4–6.

Oktober unverändert. Erst dann wurden die Bezirksverbände enger an den Parteivorstand angebunden: Ab der 32. Sitzung nahmen neben den Bezirksvorsitzenden auch die Abteilungsleiter an den Zusammenkünften des Sekretariats des Vorstands teil.¹⁰⁸⁰

4.2. Unmut: Diskrepanz zwischen Basis und Führung wächst

Ausgehend von den Kommunikationsstrukturen und -bedingungen soll nun aufgezeigt werden, welche Art von Kritik wann in den jeweiligen Parteien artikuliert werden konnte und wie ggf. mit ihr umgegangen worden ist. Im Vordergrund steht dabei die politische Komponente der geäußerten Kritik, die bereits im Jahr 1987 deutlich zu finden ist. Die Themenfelder, die bereits im Kapitel 3.2.1. *Wirtschaft und Gesellschaft* behandelt worden sind, werden daher hier nicht noch einmal in Gänze dargestellt.

Der Übergang von Unmutsäußerung zu einer Programmdiskussion und Erneuerung der Parteien fand in den Blockparteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt. Während er bei CDU(D) und NDPD mit der Absetzung Göttings und Homanns Anfang November 1989 gut zu terminieren ist, fällt dies für LDP(D) aufgrund der einmütigeren Beziehungen zwischen Basis und Parteiführung schwerer. Gleiches gilt für die DBD, bei der die innerparteiliche Kommunikation erst später einen Bruch offenbart. Während der größte Teil der LDP(D)-Mitgliedschaft die Programmdiskussion ab September noch gemeinsam mit der Parteileitung führte, setzte sie bei der DBD im Prinzip erst mit dem Sonderparteitag im Januar 1990 ein.

Die alltäglichen Probleme in der DDR wurden von den Mitgliedern der **CDU(D)** direkt angesprochen. Die von ihnen und auch dem Bezirksverband angemahnten Themen wurden jedoch von der Parteiführung überwiegend ignoriert: außer ideologischen Appellen kam nichts an praktischer Hilfe.¹⁰⁸¹ Angesichts der als „Fass ohne Boden“ eingeschätzten Problemmenge und der wahrgenommenen Diskrepanz zwischen staatspolitischer Theorie und Praxis mehrten sich nicht nur resignative Tendenzen,¹⁰⁸² sondern im Jahr 1987 musste erstmals eine erhöhte An-

¹⁰⁸⁰ Vgl. Protokoll der 32. Sitzung des Sekretariats des DBD-PV am 20.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/877.

¹⁰⁸¹ Vgl. Informationen des KV Greifswald an den HV vom 23.11.1987, ACDP VII-011-6434, S. 2.

¹⁰⁸² Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.8.1988, ACDP III-043-033/5, S. 2.

zahl von „beeinflussbaren Austritten“¹⁰⁸³ verzeichnet werden, die von da an stetig stieg. Auch das MfS war über „ernstzunehmende Probleme, das (...) Engagement aufrechtzuhalten und gesellschaftspolitisch zu nutzen“ informiert und nannte die 90 politisch-motivierten Abgänge im Folgejahr als Beleg.¹⁰⁸⁴

Trotz der alltäglich beobachteten Degradierung der Volksvertretern zu Mängelverwaltern¹⁰⁸⁵ und der Kritik an dem Selbstverständnis und der Ämterführung einiger gewählter Volksvertreter¹⁰⁸⁶ bestand bei den Mitgliedern der CDU(D) in der ersten Hälfte des Jahres 1988 noch die Hoffnung, dass sich mit den neuen Kandidaten für die Kommunalwahl im Jahr 1989 eine neue politische Kultur etablieren lasse.¹⁰⁸⁷ Insgesamt haben die Rostocker Christdemokraten die Lage im Bezirk und in der gesamten DDR als drückend empfunden: grassierende Unaufrichtigkeit, Mangelwirtschaft, die Dominanz von SED-Mitgliedern auf wirtschaftlichen Leitungspositionen,¹⁰⁸⁸ Nicht-Behebung von bestehenden Problemen und geringe Einflusschancen für Volksvertreter und Angehörige der Blockparteien erregten regelmäßig den Unmut der Mitglieder und führten zu resignativen Tendenzen. Kämpferisch erhob der Greifswalder Kreisverband daher das Postulat „Resignation ist unchristlich!“¹⁰⁸⁹

Nichtsdestotrotz meldeten fast alle Kreisverbände ab dem Sommer 1988, dass sie gegen die großen Resignationstendenzen nicht mehr ankämen

¹⁰⁸³ Darunter fallen alle Beendigungen der Mitgliedschaft, die nicht durch den Tod des Mitglieds verursacht wurden, also vor allem Ausschlüsse und Streichungen, die die Funktionäre durch Einwirkungen auf die Mitglieder theoretisch hätten verhindern können. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 9.2.1988, Bilanz der Mitgliederentwicklung für 1987, ACDP 03-043-045/5, S. 2. Der Statistische Jahresbericht vom 14.2.1988 weist für das Jahr 1987 70 beeinflussbare Abgänge im Bezirk Rostock und einen Mitgliederstand vom 7.650 am 31.12.1987 aus. Der Rostocker Quotient von 0,9 % befindet sich im Bezirksvergleich am unteren Ende des Rankings. Mit 3,3 % Austritten führt Berlin diese Statistik an. ACDP 07-011-5681.

¹⁰⁸⁴ Bericht über den CDU-Bezirksverband Rostock im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 vom 2.2.1989, BStU, MfS Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 452.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Informationen des Kreissekretariates Greifswald vom 14.4.1988, ACDP 03-043-045/4, S. 2.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast vom 19.5.1988, 03-043-045/5.

¹⁰⁸⁷ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 2.6.1988, ACDP 03-043-045/5, S. 2.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Informationen des Kreissekretariates Grimmen an den HV vom 15.1.1988, ACDP 07-011-4380.

¹⁰⁸⁹ Protokoll der Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 7.7.1988, ACDP 03-043-045/5, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 74.

und die Enttäuschung der Mitglieder ebenso zunähme, wie das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsführung angesichts der Schönfärberei und Bagatellisierung der Probleme abnähme.¹⁰⁹⁰ Mandate seien für die kommende Wahl nicht zu besetzen und Ämter würden niedergelegt, weil sich der Eindruck erhärtet habe, dass echte Mitarbeit nicht gewollt sei¹⁰⁹¹ und die „Aufgabe als Abgeordneter zum größten Teil nur aus Händeheben und Kopfnicken“¹⁰⁹² bestünde. Auch die Mitgliedergewinnung stagnierte¹⁰⁹³ und insbesondere die jungen Parteimitglieder waren nicht zur Übernahme von Verantwortung zu bewegen.¹⁰⁹⁴ Dem Vertrauensverlust in die Staatsführung und die CDU(D) als staatstragende Partei sowie den zunehmenden Ausreisebestrebungen wollten die Mitglieder durch den Abbau von bürokratischer Willkür insbesondere bei Reisefragen, einer effizienten und bürgernahen Kommunalpolitik, einer authentischen Informationspolitik, mehr Transparenz und Bedarfsorientierung in Wirtschaftsfragen und einer größeren Profilierung der CDU(D) als Verfechterin christlicher Belange¹⁰⁹⁵ entgegenwirken. Damit stellten sie bereits den Forderungs- und Maßnahmenkatalog auf, der in seinen Grundzügen bis zum Herbst 1989 bestehen blieb.

Der Beginn des Jahres 1989 war von der Verschärfung der resignativen Tendenzen bis hin zur Arbeitsunfähigkeit einzelner Ortsgruppen gekennzeichnet. Gleichzeitig bestanden Hoffnungen auf die Durchföhrung

¹⁰⁹⁰ „Offizielle Verlautbarungen zeichnen ein Bild, das von der Bevölkerung nur mit Hohn und deftigen Bemerkungen quittiert wird. Wie lange soll das noch gehen, wenn man das Vertrauen gegen Vertrauen erhalten will?“ fragte der KV Greifswald in seinem Informationsbericht an den HV vom 6.9.1988, ACDP 07-011-4380. Wenig später beklagte er sich darüber, dass der Ratsbericht eines Mitglieds nicht vorgetragen werden durfte: „Viele kritische Themen durften nicht vorgetragen werden. Warum wird das immer unter den Tisch gekehrt und nicht benannt? Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, wir müssen uns auf dieser Strecke mehr profilieren!“, Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 23.9.1988, ACDP 03-043-045/5, S. 2.

¹⁰⁹¹ Vgl. Informationsberichte des KV Rügen zum 5.10.1988, ACDP 03-043-032/5, S. 2 und Wismar zum 5.12.1988, ACDP 03-043-032/1, S. 2.

¹⁰⁹² Informationsbericht des KV Wolgast zum 5.11.1988, ACDP 03-043-033/1, S. 2. Gleichlautend ging diese Information am 10.11.1988 an den HV. Informationsbericht Wolgast für das IV. Quartal, ACDP 03-043-033/1.

¹⁰⁹³ Z. B. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 20.12.1988, ACDP 03-043-040/5, S. 2.

¹⁰⁹⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.11.1988, ACDP 03-043-033/5.

¹⁰⁹⁵ Der Wunsch nach stärkerer Betonung des Christlichen wurde unter anderem im Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.2.1989 geäußert. ACDP 03-043-032/4. S. 3.

von Reformen durch die SED, beispielsweise im Bildungswesen,¹⁰⁹⁶ in Fragen der Blockpolitik¹⁰⁹⁷ oder der Reiseregelungen, die die Mitglieder durch die Anwendung des Wiener KSZE-Schlussdokuments reformieren lassen wollten.¹⁰⁹⁸ Im Vorfeld der Wahl äußerten einige Mitglieder aus Unzufriedenheit sogar den angekündigten Wahlverweigerungen gegenüber Verständnis.¹⁰⁹⁹ Die empfundene Benachteiligung von Christen war ebenfalls ein massiver Kritikpunkt vieler CDU(D)-Mitglieder. Der im Frühjahr 1989 gegründete *Verband der Freidenker*¹¹⁰⁰ wurde als ein Affront gegen alle Gläubigen bewertet.¹¹⁰¹

Die öffentlichen Kandidatenvorstellungen zur Kommunalwahl und die positive Resonanz der Bevölkerung bestärkten die Mitglieder darin, kritisch zu sein.¹¹⁰² Die Stimmung im Frühjahr 1989 fasste der Kreisverband Rügen prägnant zusammen und erhoffte sich daraus eine Diskussion über die zukünftige Entwicklung der CDU(D):

„...offene Kritik, aber auch Resignation erwachsen aus der Erfahrung, dass ernsthaftes Bemühen um Veränderung nicht gefragt ist. Die Unionsfreunde wollen mehr tun als Beiträge zahlen und gemütlich beisammen sitzen, sie erkennen aber allzu schnell, wo die Grenzen sind und die Tabuzonen, aus denen man hinausgedrängt wird, beginnen. (...) Ob man Ausstrahlung auf Parteiloze hat, ist fraglich. Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit sollten in unseren Reihen be-

¹⁰⁹⁶ Vor dem pädagogischen Kongress im Juni 1989 hofften viele KV auf eine Aufweichung des historisch-materialistischen Geschichtsbildes. Z. B. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.1.1989, ACDP 03-043-032/5, S. 3.

¹⁰⁹⁷ Auf der Bezirksvorstandssitzung vom 18.1.1989 fragte ein Mitglied, ob man nicht wieder Fraktionen einführen könne, damit die CDU(D) als staatstragende Partei stärker in Erscheinung tritt. Um die Weiterleitung des Vorschlags an das Sekretariat des HV wird gebeten. ACDP 03-043-049/2.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Wismar vom 5.2.1989, ACDP 03-043-032/1.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten vom 4.5.1989, ACDP 03-043-033/6, S. 3.

¹¹⁰⁰ Groschupp, H./Müller, E. (Hgg.): *Letzter Versuch einer Offensive: Der Verband der Freidenker der DDR (1988–1990)*, ein dokumentarisches Lesebuch, Aschaffenburg 2013.

¹¹⁰¹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.2.1989, ACDP 03-043-032/5, S. 2.

¹¹⁰² In mehreren Berichten wird darauf hingewiesen, dass besonders die potentiellen Kandidaten gewählt wurden, die kritische Nachfragen gestellt haben. Auch das eigenständige Ansprechen von Problemen und das Vorbringen entsprechender Lösungsvorschläge wird durch die Bevölkerung honoriert. Siehe z. B. Direktinformationen für März 1989 des KV Wismar an den HV vom 13.3.1989, ACDP 03-043-032/1, S. 4 oder Informationsbericht des KV Wolgast vom 5.4.1989, ACDP 03-043-033/1, S. 3.

ginnen, sonst hat es wenig Sinn, überhaupt weiterzumachen. (...) Aber es scheint ja überhaupt nicht erwünscht zu sein, dass man ehrlich ist, denn wie anders soll man das ständige Drängen nach der Angabe von wissentlich falschen Angaben über die verschiedensten statistischen Angaben verstehen? (...) Ja wir verwirken dadurch ganz einfach das Recht, von anderen echte Angaben, echte Nachrichten, echte Medienpolitik und echte Offenheit, ja sogar echtes Recht auf gesellschaftliche Mitverantwortung zu verlangen, wenn wir uns nicht mit der Rolle eines geduldigen Mitläufers abfinden wollen.“¹¹⁰³

Gleichlautende Stimmen kamen aus Ribnitz-Damgarten. Hier forderten die Mitglieder *„dass nicht stillschweigend im Sinne eines falsch verstandenen Verständnisses von Nächstenliebe über Fehler und Mängel hinweggegangen werden sollte. Kritisch ist zu benennen, was verändert werden muss. Dafür sollten wir uns mit allen Mitteln einsetzen.“¹¹⁰⁴*

Auch der SED war das Unruhepotential in der CDU(D) bekannt: Die Ende 1988 initiierte stärkere Durchdringung der Blockparteien mit Mitarbeitern der Staatssicherheit förderte im März 1989 folgendes Resümee zutage: Zunehmende kritische und ablehnende Positionen gegenüber der Wirtschafts- und Informationspolitik und der Wunsch nach einem größeren Mitspracherecht gegenüber der SED wären deutlich erkennbar, sozialismusfeindliche Ziele jedoch nicht.¹¹⁰⁵

Ab dem Frühjahr war zunehmend zu beobachten, dass der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Heyl für die Mitglieder an Bedeutung gewann und die Hoffnungen auf Reformen auf sich vereinte. Insgesamt war er für die Mitglieder auch präsenter als der Vorsitzende Götting und war ihr Hauptansprechpartner. Ähnlich wie Hartmann in der NDPD war Heyl der eigentliche Organisator in der CDU(D) und nicht der Vorsitzende Götting.¹¹⁰⁶ Hinter den Kulissen wirkte aber auch Heyl als Bremser: Nach dem reformsozialistischen Plädoyer der Ortsgruppe Neuenhagen aus dem Jahr 1988 forderte Heyl den Bezirksvorsitzenden Frankfurt/Oders zur persönlichen Klärung dieses *„beachtlichen“* Vor-

¹¹⁰³ Informationsbericht des KV Rügen vom 5.4.1989, ACDP 03-043-032/5, S. 1–2.

¹¹⁰⁴ Erweiterte Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten vom 15.3.1989, ACDP III-043-047/6, S. 4.

¹¹⁰⁵ Vgl. AKG der Bezirksverwaltung Rostock (Hg.): Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock, Rostock 17.3.1989 und Bericht der Rostocker Auswertungs- und Kontrollgruppe vom 17.1.1989, BStU, Ast, Rostock, UUA 692, Bl. 189f.

¹¹⁰⁶ Diese Einschätzung teilt auch Manfred Gerlach, der sich in seiner Autobiographie daran erinnert, dass Götting alle laufenden Dinge *„seinem Wolfgang“* übertrug. Gemeint ist Wolfgang Heyl. Vgl. Gerlach, Mitverantwortlich, S. 187.

gangs auf. Obwohl die Ortsgruppenvorsitzende sich „sehr uneinsichtig“ zeigte, konnte man ein „Übergreifen auf andere Ortsgruppen“ verhindern.¹¹⁰⁷ Dieser eher restriktive Eindruck von dem vermeintlich reformorientierten Heyl wird durch seine zumindest differenzierte Einstellung gegenüber der Politisierung der Kirchen noch bestärkt: Man müsse darauf achten, dass die Kirche nicht zu einer „Schirmherrin für diverse Umweltgruppen“ avanciere, sondern stattdessen die Bürger einbezogen werden sollten, warnte er in einem vertraulichen Gespräch.¹¹⁰⁸ Heyls abweisende Haltung gegenüber dem kirchlichen Engagement resultierte aus seiner Wahrnehmung der Kirche als Konkurrentin um das reformerische Potential der Bevölkerung. Um den Einfluss der CDU(D) weiter auszubauen und nicht von den Kirchen verdrängt zu werden, forderte er eine größere Eigenständigkeit und Profilierung der Christdemokraten. Diese Forderung war es, die Heyl den Ruf als Reformator einbrachte. Seine neue Linie führte bei den ausführenden Funktionären auf der Bezirksebene jedoch zu Schwierigkeiten. Verunsichert fragten viele mittlere Funktionäre nach, wie genau die größere Profilierung umgesetzt werden könne.¹¹⁰⁹

Bereits unmittelbar nach der Kommunalwahl kamen erste skeptische Stimmen auf, die die Glaubwürdigkeit des offiziellen Wahlergebnisses anzweifelte¹¹¹⁰ und nach den rechtlichen Grundlagen fragten. Die erste Konsequenz daraus zog der Kreis Wismar, der am 5.6.1989 forderte, ein neues Wahlgesetz für die kommende Kommunalwahl zu erarbeiten.¹¹¹¹ Andere Kreise folgten. Der bereits zuvor bestehende Wunsch nach Veränderung wurde durch die manipulierte Wahl bestärkt: Das Profilierungsbestreben nahm zu¹¹¹² und der Kreis Ribnitz-Damgarten verzeichnete als erstes nun auch ein verstärktes Engagement von Parteimitglie-

¹¹⁰⁷ Anonymer Vermerk über ein Gespräch mit Heyl vom 13.4.1989, BStU MfS Allgemeine Personenablage, Nr. 14335/92, S. 178.

¹¹⁰⁸ Ebd., S. 179.

¹¹⁰⁹ Vgl. Bericht über den CDU-Bezirksverband Rostock im Vorfeld der Kommunalwahl 1989 vom 2.2.1989, BStU MfS Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 452.

¹¹¹⁰ So äußerten Mitglieder der KV Grimmen Zweifel daran, dass dieser nach offiziellen Angaben das zweitbeste Wahlergebnis in der Republik haben soll. Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 12.5.1989, ACDP 03-043-045/1. Ebenso Protokoll der Kreissekretariatssitzung Greifswald vom 24.5.1989, ACDP 03-043-045/5, S. 2.

¹¹¹¹ Vgl. Informationsbericht des KV Wismar vom 5.6.1989, ACDP 03-043-032/1.

¹¹¹² Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.6.1989, ACDP 03-043-032/5, S. 2.

dern, die sich bis Mai 1989 ruhig verhalten hatten.¹¹¹³ Die Einweihung des rekonstruierten Greifswalder Doms im Juli rief neben Zustimmungsbekundungen auch Kritik hervor, erstmals am Vorsitzenden Götting: Seine Absenz bei dem feierlichen Akt wäre beschämend und beschädige das Ansehen der Partei bei Pastoren und Christen.¹¹¹⁴

Die Krise, in der sich die Partei befand, erkannte im Juli auch der Bezirksvorstand. Er ging angesichts der bislang erklärten 150 Austritte auf die Vorschläge der Kreise ein und forderte seinerseits eine stärkere Profilierung der Ortsgruppen.¹¹¹⁵ Im August kritisierte der Kreisverband Rügen nicht nur die Arbeit des eigenen Vorstandes, sondern stellte den Partizipationsformen in der DDR insgesamt ein schlechtes Zeugnis aus: „Die bloße Existenz von mehreren Parteien ist nicht entscheidend, sondern ihre Arbeitsbedingungen!“¹¹¹⁶

Über den Sommer 1989 resignierten einige Kreise, wie z. B. Wolgast, vollends: „Hervorragende Initiativen von bezirklicher Bedeutung (...) können auch nach umfangreichen Nachfragen nicht genannt werden. (...) Unsere Mitglieder sind müde, über Probleme zu diskutieren, ohne dass voraussichtliche Veränderungen zu erwarten sind“.¹¹¹⁷ Andere blieben engagiert und optimistisch, so Greifswald. Der bis dato andauernden Unruhe wegen des Wahlablaufes gaben die Mitglieder der Hansestadt Anfang August neuen Zündstoff: Sie berichten dem HV, dass den Kirchen Zahlen und Dokumente vorlägen, nach denen die Anzahl der nicht-abgegebenen Stimmen hätte höher sein müssen, die offiziellen Angaben also nicht korrekt

¹¹¹³ Vgl. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 1.6.1989, 03-043-033/6.

¹¹¹⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.7.1989, ACDP 03-043-032/4, S. 3.

¹¹¹⁵ Im Anhang der Auswertung der 6. Hauptausschusstagung befindet sich eine Halbjahresmitgliederstatistik, aus der hervorgeht, dass der Bezirk zwar absolut 30 Zugänge hatte, für diese positive Bilanz aber 180 Neuaufnahmen nötig waren, also 150 Mitglieder die Partei verlassen haben müssen. Das sind mehr als doppelt so viele Abgänge, wie im gesamten Jahr 1987 verzeichnet wurden. Siehe: Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung am 12.7.1989, ACDP 07-011-3871, S. 3 und Anhang.

¹¹¹⁶ „Angesichts der Lebensqualität der breiten Massen fällt es nicht immer leicht, die Aussagen der 6. Hauptausschusstagung nahe zu bringen“. Informationsbericht des KV Rügen zum 5.8.1989, ACDP 03-043-033/1, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 75.

¹¹¹⁷ Informationsbericht des KV Wolgast vom 5.8.1989, ACDP 03-043-033/1, S. 5.

sein könnten. Entsprechende Eingaben bei der *Nationalen Front* wären bereits eingereicht.¹¹¹⁸

Die drückende Gesamtsituation blieb auch den Funktionären nicht verborgen. So traf sich Anfang August eine Gruppe hoher CDU(D)-Funktionäre auf der Ostseeinsel Hiddensee, um einen Plan auszuarbeiten, wie man die CDU(D) zu einer Oppositionspartei umformen könne.¹¹¹⁹ Um dadurch das Sprachrohr der unzufriedenen Bevölkerung zu werden, war es jedoch schon zu spät.

Ab Ende August kam zu den bestehenden Problemen noch die Frustration über das als unzureichend empfundene Reisegesetz¹¹²⁰ und die beginnende Massenausreise hinzu. Die Strapazierfähigkeit der Bürger schien im Kreis Greifswald ausgereizt: *„Um es ganz klar zu sagen: Der Bürger, der vergeblich nach einem der 1000 kleinen Dinge sucht, der Schlange stehen muss oder gar noch unfreundlich und bürokratisch behandelt wird, ist kaum noch mit dem Argument zu besänftigen, dass die Friedenspolitik der DDR weltweit anerkannt ist.“* Er stellte fest: *„Die Bevölkerung ist größtenteils frustriert“* und fragte den Parteivorstand: *„Wie lange soll das noch so gehen?“*¹¹²¹

Ende August forderte Heyl gemeinsam mit anderen Hauptvorstands-Mitglieder und etlichen Kreisvorsitzenden die Umgestaltung der DDR nach sowjetischem Vorbild. Nur der Rostocker Bezirksvorsitzende verhielt sich nach wie vor zögerlich.¹¹²² Das war jedoch vielen Bürgern nicht genug, die eine weitere Positionierung der Partei forderten. Potentielle Neumitglieder machten ihren Eintritt in die CDU(D) sogar von einer stärkeren Profilierung abhängig.¹¹²³ Mittlerweile nähme die Kirche auch nach Einschätzung der Parteimitglieder einen klareren Standpunkt zu

¹¹¹⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Greifswald vom 8.8.1989, ACDP 07-011-3826, S. 3.

¹¹¹⁹ Vgl. IM-Bericht „Peter Müller“ vom 7.8.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 110 und Operativbericht vom 19.9.1989 HA XX, Nr. 261, Bl. 1–2.

¹¹²⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast an den HV vom 1.9.1989, ACDP 03-033/1.

¹¹²¹ Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 11.9.1989, ACDP 03-043.038/1. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 76.

¹¹²² Vgl. Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D) vom 24.8.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 887, Bl. 4–5.

¹¹²³ Vgl. Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 11.9.1989, ACDP 03-043.038/1, S. 2 und bereits zuvor Informationsbericht des KB Ribnitz-Damgarten an den HV vom 5.7.1989, ACDP 03-043-033/5.

den aktuellen politischen Fragen ein als die CDU(D) selbst.¹¹²⁴ Die Unionsmitglieder in Ribnitz-Damgarten zogen daraus Anfang September die Konsequenz, sich künftig an den Bürgern zu orientieren und nicht mehr an den Anleitungen des Parteivorstands.¹¹²⁵

Dem Bedürfnis nach Antworten und einer Positionierung des Hauptvorstandes wurde im September Nachdruck verliehen und „*ein Ausweichen dieser Fragen (...) nicht mehr akzeptiert*“.¹¹²⁶ Im Gegensatz zu seinem Vorläufer, dem *Brief aus Neuenhagen* vom Juni 1988, fiel der wesentlich bekanntere *Brief aus Weimar* im September 1989 auf einen bereiteten Boden und avancierte zum Kristallisationspunkt und Sprachrohr der CDU(D)-Mitglieder. Den unter der Federführung des Kirchenrats Dr. Müller konzipierten Brief übergaben die Pastorin Christine Lieberknecht, der Oberkirchenrat Martin Kirchner und die Synodale Martina Huhn am 11. September an den Hauptvorstand, verschickten ihn zeitgleich an alle Bezirks- und Kreisverbände und verlasen ihn auch bei der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR öffentlich, was von der Parteiführung wegen der Anwesenheit von Westmedien als Vertrauensbruch gewertet wurde. In dem Dokument sprachen sich die vier kirchennahen CDU(D)-Mitglieder für mehr innerparteiliche Demokratie und eine größere Eigenständigkeit der CDU(D) aus und zeigten die chronischen und akuten Probleme auf, die von den Mitgliedern seit Langem benannt wurden.¹¹²⁷ Der Vorstand reagierte ungeachtet der breiten Masse der Unterstützer und vereinzelt Stimmen aus seinen eigenen Reihen restriktiv und forderte die Bezirke und Kreise auf, das Schreiben nicht zu verlesen und etwaige Reaktionen nur an ihn selbst zu richten. Nach einer sehr vagen Stellungnahme vom 19. September in der *Neuen Zeit* wurden die Reformer eine Woche später zu einem Gespräch in die Parteizentrale geladen, um sich zu erklären. Eine gemeinsame Erläuterung der reformsozialistischen Intention der Initiatoren wurde

¹¹²⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.9.1989, ACDP 03-043-032/5.

¹¹²⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 4.9.1989, S. 2.

¹¹²⁶ Angesprochen werden in diesem Bericht die Lage in Ungarn, die Anzahl der Republikflüchtigen, Ursachen und Lösungen der Versorgungsprobleme und der Wohnraumsituation. Vgl. Berichterstattung des KV Bad Doberan an den HV vom 10.9.1989, ACDP 03-043-032/3, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 76.

¹¹²⁷ Das Scheitern des Neuenhagener Schreibens liegt möglicherweise nicht nur in dem zu frühen Zeitpunkt begründet, sondern ebenso in dem Fehlen des kirchlichen Schutzraumes. Zu beiden inhaltlich sehr ähnlichen Schreiben siehe: Agethen, M.: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: HPM. Archiv für christlich-demokratische Politik, Nr. 1 (1994), S. 89–114.

dann jedoch erst am 9. Oktober in der Parteipresse veröffentlicht.¹¹²⁸ In den vier dazwischenliegenden Wochen wurde der Brief in den meisten Orts- und Kreisverbänden des Bezirks entgegen der Hauptvorstands-Anordnung gelesen und überwiegend positiv kommentiert, wenngleich auch einige Kreisverbände und vor allem der Bezirksverband das Vorgehen kritisierten und ihre Stellungnahmen wie geheißen nur an das Sekretariat des Hauptvorstand oder den Parteivorsitzenden Götting persönlich schickten. Die Forderung nach größerer Eigenständigkeit der CDU(D) und auch der niederen Parteigliederungen fand in den meisten Kreisverbänden großen Anklang. So beschloss auch Rostock-Stadt, nun „*eigenes politisches Bewusstsein auch vor den Entscheidungen des Hauptvorstandes zu zeigen*“ und legte in einer eigenständigen Stellungnahme an Götting dar, „*wie sie sich verhalten wollen*“.¹¹²⁹ Die Bad Doberaner nahmen das ‚Weimarer Schreiben‘ zum Anlass, ebenfalls ihre ablehnende Haltung gegenüber den Orientierungen der Parteileitung auszudrücken und diese mit einem Fragenkatalog zum Handeln zu bewegen.¹¹³⁰ „*Ansonsten müsse man sich Gedanken über einen neuen Parteivorstand machen*“.¹¹³¹ Als die erhoffte Reaktion ausblieb, drohte der Bad Doberaner Kreisvorsitzende Krause wenig später seinen Rücktritt an.¹¹³² Die Rügener reagierten ähnlich selbstbewusst und beschlossen, nicht länger ein Instrument der SED-Kirchenpolitik zu sein, sondern nun im Rahmen der Blockpolitik „*eigene Politik*“ zu machen. Dabei wollten sie sich allerdings *nicht* von den Reformen in der SU beeinflussen lassen.¹¹³³

Die phrasenhafte Rhetorik Göttings geriet ab Mitte September zunehmend in die Kritik,¹¹³⁴ Heyls Referate wurden dagegen gelobt.¹¹³⁵ Erst-

¹¹²⁸ Zum genauen Verlauf der Auseinandersetzung siehe: Agethen, Unruhepotentiale, S. 94–96.

¹¹²⁹ Protokoll der Kreisvorstandssitzung Rostock-Stadt vom 18.9.1989, ACDP 03-043-043/3.

¹¹³⁰ Vgl. Einschätzung über politisch und politisch-operativ beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien im Bezirk Rostock vom 28.9.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 7627, Bl. 56 und Informationen der Kreisdienststelle Bad Doberan vom 26.9.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 8.

¹¹³¹ Einschätzung über politisch und politisch-operativ beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien im Bezirk Rostock vom 28.9.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 7627, Bl. 57. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 76.

¹¹³² Vgl. Bericht der Kreisdienststelle Bad Doberan, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Bl. 472.

¹¹³³ Einschätzung der Situation in den Blockparteien, CDU-Rügen vom 26.9.1989, IM-Bericht „Ecke“, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 563, Bl. 2–3.

¹¹³⁴ Vgl. ebd.

mals am 25. September geriet die Bürgerbewegung in den Fokus der CDU(D). Die Beziehung zu ihr war je nach Kreis von kooperativen¹¹³⁶ bis hin zu ablehnenden Tendenzen¹¹³⁷ gekennzeichnet. Unabhängig davon vereinte der Wunsch nach größerer Profilierung und einem Ende der Ausreisewelle aber alle Kreisverbände und den Bezirksverband, der sich ebenso vehement für das Aufdecken der Ursachen des Flüchtlingsstromes einsetzte. Auch er forderte angesichts der Ablehnung der SED-Führungsrolle durch die katholische Kirche eine größere politische Mitverantwortung der CDU(D).¹¹³⁸

Auf der Tagung des Bezirksvorstandes der Rostocker CDU(D) Ende September 1989 wiederholte der Bad Doberaner Kreisvorsitzende Krause seine Forderungen nach einer öffentlichen Diskussion des Weimarer Briefes, nach einer eigenständigen CDU(D) und dem beherzten Aufgreifen des Veränderungswunsches der Bevölkerung. Der Bezirksvorsitzende Klemm und dessen Stellvertreter Scholz rechtfertigten ihr bis dahin zögerliches Vorgehen. Dennoch sprachen sie sich unter Verweis auf die Vorbildwirkung des LDPD-Vorsitzenden Manfred Gerlach für mehr Offenheit und eine Stellungnahme der Parteileitung aus, billigten Reformen aber nur unter Beibehaltung und Weiterentwicklung der sozialistischen Ordnung.¹¹³⁹ Widerspruch gab es allerdings auch aus den eigenen Reihen: Das Bezirksvorstandsmitglied Erich Panik forderte bereits hier eine Liberalisierung des Marktes und das Ende der staatlichen Bilanzierungen und griff damit die sozialistische Wirtschaftspolitik der SED an.¹¹⁴⁰ Als Reaktion auf Krauses Auftreten auf der Bezirksvorstand-

¹¹³⁵ Vgl. z. B. Protokoll der Kreisvorstandssitzung des KV Grevesmühlen vom 19.9.1989, ACDP 03-043-040/5, S. 2.

¹¹³⁶ Der Kreisvorstand Greifswald hielt in seinem Protokoll vom 25.9. fest, man müsse „auch unbequeme Partner ernst nehmen und nicht alles als Kritik sehen“. ACDP 03-043-045/5, S. 2. Zum Dialog mit allen Kräften, die die sozialistische Gesellschaft mitgestalten wollen, ruft auch der KV Bad Doberan auf der Bezirksvorstandssitzung am 27.9.1989 auf. ACDP 03-043-049/2, S. 3.

¹¹³⁷ Der Stralsunder Kreisvorstand dagegen lehnte den Gründungsantrag des *Neuen Forums* als verfassungsfeindlich ab, da sie zwar „nicht gegen den Sozialismus“ sind, ihn „aber verändern“ wollen. Protokoll der Kreisvorstandssitzung am 25.9.1989, ACDP 03-043-041/5.

¹¹³⁸ Vgl. Beratung des Bezirkssekretariats mit Volkskammerabgeordneten und Hauptvorstandsmitgliedern am 25.9.1989, ACDP 03-043-049/2, S. 2.

¹¹³⁹ Vgl. Information zur 2. Tagung des Bezirksvorstandes Rostock am 27.9.1989, BStU, MfS, BV Rostock, HA XX, Nr. 5120, Bl. 28–29.

¹¹⁴⁰ Vgl. Einschätzung über politisch und politisch-operativ beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien im Bezirk Rostock vom 28.9.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 2. Panik war von 1990 bis 1991 Landesgeschäftsführer der CDU Mecklenburg-Vorpommern.

stagung leitete das MfS nach der Tagung „die operative Bearbeitung des Dr. K. zur vorbeugenden Verhinderung des politischen Mißbrauchs seiner Funktion in der CDU“ ein.¹¹⁴¹

Das Festhalten an der politischen Form und Struktur der DDR bekam Anfang Oktober Risse, als eine Ortsgruppe im Kreis Wismar fragte, ob es nicht auch einen sozialistischen Parlamentarismus geben könne und annahnte, die „politischen Verkrustungen“ aufzuweichen, „bevor unabhängige politische Kräfte diese sprengen“.¹¹⁴² Der Kreis Grevesmühlen meldete erste Parteiaustritte und kritisierte, dass der Vorstand die Augen vor der Realität verschließe und seine Verantwortung nicht mehr wahrnehme. Auch Götting sei mittlerweile stark umstritten und einige Mitglieder erwögen den Übertritt zur LDP(D).¹¹⁴³ Die Gestaltungshoheit sahen die Wismarer aber noch bei der SED und forderten, „dass der Staatsratsvorsitzende einen Prozess beginnt, der Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht“. An diesem Reformprozess wollten sie mit mehr als „immer nur bitten und vorschlagen“ teilhaben.¹¹⁴⁴

Der bisher stets konforme Kreisverband Stralsund hielt weiterhin an seinen Positionen fest und bekundete, dass es genügend Wege des gesellschaftlichen Engagements gäbe und weder das *Neue Forum* noch eine Opposition insgesamt benötigt würden. Seine Partei fordere er dazu auf, das entstandene gesellschaftliche Vakuum durch eine weitere Profilierung einzudämmen, die SED dagegen müsse „nun praktikable Vorschläge“ bringen und von ihrem Unfehlbarkeitsdogma abkehren.¹¹⁴⁵ „Ernsteste Absichten der Distanzierung vom Hauptvorstand und der Partei im Allgemeinen“ stellte aber auch dieser Kreisverband fest.¹¹⁴⁶

Trotz der zum Teil beschwörenden, fast um eine Reaktion bettelnden Briefe und Eingaben der Mitglieder,¹¹⁴⁷ dem häufig geäußerten Positiv-

¹¹⁴¹ Information zur 2. Tagung des Bezirksvorstandes Rostock am 27.9.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 135–136.

¹¹⁴² Eingabe der Ortsgruppe Wismar II, vom 2.10.1989, ACDP 07-011-3370, S. 2–3. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 77.

¹¹⁴³ Vgl. Informationsbericht des KV Grevesmühlen an den HV vom 3.10.1989, ACDP 03-03-033/3, S. 2. Zit. n.: Ebd.

¹¹⁴⁴ Brief des Kreisvorstandes Wismar an die Parteileitung vom 3.10.1989, ACDP 03-043-032/1, S. 1–3. Zit. n.: Ebd.

¹¹⁴⁵ Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 4.10.1989, ACDO 03-043-041/1, S. 1–5.

¹¹⁴⁶ Informationsbericht des KV Stralsund vom 5.10.1989, ACDP 02-253-001/3, S. 1–2.

¹¹⁴⁷ Besonders eindringlich ist die Eingabe Nr. 402 eines Greifswalder Mitglieds vom 8.10.1989, ACDP 07-011-3371.

beispiel Manfred Gerlachs, der Kritik an der alleinigen Führungsrolle der SED¹¹⁴⁸ und ersten Rücktrittsforderungen¹¹⁴⁹ wird deutlich, dass den Mitgliedern hier noch nahezu ausschließlich an Reformen des Sozialismus gelegen war. Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder wollte *„weiter in der DDR leben und das sozialistische System, wie es die Klassiker lehrten und wie es im Parteiprogramm, im Statut der SED und auch in unseren Parteidokumenten steht“*¹¹⁵⁰ verwirklichen. Dass jedoch auch der reformsozialistische Weg angesichts der *„korruptierten Politik der SED“*¹¹⁵¹ auf den Widerstand der SED-Hardliner stoßen würde, war vielen Mitgliedern bewusst: *„Trotz aller Probleme sind wir am meisten besorgt über die Erfahrungsaustausche mit China, wir haben noch die schrecklichen Bilder der Studentenunterdrückung vor Augen und befürchten gleiche Maßnahmen bei uns“*.¹¹⁵²

Parallel mit einer Unterschriftenaktion zur Einberufung eines Sonderparteitages bis März 1990 fordert das Rostocker Bezirkssekretariat die eigene Parteiführung und die SED Mitte Oktober dazu auf, die Gesprächsversuche des *Neuen Forums* anzunehmen. Erstmals wies es darauf hin, dass auch die Kreissekretariate *„derzeit nicht mit der Führungsrolle einverstanden“*¹¹⁵³ seien. Die Vorstellungen der Funktionäre und Mitglieder waren aber schon recht heterogen und reichten von Wünschen nach Modifizierung der Führungsrolle¹¹⁵⁴ bis hin zu deren grundsätzlichen Ablehnung in einigen Ortsgruppen. *„Wer die Zeichen der Zeit nicht verste-*

¹¹⁴⁸ Vgl. Eingabe Nr. 275 der Ortsgruppe Poel im KV Wismar vom 10.10.1989, ACDP 07-011-3369, S. 2.

¹¹⁴⁹ Vgl. Nr. 402 von einem Greifswalder Mitglied vom 8.10.1989, ACDP 07-011-3371.

¹¹⁵⁰ Eingabe Nr. 275 der Ortsgruppe Poel im KV Wismar vom 10.10.1989, ACDP 07-011-3369, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 77.

¹¹⁵¹ Die SED vertrete längst nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse, sondern ihre eigenen, so die Einschätzung des Informationsberichts des KV Grimmen an den HV vom 15.10.1989.

¹¹⁵² Eingabe Nr. 275 der Ortsgruppe Poel im KV Wismar vom 10.10.1989, ACDP 07-011-3369, S. 3.

¹¹⁵³ Vgl. Aktennotiz einer außerordentlichen Dienstberatung des Bezirksvorstandes am 18.10.1989, ACDP 03-043-049/2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 82.

¹¹⁵⁴ So etwa konstatierte eine Beratung mit Staatsfunktionären und Abgeordneten in Nienhagen am 25.10.1989, dass eine erneuerte sozialistische Demokratie unerlässlich sei und sie die Führungsrolle der SED aufgrund ihrer politisch-ideologischen Weltanschauung und nicht auf Weisung anerkennen würden. Auch auf dieser Tagung wurde festgehalten, dass einzelne Ortsgruppen die Führungsrolle nicht länger akzeptieren. ACDP 07-011-3871, S. 2–4.

hen will, sollte seinen Platz räumen“.¹¹⁵⁵ Auch im Kreisverband Greifswald wurden deutliche Stimmen der Basis gegen die Parteiführung laut. Der sehr engagierte Greifswalder Pfarrer Glöckner, der der erste Nach-Wende-Bürgermeister der Hansestadt wurde, drängte Anfang November:

*„Endlich muss auch unsere durch Opportunismus und Anpassung und wohl auch Korruption nach Wort und Geschäft schwerbelastete CDU einer neu zu gestaltenden CDU weichen. Das bedeutet, nicht nur eine neue Orientierung zu gewinnen, sondern auch die Kräfte aus führenden Positionen zu entfernen, die zu deutlich den Stempel der bisherigen Anpassung und Feigheit der CDU an sich tragen. Dabei denke ich vor allem an den Vorsitzenden der CDU, Herrn Götting, aber auch an manche andere auf Staats-, Bezirks- und Kreisebene.“*¹¹⁵⁶

Forderungen nach Kaderveränderungen an der Parteispitze unter Androhung von Aus- oder Übertritt zur LDP(D) kamen Ende Oktober von allen Seiten unterhalb der Bezirksebene.¹¹⁵⁷ Doch auch hier schätzte ein IM noch ein, dass *„die Mehrheit der Mitglieder der CDU auf der Grundlage des Sozialismus und in Anerkennung der führenden Rolle an der Bewältigung der entstandenen Situation mitarbeiten“*. Mahnend räumte er ein, dass dessen Gelingen *„aber von der Reaktion Göttings abhängt, da sonst jüngere Reformkräfte mit oppositionell schärferen Grundzügen das Sagen bekommen“*.¹¹⁵⁸

Auch Klemm klagte Ende Oktober gegenüber Götting, dass die *„Arbeit mit den Mitgliedern und Bürgern sehr kompliziert“* sei und dass auf *„Veranstaltungen kritische Fragen zu Dingen, die bisher feststanden, geäußert werden, wie zum Beispiel zum Führungsanspruch der SED.“*¹¹⁵⁹ Zudem wies er darauf hin, dass sich selbst der SED-Bezirksvorsitzende Timm für die Legalisierung des Neuen Forums einsetzen wolle und Götting es ihm gleich tun sollte, da *„Abwarten nicht die richtige Methode“* sei. Gegenüber der Basis müsse Götting Handlungsfähigkeit beweisen und auf diese zugehen, da die Mitglieder trotz der Kritik nach wie vor an einem Dialog mit dem Präsidium interessiert seien.¹¹⁶⁰

¹¹⁵⁵ Brief der OG Warnemünde an den HV vom 21.10.1989, ACDP 03-043-032/4, S. 2. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 82.

¹¹⁵⁶ Glöckner, R.: Die CDU als vorwärtsweisende Kraft jetzt neu formieren, in: *Demokrat* vom 2.11.1989, S. 3.

¹¹⁵⁷ Vgl. Beratung mit Staatsfunktionären und Abgeordneten in Nienhagen am 25.10.1989, 07-011-3871, S. 5.

¹¹⁵⁸ Bericht eines Berliner IM vom 24.10.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 18776, Bl. 21. Zit. n.: Güth, Resignation, S. 78.

¹¹⁵⁹ Bericht BV Rostock an Götting vom 27.10.1989, ACDP 07-011-3422. Zit. n.: Ebd.

¹¹⁶⁰ Ebd.

Als Reaktion auf Zuschriften wie diese erstellten Götting und der Hauptvorstand Ende Oktober ein erstes Positionspapier für mehr Demokratie und Unabhängigkeit von der SED und kamen damit den wochenlangen Profilierungsforderungen und den Weimarer Anregungen nach.¹¹⁶¹ Über den Bezirksverband wurde dieses Schreiben an alle Ortsgruppen verteilt und fand große Zustimmung, konnte den Parteivorsitzenden Götting jedoch nicht mehr nachhaltig stärken: Seit Ende Oktober waren ernstzunehmende Bestrebungen in den Kreisverbänden, dem Bezirksverband und selbst dem Hauptvorstand erkennbar, Götting wegen seiner Reformunwilligkeit und seines seit Jahren beklagten autoritären Führungsstils¹¹⁶² abzulösen, der maßgeblich für den Prestigeverlust der CDU(D) verantwortlich gemacht wurde.¹¹⁶³ Am 1.11.1989 suchten die Verfasser des Weimarer Briefes und Vertreter aller Bezirke Götting auf, um ihn zum Rücktritt zu bewegen, andernfalls – so drohten sie an – würden sie Dinge enthüllen, die einen problemlosen Rücktritt unmöglich machen würden.¹¹⁶⁴ Ob hiermit bereits die Veruntreuung von Parteigeldern durch Götting gemeint war, konnte leider nicht festgestellt werden.

Über diesen Schritt waren Heyl als designierter Interimsvorsitzender und weitere Mitglieder des Hauptvorstandes informiert, die laut Einschätzung einer Quelle damit auch karrieristischen Interessen nachgingen und schon seit längerem auf Göttings Rücktritt hingearbeitet hatten.¹¹⁶⁵ Auch Lothar de Maizière wurde bereits vor dem Rücktritt Göttings über eine mögliche Kandidatur befragt.¹¹⁶⁶ Alle Instanzen waren sich einig, dass Götting nicht mehr haltbar sei. Auch der SED war nur eine stabile CDU(D) dienlich: Inoffizielles Material des MfS bestätigt, dass die Abteilung Befreundete Parteien beim ZK der SED sich vorab mit der Absetzung Göttings einverstanden erklärt hatte, da er nichts mehr

¹¹⁶¹ So etwa fehlte die Passage „*vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse*“ in dem Positionspapier.

¹¹⁶² Vgl. Information zur Tätigkeit des Hauptvorstandes der CDU, BV Rostock vom 25.2.88, BStU, MfS, HA XX, Nr. 6992/1, Bl. 80–81.

¹¹⁶³ Beklagt wurde darin z. B., dass Götting keinerlei Diskussionen zuließe, keine Informationen an den Hauptvorstand, die Sekretariatsmitglieder und sonstigen Mitarbeiter weitergäbe und dass er Stellungnahmen zu SED-Beschlüssen formulieren ließe, ohne diese gelesen zu haben. Informationen über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23.12.88, BStU, MfS, HA XX 6632, Bl. 49.

¹¹⁶⁴ Vgl. Information über einige aktuell beachtenswerte Aspekte zur Lage in der CDU vom 26.10.1989, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3759, Bl. 11–12.

¹¹⁶⁵ Vgl. ebd., Bl. 12–13.

¹¹⁶⁶ Vgl. de Maizière, Ich will, S. 53.

zur Stabilisierung der Partei beizutragen habe.¹¹⁶⁷ Diese „Opferung“ Göttings habe zu einem massiven Vertrauensverlust der übrigen SED-nahen Präsidiumsmitglieder geführt.¹¹⁶⁸

Den Tags darauf erfolgten Rücktritt Göttings kommentierten die Mitglieder überraschenderweise kaum. Den wenigen Wortmeldungen ist vor allem die Erleichterung über die endlich überwundene Sprachlosigkeit und eine allgemeine Aufbruchsstimmung zu entnehmen.¹¹⁶⁹ Zeitgleich wurde aber auch von Skepsis und Unsicherheit gesprochen.¹¹⁷⁰

Bei der **LDP(D)** war bereits das Jahr 1986 von zunehmend kritischen Äußerungen geprägt. Besonders früh fiel der Kreis Rügen mit forschenden Formulierungen und neuem Denken auf. Hier ging der Wunsch nach einer größeren Profilierung der Partei mit dem nach Reformen in der DDR einher. Letztere könnten aber nicht durch die Partei allein, sondern nur gemeinsam mit den Bürgern erfolgreich gefordert werden, so die Einschätzung des Kreisverbandes.¹¹⁷¹ Trotz der deutlichen Worte der Rügener Kreisfunktionäre gab es Ende 1986 erste Anzeichen von Resignationserscheinungen und vermehrt Ausreiseanträge.¹¹⁷² Während einige Ortsgruppen ab Mai 1987 nahezu arbeitsunfähig waren,¹¹⁷³ wurde in anderen Kreisverbänden die Tendenz beobachtet, dass sich immer mehr

¹¹⁶⁷ Vgl. Persönliche Information des Ministers für Post- und Fernmeldewesen vom 1.11.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 4836, Bl. 39. Zu diesem Zeitpunkt hatte Rudolph Schulze dieses Amt inne.

¹¹⁶⁸ Vgl. Informationen über Stimmung und Meinungen zur Reiseverordnung und zur gegenwärtigen Lage in der CDU-Volkskammerfraktion vom 4.11.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 4836, Bl. 49.

¹¹⁶⁹ Vgl. Informationsbericht Rügen vom 5.11.1989, ACDP 03-043-032/5.

¹¹⁷⁰ Nach dem Rücktritt Göttings wurden einige bisher lethargische Ortsgruppen wieder aktiv. Informationsbericht des KV Greifswald für den Monat November vom 3.11.1989, ACDP, 03-043-045/6, S. 2.

¹¹⁷¹ Vgl. Schlusswort auf der Kreisdelegiertenkonferenz Rügen am 18.10.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 31626, S. 10.

¹¹⁷² Unzureichende Teilnahme der Mitglieder an Parteiveranstaltungen: Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres Rügen am 18.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33815, S. 3. Steigende Anzahl der Ausreiseanträge: Protokoll der Sekretariatssitzung vom 24.11.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33875, S. 2.

¹¹⁷³ Das betraf vor allem die OG Ahlbeck und Heringsdorf im KV Wolgast. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 25.5.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807, S. 2.

Mitglieder auf den Sitzungen äußern.¹¹⁷⁴ Ältere zogen sich zurück, während nun vor allem Jüngere das Parteileben gestalteten.¹¹⁷⁵

Auch in der Bevölkerung erkannten die Liberaldemokraten zunehmende Unzufriedenheit: Die Bürger seien mit den „*üblichen Argumenten (Grundversorgung, hohe Sozialleistungen, stabile Mieten)*“¹¹⁷⁶ nicht mehr zu erreichen. Unter den reformorientierten Erwartungshaltungen der Bürger leide auch die Mitgliederer Gewinnung. „*Was tut ihre Partei, um diesen Zustand zum Positiven zu verändern?*“, werde in Werbungsgesprächen immer häufiger gefragt.¹¹⁷⁷ „*Mehr Aussagen zur Spezifik der Partei*“¹¹⁷⁸ und eine Auflistung der LDP(D)-Vorschläge seien konkrete Maßnahmen, um den Anforderungen potentieller Neumitglieder entgegenzukommen.¹¹⁷⁹

Das Jahr 1987 war geprägt von dem Aufkommen grundsätzlicher Zweifel. So hinterfragte Rostock-Land das stereotype Freund-Feind-Schema im Umgang mit Umweltaktivisten¹¹⁸⁰ und der Bezirksvorstand berichtete über allgemeine Zweifel der Mitglieder an den Möglichkeiten der sozialistischen Planwirtschaft.¹¹⁸¹ Die skeptischen Einschätzungen über deren Leistungsfähigkeit wurden durch den Verkauf der Pflastersteine der ehemaligen Straße F 96 bei Greifswald deutlich verschärft: Ein Staat, der Pflastersteine einer bestehenden Straße verkaufen muss, um Devisen zu erzielen, kann die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems kaum

1174 Vgl. Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 10.2.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

1175 Vgl. Abschlussbericht zum 30. Zirkeljahr Wismar vom 20.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879.

1176 Informationsbericht Grevesmühlen vom 5.9.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

1177 Informationsbericht Greifswald vom 7.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

1178 Informationsbericht April/Mai des BV an den ZV vom 14.5.1987, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

1179 Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 4.5.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

1180 „*Sind etwa alle Kritiken an unserer Umweltpolitik schon staatsfeindlich?*“, fragte der Landkreis anlässlich der Räumung der Berliner Umweltbibliothek. Informationsbericht Rostock-Land vom 8.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 3.

1181 Vgl. Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des ZV am 29.9.1987. Berichterstattung zu Ergebnissen, Erfahrungen und Problemen bei der Führung der persönlichen Gespräche zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher des BV Rostock vom 15.9.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33755, S. 2.

überzeugend propagieren.¹¹⁸² Insgesamt seien „Überlegungen zur Veränderung nötig“, resümierte der Rostocker Stadtkreis.¹¹⁸³ Aber ob „wir überhaupt in der Lage sind, Änderungen in der gegenwärtigen Situation zu bewirken“, wurde ebenso bezweifelt wie ein Sieg über die Resignation der Mitglieder.¹¹⁸⁴

Selbstbewusst präsentierte sich dagegen der Kreisverband Bad Doberan zum Ende des Jahres 1987, dessen Vorsitzender eine umfassende Herleitung der bürgerlich-demokratischen Tradition der LDP(D) und ihres Verhältnisses zum Marxismus in den Informationsbericht einpflegte. Er legte dar, dass es unter der Diktatur des Proletariats keine demokratische Mitwirkung geben könne, dass die KPD auch in den Gründungsmonaten des *Demokratischen Blocks* keine demokratische Partei gewesen und damit die Grundannahme der DDR-Parteienpolitik falsch sei. Als einzig verbliebenen Unterschied zwischen LDP(D) und SED machte er den Verzicht auf ein weltanschauliches Bekenntnis aus. Auf dieses arbeite die LDP(D) jedoch bei jenem Personenkreis hin, „der nicht oder noch nicht bereit ist, die Reihen der SED zu stärken“. Die Existenzgrundlage der LDP(D) bestünde also darin, dass sie gerade diese „progressive Ideologien der Vergangenheit bewahren“ müsse, „um den Prozess der Klassenannäherung zu befruchten“.¹¹⁸⁵ Angesichts der schlüssigen und fundierten Argumentation blieb auch dem Adressaten des Informationsberichts nur die hilflose Randbemerkung „Kann man ihm nicht mal eine pfiffige Antwort geben?“.¹¹⁸⁶

Zu Beginn des Jahres 1988 erwarteten die Mitglieder, dass die „LDP(D) verstärkt eigenständige Beiträge“ liefert, aber noch nicht, „dass die LDP(D) eine Oppositionspartei wird.“¹¹⁸⁷ Neben dem mangelnden Engagement der Mitglieder und unzureichenden Werbungserfolgen traten ab Anfang

¹¹⁸² Dass diese Maßnahme weder mit den Bürgern noch mit den Räten der betroffenen Gemeinden besprochen war, verdeutlicht auch das Verhältnis von Regierenden zu Regierten. Information des KV Greifswald über die Maßnahmen an der Fernverkehrsstraße 96 vom 12.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797.

¹¹⁸³ Informationsbericht Rostock-Stadt vom 8.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

¹¹⁸⁴ Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 21.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798, S. 2.

¹¹⁸⁵ Informationsbericht Bad Doberan vom 5.12.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33878.

¹¹⁸⁶ Ebd.

¹¹⁸⁷ Abschlussbericht zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher im KV Rostock-Land (ohne Datum, wohl Januar 1988), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834, S. 2.

1988 auch Fälle von Verantwortungsverweigerung auf.¹¹⁸⁸ Bis zum Herbst 1989 sollte die Anwerbung neuer Mitglieder noch so schwierig werden, dass den Kreisvorsitzenden eine Prämie von 100 Mark der DDR bei Erfüllung des Werbungsplanes bzw. von 150 Mark der DDR bei Übererfüllung zugesichert wurde, um ihren persönlichen Einsatz zu steigern.¹¹⁸⁹

Auf den Mitgliederversammlungen veränderte sich das Gesprächsklima ab dem Frühjahr 1988. Es werde in einigen Grundeinheiten „aggressiv und provozierend“ diskutiert, wodurch es zu „intensiven Auseinandersetzungen“ käme: Die Mitglieder würden nun im Gegensatz zu früher aufgefordert und selbstbewusst ihre Meinung sagen¹¹⁹⁰ und sich „den Ärger von der Seele“ reden.¹¹⁹¹ Ab dem Sommer 1988 wollten viele LDP(D)-Mitglieder in ihrer Partei „gern eine konstruktive Opposition sehen, die für das Wohl des Volkes für frischen Wind sorgt und Erstarrtes in Bewegung bringt“.¹¹⁹² Die LDP(D) müsse in dem notwendigen Umdenken eine „progressive Rolle“ einnehmen. Damit reagierte die Basis direkt auf die Rede Gerlachs in Weimar, in der er die Vision einer aktiv und selbständig mitgestaltenden LDP(D) entworfen hatte.¹¹⁹³

Eine kritischere Auseinandersetzung mit der SED war ein Bestandteil der anstehenden Aufgaben. „Ist es die Rolle der Liberaldemokraten, immer wieder auf die Entwicklung der sozialistischen Kommunalpolitik hinzuweisen und dafür zu kämpfen?“¹¹⁹⁴, fragte so der Rostocker Stadtkreis nach der 6. Tagung des ZK der SED. Auch die Vormachtstellung der SED regte Diskussionen an: Man wolle sich zwar nicht in die inneren Angelegenheiten der SED einmischen, aber die Mitglieder würden sich die strikte Trennung von Staat und Partei ebenso wünschen, wie eine zeitliche

¹¹⁸⁸ „Es bestehe wenig Interesse an einer Tätigkeit unmittelbar im Staats- und Parteiapparat.“ Berichterstattung Rostock-Stadt vor dem Sekretariat des BV am 22.2.1988: Zur Arbeit mit Kadern in Funktionen sowie zur Bildung einer einsatzbereiten Kaderreserve, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834, S. 6.

¹¹⁸⁹ Vgl. Rundschreiben Krüger an alle Kreisverbände vom 4.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33769.

¹¹⁹⁰ Informationsbericht Rügen vom 7.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813.

¹¹⁹¹ Abschlussbericht vom 30. Zirkeljahr Wismar vom 20.7.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879.

¹¹⁹² Informationsbericht Rostock-Land vom 5.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

¹¹⁹³ Informationsbericht Bad Doberan vom 6.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

¹¹⁹⁴ Stellungnahme des KV Rostock-Stadt zur 6. Tagung des ZK der SED vom 12.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834.

Begrenzung der Abgeordnetentätigkeit, schrieb der Rügener Kreissekretär an den LDP(D)-Bezirksvorsitzenden Günter Krüger.¹¹⁹⁵

Insgesamt sei in der DDR eine Atmosphäre entstanden, in der es überall knistert. *„Hoffentlich bleibt es beim Knistern und kein Funke entfacht das Feuer!“*¹¹⁹⁶ Auch G. Krüger erkannte die problematische Lage der reformorientierten Liberalen im starren volksdemokratischen System und ermunterte seine Parteifreunde: *„Unsere Partei erweckt gegenwärtig den Eindruck, als wolle sie zwar etwas bewegen, könne dies aber nur in zweitrangigen Fragen. Wenn wir offensiv auftreten wollen, dann müssen wir Positionen beziehen zu zentralen Fragen!“*¹¹⁹⁷

Gegen Ende des Jahres 1988 häuften sich Müdigkeitserscheinungen auch bei Kreisfunktionären und Amtsinhabern, die nicht selten in Austrittserklärungen und androhten Ämterniederlegungen in Folge des *Sputnik*-Verbots gipfelten.¹¹⁹⁸ Mit Beginn des Jahres 1989 war eine weitere Verschärfung des Meinungsstreits in der LDP(D) zu beobachten. Von *„nie gekannter Schärfe und Leidenschaft“* sprach der KV Bad Doberan ebenso wie von *„weitgreifender Resignation“* und Austrittserklärungen.¹¹⁹⁹ Insbesondere die jungen LDP(D)-Mitglieder waren angesichts der Ereignisse der letzten sechs Monate nicht mehr bereit, den Weg der überalterten SED-Führung¹²⁰⁰ *„so mitzugehen“*.¹²⁰¹ Eine Opposition werde es zwar nicht geben, wohl aber sei die LDP(D) dazu in der Lage, der *„SED mehr Anregungen zu geben“*.¹²⁰² Der Bezirksvorstand beobachtete aber auch eine gegenläufige Entwicklung: (...) *„zunehmend auch Zweifel an der Sieghaftigkeit des Sozialismus, Resignation, Austritte und Eingaben“*. Viele Hoffnungen würden auf der LDP(D) ruhen.¹²⁰³ Man müsse nun selbständig

¹¹⁹⁵ Vgl. Schreiben vom 6.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813, S. 2.

¹¹⁹⁶ Informationsbericht vom 9.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Ristock, Nr. 33787, S. 2.

¹¹⁹⁷ Günter Krüger auf der Bezirksvorsitzendenberatung am 18. August 1988 in Schwerin, ADL, Bestand Abteilung ZV, Bezirksvorsitzendenberatungen, Nr. L8-1804.

¹¹⁹⁸ Vgl. z. B. Informationsbericht Wismar vom 8.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock Nr. 33787, S. 2.

¹¹⁹⁹ Informationsbericht vom 6.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹²⁰⁰ Vgl. Informationsbericht Grimmen vom 6.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹²⁰¹ Informationsbericht Bad Doberan vom 6.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹²⁰² Ebd., S. 2.

¹²⁰³ Informationsbericht Dezember/Januar des BV an den ZV vom 19.1.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 4.

mit Vorschlägen auf die SED zugehen und nicht darauf warten, gefragt zu werden, war die Devise.¹²⁰⁴

Auch auf Rügen kippten die sachlichen Diskussionen im März 1989: Die Mitglieder würden ihre Meinung teils aggressiv und lautstark vertreten, man selbst komme kaum zum Ausreden. Daher hätten einige Abgeordnete „förmlich Angst“, sich den Mitgliedern zu stellen.¹²⁰⁵ Ähnliche Tendenzen wurden auch aus Greifswald berichtet.¹²⁰⁶ Im Mai geriet auch die eigene Parteileitung erstmals in den Fokus und die Mitglieder forderten Informationen über deren genaue Tätigkeit.¹²⁰⁷

In Auswertung der Kommunalwahl sprachen die „*Parteifreunde offen aus, dass sie davon überzeugt sind, dass das Wahlergebnis manipuliert wurde*“.¹²⁰⁸ Zu dieser Einschätzung gelangte die LDP(D) deutlich früher als die CDU(D). Daneben häuften sich nun grundlegende Fragen zur Gesellschaftsordnung der DDR, die auch die Führungsrolle der SED und deren praktische Ausgestaltung betrafen.¹²⁰⁹ „*In der Praxis gibt es nur eine Partei in der DDR*“, erklärte der Bezirksparteischullehrgang für Führungskader. Auf dem Lehrgang wurden aber nicht nur grundlegende Fragen zum Zustand der DDR aufgeworfen, sondern auch Diskussionen über die Perspektive des Sozialismus und aller fünf Blockparteien geführt.¹²¹⁰

¹²⁰⁴ Vgl. Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 3.2.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 14.

¹²⁰⁵ Informationsbericht Rügen vom 7.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821, S. 2–4.

¹²⁰⁶ Vgl. z. B. Informationsbericht vom 8.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 3.

¹²⁰⁷ Vgl. Informationsbericht April/Mai 1989 des BV an den ZV, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 4.

¹²⁰⁸ Informationsbericht Rügen vom 7.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

¹²⁰⁹ „*Was ist Sozialismus?, Wie sieht die Bündnispolitik in der Praxis aus?, Woraus resultiert die Führungsrolle?*“. Referat des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden auf der Bezirksvorstandssitzung am 11.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 10–11 und S. 22.

¹²¹⁰ Ausgewählte Fragen waren z. B.: „*Sind die befreundeten Parteien nicht nur ein internationales Aushängeschild?, Wann wird die LDP(D) (...) im Alleingang die Medienpolitik in der DDR verändern?, Was heißt, die LDP(D) sei eine staatstragende Partei? Besteht ihre Aufgabe nicht nur in der Vorschlagstätigkeit, im Abfassen von Petitionen?, Wann sagt sie Gleichmacherei den Kampf an?, Die Rolle und Aufgaben der Intelligenz nehmen zu, wird sie die Arbeiterklasse verdrängen?, Was ist das politische Ziel der LDP(D)? Wird sie trotz bürgerlicher Vergangenheit eine marxistische Partei?*“, Kurzbericht der Bezirksparteischule vom 17.–21.4.1989 vom

Die internationale und nationale Entwicklung der letzten Monate förderte bis zum Sommer 1989 nicht nur neue Kräfte innerhalb der LDP(D) zu Tage, sondern offenbarte auch eine zunehmende Heterogenität der Mitgliedschaft. „*Die Lage in Ungarn führt zu Unsicherheit und Resignation bei den einen, zu tosendem Beifall bei den anderen*“, fasste der Bezirksverband zusammen. Einig sei man sich jedoch in dem Wunsch, dass Glasnost und Perestroika „*jene wirtschaftlichen Kräfte freisetzt, die die historische Überlegenheit des Sozialismus beweisen kann*“.¹²¹¹ Da die Wirtschaftskraft in der DDR nicht mehr ausreiche, um die Sozialpolitik zu finanzieren, brauche man dringend neue Impulse, stellte der Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres im Juli fest. Auch die Erwartungshaltung der Bevölkerung hätte sich verändert, denn aus der vorherrschenden „*materialisierten Sicht auf die Werte des Sozialismus*“ entstünde ein Großteil des Unmuts der jüngeren Bevölkerung.¹²¹²

Als Ergebnis der unbefriedigenden Gesamtsituation der DDR und des Ostblocks insgesamt prophezeite der Kreisverband Greifswald: „*Die alte Welt trägt den Stempel des unvermeidlichen Untergangs*“.¹²¹³ Durch die Gründung von Jugendbeiräten in Rostock, Stralsund und Bad Doberan im Sommer 1989 erweckte die LDP(D) den Anschein, in eine Konkurrenzinstitution zur SED-Jugendarbeit zu treten und sich darüber profilieren zu wollen.¹²¹⁴

Die LDP(D)-Mitglieder behaupteten sich zunehmend gegenüber der eigenen Parteileitung: Da ihre Reformforderungen bislang ohne Resonanz geblieben waren, wurde ab Mitte August auch von der „*Notwendigkeit auf oppositionelles Verhalten*“ gesprochen.¹²¹⁵

Bei der **NDPD** war der artikulierte Unmut wesentlich verhaltener. Abgesehen von konkreten Kritikpunkten auf einzelnen Themenfeldern scheint der Unmut der Basis durch opportunere Kreisfunktionäre und

16.5.1989, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 2–5.

¹²¹¹ Referat zur Bezirksvorstandssitzung am 26.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 6–7.

¹²¹² Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres des Politischen Bildungszirkel Rostock vom 4.7.1989, ADL, Bestand Politische Bildungszirkel, Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-100, S. 3.

¹²¹³ Informationsbericht vom 7.7.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

¹²¹⁴ Wie die Gründung der Jugendbeiräte tatsächlich zu interpretieren ist, thematisiert Kapitel 3.2.4. *Anleitung und Inszenierung durch die SED*.

¹²¹⁵ Abrechnung der Arbeitsergebnisse Bad Doberan vom 15.8.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796, S. 2.

einen restriktiveren Umgang mit Kritik gedämpft worden zu sein: Dass sich die Unzufriedenheit der NDPD-Mitglieder „bis auf wenige Akzente“ aber weder in ihrer Intensität noch in ihrer Ausrichtung „von CDU und LDP(D)“ unterschied, bestätigte Ende 1988 auch das MfS.¹²¹⁶ Erst im Sommer 1989 brach die starre NDPD-Kommunikationskultur, die kaum Platz für Unmut und Kritik ließ, auf. Daher fand die grundsätzliche Stimmungsänderung bei der NDPD nur in den Monaten von August bis Anfang November Niederschlag in den Quellen. In diesem Zeitraum zeigt sich die NDPD-Mitgliedschaft wesentlich heterogener als die von CDU(D) und LDP(D). Aufschlussreicher und authentischer als die NDPD-Informationsberichte sind die Berichte der Schulungen und Lehrgänge.

Der Abschlussbericht des Monatslehrgang im Juni 1989 nahm erstmals die zentrale Frage der kommenden Monate vorweg: Wie ist die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse mit der Eigenständigkeit der NDPD zu vereinbaren?¹²¹⁷ Trotz der strengeren Informationshandhabung wurde auch bei den Nationaldemokraten in den Sommermonaten mehrfach über die regen und kontroversen Diskussionen auf den Kreisversammlungen berichtet.¹²¹⁸ Dies sah der Bezirksvorstand als Gefahr. So nahm die Bezirksleitung ein vermeintlich ungenügendes Referat auf der Stralsunder Kreisverbandssitzung zum Anlass um anzuordnen, dass mündliche Ausführungen künftig zuvor schriftlich ausgearbeitet, dem Vorstand zur Einsichtnahme vorgelegt und dann wörtlich verlesen werden sollen.¹²¹⁹ Mit Maßnahmen wie dieser bestätigten die Rostocker NDPD-Bezirksfunktionäre, dass sie restriktiver als ihre Amtskollegen von CDU(D) und LDP(D) gehandelt haben.

Im Spätsommer 1989 verschärften die zunehmende Anzahl der Ausreisenden und der Abbau der ungarischen Grenzanlagen die bestehenden Diskussionen. Wie stark die Ansichten der NDPD-Mitglieder auseinanderklafften und von der SED-Argumentation abwichen, verdeutlicht die Diskussion um die Ausreise von DDR-Bürgern. Über die Frage, ob es

¹²¹⁶ Information über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23.12.1988, BStU, MfS HA XX, Nr. 6632, Bl. 54.

¹²¹⁷ Vgl. Bericht über den Wochenlehrgang vom 20.6.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 180.

¹²¹⁸ Vgl. z. B. in den Informationen zur Kreisverbandssitzung Stralsund am 5.6.1989 an den Bezirksvorsitzenden, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/106, Bl. 16.

¹²¹⁹ Vgl. Informationen zur Kreisverbandssitzung Stralsund am 5.6.1989 an den Bezirksvorsitzenden, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/106, Bl. 16.

sich bei den Ausreisenden grundsätzlich um eigenverantwortlich agierende und „zu Flüchtlingen stilisierten ehemaligen Bürger der DDR“¹²²⁰ oder gezielt abgeworbenen Fachkräfte¹²²¹ handele, konnte kein Konsens erzielt werden. Ob man sie bei einer möglichen Rückkehr überhaupt wieder einreisen lassen sollte oder stattdessen eine Ausweitung der legalen Reisemöglichkeiten nötig ist,¹²²² blieben ebenso ungeklärte Fragen. Die Einschätzungen der Lage im Ostblock divergierten ebenfalls. Ein Teil der Mitgliedschaft forderte, die Bürger in Polen, Rumänien und Usbekistan sollten für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen arbeiten und die Produktion nicht noch durch Streiks und Diskussionen lähmen.¹²²³

Welche Meinungsäußerungen bei der NDPD dennoch möglich waren, zeigen zwei Wortmeldungen aus dem benachbarten Bezirk Neubrandenburg. „Ob denn der Sozialismus heute als Gesellschaftsordnung überhaupt noch eine Chance hat oder er sich als Utopie erwiesen hat“,¹²²⁴ wurde im Kreisverband Ueckermünde freimütig diskutiert. Als Maßnahme zum Erhalt des DDR-Sozialismus wurde von den dortigen Mitgliedern im Juni 1989 unter Bezugnahme auf die Sowjetunion vorgeschlagen, die SED möge auf die führende Rolle zu Gunsten eines „freien Spiels der Kräfte“ samt einer Opposition im Rahmen der sozialistischen Weltanschauung verzichten, das Leistungsprinzip durchsetzen, Führungspositionen nach beruflicher Eignung besetzen und ein Europa ohne Grenzen und mit freiem Reiseverkehr gestalten.¹²²⁵ Diese Vorstellung erschien im frühen Sommer 1989 nahezu visionär und kontrastierte die Ansichten von Parteiführung und Teilen der Mitgliedschaft sehr deutlich: Statt offene Grenzen zu fordern, rechtfertigten einige Rostocker Mitglieder zeitgleich den Fortbestand der Mauer unter dem Verweis auf die beobachteten rechtsradikalen Tendenzen in der BRD.¹²²⁶

¹²²⁰ Aktuelle Parteiinformationen Nr. 79 vom 9.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/477, S. 15.

¹²²¹ Auch diese These vertraten einige Mitglieder. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 78 vom 25.9.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 5.

¹²²² Vgl. z. B. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 79 vom 9.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/477, S. 16.

¹²²³ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 70 vom 19.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/428, S. 9.

¹²²⁴ Aktuelle Parteiinformationen aus dem KV Ueckermünde vom 29.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/5193.

¹²²⁵ Vgl. ebd., S. 2.

¹²²⁶ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 71 vom 26.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/428, S. 11.

Das Präsidium reagierte auf die zunehmenden abweichenden Meinungen, die auch hauptamtliche Mitarbeiter vertraten,¹²²⁷ mit ideologischen Appellen und dem Versuch, die niederen Gliederungen und deren Funktionäre enger anzuleiten.¹²²⁸ Davon abgesehen schien die Parteiführung aber machtlos. Dass die SED auf die angespannte Situation in allen Parteien und der Bevölkerung reagieren müsse, wurde von vielen Mitgliedern erwartet. Diese Erwartung war jedoch nicht nur von Zuversicht geprägt, sondern ebenso von massiven Bedenken und Sorgen. So berichtete der Kreisverband Bad Doberan Ende August, man habe „Angst vor einem möglichen Militäreinsatz wie in Prag 1968“.¹²²⁹ Auf die Emanzipation von der SED hofften einige NDPD-Mitglieder bereits jetzt nicht mehr, sodass die Kreisdienststelle des MfS Bad Doberan erste Austritte aus Ablehnung der SED-Führungsrolle meldete.¹²³⁰ Diese gingen überraschend früh mit Rücktrittsforderungen Homanns und anderer Führungskader einher.¹²³¹

Mitte September wurde dem Hauptausschuss (kurz: HA) das „*unduldsame Wollen der Parteifreunde*“ mitgeteilt, „*sichtbar eigenständiger an der Seite der SED zu stehen*“.¹²³² Das Bezirkssekretariat war dagegen noch Ende September um eine Mittlerposition bemüht: „*Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder stellt sich als treue Verbündete der Arbeiterklasse, der SED, dar. Deutlich wird aber in allen Diskussionen der Wunsch nach für jeden Menschen spürbaren Verbesserungen in unserer sozialistischen Gesellschaft.*“¹²³³ Als diese weiterhin ausblieben, wurde der Ton einiger Kreisfunktionäre schärfer. So stellte der Bad Doberaner Kreisvorsitzende fest: „*Die Starrheit der SED-Führung kann nicht nur am Gesundheitszustand Ho-*

¹²²⁷ Vgl. z. B. Abschlussbericht des Halbjahreslehrgangs vom 3.1.–30.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/477.

¹²²⁸ Die Aktuellen Informationen Nr. 77 vom 18.9.1989 berichten, „*das Bezirkssekretariat Rostock wird unter Einsatz aller politischen Mitarbeiter sichern, dass ein ständiger enger Kontakt mit allen Vorständen in den Kreisen hergestellt wird*“. SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 9.

¹²²⁹ Aktuelle Parteinformationen aus dem Bezirk Rostock vom 31.8.1989, SAPMO BArch, DY 16/5204.

¹²³⁰ Vgl. Ergänzung zur Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien im Verantwortungsbereich der KD Bad Doberan vom 24.8.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 130, Bl. 42.

¹²³¹ Vgl. Information zu Stimmung und Reaktionen in der NDPD-Rostock vom 28.8.1989, BStU, MfS BV Rostock, KD Rostock, Nr. 217, Bl. 31.

¹²³² Aktuelle Informationen Nr. 76 vom 11.9.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 10.

¹²³³ Protokoll der 51. Sitzung des Bezirkssekretariates Rostock am 25.9.1989, SAPMO BArch, DY 16/5204, S. 2.

neckers liegen“ und forderte die Regierung auf, endlich Stellung zu beziehen.¹²³⁴

Zweifel an der Legitimität der SED-Führungsrolle und der Bündnispolitik¹²³⁵ begleiteten den Oktober ebenso wie weitere Austritte, die mit der mangelnden Positionierung der NDPD begründet wurden.¹²³⁶ Auch viele der hauptamtlichen Mitarbeiter teilten diese Einschätzung im Oktober, wie der Rostocker Monatslehrgang zutage förderte: Eine Veränderung des Kernsatzes 1, also der vorbehaltlosen Anerkennung der SED-Führungsrolle, die Neubestimmung der Rolle der Nationaldemokratischen Partei und freie Wahlen waren zentrale Forderungen der Kreisfunktionäre. Letzteres wurde als bewusste Reaktion auf die Unregelmäßigkeiten bei der letzten Kommunalwahl bezeichnet.¹²³⁷ Interessanterweise sahen die Lehrgangsteilnehmer auch einen Zusammenhang zwischen den „begrenzten Wirkungsmöglichkeiten“ und „der Gründung der NDPD“, der aber leider nicht näher ausgeführt wurde und die Kenntnis um die inszenierte Parteigründung nur andeutet.¹²³⁸ Zunehmend wurden auch personelle Veränderungen an der Parteispitze in Erwägung gezogen, Homann der Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen nahegelegt und die Neuwahl eines Jüngeren auf einem Sonderparteitag gefordert.¹²³⁹

Diesen Kurs teilten auch die Mitglieder in Bad Doberan. Ende September verfassten einige von ihnen eine Resolution, in der sie sich zu den Zielen des *Neuen Forums* bekannten, ihr Misstrauen gegenüber der Parteiführung aussprachen, die Diktatur des Proletariats als unvereinbar mit der sozialistischen Demokratie bezeichneten und die NDPD zur Ausarbeitung einer kritischen und oppositionellen Haltung aufforderten. Die Resolution wurde zwar verfasst und von mehreren Mitgliedern unterzeichnet, laut eines MfS-Berichts aber nicht abgeschickt.¹²⁴⁰ Interessant ist

¹²³⁴ Bericht des KV Bad Doberan vom 3.10.1989, BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 598/2, Bl. 471.

¹²³⁵ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 80 vom 16.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 5.

¹²³⁶ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 79 vom 9.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/477, S. 16. Zu den Profilierungswünschen der Mitglieder siehe: Bericht über das inhaltliche und zahlenmäßige Gesamtergebnis des Studienjahres 1988/89 vom 21.7.1989, SAPMO BArch, DY 16/124, S. 7.

¹²³⁷ Vgl. Bericht über den 2. Monatslehrgang BV Rostock vom 9.10.–2.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/4464, S. 4.

¹²³⁸ Ebd.

¹²³⁹ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 80 vom 16.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 10.

¹²⁴⁰ Vgl. Bericht des IM Christian, Operativinformationen über Aktivitäten zur Formierung von Anhängern des *Neuen Forums* innerhalb der NDPD-

die Vermutung des MfS, das hinter dieser Aktion die Eigeninitiative des berichtenden IM Christian zu erkennen glaubt: Mit der Initiierung dieser Resolution habe der IM möglicherweise ein reales Stimmungsbild ermitteln wollen.¹²⁴¹ An der Tatsache, dass der Forderungskatalog von mehreren Mitgliedern unterzeichnet worden ist und damit auf Zustimmung traf, ändert dieser Umstand jedoch nichts.

Die hier geschilderten abweichenden Meinungen sollen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass ebenso große Teile der NDPD auch Mitte Oktober noch an der Treue zur SED und ihrem Vertrauen an „*die von der 9. Tagung des ZK der SED eingeleitete Wende*“¹²⁴² festhielten. Die Differenzen innerhalb der Partei waren jetzt schon kaum mehr zu überbrücken. Die Bewahrung des Integrationspotentials bei gleichzeitiger Neuprofilierung stellte die Partei ab Ende Oktober vor eine große Herausforderung. Ein Mitglied brachte das Dilemma der NDPD in einem Brief an Pommerenke auf den Punkt, indem es fragte: „*Die Kernsätze sind die Identität der Partei, was will man da reformieren?*“¹²⁴³

Den Rücktritt Honeckers kommentierten die NDPD-Mitglieder fast gar nicht. Aus der Volkskammerfraktion wurde jedoch inoffiziell gemeldet, dass diese der Wahl von Krenz am 24.10.1989 ebenso wie die CDU(D)-Fraktion geschlossen ihre Zustimmung verweigern wolle. Bei den Nationaldemokraten war es der Vorsitzende des Staatlichen Vertragsgerichts, auch ein IM des MfS, der die NDPD-Fraktion von ihrem Vorhaben abbringen konnte.¹²⁴⁴

Innerhalb der Partei war neben der geschilderten Meinungsvielfalt ab Anfang Oktober auch eine andere Veränderung bemerkbar: Viele Kreise berichteten, dass sich nun deutlich mehr Mitglieder an den Diskussionen auf Parteiveranstaltungen äußern und auch bisher wenig engagierte Mitglieder teilnehmen würden, die in der NDPD gern einen Kontrapunkt zur SED sehen würden.¹²⁴⁵ So auch in Stralsund: Ein NDPD-Mitglied und Sympathisant der Gruppe *Demokratie Jetzt!* nutzte die Ver-

Ortsgruppe Bad Doberan vom 14.10.1989, BStU, MfS BV Rostock, KD Rostock, Nr. 214, Bl. 482.

¹²⁴¹ Vgl. Akte: MfS, BV Rostock, IM Christian V, Nr. 8274.

¹²⁴² Aktuelle Informationen Nr. 81 vom 30.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 2.

¹²⁴³ Brief eines Rostocker Mitgliedes an Pommerenke vom 30.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 287.

¹²⁴⁴ Vgl. Bericht zu einem Gespräch mit einer zuverlässigen Quelle aus dem Zentralen Vertragsgericht vom 24.10.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 18776, Bl. 15.

¹²⁴⁵ Vgl. Aktuelle Parteinformationen Nr. 79 vom 9.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/477, S. 18.

sammlung, um dort für Ideen der Bürgerbewegung zu werben. Er forderte die Abkehr vom Führungsanspruch der SED, den Rücktritt der Parteiführung, beteuerte die Wichtigkeit einer tatsächlichen Opposition und stilisierte die LDP(D) zur Hoffnungsträgerin auf demokratische Veränderungen, der man folgen solle. Seine Forderungen unterzeichneten immerhin sieben der anwesenden 24 Mitglieder in einer spontan formulierten Resolution.¹²⁴⁶ Die Hilflosigkeit vieler hauptamtlicher Parteimitarbeiter, die offenbar keinerlei Handhabe gegen diese Verselbständigung der Mitglieder hatten, war kein Rostocker Phänomen: Bereits drei Wochen zuvor waren im Bezirk Leipzig erste Übertritte von Mitgliedern zum *Neuen Forum* gemeldet worden.¹²⁴⁷

Nicht nur Resolutionen von Personengruppen, sondern auch gleichlautende Stellungnahmen von Ortsgruppen und ganzen Kreisverbänden erreichten die Parteiführung Ende Oktober. Auch der Ortsverband Barth aus dem Kreisverband Ribnitz-Damgarten wandte sich mit einer umfassenden Stellungnahme an den Hauptausschuss der Partei. Er begrüßte die Entwicklung der DDR seit dem Beginn des Monats und erklärte Homann ob seiner Nähe zu Honecker und dessen Nachfolger Krenz für unfähig, das höchste Parteiamt weiterhin auszuführen und die nötigen Veränderungen zu gestalten. Forderungen nach einem neuen Wahlgesetz, Neuwahlen ohne Blocksystem und einem neuen Reisegesetz schlossen sich an.¹²⁴⁸ Als einer der aktivsten richtete sich zeitgleich auch der Kreisverband Bad Doberan an den stellvertretenden Parteivorsitzenden Hartmann. Der Kreisvorsitzende beschrieb darin die Enttäuschung und den Vertrauensverlust der Basis angesichts des nicht zustande kommenden Dialogs und fordert die Entwicklung eines eigenständigen Parteiprofils nach dem Vorbild der LDP(D), die Anpassung des Kernsatzes 1¹²⁴⁹ und die Verjüngung der Parteiführung inklusive des Rücktritts Hartmann selbst und anderer Vorstandsmitglieder. Auch Homann sollte aus seinem Amt entfernt werden. Eine Ernennung zum Ehrenvorsitzenden wäre ein für alle Seiten gangbarer Weg.¹²⁵⁰ Interessant ist der Neben-

¹²⁴⁶ Vgl. Protokoll zur Mitgliederversammlung Stralsund vom 25.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 99.

¹²⁴⁷ Vgl. Austrittsmeldungen aus Leipzig vom 5.10.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 7626, Bl. 49.

¹²⁴⁸ Vgl. Brief des Ortsverbandes Barth aus dem Kreis Ribnitz-Damgarten an das Sekretariat des Hauptausschusses vom 26.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 58–59.

¹²⁴⁹ Der Kernsatz 1 beinhaltet die vorbehaltlose Anerkennung der Führungsrolle der SED.

¹²⁵⁰ Vgl. Brief des KV Bad Doberan an Hartmann vom 26.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 28–31.

satz, dass dem Kreisvorsitzenden selbst auch der Rücktritt angeboten worden ist.¹²⁵¹ Es ist anzunehmen, dass die Mitglieder des Kreises die Weitergabe ihrer Forderungen an den Hauptausschuss als nötiges Zeichen der Positionierung ihres Kreisvorsitzenden gefordert haben. Obwohl der Bad Doberaner Kreisvorsitzende bereits vor dem Sommer 1989 zu den politisch auffälligeren Funktionären gehörte, weist er in seinem Brief mehrfach entschuldigend auf die besondere Dringlichkeit hin, die ihn zu seinem ungewöhnlichen Vorgehen bewogen habe.¹²⁵²

Mit einer anderen Intention, aber der gleichen Forderung legte auch der Kreisverband Rostock-Stadt seine Sicht auf die Situation der Partei dar: Die Daseinsberechtigung der NDPD stünde auf dem Spiel, wenn man nicht mehr Eigenständigkeit entwickle, Homann zurücktrete, die neue Parteileitung endlich auf die Basis eingehe und diese in die Entscheidungsprozesse, den innerparteilichen Dialog und die Gestaltung der Wende einbeziehe.¹²⁵³

Das Schweigen der Parteiführung wurde auch seitens des MfS als ungenügend eingeschätzt, da es nicht zur Stabilisierung der Partei beitrüge. Neben der gesundheitlich bedingten Passivität Homanns und der abwartenden Haltung Hartmanns wirke sich „*erschwerend für die notwendigen Klärungsprozesse innerhalb der NDPD*“ aus, „*dass man mit der ideologischen Arbeit gegenwärtig lediglich 20 % der Mitglieder erreiche.*“ Eine Ursache dafür sei, dass der Hauptausschuss lediglich die Argumentationen des ZK übernehme, „*ohne eigene parteibezogene Ergänzungen vorzunehmen*“.¹²⁵⁴ Auch an diesem Beispiel wird sehr deutlich, dass die Bewahrung des Anscheins eines eigenständigen Spielraums der Blockparteien eine elementare Voraussetzung für eine gelungene Inszenierung der Parteien durch die SED war.

Erst nach dem Rücktritt Homanns Anfang November war der Weg für die Erneuerung der NDPD frei.

¹²⁵¹ Vgl. ebd., Bl. 29.

¹²⁵² So verlange es die Situation, das Wort direkt an Hartmann zu wenden. Als Legitimation seines Schreibens führte der Kreisvorsitzende an, dass es nicht „*aus einer spontanen emotionalen Situation*“ heraus entstanden sei, sondern die tatsächlichen Forderungen der Mitglieder seit dem Ende des Vormonats widerspiegele. Brief des KV Bad Doberan an Hartmann vom 26.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 28 und Einleitung zur Anlage, Bl. 31.

¹²⁵³ Vgl. Brief des KV Rostock an den Hauptausschuss der Partei vom 27.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 70–71.

¹²⁵⁴ Informationen zur aktuellen Situation innerhalb des Hauptausschusses der NDPD vom Oktober 1989, BStU, MFS HA XX, Nr. 7626, Bl. 53.

Auch bei der **DBD** zeigen die Quellen bis zum Sommer 1989 keinen nennenswerten Dialog über die Missstände in der DDR. Die altbekannte Antwort auf die zaghaft geäußerte Kritik lautete stattdessen: *„Die Werte und Vorzüge des Sozialismus, seine Ideale und Errungenschaften, müssen noch offensiver propagiert werden“*.¹²⁵⁵ Einzelne Hinweise auf bestehenden Missmut gab es dennoch, auch unter den Funktionären. So sei den hauptamtlichen Parteimitarbeitern *„die gesellschaftliche Breite der Mitverantwortung“* der DBD im politischen System der DDR *„nicht eindeutig klar“* gewesen, urteilte der Abschlussbericht eines Lehrgangs.¹²⁵⁶ Auch das MfS hat bereits im Jahr 1984 festgestellt, dass es in den Reihen der Parteijugend *„Vorbehalte gegenüber der führenden Rolle der SED“* gäbe.¹²⁵⁷ Wie genau diese aussahen und welche Lösungen diskutiert worden, zeigen die Quellen leider nicht.

Weitere Indizien für eine vorhandene Unzufriedenheit in der Mitgliedschaft waren die Abnahme der durchschnittlichen Veranstaltungsteilnehmerquote im Jahr 1988¹²⁵⁸ und die Tatsache, dass es *„in den letzten zwei Jahren eine zu hohe Fluktuation bei politischen Mitarbeitern“* gegeben hat.¹²⁵⁹ Als eine Ursache dafür gab ein hauptamtlicher Mitarbeiter aus Wismar in seiner Abberufungsbitte an, dass die Tätigkeit ihn nicht befriedige.¹²⁶⁰ Es ist also anzunehmen, dass die Möglichkeiten der politischen Partizipation auch bei einigen DBD-Funktionären Enttäuschung und Resignation hervorriefen und die genannte hohe Fluktuation bei politischen Mitarbeitern Ausdruck der gleichen resignativen Tendenzen wie bei den anderen Parteien ist.

Wie bei der NDPD wurden die Informationsberichte über den Sommer 1989 hinweg zunehmend brisanter, was vermutlich an dem seit März 1989 geänderten Berichterstattungsmodus gelegen hat.¹²⁶¹ Zudem ver-

¹²⁵⁵ Einschätzung der Verwirklichung des Beschlusses des Präsidiums des Parteivorstandes vom 14.7.1987 über die politische Bildungsarbeit im Parteischuljahr und in den Lehrgängen der Kreisschulen der DBD im Studienjahr 1987/88, SAPMO BArch, DY 60/4758, S. 2.

¹²⁵⁶ Bericht der Zentralen Parteischule der DBD Borgheide über die Durchführung des 1. Lehrgangs für die Weiterbildung hauptamtlicher Funktionäre in der Zeit vom 12.1.–4.2.1988, SAPMO BArch, DY 60/3480, S. 6.

¹²⁵⁷ Ergänzung zur Lageeinschätzung bei den befreundeten Parteien, 1984 (ohne Datum), MfS HA XX, Nr. 6632, S. 21.

¹²⁵⁸ Vgl. Information des BV Rostock über die Parteiarbeit im Monat April vom 16.5.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 13.

¹²⁵⁹ Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung vom 15.11.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 2.

¹²⁶⁰ Vgl. ebd.

¹²⁶¹ Siehe Kapitel 4.1. *Parteikommunikation*.

schärfte sich die Versorgungssituation alljährlich in der Urlaubszeit. Angesichts der Ausreisebewegung und der Ereignisse in Polen, Ungarn und Rumänien empfanden die DBD-Mitglieder den Informationsmangel als eklatant und konsultierten alternativ Medien aus der BRD. Diese beeinflussten nach Einschätzung der Kreisfunktionäre die Wahrnehmungen und Fragen der Mitglieder stark, was auch bei der Bauernpartei zu hitzigen Parteiveranstaltungen führte.¹²⁶²

Doch unabhängig davon gewann die parteiinterne Auseinandersetzung an Schärfe: *„Es wird offensiver, streitbarer und fordernder zu den Problemen und Unzulänglichkeiten Stellung genommen“*, urteilte auch der Bezirksverband.¹²⁶³ So wiesen mehrere Bezirkssekretariate im Juli 1989 darauf hin, dass *„Unzufriedenheit unter den Mitgliedern“* bestünde und machten die Widersprüche zwischen Plan und Realität, die drastischen Mängel und die *„ungesunde Wirkung“* *„einer Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen“* als Hauptursachen dafür aus. Der Unmut der Mitglieder führte auch bei der DBD zu einer abnehmenden Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren.¹²⁶⁴

Den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis fanden viele DBDler im August 1989 unerklärlich: *„Je mehr die Mitglieder die allgemeinen Wesensmerkmale des realen Sozialismus zur Grundlage ihrer eigenständigen Beurteilung der Situation nehmen, desto massiver sind ihre Bedenken.“*¹²⁶⁵ Neben den bestehenden Zweifeln wurde zu diesem Zeitpunkt aber vor allem noch die *„diffamierende Hetzkampagne“* der Bundesrepublik als ursächlich für die Krise der DDR angesehen, der leider *„nicht wenige Mitglieder in gewissem Sinne Glauben schenken“*.¹²⁶⁶ Die Frage, warum die Parteimitglieder und Bürger der DDR aber für die vermeintliche Agitation aus der BRD empfänglich und politisch nicht ausreichend gefestigt seien, stellten die Mitglieder im September häufig.¹²⁶⁷ Ein offener Dialog mit den Ausreisewilligen könne Klärung bringen.¹²⁶⁸

¹²⁶² Vgl. z. B. Informationsbericht 42/89 vom 11.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 4.

¹²⁶³ Bericht des BV über die Parteiarbeit im Juli vom 9.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 10.

¹²⁶⁴ Informationsbericht 37/89 vom 10.7.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 3.

¹²⁶⁵ Informationsbericht 42/89 vom 11.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902.

¹²⁶⁶ Bericht des BV über die Parteiarbeit im August 1989 vom 5.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 7.

¹²⁶⁷ Vgl. z. B. Mitteilung des KV Ribnitz-Damgarten vom 11.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹²⁶⁸ Vgl. Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung vom 22.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 4.

Auch, wenn relativ wenig Informationen über den tatsächlichen Zustand an der Parteibasis und auf der niederen und mittleren Funktionärebene in den Quellen überliefert worden sind, lässt sich doch erahnen, dass es auch hinter den DBD-Kulissen rumorte. Darauf deutet auch der Wechsel an der Spitze des Bezirksvorstandes hin: Am 20.9. trat der bisherige Bezirksvorsitzende Senkpiel aus „gesundheitlichen Gründen“ von seinem Posten zurück.¹²⁶⁹ Sein Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter Günther Edler.

Während Edler und die Parteileitung sich auf der 8. Tagung des Parteivorstands im September 1989 anlässlich der Gründung der DDR weiterhin uneingeschränkt in der Ausübung selbstvergewissernder Rituale übten,¹²⁷⁰ förderte der eigentlich unspektakuläre Erlass einer neuen Beitragsordnung die bereits fortgeschrittene Diversion innerhalb der Parteimitgliedschaft zu Tage: Neben der Weigerung einiger Funktionäre, diese durchzusetzen und selbst einzuhalten, nahm die Anzahl der nichtzahlenden Mitglieder zu und erreichte im Bezirk Rostock sogar den DDR-weiten Höchststand. Bisher inaktive Mitglieder nahmen die Beitragserhöhung häufig zum Anlass für ihren Austritt.¹²⁷¹

Erst am Ende des Monats kam in den Grundeinheiten die Überzeugung auf, dass der Unmut der Bevölkerung auch aus den bestehenden Problemen in der DDR resultiert. Da diese jedoch nicht im Kreis oder im Bezirk, sondern nur auf Staatsebene gelöst werden könnten, sei eine Positionierung Maleudas vonnöten.¹²⁷² Diesen Handlungsdrang erkannten insbesondere die jüngeren Parteimitglieder¹²⁷³ und brachten viele Kreisfunktionäre damit an die Grenze des Erklärbaren.¹²⁷⁴

¹²⁶⁹ Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 20.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768.

¹²⁷⁰ Vgl. Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung vom 22.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 3 und Festrede Maleuda auf der 8. Tagung des Parteivorstands anlässlich der Gründung der DDR am 13.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/333.

¹²⁷¹ Im Bezirk Rostock verweigerten 106 Mitglieder die Beitragszahlung, insgesamt beläuft sich der Anteil der Zahlungsverweigerer auf 0,4 %. Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme bei der Durchsetzung der ergänzten Beitragsordnung vom 19.9.1989 SAPMO BArch, DY 60/3531, S. 7.

¹²⁷² Vgl. Bericht des KV Rügen an den PV vom 25.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹²⁷³ Zum Generationenkonflikt in der DBD siehe Kapitel 4.8. *Akteursgruppen: Jugend, Frauen und „Intelligenz“*.

¹²⁷⁴ Vgl. Information des BV zur politisch-ideologischen Situation n der DBD vom 22.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 2.

Bis Anfang Oktober festigte sich diese Mitgliedermeinung und die Forderungen nach einer Positionierung der Parteileitung und einer Reaktion der Staatsführung wurden massiv.¹²⁷⁵ Eine Stellungnahme Maleudas erfolgte am 10. Oktober in Form des offenen Briefes *„Im konstruktiven Dialog für Kontinuität und Erneuerung“*, den das *Bauern-Echo* abdruckte. Neben den üblichen rituellen Einleitungssätzen räumte er darin ein, *„dass hier und da noch einiges klemmt“* und dass die Ausreise von vielen Bürgern und einigen Parteimitgliedern schmerzlich sei. Er warb um mehr Engagement für einen attraktiven Sozialismus, für einen ehrlichen Dialog, Bürgernähe, Realitätssinn und Toleranz gegenüber denen, *„die sachlich darüber streiten“*. Wie üblich schloss Maleuda seinen Brief mit einem Treuebekenntnis an die SED und dem Gelöbnis, den 12. Parteitag der SED mit *„eigenständigen Beiträgen“* vorbereiten zu helfen.¹²⁷⁶

Obwohl die Mitglieder Maleudas Stellungnahme begrüßten, konnte sie die bestehenden Forderungen nach einer weiteren Profilierung der DBD, vertrauensbildenden Maßnahmen seitens der Parteileitung, einer authentischen Medienberichterstattung und der Behebung der bestehenden Probleme nicht aufheben. Vermehrt kam aber auch die Frage auf, warum die Staats- und Parteiführung überhaupt erst so spät reagiert habe, immerhin habe der Bezirksverband seit Jahren auf die Missstände aufmerksam gemacht.¹²⁷⁷ Doch in der *„Partei- und Staatsführung“* habe man *„nichts über die Lage unten“* wissen wollen. Daher sei die Mitgliedschaft zum Schweigen erzogen worden: *„Wenn man was gesagt hat, hatte man nur Nachteile“*.¹²⁷⁸ Diese Feststellung klingt eher nach Kritik denn nach Selbstkritik.

Den Rücktritt Honeckers kommentierten die Mitglieder als *„schmerzlich, aber notwendig, leider aber viel zu spät“*.¹²⁷⁹ Viele setzten die Erwartung in Krenz, jetzt die Wende nach dem Vorbild Gorbatschows einzuleiten.¹²⁸⁰ Ende Oktober konstatierte der Informationsbericht 66 jedoch, dass neben

¹²⁷⁵ Information über die Parteiarbeit im September vom 9.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 7–8.

¹²⁷⁶ Sekretariatsvorlage *Im konstruktiven Dialog für Kontinuität und Erneuerung* vom 10.10.1989, abgedruckt im *Bauern-Echo* am 13.10.89. SAPMO BArch, DY 60/3532.

¹²⁷⁷ Vgl. z. B. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des BV am 17.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768.

¹²⁷⁸ Bericht der SED-Kreisdienststelle Greifswald vom 1.10.1989, BStU, MfS BV Rostock, KD Gwd, Nr. 163, Bl. 117.

¹²⁷⁹ Informationsbericht 61/89 vom 20.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 1.

¹²⁸⁰ Vgl. Information des KV Bad Doberan vom 23.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

der Kritik an der Machtkonzentration Krenz' auch grundsätzliche Zweifel an dessen Eignung geäußert wurden: Er habe die entstandene Situation mit zu verantworten.¹²⁸¹ Zeitgleich wurde über ein bezeichnendes Ereignis an der Parteischule berichtet: Die Lehrgangsteilnehmer wurden von einem Vertreter der Parteileitung aufgefordert, ein Schriftstück zu unterzeichnen, in dem sie den „*eigenständigen und messbaren Beitrag der DBD zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR*“ bezeugen sollten. Als der Vertreter der Parteileitung den Teilnehmern auch auf Nachfragen kein Beispiel für diesen „*eigenständigen und messbaren Beitrag*“ nennen konnte, musste er unverrichteter Dinge wieder gehen.¹²⁸²

Allmählich wurde die Kritik der Mitglieder genereller: So stellte der Kreisverband Grevesmühlen fest, dass sie die „*Führungsrolle nicht in Frage stellen*“ wollen, aber eigenständiger darin wirken möchten.¹²⁸³ Das Gleichnis, die DBD wolle die „*SED als Bruder, nicht als Vater*“, ¹²⁸⁴ verdeutlicht die Neuinterpretation des Verhältnisses. Die Einberufung der 9. Tagung des Parteivorstands für den 14. November zollte der Bewegung an der Basis Tribut.¹²⁸⁵ Dennoch kann nicht von einer Synchronisierung zwischen Parteibasis und -führung gesprochen werden, eher von einem kurzzeitigen Verringern des Abstands: Das Präsidium des Parteivorstands bekannte sich auf seiner Sitzung am 2. November weiterhin zum Parteienbündnis unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und versprach aber eine weitere Profilierung, den Einsatz für einen ehrlichen Dialog unter Einbeziehung der Bürgerbewegung, die weitere Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, eine Programmdiskussion und effizienzsteigernde Wirtschaftsmaßnahmen.¹²⁸⁶

Die Avantgarde der Kreisverbände schritt bereits einen Tag später weiter voran und forderte die Loslösung von der SED, die Bestrafung von „*schlechten Funktionären*“ und den Rücktritt Maleudas. So auch Grevesmühlen. Hier stieß jedoch auch die Idee eines erneuerten Sozialismus

¹²⁸¹ Vgl. Informationsbericht 66/89 vom 31.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903.

¹²⁸² Bericht zur politischen Arbeit in der DBD vom 19.10.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 5120, Bl. 44.

¹²⁸³ Stellungnahme des KV Grevesmühlen nach der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 25.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196, S. 2.

¹²⁸⁴ Informationsbericht 66/89 vom 31.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903.

¹²⁸⁵ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 31.10.89, SAPMO BArch, DY 60/3533.

¹²⁸⁶ Vgl. Grundsätze der Arbeit der DBD im Prozess der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft, vorgestellt auf der 23. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstands am 2.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/874.

zum Teil schon auf Widerstände.¹²⁸⁷ Mit dieser Positionierung sind die Grevesmühlener Mitglieder ihren Bezirkskollegen voraus, denn im Bezirk Rostock forderte die Mehrheit der Mitglieder zu diesem Zeitpunkt noch, die Führungsrolle nur zu begrenzen und einzelne Kaderveränderungen im DBD-Präsidium vorzunehmen.¹²⁸⁸ Die Forderung nach einem Sonderparteitag, auf dem ein neues Parteiprogramm sowie ein neues Statut beschlossen werden sollte, kam erstmals am 7. November aus Greifswald¹²⁸⁹ und wurde schnell zur Mehrheitsmeinung. Welche Veränderungen auch auf dem DBD-Sonderparteitag beschlossen wurden, zeigt das folgende Kapitel.

4.3. Erneuerung: von alten Schläuchen und neuen Weinen

Die eigentliche Phase der Erneuerung schloss sich bei allen Parteien an die sich zuspitzenden Unmutsbekundungen und die zunehmende Ablehnung der Parteiführung an. Personelle, programmatische und strukturelle Veränderungen prägten diesen Zeitraum, der je nach Partei zwischen September und November 1989 begann und seinen Höhepunkt in den Sonderparteitagen im Dezember und Januar fand.

Die Erneuerung der LDP(D) erfolgte in zwei Phasen. Im Gegensatz zu den übrigen Parteien fand hier im Jahr 1989 eine weitgehend einmütige Neuprofilierung statt. Erst im Jahr 1990 divergierten die politischen Vorstellungen innerhalb der Parteigliederungen auch hier. Daher wird die Untersuchung des Erneuerungsprozesses der LDP(D) auch in diese zwei Etappen geteilt. Der Chronologie folgend, schließen sich die Ausführungen zur zweiten Erneuerungsphase der LDP(D) an die Untersuchungen der Erneuerung von CDU(D), NDPD und DBD an.

Bereits im Jahr 1988 hatte Gerlach anlässlich des 12. Parteitags der SED ein Reformprogramm mit folgenden Forderungen ausgearbeitet: eine am Markt orientierte Wirtschaftspolitik, freie Presse- und Medienlandschaft, Demokratisierung der politischen Praxis und tatsächliche Gewaltenteilung.¹²⁹⁰

¹²⁸⁷ Vgl. Informationsbericht des BV Rostock zur aktuell-politischen Lage vom 3.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹²⁸⁸ Vgl. z. B. „*Neue Vorschläge und Hinweise aus Briefen an den PV, die vor dem 5.11.1989 eingingen*“, vom 8.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201.

¹²⁸⁹ Vgl. Stellungnahme der Ortsgruppe Südstadt, KV Greifswald vom 7.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196.

¹²⁹⁰ Nach der Annahme dieser Leitlinien durch den Zentralvorstand bildeten sie die Grundlage für die Vorschläge an den 12. Parteitag der SED zur weiteren

Die Positionierung Gerlachs wurde bis September 1989 von nahezu allen Mitgliedern gelobt und als wegweisend empfunden.¹²⁹¹ Ungeachtet dessen hegten einige Mitglieder im Bezirk aber mittlerweile grundlegende Zweifel, ob die „entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR zur Lösung der Probleme und Bedürfnisse im Stande“ sei.¹²⁹²

Eine Ursache für die Zunahme des empfundenen Reformierungsdruckes sahen die Liberaldemokraten in der Ausreisebewegung. Beängstigt, zum Teil aber auch verständnisvoll, reagierten die Mitglieder auf die Republikflucht¹²⁹³ und forderten, die Ursachen für die Massenausreise nicht in der BRD, sondern in der DDR zu suchen. Der Kreisverband Bad Doberan fertigte Ende September unaufgefordert eine Analyse der Ausreiseursachen an, die überwiegend ideelle Missstände wie die Allmacht der SED, Scheindemokratie und Manipulationen, undemokratische Wahlen und den Zentralismus, die Deformierung der Blockparteien als Erfüllungsgehilfen und die Ohnmacht der Bürger als zentrale Ursachen auflistete.¹²⁹⁴

Die Nicht-Reaktion der SED-Führung werteten die Mitglieder der LDP(D) als Regierungskrise. Dass aus dieser jedoch nicht zwangsläufig eine Staatskrise werden müsse, betonten die Rostocker: Als Gegenleistung für das Fortbestehen ihrer konstruktiven Mitarbeit forderten sie allerdings eine Kooperation auf Augenhöhe. Die LDP(D) werde die DDR nicht in Frage stellen, „wenn die Führung unseres Vertrauens zu führen beginnen wird“,¹²⁹⁵ betonte der spätere Vorsitzende des BFD und Bundesminister für besondere Aufgaben Reiner Ortleb Mitte September.

Auf der Anfang Oktober stattfindenden außerordentlichen Beratung des Sekretariats des Zentralvorstands mit den Bezirksvorsitzenden skizzierte Gerlach folgendes Bild: Die DDR befände sich in einer Phase der Stagna-

Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Festigung der Staatsmacht und der Sicherung der sozialistischen Staates vom 14.7.1989. Siehe dazu Kapitel 3.2.2.2. *Die LDPD* dieser Arbeit. Vgl. Gerlach, Mitverantwortlich, S. 216f.

¹²⁹¹ Vgl. z. B. Schreiben Krüger an Gerlach vom 21.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33769.

¹²⁹² Informationsbericht August/September des BV an den ZV vom 14.9.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

¹²⁹³ Vgl. Informationsbericht Wismar, Anfang September 1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

¹²⁹⁴ Vgl. Analyse der Faktoren, die Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes bewegen, Bad Doberan vom 21.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 1–3.

¹²⁹⁵ Rede Ortleb (Vorsitzender Rostock-Stadt) am 27.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 2.

tion wie die UdSSR vor dem April-Plenum 1985 und stünde „am Rande explosiver, unlenkbarer Erschütterungen“, denen die „in höchstem Maße enttäuschende Rede Honeckers“ auf dem 40. Staatsjubiläum weiter in die Hände gespielt habe. Einzig die LDP(D) könne eine tatsächlich demokratische Reformierung der DDR in Gang setzen. Programmatische Eckpunkte seien dabei die Medienpolitik, Ausreisebestimmungen, das Verhältnis Staat-Kirche, die Förderung der Privatinitiative, eine bedarfsorientierte Produktion, eine autonome Volkskammer, getreue Umsetzung der Verfassung, eigenverantwortliche Parteien, neue Kaderpolitik und die generelle Durchsetzung des Leistungsprinzips. Die Hegemonie der SED tastete Gerlach jedoch nicht an.¹²⁹⁶

Zur Umsetzung seines Vorhabens verfolgte Gerlach einen semi-konspirativen Plan: Er werde die Vorschläge der LDP(D) am 13.10. an Honecker übergeben. Wenn keine Reaktion erfolgt, würde die LDP(D) eine außerordentliche Sitzung von Volkskammer und Block einberufen lassen und ihre Vorschläge veröffentlichen, um die SED zum Handeln zu zwingen. Diese „*Konspiration aus Verantwortung*“ müsse die LDP(D) nicht ängstigen: Der Botschafter der UdSSR habe Zustimmung signalisiert und ein mögliches Eingreifen der SU verneint. Auch ein Verbot bräuchte die LDP(D) nicht befürchten, „*weil wir kein Verfassungsgericht haben*“.¹²⁹⁷

Wolgast war einer der ersten Kreisverbände, der Mitte Oktober einen eigenen Programmvorschlag unterbreitete. Dieser beinhaltete mehr innerparteiliche und staatliche Demokratie, Leistungsorientierung, höhere Effizienz in der Produktion und mehr Eigenverantwortlichkeit für private Unternehmen.¹²⁹⁸ Die Bad Doberaner gingen bereits einen entscheidenden Schritt weiter und stellten fest: „*Solange die Führungsrolle ein Absolutum ist, ist keine positive Veränderung möglich*“.¹²⁹⁹ Auch die Geschichte und Verantwortlichkeit der eigenen Partei wurde zunehmend hinterfragt. So in Rostock-Land: „*Blieben die Fragen der Mitglieder und der Partei unbeantwortet, weil es die Staatsräson gebot? Diese (...) Existenzfragen unserer Partei hatten sich schon 1953 mehrere Parteifreunde gestellt, bevor sie*

¹²⁹⁶ Aussprache Gerlach auf der außerordentlichen Beratung des Sekretariats des ZV mit den Bezirksvorsitzenden und Abteilungsleitern des Sekretariats des ZV am 10.10.1989, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstandes, Nr. L3-675, S. 2–14.

¹²⁹⁷ Ebd.

¹²⁹⁸ Vgl. Brief des KV Wolgast an Gerlach vom 12.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 2–4.

¹²⁹⁹ Brief des KV Bad Doberan an Gerlach vom 12.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 2.

unsere noch junge Republik verließen“.¹³⁰⁰ Die Diskussionen um eine Reform der bestehenden Strukturen machte vor innerparteilichen Missständen nicht Halt. Als Reaktion auf die Kritik der Mitglieder legte der Zentralvorstand im Oktober einen Maßnahmenkatalog zur Erhöhung der innerparteilichen Demokratie und Attraktivitätssteigerung des Parteilebens vor.¹³⁰¹

Eine Schwächung der DDR hatten die Liberaldemokraten auch Mitte Oktober nicht im Sinn: Die Aufforderung zum offenen Meinungsstreit und einer größeren Profilierung der LDP(D) sahen die Mitglieder stets als Mittel, um der „Anziehungskraft neuer Gruppen zu begegnen“.¹³⁰² Alternativ schlug eine Wohngebietsgruppe aus Ribnitz-Damgarten vor, Aktivisten der außerparlamentarischen Opposition bei Nicht-Zulassung ihrer Organisationen ein politisches Heim zu bieten, um die eigene Position zu stärken.¹³⁰³ Ende September waren Fragen zum *Neuen Forum* erstmals aufgekommen.¹³⁰⁴ Obwohl einzelne LDP(D)-Mitglieder sich im Umfeld der Bürgerbewegung engagierten und wie ein Wismarer Mitglied sogar an der Entstehung des *Neuen Forums* mitwirkten,¹³⁰⁵ blieben offizielle Kontakte jedoch bis auf Weiteres aus.

Die Entbindung Honeckers, Mittags und Hermanns von ihren Ämtern am 17.10.1989¹³⁰⁶ begrüßten die Mitglieder und Funktionäre und schätzten die Einberufung des Blocks durch Krenz als richtiges Signal für die Bedeutung der befreundeten Parteien ein. Dass allerdings mit Krenz der

¹³⁰⁰ Referat auf der erweiterten Kreisvorstandssitzung Rostock-Land am 12.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33831, S. 2.

¹³⁰¹ Dieser sah regelmäßige Informationen über die Arbeit und Stimmung in den Grundeinheiten, Diskussionen von Beschlussvorlagen, die Gestaltung der Versammlungen zu Foren des Meinungsaustauschs, mehr Transparenz und Informationen über tagespolitische Ereignisse und eine Rechenschaftspflicht des ZV und des Sekretariats des ZV vor. Überlegungen zur weiteren Ausprägung der innerparteilichen Demokratie, Berlin Oktober 1989, ADL, Bestand Abteilung Sekretariat des ZV (Vorlagen), Nr. L8-1650.

¹³⁰² Überlegungen zur weiteren Ausprägung der innerparteilichen Demokratie, Berlin Oktober 1989, ADL, Bestand Abteilung Sekretariat des ZV (Vorlagen), Nr. L8-1650, S. 2.

¹³⁰³ Vgl. Resolution der Wohngebietsgruppe Körkwitz/KV Ribnitz-Damgarten vom 29.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 2.

¹³⁰⁴ Vgl. Zwischenbericht Bad Doberan vom 27.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 2.

¹³⁰⁵ Vgl. Abokat, Politischer Umbruch, S. 163.

¹³⁰⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des SED-Politbüros vom 17. Oktober 1989, SAPMO BArch, SED, ZK, J IV 2/2A/ 3247. Zitiert nach: Stephan/Küchenmeister, „Vorwärts immer“, S. 166.

Verantwortliche der Wahlfälschungen und ein Befürworter der Peking-
Ereignisse wieder die drei höchsten Ämter der DDR auf sich vereinte,
hielten die Liberaldemokraten für „überdenkenswert“.¹³⁰⁷

Damit waren die Personaldebatten jedoch nicht beendet. Ausgerechnet
aus dem bisher konformen Kreisverband Stralsund kam gegen Monats-
ende erstmals die Frage, ob denn die Spitzenfunktionäre der LDP(D) in
der Lage sind, „die Anforderungen nach Veränderungen überhaupt gesell-
schaftstheoretisch und praktisch umzusetzen.“¹³⁰⁸ Auf den unteren Ebenen
hatten personelle Veränderungen bereits eingesetzt. Im Kreis Wolgast
forderte ein Sekretariatsmitglied den Rücktritt des Kreisvorsitzenden
und des ersten Sekretärs, „wenn sie nicht mehr auf der Höhe der Dinge ste-
hen“. Da das Mitglied die Rückendeckung der übrigen Sekretäre hatte,
konnte es sich mit seiner Forderung durchsetzen.¹³⁰⁹

Anfang November brachten die Greifswalder mit dem Wunsch nach
sofortiger Fraktionsbildung, der Abschaffung der Betriebsgruppen der
SED, nach Einberufung einer Kreisdelegiertenkonferenz und dem Stellen
der Vertrauensfrage neue Aspekte in die Diskussion ein. Zudem hinter-
fragten sie die Verantwortlichkeit ihrer Parteileitung.¹³¹⁰ In der Forde-
rung, Partei- und Staatsämter zu trennen, die Rolle der SED neu zu be-
stimmen und einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, wusste
man sich im Bezirksverband bereits einig.¹³¹¹ Der Kreisverband Rostock-
Land brachte erstmals ein mögliches Ende des Blocks ins Gespräch: Die
Massenorganisationen sollten nicht länger als Mandatsträger fungieren
und der Block wäre ohnehin überflüssig, wenn die *Nationale Front* statt-
dessen die Koordinierungsaufgaben übernehme.¹³¹²

¹³⁰⁷ Auch die Fernsehansprache Krenz' wurde ob ihrer Wortwahl und die Adres-
sierung an „Genossen“ nicht als vertrauensbildend eingeschätzt. Schreiben
Krüger an das Sekretariat des ZV, Abteilung Parteivorstände vom 19.10.1989,
ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 1–3.

¹³⁰⁸ Protokoll des Sekretariats des KV Stralsund vom 23.10.1989, ADL, Bestand
Bezirk Rostock, Nr. 33805.

¹³⁰⁹ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Wolgast vom 30.10.1989, ADL, Bestand
Bezirk Rostock, Nr. 33807.

¹³¹⁰ Vgl. Protokoll der erweiterten Kreisvorstandssitzung Greifswald vom
7.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797.

¹³¹¹ Vgl. ebd.

¹³¹² Informationsbericht Rostock-Land vom 8.11.1989, ADL, Bestand Bezirk
Rostock, Nr. 33845.

Obwohl einige Kreise die Führungsrolle der SED mittlerweile gänzlich ablehnten und die Regierung als illegitim ansahen,¹³¹³ hielt der Bezirksverband weiterhin an seinen Ansichten von einer modifizierten der Rolle der SED fest: Die Arbeiterklasse sei die „*treibende Kraft im Sozialismus*“, aber Führung könne nicht beansprucht, sondern nur erworben werden.¹³¹⁴ Forderungen nach einer Abkehr vom Sozialismus nahm auch das MfS Anfang November nur selten aus den Reihen der LDP(D) wahr.¹³¹⁵

Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November überraschte auch die Führung der LDP(D). Sie kritisierte diese Maßnahme, da sie befürchtete, die Öffnung der Grenzen würde die Stabilität der DDR gefährden.¹³¹⁶ Einzelne Kreisverbände wie Wismar hatten bereits bei der Ankündigung des neuen Reisegesetzes die sorgenvolle Befürchtung geäußert, dass „*dann noch mehr Menschen gehen werden*“.¹³¹⁷ Die Öffnung der Mauer löste hier keine ungetrübte Freude aus.

Am 15. November forderte die LDP(D) gegen den Widerspruch der drei anderen Parteien¹³¹⁸ öffentlich, den Führungsanspruch der Arbeiterklasse und ihrer Partei aus der Verfassung der DDR zu streichen, was am 1. Dezember auch geschehen sollte. Als breitenwirksames Signal an die Bevölkerung und die Mitglieder aller Blockparteien gestand die neue Regierung unter Modrow der LDP(D) vier Ministerposten und Gerlach das Amt des stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden zu, nachdem dieser die Wahl zum Volkskammerpräsidenten am 13. November gegen Maleuda (DBD) verloren hatte. Gerlach sah in diesem Kooperationsangebot der SED die Chance, die DDR gemeinsam mit der Krenz-SED nach den am 17. November entworfenen *Leitsätzen der LDP(D)* reformieren zu können.¹³¹⁹ Gerlachs Position blieb in den nächsten Wochen unverändert.

¹³¹³ Unter anderem forderte Rostock-Stadt den Rücktritt der Regierung und freie Neuwahlen. Brief Rostock-Stadt an Gerlach vom 7.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

¹³¹⁴ Standpunkte des Bezirksvorsitzenden Rostock an alle Kreissekretäre vom 6.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33794.

¹³¹⁵ Information über einige beachtenswerte Aspekte zur aktuellen politischen Lage in den befreundeten Parteien vom 2.11.1989, MfS ZAIG, Nr. 3759, Bl. 16.

¹³¹⁶ Vgl. Walter, Frühling, S. 19.

¹³¹⁷ Informationsbericht Wismar vom 2.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880, S. 2.

¹³¹⁸ Vgl. Walter, Frühling, S. 21.

¹³¹⁹ Vgl. Bogisch, Staatskrise, S. 35. Dagegen behauptete der NDPD-Vorsitzende Hartmann, nur die Programmausführungen der Nationaldemokraten hätten Krenz bei der Anfertigung seiner Regierungserklärung vorgelegen. Rede Hartmann auf 6. Hauptausschusstagung am 28.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/6363, S. 4.

Zwar beendeten die Liberaldemokraten am 4. Dezember jegliche Mitarbeit im *Demokratischen Block* und in der *Nationalen Front*, dennoch übernahm Gerlach nach dem Rücktritt von Krenz interimsmäßig den Staatsratsvorsitz und war somit bis März 1990 das Staatsoberhaupt der DDR. Die Gleichzeitigkeit von politischer Opposition und der Ausführung des höchsten Staatsamtes brachte nur schwer lösbare Spannungen mit sich und war für viele Mitglieder inakzeptabel. Obwohl einige Mitglieder sich über Gerlachs Ernennung zum Staatsratsvorsitzenden freuten, hatte das Eintreten für eine konsequente Trennung von Partei- und Staatsfunktionen eigentlich schon seit Mitte Oktober zu den üblichen Forderungen gehört.¹³²⁰

Ab Mitte November 1989 lässt sich auch bei den Liberaldemokraten eine große inhaltliche Kluft zwischen der Basis und der Parteiführung erkennen.¹³²¹ Neben der Loslösung von der SED, einer Stellungnahme zu den Kommunalwahlen im Frühjahr 1989, einer neuen Satzung sowie freien und geheimen Wahlen für das Jahr 1990 forderten die Mitglieder nun die Aufgabe des Sozialismus,¹³²² was von allen Punkten am wenigsten mit den Zielen der Parteiführung zu vereinbaren war. Während Mitglieder des Sekretariats und Gerlach den Aufruf *Für unser Land*¹³²³ unterzeichneten, stellten sich die ersten Bezirksvorsitzenden demonstrativ hinter die *Öffentliche Antwort*, die einer reformierten DDR keine Chance mehr gab.¹³²⁴

Angesichts der gravierenden Ereignisse der letzten Wochen mehrten sich im November pessimistische und resignative Tendenzen im Bezirksverband Rostock. Gleichzeitig erhöhte sich aber auch die Teilnahmequote der Parteiveranstaltungen und manche Mitglieder wählten die LDP(D) kurzzeitig als neue Führungspartei.¹³²⁵ Den Forderungen der Mitglieder kam der Bezirksverband trotz ähnlicher Standpunkte nur teilweise entgegen: Das Vorziehen des Parteitags vor das Jahr 1991 war Ende No-

¹³²⁰ Vgl. z. B. Brief der Wohngebietsgruppe Warnemünde an Gerlach vom 19.10.1989, ADL, Bestand Sekretariate des ZV, Nr. L7-111.

¹³²¹ So durften das *Neue Forum* und andere Institutionen der Bürgerbewegung im LDP(D)-Organ *Der Morgen* veröffentlichen. Siehe: Bogisch, Staatskrise, S. 32.

¹³²² Vgl. Walter, Frühling, S. 22.

¹³²³ Siehe dazu: Borchert, K. (Hg.): „Für unser Land“: Eine Aufrufaktion im letzten Jahr der DDR, Frankfurt am Main 1994.

¹³²⁴ Vgl. Bogisch, Staatskrise, S. 41.

¹³²⁵ Vgl. Protokoll der erweiterten Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 7.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797, S. 3.

vember noch nicht vorgesehen, dafür sollten die Kreisvorstände neu gewählt werden.¹³²⁶

Bis zur 8. Zentralvorstandssitzung der Liberalen Mitte Dezember hatte der Druck der Bevölkerung, der LDP(D)-Basis und ihres neugegründeten Jugendverbandes Jungliberale Aktion (JuliA) so stark zugenommen, dass sich die Führung nun für die Abkehr vom Sozialismus aussprach und dies in die neue Satzung aufnahm. Damit einhergehend, wurde auch der bis Anfang Dezember beibehaltene Anspruch auf die staatliche Souveränität der DDR aufgegeben und sich zu einer schrittweisen Vereinigung beider deutscher Staaten als Kompromisslösung zwischen den Parteilagern bekannt.¹³²⁷ Für den 9. und 10. Februar 1990 wurde nun doch ein Sonderparteitag der Liberalen angesetzt. Auf diesem sollten eine neue Programmatik und eine neue personelle Ausrichtung beschlossen werden. Damit ließ sich die LDP(D) mit der internen Erneuerung knapp zwei Monate mehr Zeit als die CDU(D). Nach Umfragen zur Wahlentscheidung wurde sie dafür mit dem Rückgang ihres Rückhaltes in der Bevölkerung von 23 % auf 3 % in der Zeit von Ende November bis zum Sonderparteitag im Februar 1990 bestraft.¹³²⁸

Im Gegensatz zu den Christdemokraten und trotz des Drucks der Basis und der Bonner Liberalen, mit denen man seit Ende Oktober Kontakte pflegte, blieb die LDP(D) ein Teil der Regierung Modrow.

Im Bezirk Rostock begann der Dezember mit einem Paukenschlag: Ausgelöst durch die Entdeckungen in Kavelstorf forderte der Kreisverband Rostock-Stadt die Einberufung des Kreistages, den Rücktritt des Rates des Kreises und eine „*konsequente strafrechtliche Verfolgung aller Verantwortlichen*“.¹³²⁹ Greifswald legte nach: Die SED schinde durch Endlosdiskussionen Zeit und die LDP(D) warte nur ab, wodurch sie ihren einstigen Reformvorsprung verspielt habe. Nur mit konkreten Zielen könne man das Volk derzeit erreichen, darum brauche die LDP(D) noch in diesem Jahr ein Programm. Zentrale Eckpunkte sollten eine Bildungsreform und ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft sein. Kontakte zur

¹³²⁶ Vgl. Protokoll der Beratung des Sekretariat des BV vom 30.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33757.

¹³²⁷ Vgl. Walter, Frühling, S. 24.

¹³²⁸ Vgl. ebd., S. 38.

¹³²⁹ Erklärung des Kreissekretariats Rostock-Stadt vom 4.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834.

FDP könnten den Selbstfindungsprozess ebenso beschleunigen wie ein wünschenswerter Konkurrenzkampf zwischen den Parteien.¹³³⁰

Bis zum Ende des Monats Dezember hatten sich die Forderungen aus den beiden Rostocker Kreisverbänden, Greifswald und Wismar mehrheitlich durchgesetzt. Dennoch trieben diese Vorreiter die Entwicklung weiter an: Während Rostock-Land Mitte Dezember eine neue Gesellschaftsordnung und völlige Gewerbe- und Tariffreiheit forderte,¹³³¹ bekannte sich die Kreissekretärin aus dem dazugehörigen Stadtkreis zu Gerlachs Aussagen zur deutschen Einheit¹³³² und markierte damit den Startpunkt für Diskussionen um das Ende der DDR in Rostock.

Bereits in den letzten zwei Monaten des Jahres 1989 zeichnete sich ab, dass einige Kreisverbände entweder nicht mehr berichteten oder ihre Tätigkeit weitgehend einstellten. Auch die Vorbereitungen zum Sonderparteitag am 9. und 10. Februar mobilisierten nicht mehr alle Mitglieder.

Die LDP(D) hatte sich durch ihren Vorsitzenden in den 1980er Jahren bei den Bürgern den Ruf einer Reformpartei erarbeitet. Dass Gerlach auch im November 1989 angesichts der Bürgerbewegung und der unbelasteten neuen Organisationen noch als authentischer Reformler galt, verdeutlicht die Tatsache, dass er im Gegensatz zu den Rednern der SED auf der größten Demonstration in Berlin am 4.11.1989 nicht ausgebuht, sondern beklatscht wurde.¹³³³ Bei aller geäußerten Kritik am System der DDR muss man aber hinzufügen, dass Gerlach weder das Ende des Sozialismus, noch das der DDR einläuten wollte, sondern beides gemeinsam mit der SED zu reformieren gedachte. So unterstützte die LDP(D) die Wahl von Krenz zum Nachfolger Honeckers, obwohl es einige Enthaltungen und Gegenstimmen gab. Damit vertat sie die Chance, sich selbst als konsequente Reformpartei in Szene zu setzen und büßte durch ihren vermittelnden Kurs zwischen SED und Bürgern zunehmend an Ansehen ein.

Anders als bei den anderen Parteien hatten Basis und Führung der LDP(D) zumindest bis Ende Oktober 1989 weitgehend identische Vorstellungen. Bis zur Wahl Krenz' war die Parteiführung der LDP(D) tat-

¹³³⁰ Vgl. Offener Brief des KV Greifswald an Gerlach vom 13.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

¹³³¹ Vgl. Schreiben des Kreissekretärs Rostock-Land an Gerlach vom 19.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

¹³³² Vgl. Schreiben der Kreissekretärin Rostock-Stadt an Gerlach vom 19.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834.

¹³³³ Vgl. Lindner, Demokratische Revolution, S. 97.

sächlich das Sprachrohr der Mitglieder. Erst danach setzte auch hier die Entfremdung zwischen Basis und Führung ein.

Das erzwungene Abtreten Göttings Anfang November markiert den Beginn der Erneuerungsphase der **CDU(D)**. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden fiel die Akzeptanz des Führungsanspruch der SED endgültig: „*Sie hat ihn aus heutiger Sicht nie und erst recht nicht jetzt verdient*“, urteilte der Kreisverband Rügen und hielt auch die „*Veränderung der staatlichen Grundstrukturen*“ für notwendig.¹³³⁴ Andere Kreise forderten einen Volksentscheid über die Rolle der Partei der Arbeiterklasse.¹³³⁵ Ganz anders in Stralsund: Hier freute man sich über das „*neue Vertrauensverhältnis im Block*“ und fühlte sich an die gute Zusammenarbeit von „*ganz früher*“ erinnert, als jede Partei die Blocksitzungen noch in ihren eigenen Räumlichkeiten ausgerichtet hatte.¹³³⁶ Der ersten Woche ohne Götting folgte schnell die Erkenntnis, dass er nicht das alleinige Problem gewesen sei, sondern der Rest des Vorstandes weiterhin schweige. Nach der Veröffentlichung des Positionspapiers hatte man sich eigentlich eine gute Ausgangslage erarbeitet, danach kam nichts mehr: „*Haben die Abgeordneten nichts zu sagen?*“, fragte ein Grevesmühlener Mitglied den Vorstand.¹³³⁷ Teile des Bezirksverbandes schätzten die aktuelle Situation ähnlich ein und fragten, ob die eigene Parteiführung „*noch in der Lage ist, die Wende zu gestalten?*“¹³³⁸

Bereits am 10.11.1989 wurde der Hauptvorstand neu gewählt und der designierte neue Vorsitzende Lothar de Maizières bestätigt. Das MfS schätzte diese Personalentscheidung als weitere Stärkung des kirchlichen Einflusses auf die CDU(D) ein.¹³³⁹ Der erzwungene Rücktritt Göttings und die Wahl de Maizières zu dessen Nachfolger stellten die Weichen für einen neuen Kurs der CDU(D), der auf eine aktive Umgestaltung der Verhältnisse in der DDR und eine Annäherung an die westdeutsche Schwesterpartei hinauslief. Zwar trat die CDU(D) wie die LDP(D) in die

¹³³⁴ Informationsbericht des KV Rügen vom 5.11.1989, ACDP 03-043-032/5.

¹³³⁵ Vgl. z. B. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grimmen am 8.11.1989, ACDP 03-043-045/2, S. 2 und Protokoll zur Beratung mit Abgeordneten der SVV Grevesmühlen am 9.11.1989, ACDP 03-043-089/3, S. 2.

¹³³⁶ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 3.11.1989, ACDP 02-253-001/3, S. 2.

¹³³⁷ Schreiben des Kreissekretariates Grevesmühlen an den HV vom 7.11.1989, ACDP 03-042-040/4.

¹³³⁸ So ein Mitglied des Bezirksvorstandes auf der Kreisvorstandssitzung Grimmen am 8.11.1989, ACDP 03-043-045/2, S. 2.

¹³³⁹ Zum Stimmungsbild in der VK-Fraktion und der Wahl de Maizières siehe: Bericht der ZAIG über die VK-Sitzung am 3.11.1989, BStU, MfS 3750, Bl. 23–25.

Übergangsregierung Modrow ein, verließ jedoch den Block noch Ende November: Auf der letzten Blocksitzung am 28.11.1989, deren turnusmäßiger Vorsitz der CDU(D) zufiel, beantragte de Maizière bereits die Auflösung des Gremiums. Alle anderen Mitglieder lehnten seinen Vorstoß ab.¹³⁴⁰ Mit ihrem Austritt leitete die CDU(D) dennoch dessen Ende ein.

Die personelle Erneuerung blieb vorerst aber auf den Parteivorstand beschränkt: Dem Rostocker Bezirksverband wurde bereits zwei Tage zuvor mit 22 Ja-Stimmen von 24 Anwesenden das Vertrauen ausgesprochen, wenngleich diese auf die weitere Durchsetzung innerparteilicher Demokratie drangen.¹³⁴¹ Die in den Kreisen gestellten Vertrauensfragen endeten ähnlich gut. Kurios war die Situation jedoch in Grevesmühlen: Die offene Abstimmung beantworteten nur zwei der Anwesenden mit „Ja“, der Rest enthielt sich. Damit wurde das Vertrauen als ausgesprochen gewertet.¹³⁴² In der Grevesmühlener Volksvertretung war die Phase des personellen Übergangs ebenfalls schwierig: So war der Rücktritt des Rat des Kreises zwar gewollt, da es aber keine Nachfolgekandidaten gab, blieben die alten Mitglieder im Amt.¹³⁴³

Die Berliner Ereignisse wurden vergleichsweise wenig kommentiert. Während in der Hauptstadt Entscheidungen von großer Tragweite getroffen wurden, war man in Rostock mehr mit sich, den bezirklichen Strukturen und der Neubesetzung von Kreisämtern beschäftigt. So wurde die Öffnung der Mauer zum Beispiel in nur einem Bericht erwähnt.¹³⁴⁴ Die Wahl de Maizières nahm die Mitgliedschaft positiv auf und sprach ihm das Vertrauen aus. Verbunden wurde dies häufiger mit dem Wunsch, dass die Kirche sich nun wieder ihren unpolitischen Aufgaben widmen möge.¹³⁴⁵ In Rostock waren die dominierenden Themen die

¹³⁴⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll der Blocksitzung am 28.11.1989, SAPMO BArch, DY 30, vorl. SED, Nr. 40745, Bd. 2, S. 1–56, hier S. 3.

¹³⁴¹ Vgl. Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 8.11.1989, ACDP 07-011-3871, S. 2.

¹³⁴² Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 13.12.1989, ACDP 02-240-002/1.

¹³⁴³ Die 8. Tagung des HV hat am 22.11.1989 einen Untersuchungsausschuss gebildet, der die Finanzgebaren Götting's untersuchen sollte. Vgl. Protokoll der 8. Tagung des HV am 22.11.1989, ACDP 03-010-3907.

¹³⁴⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 13.11.1989, ACDP 03-043-043/1.

¹³⁴⁵ Vgl. z. B. Brief eines Mitgliedes aus Greifswald vom 18.11.1989, ACDP 07-011-3658 und Informationsbericht des KV Greifswald vom 10.11.1989, ACDP 07-011-3826.

gewünschte Fraktionsbildung in den Kommunalvertretungen, die Einberufung von Sonderkreistagen, die Gründung eines eigenen Jugendverbandes, der Einsatz für Neuwahlen nach einem neuen Wahlgesetz, die Zusammenarbeit mit dem *Neuen Forum*¹³⁴⁶ sowie die Aufarbeitung der eigenen Parteiengeschichte und die Veruntreuung von Parteigeldern durch Götting, die nach dessen Rücktritt öffentlich geworden war.¹³⁴⁷

Trotz des alten Personals gestaltete der Kreisverband Grevesmühlen die inhaltlich-programmatische Neuausrichtung der Partei sehr aktiv mit und unterbreitete beständig seinen Forderungskatalog: „*Wahlen bis Sommer 1990, bevor sich die SED wieder profiliert, Verfassung durch Volksentscheid, neues Parteien- und Wahlgesetz, Auflösung der Partei- und Kampfgruppen in den Betrieben, Ermöglichung der Kontrolle von polizeilichen Übergriffen, Einziehung des Vermögens Privilegierter, Wiedereinführung des alten Parteiabzeichens und christlicher Feiertage*“.¹³⁴⁸ Neben der bereits angekündigten Sozialismus-Debatte mehrten sich ab Ende November Stimmen, die auch eine wirtschaftliche und politische Westöffnung der Partei erwarteten. Einige Kreisverbände hatten bereits Kontakt zu den Gruppierungen ihrer Schwesterpartei aufgenommen.¹³⁴⁹

Scheinbar hat es in der Interimsphase unter Heyl starke Seilschaften und undurchsichtige Intrigenspiele im alten Hauptvorstand gegeben, die sich gegen den neuen Vorsitzenden de Maizière richteten. Auf der Klausurtagung in Burgscheidungen Ende November konnte dieser sich und seine angestrebte Profilierung der Christdemokraten nur unter Rücktrittsdrohungen gegen die Machenschaften seiner internen Kontrahenten durchsetzen.¹³⁵⁰ In dem neuen Programmpapier „*Positionen der CDU zu*

¹³⁴⁶ Allen voran machte sich hier Greifswald stark und hielt regelmäßige Treffen mit Vertretern der Bürgerbewegung ab, erwog die Übergabe von Mandaten an das Forum sowie die Bereitstellung von Kapazitäten in der Parteipresse und der Nutzung der eigenen Räumlichkeiten. Protokoll der Zusammenkunft des Kreissekretariats Greifswald mit Vertretern des Neuen Forums am 20.11.1989, ACDP 03-043-045/6.

¹³⁴⁷ Vgl. Protokoll der 8. Tagung des Hauptausschusses am 22.11.1989, ACDP 07-010-3907, S. 2.

¹³⁴⁸ Informationsbericht des KV Grevesmühlen an den HV vom 30.11.1989, ACDP 07-011-3826.

¹³⁴⁹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Wismar vom 5.12.1989, ACDP 02-244-018/3, S. 2 und Protokoll der Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten vom 4.12.1989, ACDP 02-239-005/3.

¹³⁵⁰ De Maizière wirft Heyl auch vor, Krenz ohne vorherige Absprache mit ihm als neuen Parteivorsitzenden zur Wahl zum Staatsratsvorsitzenden vorgeschlagen und gewählt zu haben. Interessante Hintergründe zu den internen Macht-

Gegenwart und Zukunft“¹³⁵¹, sprach sich de Maizières für einen demokratischen, humanistischen und christlichen Sozialismus und ein gemeinsames europäisches Haus aus und skizzierte damit die Diskussionsgrundlage für den Sonderparteitag *Erneuerung und Zukunft* am 15. und 16. Dezember 1989. Hier stellte die CDU(D) ihre programmatische, personelle und strukturelle Neuausrichtung vor. Noch im Vorfeld des Parteitages hatte die CDU(D) in ihrer Tageszeitung *Die Zeit* das zweite Positionspapier *Gemeinsam Handeln – Angebot der CDU* veröffentlicht, in dem sie sich zu ihrer Mitverantwortung für die Politik der SED bekannte.¹³⁵² Erst jetzt war der Weg frei für eine neue Politik: Die Maxime des Christlichen blieb, wenn auch ihre Gewichtung auf dem Parteitag diskutiert wurde.¹³⁵³

Gegen die Vorstellungen des Hauptvorstandes und de Maizières forderten rangniedere Mitglieder erfolgreich, auf den Begriff Sozialismus oder eine Bezugnahme darauf fortan zu verzichten. Das Bekenntnis zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und zu einer parlamentarischen Demokratie rundete die neue Westorientierung ab. Trotz seiner guten Beziehungen zu Gregor Gysi, der parallel zum Sonderparteitag der CDU(D) zum neuen Vorsitzenden der SED-PDS¹³⁵⁴ gewählt wurde,¹³⁵⁵ lehnte de Maizières eine erneute Koalition mit der SED-PDS prinzipiell ab. Unabhängig von seiner persönlichen Neigung wäre das Gegenteil vermutlich auch nicht akzeptiert worden. Anders als es im Positionspa-

kämpfen kann man in der Autobiographie de Maizières nachlesen. De Maizières, Ich will, dass..., S. 52–71.

¹³⁵¹ Siehe: <https://www.nd-archiv.de/artikel/1956514.positionen-der-cdu-zu-gegenwart-und-zukunft.html> (eingesehen am 7.12.2015 um 7:11 Uhr).

¹³⁵² Vgl. *Gemeinsam Handeln – Angebot der CDU* in Belwe, K./Reuter, U. (Hg.): Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989, Bonn 1989, S. 106.

¹³⁵³ Referat Lothar de Maizières auf dem Sonderparteitag, abgedruckt in: Geschäftsstelle des Parteivorstandes (Hg.): *Erneuerung und Zukunft. Positionen zum CDU-Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin* (CDU-Texte 1/90), Berlin 1990. ACDP VII-011-3902.

¹³⁵⁴ Den Doppelnamen SED-PDS trug die Partei nur zwischen dem Sonderparteitag im Dezember und dem 4. Februar 1990, danach verzichtete sie auf das Kürzel *SED*.

¹³⁵⁵ Der Sonderparteitag der SED fand in zwei Abschnitten am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 statt. Zur personellen, inhaltlichen und strukturellen Erneuerung der SED siehe: Booß, C.: Der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989, in: *Deutschland-Archiv* 42 (2009), S. 993–1002.

pier zuvor verkündet wurde,¹³⁵⁶ erklärte de Maizière die Vereinigung beider deutscher Staaten – im Zuge einer neuen Friedensordnung Europas – auf dem Sonderparteitag zum Ziel christdemokratischer Politik, obwohl er selbst eher Jakob Kaisers Idee eines neutralen Deutschlands als Brücke zwischen Ost und West teilte.¹³⁵⁷ In der Sozialismus-Debatte versuchte de Maizière zu vermitteln und bot beiden Flügeln einen Kompromiss an: Zwar sei das Wort wegen des Bezugs zum Stalinismus, der Diktatur und des Volksbetruges nicht mehr zu verwenden, aber „*die Ideale von 150 Jahren Arbeiterbewegung (...), die mit ihnen verbundenen Hoffnungen, die von den regierenden kommunistischen Parteien (...) so schmachlich enttäuscht worden sind*“, seien Grund dafür, dass vielen Mitgliedern „*dieser Begriff auch heute noch wichtig ist*“.¹³⁵⁸ Mit der christlich-sozialen Prägung nahm die erneuerte CDU(D) bewusst auf die Parteigründung Bezug. Möglicherweise ist hierin gleichsam ein Angebot an die Bundes-CDU zu sehen, zu den gemeinsamen Wurzeln zurückzukehren.

De Maizière wurde von der breiten Mitgliedschaft und dem Apparat im Amt bestätigt. Drei der vier Initiatoren des Weimarer Briefes nahmen ebenfalls Posten im neuen Vorstand ein. In dem 83-köpfigen Führungsgremium waren auch fünf Rostocker vertreten.¹³⁵⁹ Die neuen Vorstandsmitglieder waren vor dem Dezember 1989 – abgesehen von einigen Bezirksvorstandsmitgliedern – alle auf der unteren Parteiebene oder innerhalb kirchlicher Strukturen engagiert und stellten somit eine neue und tatsächlich wenig belastete Führungsmannschaft dar.¹³⁶⁰

Im Bezirk Rostock meldeten einige Kreisverbände ab Anfang Dezember steigende Austrittszahlen, die nach dem Sonderparteitag zwar zunahmen, aber zu einem großen Teil noch durch Neuzugänge kompensiert

¹³⁵⁶ Das Ziel der Deutschlandpolitik der CDU war in der ersten Dezieberhälfte 1989 noch die Konföderation beider deutscher Staaten. Belwe/Reuter, Dokumentation, S. 106.

¹³⁵⁷ Vgl. Richter, Die Blockpartei, S. 125.

¹³⁵⁸ Referat Lothar de Maizière auf dem Sonderparteitag, abgedruckt in: Geschäftsstelle des Parteivorstandes (Hg.): Erneuerung und Zukunft. Positionen zum CDU-Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin (CDU-Texte 1/90), Berlin 1990. ACDP 07-011-3902, S. 5–24.

¹³⁵⁹ Dr. Günther Krause (Vorsitzender des KV Bad Doberan), Prof. Hans-Günther Leder (Greifswalder Theologe), Wolfgang Neumann (ebenfalls aus Greifswald), Eckhardt Rehberg (aus Ribnitz-Damgarten) und Gabriele Schmidt (aus Rostock-Stadt).

¹³⁶⁰ Vgl. Übersicht über den neuen Parteivorstand, in: Geschäftsstelle des Parteivorstandes (Hg.): Erneuerung und Zukunft. Positionen zum CDU-Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin (CDU-Texte 1/90), Berlin 1990. ACDP 07-011-3902, S. 25–31.

werden konnten. So war am Ende des Jahres 1989 nur ein absoluter Abgang von 117 Mitgliedern zu verzeichnen, wobei die Kreise Ribnitz-Damgarten, Wismar und Rügen ihren Mitgliederstand gegenüber dem Vorjahr sogar leicht erhöhen konnten.¹³⁶¹ Mit einem Verlust von 1,5 % waren Rostock und Neubrandenburg die Bezirksverbände mit dem geringsten Mitgliederschwund,¹³⁶² was wohl auch an der öffentlichkeitswirksamen Aufdeckung des IMES-Waffenlagers in Kavelstorf gelegen hat, an der das CDU(D)-Organ *Demokrat* mitwirkte und ausführlich berichtete.¹³⁶³

Die einsetzende und nach dem Sonderparteitag zunehmende Fluktuation war einerseits ein Indiz für den Glauben der Mitglieder und der Bevölkerung an die Gestaltungskompetenz der Christdemokraten, offenbarte andererseits aber auch den Bruch ehemaliger Mitglieder mit ihrer Partei. Die Parteiaustritte müssen sowohl als Protest gegen den zu langsamen Erneuerungsprozess als auch gegen die Abkehr von etablierten Positionen insgesamt gedeutet werden.

Im Gegensatz zur Parteiführung hatte die Basis der **NDPD** den Herbst 1989 durchaus als Chance zur Reformierung und mehr Eigenständigkeit erkannt. Der Vorsitzende der NDPD demonstrierte jedoch noch am Tag nach Honeckers Rücktritt den öffentlichen Schulterschluss.¹³⁶⁴ Forderungen nach Homanns Abdankung kamen daher ab Mitte Oktober aus fast allen Rostocker Kreisverbänden¹³⁶⁵ und auch vom Rostocker Bezirksvor-

¹³⁶¹ Den 7.761 CDU(D)-Mitgliedern am 31.12.1988 standen 7.644 Mitglieder am 31.12.1989 gegenüber. Mitgliederstände in Relation 1988/89: Ribnitz-Damgarten 102,6 %, Wismar 100,5 % und Rügen 100,4 %. Die Verlierer sind: Rostock-Stadt 95,3 %, Grevesmühlen 95,5 % und Grimmen 97,6 %. Siehe: Analysen des statistischen Jahresberichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1990 vom 29.1.1990, ACDP 03-043-021/1. Zur Analyse der Mitgliederbewegung siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹³⁶² Mit einem Mitgliederverlust von 9,9 % nahm Frankfurt/Oder mit Abstand die Spitzenposition in diesem CDU(D)-Ranking ein, gefolgt von Leipzig (5,3 %) und Potsdam (5 %). Statistischer Jahresbericht für das Jahr 1989 vom 25.1.1990, ACDP 07-011-5586.

¹³⁶³ Vgl. Informationsbericht des Bezirksverbandes an den Hauptvorstand vom 15.12.1989, ACDP 03-043-038/1.

¹³⁶⁴ Vgl. Aufmacher der National-Zeitung vom 19.10.1989, S. 1f.

¹³⁶⁵ Vgl. z. B. Inhaltliche Positionsbestimmung des KV Greifswald vom 1.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 43–45 oder Schreiben des KV Wismar an den Hauptausschuss der NDPD vom 31.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 101.

stand.¹³⁶⁶ Der Druck zeigte Wirkung: Homann wurde am 2.11. zum Rücktritt gezwungen. Ausschlaggebend für dessen geringen Widerstand gegen seine Absetzung war wohl, dass ihm auch enge Vertraute aus den Reihen des Hauptvorstandes eine Abdankung nahelegten.¹³⁶⁷

Trotz verhaltener Proteste aus der Mitgliedschaft¹³⁶⁸ wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende und Sekretär für Parteiorganisation Günther Hartmann zum Nachfolger ernannt.¹³⁶⁹ Damit vollzog sich nun auch formal ein Prozess, der sich schon Jahre zuvor angedeutet hatte: Die wesentlich größere Präsenz innerhalb der Partei und die richtungsgebenden Impulse¹³⁷⁰ wurden schon seit Mitte der 80er Jahre von Hartmann gesetzt, während Homann eher repräsentative Aufgaben erfüllte. Der neue NDPD-Vorstand unter Hartmann verweigerte die weitere Anerkennung der führenden Rolle der SED auf der 6. Hauptaussschusstagung am 7. November 1989 und distanzierte sich vom Begriff Sozialismus: Die korrupte SED-Führung habe die Idee missbraucht.¹³⁷¹

Hartmann war bemüht, der entstandenen Kluft zwischen Führung und Basis durch seine Grundsatzschrift *Mit einer erneuerten NDPD für die Erneuerung des Sozialismus in der DDR* entgegenzuwirken. Er setzte eigene Impulse und vertrat eine reformsozialistische Position. Anfänglich war er damit auch erfolgreich. So vermeldeten einzelne Bezirksverbände, dass die Austritte abnahmen und sogar Neueintritte verzeichnet wür-

¹³⁶⁶ Vgl. Protokoll der Sondersitzung des Bezirksvorstandes Rostock am 1.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 143.

¹³⁶⁷ Bereits am 24.10.1989 wurde Homann darüber informiert, reagierte aber unverständlich. Bericht zu einem Gespräch mit einer zuverlässigen Quelle aus dem zentralen Vertragsgericht vom 24.10.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 18776, Bl. 14–15.

¹³⁶⁸ Bereits Ende Oktober wurde in einigen Zuschriften auch der Rücktritt der Stellvertreter Homanns gefordert. Z. B. Brief eines Kreisausschussvorsitzenden der Nationalen Front vom 28.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2754.

¹³⁶⁹ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 55.

¹³⁷⁰ Neben seinen Aufgaben als Sekretär für Parteiorganisation war Hartmann der Kristallisationspunkt zwischen den Parteiebenen. Er hielt einleitende Referate auf Sitzungen, beschloss Schulungs- und Maßnahmenpläne und aktuellpolitische Aufgaben, überprüfte die Umsetzung der Präsidiumsvorgaben und war damit die Schaltstelle für die ideologische Arbeit in der NDPD. Es ist davon auszugehen, dass er wesentlich besser über den Zustand der Partei informiert war als Homann.

¹³⁷¹ Vgl. Arbeitsprotokoll der 8. Hauptaussschusstagung am 17.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/3700, S. 13–15.

den.¹³⁷² In Rostock war man optimistisch und führte eine rege Programmdiskussion. Während auf Kreisebene Anfang November erste privatwirtschaftliche Impulse,¹³⁷³ Forderungen nach Zulassung der neuen Parteien und Organisationen,¹³⁷⁴ der Einhaltung der Verfassung¹³⁷⁵ und der Entmilitarisierung und Entideologisierung der Bildung¹³⁷⁶ aufkamen, beschloss der Bezirksverband am 3. November *Sofortmaßnahmen zur Beherrschung der Lage*. Der Maßnahmenkatalog des Bezirksverbandes trug der politischen Tragweite der Wortmeldungen aus den Kreisen jedoch keine Rechnung: Wie in den Jahren zuvor handelte es sich nämlich hauptsächlich um Reparatur- und Bauanträge, Umweltschutzmaßnahmen und die Behebung von Versorgungsdefiziten.¹³⁷⁷ Im Bewusstsein dieser Diskrepanz öffnete der Bezirksvorsitzende Pommerenke am 6. November den Weg für seine mögliche Abwahl: Er stellte die Vertrauensfrage und wurde bis zum Erreichen des Rentenalters im Frühjahr 1990 in seinem Amt bestätigt.¹³⁷⁸

Anfang November dominierten folgende Schwerpunkte die Diskussion in den NDPD-Kreisverbänden: mehr Eigenverantwortlichkeit für die Parteigliederungen und Abbau des Zentralismus,¹³⁷⁹ transparente, dialogbetonte und unbürokratische Parteiarbeit,¹³⁸⁰ stärkere Profilierung und absolute Unabhängigkeit der Parteien,¹³⁸¹ Parteiwahlen und Einbe-

¹³⁷² Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 84 vom 27.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 9.

¹³⁷³ Vgl. z. B. Schreiben des BV vom 1.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 138.

¹³⁷⁴ Vgl. z. B. Offener Brief aus dem Kreis Rostock vom 28.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/57, Bl. 261.

¹³⁷⁵ Vgl. Brief des KV Wismar an den HA der Partei vom 31.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/61, Bl. 102.

¹³⁷⁶ Vgl. z. B. Inhaltliche Positionsbestimmungen des KV Greifswald vom 3.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 44.

¹³⁷⁷ Vgl. Sofortmaßnahmen zur Beherrschung der Lage vom 3.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 91.

¹³⁷⁸ Vgl. Protokoll der außerordentlichen Bezirksvorstandssitzung vom 6.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 67.

¹³⁷⁹ Vgl. z. B. KV Rügen vom 3.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/103, Bl. 41.

¹³⁸⁰ Vgl. z. B. KV Wolgast vom 21.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 105.

¹³⁸¹ Vgl. z. B. KV Rostock vom 6.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 75.

rufung der Volkskammer und eines Sonderparteitags,¹³⁸² die juristische Überprüfung und gegebenenfalls Bestrafung von Funktionären aller Parteien¹³⁸³ und eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit der Partei.¹³⁸⁴

Die Öffnung der Mauer und die neuen Reisemöglichkeiten wurden von den meisten Mitgliedern freudig begrüßt, aber zugleich von einem möglichen Ausverkauf der DDR durch Schieber und Spekulanten gesprochen.¹³⁸⁵ Die Forderung nach einer gänzlich neuen Verfassung statt der bloßen Streichung des ersten Artikels äußerte die NDPD Mitte November und war damit schneller als die übrigen Blockparteien.

Die Spaltung der Mitgliedschaft zeichnete sich nach dem Amtsantritt Hartmanns bereits deutlich ab: Der SED-nähere Flügel befürwortete die Volkskammerpräsidentschaft Maleudas statt der Gerlachs und stimmte dem Regierungsprogramm Modrows zu.¹³⁸⁶ Der andere Flügel erklärte die DDR für tot und jegliche Reformierungsversuche für sinnlos.¹³⁸⁷

Vorerst gelang es Hartmann jedoch, die entstandene Gestaltungsmöglichkeit in der DDR mit der nationalen Ausrichtung der Partei zu füllen und somit das Integrationspotential der NDPD zu erhalten: In seiner Grundsatzrede am 17. November brachte Hartmann die deutsche Frage in die Diskussion ein und kam damit auch dem westdeutschen Bundeskanzler Helmut Kohl um zwei Wochen zuvor.¹³⁸⁸ Mehrere Kreisverbände

¹³⁸² Nach Auskunft des KV Bad Doberan forderte diesen am 1.11. als erstes der KV Greifswald. Brief des KV Bad Doberan an Hartmann vom 26.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 43.

¹³⁸³ Vgl. z. B. am 6.11. der KV Rostock-Land, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 75 und erneut am 9.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 84.

¹³⁸⁴ Vorschläge waren die Einführung einer Parteifahne und die Gleichstellung der Parteihochschulen mit Universitäten (KV Rügen vom 8.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 83), die öffentliche Abhaltung aller Kreissitzungen und die Bildung von Arbeitskreisen (KV Grimmen am 15.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 50) und die Gründung eines Jugendverbandes (KV Rügen am 7.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/104, Bl. 1).

¹³⁸⁵ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 82 vom 13.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 10.

¹³⁸⁶ Vgl. ebd. und Aktuelle Information Nr. 83 vom 20.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 8–9.

¹³⁸⁷ Vgl. z. B. Brief eines Mitgliedes vom 19.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2758.

¹³⁸⁸ Vgl. Höhne, R.: Von der Wende zum Ende. Die NDPD während des Demokratisierungsprozesses, in: Niedermeyer, O./Stöss, R. (Hg.): Parteien und Wahlen im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 113–142, hier S. 120.

begrüßten Hartmanns Idee der Konföderation, weil „*nationale Ideen nicht Neofaschisten überlassen werden dürfen*“.¹³⁸⁹ Als Voraussetzung dafür nannten sie die Wiedereinführung der Länder in Angleichung an bundesdeutsche Strukturen.¹³⁹⁰

Als vermittelnde Reaktion zwischen den Flügeln innerhalb der Mitgliedschaft bekannte sich die Hauptausschusstagung Ende November erneut zu einem modernen Sozialismus unter den Schlagworten „*Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und soziale Gerechtigkeit*“, einem fairen parteienpluralistischen Wettbewerb, einer sozialistischen Marktwirtschaft und der staatlichen Souveränität der DDR in einer Vertragsgemeinschaft mit der BRD. Zeitgleich erklärte sie die Streichung beider Kernsätze, ihren Austritt aus der Nationalen Front und dem Demokratischen Block.¹³⁹¹ Hartmanns Aussagen zum Verhältnis von DDR und BRD wurden gern fehlinterpretiert, wodurch er sich bereits eine Woche später gezwungen sah, seine deutschlandpolitische Konzeption zu verdeutlichen: Eine Vertragsgemeinschaft habe „*mit der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten überhaupt nichts zu tun*“.¹³⁹²

Trotz der positiven Reaktionen auf diesen Vorstoß ging die politische Auseinandersetzung der Parteibasis mit dem System der DDR weiter. Als Ergebnis reger Diskussionen forderten die Grimmener Mitglieder von ihrer Volkskammerfraktion, sich für den Rücktritt Krenz' vom Staatsratsvorsitz und der Führung des Nationalen Verteidigungsrates einzusetzen und sofortige Neuwahlen anzuberaumen.¹³⁹³ Die deutliche Positionierung trug Früchte. So verkündete der Kreisverband Grimmen Ende November stolz: „*Wir haben keine Austritte mehr, wir haben ein eigenes Programm!*“¹³⁹⁴ Der Kreisverband Greifswald schaffte Ende November Fakten. Er trat aus der Nationalen Front und dem Block des Kreises aus, um fortan am Runden Tisch gemeinsam mit der Bürgerbewegung

¹³⁸⁹ Vgl. Flugblatt der NDPD-Rostock, vermutlich Ende November 1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 22.

¹³⁹⁰ Vgl. Protokoll der 7. Tagung des Hauptausschusses am 10.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/3699, S. 40.

¹³⁹¹ Protokoll der Hauptausschusstagung am 28.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2760, S. 1–23.

¹³⁹² Informationsbrief an die Vorsitzenden der Grundeinheiten vom Sekretariat des Hauptausschusses vom 4.12.1989, SAPMO, BArch, DY 16/5012, S. 6.

¹³⁹³ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 85 vom 4.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 8.

¹³⁹⁴ Aktuelle Informationen Nr. 84 vom 27.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 6.

zusammen zu arbeiten.¹³⁹⁵ Der Wismarer Kreisverband erhob die Forderung an die zentrale Parteiebene, fortan den Runden Tisch als höchste politische Instanz zu betrachten und die Mitarbeit in allen anderen Gremien einzustellen.¹³⁹⁶

Für die Mehrheit der mittleren und höheren Funktionärebene der NDPD hatte der Einsatz für einen reformierten und demokratischen Sozialismus Priorität. An die Adresse der Beharrungskräfte in seiner Partei richtete Pommerenke daher am Ende des Monats die Warnung vor einem möglichen Rückfall in die Zeit vor dem Sommer 1989: „*Wer das versucht, erledigt den Sozialismus*“.¹³⁹⁷

Einen herben Rückschlag erlitt das noch bestehende Vertrauen in den Parteivorstand, als die Veruntreuungen von Parteigeldern durch den ehemaligen Vorsitzenden Homann bekannt wurden. Diesen Vertrauensverlust konnte weder der Parteiausschluss noch die Einleitung der strafrechtlichen Verfolgung Mitte Dezember¹³⁹⁸ Einhalt gebieten: Einige Mitglieder sahen den gesamten Hauptvorstand mitverantwortlich und forderten dessen geschlossenen Rücktritt.¹³⁹⁹ Unabhängig von Homanns Veruntreuung wurde bereits hier vereinzelt der Rücktritt Hartmanns gefordert.¹⁴⁰⁰

Den Zustand der Partei und der DDR bewerteten die Kreisverbände am Jahresende sehr unterschiedlich. Während Wolgast in der zweiten Dezemberhälfte die ersten Erfolge des Erneuerungsprozesses erkannte,¹⁴⁰¹ befürchtete man auf Rügen den Ausbruch von Anarchie und Chaos.¹⁴⁰² Zeitgleich wurde offensichtlich, dass der Begriff *Sozialismus* bei der

¹³⁹⁵ Vgl. Programm der Arbeit des Kreisverbandes Greifswald bis zum 14. Parteitag vom 12.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 41–42.

¹³⁹⁶ Vgl. Pressemitteilung des Blocks in Wismar vom 5.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4. 132/61, Bl. 104.

¹³⁹⁷ Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 23.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/23, Bl. 66.

¹³⁹⁸ Vgl. Protokoll der 7. Tagung des Hauptausschusses am 10.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/3699.

¹³⁹⁹ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 87 vom 18.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 2.

¹⁴⁰⁰ Vgl. z. B. Schreiben des KV Ribnitz-Damgarten (o. Datum), Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4. 132/82, Bl. 5.

¹⁴⁰¹ So der Kreissekretär in einem undatierten Rundschreiben an seine Mitglieder, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/125, Bl. 8.

¹⁴⁰² Vgl. Protokoll der erweiterten Sitzung des KV Rügen am 7.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/104, Bl. 2.

NDPD-Basis zunehmend in die Kritik geriet¹⁴⁰³ und Teile der Mitgliedschaft deutlich für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten eintraten.¹⁴⁰⁴ Während über die Absage an den Sozialismus mittlerweile überwiegend Einigkeit bestand,¹⁴⁰⁵ erforderte die Deutschlandpolitik größeres Fingerspitzengefühl, da die Vereinigungsidee auch Ängste und Unbehagen auslöste¹⁴⁰⁶ und zum Teil als Rechtsruck in Bevölkerung und Partei wahrgenommen wurde.¹⁴⁰⁷ Dem trug das Ende Dezember erscheinende Programm *Die NDPD der 90er Jahre: politische Kraft der Mitte in der DDR* Rechnung: Zwar sei eine Vereinigung als Weiterentwicklung der Konföderation denkbar. Dies jedoch nur im Rahmen eines europäischen Einigungsprozesses und als ein neutrales und entmilitarisiertes vereinigtes Deutschland, das die besondere Bedeutung der Oder-Neiße-Grenze anerkennt¹⁴⁰⁸ und einen dritten Weg zwischen Planwirtschaft und Kapitalismus verfolgt.¹⁴⁰⁹ Die Befürchtung eines materiellen und ideellen „Ausverkaufs“¹⁴¹⁰ der DDR nahmen ab Januar 1990 ebenso zu wie die Sorgen über den Fortbestand des Privateigentums und der Spareinlagen.¹⁴¹¹

In Bezug auf die Zukunft der NDPD war man dagegen noch mehrheitlich optimistisch: Der Austritt aus dem Block, der Kontakt zu den neu

¹⁴⁰³ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 87 vom 18.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 12.

¹⁴⁰⁴ Vgl. Protokoll der 7. Tagung des Hauptausschusses am 10.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/3699, S. 32.

¹⁴⁰⁵ Vgl. Kreisdelegiertenkonferenz Wolgast vom 12.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 112, Kreisdelegiertenkonferenz Wismar vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4. 132/57, Bl. 357 oder Kreisdelegiertenkonferenz Rügen vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/101, Bl. 1–2.

¹⁴⁰⁶ Vgl. ebd., S. 51.

¹⁴⁰⁷ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 87 vom 18.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 4.

¹⁴⁰⁸ Vgl. Kreisdelegiertenkonferenz Wolgast vom 12.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 112, Kreisdelegiertenkonferenz Wismar vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 357 oder Kreisdelegiertenkonferenz Rügen vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/101, Bl. 1–2.

¹⁴⁰⁹ Vgl. Programm der NDPD, veröffentlicht in der NZ vom 27.12.1989 (42/89), SAPMO BArch, DY 16/5012.

¹⁴¹⁰ Parteiinformationen des Bezirkssekretariat Grevesmühlen an die Abt. Parteiinformationen vom 12.1.1990, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/6362, S. 1–2.

¹⁴¹¹ Informationen aus Bezirkssekretariaten und Kreissekretariaten vom 15.2.1990 an die Abteilung Parteiinformation, SAPMO BArch, DY 16/484, S. 5.

entstandenen demokratischen Organisationen, die Öffnung für ein mögliches Bündnis mit der LDP(D) ab Mitte Dezember,¹⁴¹² die Forderung nach freien Wahlen und eine eindeutige Ablehnung jedweder Zusammenarbeit mit der SED¹⁴¹³ ließen einen Teil der Mitglieder auf ein erfolgreiches Fortbestehen ihrer Partei hoffen.

Andere Mitglieder waren von dem programmatischen Stillstand und der zum Teil fehlende Demokratieerfahrung oder -willigkeit ihrer Parteikollegen enttäuscht. Sie schätzten die Abgrenzung zur SED als ungenügend ein,¹⁴¹⁴ führten die schlechten Wahlumfragen auf die vagen Aussagen und die mangelnde Initiative des Hauptausschusses zurück und kritisierten die Öffentlichkeitsarbeit als ungenügend. Angesichts dessen nahmen die Parteiaustritte ebenso deutlich zu wie die Rücktrittsfordernungen an Hartmann.¹⁴¹⁵ Einzig der Stralsunder Kreisverband differenzierte sein Urteil und meldete auch positive Stimmen.¹⁴¹⁶

Nachdem am 4. Januar 1990 erstmals eine umfassende Stellungnahme der Parteizentrale in der NZ und der NNN erschien, war der Jahresbeginn geprägt von den Kreisdelegiertenkonferenzen zur Vorbereitung des Sonderparteitags am 20. und 21. des Monats.

Die Erwartungen an den Sonderparteitag waren hoch: Durch klare Aussagen gegen die SED, für eine Koalitionsregierung und eine die Einheit vorbereitende Konföderation, aber gegen den Ausverkauf der DDR sollen die Parteiaustritte gestoppt und die Aussichten für die kommende Wahl verbessert werden.¹⁴¹⁷ Der Einsatz für eine langfristig geplante und gleichberechtigt umgesetzte Vereinigung der beiden deutschen Staaten

¹⁴¹² Vgl. Protokoll der 7. Hauptausschusstagung am 10.12.1989, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/3699, S. 35.

¹⁴¹³ Vgl. Protokoll der 8. Hauptausschusstagung am 17.1.1990, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/3700, S. 8.

¹⁴¹⁴ Vgl. z. B. KV Rügen vom 9.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/103, Bl. 13.

¹⁴¹⁵ Vgl. z. B. KV Wismar vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 20 und KV Rügen vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/101, Bl. 1.

¹⁴¹⁶ Die Kreisdelegiertenkonferenz Stralsund vom 13.1.1990 berichtet von Zustimmung und auch Ablehnung Hartmanns. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/109, Bl. 1–2.

¹⁴¹⁷ Vgl. Informationen in Vorbereitung des Parteitags der NDPD vom KV Bad Doberan vom 9.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/6362 und Parteiinformationen des Bezirkssekretariates Rostock vom 12.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/6362.

hatte sich bis Mitte Januar als Mehrheitsmeinung etabliert¹⁴¹⁸ und sollte auf dem zweiten Teil des Parteitags am 11.2.1990 auf die wahlkampffähige Devise „*Einheit so schnell wie möglich, aber so bedacht wie nötig*“¹⁴¹⁹ gebracht werden. Die Vorstellungen der Mitglieder und Delegierten über die politische Grundausrichtung der Partei waren jedoch äußerst different. Der eine Flügel trat für eine Mitte-Rechts-Partei mit ausgeprägtem Nationalbewusstsein als Alleinstellungsmerkmal ein,¹⁴²⁰ während der andere in der künftigen NDPD eine ökologische Volkspartei mit sozial-marktwirtschaftlichem Profil sehen wollte.¹⁴²¹

Die Leistung der Parteibasis für den internen Erneuerungsprozess würdigte der designierte Rostocker Bezirksvorsitzende Seibel mit den treffenden Worten „*die Basis hat ihre Führung gejagt, gestern eingeholt, heute überholt*“.¹⁴²² Doch auch dieses Zugehen auf die Mitglieder konnte die bestehenden Spannungen nicht glätten. Ganz im Gegenteil. Nach wirren Verhandlungen und undurchsichtigen Wahlen wurde der Brandenburger Kreissekretär Wolfgang Glaeser im Januar zum neuen Vorsitzenden gewählt. Den Vorstandsmitgliedern wurden nicht nur Wahlfälschung, sondern die Lenkung und Inszenierung des gesamten Parteitags vorgeworfen.¹⁴²³ Diese „*skandalösen Vorfälle*“ nahmen viele enttäuschte Mitglieder als Anlass zum Parteiaustritt.¹⁴²⁴ Nachdem Glaesers Schlussplädoyer auch durch das Zutun der Parteizeitungen NZ und NNN als Rechtsruck interpretiert worden war,¹⁴²⁵ wurde er bereits wenige Tage später zum Rücktritt gedrängt.

¹⁴¹⁸ Vgl. Protokoll des Sonderparteitags am 20./21.1.1990, Rechenschaftsbericht des Hauptausschusses, vorgetragen durch den Vorsitzenden Hartmann, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/3625, S. 44.

¹⁴¹⁹ Protokoll des Sonderparteitags am 11.2.1990, Rede Wolfgang Rauls, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/5012, S. 1.

¹⁴²⁰ Vgl. Diskussionsgrundlage für die Parteidelegierten zum Programmmentwurf, Kreis Wismar um den 10.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 30.

¹⁴²¹ Der Wismarer KV vertrat hier das Credo „*Die Ökologie ist die Ökonomie der Zukunft!*“, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 6.

¹⁴²² Rede Seibel auf dem Sonderparteitag am 21.1.1990, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/3625, S. 217a.

¹⁴²³ Vgl. Aus einigen Informationen aus Bezirks- und Kreissekretariaten vom 8.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/ 437.

¹⁴²⁴ So auch 18 Mitglieder der ehemaligen *National Zeitung*, die inzwischen in *Berliner Allgemeine* umbenannt worden war. SAPMO BArch, DY 16/41686, Bl. 2.

¹⁴²⁵ Vgl. Aus einigen Informationen aus Bezirks- und Kreissekretariaten vom 8.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/ 437, S. 2–3.

Auf dem zweiten Teil des Parteitages im Februar wurde mit dem Magdeburger Wolfgang Rauls ein neuer Parteivorsitzender gewählt. Beide Teile des Parteitags im Januar und Februar 1990 verliefen wenig strukturiert und erhitzen den Unmut der Mitglieder zusätzlich. Neben der negativen Außenwirkung des Intermezzos wurde sowohl der vermeintliche Rechtsruck als auch der Widerstand gegen den nun bereits ehemaligen Vorsitzenden Glaeser häufig als Austrittsursachen angegeben. Weitere Gründe waren die Enttäuschung über das als konzeptionslos und wenig reformorientiert wahrgenommene Parteiprogramm, das Mitte Januar 1990 von Hartmann vorgestellt wurde,¹⁴²⁶ die wenig zeitgemäße Betonung des Nationalen¹⁴²⁷, der Verbleib der alten Parteifunktionäre in ihren Ämtern sowie der nun entfallene Zwang zur Parteinahme¹⁴²⁸ und die geringe Auseinandersetzung mit der eigenen Nähe zur SED.¹⁴²⁹ Auch die Vereinigung beider deutscher Staaten sahen viele Mitglieder nun kritischer. Aus Angst um die Wahrung des Besitzstandes und des Arbeitsplatzes sahen sie sich Mitte Februar 1990 in einer Opferrolle: Der „böse Wolf“¹⁴³⁰ Helmut Kohl wolle die DDR „möglichst mit Haut und Haaren fressen“.¹⁴³¹ Diesen Negativtrend konnte auch der weitgehend unbekannte Vorsitzende Rauls nicht aufhalten.

Die inhaltliche Profilierung der NDPD war in dem knappen halben Jahr Eigenständigkeit zwischen der Emanzipation von der SED Ende Oktober 1989 und der Fusion mit dem BFD im März 1990 von einer sehr großen Spannweite der politischen Vorstellungen geprägt. Sie verdeutlichte, dass die bestehende Heterogenität in der Mitgliedschaft nicht mehr zu überbrücken war. Neben den Diskussionen über die Zukunft der DDR und der Auseinandersetzung mit dem eigenen Parteivorstand lag das Hauptaugenmerk der Mitglieder ab dem Jahr 1990 auf Fragen zur wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Bundesländer in einem vereinigten Deutschland, die häufig als negativ eingeschätzt wurde.¹⁴³² Trotz verein-

¹⁴²⁶ Vgl. Austrittserklärung Landesarchiv Greifswald, 4.132, Nr. 75, Bl. 312.

¹⁴²⁷ Vgl. ebd., Bl. 313.

¹⁴²⁸ Vgl. ebd., Bl. 315.

¹⁴²⁹ Vgl. Austrittserklärung Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132, Nr. 75, Bl. 318.

¹⁴³⁰ Die Bezeichnung „böser Wolf“ bezieht sich auf das Grimm'sche Märchen *Rotkäppchen*, in dem der Wolf die Großmutter mit Haut und Haaren fressen will und ist keine Meinungsäußerung der Verfasserin.

¹⁴³¹ Aus Informationen aus Bezirkssekretariaten und Kreissekretariaten vom 15.2.1990 an die Abteilung Parteiinformation, SAPMO BArch, DY 16/484, S. 5f.

¹⁴³² Bestätigt wurde diese pessimistische Einschätzung auch durch eine Strukturprognose der Universität Rostock. Sie kam zu dem Schluss, dass die Region in direkter Konkurrenz zu den bundesdeutschen Wirtschaftsstandorten keine

zelten Engagements verlor die NDPD im ersten Quartal 1990 massiv an Bedeutung, sodass bereits vor der Wahl im März fragwürdig war, ob die NDPD in ihrer bisherigen Form fortbestehen kann.

Exkurs: Bezug zu den militärischen und nationalen Wurzeln

Als die Profilierung der Parteien nötig wurde, besann sich die NDPD auf ihre Tradition. Sie präsentierte sich neben der inhaltlichen Bezugnahme auf ihren ersten Vorsitzenden Bolz¹⁴³³ vermehrt als Interessenvertreterin der militärischen Kreise und sah in den NVA-Angehörigen eine wesentliche Zielgruppe.¹⁴³⁴ Vice versa wurde sie auch als deren Interessenvertreterin wahrgenommen. So wandten sich Armeeangehörige mit Beschwerden über die Medienberichterstattung¹⁴³⁵ und Vortragswünschen¹⁴³⁶ ebenso an die NDPD wie mit militärpolitischen Forderungskatalogen.¹⁴³⁷ Für die NDPD war ab dem Frühjahr 1990 vor allem die Weiterbeschäftigung und soziale Absicherung ehemaliger NVA-Angehöriger von Bedeutung.¹⁴³⁸ Auch der Bezirksverband Rostock präsentierte sich auf Plakaten und Veranstaltungen mit Angehörigen militärischer Gliederungen als deren Vertreter. Neben der zentralen Abrüstungs- und Neutralitätsforderung setzten sich die Nationaldemokraten für bessere Lebensbedingungen und die Einführung von Bürgerrechten für Soldaten ein.¹⁴³⁹

Überlebenschance habe und stattdessen andere Konzepte verfolgen müsse. Vorstellung des Studienprinzips „Zukünftige Wirtschaftsstruktur im Norden der DDR“, Prof. Braun, Universität Rostock am 8.2.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 82–83.

¹⁴³³ So wurden die Umbenennung des Parteihauses in Dr.-Bolz-Haus und die Gründung einer Dr.-Bolz-Stiftung diskutiert. Aktuelle Parteiinformationen Nr. 88 vom 8.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 12.

¹⁴³⁴ Vgl. z. B. Aktuelle Informationen Nr. 87 vom 18.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 10.

¹⁴³⁵ Ein Berufssoldat beschwerte sich über einen seiner Einschätzung nach diffamierenden und beleidigenden Zeitungsartikel. Brief an die NNN vom 12.12.89, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 306.

¹⁴³⁶ Vgl. Einladung der Militärpolitischen Hochschule Wilhelm Pieck an Hartmann vom 5.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/484.

¹⁴³⁷ So Z. B. das Regiment Harro Schulze-Boysen am 2.3.1990, SAPMO BArch, DY 16/4168.

¹⁴³⁸ Vgl. Kreiskonferenz KV Wolgast am 12.1.90, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 360. Unter anderem fordert die NDPD die Aufnahme der Berufssoldaten und Offiziere in den Beamtenstatus. Wahlkampfrede Rauls' am 2.3.1990, SAPMO BArch, DY 16/6363, S. 8.

¹⁴³⁹ Das seit der Gründung der Bundeswehr im Jahr 1952 bestehende Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ war in der NVA nicht üblich.

Das zweite Standbein sah die NDPD in heimatverbundenen DDR-Bürgern.¹⁴⁴⁰ Das nationale Ansinnen der Partei füllte sie mit dem Einsatz für die Wahrung der deutschen Kultur, ihrer Deutschlandpolitik und großer Heimatverbundenheit aus. Insbesondere der Kreisverband Rügen widmete sich der Traditionspflege.¹⁴⁴¹ Die Insulaner engagierten sich vor allem für die Wahrung des Andenkens an Ernst-Moritz Arndt. Neben der Denkmalspflege und der Sprachkultur sollte die „Insel Rügen nach den Idealen der großen Humanisten und Demokraten wie Ernst-Moritz-Arndt“ gestaltet werden.¹⁴⁴² In ihm sahen viele Nationaldemokraten einen Vordenker für eine „blühende Insel Rügen mit weltanschaulicher Toleranz der Einwohner und einem vertrauensvollen Verhältnis aller zueinander“.¹⁴⁴³ Die antisemitischen und völkisch-nationalen Positionen Arndts wurden dabei ebenso ignoriert wie seine ausgeprägte Frankophobie.

Auch andere Kreisverbände und der Bezirksverband wollten an die regionale Verbundenheit ihrer potenziellen Wähler anknüpfen. So entwarfen die Kreisverbände auch Wahlwerbematerial auf Plattdeutsch.¹⁴⁴⁴ Nicht zuletzt ist der Einsatz des Kreisverbandes Greifswald für ein unabhängiges Verwaltungsgebiet Vorpommern im Frühjahr und auch noch im Sommer 1990 als Ausdruck einer engen Verbundenheit mit der Region zu sehen.

Die Verkörperung des nationalen und antifaschistisch-militärischen Selbstverständnisses der Partei wurde nur wenigen Mitgliedern derart stark wie dem Greifswalder Rudolf Petershagen zugeschrieben. Es kam sicher nicht von ungefähr, dass Hartmann in seiner Antrittsrede Anfang November von einem „Aufbruch des Gewissens“ sprach¹⁴⁴⁵ und die Assoziation mit dem bekannten Titel der Autobiographie Petershagens als identitätsstiftende Symbolik hervorrief.

Dennoch trug die Rhetorik der NDPD eine Konnotation, die nicht so recht zu einem reflektierten Antifaschismus passt. So sprach die Parteileitung von der Angst vor einem drohenden „Volkstod“¹⁴⁴⁶ im Falle eines dritten Weltkriegs und

¹⁴⁴⁰ Vgl. z. B. Aktuelle Informationen Nr. 87 vom 18.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 10.

¹⁴⁴¹ Vgl. Protokoll der erweiterten Sekretariatssitzung vom 28.9.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4. 132/103, Bl. 50.

¹⁴⁴² Entwurf zum Wahlprogramm des KV Rügen vom 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4. 132/101, Bl. 22–23.

¹⁴⁴³ Ebd., Bl. 24.

¹⁴⁴⁴ Vgl. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/60, Bl. 22, 30, 31 und 32.

¹⁴⁴⁵ Rede Hartmanns „Aus nationaler und demokratischer Verantwortung für die Erneuerung des Sozialismus in der DDR“ vom 3.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/5209, S. 2. Petershagens Autobiographie trägt den Titel *Gewissen in Aufbruch*.

¹⁴⁴⁶ Wortmeldung auf der 8. Tagung des Hauptausschusses am 17.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/3700, S. 36.

wählte Formulierungen wie „die NDPD sei guten deutschen Willens“. ¹⁴⁴⁷ Auch die Kombination der Worte *national* und *sozial* schien für die NDPD-Mitglieder keinen negativen Beiklang gehabt zu haben. Neben dem Parteinamen hat wohl auch die Wortwahl die bundesdeutsche NPD in ihrer Annahme bestätigt, man sei sich politisch nahe. ¹⁴⁴⁸

Die Bemühungen, die Wurzeln der Partei in der Umbruchsituation 1989/90 wieder aufzugreifen und daraus Wählerkapital zu gewinnen, schlugen letztlich fehl, wie das enttäuschende Wahlergebnis der Volkskammerwahl zeigte. Andererseits ist unklar, für wie viele der 2.443 NDPD-Stimmen im Bezirk ¹⁴⁴⁹ vielleicht gerade der lokale oder militärische Bezug ausschlaggebend war.

Bei der DBD ist der Beginn der programmatischen Erneuerung auf Mitte November zu terminieren, denn hier gab der Parteivorsitzende Maleuda dem Druck der Basis und des Reformerflügels um Junghanns nach und erklärte auf der 9. Tagung des Parteivorstands die Loslösung von der SED und forderte die Umgestaltung der sozialistischen Verhältnisse hin zu mehr Freiheit, Demokratie und der Wahrung der Menschenrechte. ¹⁴⁵⁰ Als maßgebliches Fehlverhalten der SED nannte er das zu lange Festhalten an überholten wirtschaftlichen Strukturen, die Ablehnung des Erneuerungsprozesses in der SU, die ungenügende Einbeziehung der Bürger und ein insgesamt herzloses und bürokratisches Verhalten. Alles gemeinsam habe die DDR und das Vertrauen der Bevölkerung in eine tiefe Krise gestürzt. Die Schuld der DBD sei es dabei gewesen, zu zaghafte Vorschläge gemacht zu haben und weder öffentlich noch überzeugend genug auf die als notwendig erachteten Erneuerungen gedrungen zu haben. Als Lehre aus der entstandenen Situation erklärte er, dass jeglicher Führungsanspruch nur durch Leistung und Vertrauen erworben werden und nur ein gleichberechtigter Meinungs Austausch den Weg aus der Krise weisen könne. Die parteiinterne Erneuerung sollte durch eine eigenständige Kaderpolitik und die Einschränkung des Berichtswesens gelingen. An eine basisdemokratische Legitimierung der parteiinternen Verfahren dachte Maleuda noch nicht. Im Bewusstsein, dass diese Maßnahmen allein nicht ausreichen würden, um den Reformforderungen der

¹⁴⁴⁷ Rede Rauls in *Gesammelte Parteiinformationen von Mitte Februar*, SAPMO BArch, DY 16/5012, S. 2.

¹⁴⁴⁸ Siehe Kapitel 3.1.3. *BRD*.

¹⁴⁴⁹ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/volkskammerwahl-1990.html>. Eingesehen am 30.8.2013 um 10:45 Uhr.

¹⁴⁵⁰ Vgl. *Bauern-Echo*, 16.11.1989, S. 3.

Basis Rechnung zu tragen, kündigte Maleuda zwar das Vorziehen des Parteitags, aber keinen Sonderparteitag an.¹⁴⁵¹

In anderen Redebeiträgen aus dem Parteivorstand wurde die Öffnung der Partei für die städtische Wählerschaft und die Aufarbeitung der eigenen Parteigeschichte ebenso gefordert wie die „*Entwicklung von Frauen für Leitungsfunktionen*“¹⁴⁵² und über eine mögliche Koalition diskutiert. Regierungspartner könne jedoch nur die SED sein, „*denn sonst wären wir über viele Jahrzehnte unseres Wirkens Doppelzüngler gewesen*“, stellte ein Vorstandsmitglied fest.¹⁴⁵³ Personelle Veränderungen erfolgten auch, jedoch auf freiwilliger Basis. Einige Vorstandsmitglieder erklärten ihren Rücktritt, aber die seitens des Präsidiums gestellte Vertrauensfrage wurde positiv beantwortet.¹⁴⁵⁴

Vielen Mitgliedern ging die Rede Maleudas nicht weit genug. So häuften sich hier weiterhin Forderungen nach personellen Veränderungen bis hinunter zu den Kreisfunktionären, nach Entwicklung einer sozialistischen Marktwirtschaft, nach Beschränkung der Mandatsvergabe an Parteien und freien Wahlen nach einem neuen Wahl- und Parteiengesetz.¹⁴⁵⁵ Die Androhungen von Parteiaustritten nahmen nach der Grundsatzzrede Maleudas nicht ab.¹⁴⁵⁶ Im Gegensatz zum Küstenbezirk kamen aus den südlichen Bezirken bereits Rücktrittsforderungen an Maleuda.¹⁴⁵⁷ An der Leitungs- und Informationstätigkeit des Parteivorstands wurde nach wie vor massive Kritik geäußert: Die zu späte und zu geringe Positionierung der Parteileitung empfanden die Mitglieder als ungenügend. Doch nicht nur die Stellungnahme zu den politischen Vorgän-

¹⁴⁵¹ Vgl. Rede Maleudas auf der 9. Tagung des PV, vorgetragen und abgestimmt auf der Sekretariatssitzung am 11.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3535, S. 1–54.

¹⁴⁵² Vorschläge und Hinweise auf der 9. Tagung des PV am 14.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201, S. 10.

¹⁴⁵³ Ebd., S. 1.

¹⁴⁵⁴ Um ihre Entlassung baten die Mitglieder Helmschrott (Chefredakteur *Bauern-Echo*), Scholz, Eichhorn und Binder (Vorsitz Volkskammer-Fraktion). Protokoll der 34. Sekretariatssitzung am 16.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/877.

¹⁴⁵⁵ Vgl. Zusammenfassung der Mitgliederzuschriften an den Vorstand der DBD bis zum 7.12.1989, SAPMO-BArch, DY 60/3201, Bl. 3–8. Als Reaktion auf die Auswertung der Zuschriften formulierte die DBD ihr neues Grundsatzpapier *Was ist und was will die DBD?*, das am 01.12.1989 im *Bauern-Echo* erschien.

¹⁴⁵⁶ Vgl. z. B. Stellungnahme der Ortsgruppe Warnemünde, KV Rostock-Stadt vom 14.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196 und Vorschläge und Hinweise aus den Briefen an den PV zwischen dem 5. und 16.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201.

¹⁴⁵⁷ Vgl. Information des BV Rostock über die Parteiarbeit im Oktober/November vom 11.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906.

gen in der DDR, auch die Aufarbeitung, Offenlegung und Reflexion des Parteiverhaltens forderten sie permanent ein. So fragten sie auch wiederholt nach den wahren Ursachen für die Absetzung des ehemaligen Parteivorsitzenden Ernst Mecklenburg.¹⁴⁵⁸

Die Wahl Maleudas zum Volkskammerpräsidenten Mitte November wurde nicht nur positiv kommentiert: Hauptkritikpunkt einiger Mitglieder und auch des Bezirksvorstandes Potsdam war die Tatsache, dass Maleuda sich mit den Stimmen der SED-Fraktion hatte wählen lassen. Dies habe ihn wieder zu einem Erfüllungsgehilfen der SED gemacht.¹⁴⁵⁹ Erst zu Beginn des Jahres 1990 erkannten viele Mitglieder einen weiteren Nachteil, den die Ausführung dieses Amtes durch ihren Parteivorsitzenden mit sich brachte: Die Volkskammerpräsidentschaft habe einen so großen Raum eingenommen, dass Maleuda de facto aus der Parteileitungstätigkeit ausschied.¹⁴⁶⁰

Deutlicher als bei den drei anderen Parteien lässt sich bei der DBD Besorgnis angesichts der unsicheren Zukunft erkennen. Fragen wie: Wie wird unsere Gesellschaft morgen aussehen?, Verfällt der Wert der Mark der DDR durch die Ausreisewelle?, Wie kann man rechtsradikalen Ideen Einhalt gebieten?, Welche Rolle wird den Bauern zukommen?, Kann die DDR-Wirtschaft die Schwemme von Westprodukten überstehen? und Wie kann man in der unruhigen Zeit die gesellschaftliche Ordnung und Sicherheit beibehalten? wurden in den Briefen der älteren Mitglieder im November 1989 an den Vorsitzenden Maleuda gestellt.¹⁴⁶¹

Insgesamt divergierten die Mitgliedsmeinungen Ende November auch bei der DBD zwischen den Extremen: Verbitterte Austrittserklärungen und ein massiver Vertrauensverlust standen optimistischen Wiedereintrittsanträgen gegenüber. Wie schon zu Beginn des Monats angeklungen war, nahmen die Forderungen, das Sozialismusverständnis der DBD zu überdenken, zu.¹⁴⁶² An eine grundsätzliche Abkehr vom Sozialismus

¹⁴⁵⁸ Vgl. z. B. auch: Weitere Vorschläge und Hinweise aus 156 Briefen an den PV zwischen der 9. Tagung des PV und dem 29.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201, S. 5.

¹⁴⁵⁹ Vgl. Informationsbericht 74/89 vom 27.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 2.

¹⁴⁶⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags, SAPMO BArch, DY 60/71, S. 80a.

¹⁴⁶¹ Vgl. Zusammenfassung der Mitgliederzuschriften an den Vorstand der DBD bis zum 7.12.1989, SAPMO-BArch, DY 60/3201, Bl. 19, 30, 52 und DY 60/3181, Bl. 4, 5 und 68.

¹⁴⁶² Vgl. Hinweise und Vorschläge aus Briefen an den PV vom 28.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201.

wurde aber bis zum Jahresende 1989 nicht gedacht. Stattdessen fragten hauptsächlich die langjährigen Parteimitglieder, wie sich die sozialistische Gesellschaftsform zukünftig präsentieren sollte und wie man sie reformieren kann, um ihr Überleben zu sichern.¹⁴⁶³

Anfang Dezember begann die Mitarbeit in der Nationalen Front abzunehmen: Der Wismarer Kreisverband zog sich enttäuscht über die Zusammenarbeit mit der SED aus der Nationalen Front zurück.¹⁴⁶⁴ Bekräftigt wurde die fortschreitende Desillusionierung durch die Entdeckung des Waffenlagers in Kavelstorf, wodurch der Wunsch nach mehr Eigenständigkeit, aber auch Resignation und Parteiaustritte weiter zunahmen.¹⁴⁶⁵ Die Idee einer Konföderation mit der BRD wurde in den Reihen der DBD zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich abgelehnt.¹⁴⁶⁶

Die 10. Tagung des Parteivorstands Mitte Dezember konnte der heterogenen Basis keinen gemeinsamen Kurs mehr anbieten. Stattdessen unterband der Vorstand die programmatische Diskussion bis zur Neufassung des Statuts auf dem außerordentlichen Parteitag im März.¹⁴⁶⁷ In der Erklärung *Die DBD im Prozess der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR* gab er die Schlagworte der künftigen Profilierung vor und stellte die DBD als „Partei der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft, die für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechte, für Chancengleichheit aller Bürger bei voller Entfaltung der Individualität, die für die Bewahrung der bäuerlichen Tradition eintritt“ vor. Die Verantwortlichen für die „ernste politische Krise“ der DDR waren schnell ausgemacht, nämlich „die politische Führung der SED und die frühere Regierung“. Eine Mitschuld trage aber auch die DBD.¹⁴⁶⁸ Gleichzeitig bekannte sich der Parteivorstand zu einer umfassenden Demokratisierung der DDR, der Aufhebung des 1. Artikel der DDR-Verfassung, der gleichberechtigten Zusammen-

¹⁴⁶³ Weitere Vorschläge und Hinweise aus 156 Briefen an den Parteivorstand, die zwischen der 9. Tagung des Präsidiums des Parteivorstands bis zum 29.11.1989 eingegangen sind, vom 8.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201.

¹⁴⁶⁴ Vgl. Informationsbericht des Bezirks Rostock vom 1.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 2–3.

¹⁴⁶⁵ So wollte mehr als die Hälfte aller Ortsgruppenvorsitzenden in Rügen und Wismar nicht erneut kandidieren. Information 77/89 vom 4.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903.

¹⁴⁶⁶ Vgl. Zusammenfassung der Mitgliederzuschriften an den Vorstand der DBD bis zum 24.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201, Bl. 36.

¹⁴⁶⁷ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung am 9.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3539.

¹⁴⁶⁸ Stellungnahme *Die DBD im Prozess der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR*, abgestimmt auf der 10. Tagung des PV am 11.–12.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/335, S. 1–3.

arbeit mit allen Parteien am Runden Tisch, einem entmilitarisierten Europa und der Gestaltung einer Vertragsgemeinschaft mit schwerpunktmäßiger Zusammenarbeit in ökologischen Fragen. Zu einer „vorwiegend in LPG/VEG organisierten Landwirtschaft“ sah er aber auch weiterhin keine Alternative.¹⁴⁶⁹ Jetzt kam der Parteivorstand auch den vehementen Forderungen nach einem außerordentlichen Parteitag nach und berief diesen für den 16./17. Februar ein.¹⁴⁷⁰ Wenig später wurde er noch auf den 27./28. Januar 1990 vorgezogen.

Trotz mehreren Kaderveränderungen auf der zentralen und der bezirklichen Ebene ging die personelle Erneuerung vielen Mitglieder bis zum Jahresende 1989 nicht konsequent genug voran: „*Neuer Kurs und alte Köpfe passen nicht zusammen.*“¹⁴⁷¹ Zudem hätten die Kreisfunktionäre häufig Probleme damit, „*die neuen Leitlinien im Territorium umzusetzen und sich den Diskussionen zu stellen*“.¹⁴⁷² Personalveränderungen auf der Bezirksebene gab es Mitte Dezember nicht nur in Gera, sondern auch in Rostock: Obwohl der Bezirksvorsitzende Senkpiel vermeintlich aus gesundheitlichen Gründen schon Mitte September zum Rücktritt gedrängt wurde und Günther Edler bereits die Leitung des Bezirksverbandes interimsmäßig übernommen hatte,¹⁴⁷³ wurde er erst Mitte Dezember auf diesem Posten bestätigt. Dirk Schüler, der spätere Landesgeschäftsführer der DBD, übernahm einen der beiden Stellvertreterposten.¹⁴⁷⁴ Zusätzlich kehrte ein Sekretariatsmitglied freiwillig in seinen ursprünglichen Beruf zurück.¹⁴⁷⁵ Die Lage im Bezirk Rostock war zu diesem Zeitpunkt „*zum Zerreißen gespannt*“. Zurückgetretene Gemeinderäte, die Sorge um die Zukunft und den Bestand der DDR und vor einem Währungsverfall führten dazu, dass der Bezirkstag am 13. Dezember aufgefördert wurde,

¹⁴⁶⁹ Ebd., S. 9–31.

¹⁴⁷⁰ Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Präsidiums am 11.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/876.

¹⁴⁷¹ Informationsbericht 80/1989 vom 14.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 2.

¹⁴⁷² Informationsbericht des Bezirks Rostock vom 29.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 2.

¹⁴⁷³ Protokoll der Sitzung des Rostocker Bezirkssekretariats vom 20.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768.

¹⁴⁷⁴ Protokoll der Sitzung des Rostocker Bezirkssekretariats vom 13.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3540.

¹⁴⁷⁵ Die Bezirksleitung in Gera scheiterte an einem Misstrauensvotum. Information des Bezirks Rostock über die Parteiarbeit im Monat Oktober/November vom 11.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, S. 4 und Protokoll der Sitzung des Bezirkssekretariats am 14.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3540.

den „Bezirk wieder regierbar zu machen“.¹⁴⁷⁶ In der zweiten Dezemberhälfte nahmen die Parteiaustritte vornehmlich junger Mitglieder weiterhin zu, blieben aber insgesamt auf einem geringen Niveau.¹⁴⁷⁷ Die verbliebene Parteibasis verstand sich zunehmend als Souverän der Partei und fragte auch angesichts der 10. Tagung des Parteivorstands: „Kann der Parteivorstand Grundsätze und Ziele festlegen, oder nicht eigentlich nur der Sonderparteitag?“¹⁴⁷⁸

Erst in den letzten Dezembertagen diskutierte die DBD ihre Haltung zur Deutschlandpolitik: Die Mehrheit der Mitglieder hielt weiterhin am Sozialismus und dem Status der Vertragsgemeinschaft fest, wenngleich einige Mitglieder befürchteten, dass „die Einheit“ schneller kommen werde „als alle denken“.¹⁴⁷⁹

Zu Beginn des Jahres 1990 war die Mitgliedschaft in Fragen der Positionierung zu Modrow, dem sozialistischen Gesellschaftsmodell, der Neubildung eines Verfassungsschutzes und dem Umgang mit der SED-Mitgliedschaft gespalten und nahm angesichts der vielen tagespolitischen Probleme (der angespannten politischen Lage, der empfundenen Führungslosigkeit, der zunehmenden Versorgungsmängel und ausreisender Fachkräfte) bis zum Parteitag am 27. und 28. Januar eine abwartende Haltung ein.¹⁴⁸⁰ Die Angst vor einem Ausverkauf der DDR und der ungewissen Zukunft ließ sogar „nicht wenige Mitglieder“ Mitte Januar wieder die Errichtung einer „Sperrzone“ fordern, um „den Zustrom von Bürgern und PKW zu stoppen“.¹⁴⁸¹ Die sinkende Beteiligung auf den Versammlungen, die massiven Leitungsschwierigkeiten und die mehrheitliche Ablehnung von Verantwortungsübernahme¹⁴⁸² zeigten auch erste Auflösungserscheinungen, obwohl viele Mitglieder ihren möglichen Austritt vom Ausgang des Parteitags abhängig machten.

Die Erwartungen der Mitglieder an den Sonderparteitag waren nicht nur hoch, sondern auch äußerst divergent. Gemeinsam war der Mehrheit der

¹⁴⁷⁶ Protokoll der Sitzung des Bezirkssekretariats am 13.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 1–2.

¹⁴⁷⁷ Siehe dazu Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁴⁷⁸ Informationsbericht des Bezirks Rostock vom 15.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181 und Informationsbericht 81/89 vom 18.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 3.

¹⁴⁷⁹ Informationsbericht 82/89 vom 27.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 2.

¹⁴⁸⁰ Vgl. Bericht zur Beratung des Sekretariats des Bezirksvorstands am 11.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769.

¹⁴⁸¹ Protokoll der Sekretariatssitzung des BV Rostock vom 11.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 5.

¹⁴⁸² Vgl. ebd., S. 1–2.

Zuschriften jedoch, dass eine Erneuerung des Führungspersonals – zumeist mit Ausnahme Maleudas – als Voraussetzung für die Neugestaltung der Partei angesehen wurde.¹⁴⁸³ Auf dem Parteitag präsentierte sich die DBD als selbständige, demokratische und ökologische Partei des Reformsozialismus und thematisierte die Frage nach der eigenen Mitschuld an den gesellschaftlichen Problemen.¹⁴⁸⁴ Für die gesamtgesellschaftliche und parteiinterne Krise machte Maleuda die SED verantwortlich, da sie der Bauernpartei ihre Perspektive und Wirkungsmöglichkeit genommen habe.¹⁴⁸⁵ Dass die DBD ein Artefakt der SED war und ohne sie gar nicht existiert hätte, spielte hier keine Rolle. Die Absage an das „bürokratische Modell des Sozialismus stalinistischer Prägung“¹⁴⁸⁶ wurde nun mit der Aussicht auf eine Vertragspartnerschaft zwischen der DDR und der BRD verbunden, die die Vorstufe zu einer Konföderation im Rahmen eines vereinigten Europas bilden sollte. Voraussetzungen seien jedoch das Einverständnis der einstigen Siegermächte und die Entmilitarisierung Deutschlands.¹⁴⁸⁷ Entgegen der mehrheitlichen Mitgliedermeinung, insbesondere aus dem Süden,¹⁴⁸⁸ hielt die DBD aber weiterhin am Territorialprinzip und der Bewahrung der Ergebnisse der Bodenreform fest.¹⁴⁸⁹ Dennoch räumte Maleuda ein, dass es auf dem Gebiet der Agrarpolitik Verstöße „gegen das Prinzip der Freiwilligkeit“ gegeben habe.¹⁴⁹⁰

Bei aller Desillusionierung und Wut über den Missbrauch ihrer aufrichtigen Ideale durch die SED-Führung¹⁴⁹¹ erkannten viele Mitglieder unter den „ehrlichen und kameradschaftlichen Genossen“ Gleichgesinnte¹⁴⁹² und

¹⁴⁸³ Vgl. z. B. Information 5/90 des KV Grevesmühlen vom 22.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 4.

¹⁴⁸⁴ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 68.

¹⁴⁸⁵ Vgl. Maleuda, G.: Die DBD im Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung der DDR, in: Bauern-Echo, 29.1.1990, S. 3.

¹⁴⁸⁶ Vgl. ebd.

¹⁴⁸⁷ Vgl. Rede Maleuda auf dem Sonderparteitag am 27.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/71, S. 18 und 20.

¹⁴⁸⁸ Vgl. Information 5/90 vom 22.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 4.

¹⁴⁸⁹ Vgl. Programmatische Leitsätze der DBD im Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung der DDR, vorgetragen auf der 38. Sitzung des PV am 22.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/878.

¹⁴⁹⁰ Rede Maleuda auf dem Sonderparteitag am 27.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/71, S. 26.

¹⁴⁹¹ Vgl. z. B. Informationsbericht vom 1.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 5.

¹⁴⁹² Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags, Akten SAPMO BArch, DY 60/71, S. 91.

schlossen wie auch Maleuda eine Koalitionsregierung mit der SED nicht grundsätzlich aus.¹⁴⁹³

Unter den Delegierten fand die Rede Maleudas großen Anklang: Die Wahl zum Parteivorsitzenden gewann er mit 615 der abgegebenen 965 Stimmen deutlich, das neue Führungsgremium bestand allerdings nur noch zu einem Drittel aus den Funktionären, die auf dem letzten Parteitag im Jahr 1987 gewählt worden waren. Als Zugeständnis an den starken Reformflügel um den Berliner Bezirksvorsitzenden Ulrich Jungmanns, der mit 280 Stimmen das mit Abstand zweitbeste Ergebnis erzielte,¹⁴⁹⁴ wurde für ihn das Amt des Ersten Stellvertretenden geschaffen.¹⁴⁹⁵

Bemerkenswert ist der chaotische Ablauf des DBD-Parteitags, der dem Sonderparteitag der Nationaldemokraten in Nichts nachstand: Die mehrmalige Absetzung der Tagungsleiter, eine undurchsichtige Auswahl und Abfolge der Tagungsredner, die Wahl von Kandidaten ohne deren vorherige Zustimmung und eine scheinbar manipulierte Nominierung der Vorstandskandidaten¹⁴⁹⁶ erwecken insgesamt den Eindruck, dass seitens einiger hochrangiger Funktionäre zumindest versucht worden ist, die Parteibasis auszubooten.¹⁴⁹⁷ Dass der tumultartige Ablauf nicht entsprechend kommuniziert worden ist und nicht wie bei der NDPD zu heftigen Auseinandersetzungen in der Partei geführt hat, kann nur an der vergleichsweise handzahmen Berichterstattung der Parteizeitung *Bauern-Echo* gelegen haben. Ob daran die ehemaligen SED-Funktionäre als Betreiber des Verlagshauses, in dem das *Bauern-Echo* erschien, mitgewirkt haben, kann nur spekuliert werden. Letztlich wurde der Parteitag häufig positiv wahrgenommen und als motivierend empfunden, wenngleich der unklare Wahlmodus, die nicht gänzliche Absage an die SED und die Tatsache, dass kein Wahlprogramm verabschiedet wurde, als häufige Austrittsursachen genannt wurden.¹⁴⁹⁸ Die Austritts-

¹⁴⁹³ Vgl. ebd.

¹⁴⁹⁴ Vgl. ebd., S. 328–330.

¹⁴⁹⁵ Vgl. Pressemitteilung vom 30.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/3211. Die beiden regulären Stellvertreter sind Meyer-Bodemann (BV Rostock) und Prof. Anke.

¹⁴⁹⁶ Die Nominierung der Vorstandskandidaten wurde durch die jeweiligen Bezirksdelegationsleiter vorgenommen, zum Teil jedoch ohne 1) eine vorherige Abstimmung im Bezirk, 2) eine derartige Information an die jeweiligen Delegierten und 3) die Nominierten über ihre Nominierung zu informieren und diese um ihr Einverständnis zu bitten. Merkwürdigerweise hat die Rostocker Delegation keinen Kandidaten vorgeschlagen. Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags, SAPMO BArch, DY 60/72, S. 256.

¹⁴⁹⁷ Die stenographischen Protokolle des Sonderparteitags befinden sich in den Akten SAPMO BArch, DY 60/71 und SAPMO BArch, DY 60/72.

¹⁴⁹⁸ Vgl. z. B. Information 7/90 vom 1.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904.

zahlen stiegen zwar vorerst nicht an, die Meinung der Mitglieder wurde aber noch heterogener.¹⁴⁹⁹

Für die kommenden Wochen erwarteten die Mitglieder von ihrer Partei, dass sie sich für den Erhalt der sozialen Errungenschaften einsetzt, eine Perspektive für die Landwirtschaft aufzeigt, klare Aussagen zum Wahlbündnis trifft, Wahlwerbematerial bereitstellt und die DBD insgesamt „zukunftssträchtig“ macht.¹⁵⁰⁰

In Rostock setzte sich Mitte Februar die Befürwortung der Vereinigung bei den Mitgliedern unter der Bedingung durch, dass die sozialen Standards erhalten bleiben.¹⁵⁰¹

Die Erneuerung der DBD blieb weitgehend auf programmatische Fragestellungen beschränkt. Bereits hier zeichnete sich ab, dass die Parteiführung kaum an einer direkten Auseinandersetzung mit der Basis interessiert war, sondern die neue inhaltliche Ausrichtung der DBD über die Köpfe der Mitglieder hinweg vorgab. Wie weit dieses hierarchische Selbstverständnis der DBD-Führung noch führen sollte, zeigt sich insbesondere in der Auseinandersetzung um einen möglichen Fusionspartner.

Die Zusammenkunft der **Liberaldemokraten** zur Erneuerung ihrer Partei fand am 9. und 10. Februar 1990 und damit nach den Sonderparteitagen der anderen Blockparteien statt, weil der Transformationsprozess hier bis Ende 1989 im Wesentlichen harmonisch verlief. Erst danach erwuchs aus dem Gegensatz zwischen Basis und Führung zunehmend Spannung, sodass der Januar 1990 von einer wachsenden „Schärfe der Forderungen an die Parteiführung“¹⁵⁰² gekennzeichnet war. Die Einmütigkeit zwischen Parteibasis und Führung hatte seit etwa Dezember Risse bekommen, was Teile der Basis vor allem an dem vermeintlich zögerlichen und zu langsamen Vorgehen der Parteiführung, der mangelnden Positionsbestimmung, dem fehlenden Konzept und der zu wenig rigorosen Absage an die SED-PDS festmachten.¹⁵⁰³ Ab Januar ließ die fortbestehende Regierungsbeteiligung das verbliebene Vertrauen der Mitglieder in Gerlach und die führenden Kader zusehends schwinden. Zunehmend

¹⁴⁹⁹ Vgl. Zusammenfassende Eindrücke und Hinweise aus dem Informationen 11/90 vom 14.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3214.

¹⁵⁰⁰ Ebd. S. 1–3.

¹⁵⁰¹ Vgl. Information 10/90 vom 12.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 1–2.

¹⁵⁰² Bericht der Abteilung Parteivorstand nach Berichterstattung des BV Rostock vom 8.1.1990, ADL, Bestand Abteilung Sekretariat des ZV (Vorlagen), Nr. L8-1650.

¹⁵⁰³ Vgl. ebd., S. 2.

mehr Mitglieder wollten „*totale Opposition*“¹⁵⁰⁴ und trugen die Linie der Parteiführung nicht länger mit. Gefordert wurde stattdessen der Abbau des Parteiapparates, die Bildung von Landesverbänden, ein Austausch der alten Kader, stetige Kontakte zur FDP und Kommunalwahlen noch vor dem Mai 1990. In einigen Kreisverbänden zeichneten sich bereits Tendenzen zur Zusammenarbeit mit der NDPD ab, um „*einen schlagkräftigen Gegenpol zur SED zu bilden*“.¹⁵⁰⁵

Einen Katalysator im Erneuerungsprozess der LDP(D) stellte der Einfluss der FDP dar. Noch im Dezember 1989 hatte eine Beratung mit den Bundesgeschäftsführern der FDP ein 6-Punkte-Programm für einen möglichen Zusammenschluss von LDP(D) und FDP erarbeitet, das den Weg der LDP(D) in die gemeinsame Zukunft aufzeigen sollte: Personelle Veränderungen, die Umbenennung der Partei und eine Profilierung als Gegenpol zur SED und Kritiker der Diktatur standen dabei für die FDP ebenso auf der Agenda, wie die zeitliche Befristung der Beteiligung an der Übergangsregierung.¹⁵⁰⁶ Mit diesen Forderungen löste die FDP erste Unstimmigkeiten im Bezirk Rostock aus: Insbesondere die favorisierte Namensänderung wurde von der LDP(D) in Stralsund als „*Etikettenschwindel*“ abgelehnt und auf die jahrzehntelange Benachteiligung der Liberalen in der DDR hingewiesen. Überhaupt brauche man die FDP „*als Partner, nicht als Vater*“.¹⁵⁰⁷ Diese Diskussion um das Verhältnis von LDP(D) und FDP prägte die kommenden Monate bis zu den Fusionsverhandlungen im September 1990.

Die Vorbereitungen zum Sonderparteitag, der hier allerdings noch für März 1990 geplant war,¹⁵⁰⁸ begannen Mitte Januar auf der 9. Tagung des ZV. Erst hier, knapp zwei Monate nach der ideologischen Richtungsänderung von CDU und NDPD, erteilten die Liberaldemokraten der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine Absage.¹⁵⁰⁹ Ein Verlassen der Regierungskoalition wies Gerlach jedoch nach wie vor zurück: Die LDP(D) sei „*Regierungspartei und Oppositionspartei in einem*“, nur so könne die SED-PDS kontrolliert und die Nachhaltigkeit der Umgestaltung gesichert

¹⁵⁰⁴ Bericht der Abteilung Parteivorstand nach Berichterstattung des BV Rostock vom 8.1.1990, ADL, Bestand Abteilung Sekretariat des ZV (Vorlagen), Nr. L8-1650.

¹⁵⁰⁵ Ebd., S. 3.

¹⁵⁰⁶ Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 30.1.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33805, S. 1–2.

¹⁵⁰⁷ Ebd.

¹⁵⁰⁸ Vgl. Rede Gerlach auf der 9. Tagung des ZV am 19.1.1990, ADL, Bestand ZV-Sitzungen 1990, Nr. L4-361, S. 11.

¹⁵⁰⁹ Vgl. ebd., S. 5.

werden.¹⁵¹⁰ Auch die Forderungen nach dem geschlossenen Rücktritt des Zentralvorstands lehnte Gerlach als „Blödsinn und riskant“¹⁵¹¹ ab.

Die Planung des Parteitags zeigt sehr deutlich, dass die LDP(D) bemüht war, aus den Fehlern und den Demokratiedefiziten der vorangegangenen Sonderparteitage von CDU(D), NDPD und DBD zu lernen: Immerhin mussten hier alle vorgeschlagenen Kandidaten für den Zentralvorstand vorab informiert werden und ihrer Kandidatur zustimmen.¹⁵¹² Eine Situation, wie sie zuvor bei der DBD eingetreten war, sollte so ausgeschlossen werden. Um eine echte Auswahl zu garantieren, sollten die Bezirksdelegationen 1/3 mehr Kandidaten für den Zentralvorstand benennen, als Posten zu vergeben waren.¹⁵¹³ Mahnend wurde den Teilnehmern einer Zusammenkunft von Delegierten und Parteileitung das Beispiel des NDPD-Parteitags vor Augen geführt: Daran könne man erkennen, wohin „Unbesonnenheit, Einseitigkeit, Spontanität führen“,¹⁵¹⁴ deshalb sei Ausgewogenheit in den Diskussionen und Entscheidungen besonders wichtig. „Für und Wider zulassen, Anhören, Abwägen“, lautete die Devise.¹⁵¹⁵

Um den Mitgliedern entgegenzukommen, konnte Gerlach die ZV-Mitglieder davon überzeugen, keinen Gebrauch von ihrem eigenen Wahlrecht zu machen. So sollte eine Beeinflussung des Mitgliedervotums ausgeschlossen werden.¹⁵¹⁶ Eine Nachlässigkeit leistete sich jedoch auch die LDP(D): Die Leiter der Bezirksdelegationen, die wichtige organisatorische Befugnisse u.a. bei den Wahlhandlungen haben, wurden selbst nicht gewählt, sondern waren die jeweils amtierenden stellvertretenden Bezirksvorsitzenden.¹⁵¹⁷ Der Rostocker Bezirksvorsitzende Krüger stand auf dem Parteitag als Generalsekretär zur Wahl.¹⁵¹⁸

¹⁵¹⁰ Ebd., S. 6.

¹⁵¹¹ Ebd., S. 11.

¹⁵¹² Vgl. Beratung mit den Bezirksvorsitzenden am 11.1.1990, ADL, Bestand Parteitag 1990, Nr. L6-335.

¹⁵¹³ Vgl. ebd.

¹⁵¹⁴ Zum Inhalt und Ziel der Beratungen mit den Delegierten zum außerordentlichen Parteitag auf Bezirks- und Landesebene vom 25.1.1990, ADL, Bestand Abteilung Sekretariat des ZV (Vorlagen), Nr. L8-1650.

¹⁵¹⁵ Ebd.

¹⁵¹⁶ Vgl. ebd., S. 16.

¹⁵¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁵¹⁸ Zum Inhalt und Ziel der Beratungen mit den Delegierten zum außerordentlichen Parteitag auf Bezirks- und Landesebene vom 25.1.1990, ADL, Bestand Abteilung Sekretariat des ZV (Vorlagen), Nr. L8-1650, S. 2.

Eine eindeutige „Kampfansage“ an die SED blieb aber trotz der Absage an ein mögliches Bündnis aus: Man wolle „keine schmutzige Wäsche mit der SED waschen“, denn „jeder Bürger weiß ja, was der eine oder andere vorher gemacht hat“. ¹⁵¹⁹ Konkrete Aussagen zu einem liberalen Bündnis, zur Zusammenarbeit mit den FDP und einer deutschen Vereinigung konnte Gerlach der Basis allerdings nicht mehr abschlagen. ¹⁵²⁰ Auch die Bildung von Landesverbänden sollte der Parteitag beschließen, obwohl die Länderbildung selbst erst für 1991 angestrebt wurde. ¹⁵²¹ Nach reger Diskussion um die Namensfrage nahm die LDP(D) als Zeichen der Erneuerung auf dem Sonderparteitag wieder ihren Gründungsnamen LDP ¹⁵²² an. Einer der eingereichten Anträge stammte von der Rostocker Bezirksdelegation. Um die „endgültige Spaltung der Partei“ zu verhindern, schlugen sie einen Kompromiss für die laufende Namens- und Bündnisdiskussion vor. Die erneuerte LDP(D) sollte ein enges Bündnis aller liberalen Kräfte herbeiführen und die Vereinigung direkt nach der Kommunalwahl am 6. Mai unter dem neuen Namen *Freie Demokraten* vollziehen. Anschließend sollten gemeinsame Strukturen mit der FDP (West) gebildet werden, um die Einheit Deutschlands vorzubereiten. ¹⁵²³ Wie nah dieser Plan an der tatsächlichen Umsetzung des liberalen Bündnisses ab März 1990 war, zeigt das fünfte Kapitel dieser Arbeit.

Erstaunlicherweise war die LDP(D) die einzige Partei, die nicht nur ihre Finanzen offenlegte, sondern sich auch für eine Kommunalwahl am 6.5.1990 einsetzte: Alle anderen Parteien hielten diesen Termin für unrealistisch. Insbesondere die Parteien, die aus der Bürgerbewegung hervorgegangen waren, lehnten diesen Wahltermin ab, da sie sich bis dahin nicht ausreichend konsolidiert und organisiert wähten. ¹⁵²⁴

¹⁵¹⁹ Ebd., S. 20.

¹⁵²⁰ Vgl. ebd., S. 12.

¹⁵²¹ Vgl. ebd., S. 23.

¹⁵²² Mehrere Anträge von Mitgliedern, die LDP(D) direkt in FDP-Ost umzubenennen, mussten wegen der bereits erfolgten Vergabe des Namens an eine andere Partei abgelehnt werden. Der Namensvorschlag LDP stammt dagegen aus der Feder des politischen Ausschusses der LDP(D). Schreiben an alle KV und Mitglieder des Sekretariates des KV vom 2.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33974.

¹⁵²³ Antrag der Bezirksdelegation Rostock an den Sonderparteitag, ohne Datum, ADL, Bestand Parteitag 1990, Nr. L6-335.

¹⁵²⁴ Vgl. Rede Gerlach auf der 9. Tagung des Zentralvorstands am 19.1.1990, ADL, Bestand Sitzungen des Zentralvorstands, Nr. L4-361, S. 22.

Der Sonderparteitag selbst verlief ohne Skandale. Joachim Günther¹⁵²⁵ wurde mit fast 70 % zum neuen Hauptgeschäftsführer gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden mit noch größerer Zustimmung Kurt Wünsche und der Rostocker Kinderarzt Wolf-Rainer Cario. Die Personale Wünsche war bei der FDP jedoch nicht unumstritten, da er von 1967 bis 1972 Justizminister der DDR gewesen ist. Noch vor der Parteifusion musste Wünsche auf Druck der Westliberalen zurücktreten. Ähnlich überraschend wie Günther wurde der Rostocker Kreisvorsitzende Rainer Ortleb zum Parteivorsitzenden gewählt, allerdings mit knappen 51,6 %.¹⁵²⁶ Gerlach hatte bereits im Frühjahr angekündigt, nicht erneut zu kandidieren. Abgesehen von Wünsche hat sich in der LDP(D) tatsächlich die Riege der ehemaligen Kreisfunktionäre durchgesetzt. Verständlicherweise traf in Rostock besonders die Wahl Ortlebs auf große Zustimmung.¹⁵²⁷ Mit Hinblick auf die geplante Vereinigung mit der FDP war die Aussicht auf eine problemlosere Integration der doppelt so starken LDP(D)-Mitgliedschaft in die FDP nach dem Wegfall bekannter Führungspersönlichkeiten und Integrationsfiguren der LDP(D) wesentlich größer als zuvor. Daher kam die Wahl des unbekannten Ortleb den Westliberalen vermutlich nicht ungelegen.

Nachdem die personelle Erneuerung vollzogen war, fand im neuen Programm auch die inhaltliche Neuausrichtung Niederschlag. Darin bekannte sich die erneuerte und umbenannte LDP zu den Werten Freiheit, liberale Toleranz, Frieden, Humanismus und den Menschenrechten. Die Betonung des National- und Heimatbewusstseins ist wohl als Zugeständnis an eine mögliche Fusion mit den Nationaldemokraten zu werten, die offiziell aber noch abgelehnt wurde.¹⁵²⁸ Ein in Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Demokratie und Selbstverwaltung geeintes Deutschland in Europa, geprägt von Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung, in dem Solidarität mit Schutzbedürftigen und Leistungsorientierung sich nicht ausschließen, strebten die Liberaldemokraten an. Die personelle und inhaltliche Erneuerung der LDP(D) war die Grundlage für das liberale Wahlbündnis BFD, das direkt nach dem Parteitag am 12.2.90 ins Leben gerufen wurde.

¹⁵²⁵ Günther war seit 1985 Kreissekretär im KV Plauen/BV Sachsen. Als Vorsitzender des FDP-LV Sachsen machte er in der FDP Karriere und war bis zum Ausscheiden der FDP aus dem deutschen Bundestag im Jahr 2013 MdB.

¹⁵²⁶ Alle Wahlergebnisse aus: ADL, Bestand Parteitag 1990, Nr. L6-335.

¹⁵²⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariat des KV Stralsund vom 15.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33805.

¹⁵²⁸ Eine Fusion der Gesamtparteien sei nicht gewollt, aber einzelne Mitglieder können gern beitreten. So Schreiben an alle KV und Mitglieder des Sekretariates des KV vom 2.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33974.

Den Reformbonus aus den letzten DDR-Jahren hatte die LDP(D) durch ihr zögerliches und verspätetes Reagieren noch im Jahr 1989 aufgebraucht.¹⁵²⁹ Den Erneuerungen des Sonderparteitages im Februar 1990 widmete die Öffentlichkeit nur wenig Aufmerksamkeit, da die LDP(D) nicht mehr die Partei war, auf die die gesamtdeutsch-orientierten Bevölkerungsteile ihre Hoffnungen setzten. Für die Monate bis zur Kommunalwahl lässt sich resümieren, dass die LDP(D) an dem Wunsch nach Vereinbarkeit von oppositioneller Reformforderung und gleichzeitiger Wahrnehmung von Regierungsverantwortung gescheitert ist.

4.4. Kreisverbände: Diskrepanzen offenbaren bestehende Spielräume

Dass es Raum zum Äußern von Kritik und Widerspruch gab und dieser sowohl von Mitgliedern als auch von Funktionären genutzt wurde, zeigt sich in fast allen Kreisen. Durch die gewollte Enge des Systems und die Anpasstheit der Parteivorsitzenden blieb die Kritik jedoch bis zum Herbst 1989 nahezu unwirksam. Andererseits gab es Kreisvorsitzende, deren Konformität scheinbar ohne Schwierigkeiten von den Mitgliedern akzeptiert wurde.

Eingriffe der Bezirksverbände in die Besetzung der Kreisfunktionärsposten lassen sich in allen Parteien nachweisen und verdeutlichen das Bemühen der Bezirksebene, die Kontrolle über ihre Kreisverbände zu erhalten bzw. wiederzuerlangen. Die Hochphase des politischen Engagements lag bei allen Kreisverbänden zwischen Ende September und Mitte Dezember 1989. Die Nähe zu den Vorgaben der SED und der Grad der Beteiligung an der Friedlichen Revolution unterschieden sich in den jeweiligen Kreisverbänden jedoch immens.

Im Folgenden werden die Kreisverbände der Parteien charakterisiert. Den Schwerpunkt bildet die Frage nach dem Nutzen der Handlungs- und Positionierungsspielräume durch die Kreisfunktionäre und den daraus entstandenen Divergenzen innerhalb des Bezirksverbandes. Die Untersuchung von Spezifika der vier Parteiverbände innerhalb eines

¹⁵²⁹ Den erdrurtschartigen Verlust des Rückhalts in der Bevölkerung kann man auch anhand der Wahlprognosen vom November und Dezember 1989 verfolgen: Im November prognostiziert die Zeitschrift *Stern* der LDP(D) einen Stimmenanteil von 15 %, nur einen Monat später kommt die Tageszeitung *Neues Deutschland* nur noch auf einen Wert von 2,6 %. Dabei ist allerdings zu beachten, dass sowohl der *Stern* als westdeutsches Magazin als auch das *ND* als Tageszeitung des alten Systems nicht unabhängig sind. Zahlen entnommen aus: Lapp, Ausverkauf, S. 87.

Kreises hinsichtlich ihrer geographischen Lage, ihres Verstärkerungsgrades und bildungspolitischer Aspekte schließt sich an.

Die folgende Darstellung orientiert sich am Aktivitätsgrad und der Reformorientierung der Parteien, deshalb beginnt sie mit der LDP(D). Es folgen CDU(D), NDPD und DBD. Die Reihenfolge der einzelnen Kreisverbände folgt ebenfalls dieser Wertung. Da die Kreisverbände jedoch unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt haben, ist ein genaues parteiinternes Ranking nicht möglich, sondern die innerparteilichen Reihungen als Tendenz zu verstehen.

Insbesondere innerhalb des **LDP(D)-Bezirksverbandes** gab es viele gleichermaßen aktive und reformorientierte Kreisverbände. Einer ihrer auffälligsten war **Bad Doberan**. Sehr deutlich und konsequent sprach man sich hier für die Übernahme der sowjetischen Reformen aus, reflektierte den Charakter der sozialistischen Demokratie und die Beziehungen der fünf Blockparteien zueinander.¹⁵³⁰ Der vorerst unerfüllte Wunsch nach Veränderung und mehr Einfluss der Liberaldemokraten führte auch die Bad Doberaner zu massiver Resignation und Müdigkeit, die sich im Jahr 1988 in Personalproblemen, Ämterniederlegungen und Austritten widerspiegelte.¹⁵³¹ Die Entwicklungsprobleme, die die Liberaldemokraten zu Resignation und Desillusionierung verleiteten, hatten hier am deutlichsten einen ideellen Charakter.¹⁵³² Nicht nur durch die offene Kritik an den mathematischen Unstimmigkeiten im Wahlergebnis,¹⁵³³ die Verurteilung der Vorfälle in Peking¹⁵³⁴ und durch den Aufruf zu oppositionellem Verhalten im August 1989¹⁵³⁵ nahm der LDP(D)-Kreisverband Bad Doberan eine Vorreiterstellung im Bezirk ein: Er prangerte die mangelnde Kooperationsbereitschaft der SED auf kommunaler Ebene schon deutlich vor dem Sommer 1989 an¹⁵³⁶ und plädierte

¹⁵³⁰ Vgl. z. B. Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 9.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁵³¹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Bad Doberan vom 6.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹⁵³² Vgl. Analyse der Faktoren, die Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes bewegen, vom 21.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

¹⁵³³ Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 7.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 1–2.

¹⁵³⁴ Vgl. ebd., S. 2.

¹⁵³⁵ Vgl. Abrechnung der Arbeitsergebnisse Bad Doberan vom 15.8.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796, S. 2.

¹⁵³⁶ Vgl. Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3 und Brief des LDPD-Kreissekretärs an den Sekretär der SED-Kreisleitung vom 17.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796.

für eine größere Akzeptanz Andersdenkender.¹⁵³⁷ Er schätzte die Erneuerung der LDP(D) und der politischen Strukturen der DDR bereits im Winter 1989/90 als ungenügend ein¹⁵³⁸ und begleitete die Entstehung des BFD äußerst kritisch.¹⁵³⁹

Mit diesem Engagement gehörte der Kreisverband Bad Doberan bis zum April 1990 – mit einer Verlustquote von nur 7 % – zu den stabilsten Kreisverbänden der LDP(D).¹⁵⁴⁰

Der **LDP(D)-Kreisverband Ribnitz-Damgarten** war nicht nur der Kreisverband mit der größten Mitgliederdichte¹⁵⁴¹ im Bezirk, sondern nahm bereits ab 1987 eine Stimmungsänderung seiner Mitglieder wahr und forderte deshalb eine deutlichere Profilierung der Partei.¹⁵⁴² Die Kritik der Mitglieder an der Wirkungsweise der Abgeordneten,¹⁵⁴³ den bevorzughenden Reisebestimmungen und Wirtschaftshemmnissen¹⁵⁴⁴ spiegelte auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung im Kreis wider. „*Es knistert überall*“, beschrieb der Vorstand die Lage im Kreisverband im Sommer 1988 und warnte vor einem Funken, der „*ein Feuer*“ entfachen könnte.¹⁵⁴⁵ Hitzige Diskussionen um grundlegende Wirtschaftsreformen, die Eigenständigkeit der LDP(D) und die zu geringe Wahrnehmung der Parteibasis¹⁵⁴⁶ führten angesichts der Unbeweglichkeit der Regierung sowohl zu Resignation als auch zu einer der ersten Forderungen nach Übernahme des sowjetischen Wahlgesetzes.¹⁵⁴⁷ Andererseits kamen auch

¹⁵³⁷ Informationsbericht LDP(D)-Bad Doberan vom 5.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

¹⁵³⁸ Analyse der Austritte aus der Partei im KV Bad Doberan vom 4.1.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

¹⁵³⁹ Bericht über Probleme bei der Zusammenführung im KV Bad Doberan, Anfang April 1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33757.

¹⁵⁴⁰ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁵⁴¹ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen am 31.12.1988*, S. 428.

¹⁵⁴² Vorlage des KV Ribnitz-Damgarten für die Sitzung des Sekretariats des ZV vom 15.4.1986, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1608, S. 26.

¹⁵⁴³ Protokoll der Sitzung des Sekretariats Ribnitz-Damgarten vom 2.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

¹⁵⁴⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten für Oktober 1988 vom 4.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

¹⁵⁴⁵ Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 9.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

¹⁵⁴⁶ Vgl. Referat des stellvertretenden Kreisvorsitzenden des KV Ribnitz-Damgarten vom 22.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

¹⁵⁴⁷ Vgl. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 3.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

stark vermittelnde Stimmen aus Ribnitz-Damgarten.¹⁵⁴⁸ Im Herbst 1989 nahm der Kreisverband eine Vorreiterposition ein: Ende Oktober 1989 lehnten einige Ribnitz-Damgartener die Führungsrolle der SED ab.¹⁵⁴⁹ Auch im Jahr 1990 war der Kreisverband engagiert und erzielte gemeinsam mit Wismar mit 4,3 % das beste Volkskammerwahlergebnis im Bezirk.¹⁵⁵⁰

Der **LDP(D)-Kreisverband Wismar** präsentierte sich besonders aktiv in der Auseinandersetzung mit der SED. Spätestens ab 1986 stand hier zwar noch nicht der Führungsanspruch an sich, aber die Ausgestaltung des Verhältnisses der Parteien zueinander in der Kritik.¹⁵⁵¹ Ab Mai 1988 wurden sowohl häufig grundsätzliche Fragen nach der Rechtfertigung der Vormachtstellung der SED als auch die nach der Verantwortung der LDP(D)-Führung für Fehlentwicklungen gestellt.¹⁵⁵² Gleichzeitig nahmen die Mitglieder aber auch Tendenzen von Desinteresse und Resignation in Bevölkerung und Partei wahr, die sich in zunehmenden Ausreiseanträgen und illegalen Grenzübertritten ausdrückten.¹⁵⁵³ Dem Rückzug in die Privatheit wollten die Liberaldemokraten entgegenwirken durch die Einführung sowjetischer Reformen,¹⁵⁵⁴ einer effizienten und bedarfsorientierten Wirtschaft¹⁵⁵⁵ und einer Verjüngung des Politbüros.¹⁵⁵⁶

¹⁵⁴⁸ So scheint es auch angesichts der Kritik aus dem KV an der sozialistischen Demokratie in der DDR naiv zu fragen, warum man sich in Jugoslawien das Mehrparteiensystem der westlichen Welt zum Vorbild nimmt und nicht das der DDR. Ob diese Frage allerdings von den gleichen Mitgliedern stammte, die das sowjetische Wahlsystem als wegweisend empfanden, lassen die Quellen nicht erkennen. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 7.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

¹⁵⁴⁹ Vgl. Resolution der Wohngebietsgruppe Körkwitz (KV Ribnitz-Damgarten) vom 29.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33755.

¹⁵⁵⁰ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen 18.3.1990*, S. 433.

¹⁵⁵¹ Vgl. z. B. Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres des KV Wismar vom 18.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 1–2.

¹⁵⁵² Vgl. Bericht zum Politischen-Bildungszirkel Nr. 7 des KV Wismar vom 2.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879.

¹⁵⁵³ Vgl. Informationsbericht KV Wismar vom 8.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880.

¹⁵⁵⁴ Eine Gruppe jüngerer Mitglieder hatte einen entsprechenden Forderungskatalog an das ZK der SED aufgesetzt, der letztlich aber nicht angeschiedt worden ist. Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung des KV Wismar vom 16.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

¹⁵⁵⁵ Vgl. z. B. Protokoll der Sekretariatssitzung des KV Wismar vom 23.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806, S. 3.

Als Reformen jedoch ausblieben und die Kommunalwahl in Mai 1989 nicht zur Entspannung beitrug, sahen einige Mitglieder im Verlassen der DDR den einzig verbliebenen Weg.¹⁵⁵⁷

Dass die SED auch im November noch an ihrem Führungsanspruch festhielt, wurde im späten Herbst als Hauptursache der andauernden Ausreise angesehen.¹⁵⁵⁸ Auch die LDP(D)-Führung säe durch ihr zögerliches Verhalten Misstrauen¹⁵⁵⁹, weshalb die absolute Eigenständigkeit der LDP(D) und die Auflösung der SED notwendige Grundlage der Erneuerung seien.¹⁵⁶⁰ Für diese entschiedene Linie wurde die LDP(D)-Wismar mit einem Mitgliederzuwachs um 74 Personen im zweiten Halbjahr 1989 (\triangleq 15,7 %) belohnt.¹⁵⁶¹ Ab Ende November brach die Informationstätigkeit ein. Daher kann über die Ursachen des ebenso drastischen Mitgliederverlustes von über 21 % zwischen dem Herbst 1989 und dem Frühjahr 1990¹⁵⁶² nur spekuliert werden.

Der **LDP(D)-Kreisverband Rostock-Land** hat das umfangreichste Quellenmaterial hinterlassen. Er ist der LDP(D)-Kreisverband mit dem größten kritischen und reformsozialistischen Selbstverständnis. In ihrer Begeisterung für die Reformen Gorbatschows¹⁵⁶³ registrierten die Mitglieder die deutliche Ablehnung des neuen Weges durch SED-Funktionäre und die zunehmende Zensur von Schriften und Reden Gorbatschows.¹⁵⁶⁴ Folgende Neuerungen sollten die DDR demokratischer machen: Rechenschaftspflicht und Haftung für leitende Kader,¹⁵⁶⁵ authentische Informa-

¹⁵⁵⁶ Informationsbericht des KV Wismar vom 8.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800, S. 2.

¹⁵⁵⁷ Vgl. Informationsbericht des KV Wismar vom 4.8.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880, S. 2.

¹⁵⁵⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariates Wismar am 5.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806, S. 2.

¹⁵⁵⁹ Vgl. Informationsbericht des KV Wismar vom 2.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

¹⁵⁶⁰ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Wismar vom 20.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

¹⁵⁶¹ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁵⁶² Siehe ebd.

¹⁵⁶³ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 6.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

¹⁵⁶⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 9.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

¹⁵⁶⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 10.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

tionspolitik,¹⁵⁶⁶ inhaltliche Auseinandersetzung mit Andersdenkenden,¹⁵⁶⁷ mehr innerparteiliche Demokratie,¹⁵⁶⁸ mehr Mitspracherecht für die Blockparteien,¹⁵⁶⁹ deutliche Trennung von Partei und Staat¹⁵⁷⁰ sowie ein neues Wahlsystem.¹⁵⁷¹

In diesem Kreisverband scheint der Einfluss der „Intelligenz“ besonders groß gewesen zu sein. Die Mehrheit der Kreisfunktionäre war promoviert und es wurde regelmäßig auf die meinungsbildende Kraft dieser sozialen Schicht hingewiesen.¹⁵⁷² Dass die LDP(D)-Volkskammerfraktion der SED-Erklärung zu den Pekingereignissen trotz gegenteiliger Überzeugung zustimmte, verurteilte der Kreisverband.¹⁵⁷³ Für sein Engagement und seine konsequente Haltung wurde er mit dem höchsten LDP(D)-KV-Mitgliederzuwachs des Sommers 1989 im BV Rostock belohnt.¹⁵⁷⁴

Die Stagnation der SED und deren offenbare Ablehnung durch das Volk ließ die Mitglieder im November fragen, ob die Gesellschaftsform der DDR „überhaupt ein Sozialismus“ gewesen sei.¹⁵⁷⁵ Damit läutete der Kreisverband die desillusionierte Abkehr von dem Gesellschaftsmodell ein. Nachhaltig beschleunigt wurde dieser rasante Abkehrprozess durch Enthüllungen über die Privilegien und Verfehlungen der ehemaligen

¹⁵⁶⁶ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 8.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2 oder auch Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, Nr. 33845, S. 2.

¹⁵⁶⁷ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, Nr. 33845, S. 2.

¹⁵⁶⁸ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 3.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

¹⁵⁶⁹ Abschlussbericht zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher im KV Rostock-Land, ohne Datum (vermutlich Anfang 1988), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 2.

¹⁵⁷⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 8.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

¹⁵⁷¹ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 6.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

¹⁵⁷² Vgl. z. B. Informationsbericht Oktober 1988 des KV Rostock-Land (ohne Datum), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

¹⁵⁷³ Vgl. z. B. Informationsbericht Juni 1989 des KV Rostock-Land (ohne Datum), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

¹⁵⁷⁴ Vgl. Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁵⁷⁵ Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 8.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

Elite.¹⁵⁷⁶ Das Bekenntnis zur deutschen Einheit und liberal-marktwirtschaftlichen Inhalten erfolgte noch im Jahr 1989.¹⁵⁷⁷ Mit knapp 4 % erzielte der Kreisverband im Bezirksvergleich ein durchaus annehmbares Volkskammerwahlergebnis, wenn man bedenkt, dass *FDP-Ost* und *DFP* hier keine Gliederungen unterhalten haben.¹⁵⁷⁸

Der **LDP(D)-Kreisverband Rostock-Stadt** verhielt sich ähnlich kritisch. Er prangerte die alltäglichen Zustände in der DDR an,¹⁵⁷⁹ drängte auf die notwendige Ausbildung eines eigenen Partei-Profiles¹⁵⁸⁰ und kritisierte die Wirkungsmöglichkeiten der Abgeordneten massiv.¹⁵⁸¹ Gehäuft kamen auch Fragen nach der mangelnden Aufarbeitung der Verbrechen des Dritten Reiches innerhalb der DDR aus der Bezirkshauptstadt.¹⁵⁸²

Mit der Forderung nach Einführung der Fraktionsarbeit auf allen Ebenen¹⁵⁸³ war der Kreisverband Rostock-Stadt Ende 1987 einer der ersten, ebenso wie mit der stärkeren Einbeziehung der Parteijugend durch die Gründung eines Jugendbeirates Ende 1988.¹⁵⁸⁴ Wie auch im dazugehörigen Landkreis wurde hier ein offener Meinungsstreit des Staates mit Andersdenkenden gefordert.¹⁵⁸⁵ Auf die Vorgänge in Peking hatte der Kreisverband eine eigene Sicht und wertete diese als inszenierte Ausschreitung zur Beseitigung von unliebsamen Gegnern.¹⁵⁸⁶ Die positive Berichterstattung der DDR-Medien über die Ereignisse in China inter-

¹⁵⁷⁶ Vgl. Erklärung des Kreissekretärs des KV Rostock-Land vom 4.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834.

¹⁵⁷⁷ Vgl. Brief des Kreissekretärs des KV Rostock-Land an Gerlach vom 19.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834.

¹⁵⁷⁸ Siehe *Tabelle 10 Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S. 433.

¹⁵⁷⁹ Vgl. z. B. Auswertung der Jahreshauptversammlung 1987 des KV Rostock-Stadt vom 9.6.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803 oder Informationsbericht vom 5.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁵⁸⁰ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3.

¹⁵⁸¹ Vgl. z. B. ebd., S. 4–5.

¹⁵⁸² Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 7.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

¹⁵⁸³ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.11.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 3–4.

¹⁵⁸⁴ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung des KV Rostock-Stadt vom 24.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803.

¹⁵⁸⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 9.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

¹⁵⁸⁶ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.7.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

pretierten die Mitglieder des Kreisverbandes als Warnung an das eigene Volk.¹⁵⁸⁷ Insgesamt war der Kreisvorsitzende – spätere BFD-Vorsitzende, FDP-Bundesminister und Landesverbandsvorsitzende – Rainer Ortleb aktiv in die Arbeit in seinem Bezirk eingebunden und konnte die reformorientierten Erwartungen seiner Mitglieder offenbar erfüllen.

Auch der **LDP(D)-Kreisverband Rügen** war ein Verfechter der sowjetischen Reformen. Mit mehr Offenheit, Transparenz, produktiver Kritik und Meinungsfreiheit wollten die Rügener Liberaldemokraten den Sozialismus in der DDR attraktiver machen und die Wirkungsmöglichkeit ihres Kreisverbandes erhöhen.¹⁵⁸⁸ Ab dem Sommer 1987 berichtete der Kreisverband Rügen besonders anschaulich über den Stimmungswandel in der Mitgliedschaft.¹⁵⁸⁹

Undurchsichtige Personalwechsel,¹⁵⁹⁰ das lange Hoffen auf die „Lernbereitschaft“ der SED und die fortschreitende Entmündigung der Bürger heizten jedoch die Stimmung an.¹⁵⁹¹ Anfang 1988 wurde bereits „aggressiv und provozierend“ diskutiert, sodass intensive Auseinandersetzungen die Parteiveranstaltungen prägten.¹⁵⁹² Dabei wurde auch die Arbeitsweise der SED heftig kritisiert und ihr angeraten, diese zu überdenken.¹⁵⁹³

Bis zum Sommer 1989 nahm die Schärfe der Auseinandersetzungen weiterhin zu. Einige Abgeordnete hatten „förmlich Angst“, sich diesen zu stellen.¹⁵⁹⁴ Die Hinnahme der als manipuliert erkannten Wahlen im Mai durch die LDP(D)-Führung brachte das Fass zum Überlaufen und führ-

¹⁵⁸⁷ Ebd.

¹⁵⁸⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 9.4.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812, S. 2.

¹⁵⁸⁹ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom Juni 1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

¹⁵⁹⁰ Die Abberufung des Kreissekretärs löste Ende 1987/Anfang 1988 heftige Diskussionen innerhalb der Mitgliedschaft und zwischen diesem, den übrigen Kreisfunktionären und dem Bezirk aus. Vgl. z. B. Protokoll der Kreissekretariats-sitzung Rügen vom 8.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33804.

¹⁵⁹¹ Abschlussbericht des 30. Zirkeljahres des KV Rügen vom 22.7.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33815.

¹⁵⁹² Informationsbericht des KV Rügen vom 7.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813.

¹⁵⁹³ Vgl. Schreiben des Rügener Kreisvorsitzenden an Krüger vom 6.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33813.

¹⁵⁹⁴ Informationsbericht des KV Rügen vom 7.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

ten dazu, dass der Rügener Kreisverband die politische Anleitung durch die Parteileitung ablehnte.¹⁵⁹⁵

Trotz der niedrigsten Neuwerbungsquote im Bezirk war der Kreisverband im Herbst sehr aktiv: Die Versammlungen waren so „gut besucht wie noch nie“ und auch das Interesse an der LDP(D) war „noch nie so groß“ wie im November 1989.¹⁵⁹⁶ Obwohl der Kreisverband ab Dezember 1989 kaum noch Material hinterlassen hat, sprechen die 57 Neueintritte im ersten Quartal 1990 dafür, dass hier auch im Frühjahr 1990 noch Parteiarbeit geleistet worden ist.

Der **LDP(D)-Kreisverband der Stadt Greifswald** machte im Untersuchungszeitraum eine deutlich erkennbare Entwicklung durch. Vor dem Sommer 1988 wurden die allgegenwärtigen Themen der Liberaldemokraten zwar kritisch angesprochen, diese aber noch nicht zu einer grundsätzlichen Systemkritik formuliert.¹⁵⁹⁷ Erst ab dem Sommer 1988 mehrten sich Forderungen nach Reformierung der DDR nach sowjetischem Vorbild und einer demokratischen Ausgestaltung des Sozialismus.¹⁵⁹⁸ Auffällig ist jedoch, dass der Kreisverband Greifswald die geringste Mitgliederdichte im Bezirk Rostock aufwies.¹⁵⁹⁹

Wirtschaftliche Probleme und das diagnostizierte Demokratiedefizit beförderten im Juli 1989 die Prognose des bevorstehenden Untergangs des Ostblocks.¹⁶⁰⁰ Als erster Kreisverband innerhalb des LDP(D)-Bezirksverbandes forderte Greifswald im November 1989 die Einberufung eines Sonderparteitags und stellte die Frage nach der Verantwortlichkeit der eigenen Parteiführung.¹⁶⁰¹ Bis zum April 1990 verlor der Kreisverband unterdurchschnittlich wenige Mitglieder,¹⁶⁰² was auch darin be-

¹⁵⁹⁵ Vgl. Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres des KV Rügen vom 26.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33815.

¹⁵⁹⁶ Informationsbericht des KV Rügen vom 10.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

¹⁵⁹⁷ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Greifswald vom 9.2.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁵⁹⁸ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Greifswald vom 6.7.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹⁵⁹⁹ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

¹⁶⁰⁰ „Die alte Welt trägt den Stempel des unvermeidlichen Untergangs“, Informationsbericht des KV Greifswald vom 7.7.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

¹⁶⁰¹ Vgl. Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung des KV Greifswald vom 1.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797.

¹⁶⁰² Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

gründet sein kann, dass er die mangelnde Erneuerung des eigenen Parteivorstands hart kritisierte.¹⁶⁰³ Dass sich in der Greifswalder LDP(D) auch weiterhin lokale Honoratioren engagierten und auch der Kreissekretär im Amt blieb, kann gleichermaßen als unzureichende Erneuerung des Kreisverbandes ausgelegt werden.

Von dem kleinsten **LDP(D)-Kreisverband Grimm** ist relativ wenig Aktenmaterial überliefert. Aus diesem geht jedoch hervor, dass die Grimmener sich trotz personeller Probleme auf Funktionärsbene sehr kritisch mit der DDR auseinandersetzten¹⁶⁰⁴ und sich überdurchschnittlich stark mit internationalen Themen beschäftigten.¹⁶⁰⁵ Der erschütterte Glaube an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Reformierbarkeit der DDR¹⁶⁰⁶ führte ab Sommer 1988 zu Problemen in der Mandatsbesetzung¹⁶⁰⁷ und zu Reibereien mit einigen lokalen SED-Funktionären.¹⁶⁰⁸

Die Regierungsrücktritte im Ostblock beobachteten die Grimmener besonders kritisch, da sie dahinter Parallelen zu den Zuständen in der DDR erkannten.¹⁶⁰⁹ Die Ohnmacht der LDP(D) führte am Beginn des Jahres 1989 zu der Erkenntnis, dass die Überalterung der SED Ursache der mangelnden Veränderungsbereitschaft¹⁶¹⁰ und die Alleinherrschaft jeder kommunistischen Partei abzulehnen sei.¹⁶¹¹ Zudem leiste die sture Negierung der nötigen Reformen durch die SED einer gefährlichen Entwicklung Vorschub. Daher sei die LDP(D) geradezu zu oppositionellem

¹⁶⁰³ Vgl. Analyse des KV Greifswald vom Januar 1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

¹⁶⁰⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Grimm vom 6.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33782, S. 2.

¹⁶⁰⁵ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung des KV Grimm vom 13.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33799.

¹⁶⁰⁶ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Grimm vom 7.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

¹⁶⁰⁷ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Grimm vom 6.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33782, S. 2.

¹⁶⁰⁸ Vgl. z. B. Bericht über den Stand der kaderpolitischen Absicherung der Kommunalwahl im KV Grimm vom 28.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33756.

¹⁶⁰⁹ Vgl. Informationsbericht des KV Grimm vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹⁶¹⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Grimm vom 6.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹⁶¹¹ Vgl. Informationsbericht des KV Grimm vom 10.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

Verhalten herausgefordert, schätzte man in der letzten Stellungnahme aus Grimmen Anfang September 1989 ein.¹⁶¹²

Obwohl die weitere Entwicklung nicht durch Quellen belegbar ist, scheint die Grimmener LDP(D) sich im Allgemeinen den Erwartungen der Mitglieder und Bürger entsprechend entwickelt zu haben. Denn mit knapp 7 % Mitgliederverlust gehörte Grimmen zu den stabilsten Kreisverbänden im Bezirksverband Rostock.¹⁶¹³

Im **LDP(D)-Kreisverband Wolgast** bestimmten tagespolitische Versorgungsfragen, Saisonprobleme und mangelnde Arbeitskräfte die Diskussionen.¹⁶¹⁴ Resignation angesichts des gesellschaftlichen Stillstandes war auch hier weit verbreitet.¹⁶¹⁵ Austrittserklärungen und Ämterniederlegungen von Kreisfunktionären und kommunalen Volksvertretern häuften sich ab Sommer 1988.¹⁶¹⁶ Nach regen Personalwechseln schätzte der Bezirksverband seinen östlichsten Kreisverband als unterstützungsbedürftig ein.¹⁶¹⁷ Trotz „umfangreicher Kritik überall“¹⁶¹⁸ scheint die Zusammenarbeit mit der SED bis weit in das Jahr 1989 aber noch „intakt“ gewesen zu sein.¹⁶¹⁹

Erst ab dem Oktober 1989 setzte sich die LDP(D)-Wolgast deutlich für eine Erneuerung der DDR ein und forderte eine Neugestaltung der Blockpolitik, mehr Eigenständigkeit der Parteien, ein Parteiprogramm

¹⁶¹² Vgl. Informationsbericht des KV Grimmen vom 8.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

¹⁶¹³ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶¹⁴ Vgl. z. B. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Wolgast vom 28.4.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807, S. 2–3.

¹⁶¹⁵ Vgl. z. B. Protokoll der Sekretariatssitzung des KV Wolgast vom 25.5.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807 und Informationsbericht vom 8.9.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹⁶¹⁶ So bitten im LDP(D)-KV Wolgast u.a. der stellvertretende Kreisvorsitzende und der stellvertretende Kreissekretär um Abberufung. Siehe z. B. Protokoll Sitzung des Sekretariats des KV vom 28.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807, S. 2.

¹⁶¹⁷ Vgl. Vorlage des KV Wolgast für die Sitzung des Sekretariats des ZV am 29.9.1987: Berichterstattung zu Ergebnissen, Erfahrungen und Problemen bei der Führung der persönlichen Gespräche zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher vom 15.9.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33755, S. 9.

¹⁶¹⁸ Informationsbericht des KV Wolgast vom 9.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

¹⁶¹⁹ So wurde offen über die Umarbeitung von Diskussionsbeiträgen durch die SED berichtet. Vgl. z. B. Protokoll der Sekretariats des ZV - Sitzung am 21.2.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807, S. 2.

und eine größere Basisorientierung.¹⁶²⁰ Es bedurfte aber erst einer Revolte der Mitglieder, um die Kreisfunktionäre Ende Oktober aus ihren Ämtern zu entfernen und eine personelle Erneuerung in Wolgast einzuleiten.¹⁶²¹ Mit knapp 20 % verlor Wolgast sehr viele Mitglieder, dies aber vor allem im Jahr 1990.¹⁶²² Nicht nur die Mitglieder, auch die Wähler liefen der LDP(D)-Wolgast davon: Die lediglich 2,8 % der Wählerstimmen für den BFD bei der Volkskammerwahl waren im Bezirksvergleich unterdurchschnittlich.¹⁶²³

Im **LDP(D)-Kreisverband Grevesmühlen** stand die Konformität der Kreisfunktionäre der Kritik der Basis gegenüber: Die durchaus wahrgenommenen Probleme in den Bereichen Versorgung¹⁶²⁴ und sozialistische Demokratie¹⁶²⁵ sorgten hier ab dem Sommer 1987 für Desillusionierung und Resignation und wurden als eine Ursache für die Entfremdung zwischen den Bürgern und dem Staat angesehen.¹⁶²⁶ Die Grevesmühler Kreisfunktionäre haben anscheinend versucht, die Reformforderungen der Mitglieder zu ersticken.¹⁶²⁷

Ab Ende des Jahres 1988 konnte die Basis jedoch zumindest die Weiterleitung ihrer Ansichten durchsetzen.¹⁶²⁸ Nun änderte sich auch der Tenor der Berichte und es wurde über die starke Dominanz der SED und nötige „politisch-ideologische“ Arbeit berichtet, die durch die Grenznahe ent-

¹⁶²⁰ Vgl. Brief des KV Wolgast an Gerlach vom 12.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

¹⁶²¹ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung des KV Wolgast vom 23.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807.

¹⁶²² Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶²³ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S. 433.

¹⁶²⁴ Vgl. z. B. Protokoll der Kreisvorstandssitzung des KV Grevesmühlen vom 10.6.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.

¹⁶²⁵ Vgl. Protokoll des KV Grevesmühlen über die am 7.9.1987 durchgeführte Beratung des Sekretariats des Kreisvorstandes mit den Ortsgruppenvorsitzenden vom 11.9.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.

¹⁶²⁶ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung des KV Grevesmühlen am 21.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798, S. 2.

¹⁶²⁷ Insbesondere Informationsbericht des KV Grevesmühlen vom 4.5.1988: Hierin wurde berichtet, dass die Fragen nach Übernahme der Wirtschaftsreformen der SU weniger werden. „Hier hat das offensive Herangehen an diese Problematik wohl Früchte getragen“, kommentierte der Kreissekretär zufrieden. ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

¹⁶²⁸ Anlässlich von Problemen bei der Eingabebearbeitung wurden der Kreisvorsitzende und der Kreissekretär von den Mitgliedern „beauftragt, die genannten Punkte in den Bericht einfließen zu lassen“. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 13.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.

stünde.¹⁶²⁹ Mit den sich anschließenden Forderungen nach mehr Profil und einer deutlichen Kommunikation der Grenzen zwischen dem Wollen und Können der LDP(D)¹⁶³⁰ befand sich der Kreisverband dennoch im Mainstream der politischen Entwicklung seiner Partei.

Bereits ab Januar 1989 nahm die Informationsdichte deutlich ab. Mit nicht einmal 6 % Mitgliederverlust zwischen Juni 1989 und April 1990 war Grevesmühlen der stabilste Kreisverband im LDP(D)-Bezirksverband.¹⁶³¹ Ob geringe Abgänge oder starke Zugänge ausschlaggebend dafür waren, sagt die zugrunde liegende Statistik jedoch nicht aus.

Der **LDP(D)-Kreisverband Stralsund** war eher unauffällig. Vor allem Versorgungsfragen dominierten die Diskussionen der Mitglieder.¹⁶³² In Grenzen wurden jedoch auch hier Kritik an den Zuständen der DDR und Wertschätzung für die Gorbatschowschen Reformen geäußert.¹⁶³³ Über die gewachsene Skepsis gegenüber zu wählenden Kandidaten¹⁶³⁴ und erste resignative Tendenzen¹⁶³⁵ berichteten die recht häufig wechselnden Kreisfunktionäre dennoch. Im Herbst/Winter 1989 begann auch in diesem Kreisverband das Ringen um mehr Profil und Eigenständigkeit. Dabei berichtete Stralsund mit am intensivsten über Kontakte zur FDP (West)¹⁶³⁶ und forderte im Februar 1990 ein Bündnis mit FDP-Ost und ehemaligen NDPDlern.¹⁶³⁷ Trotz seiner hohen Mitgliederverluste von etwa 20 % zwischen dem Herbst 1989 und Sommer 1990¹⁶³⁸ erreicht

¹⁶²⁹ Vgl. Berichterstattung des Kreisvorstandes Grevesmühlen der LDPD vor dem Sekretariat des ZV am 20.12.1988, ADL, Bestand Sekretariat des Zentralvorstands, L3-648, S. 1–2.

¹⁶³⁰ Vgl.ebd., S. 2.

¹⁶³¹ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶³² Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Stralsund vom 7.4.1987, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2–3.

¹⁶³³ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 4.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁶³⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 5.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁶³⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 5.12.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

¹⁶³⁶ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung des KV Stralsund vom 12.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786.

¹⁶³⁷ Vgl. Protokoll des Sekretariats des KV Stralsund vom 8.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33805.

¹⁶³⁸ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

der Kreisverband mit einem Volkskammerwahlergebnis von 3,3 % im März 1990 ein durchschnittliches Ergebnis.¹⁶³⁹

Viele **CDU(D)-Kreisverbände** standen der Reformorientierung der engagierten LDP(D)-Verbände in Nichts nach. Wie auch bei der LDP(D) ist im Kreisverband Stralsund die deutlichste Abweichung von der Mehrheitsmeinung der übrigen Kreisverbände zu erkennen.

Die **CDU(D)** im Kreis **ROSTOCK-STADT** engagierte sich gegen die Zensur sowjetischer Medien¹⁶⁴⁰ und das staatliche Misstrauen gegenüber den Bürgern,¹⁶⁴¹ für Glasnost und Perestroika durch eine verjüngte, erneuerte SED-Führung,¹⁶⁴² für ein christliches Parteienprofil und mehr Eigenständigkeit und Basisnähe der eigenen Parteiführung.¹⁶⁴³ Als einziger Kreisverband schätzten die Rostocker das Engagement der evangelischen Kirche.¹⁶⁴⁴

Mit Verweis auf das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker legitimierte der Kreisverband die Öffnungsprozesse im Ostblock¹⁶⁴⁵ und forderte die SED auf, die Mitverantwortung der Parteien um der Attraktivitätssteigerung des Sozialismus Willen anzunehmen.¹⁶⁴⁶ Dadurch avancierte der Kreisverband zur Avantgarde innerhalb seines Bezirksverbandes.

Die Orientierung auf den Bürger ersetzt ab Mitte September 1989 die Richtlinienkompetenz des Vorstandes.¹⁶⁴⁷ So forderte die Kreisvorsitzende am 18. September zeitgleich mit den Bad Doberanern, den *Brief aus Weimar* verlesen zu lassen¹⁶⁴⁸ und stellte in ihrer Eingabe vom 29.9. fest,

¹⁶³⁹ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen 18.3.1990*, S. 433.

¹⁶⁴⁰ Vgl. z. B. Informationsbericht vom 5.12.1988, ACDP, 03-043-032/4, S. 2–4.

¹⁶⁴¹ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.1.1989, ACDP, 03-043-032/4, S. 2.

¹⁶⁴² Vgl. ebd.

¹⁶⁴³ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.2.1989, ACDP, 03-043-032/4, S. 3.

¹⁶⁴⁴ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.12.1988, ACDP, 03-043-032/4, S. 2.

¹⁶⁴⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.8.1989, ACDP, 03-043-032/4, S. 2.

¹⁶⁴⁶ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5.7.1989, ACDP, 03-043-032/4.

¹⁶⁴⁷ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung des KV Rostock-Stadt vom 18.9.1989, ACDP, 03-043-043/3.

¹⁶⁴⁸ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung des KV Rostock-Stadt vom 18.9.1989, ACDP, 03-043-043/1.

dass das zögerliche Verhalten der CDU(D) oppositionelle Gruppen begünstige.¹⁶⁴⁹ Erste Überlegungen zur Zusammenarbeit mit der LDP(D) gab es hier ab Oktober.¹⁶⁵⁰ Die hohen Abgänge am Ende des Jahres¹⁶⁵¹ sind nicht auf die Ablehnung der Haltung der Kreisfunktionäre oder gar auf die Grenzöffnung zurückzuführen, sondern liegen in der angekündigten Bereinigung von den „Karteileichen“ begründet.¹⁶⁵² Erstaunlicherweise schlug sich das Engagement des Kreisverbandes nicht in einer hohen Mitgliederdichte nieder, ganz im Gegenteil: Der Kreisverband Rostock-Stadt hatte die geringste gesellschaftliche Verankerung aller CDU(D)-Kreisverbände.¹⁶⁵³

Im Kreis **ROSTOCK-LAND** stand die **CDU(D)** nicht nur territorial der Bezirksstadt nahe, sondern auch politisch. Die Mitglieder setzten sich hauptsächlich für eine effiziente und vor allem ehrliche Wirtschaftsplanung¹⁶⁵⁴ und die Klärung von Umweltfragen ein.¹⁶⁵⁵ Sie waren es leid, dass die seit Jahren bestehenden Probleme nicht gelöst wurden.¹⁶⁵⁶ In dem *Brief aus Weimar* sahen die Mitglieder des Landkreises eine Möglichkeit, einen Prozess auszulösen, der den Sozialismus in der DDR attraktiver und die CDU(D) demokratischer machen könnte, wenn die Parteiführung mehr Nähe zur Basis zulassen und sich endlich öffentlich äußern würde.¹⁶⁵⁷

Rostock-Land war der einzige Kreisverband, der bereits ab 1987 eine negative Mitgliederentwicklung aufwies. Bis zum Ende des Jahres 1989 war der Mitgliederstand jedoch relativ stabil, bevor es im ersten Quartal

¹⁶⁴⁹ Vgl. Eingabe Nr. 182 (1989) der CDU(D)-Kreisvorsitzenden Rostock-Stadt vom 28.9.1989, ACDP, 07-010-3368, S. 2.

¹⁶⁵⁰ Es fanden gemeinsame Sitzungen der „fortschrittlichen Mitglieder“ beider Parteien statt. Vgl. Protokoll eines Gesprächs mit dem Ortsgruppenvorsitzenden Schillerplatz mit dem LDPD-Kreisvorsitzenden (Ortleb!) vom 10.10.1989, ACDP, 03-043-043/3.

¹⁶⁵¹ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶⁵² Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung des KV Rostock-Stadt vom 13.11.1989, ACDP, 03-043-043/1.

¹⁶⁵³ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

¹⁶⁵⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.8.1988, ACDP, 03-043-033/5, S. 2.

¹⁶⁵⁵ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5.4.1989, ACDP, 03-043-032/4, S. 2.

¹⁶⁵⁶ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land an den HV der CDU vom 10.11.1988, ACDP, 03-043-033/5, S. 3.

¹⁶⁵⁷ Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Land an das Sekretariat des HV vom 29.9.1989, ACDP, 07-011-3826, S. 3.

und im Sommer 1990 massive Einbrüche gab. Jedes zwölfte Mitglied des Kreisverbandes verließ die Partei allein im Juli 1990. Neueintritte fanden kaum statt.¹⁶⁵⁸ Gemessen an der Anzahl der Austritte im Sommer 1990 war die Ablehnung gegenüber den Vereinigungen des Jahres 1990 hier wesentlich größer als in anderen Kreisen.

Der **CDU(D)-Kreisverband** der Insel **RÜGEN** rangierte mit den beiden Rostocker Kreisverbänden auf Augenhöhe. Er hoffte, mit Glasnost und Perestroika auf die grassierende Resignation, die unehrliche Informationspolitik und die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Defizite reagieren zu können¹⁶⁵⁹ und eine neue politische Kultur des echten Überzeugens statt des Überredens der Bürger ins Leben zu rufen. Die Zuversicht der Rügener Christdemokraten wurde aber durch die Einsicht, dass tatsächliche Mitarbeit und Verantwortlichkeit seitens der SED nicht gewünscht sei, unterlaufen.¹⁶⁶⁰

Bereits Anfang 1989 organisierte der Kreisverband gegen den Widerstand der SED Veranstaltungen, die die eigenständigen Leistungen der CDU(D) würdigten¹⁶⁶¹ und bat den Hauptvorstand im Juni 1989 um eine Anleitung zur maximalen Ausnutzung des gegebenen Handlungsspielraumes.¹⁶⁶² Zum Zustand der Demokratie in der DDR konstatierte der Kreisverband im August 1989, dass nicht das reine Vorhandensein von verschiedenen Parteien entscheidend sei, sondern deren Arbeitsbedingungen.¹⁶⁶³ Die Distanzierung vom Hauptvorstand im September¹⁶⁶⁴ und die Verurteilung der Drohkulisse der SED¹⁶⁶⁵ führten Anfang November dazu, dass die Rügener sich vom Führungsanspruch der SED lossagten und die Annullierung der Mai-Wahl forderten.¹⁶⁶⁶

Bis Ende des Jahres 1989 blieb der Mitgliederstand annähernd gleich. Im ersten Quartal 1990 gewann der Kreisverband absolut 60 neue Mitglieder dazu und hat damit die positivste Mitgliederentwicklung in diesem

¹⁶⁵⁸ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶⁵⁹ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.1.1989, ACDP 03-043-032/5, S. 2.

¹⁶⁶⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.10.1988, ACDP 03-043-032/5, S. 3.

¹⁶⁶¹ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.1.1989, ACDP 03-043-032/5

¹⁶⁶² Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.6.1989, ACDP 03-043-032/5, S. 2.

¹⁶⁶³ Vgl. ebd.

¹⁶⁶⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.9.1989, ACDP 03-043-032/5.

¹⁶⁶⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.10.1989, ACDP 03-043-032/5.

¹⁶⁶⁶ Vgl. Informationsbericht des KV Rügen vom 5.11.1989, ACDP 03-043-032/5.

Zeitraum. Nach der Ankündigung der Vereinigung mit der Bundes-CDU im Sommer 1990 verließen ca. 100 Personen den CDU(D)-Kreisverband, sodass im Jahr 1990 ein reger Mitgliederaustausch erfolgte.¹⁶⁶⁷

Die **Greifswalder CDU(D)** gehörte mit zu den kritischsten Parteiverbänden im Bezirk Rostock. Das mangelnde Vertrauen des Staates in seine Bürger, die grassierende Unehrllichkeit und die ideologischen Appelle als Reaktionen auf Hilfesuche¹⁶⁶⁸ führten dazu, dass er sich in enger Zusammenarbeit mit den Kirchen der Sorgen der Bürger annahm.¹⁶⁶⁹ Umweltpolitische Themen¹⁶⁷⁰ und Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Lubminer Kraftwerk¹⁶⁷¹ prägten die Diskussionen ebenso wie die dramatische Versorgungssituation,¹⁶⁷² die festgestellte Diskrepanz zwischen dem KSZE-Schlussdokument und der Anwendung des Ausreisegesetzes¹⁶⁷³ oder der zunehmend als sinnlos empfundenen Berichterstattung.¹⁶⁷⁴ Zweifel am Ergebnis der Kommunalwahl im Mai 1989 führten zu mehreren Eingaben.¹⁶⁷⁵ Sorgen um die Zukunft der Partei und das Zunichtemachen aller ehrlichen Bemühungen der Basis durch das Schweigen der Parteiführung führten im Oktober zu sehr emotionalen Schreiben an den Parteivorstand.¹⁶⁷⁶ Als Hilfe ausblieb, forderte Greifswald am 24.10.1989 als erster Kreisverband die Einberufung eines Sonderparteitages.¹⁶⁷⁷

¹⁶⁶⁷ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶⁶⁸ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 23.11.1987, ACDP, 07-011-6434, S. 2.

¹⁶⁶⁹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 10.2.1988, ACDP, 03-043-045/6, S. 2.

¹⁶⁷⁰ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Greifswald vom 25.7.1988, ACDP, 03-043-045/6, S. 2.

¹⁶⁷¹ Vgl. Protokoll über das Treffen mit sowjetischen Spezialisten aus dem Kernkraftwerk Lubmin vom 21.6.1988, ACDP, 03-043-045/6.

¹⁶⁷² Vgl. z. B. Mitteilung des Greifswalder Kreissekretärs vom 16.12.1988, ACDP, 03-043-045/4.

¹⁶⁷³ Vgl. Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 31.1.1989, ACDP, 03-043-045/6, S. 2.

¹⁶⁷⁴ Vgl. Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 10.5.1989, ACDP, 03-043-045/6, S. 3.

¹⁶⁷⁵ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Greifswald an den BV vom 1.6.1989, ACDP, 03-043-045/6.

¹⁶⁷⁶ Vgl. Eingabe Nr. 402 (1989) vom 8.10.1989, ACDP, 07-010-045-3371.

¹⁶⁷⁷ Vgl. Mitteilung des Kreissekretärs Greifswald vom 24.10.1989, ACDP, 03-043-045/4, S. 2.

Nach dem Rücktritt Göttings äußerten sich die Greifswalder mehrmals positiv über die Nominierung und Wahl de Maizières¹⁶⁷⁸ und betrieben eine enge Zusammenarbeit mit dem *Neuen Forum*.¹⁶⁷⁹ Die vergleichsweise geringen Austritte im Mai und Juli 1990 können als Zustimmung der Mitglieder zur anstehenden Westintegration gewertet werden.¹⁶⁸⁰

Der **CDU(D)-Kreisverband WISMAR** trat bis Ende Oktober 1989 für einen modernen und streitbaren Sozialismus ein. Deshalb prangerte er ab 1987 den Reformbedarf auf den Gebieten Wirtschaft, Information und Versorgung¹⁶⁸¹ sowie den Mangel an staatlichem Vertrauen, Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein an.¹⁶⁸² Dabei machte er die Erfahrung, dass die Bürger kritische Nachfragen honorieren.¹⁶⁸³

In dem Wissen um die verschiedenen Akteure im Kreis mahnte der Kreisverband weitsichtig, die bestehenden Parteien müssten die Verkrustungen aufweichen, bevor die oppositionellen Gruppen sie sprengen.¹⁶⁸⁴ Als Lösungsmittel schlug er im Oktober 1989 die Etablierung eines sozialistischen Parlamentarismus vor.¹⁶⁸⁵ Die Ursachen für die Ausreisewelle sahen die Wismarer allein in den Missständen in der DDR und der Weigerungshaltung der SED, die jeglichen Meinungspluralismus auch mit „*Polizeiterror*“ zu unterdrücken suche.¹⁶⁸⁶

Deutlicher als anderswo wurde in Wismar aber auch die Gefahr einer „chinesischen Lösung“ gesehen.¹⁶⁸⁷ Nachdem die Hilfesuche an die

¹⁶⁷⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Greifswald vom 10.11.1989, ACDP, 07-011-3826.

¹⁶⁷⁹ Vgl. Protokoll der Zusammenkunft des CDU-Kreissekretärs mit Vertretern des Neuen Forums am 20.11.1989, ACDP, 03-043-045/6.

¹⁶⁸⁰ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶⁸¹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Wismar vom 1.12.1987, ACDP, 07-011-6434, S. 2.

¹⁶⁸² Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Wismar vom 5.8.1988, ACDP, 03-043-032/1, S. 3.

¹⁶⁸³ Vgl. Direktinformation des KV Wismar an den HV vom 13.3.1989, ACDP, 03-043-032/1, S. 4.

¹⁶⁸⁴ Eingabe eines CDU(D)-Mitglieds aus der Ortsgruppe Wismar II vom 2.10.1989, ACDP 07-010-3370, S. 2.

¹⁶⁸⁵ Vgl. Eingabe aus der Ortsgruppe Wismar II vom 2.10.1989, ACDP, 07-010-3370.

¹⁶⁸⁶ Vgl. Eingabe Nr. 275 des Ortsgruppenvorsitzenden Poel (KV Wismar) vom 10.10.1989, ACDP, 07-010-3369, S. 2.

¹⁶⁸⁷ Vgl. Eingabe Nr. 275 des Ortsgruppenvorsitzenden Poel (KV Wismar) vom 10.10.1989, ACDP, 07-010-3369, S. 2.

Parteilassung erfolglos blieben, regten die CDU(D)-Mitglieder Ende November eine Neudefinition des Sozialismusbegriffs an.¹⁶⁸⁸

Ab dem Jahreswechsel 1989/1990 liegt wenig Material der CDU(D)-Wismar vor. Die durchschnittlich guten Wahlergebnisse¹⁶⁸⁹ und die unauffällige Mitgliederbewegung¹⁶⁹⁰ lassen keine Besonderheiten in der Entwicklung des Kreisverbandes erkennen.

RIBNITZ-DAMGARTEN war einer der **CDU(D)**-Kreise, die eine deutlichere Sprache für die Missstände in der DDR fanden und die diese Ehrlichkeit als Voraussetzung für die Reformierung des Systems auch im Staatsapparat einforderten.¹⁶⁹¹ Die Mitglieder in Ribnitz-Damgarten schätzten die Lage Anfang 1989 derart dramatisch ein, dass sie Sympathie mit den Nicht-Wählern kundtaten¹⁶⁹² und der Abgeordnetentätigkeit insgesamt pessimistisch gegenüber standen.¹⁶⁹³ Dieser konstruktiv-kritische Eindruck wird jedoch dadurch konterkariert, dass die Verurteilung der chinesischen Ereignisse hier als Kampagne der Westmedien angesehen wurde.¹⁶⁹⁴

Auf dem Sonderkreistag am 18. November sprach sich die CDU(D) Ribnitz-Damgarten gegen den Führungsanspruch der SED sowie jegliche Bevormundung der Parteien aus und forderte eine grundlegende Sozialismusdebatte.¹⁶⁹⁵

Die ab Dezember einsetzende Westorientierung wurde von den Mitgliedern mitgetragen: Der Kreisverband hatte die positivste Mitgliederbilanz im Jahr 1989 und war einer der beiden Kreise, die im Sommer 1990 mehr Mitglieder als vor dem Herbst 1989 aufwiesen.¹⁶⁹⁶

Der östlichste **CDU(D)**-Kreisverband **WOLGAST** war insbesondere im Jahr 1988 einer der konstruktiv-kritischen Vorreiter. Die Forderung nach

¹⁶⁸⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Wismar vom 5.12.1989, ACDP, 02-244-018/3.

¹⁶⁸⁹ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1989, S. 433.

¹⁶⁹⁰ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁶⁹¹ Vgl. Protokoll der erweiterten Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten vom 15.3.1989, ACDP, 03-043-047/6.

¹⁶⁹² Vgl. Protokoll der CDU(D)-Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten vom 4.5.1989, ACDP 03-043-033/6, S. 3.

¹⁶⁹³ Vgl. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 5.10.1988, ACDP, 03-043-033/6.

¹⁶⁹⁴ Vgl. Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 30.6.1989, ACDP, 03-043-033/6.

¹⁶⁹⁵ Vgl. Mitteilung des Kreisvorsitzenden an die OZ vom 23.11.1989, ACDP 02-329-006/3.

¹⁶⁹⁶ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

einer Trennung von SED und Wirtschaft,¹⁶⁹⁷ die Wertung der Unruhe im Ostblock als berechtigte Unzufriedenheit der Bevölkerung¹⁶⁹⁸ und die Einschätzung der Abgeordnetentätigkeit als „Händeheben und Kopfnicken“¹⁶⁹⁹ führten zu zunehmenden Resignationserscheinungen und Politikmüdigkeit.¹⁷⁰⁰ Im Herbst 1989 unterstützte der Kreisverband die Weimarer Vorschläge,¹⁷⁰¹ doch angesichts des nicht vorhandenen Lösungswillens der SED sah er nur geringe Chancen für eine Veränderung. Stattdessen prognostizierte er ansteigende Austritte.¹⁷⁰² Es kam aber anders: Insgesamt hatte der Kreisverband Wolgast die niedrigste Fluktuationsrate und auch im Jahr 1990 kaum nennenswerte Austritte.¹⁷⁰³ Das Wolgaster Personaltableau war von einer relativ großen Kontinuität geprägt.

Im **CDU(D)-Kreisverband Bad Doberan** gab es kontroverse Diskussionen mit Bürgern. In dem Bemühen, den Sozialismus der DDR effizienter und attraktiver zu machen, konzentrierte sich der Verband auf die Belange christlicher Mitbürger,¹⁷⁰⁴ auf ein stärkeres Engagement in Umweltfragen,¹⁷⁰⁵ setzte seine Reformhoffnungen auf den stellvertretenden Vorsitzenden Heyl¹⁷⁰⁶ und verurteilte ebenfalls das Peking Massaker.¹⁷⁰⁷ Aber es gab auch restriktive Positionierungen zu den Organisationen der Bürgerbewegung aus dem August 1989¹⁷⁰⁸ und vergleichsweise

¹⁶⁹⁷ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast vom 19.5.1988, ACDP 03-043-045/4, S. 2.

¹⁶⁹⁸ Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast für das III. Quartal an den HV vom 8.9.1988, ACDP 03-043-033/1, S. 2.

¹⁶⁹⁹ Informationsbericht des KV Wolgast zum 5.11.1988, ACDP 03-043-033/1, S. 2.

¹⁷⁰⁰ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Wolgast für das I. Quartal 1989 vom 2.1.1989, ACDP 03-043-033/1.

¹⁷⁰¹ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Wolgast für das IV. Quartal 1989 vom 11.10.1989, ACDP 03-043-033/1.

¹⁷⁰² Vgl. Informationsbericht des KV Wolgast vom 5.11.1989, ACDP 03-043-033/1.

¹⁷⁰³ Vgl. Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷⁰⁴ Vgl. z. B. Berichterstattung des KV Bad Doberan an den HV vom 6.12.1988, ACDP 03-043-032/3, S. 1–2.

¹⁷⁰⁵ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Bad Doberan vom 7.4.1989, ACDP 03-043-032/3, S. 2.

¹⁷⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁷⁰⁷ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 5.6.1989, ACDP 03-043-040/2.

¹⁷⁰⁸ Vgl. Informationsbericht aus dem KV Bad Doberan vom 5.8.1989, ACDP 03-043-032/3.

positive Stellungnahmen zur Einweihung des rekonstruierten Greifswalder Doms im Sommer 1989.¹⁷⁰⁹

Die CDU(D)-Bad Doberan präsentierte sich vor dem Jahr 1990 insgesamt konformer, als Einzeldarstellungen es erwarten ließen.¹⁷¹⁰ Auch Heinz' Einschätzung, Krause habe Ende September als Avantgarde die Veröffentlichung des Briefes aus Weimar und eine Distanzierung von der SED gefordert,¹⁷¹¹ ist nicht zutreffend: Nicht nur, dass Heinz die Beteiligung des Kreissekretärs vernachlässigt, sondern Funktionäre aus anderen Kreisverbänden positionierten sich deutlicher als Krause. Der Kreisverband sprach die Themen des Herbstes 1989 an und stimmte in den allgemeinen Tenor ein – jedoch nicht führend. Gegenüber offen kritischen und reformorientierten Kreisen wie Rostock und Rügen hat der CDU(D)-Kreisvorsitzende Bad Doberans den Handlungs- und Haltungsspielraum der hauptamtlichen Unionsmitarbeiter nicht genutzt.

Auch die **CDU(D)-GRIMMEN** sprach die bestehenden grundlegenden Probleme des DDR-Sozialismus deutlich an und hatte die höchste Mitgliederdichte im ganzen Bezirksverband.¹⁷¹² Die als berechtigt empfundene Unzufriedenheit der Bürger,¹⁷¹³ die Forderung nach Trennung von Wirtschaft und Partei,¹⁷¹⁴ die Kritik an der Erziehung der Schüler zu Opportunisten¹⁷¹⁵ und die Einschätzung des Wahlergebnisses im Mai 1989 als unglaublich¹⁷¹⁶ waren Themen, die den Grimmener Kreisverband umtrieben.

¹⁷⁰⁹ Vgl. Informationsbericht aus dem KV Bad Doberan vom 5.7.1989, ACDP 03-043-032/3, S. 1–2.

¹⁷¹⁰ Erinnert sei hier an Henneckes sehr positive Darstellung Krauses in Hennecke, Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, insb. S. 17–22.

¹⁷¹¹ Vgl. Heinz, Der Kampf, S. 83, 94 und 105.

¹⁷¹² Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

¹⁷¹³ Vgl. z. B. Informationsbericht des KV Grimmen vom 5.5.1989, ACDP 03-043-033/4, S. 1–3.

¹⁷¹⁴ Vgl. z. B. Informationen des Kreissekretärs Grimmen an den HV vom 11.1.1988, ACDP 07-011-4380.

¹⁷¹⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Grimmen zum 5.1.1989, ACDP 03-043-033/4, S. 3.

¹⁷¹⁶ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Grimmen vom 12.5.1989, ACDP 03-043-045/1 ebenso Informationsbericht des KV Grimmen vom 5.7.1989, ACDP 03-043-033/4.

Noch im Oktober ging es ihm um die Reformierung des politischen Systems durch eine verjüngte und erneuerte SED,¹⁷¹⁷ bevor Anfang November zeitgleich die Anerkennung der Führungsrolle und die Rückendeckung für die Interimparteiführung unter Heyl fiel.¹⁷¹⁸

Im Jahr 1989 war die Mitgliedertendenz positiv, bevor Anfang 1990 fast 60 Mitglieder austraten. Deutlich zu erkennen ist der erneute Anstieg der Austritte im Juli 1990,¹⁷¹⁹ der wohl als Reaktion auf die geplante Vereinigung und Parteifusion zu interpretieren ist.

Die **CDU(D)** des Grenzkreises **GREVESMÜHLEN** verhielt sich ambivalent. Stärker als andere Kreise setzte sie sich für eine „Entpolitisierung“ der Kirche ein.¹⁷²⁰ Im Jahr 1988 hatte der Kreisverband eine hohe Austrittsquote,¹⁷²¹ was möglicherweise an der weitgehend konformen Linie des Vorsitzenden gelegen haben kann. Trotz umfassender Kritik an der Ineffizienz der DDR-Wirtschaft¹⁷²² sprach er sich nur in Teilfragen für die Übernahme der sowjetischen Reformen aus.¹⁷²³ Auffällig ist, dass der Kreisverband seine Kritik häufig deutlicher gegenüber dem Bezirksverband als gegenüber dem Hauptvorstand ausdrückte.¹⁷²⁴

Durch die beobachteten Zerfallserscheinungen im Ostblock und die Grenzöffnung Ungarns sah der CDU(D)-Kreisverband Grevesmühlen die weitere Entwicklung des Sozialismus gefährdet.¹⁷²⁵ Ab September lag der Fokus nicht mehr auf Götting, sondern auf Heyl und dem LDP(D)-

¹⁷¹⁷ Trotz einer deutlichen Abrechnung mit der SED-Führung bekennen sich die Grimmerer in ihrem Informationsbericht vom 12.10.1989 an den HV zur weiteren Mitgestaltung der DDR. Vgl. ACDP 03-043-033/4.

¹⁷¹⁸ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grimmer vom 8.11.1989, ACDP 03-043-045/2, S. 2.

¹⁷¹⁹ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷²⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Grevesmühlen vom 2.6.1989, ACDP 03-043-033/3, S. 3.

¹⁷²¹ Der Kreisvorsitzende bezeichnete das Jahr 1988 in dieser Hinsicht als „*unbefriedigend*“. Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 20.12.1988, ACDP 03-043-033/3, S. 2.

¹⁷²² Vgl. Informationsbericht des KV Grevesmühlen vom 1.7.1988, ACDP 03-043-033/3.

¹⁷²³ Vgl. Informationsbericht des KV Grevesmühlen an den HV vom 25.7.1988, ACDP 03-043-033/3, S. 2.

¹⁷²⁴ Vgl. den Informationsbericht der CDU(D)-Grevesmühlen am 25.7.1988 an den HV und den Bericht an den Bezirk vom 3.8.1988. Beide aus: ACDP 03-043-033/3.

¹⁷²⁵ Vgl. Informationsbericht Grevesmühlen vom 30.8.1989, ACDP 03-043-033/3.

Vorsitzenden Gerlach.¹⁷²⁶ Häufiger drohten die Grevesmühlener Mitglieder daher auch mit ihrem Übertritt zur LDP(D).¹⁷²⁷ Grevesmühlen weist im Jahr 1989 eine starke Fluktuation auf.¹⁷²⁸ Die Westorientierung und geplante Fusion mit der CDU (West) wurde von den Mitgliedern des Grenzkreises dagegen mit einer relativ stabilen Mitgliederbilanz im Sommer 1990 belohnt.¹⁷²⁹

Trotz kleinen Abweichungen in der Einschätzung der Friedensbewegung im Jahr 1987¹⁷³⁰ war der **CDU(D)-Kreisverband STRALSUND** auffällig linientreu. So wurde etwa die Übernahme der sowjetischen Reformen als nicht nötig eingeschätzt.¹⁷³¹ Zur *Sputnik*-Streichung gab er nur die offizielle Erklärung weiter,¹⁷³² betonte die wirtschaftlichen Nachteile der Liberalisierung des Ostblocks,¹⁷³³ wies die stärker werdenden materiellen Wünsche der Bürger als „*unersättlich*“ zurück¹⁷³⁴ und postulierte, die Mitverantwortung der CDU(D) wachse ohnehin stetig mit der Führungsrolle der SED.¹⁷³⁵ Außerdem rechtfertigte er das Vorgehen der chinesischen Militärs,¹⁷³⁶ verurteilte die Grenzöffnung in Ungarn¹⁷³⁷ und lehnte das *Neue Forum* noch Anfang Oktober unter Verweis auf die unzähligen bestehenden Partizipationsmöglichkeiten ab.¹⁷³⁸ Zur Ausreiseproblematik bezog Stralsund ebenfalls eine sehr konforme Stellung und

¹⁷²⁶ Vgl. Mitteilung des Grevesmühlener Kreisvorsitzenden vom 19.9.1989, ACDP 03-043-040/5 S. 2 und Informationsbericht des KV Grevesmühlen vom 3.10.1989, ACDP 03-043-040/5, S. 2.

¹⁷²⁷ Vgl. Zusammenstellung kritischer Briefe von CDU-Kreisverbänden in der Wendezeit vom 25.10.1989, ACDP 03-011-3674, S. 22.

¹⁷²⁸ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷²⁹ Siehe ebd.

¹⁷³⁰ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund an den HV vom 17.9.1989, ACDP 07-011-6434. Hier wurde das Schaffen von Spielräumen für Andersdenkende als Tugend bezeichnet, die erst noch erlernt werden müsse.

¹⁷³¹ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 6.12.1988, ACDP 03-043-032/2.

¹⁷³² Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung Stralsund vom 31.10.1988, ACDP 03-043-041/1.

¹⁷³³ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 4.11.1988, ACDP 03-043-032/2.

¹⁷³⁴ Protokoll der Kreisvorstandssitzung Stralsund vom 15.12.1988, ACDP 03-043-041/5.

¹⁷³⁵ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 2.3.1989, ACDP 03-043-032/2.

¹⁷³⁶ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 5.6.1989, ACDP 03-043-041/1.

¹⁷³⁷ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 28.8.1989, ACDP 03-043-041/1.

¹⁷³⁸ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 4.10.1989, ACDP 03-043-041/1.

bezeichnet diese als „von den Medien der BRD initiierte und als Republikflucht vermarktete Massenhysterie“.¹⁷³⁹

Doch auch in Stralsund sah man eine enttäuschende Diskrepanz zwischen der sozialistischen Theorie und Realität. Für eine Reform nach den Prinzipien von Glasnost und Perestroika in Staat, Partei und Gesellschaft sprach sich der Kreisvorsitzende Anfang Oktober in einer Eingabe aus.¹⁷⁴⁰ Im Verlauf des Monats war man hier noch optimistisch, dass die SED-Führung der Motor des gewünschten Reformierungsprozesses sei und freute sich über das neue Vertrauensverhältnis im Block.¹⁷⁴¹

Gegen den angepassten Kreisvorstand hat es Berichten des MfS zufolge ab dem Frühjahr 1989 offene Kritik der Mitgliederbasis gegeben.¹⁷⁴² Dass der Kreisverband trotzdem Anhänger gefunden hat, verdeutlicht die bis zum Frühjahr 1990 vergleichsweise positive Mitgliederbilanz. Erst im Juni 1990 folgt der Massenaustritt.¹⁷⁴³

Die Kommunikationsstruktur und die Mehrheit der Funktionäre der NDPD erschwerten die Weiterleitung von kritischen Meinungen. Daher ist deren Quellenniederschlag geringer. Auch aufgrund der MfS-Berichte kann aber davon ausgegangen werden, dass die engagierteren NDPD-Kreisverbände ähnliche Positionen wie die Verbände von LDP(D) und CDU(D) einnahmen. Das parteiinterne Gefälle der Reformorientierung scheint jedoch wesentlich größer gewesen zu sein, als bei den beiden „bürgerlichen“ Parteien.

Der NDPD-Kreisverband **Bad Doberan** war einer der aktivsten im Bezirk. Unter der Co-Leitung des – aus SED-Sicht – politisch negativ auffälligen Kreissekretärs¹⁷⁴⁴ setzte sich der Verband für bessere Reisemöglich-

¹⁷³⁹ Informationsbericht des KV Stralsund an den HV vom 4.9.1989, ACDP 03-043-032/2, S. 2.

¹⁷⁴⁰ Als Vorbild für die innerparteiliche Erneuerung verwies er auf Gerlach und die LDP(D). Vgl. Eingabe Nr. 389 des Kreisvorsitzenden Stralsund vom 5.10.1989, ACDP 07-010-3370.

¹⁷⁴¹ Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund vom 3.11.1989, ACDP 02-251-001/3.

¹⁷⁴² Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr.1684, Bl. 2.

¹⁷⁴³ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷⁴⁴ Vgl. z. B. Lageeinschätzung der befreundeten Parteien im BV Rostock vom 22.3.1989, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 170 und Bericht Pommerenke

keiten und Beziehungen zur BRD,¹⁷⁴⁵ Reformen nach sowjetischem Vorbild¹⁷⁴⁶ und gegen staatliche Willkür ein.¹⁷⁴⁷ Die Angst vor einem militärischen Vorgehen gegen den Aufbruch in Osteuropa¹⁷⁴⁸ hielt die Mitglieder Ende Oktober 1989 nicht davon ab, den Rücktritt Homanns als Signal einer grundlegenden Erneuerung der Partei zu fordern.¹⁷⁴⁹ Anfang November 1989 entwickelte der Kreisverband einen Programmvorschlag, der die Forderungen nach freien Wahlen, einer neuen Verfassung, der Stärkung der Volksvertretungen, Wirtschaftsreformen, Rechtsstaatlichkeit, einem Sonderparteitag und die Selbständigkeit aller Parteien von der SED beinhaltete.¹⁷⁵⁰

Nach dem Rücktritt des Bad Doberaner Bürgermeisters im Dezember 1989 übernahm der bisherige stellvertretende NDPD-Kreisvorsitzende dessen Amt.¹⁷⁵¹ Umfassende Forderungen zur demokratischen Reformierung der DDR wichen zwischen Ende November und Januar der Westausrichtung und dem Bekenntnis zu einer Vereinigung beider Teile Deutschlands im Zuge der europäischen Einigung.¹⁷⁵² Zeitgleich setzten sich hier die Ablehnung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und eine konsequente Gegnerschaft zur SED-PDS durch.¹⁷⁵³ Das Vorgehen des Kreisverbandes wurde durch eine vergleichsweise geringe Ab-

über den Bad Doberaner Kreisvorsitzenden vom 6.1.1989, SAPMO BArch, DY 16/5237.

¹⁷⁴⁵ Vgl. Gesamteinschätzung der Jahresmitgliederversammlung 1989 im KV Bad Doberan vom 22.2.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/58, Bl. 13.

¹⁷⁴⁶ Vgl. z. B. Informationen des KV Bad Doberan 4/87 vom 13.2.1987, SAPMO BArch, DY 16/4535.

¹⁷⁴⁷ Vgl. z. B. Informationen des KV Bad Doberan 13/87 vom 19.6.1987, SAPMO BArch, DY 16/4535, S. 2.

¹⁷⁴⁸ Vgl. Aktuelle Parteinformationen aus Bad Doberan vom 31.8.1989, SAPMO BArch, DY 16/5204.

¹⁷⁴⁹ Vorerst gab der Kreisvorsitzende diese Stimmen aus den Grundeinheiten nur weiter. Vgl. Brief des Kreisvorsitzenden an das Sekretariat des HA vom 26.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/61, Bl. 28–29.

¹⁷⁵⁰ Vgl. Programm Erneuerung der NDPD für einen erneuerten Sozialismus der NDPD-Bad Doberan vom 16.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/61, Bl. 36–37.

¹⁷⁵¹ Vgl. Haas, Die NDPD, S. 41.

¹⁷⁵² Vgl. Informationen in Vorbereitung des Parteitags der NDPD vom KV Bad Doberan an Hartmann vom 8.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/6362.

¹⁷⁵³ So eine protokollierte Wortmeldung des Bad Doberaner Kreisvorsitzenden auf der Bezirksvorstandssitzung am 23.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/23, Bl. 62.

gangsquote von 16,5 % bis zum Februar 1990 honoriert.¹⁷⁵⁴ Den Wahlkampf zur Volkskammerwahl führten die verbliebenen Mitglieder engagiert.¹⁷⁵⁵

Der engagierte **NDPD-Kreis Wismar** gehörte im Herbst 1989 trotz des höchsten Durchschnittsalters und der geringsten gesellschaftlichen Verankerung¹⁷⁵⁶ zu den Aktivposten innerhalb seines Bezirksverbandes. Ab Juni 1988 übte er konstruktive Kritik an der unzureichenden Aussagekraft der ZK-Tagungen¹⁷⁵⁷ und trat für Reiseerleichterungen ein.¹⁷⁵⁸ Die vergleichsweise hohe Anzahl von Parteiausschlüssen wegen West-Verbleibs ist ein Indiz für die geringere Staatsnähe des Kreisverbandes.¹⁷⁵⁹ Den Oktober 1989 bestimmten aber dennoch die Anprangerung der Diskrepanz zwischen Basis und Parteiführung, die Forderung nach Homanns Rücktritt sowie der Einsatz für einen gleichberechtigten, modernen und demokratischen Sozialismus.¹⁷⁶⁰

Ende November plädierte der Kreisverband für Neuwahlen und löste sich von der SED,¹⁷⁶¹ bevor er sich ab Mitte Januar 1990 für die deutsche Einheit in politischer und militärischer Neutralität einsetzte und sich gegen die Beibehaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung aussprach.¹⁷⁶² Der Beginn des Jahres 1990 wurde von politischen Richtungskämpfen und dem aktiven Einsatz gegen die SED-PDS geprägt.¹⁷⁶³ Trotz

¹⁷⁵⁴ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷⁵⁵ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen aus Bad Doberan vom 7.2.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/36, Bl. 13.

¹⁷⁵⁶ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

¹⁷⁵⁷ Vgl. Informationen 13/88 aus dem KV Wismar vom 20.6.1988, SAPMO BArch, DY 16/3469, S. 3.

¹⁷⁵⁸ Vgl. Aktuelle Parteiinformation des KV Wismar vom 21.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/5204.

¹⁷⁵⁹ Sechs der insgesamt 27 Parteiausschlüsse wegen Westverbleib entfielen zwischen Januar 1988 und September 1989 auf den KV Wismar. Gleichauf war der KV Rostock-Stadt. Eigene Zählung anhand der Akten Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/35 und 36.

¹⁷⁶⁰ Vgl. Brief des KV Wismar an den HA vom 27.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2756.

¹⁷⁶¹ Vgl. Wortmeldung des Wismarer Vorsitzenden auf der 12. Sitzung des Bezirksvorstandes am 23.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/23, Bl. 60.

¹⁷⁶² Vgl. Materialien für die Vorbereitung der Kreiskonferenz am 12.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 12–13.

¹⁷⁶³ Die Meinungen reichten von der Vorstellung der NDPD als Mitte-Rechts-Partei mit „*Erziehungsaufgabe*“ (Bl. 14–16) bis hin zum Einsatz für eine reform-

des – am Quellenaufkommen gemessenen – höchsten Aktivitätsgrad im Januar 1990 wurde die politische Uneinigkeit mit der Dezimierung des Kreisverbandes um über 35 % der Mitglieder bis zum Februar quittiert.¹⁷⁶⁴

Der **NDPD-Kreisverband Rügen** gehörte zu den reformorientierteren Verbänden im Bezirk.¹⁷⁶⁵ In Anwesenheit des Bezirksvorsitzenden Pommerenke kritisierte der Ende 1988 die Medien- und Informationspolitik der SED und forderte in Anlehnung an Glasnost und Perestroika mehr Ehrlichkeit und Offenheit.¹⁷⁶⁶ Dass dem hiesigen Kreissekretär im Mai 1989 gemeinsam mit seinem kritischen Amtskollegen aus Bad Doberan eine Prämienzahlung vorenthalten wurde,¹⁷⁶⁷ deutet möglicherweise auf ein angespanntes Verhältnis zum Bezirksverband hin. Dennoch zeigte sich der Kreisverband bis September 1989 unauffällig und vertraute bei der Lösung der aktuellen Probleme auf die SED.¹⁷⁶⁸ In Anbetracht der ausbleibenden Reaktion der SED forderte der Kreisverband den Bezirksverband nach eigenen Angaben am 20. und 23. Oktober als erster dazu auf, den Rücktritt der Parteiführung und die Loslösung von der SED zu durchzusetzen.¹⁷⁶⁹

Der Kreisverband emanzipierte sich und legte Anfang November ein eigenständiges Programm für eine pluralistische und demokratische DDR vor, in dem er freie Wahlen zwischen souveränen Parteien, die Ablösung der Verantwortungsträger und Reformgegner aus allen Parteien, die Anerkennung der revolutionären Leistung des Volkes, die Forde-

sozialistische DDR (Bl. 18–21). Das spiegeln die Wortmeldungen in Vorbereitung der Kreiskonferenz wider. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 12–22.

¹⁷⁶⁴ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷⁶⁵ Die Teilnahmequote auf Parteiveranstaltungen war auf Rügen deutlich höher als im Bezirksdurchschnitt. Vgl. Gesamteinschätzung der Jahresmitgliederversammlung im KV Rügen vom 24.2.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/58, Bl. 41.

¹⁷⁶⁶ Vgl. Protokoll der erweiterten Sitzung des Kreisverbandes Rügen vom 20.10.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/104, Bl. 60.

¹⁷⁶⁷ Vgl. Vorlage für die 47. Sitzung des Bezirkssekretariats vom 5.5.1989, SAPMO BArch, DY 16/4463.

¹⁷⁶⁸ Vgl. Protokoll der erweiterten Kreisvorstandsversammlung vom 3.9.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/104, Bl. 5.

¹⁷⁶⁹ Leider sind beide Schriftstücke nicht archiviert. Ein direkter Verweis ist jedoch enthalten in: Protokoll der Kreiskonferenz Rügen am 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/101, Bl. 16.

nung nach Entpolitisierung der Wirtschaft sowie die Auflösung der Nationalen Front forderte.¹⁷⁷⁰

Mit der Erklärung beider Kernsätze der NDPD für ungültig und der Einberufung eines Sonderparteitages setzten die Rügener Nationaldemokraten Anfang November eigenständige Impulse.¹⁷⁷¹ Im Januar positionierte sich der Kreisverband deutlich für eine reflektiert durchgeführte Vereinigung und machte massiv Front gegen die SED-PDS¹⁷⁷² und gegen den Parteivorsitzenden Hartmann,¹⁷⁷³ der auch der Volkskammerabgeordnete des Kreises Rügen war.¹⁷⁷⁴ Nach einem Führungswechsel im Kreisverband Anfang Februar verstummte die Rügener NDPD.¹⁷⁷⁵ Der Kreisverband verlor zwischen Dezember 1988 und Februar 1990 20 % seiner Mitglieder.¹⁷⁷⁶

Der **NDPD-Kreisverband Rostock-Stadt** fiel vor dem Herbst 1989 durch massive Kaderprobleme¹⁷⁷⁷ und eine geringe Anbindung der Mitglieder bei vergleichsweise kritischen Äußerungen auf,¹⁷⁷⁸ was sich auch in der höchsten Anzahl von Parteiausschlüssen wegen Westverbleib manifestierte.¹⁷⁷⁹ Ab dem Frühjahr 1989 prägten hier vor allem Sorgen über die

¹⁷⁷⁰ Vgl. Stellungnahme des KV Rügen an das Präsidium des HA vom 8.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 79.

¹⁷⁷¹ Vgl. Erarbeitung eines Parteimitglieds aus dem KV Rügen vom 3.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/103, Bl. 39.

¹⁷⁷² Vgl. Protokoll der Kreiskonferenz Rügen am 13.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/101, Bl. 1–2.

¹⁷⁷³ Das Kreissekretariat drohte mit seinem geschlossenen Rücktritt, sollte Hartmann im Amt bleiben. Vgl. Informationen von Parteieinheiten und Meinungen von Parteimitgliedern vom 30.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/437, S. 2.

¹⁷⁷⁴ Vgl. Überblick über Abgeordnete und Nachfolgekandidaten der 9. Wahlperiode der Volkskammer vom 15.8.1989, SAPMO BArch, DY 16/1880.

¹⁷⁷⁵ Nachdem Hartmann wieder zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde, trat der Kreisvorsitzende tatsächlich zurück und aus der Partei aus. Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Rügen vom 2.2.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/103, Bl. 8.

¹⁷⁷⁶ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷⁷⁷ Vgl. z. B. Protokoll der außerordentlichen erweiterten Vorstandssitzung der Grundeinheit Hansaviertel II am 17.11.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/89, Bl. 11.

¹⁷⁷⁸ Angeprangert wurden hier die mangelnden Reisemöglichkeiten und der Bürokratismus. Vgl. z. B. Brief eines Mitglieds aus dem KV Rostock-Stadt vom 19.12.1988, SAPMO BArch, DY 16/780.

¹⁷⁷⁹ Sechs der insgesamt 27 Parteiausschlüsse wegen Westverbleib zwischen Januar 1988 und September 1989 entfielen auf den KV Rostock-Stadt. Gleichauf

Entwicklung im Ostblock die Diskussionen der Mitglieder.¹⁷⁸⁰ Im Herbst 1989 waren die Mitglieder von ihrer Parteiführung enttäuscht und machten sie für das Erstarken der Bürgerbewegung verantwortlich: Hätte der Parteivorstand auf die Sorgen und Meinungen seiner Mitglieder gehört, wäre die NDPD das Sprachrohr der Bürger für die Reformierung der DDR geworden.¹⁷⁸¹ Dementsprechend forderte der Kreisverband am 27. Oktober als einer der ersten im NDPD-Bezirksverband den Rücktritt der Parteiführung und einen parteiinternen, basisdemokratischen Austausch.¹⁷⁸²

Dem allgemeinen Ruf nach einem Sonderparteitag¹⁷⁸³ und einer Konföderation schloss sich der Kreisverband an.¹⁷⁸⁴ Diesen Weg wollte der Kreisvorsitzende jedoch nicht mitgehen.¹⁷⁸⁵ Mit ihm traten bis Ende November bereits 100 Mitglieder aus.¹⁷⁸⁶

Die verbliebenen NDPDler setzten sich Ende Januar 1990 für den Rücktritt der drei stellvertretenden Parteivorsitzenden und die Zusammenarbeit mit der LDP(D) ein.¹⁷⁸⁷

Durch die konstant höchsten Teilnahmequoten auf Parteiveranstaltungen¹⁷⁸⁸ und eine hohe prozentuale gesellschaftliche Verankerung¹⁷⁸⁹ war

war der KV Wismar. Eigene Zählung anhand der Akten Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/35 und /36.

¹⁷⁸⁰ Vgl. z. B. Abschlussbericht über die Realisierung des Maßnahmenplanes des Sekretariats des Kreisverbandes für den Beitrag unserer Partei zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl, ohne Datum (vermutlich April 1989), Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/91, Bl. 3.

¹⁷⁸¹ Vgl. Brief eines Vorsitzenden einer Grundeinheit im KV Rostock-Stadt vom 25.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2751, S. 3.

¹⁷⁸² Vgl. Brief des Kreisvorstandes Rostock-Stadt an das Sekretariat des HA vom 27.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 70.

¹⁷⁸³ Vgl. Stellungnahme des KV Rostock-Stadt vom 27.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/57, Bl. 345.

¹⁷⁸⁴ Vgl. Flugblatt der NDPD-Rostock ohne Datum (vermutlich Ende November 1989), Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 22.

¹⁷⁸⁵ Vgl. Mitteilung des Kreisvorsitzenden vom 22.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/6, Bl. 20.

¹⁷⁸⁶ Vgl. Stellungnahme des KV Rostock-Stadt vom 27.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/57, Bl. 345.

¹⁷⁸⁷ Vgl. Aktuelle Parteinformationen 2/90 aus dem KV Rostock-Stadt vom 26.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 10.

¹⁷⁸⁸ Vgl. Entwicklung der Teilnahme an den monatlichen Mitgliederversammlungen der Jahre 1987 und 1988 vom 24.1.1989, SAPMO BArch, DY 16/4353, S. 4–6.

die **NDPD-Grimmen** der „Vorzeige-Verband“ im Bezirksverband Rostock. Bis Mitte Oktober scheint im Kreisverband weitgehende Zufriedenheit geherrscht zu haben und auch die Beziehung zur SED als intakt eingeschätzt worden zu sein.¹⁷⁹⁰ Kritische Stimmen sucht man in den Archivalien der Grimmer NDPD bis zum November 1989 vergebens. Stattdessen attestierte der Vorsitzende Mitte Oktober noch die Geschlossenheit zwischen Kreisfunktionären und Basis und verurteilte die „Taktiken“ der LDP(D) und CDU im Kreis.¹⁷⁹¹

Ende November ergriff der Kreisverband aber die Initiative: Er hielt öffentliche Sitzungen ab, arbeitete mit dem *Neuen Forum* zusammen und entwickelte ein eigenes Programm.¹⁷⁹² Dadurch verzeichnete er sogar Zugänge.¹⁷⁹³

Ab Dezember wich die einstige Nähe zur SED einer grundlegenden Skepsis. So trauten auch die Grimmer Nationaldemokraten der Arbeiterpartei noch unter Krenz eine militärische Niederschlagung der Bürgerbewegung zu.¹⁷⁹⁴ Dies tat Ihrem Einsatz für den Erhalt der DDR keinen Abbruch.¹⁷⁹⁵ Die Neueintritte hielten bis Mitte Januar 1990 weiterhin an und der Kreisverband währte sich an der „*Spitze der revolutionären Umgestaltung*“¹⁷⁹⁶. Nach dem Sonderparteitag musste er sich aber desillusioniert eingestehen, dass die Bürger die Erneuerung der NDPD nicht anerkannten.¹⁷⁹⁷ Trotz der gewonnenen Neumitglieder verlor der Kreisverband zwischen Januar 1989 und Februar 1990 15 % seiner Mitglie-

¹⁷⁸⁹ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliedszahlen nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

¹⁷⁹⁰ Im Zusammenhang mit der Kommunalwahl im Mai 1989 lobte der Kreisvorsitzende die „*ausgezeichnete Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit*“, Abschlussbericht über die Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen in Kreis Grimmen, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/81, Bl. 19.

¹⁷⁹¹ Aktuelle Parteinformationen aus dem KV Grimmen vom 16.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/477.

¹⁷⁹² Aktuelle Informationen Nr. 84 vom 27.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2313, S. 6.

¹⁷⁹³ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷⁹⁴ Vgl. Brief des Grimmer Vorsitzenden an Hartmann vom 4.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 54.

¹⁷⁹⁵ Vgl. Aktuelle Informationen 85 vom 4.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/231, S. 7.

¹⁷⁹⁶ So die Aussage der Kreisdelegiertenkonferenz Grimmen Anfang Januar. Aktuelle Informationen Nr. 89 vom 15.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 4.

¹⁷⁹⁷ Vgl. Aktuelle Parteinformationen des KV Grimmen vom 26.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 9.

der.¹⁷⁹⁸ Die Zusammenarbeit mit dem hier schwächeren *BFD* lief bereits im Februar/März gut an,¹⁷⁹⁹ daher begrüßten die meisten NDPD-Mitglieder den Beitritt Ende März freudig.¹⁸⁰⁰

Grimmen gehört zu den wenigen Kreisverbänden, die auch nach dem März 1990 aktiv waren. Die Freude über das gute Wahlergebnis und die Überwindung der Startschwierigkeiten im *BFD* wurden durch die Aussicht auf die drohende Personalabwicklung im hauptamtlichen Parteiapparat, die als eine Folge der Fusion mit der FDP (West) angekündigt wurde, massiv gedämpft.¹⁸⁰¹

Der **NDPD-Kreisverband Rostock-Land** war der kleinste Verband im Bezirk. Die im Jahr 1981 angekündigte Zusammenlegung des Verbands mit Rostock-Stadt wurde nicht umgesetzt,¹⁸⁰² obwohl die Arbeit der Kreisfunktionäre seitens des Bezirksverbandes auch 1989 noch als ungenügend eingeschätzt wurde.¹⁸⁰³

Es gibt insgesamt nur sehr wenige Dokumente dieses Kreisverbandes, von diesen sind wiederum nur die der Ortsgruppe Sanitz inhaltlich relevant. Die Forderung des Kreisvorsitzenden nach einem stärkeren ökonomischen Denken aus dem Juli 1989 ist die letzte Wortmeldung des Kreisverbandes im Sommer/Herbst 1989.¹⁸⁰⁴ Anfang November meldete sich die Sanitzer Ortsgruppe zu Wort: Absolute Selbständigkeit und Ausdifferenzierung aller Parteien, Einberufung der Volkskammer, Rücktritt und Neuwahl der Regierung und aller Parteiinstanzen, Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung in Wirtschaft und Politik, Bestrafung aller Funktionäre bei juristisch nachgewiesener Schuld, und Glaubensfreiheit sollten den Weg zu einem erneuerten Sozialismus in der DDR bereiten.¹⁸⁰⁵ Scheinbar war der Erhalt einer souveränen DDR für

¹⁷⁹⁸ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁷⁹⁹ Vgl. Aus Informationen aus Bezirkssekretariaten und Kreissekretariaten vom 15.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/484, S. 2.

¹⁸⁰⁰ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 5 vom 2.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272.

¹⁸⁰¹ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 10 vom 8.5.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272.

¹⁸⁰² Vgl. Parteinformationen an Hartmann vom 27.1.1981, SAPMO BArch, DY 16/5204.

¹⁸⁰³ Vgl. Vorlage für die 42. Sitzung des Bezirkssekretariats von der Abteilung Parteiorgane vom 24.1.1989, SAPMO BArch, DY 16/4463.

¹⁸⁰⁴ Vgl. Protokoll der 33. Sitzung des Rostocker Bezirksvorstandes vom 17.7.1989, SAPMO BArch, DY 16/5204, S. 3.

¹⁸⁰⁵ Vgl. z. B. Ergebnis der Vorstandssitzung der Ortsgruppe Sanitz im KV Rostock-Land vom 6.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 75.

den Kreisvorstand Ende November 1989 noch das erklärte Ziel.¹⁸⁰⁶ Der Verlust von 18,5 % der Mitglieder des Kreisverbandes ist gemessen an der nicht nachweisbaren Aktivität des Verbandes 1990 gering.¹⁸⁰⁷

Der **NDPD-Kreisverband Wolgast** hob sich schon vor der Wende durch Kaderprobleme,¹⁸⁰⁸ resignative Tendenzen¹⁸⁰⁹ und eine „negative“ Einschätzung des Vorsitzenden durch Mitarbeiter des MfS von den anderen Kreisverbänden ab.¹⁸¹⁰ Da für den Zeitraum zwischen Mai und November 1989 keine relevanten Archivalien hinterlassen wurden, scheint der Kreisverband erst ab November 1989 am politischen Umbruch teilgenommen zu haben. In seinem Aktionsprogramm plädierte der KV für ein Reformbündnis, Pluralismus, eine effiziente Wirtschaft und einen dialogorientierten demokratischen Staat.¹⁸¹¹ Trotz großer Schwierigkeiten erkannte der Kreisvorsitzende Ende Dezember erster Früchte des Erneuerungsprozesses.¹⁸¹²

Ab Beginn des Jahres 1990 setzte sich der Wolgaster Kreisverband mit Nachdruck für Neutralität und Entmilitarisierung und die soziale Absicherung der Grenzzoffiziere in einem vereinigten Deutschland ein. Ebenso forderte er die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, was wohl auch der geographischen Lage geschuldet war. Wie gegen Hartmann bezog Wolgast auch gegen die SED-PDS Stellung,¹⁸¹³ stand den durch den Sonderparteitag ausgelösten Auflösungstendenzen aber hilflos gegenüber.¹⁸¹⁴ Die geringe Bindung der Mitglieder im Kreis an ihre Partei zeig-

¹⁸⁰⁶ Das impliziert die Formulierung des Kreisvorsitzenden, die Existenz der DDR stünde auf dem Spiel. Vgl. Protokoll zur 12. Sitzung des Bezirksvorstandes am 23.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/23, Bl. 58.

¹⁸⁰⁷ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸⁰⁸ Vgl. Brief des Bezirkssekretärs an den Wolgaster Kreisvorsitzenden vom 20.9.1988, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/125, Bl. 84.

¹⁸⁰⁹ Vgl. Übersicht über die Teilnahme an Mitgliederveranstaltungen im Bezirk Rostock vom 15.1.1989, SAPMO BArch, DY 16/2021.

¹⁸¹⁰ Vgl. Ergänzung zur Einschätzung der Lage in den befreundeten Parteien vom 18.10.1989, BStU, Bestand Bezirksverband Rostock, Abt. XX, Nr. 493/1, S. 17.

¹⁸¹¹ Vgl. Aktionsprogramm Wolgast vom 21.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 105–106.

¹⁸¹² Vgl. undatiertes Schreiben des Kreisvorstands an die Wolgaster Mitglieder, vermutlich Ende Dezember 1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/125, Bl. 8.

¹⁸¹³ Vgl. Äußerungen der Kreisdelegiertenkonferenz Wolgast zum Programmentwurf vom 12.1.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 112.

¹⁸¹⁴ Vgl. Aus einigen Informationen im Hinblick auf die Fortsetzung des 14. Parteitags vom 5.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272.

te sich auch nach dem Beitritt zum *BFD*: Die meisten Mandate vergab das Bündnis an Parteilose, weil keine eigenen Kandidaten zur Verfügung standen.¹⁸¹⁵ Obwohl ihr Einsatz für ein unabhängiges Vorpommern¹⁸¹⁶ und die strikte Ablehnung der Zusammenarbeit mit der FDP (West)¹⁸¹⁷ ab April von der Realität überholt wurden, war die Abgangsquote mit 18 % relativ gering.¹⁸¹⁸

Der **NDPD-Kreisverband Grevesmühlen** war vor der Wende von Kaderproblemen, der Kritik an der allgemeinen Stimmung und dem Desinteresse der Bürger gekennzeichnet.¹⁸¹⁹ In Ermangelung eines geeigneten Kreissekretärs¹⁸²⁰ kam der Kreisverband seiner Informationstätigkeit nicht nach und produzierte auch in den Wende-Monaten nur sehr wenig überliefertes Schriftgut. Die beiden Positionspapiere aus dem November¹⁸²¹ entsprachen weitgehend dem allgemeinen Tenor. Auffällig ist jedoch, dass die NDPD im westlichsten Kreis des Bezirkes ganz im Gegensatz zur örtlichen CDU(D) nach der Maueröffnung massiv ihren Unmut über den vermeintlichen Ausverkauf der DDR ausdrückte: Gerade hier wurde das Aufkaufen der subventionierten und begehrten Waren und das Nutzen der günstigen Dienstleistungen als übermäßig empfunden.¹⁸²² Als Reaktion auf die Inaktivität der eigenen Partei und

¹⁸¹⁵ Aktuelle Parteinformationen Nr. 7 vom 9.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 3.

¹⁸¹⁶ Vgl. Aktuelle Informationen der Bezirks- und Kreisverbände vom 2.3.1990, SAPMO BArch, DY 16/4814, S. 3.

¹⁸¹⁷ Vgl. Aktuelle Parteinformationen Nr. 7 vom 9.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272.

¹⁸¹⁸ Vgl. Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸¹⁹ Vgl. Aktuelle Parteinformationen 19/88 vom 7.9.1988, SAPMO BArch, DY 16/4535, S. 5.

¹⁸²⁰ Vgl. Handschriftliche Notiz vom 4.10.1988: Seit dem 29.9.1988 war kein Kreissekretär mehr im Amt. SAPMO BArch, DY 16/4535. Seit dem Frühjahr 1989 gab es zwar wieder welche, diese wären aber „überfordert“, hieß es in der Gesamteinschätzung der Jahresmitgliederversammlung vom 3.3.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/58, Bl. 1.

¹⁸²¹ In dem Brief des KV Grevesmühlen an den HA vom 9.11.1989 forderte dieser die Streichung des Kernsatzes 1, einen Parteitag, ein neues Parteiprogramm, die Auflösung der Nationalen Front, Neuwahlen nach einem neuen Wahlgesetz und die Stärkung der Privatwirtschaft (Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 49) Das eigentliche Positionspapier vom 21.11.1989 beinhaltet im Wesentlichen die gleichen Forderungen und das Bekenntnis zu einem modernen Sozialismus. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 47.

¹⁸²² Vgl. Parteinformationen des Bezirkssekretariats Rostock vom 12.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/6362.

zum Schutz der DDR wandten sich einige Mitglieder der SED zu und kündigten an, deren Nachfolgepartei im Jahr 1990 wählen zu wollen.¹⁸²³

Die **NDPD-Greifswald** war bis zum Herbst 1989 unauffällig. Hier sprachen sich nur einzelne Mitglieder für die Übernahme von Teilen der sowjetischen Reformen aus¹⁸²⁴ und kritisierten die mangelnden Befugnisse von Abgeordneten.¹⁸²⁵ Möglicherweise fanden deshalb so wenige Akademiker der Universitätsstadt Greifswald den Weg in den Kreisverband der NDPD.¹⁸²⁶

Im Herbst wurde der Verband aktiver. Mitte Oktober 1989 setzte er sich für eine transparente und ehrliche Informationskultur und die Attraktivitätssteigerung des Sozialismus ein.¹⁸²⁷ Der Schockstarre der Parteiführung begegnete der Kreisverband Anfang November mit folgenden Forderungen: Rücktritt der Parteiführung, Einberufen eines Sonderparteitags, Loslösung von der SED, Parteiwahlen und Profilierung, Reisefreiheit, Entmilitarisierung von Bildung und Gesellschaft und ein neues Wahlgesetz.¹⁸²⁸ Mitte Dezember distanzierte sich der Kreisverband vom Sozialismus-Begriff.¹⁸²⁹

Den Sonderparteitag im Januar und Februar 1990 empfanden die Greifswalder als sabotiert: Ihre Unterstützung galt dem aus dem Amt

¹⁸²³ Als Begründung wurde das Vorhandensein eines Programms und einer intakten Kaderstruktur angegeben. Parteiinformationen des Bezirkssekretariates Rostock vom 12.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/6362.

¹⁸²⁴ Vgl. Protokoll der 6. Sitzung des Bezirksvorstandes Rostock vom 11.7.1988, SAPMO BArch, DY 16/5204.

¹⁸²⁵ Vgl. Vorlage für die 43. Sitzung des Bezirkssekretariats vom 16.2.1989, SAPMO BArch, DY 16/4463, S. 3.

¹⁸²⁶ Einen möglichen Zusammenhang zwischen der Präsenz der sogenannten „Intelligenz“ und der Reformorientierung zeigt das Kapitel 4.8.3. *Intelligenz* auf. Mit einer Akademikerdichte von knapp über 15 % entsprach die soziale Zusammensetzung des KV Greifswald etwa denen der agrarischen Kreise Rügen und Grevesmühlen. Die Kreisverbände der anderen beiden Hochschulstädte Stralsund und Rostock liegen hier bei etwa 10 % mehr. Siehe Statistischer Jahresbericht Bezirk Rostock/Mitgliederentwicklung, Stand 31.12.88, SAPMO BArch, DY 16/1943, S. 2.

¹⁸²⁷ Vgl. Brief eines Greifswalder Mitglieds vom 10.10.1989, SAPMO BArch, DY 16/2756.

¹⁸²⁸ Vgl. Inhaltliche Positionsbestimmung des KV Greifswald vom 1.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 43–45.

¹⁸²⁹ Vgl. Programm der Arbeit des KV Greifswald bis zum 14. Parteitag vom 12.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 41–42.

gedrängten Glaeser.¹⁸³⁰ Bis in den Sommer des Jahres 1990 hinein rang der Kreisverband letztlich erfolglos um den Erhalt des KKW Lubmin¹⁸³¹ und einen eigenständigen Verwaltungsbezirk Vorpommern.¹⁸³² Trotz der starken Regionalausrichtung verlor der Kreisverband im ersten Quartal 1990 22,5 % seiner Mitglieder.¹⁸³³

Der **NDPD-Kreisverband Ribnitz-Damgarten** hatte die größte gesellschaftliche Verankerung aller Kreisverbände des NDPD-Bezirksverbandes.¹⁸³⁴ Dennoch machten seine Mitglieder nur zwischen Oktober 1989 und Februar 1990 auf sich aufmerksam. Ende Oktober forderte die Ortsgruppe Barth einen pluralistischen und demokratischen Sozialismus in der DDR, den Rücktritt der Parteiführung und Neuwahlen nach einem neuen Wahlgesetz, als deren Ergebnis sie sich eine Koalitionsregierung vorstellten.¹⁸³⁵ Bis Ende November hielten auch andere Ortsgruppen an diesem reformsozialistischen Kurs und an einem gleichberechtigten Verhältnis zur SED fest.¹⁸³⁶ Der Austausch der kompletten Staats- und Parteiführung war für sie und den Kreisvorstand aber ebenso notwendig wie die Abwicklung des NDPD-Hauptausschusses auf einem Sonderparteitag.¹⁸³⁷

Als Zeichen der Erneuerung setzte sich der Kreisverband auch für die Umbenennung der Partei ein.¹⁸³⁸ Möglicherweise waren die Kaderprobleme und die Abgangsquote von 18,5 % bis zum Februar 1990¹⁸³⁹ ursächlich dafür, dass der Kreisverband im Jahr 1990 verstummte.

¹⁸³⁰ Vgl. Informationen von Parteieinheiten und Meinungen von Parteimitgliedern vom 30.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/437, S. 4.

¹⁸³¹ Vgl. Wahlprogramm des KV Greifswald zur Volkskammerwahl im März 1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/60, Bl. 28.

¹⁸³² Vgl. Flugblatt des BFD-Greifswald aus dem Sommer 1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/ 4.132/59, Bl. 102–103.

¹⁸³³ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸³⁴ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen 31.12.1988*, S. 428.

¹⁸³⁵ Vgl. Brief der Ortsgruppe Barth im KV Ribnitz-Damgarten vom 26.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 58–59.

¹⁸³⁶ Vgl. Briefe der Ortsgruppen Damgarten und Altenwillershagen vom 20.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 60.

¹⁸³⁷ Vgl. Telegramm des Kreisvorstandes Ribnitz-Damgarten vom 18.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/82, Bl. 6.

¹⁸³⁸ Vgl. ebd.

¹⁸³⁹ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

Die **NDPD-Stralsund** beschäftigte sich vor dem Sommer 1989 hauptsächlich mit Versorgungsproblemen.¹⁸⁴⁰ Im August 1989 verzeichnete sie zwar als erster Kreisverband eine angespannte politische Situation,¹⁸⁴¹ verurteilte die Ausreisewelle aber linientreu als BRD-Medienkampagne¹⁸⁴² und wartete noch Mitte Oktober auf Anleitung durch die Parteileitung.¹⁸⁴³ Die vergleichsweise radikalen Forderungen eines Mitglieds auf einer Versammlung Ende Oktober unterzeichnete dennoch jeder dritte Anwesende.¹⁸⁴⁴ Noch Anfang November sprach der Kreisvorstand lediglich von einer Modifizierung der Führungsrolle der SED.¹⁸⁴⁵ Trotzdem die Kreisfunktionäre die Forderungen der Basis nach einer moderaten reformsozialistischen Umgestaltung und eine basisdemokratische Erneuerung der NDPD durch Parteiwahlen im Laufe des Novembers übernahmen,¹⁸⁴⁶ behielt der Kreisvorstand bis Januar 1990 auch angesichts der stark divergierenden Ansichten der Mitglieder seine Linie bei und sorgte sich um den Rechtsruck in der BRD, in der DDR und in der eigenen Partei und forderte die Etablierung neuer Sicherheitsstrukturen.¹⁸⁴⁷ Diese Prinzipientreue der Kreisfunktionäre kostete den Kreisverband bis Februar 1990 42,5 % seiner Mitglieder und sorgte somit für die größte Dezimierung innerhalb des Bezirksverbandes.¹⁸⁴⁸

Die **Kreisverbände der DBD** waren insgesamt angepasster und übten weniger generelle Systemkritik. Deswegen waren sie aber nicht zwangsläufig zufriedener mit dem Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft der DDR. Auch in den Reihen der DBD lassen sich sehr unterschiedliche Aktionsgrade ausmachen.

¹⁸⁴⁰ Vgl. z. B. Parteiinformationen 15/87 und 22/87 vom 16.7.1987 und 23.10.1987, SAPMO BArch, DY 16/1256.

¹⁸⁴¹ Vgl. Protokoll der Beratung des Kreissekretariats Stralsund vom 28.8.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/108, Bl. 7.

¹⁸⁴² Vgl. handschriftlicher Bericht des Kreissekretärs Stralsund vom 19.9.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/106, Bl. 5.

¹⁸⁴³ Vgl. Protokoll der Beratung des Sekretariats des Kreisvorstands vom 9.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/108, Bl. 4.

¹⁸⁴⁴ Siehe Kapitel 4.2. *Unmut*. Vgl. Protokoll zur Mitgliederversammlung Stralsund vom 25.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 99.

¹⁸⁴⁵ Vgl. Brief des Kreisvorstands Stralsund an Hartmann vom 3.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 95.

¹⁸⁴⁶ Vgl. ebd.

¹⁸⁴⁷ Vgl. Parteiinformationen des Bezirkssekretariats Rostock vom 12.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/6362, S. 2.

¹⁸⁴⁸ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

Grevesmühlen war der **DBD-Kreisverband** mit der größten Mitglieder-
dichte und neben Bad Doberan und Greifswald einer der aktivsten in-
nerhalb des Bezirksverbandes.¹⁸⁴⁹ In seinen Berichten wies der Vorsit-
zende ab dem Frühjahr 1989 darauf hin, dass die Stimmung „*kritischer als
je zuvor*“ sei.¹⁸⁵⁰ Das deutliche Beklagen der Mangelwirtschaft und die
Forderung nach einer nötigen Modifikation des Sozialismus-Bildes im
April 1989¹⁸⁵¹ machten Grevesmühlen zu einem der auffälligeren Kreis-
verbände der DBD.

Um die DDR zu erhalten, forderte er im Herbst 1989 eine radikale perso-
nelle Erneuerung auch auf Bezirks- und Kreisebene, eine neue Dia-
logkultur, größere Spielräume für die Blockparteien unter der SED-
Führung und eine größere Basisorientierung des DBD-
Parteivorstands.¹⁸⁵² Nur unter solchen Bedingungen könne die DBD als
„*Bollwerk gegen die erstarkten oppositionellen Gruppen*“ wirken.¹⁸⁵³ Diese
Reformvorschläge wurden von der Forderung an Maleuda, endlich Stel-
lung zu beziehen, begleitet¹⁸⁵⁴ und die Positionierung des Kreisverban-
des in Form einer „*regen*“ Versammlungsbeteiligung honoriert.¹⁸⁵⁵

Im Januar 1990 wurde deutlicher, wie der Kreisverband das Verhältnis
zwischen Erhalt und Reformierung der DDR sah: Einerseits wurde von
einigen Mitgliedern die Wiedererrichtung einer Sperrzone als adäquate
Maßnahme zur Eindämmung von Zustrom und Ausverkauf durch Bun-
desbürger angesehen, andererseits auf eine juristische Verurteilung der
ehemaligen SED-Funktionäre gedrungen.¹⁸⁵⁶

Das Engagement des Kreisverbandes zahlte sich weiterhin aus: Er verlor
zwischen September 1989 und Februar 1990 nur 4,6 % der Mitglieder,

¹⁸⁴⁹ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen*
31.12.1988, S. 428.

¹⁸⁵⁰ Mitteilung über die Sitzung des KV am 16.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768,
S. 6.

¹⁸⁵¹ Vgl. Aktuelle Informationen, KV Grevesmühlen vom 19.4.1989, SAPMO
BArch, DY 60/3181.

¹⁸⁵² Vgl. Stellungnahme des KV Grevesmühlen vom 25.10.1989, SAPMO BArch,
DY 60/3196, S. 1–2.

¹⁸⁵³ Stellungnahme des KV Grevesmühlen vom 25.10.1989, SAPMO BArch,
DY 60/3196.

¹⁸⁵⁴ Vgl. Mitteilung des Kreissekretariats Grevesmühlen vom 30.11.1989, SAPMO
BArch, DY 60/3196.

¹⁸⁵⁵ Vgl. Informationsbericht des BV zur aktuell-politischen Lage vom 3.11.1989,
SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹⁸⁵⁶ Vgl. Bericht des Kreisvorsitzenden auf der Sitzung des Bezirkssekretariats am
11.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 4–6.

wobei im Januar sogar ein Aufwärtstrend zu verzeichnen war. Nach dem Sonderparteitag verlor er jedoch 160 Mitglieder, die sich bis Ende Juni nur um weitere 80 erhöhten.¹⁸⁵⁷ Dieses Abebben der Austritte ist ein Indiz dafür, dass die in ihrer Konsequenz singuläre Haltung des Kreisverbandes zur Parteifusion mit der CDU auf die Zustimmung der Mitglieder stieß: Alle 37 Ortsgruppen des Kreisverbandes Grevesmühlen stimmten gegen den Zusammenschluss.¹⁸⁵⁸ Das „*Nein*“ Grevesmühlens zum Ende der DBD stellte den einzigen aktiven Widerstand im ganzen Landesverband Mecklenburg-Vorpommern dar.

Bereits in den Jahren 1987 und 1988 war der **Kreisverband Wismar** engagiert, leitete Missstände offen an die übergeordneten Instanzen, stellte kritische Fragen zu nationalen und internationalen Themen und ließ dabei auch die Arbeit der Volksvertreter nicht außen vor.¹⁸⁵⁹ Dennoch wurde auch hier eine ungenügende Bereitschaft zur Übernahme von Parteiämtern kritisiert¹⁸⁶⁰ und durch den Bezirksverband die Leitungstätigkeit der Kreisfunktionäre und die Teilnahme an Parteischulungen bemängelt.¹⁸⁶¹ Möglicherweise ist beides ebenso ein Indiz für eine Distanzierung vom SED-Staat wie die Abberufungsbitte eines politischen Mitarbeiters im November 1988, die mit dem Verweis des Bezirksverbandes, die Fluktuationsquote unter den politischen Mitarbeitern sei generell zu hoch, kommentiert wurde.¹⁸⁶²

Im August 1989 machten es die vorhandenen Sympathien mit den Akteuren der „*konterrevolutionären Aushöhlung*“ den Kreisfunktionären schwer, die Deutungshoheit über das aktuelle Geschehen und das sehr breite Meinungsspektrum der Mitglieder zu behaupten.¹⁸⁶³ Während die Ortsgruppe Grambow im September 1989 forderte, sofort die Grenzen abzusichern statt darauf zu hoffen, die Ausreise durch Verbesserungen

¹⁸⁵⁷ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸⁵⁸ Vgl. Bericht des BV an den PV vom 20.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

¹⁸⁵⁹ Vgl. z. B. Bericht über die bisher durchgeführten Jahresversammlungen in den Orts- und Wohnbezirksgruppen des KV Wismar vom 1.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767.

¹⁸⁶⁰ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 16.1.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 3.

¹⁸⁶¹ Vgl. Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung vom 15.11.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 6.

¹⁸⁶² Vgl. ebd., S. 2.

¹⁸⁶³ Aktuelle Kurzinformationen aus dem KV Wismar vom 1.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 3.

im Reiseverkehr zu stoppen,¹⁸⁶⁴ war das Wismarer Kreissekretariat das erste, das sich noch Ende November aus der *Nationalen Front* zurückzog und deren Auflösung forderte.¹⁸⁶⁵ Dieser Kurs führte dazu, dass Wismar mit Abstand die positivste Mitgliederbilanz im Jahr 1989 aufwies. Dieser Trend hielt aber trotz des guten Wahlergebnisses im Mai 1990 und eines konkreten Koalitionsangebots der CDU¹⁸⁶⁶ nicht an.¹⁸⁶⁷

Im Sommer 1990 richtete sich der Wismarer Vorsitzende als einziger Kreisvorsitzende postalisch an die Mitglieder seines Kreises, um ihnen die Fusionsentscheidung zu erklären und um für ihr Mitkommen in die CDU zu werben.¹⁸⁶⁸ Der Vorsitzende erwartete auch von den Ortsgruppenvorsitzenden seines Kreisverbandes, dass sie sich unabhängig von ihrer eigenen Meinung für die Fusion einsetzen.¹⁸⁶⁹

Für die **DBD** auffällig früh klagte der **Greifswalder Kreisverband** bereits im Juli 1988 über Verweigerungshaltungen und Ermüdungserscheinungen bei Mitgliedern und Funktionären.¹⁸⁷⁰ Eine Ausnahme war anscheinend der seit 26 Jahren amtierende Kreisvorsitzende, der dreimal länger im Amt war als der Durchschnitt seiner Kollegen.¹⁸⁷¹ Die Greifswalder Mitgliedschaft schien insgesamt weniger bequem gewesen zu sein als die der übrigen Kreisverbände, was der Bezirksvorstand auf den „Westempfang“ zurückführte.¹⁸⁷² Dennoch traten einzelne Ortsgruppen erst im November 1989 an den Kreisvorsitzenden heran, um vom Parteivorstand das Ende des Schweigens, die Orientierung auf die Basis, die Einberufung eines Parteitags, ein neues Programm und Profil sowie freie

¹⁸⁶⁴ Vgl. Notiz aus der OG Grambow, KV Wismar, verm. September 1989 (ohne Datum), SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹⁸⁶⁵ Vgl. Infobericht des KV Wismar vom 1.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 2.

¹⁸⁶⁶ Vgl. Informationsbericht 23/90 vom 15.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 4–5.

¹⁸⁶⁷ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸⁶⁸ Vgl. Persönlicher Brief an jedes Mitglied vom Wismarer Kreisvorsitzenden vom 27.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

¹⁸⁶⁹ Vgl. Brief Lindners an einen Ortsgruppenvorsitzenden vom 27.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

¹⁸⁷⁰ Berichterstattung des Kreissekretariats Greifswald zur Bezirkssekretariatssitzung am 21.7.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 7.

¹⁸⁷¹ Der Bezirksdurchschnitt der 1. Kreissekretäre wies eine Amtsdauer von 8,5 Jahren auf. Protokoll der 19. Sitzung des PV am 15.11.1988, SAPMO BArch DY 60/860.

¹⁸⁷² Bericht des BV über die Parteiarbeit im Monat Mai 1989 vom 1.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 4.

Wahlen nach einem neuen Wahl- und Parteiengesetz¹⁸⁷³ und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung sowie die Auflösung der Nationalen Front zu fordern.¹⁸⁷⁴

Mit „nur“ 60 Austritten im ersten Quartal 1990 waren die Abgänge in Greifswald eher gering.¹⁸⁷⁵ Obwohl hier im März 1990 noch ein sehr gutes Wahlergebnis erzielt worden ist,¹⁸⁷⁶ war das zweite Quartal von einer massiven Austrittswelle gekennzeichnet: Konnte sich der Kreisverband zwischen September 1989 und März 1990 mit einem geringen Rückgang von 1.087 auf 945 Mitglieder relativ konstant halten, so wogen die 267 Abgänge zwischen März und Juni 1990 umso schwerer.¹⁸⁷⁷ Sie zeigen, dass viele Greifswalder, insbesondere die älteren,¹⁸⁷⁸ den Weg in die (Bundes-)CDU nicht mitgehen wollten.

Die Kritikpunkte und Fragen des **DBD-Kreisverbandes Bad Doberan** zu nationalen und internationalen Entwicklungen unterschieden sich nicht wesentlich von denen der anderen Kreise. Aber Rügen für unangemessene Diskussionsbeiträge des Kreissekretärs, die Abberufung politischer Mitarbeiter¹⁸⁷⁹ und die Mitteilungen des Kreises über Resignationserscheinungen unter den Funktionären¹⁸⁸⁰ zeigen die größere Distanz zum politischen System der DDR. Die desillusionierte Einschätzung „*Es ändert sich doch nichts*“¹⁸⁸¹ aus dem Jahr 1988 und Probleme bei der Mandatsbesetzung im Frühjahr 1989¹⁸⁸² erhärten diesen Eindruck.

Auf die Ereignisse des Herbstes 1989 reagierte der Kreisverband dennoch erst Mitte Oktober, indem er seine Zustimmung zum Honecker-Rücktritt und zur Krenz-Nachfolge sowie seine Unzufriedenheit mit

¹⁸⁷³ Vgl. Stellungnahme der Ortsgruppe Südstadt vom 7.11.1989 und Stellungnahme der Ortsgruppe Züssow vom 20.11.1989, beide SAPMO BArch, DY 60/3196.

¹⁸⁷⁴ Diese letztgenannten Forderungen kamen nur aus der Ortsgruppe Züssow.

¹⁸⁷⁵ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸⁷⁶ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S.433.

¹⁸⁷⁷ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸⁷⁸ Vgl. Zusammengefasste Wertungen der Kreisvorsitzenden Greifswald und Bergen vom 5 und 10.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

¹⁸⁷⁹ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 21.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 2.

¹⁸⁸⁰ Vgl. Schreiben des KV Bad Doberan an den BV vom 15.9.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 4.

¹⁸⁸¹ Schreiben des KV Bad Doberan an den BV vom 15.9.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 4.

¹⁸⁸² Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 16.1.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 3.

dem Auftreten Maleudas erklärte und nun freudig auf die „Wende“ wartete.¹⁸⁸³ Gleichzeitig forderten einzelne Ortsgruppen die Einführung eines Mehrparteiensystems und konkrete personelle Veränderungen in Partei und Staat.¹⁸⁸⁴

Obwohl der Sonderparteitag hier als Erfolg verstanden wurde, verlor der Kreisverband zwischen September 1989 und März 1990 knapp 20 % seiner ursprünglich 709 Mitglieder.¹⁸⁸⁵ Ab Februar 1990 trat er nicht mehr in Erscheinung.

Der **DBD-Kreisverband Grimmen** war in puncto Organisation das Sorgenkind des Bezirksverbandes. Neben einer unbefriedigenden Mitgliederwerbung und Anleitungstätigkeit beklagte dieser auch die „*nicht immer ausreichende Zielstrebigkeit*“ des Kreissekretärs und leistete direkte Anleitungshilfe.¹⁸⁸⁶ Inhaltlich bezogen sich die Berichte des Kreisverbandes mehrheitlich auf die wachsenden Versorgungs- und Produktionsprobleme vor Ort und kommentierten außenpolitische Entwicklungen.¹⁸⁸⁷ So wurde im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen Kohl und Honecker im Jahr 1987 erstmalig der „*Schießbefehl*“ erwähnt – von Kohls Forderung nach dessen Abschaffung distanzierte sich der Kreisverband jedoch.¹⁸⁸⁸

Im direkten Vorfeld des Herbstes 1989 trat der Verband kaum in Erscheinung. In den Wendemonaten setzte sich aber ein großer Teil der Grimmener Mitgliedschaft aktiv für einen basisdemokratischen Dialog, eine leistungsorientierte Personalpolitik, eine Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz und den Umweltschutz ein und bekannte sich mehrheitlich schon im Februar 1990 zur Deutschen Einheit, sofern die „*sozialen Errungenschaften*“ beibehalten werden können.¹⁸⁸⁹

Wie auch Rostock, Wismar und Grevesmühlen organisierte der DBD-Kreisverband Anfang März 1990 Bauerdemonstrationen, um auf die

¹⁸⁸³ Vgl. Mitteilung des Kreisverbandes Bad Doberan vom 23.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹⁸⁸⁴ Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung Satow (Bad Doberan) vom 24.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196.

¹⁸⁸⁵ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁸⁸⁶ Protokoll der Sitzung des Bezirkssekretariats vom 23.8.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 6–7.

¹⁸⁸⁷ Vgl. Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung vom 23.8.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 5–7.

¹⁸⁸⁸ Aktuelle Informationen des KV Grimmen vom September 1987, SAPMO BArch, DY 60/3151, S. 2.

¹⁸⁸⁹ Information 10/90 des BV vom 12.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904.

soziale Stellung der Bauern im Falle einer Vereinigung aufmerksam zu machen.¹⁸⁹⁰ Dieses Engagement trug wohl mit dazu bei, dass der Kreisverband mit über 15 % ein außerordentlich beachtliches Kommunalwahlergebnis erzielte.¹⁸⁹¹ Trotz dieses guten Ergebnisses ist in den Akten keine spätere Tätigkeit dokumentiert.

Der **DBD-Kreisverband** der Insel **Rügen** war mit über 1.400 Mitgliedern neben Rostock der zweitgrößte im Bezirk.¹⁸⁹² Dennoch sind aus der Zeit vor dem Herbst 1989 nur wenige Materialien überliefert. Die Rügener Mitgliedschaft wies die üblichen Probleme bei der Mandatsbesetzung und Schulbeschickung auf.¹⁸⁹³ Ab dem Herbst 1989 lässt sich eine größere Aktivität nachweisen. Die Rügener forderten im September eine Ursachenanalyse der Ausreisewelle und wiesen auf alltägliche Probleme hin, für die sie die Verantwortung auf der staatlichen Ebene sahen: die realitätsferne Medienberichterstattung, mangelnde Effizienz in der Produktion, eine nach der ungarischen Grenzöffnung fehlende außenpolitische Linie und die fehlende Standortbestimmung der DBD.¹⁸⁹⁴ Auch die Leitsätze des Parteivorsitzenden gaben nicht die Antworten, die sie am Beginn des Jahres 1990 erwartet hatten. Ihrer Meinung nach fehlte neben einer Abrechnung mit der eigenen Parteivergangenheit auch eine Perspektive und die personelle Erneuerung.¹⁸⁹⁵ In Puncto Deutschlandpolitik warf der Kreisverband Rügen seiner Parteiführung vor, die „*Eigendynamik und Tatsachen zu verkennen*“, was alles in allem bereits dazu geführt habe, dass etliche Mitglieder ausgetreten sind oder ihr Mandat niederlegen wollen.¹⁸⁹⁶ Nachdem die Wahlergebnisse im Frühjahr 1990 positiv für den Kreisverband ausgefallen waren,¹⁸⁹⁷ wurden zwar Koalitionsgespräche mit der CDU geführt, eine Fusion konnten sich die Insulaner aber nur mit dem BFD oder der SPD vorstellen.¹⁸⁹⁸ Dennoch wurde noch

¹⁸⁹⁰ Vgl. Information 12/90 des BV vom 21.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

¹⁸⁹¹ Der Rostocker Durchschnitt lag bei 5,2 %. Vorläufiges Ergebnis der Kommunalwahl, SAPMO BArch, DY 60/3215.

¹⁸⁹² Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederzahlen nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

¹⁸⁹³ Vgl. z. B. Einschätzung der Ergebnisse der Schulbeschickung an die Bildungsstätte der Partei im Jahre 1988 vom 2.12.1988, SAPMO BArch, DY 60/2767, S. 2.

¹⁸⁹⁴ Vgl. Schreiben des KV Rügen an den PV vom 25.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹⁸⁹⁵ Vgl. Schreiben des KV Rügen an den PV vom 5.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/3195.

¹⁸⁹⁶ Schreiben des KV Rügen an den PV vom 5.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/3196.

¹⁸⁹⁷ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S. 433.

¹⁸⁹⁸ Vgl. Information und Meinungen über die Perspektive der DBD vom 22.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904.

im Juli optimistisch eingeschätzt, dass etwa die Hälfte der über 1.000 Mitglieder die Fusion mit der CDU vollziehen würden.¹⁸⁹⁹ Tatsächlich wurde der Schritt gen Bundes-CDU mit steigenden Eintrittten honoriert.¹⁹⁰⁰

Der östlichste **DBD-Kreisverband Wolgast** war der kleinste Kreisverband im Bezirk Rostock.¹⁹⁰¹ Charakteristisch waren große Personalprobleme und eine geringere Bereitschaft der Mitglieder, innerhalb der Partei Verantwortung zu übernehmen.¹⁹⁰² Auffällig ist, dass ein Mitglied des Parteivorstands im September 1988 erster Kreissekretär wurde.¹⁹⁰³ Offene Fragen und alltägliche Probleme der Versorgung, Infrastruktur, Zulieferung und Entsorgung wurden insbesondere aus den Dörfern des Kreises gemeldet und über den direkten Kontakt auch auf Tagungen des Parteivorstands vorgetragen.¹⁹⁰⁴ Ebenso wie im Nachbarkreis Greifswald führte der „*Empfang von Westmedien*“ im Sommer 1989 zunehmend zu Meinungen, die von der Linie der Parteileitung abwichen.¹⁹⁰⁵

Abgesehen von den Forderungen nach demokratischen Reformen in Staat und Wirtschaft und einer größeren Präsenz und Basisorientierung der DBD fand der Kreisverband im Herbst keine einheitliche Linie: So war auch im November die Ablehnung der Führungsrolle der SED noch kein Konsens, vielmehr wurde an eine freiwillige Selbstbeschränkung der SED-Führungsriege appelliert.¹⁹⁰⁶

Ende Dezember 1989 hat der Kreisverband nach eigenen Angaben ein eigenes Positionspapier für den Wahlkampf entworfen,¹⁹⁰⁷ doch im Jahr 1990 lässt sich keine weitere Aktivität des Kreisverbandes nachweisen.

¹⁸⁹⁹ Vgl. Zusammengefasste Wertungen der Kreisvorsitzenden Greifswald und Bergen vom 5. und 10.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

¹⁹⁰⁰ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁹⁰¹ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederzahlen nach Kreisen 31.12.1988*, S. 428.

¹⁹⁰² Vgl. Kurzinformation des KV Wolgast vom 7.7.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 3.

¹⁹⁰³ Vgl. Beschluss von Kaderveränderungen vom 10.8.1988, SAPMO BArch, DY 60/3495.

¹⁹⁰⁴ Protokoll der 6. Tagung des Parteivorstands am 16.12.1988, SAPMO BArch, DY 60/331, S. 62–63.

¹⁹⁰⁵ Bericht über die Parteiarbeit im Monat Mai 1989 vom 1.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 4.

¹⁹⁰⁶ Vgl. Stellungnahmen von mehreren Ortsgruppen aus dem KV Wolgast vom 3.–8.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196.

¹⁹⁰⁷ Archiviert ist es aber nicht. Vgl. Informationsbericht des Bezirkssekretariats Rostock vom 22.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 3.

Mit einem Ergebnis von 6 % bei den Volkskammerwahlen in März 1990 liegt Wolgast deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtpartei.¹⁹⁰⁸ Der Vergleich mit den erfolgreichen Kreisen im Bezirk zeigt aber, wozu intakte Kreisverbände in ländlichen Regionen noch in der Lage waren.

Der **DBD-Kreisverband Ribnitz-Damgarten** trat im Untersuchungszeitraum kaum in Erscheinung. Eine seiner wenigen prägnanten Aussagen war die Verurteilung der ungarischen Grenzöffnung im September 1989 als „*Vertragsbruch*“.¹⁹⁰⁹ Dennoch warb er im gesamten Jahr 1989 so viele Mitglieder, dass er eine leicht positive Mitgliedertendenz aufwies.¹⁹¹⁰ Erst ab Januar 1990 setzte der Kreisverband eigene Impulse. Er forderte die Abschaffung der vorherrschenden Ämterhäufung, die juristische Verurteilung der alten SED-Elite sowie die finanzielle und strukturelle Stärkung der Kreisverbände.¹⁹¹¹

Bis Mitte Februar stieg die Mitgliederzahl, doch nach der Kommunalwahl kam der Einbruch: Bis Ende März verlor der Kreisverband 173 seiner 946 Mitglieder und damit über 18,3 %.¹⁹¹²

Obwohl die Mitglieder des Kreisverbandes Ribnitz-Damgarten die Fusion mit der CDU weniger einhellig ablehnten als die zuvor angekündigten Verhandlungen mit der DSU,¹⁹¹³ traten die knapp 600 verbliebenen Mitglieder ab Mai 1990 nicht mehr in Erscheinung.

Der gemeinsame **DBD-Kreisverband Rostock** (-Stadt und -Land) war der mitgliederstärkste Verband im Bezirk Rostock. Dennoch war er wegen des mangelnden Zuspruchs bei der städtischen Bevölkerung der Kreisverband mit der geringsten Mitgliederquote.¹⁹¹⁴

Vor dem Herbst 1989 verhielt er sich unauffällig. Erst im Oktober 1989 lässt sich überhaupt etwas über die Meinungsbildung im Kreisverband sagen. Einzig die Ortsgruppe Warnemünde trat mit eigenen Initiativen hervor und legte Mitte November einen umfassenden Katalog vor, der neben den Forderungen nach einem pluralistischen Mehrparteiensystem, freien Wahlen und eine von der SED entflochtene sozialistische Markt-

¹⁹⁰⁸ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S. 433.

¹⁹⁰⁹ Mitteilung des KV Ribnitz-Damgarten an den BV vom 11.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

¹⁹¹⁰ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁹¹¹ Vgl. Brief des KV Ribnitz-Damgarten an Maleuda vom 12.1.1990

¹⁹¹² Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁹¹³ Vgl. Informationsbericht 22/90 vom 11.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

¹⁹¹⁴ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

wirtschaft auch einen Themenblock für die städtische Bevölkerung enthielt.¹⁹¹⁵

Im Vorfeld des Sonderparteitags begleiteten Sorgen über die geringe mediale Wirksamkeit ihrer Partei¹⁹¹⁶ und Diskussionen über Privilegien das Ringen um Profil, Statut und Programm der DBD.¹⁹¹⁷ Noch Mitte Januar 1990 setzten sich Teile der Mitgliedschaft für eine Reformierung der DDR ein.¹⁹¹⁸

Dem allgemeinen Mitgliedertrend folgend, wies auch der Kreisverband Rostock nach dem Sonderparteitag für einige Wochen wieder eine steigende Mitgliedertendenz auf und organisierte öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Bauerndemonstrationen.¹⁹¹⁹ Damit wollte die DBD sich auch als alternative Vertreterin bäuerlicher Interessen neben der PDS-dominierten VdgB präsentieren.¹⁹²⁰ Der Verlust von 330 Mitgliedern im März 1990 ist wohl als Reaktion auf das überwiegend ernüchternde Wahlergebnis zu verstehen. Nach der Ankündigung des konservativen Wahlbündnisses halbierte sich die Stärke des Kreisverbandes bis zum Juni 1990.¹⁹²¹ Der Fusion mit der CDU standen die Mitglieder im Kreisverband Rostock ambivalent gegenüber. Zu der großen Austrittswelle führte weniger die Fusionsentscheidung, als die undemokratische Art, wie sie gefällt wurde.¹⁹²²

Obwohl der **DBD-Kreisverband Stralsund** einer der größten im Bezirksverband war,¹⁹²³ sind kaum Archivalien aus der Hansestadt überliefert. Vor dem Sommer 1989 fiel der Kreisverband nur durch mehrfache Führungswechsel und die üblichen Probleme bei der Mandatsbesetzung auf.¹⁹²⁴ Letzteres lag nach Einschätzung der Stralsunder daran, dass die

¹⁹¹⁵ Vgl. Stellungnahme der Ortsgruppe Warenmünde vom 14.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196.

¹⁹¹⁶ Vgl. z. B. Brief aus dem KV Rostock an Maleuda vom 11.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3196.

¹⁹¹⁷ Vgl. ebd., S. 1–2.

¹⁹¹⁸ Vgl. Information 4/90 vom 16.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

¹⁹¹⁹ Vgl. Information 12/90 des BV vom 21.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

¹⁹²⁰ Vgl. Information 10/90 vom 12.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

¹⁹²¹ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁹²² Vgl. z. B. Austrittserklärung aus der OG Warnemünde vom 12.6.1990, SAPMO BArch, DY 3786.

¹⁹²³ Siehe Tabelle 9 *Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederanteil nach Kreisen* 31.12.1988, S. 428.

¹⁹²⁴ Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 16.1.1989, SAPMO BArch, DY 60/2768, S. 3.

Lage in manchen Orten so dramatisch sei, dass sich dort niemand traue, ein Bürgermeisteramt zu übernehmen.¹⁹²⁵ Für den Zeitraum zwischen Februar 1989 und 1990 gibt es keine relevanten Archivalien, sodass sich keine Aussagen über die Positionierung des Kreisverbandes im Herbst/Winter 1989/90 treffen lassen. Das mit deutlich über 10 % sehr gute Volkskammer- und Kommunalwahlergebnis¹⁹²⁶ weist jedoch darauf hin, dass die DBD-Stralsund aktiv gewesen sein muss. Der Kreisverband musste im ersten Halbjahr 1990 auch „nur“ rund 160 Abgänge hinnehmen.¹⁹²⁷ Dennoch löste er sich Kreisverband im Sommer 1990 de facto auf.

Insgesamt ist die relative Linientreue aller Stralsunder Kreisverbände auffällig. Möglicherweise verursachte eine stärkere Dominanz der SED-Kreisleitung Stralsund diese Besonderheit. Unmittelbar nachdem ihr Vorgänger für seine kritischen Äußerungen gelobt worden war,¹⁹²⁸ wurde Elli Wagner im Mai 1988 als Erste Sekretärin der SED-Kreisleitung präsentiert. Ihr Amtsantritt rief nicht nur bei der LDP(D) „kritische Bemerkungen aus den Reihen der Parteifreunde hervor.“¹⁹²⁹ Ein weiteres Indiz für die engmaschigere Kontrolle durch SED und MfS liefern die Angaben zu den IM in den Kreisverbänden. In den Stralsunder Blockpartei-kreisverbänden waren insgesamt 44 IM eingesetzt, was einer Quote von knapp 1,5 % entsprach. Nur die Wolgaster Gliederungen lagen mit 1,7 % noch darüber.¹⁹³⁰ Ein genereller Zusammenhang zwischen dem Grad der politischen Auffälligkeit und der IM-Durchdringung lässt sich jedoch nicht nachweisen.¹⁹³¹

¹⁹²⁵ Angegeben wurden konkret fehlende Kinderkrippen und die mangelnde infrastrukturelle Anbindung, die den Verfasser des Berichts zu der Formulierung „vergessene Dörfer“ veranlasste. Vgl. Information 10/89 vom 6.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/2902, S. 2.

¹⁹²⁶ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S. 433.

¹⁹²⁷ Siehe Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

¹⁹²⁸ Vgl. Informationsbericht vom 3.7.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

¹⁹²⁹ Informationsbericht vom 9.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

¹⁹³⁰ Siehe Kapitel 3.2.3. *Beziehung zum MfS*.

¹⁹³¹ Siehe Tabelle 9.1. *Anzahl der Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit nach Kreisverbänden*, S. 430.

4.5. Einflüsse von geographischer Lage, Urbanisierung und Bildungsstand

Innerhalb des Bezirkes lassen sich große Disparitäten zwischen der Positionierung einzelner Kreise ausmachen. Es gab Kreise, deren Parteiverbände insgesamt tendenziell eher SED-kritisch und pro-westlich orientiert waren und andere, deren Verbände eher SED-nahe und reformsozialistische Positionen einnahmen. Zwischen diesen beiden Extremen stehen Kreise, für deren Blockparteiorganisationen kein gemeinsamer Trend auszumachen ist. Ob dieser Diskrepanz generelle Strukturen unterliegen, soll nun hinsichtlich geographisch bedingter Einflüsse im Osten und Westen des Bezirks, hinsichtlich des Verstädterungsgrades und möglicher bildungspolitischer Aspekte untersucht werden. Dazu musste auf zwei verschiedenen Ebenen differenziert werden: Zunächst wurde ermittelt, welche Kreisverbände innerhalb ihrer Partei eher den Vorreitern, den Mitläufern und den Nachzüglern zuzurechnen sind, bevor anschließend Aussagen über Art des Engagements ganzer Landkreise getroffen und diese unter den genannten Rücksichten miteinander verglichen wurden.

Als kritisch sowie reform- und einheitsorientiert erwiesen sich die Parteiverbände der Kreise Bad Doberan, Rostock-Stadt, Rostock-Land, Rügen und Wismar. Für Greifswald, Ribnitz-Damgarten, Grimmen und Wolgast lässt sich keine zu verallgemeinernde Richtung ihrer KV ausmachen. Dagegen haben die Verbände der Kreise Grevesmühlen und Stralsund überwiegend SED-nähere Positionen eingenommen.

Um mögliche geographisch bedingte Einflüsse auf die Blockparteiverbände ausfindig machen zu können, wurden die Landkreise im Osten des Bezirks (Wolgast, Greifswald, Grimmen und Rügen) denen im Westen des Bezirks (Bad Doberan, Wismar und Grevesmühlen) gegenübergestellt.¹⁹³² Dabei fällt auf, dass in den westlichen Kreise insgesamt Verbände tätig waren, die überhaupt eine zu verallgemeinernde politische Tendenz verfolgten: Tendenziell eher prowestlich waren die Parteiverbände in Bad Doberan und Wismar eingestellt. Nur Grevesmühlen war dagegen auffällig SED-nah. Erklärt werden kann die stärkere SED-Orientierung der Verbände von LDP(D), NDPD und DBD im Grenzkreis Grevesmühlen mit einem starken Einfluss der „ideologischen Verteidi-

¹⁹³²

Wegen ihrer zentralen Lage werden Stralsund, Ribnitz-Damgarten und die beiden Rostocker Landkreise nicht in diese Teiluntersuchung einbezogen.

gungsmaßnahmen“ der SED vor dem Herbst 1989¹⁹³³ und unmittelbaren Auswirkungen der Grenznähe nach der Maueröffnung, die hier zum Teil massiv abgelehnt wurde. Einzig die CDU(D)-Grevesmühlen verfolgte einen deutlich prowestlichen Kurs. Dass die beiden anderen Kreise im Westen des Bezirks ohne direkte Grenzlage dagegen einen prowestlichen Kurs verfolgen, überrascht kaum. Hier wurde die nur mittelbare Nähe der BRD offensichtlich als überdurchschnittlich positiv empfunden und im Gegensatz zu den Grevesmühlenern kein vermeintlicher „Ausverkauf der DDR“ durch bundesdeutsche Grenzgänger wahrgenommen. Abgesehen von den ebenfalls stärker SED-kritisch und bundesdeutsch orientierten Verbänden auf der Ostseeinsel Rügen lassen die Kreise im Osten des Bezirks keine grundlegende gemeinsame Position erkennen.

Ob der Grad der Urbanisierung einen Einfluss auf die Positionierung der Kreisverbände hatte, soll anhand der eher ländlichen Kreisverbände Bad Doberan, Ribnitz-Damgarten, Grevesmühlen, Grimmen, Rostock-Land, Rügen und Wolgast und der städtisch geprägten Kreisverbände Greifswald, Stralsund, Rostock und Wismar ermittelt werden.¹⁹³⁴ Hier ergibt sich kein einheitliches Bild. Von den sieben Landkreisen zählen drei – Bad Doberan, Rügen und Rostock-Land – zu den deutlich prowestlich-orientierten. Neben Kreisen ohne einheitliches Muster nehmen nur die Grevesmühlener eine ablehnende Haltung gegenüber der Westorientierung ein. In den Reihen der städtischen Kreise zeigen sich Rostock-Stadt und Wismar als Avantgarde, während Stralsund insgesamt über die SED-konformsten Verbände verfügt. Drei der insgesamt sieben ländlichen Kreise zeigten eine prowestliche Einstellung, ebenso zwei der vier städtischen Kreise. Dieser Befund ist kein Indiz dafür, dass der Grad der Urbanisierung einen Einfluss auf die Positionierung der Verbände eines Landkreises hatte.

Der Vergleich der Kreisverbände der Universitätsstädte mit den übrigen Kreisen liefert auch kein hinreichendes Ergebnis. Im Gegensatz zu den impulsgebenden Verbänden Rostocks hatten die Greifswalder Parteiverbände keine meinungsbildende Position innerhalb ihres Bezirksverbandes, wenngleich sich der Greifswalder CDU(D)-Verband hier etwas von den anderen drei Parteiverbänden abhebt. In beiden Städten spielten die

¹⁹³³ Z. B. Berichterstattung der LDP(D)-Grevesmühlen vor dem Sekretariat des ZV vom 20.12.1988, ADL, Bestand Sitzungen des Sekretariats des ZV, Nr. L3-648 oder Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 13.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.

¹⁹³⁴ Da die Landkreise alle ähnlich groß waren, wird hier die Einwohnerzahl als Indikator für die Bevölkerungsdichte angesehen. Alle Kreise mit mehr als 90.000 Einwohnern werden als vergleichsweise städtisch betrachtet.

Hochschulen oder bildungspolitische Themen in den parteiinternen Diskussionen keine überdurchschnittlich große Rolle. Auch das Engagement der Mitglieder ist nicht generell auf den Einfluss der Universitäten zurückzuführen, wie das Kapitel 4.8. über den Einfluss der sogenannten „Intelligenz“ zeigen wird.

Was Grevesmühlen und Stralsund dennoch zu verbinden scheint und möglicherweise in allen Verbänden dieser Kreise Spuren hinterlassen hat, ist der starke Einfluss der SED. Ob es sich bei der stärker DDR-loyalen Ausrichtung um eine Reaktion auf empfundenen Druck oder eine unbewusste Reaktion auf die stärkere ideologische Arbeit der SED handelt, kann nicht pauschal beantwortet werden. Tatsache ist aber, dass die verstärkte Indoktrination und Präsenz der SED von den Grevesmühlener Mitgliedern als Maßnahme gegen den Einfluss der angrenzenden BRD gedeutet wurde. In Stralsund lässt sich dieser Einfluss nur implizit nachweisen: Hier wurden die Verbände aller Parteien nach dem Amtsantritt der neuen Ersten Sekretärin der SED-Kreisleitung im Mai 1988 deutlich angepasst. Dass die Amtsnachfolge dieser SED-Funktionärin auf Ablehnung stieß, äußerten einzelne Mitglieder bereits im Zuge ihrer Ernennung.

4.6. Bezirksleitungen: verlängerte Arme der Führung oder Sprachrohre der Basis?

Die jeweiligen Bezirksleitungen hatten einen erheblichen Einfluss auf die Weitergabe von Informationen und entschieden über die Handhabung von kritischen Meinungsäußerungen und den Umgang mit weniger angepassten Kreisfunktionären. In den Wendemonaten nahmen die Bezirksvorsitzenden zumeist vermittelnde Positionen zwischen der Parteibasis und der Parteileitung ein. Wie restriktiv die Bezirksvorstände der vier Blockparteien ihre Machtposition gestaltet und damit maßgeblich die Kommunikation zwischen Basis und Führung beeinflusst haben, wird im Folgenden aufgezeigt.

Mit seinen 7.761 Mitgliedern war Rostock am Ende des Jahres 1988 der zweitgrößte Bezirksverband der **CDU(D)**.¹⁹³⁵ Unter dem Vorsitz des seit September 1982 amtierenden – und letzten – Bezirksvorsitzenden Dieter Klemm setzte sich die Rostocker CDU(D) für den weiteren Aufbau des Sozialismus, die Friedenssicherungspolitik der SED und die Entspannung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ein.

¹⁹³⁵ Vgl. Analyse des statistischen Berichts des Bezirksverbandes Rostock der CDU für das Jahr 1988, ACDP 03-043-21/1.

Der CDU(D)-Bezirksvorstand gab die Kritik, Anregungen, Fragen, Sorgen und Nöte der Kreise in seinen monatlichen Berichten z.T. wortwörtlich, zumeist aber treffend zusammengefasst an den Hauptvorstand weiter. Dabei erkannte Klemm in der Kritik und dem Widerspruch der Mitglieder eine Berechtigung, wenngleich einzelne Bezirksvorstandsmitglieder auch häufig eine vermittelnde Position einnahmen und die Politik der SED rechtfertigten.

Ein größeres Profil und eine deutlichere Eigenständigkeit abseits der Vorschlagstätigkeit wünschte sich im Spätsommer 1989 auch der Bezirksverband, forderte aber keine neuen Wege der Mitverantwortungsausübung ein. Das deutsch-deutsche Verhältnis sah die Bezirksleitung im September durch den Grundlagenvertrag hinreichend geregelt und wies jegliche oppositionellen Bestrebungen innerhalb der Partei zurück. Entsprechend gab sie die Anweisung, den *Brief aus Weimar* – wenn überhaupt – nur gegenüber dem Hauptvorstand zu kommentieren, an die Kreisverbände weiter.

Im Oktober 1989 war die Bezirksleitung bemüht, zwischen dem Präsidium des Hauptvorstandes und der Parteibasis zu vermitteln und erstere zum Dialog mit den Mitgliedern zu bewegen. Noch sah sich die Bezirksleitung an der Seite der SED und wollte diese durch ihren eigenständigeren und konstruktiv-kritischen Beitrag unterstützen. Zur Beruhigung der Lage wurde auch die Kontaktierung der Bürgerbewegung vorgeschlagen.

Bis Mitte November setzte sich auch im Bezirksverband die Forderung nach einem Sonderparteitag, einem neuen Wahlgesetz, innerparteilicher Demokratie und einer neuen Parteistruktur durch. Die Vertrauensfrage ermöglichte den als notwendig erachteten Kaderwechsel. Das Bezirkssekretariat wurde aber sehr deutlich im Amt bestätigt.¹⁹³⁶ Nach wie vor hielten einige Mitglieder der Bezirksleitung an ihrer Nähe zur SED fest. Erst Anfang Dezember war man hier mehrheitlich zu einer grundsätzlichen Lossagung von der SED bereit und forderte auch in den oberen Instanzen der Volksvertretung Neuwahlen.

Insgesamt wirkte der Bezirksverband der CDU(D) wenig restriktiv auf die Kreisfunktionäre ein. Politisch-motivierte Personalwechsel oder Sanktionierungen von unliebsamen Meinungen lassen sich nicht nachweisen.

¹⁹³⁶ Vgl. Informationsbericht des BV an den HV vom 10.11.1989, ACDP 03-043-038/1, S. 2.

Im **LDP(D)-Bezirksverband** Rostock waren im Sommer 1989 3.976 Mitglieder organisiert.¹⁹³⁷ Damit stellte die LDP(D) den kleinsten Bezirksverband im Küstenbezirk. Der LDP(D)-Bezirksvorstand, allen voran Günter Krüger, zeigte sich im Untersuchungszeitraum als tatsächliches Sprachrohr der Mitglieder. Informationen, Meinungen und Stimmungen wurden sachgemäß und zutreffend weitergegeben. Auch die eigene Position der Bezirksfunktionäre war deutlich reformorientiert. Kritik an der SED und der Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie hielten sie nicht zurück. Resignative Tendenzen wurden ebenso wie die Forderung nach stärkerer Profilierung kommuniziert. Die Sprache des Bezirksvorstands war ebenso authentisch und sachlich wie die der Mitglieder, was sich in dem z. T. hohen Anteil der als auffällig markierten Passagen in den Berichten des Bezirksvorsitzenden widerspiegelt.¹⁹³⁸ Auch bei dem Parteivorstand hatte Krüger einen guten Stand, so sollte er im Jahr 1990 eigentlich nach Berlin beordert und dort Kaderchef der Parteizentrale werden.¹⁹³⁹

Auf der Kreisebene der LDP(D) fallen dennoch häufigere Personalwechsel auf (z. B. Kreisverband Rügen), für die sich keine offizielle Erklärung in den Akten finden lässt.

Wie die Mitglieder hielt auch der Vorstand des Küstenbezirks noch im Sommer 1989 an dem Wunsch nach einer gemeinsamen Veränderung der DDR mit der SED fest. Im Gegensatz zur Basis sah Krüger den Amtsantritt Krenz' im Oktober zwar nicht ohne, aber mit weniger Skepsis.¹⁹⁴⁰ Ebenso verteidigte er die Vorstellung einer zu erwerbenden Führungsrolle der Arbeiterklasse noch im November, während die Forderungen der Basis bereits weitreichender waren.

Mit seinem Rücktritt Anfang März 1990 kam Krüger der geplanten Be-

¹⁹³⁷ Vgl. Vorlage aus dem BV Rostock für das Sekretariat des ZV vom 20.9.1989, Anlage 5: Mitgliederentwicklung und Aufnahmen, Stand 30.6.1989, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, Nr. L3-675, S. 38.

¹⁹³⁸ Vgl. z. B. Kurzeinschätzung der durchgeführten zentralen Mitgliederversammlung vom 3.11.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Zentrale Mitgliederversammlungen 1988, Nr. L8-1551. Etwa $\frac{3}{4}$ der Kurzeinschätzung wurden von den Mitarbeitern der LDP(D)-Abteilung Parteivorstände als auffällig markiert.

¹⁹³⁹ Vgl. Informationen IM Jens Kellström zur Lage im Bezirksvorstand der LDP(D) vom 25.9.1989, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 199.

¹⁹⁴⁰ Vgl. Telex Krüger an das Sekretariat des ZV vom 19.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

förderung in die Berliner Parteizentrale zuvor.¹⁹⁴¹ Sein Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter Frank Richter.

Der **NDPD-Bezirksverband** umfasste am Ende des Jahres 1988 6.719 Mitglieder und war damit numerisch fast doppelt so stark wie der Bezirksverband der LDP(D). Der NDPD-Bezirksvorstand hatte schon im Jahr 1988 mit dem z. T. mangelhaften Organisationsgrad einzelner Kreisverbände und deren Personalproblemen zu kämpfen. Dabei erweckte er insgesamt den Eindruck, die widerständigen Stimmen der Basis und einzelner Kreisfunktionäre unterdrücken zu wollen. Die ohnehin in geringerem Umfang geäußerte Kritik der Mitglieder gab die Bezirksebene zudem nur selektiv an die Parteileitung weiter und drohte gegenüber hauptamtlichen Mitarbeitern berufliche Konsequenzen als Reaktion auf unliebsames Verhalten an (z. B. Bad Doberan). Der NDPD-Bezirksvorstand Rostock war ebenso sehr wie der Parteivorstand bemüht, die Deutungshoheit zu wahren.

Die Abweichungen innerhalb der Mitgliedschaft und zwischen Mitgliedschaft und Führung waren aber seit Juni 1989 immens und nicht mehr zu überbrücken. Insgesamt hat der NDPD-Bezirksverband am restriktivsten auf die Mitglieder und Mitarbeiter eingewirkt. Auch im Vergleich mit anderen Bezirkssekretariaten fällt das Rostocker als besonders linientreu auf. In Schwerin legte man beispielsweise im Juli 1989 Voraussetzungen für die Beseitigung der Mauer fest. Diese seien eine eindeutige Anerkennung der Staatsbürgerschaft und der Staatsgrenze der DDR und die Auflösung der Militärblöcke.¹⁹⁴²

Offiziell wählte Pommerenke die Basis noch Ende September 1989 auf einer Linie mit dem Hauptausschuss, versicherte deren Treue zur SED und vollste Handlungsfähigkeit, obwohl die Berichte aus den Kreisen anderes vermittelten. Mitte Oktober sah der Bezirksvorstand die Handlungshoheit noch in der Hand der SED. Eine stärkere Profilierung der NDPD unter Anleitung des Hauptausschusses empfand aber auch Pommerenke als geboten. Aufkommende Zweifel der Basis an der Bündnispolitik und der Führungsrolle konnte der Bezirksvorsitzende bisher noch zurückhalten.

Am 1. November 1989 musste er jedoch dem Druck der Kreisverbände nachgeben und erklären, die SED habe den Führungsanspruch derzeit verwirkt. Voraussetzung für eine weitere Zusammenarbeit sei die basis-

¹⁹⁴¹ Vgl. Informationen IM Jens Kellström zur Lage im Bezirksvorstand der LDP(D) vom 25.9.1989, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 199.

¹⁹⁴² Vgl. Aktuelle Parteinformationen des Bezirkssekretariates Schwerin vom 10.7.1989, SAPMO BArch, DY 16/5193, S. 2.

demokratische Umgestaltung der Partei und ein durch freie Neuwahlen, eine neue Verfassung und rechtsstaatliche Transparenz erneuerter Sozialismus. Doch auch dieser Vorstoß konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die Kreise seit Oktober von der Bezirksleitung emanzipiert hatten und bereits autonom arbeiteten.

In der Bewertung des Parteitages im Januar 1990 teilte der Bezirksverband die Einschätzung der Mitglieder und verurteilte die personalpolitische Vorbereitung, die Berichterstattung der Parteizeitungen und die Kampagne gegen Glaeser. Ab Januar 1990 trat der zukünftige Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, der Rostocker Hans-Dieter Seibel, zunehmend in den Vordergrund, bevor er die Führung des Landesverbandes am 5.3.1990 übernahm.

Im landwirtschaftlich geprägten Bezirk Rostock stellte die **DBD** mit 10.168 Mitgliedern den mit Abstand größten **Bezirksverband**.¹⁹⁴³ Obwohl er die Stimmung an der Basis treffend und diskutierte Probleme adäquat an die Parteiführung weiterleitet, finden sich auch bei der DBD Kaderentscheidungen, die politisch motiviert zu sein scheinen (z. B. Kreisverband Bad Doberan) und auf einen restriktiven Umgang mit abweichenden Meinungen hindeuten.

Im Sommer und Herbst 1989 wurde deutlich, wie stark die Ansichten des Bezirksvorsitzenden Senkpiel von den Vorgaben der SED abhingen: In der Bürgerbewegung sah er das Resultat westlicher Hetzkampagnen und ideologischer Kriegsführung und wertete die Absetzung Honeckers Mitte Oktober als schmerzlich. Im Gegensatz zu den Bezirksverbänden Potsdam oder Schwerin fand der Rostocker Bezirksverband auch für die Ämterhäufung in den Händen Krenz' keine kritischen Worte.

Ab Dezember deuteten sich die parteiinternen Spannungen zwischen den südlichen und nördlichen Bezirken an. Während der Norden seit Beginn des Monats eine positive Bilanz über seine Chancen als eigenständige Regionalpartei zog und auch im Januar 1990 noch vom Fortbestand des Sozialismus und der DDR ausging, beklagte er die politisch-konservativ geprägten Einheitsbekundungen im Süden. Obwohl sich auch der Rostocker Bezirksvorstand im Sommer für eine Koalition mit den Sozialdemokraten ausgesprochen hatte, sah er der aufoktroyierten Fusion mit der CDU durchaus optimistisch entgegen. Die Bereitschaft der Mitglieder, diesen Schritt mit zu vollziehen, schätzte er aber deutlich zu hoch ein.

¹⁹⁴³ Vgl. Quartalsbericht über die Mitgliederbewegung, Stand 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/1813.

4.7. Mitgliederbewegung: Indiz für die Zufriedenheit mit der Partei und dem System

Anhand der zumeist umfangreich geführten Mitgliederstatistiken zeigt dieses Kapitel, wie sich die Mitgliederstände in den Blockparteien entwickelt haben, um daraus Schlussfolgerungen über die Mitgliederzufriedenheit zu ziehen. Dabei ist neben den absoluten Mitgliederzahlen vor allem die Fluktuationsrate von Interesse, denn nur sie beantwortet die Frage nach einem möglichen Personalaustausch oder einer Veränderung der Mitgliederklientel. Einschränkend muss angemerkt werden, dass die Daten der Parteien in stark unterschiedlichen Umfang vorliegen. So lassen sich zum Beispiel für die Kreisverbände der CDU(D) und der DBD sehr detaillierte Aussagen treffen, während die Mitgliederstände der NDPD nur sporadisch überliefert sind und daher lediglich gröbere Trends widerspiegeln. Bevor auf die Mitgliederentwicklung der Parteien eingegangen wird, werden vorab noch grundlegende Aussagen zur prozentualen Verankerung der Parteien in den einzelnen Kreisen getroffen, die Rückschlüsse auf deren Werbungserfolge und Öffentlichkeitswirksamkeit zulassen.

CDU(D)

Die Mitgliederzahlen der CDU(D) seit 1985 zeigen, dass die Anwerbungspolitik im Bezirksverband Rostock bis Ende 1988 so erfolgreich war, dass er die bis dato vergleichsweise geringen Abgänge kompensieren und zu positiven Jahrestrends beitragen konnte.¹⁹⁴⁴

Im Jahr 1986 wurden insgesamt 89 sogenannte „beeinflussbare Abgänge“, also Parteiaustritte oder Streichungen, verzeichnet, die jedoch im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang darstellten.¹⁹⁴⁵ Als besonders hoch erwiesen sich die Abgänge in Ribnitz-Damgarten und Rostock-Stadt, dagegen zeigten Bad Doberan, Wismar, Grimmen und Rügen die geringsten Verluste.¹⁹⁴⁶ Im Folgejahr sank die Anzahl der

¹⁹⁴⁴ Mitgliederstand 31.12.1985: 7.338, 31.12.1986: 7.466, Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1986, ACDP 03-043-21/1.

¹⁹⁴⁵ 1985 gab es noch 94 beeinflussbare Abgänge. Sowohl 1985 als auch 1986 waren Streichungen und Austritte etwa gleich häufig. Analyse des statistischen Berichts des Bezirksverbandes Rostock der CDU für das Jahr 1986, ACDP 03-043-22/1, S. 2.

¹⁹⁴⁶ Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1986, ACDP 03-043-22/1, S. 2.

Abgänge weiter auf 70,¹⁹⁴⁷ wodurch der Anstieg auf 102 im Jahr 1988 deutlicher ins Gewicht fiel.

Erst ab dem Beginn des Vorwendejahres schlug sich die Unzufriedenheit mit Einzelaspekten des Lebens in der DDR im Mitgliederstamm der CDU(D) nieder. Als Ursache für den Anstieg der Abgänge wurde erstmals der „*legale oder illegale Verzug in die BRD*“ ausgemacht.¹⁹⁴⁸ Erneut waren wieder die beiden Rostocker Kreise und Ribnitz-Damgarten die Hauptverursacher. Mit den ebenfalls zurückgehenden Neuaufnahmen kam es im Jahr 1988 nur noch zu einem geringen Anstieg der Gesamtmitgliederzahl.¹⁹⁴⁹ Dass diese Mitgliederänderungen auf Resignation und Politikverdrossenheit der Bevölkerung in der Vorwendezeit hinweist, ist wahrscheinlich. Dieser Zusammenhang wurde auch in den Quellen häufig gesehen.

Trotz dieser Vorboten ist eine signifikante Veränderung der Mitgliederbewegung erst im vierten Quartal 1989 zu verzeichnen, die durch „*die politische Umgestaltung in der DDR, in unserer Partei sowie durch die große Ausreisewelle in die BRD*“ verursacht wurde.¹⁹⁵⁰ Noch bis einschließlich Oktober 1989 hatte die CDU(D) einen positiven Mitgliedertrend, der erst nach dem Rücktritt Göttings im November einbrach. Während die Neuaufnahmen von 345 im Vorjahr auf 333 im Jahr 1989 nur leicht gefallen sind, standen ihnen insgesamt 188 Abgänge gegenüber, die gemeinsam mit den Todesfällen erstmals zu einer negativen Jahresbilanz führten.¹⁹⁵¹ Auffällige Ausnahme ist der Kreis Rügen, der bereits seit 1987 eine fallende Mitgliedertendenz hatte.¹⁹⁵² Die Kreise Wismar, Rügen und Ribnitz-Damgarten konnten ihren Mitgliederstand während der Friedlichen Revolution verbessern, Rügen im ersten Quartal 1990 sogar sehr deutlich.¹⁹⁵³ Die größten Verluste mussten dagegen Grevesmühlen und Rostock-Stadt hinnehmen.

¹⁹⁴⁷ Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1988, ACDP 03-043-87/1, S. 3.

¹⁹⁴⁸ Ebd.

¹⁹⁴⁹ Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1989, ACDP 03-043-21/1.

¹⁹⁵⁰ Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1990, ACDP 03-043-87/1, S. 3.

¹⁹⁵¹ Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1990, ACDP 03-043-87/1, S. 3.

¹⁹⁵² Siehe Grafik 1a., S. 339.

¹⁹⁵³ Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1990, ACDP 03-043-87/1, S. 3.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass die Mitgliederentwicklung der CDU(D)-Rostock im Herbst 1989 trotz des Negativtrends im dritten und vierten Quartal 1989 nicht von einem erdrutschartigen Verlassen der Partei gekennzeichnet war. Vor allem die annähernd gleichbleibenden Neuzugänge und die in einigen Kreisen sogar steigende Mitgliederzahl deuten darauf hin, dass sich die CDU(D) trotz allen Zögerns und der Affäre um Götting als politischer Akteur behauptete.

Die Erneuerung der Partei, die mit dem Sonderparteitag ihren Höhepunkt fand, bescherte Rostock-Land, Ribnitz-Damgarten und auch Wismar im ersten Quartal 1990 sogar einen Mitgliederanstieg. Die größte Fluktuation wiesen die Kreise Rostock-Stadt, Stralsund und Rügen auf, während in Wolgast, Grevesmühlen und Grimmen von einer weitgehenden Konservierung des Vor-Wende-Status gesprochen werden muss.¹⁹⁵⁴ Obwohl die monatlichen Kreisstatistiken für das Jahr 1990 nicht durchgehend überliefert sind, lassen der Bezirkstrend und die statistischen Berichte von April bis Juli 1990 zweierlei erkennen¹⁹⁵⁵: Im ersten Quartal 1990 verlor die Partei im Bezirk äquivalent zum Gesamttrend¹⁹⁵⁶ absolut knapp 250 Mitglieder, stabilisierte sich jedoch in den Monaten April und Mai und konnte wieder mehr Neuzugänge als politisch-motivierte Austritte aufweisen.¹⁹⁵⁷

Allerdings erfolgte im Juni und Juli 1990 eine zweite Austrittswelle. Diese kann als Ablehnung der Fusion mit der Bundes-CDU und der Regelungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als Wegbereiter der Vereinigung bewertet werden. Grevesmühlen als westlichster CDU(D)-Kreisverband des Bezirks, Ribnitz-Damgarten, Greifswald und Wolgast wiesen zu diesem Zeitpunkt keinen Mitgliedereinbruch auf, sondern konnten sogar leicht zulegen.¹⁹⁵⁸

¹⁹⁵⁴ Summe der Ab- und Zugänge 1989: Grevesmühlen 95, Rostock-Stadt 98, Ribnitz-Damgarten 28, Rostock-Land 19. Siehe Tabelle 3 *Übersicht über die LDP(D)-Mitgliederentwicklung 1989*, S. 343.

¹⁹⁵⁵ Siehe nachstehende Tabelle 2.1. *Übersicht über Ab- und Zugänge nach CDU(D)-KV 1990*, S. 337.

¹⁹⁵⁶ Nach dem totalen Verlust von 5.198 Mitgliedern seit dem 31.12.1988 verlor die CDU im Januar und Februar 1990 insgesamt 4.437 Mitglieder und hatte damit am 28.2.1990 noch 130.070 Parteigänger. Statistische Übersicht Mitgliedererwerbung 1990, ACDP 07-010-3900.

¹⁹⁵⁷ Vgl. Mitgliederzahlen gesamt: März '90: 131.351 und April '90: 134.034. Damit hatte die CDU den Stand vom 31.12.1989 fast wieder erreicht. Statistische Übersicht Mitgliedererwerbung 1990, ACDP 07-010-3900.

¹⁹⁵⁸ Siehe Tabelle 1 *Übersicht über die CDU(D)-Mitgliederstände* und Grafik 1a, S. 336 bzw. S. 339.

Aussagekräftiger als die Gesamtmitgliederstatistik ist die in Tabelle 2.1. dargestellte und um Todesfälle und Verzüge bereinigte Übersicht über die tatsächlich politisch motivierten Zu- und Abgänge. Hier wird deutlich, dass sich alle Kreise außer Rostock-Stadt und Grevesmühlen einen zum Teil sehr starken Zulauf erarbeitet hatten. Auffällig positiv ist diese Entwicklung in den Kreisen Bad Doberan, Ribnitz-Damgarten, Wismar und Rügen. Insgesamt war der Bezirksverband Rostock neben Neubrandenburg der einzige in der DDR, der zum Jahresende 1989 mehr Neuaufnahmen als politisch motivierte Abgänge verzeichnen konnte.¹⁹⁵⁹ Damit ist anzunehmen, dass die Bevölkerung dieser beiden Nordbezirke dem Erneuerungsprozess der CDU(D) und damit auch dem Eintreten für die weitere Mitgestaltung der DDR durch die bestehenden Parteien länger näher standen, als die übrigen DDR-Bürger.

¹⁹⁵⁹

In Neubrandenburg wurden 15 % mehr Mitglieder aufgenommen, als ausgetreten sind. In Rostock waren es etwa 10 %. Siehe Tabelle 2 und vgl. Ausgewählte Kennziffern zur Einschätzung der politischen Arbeit der BV, Stand Dez. 1989, ACDP 07-011-5651. Zum Vergleich: Frankfurt/Oder bildet mit 150 % mehr Abgängen als Neuzugängen das Ende des Rankings.

Tabelle 1: Übersicht über die CDU(D)-Mitgliederstände¹⁹⁶⁰

	Dez. 1987 1961	Dez. 1988 1962	Mai 1989 1963	Okt. 1989 1964	Nov. 1989 1965	Dez. 1989 1966	Apr. 1990 1967	Mai 1990 1968	Juni 1990 1969	Juli 1990 1970
Bad Doberan	696	709	715	–	713	706	691	691	689	675
Rib.-Damg.	676	678	688	–	686	693	691	694	690	693
Greifswald	702	717	727	–	707	707	668	669	657	658
Grevesmüh.	869	876	874	–	868	840	813	807	801	801
Grimmen	785	794	786	–	778	775	716	716	707	689
Rostock-Land	584	520	508	–	513	513	465	467	466	428
Rostock-Stadt	723	717	723	–	705	683	642	643	620	618
Stralsund	631	647	649	–	632	632	607	614	557	554
Wismar	649	665	667	–	663	668	610	609	607	596
Wolgast	635	655	658	–	653	641	649	657	651	655
Rügen	761	783	790	–	790	786	847	833	793	739
gesamt	7.711	7.761	7.785	7.795	7.708	7.644	7.399	7.400	7.238	7.106
Differenz	100 %	+0,7 %	+0,3 %	+0,1 %	-1,1 %	-0,8 %	-3,2 %	+/-0 %	-2,2 %	-1,8 %

¹⁹⁶⁰ Diese Übersicht bildet nur die Summe von Abgängen und Neuzugängen ab, liefert also saldierte Zahlen. Somit verschleiert sie, dass die Partei in der ersten Jahreshälfte 1989 150 Mitglieder verlassen haben, während 180 Neumitglieder begrüßt wurden. Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 12.7.1989, ACDP 07-011-3871, S. 6.

¹⁹⁶¹ Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1987, ACDP 03-043-21/1.

¹⁹⁶² Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1988, ACDP 03-043-21/1.

¹⁹⁶³ Vgl. Informationsbericht BV an HV vom 15.5.1989, ACDP 03-043-038/1, S. 10.

¹⁹⁶⁴ Leider liegen keine Daten für die einzelnen KV vor. Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung vom 23.10.1989, ACDP 07-011-3871.

¹⁹⁶⁵ Vgl. Mitgliederstatistik November bis Dezember 1989, ACDP 07-011-5637.

¹⁹⁶⁶ Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1990, ACDP 03-043-21/1.

¹⁹⁶⁷ Vgl. Monatliche Statistikübersicht April bis Mai 1990, ACDP 03-043-021/1.

¹⁹⁶⁸ Vgl. ebd.

¹⁹⁶⁹ Vgl. ebd.

¹⁹⁷⁰ Vgl. ebd.

Tabelle 2: Übersicht über Ab- und Zugänge nach CDU(D)-Kreisverband 1989¹⁹⁷¹

	Jahr 1988 ¹⁹⁷²				Jahr 1989 ¹⁹⁷³			
	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz
Bad Doberan	36	0	1	+35	36	10	10	+16
Rib.-Damg.	28	7	12	+9	25	0	3	+22
Greifswald	40	2	7	+31	36	20	10	+6
Grevesmüh.	32	2	8	+22	39	43	13	-17
Grimmen	24	1	2	+21	28	12	11	+5
Rostock-Land	18	7	5	+6	10	5	4	+1
Rostock-Stadt	25	17	11	-3	29	45	24	-50
Stralsund	37	3	6	+28	26	11	6	+9
Wismar	36	2	4	+30	36	7	14	+15
Wolgast	28	3	0	+25	32	24	1	+7
Rügen	41	8	1	+32	36	11	13	+12
gesamt	345	51	50	+244	333	188	114	+31

¹⁹⁷¹ Da hier nur politische intendierte Bewegungen von Bedeutung sind, werden Todesfälle und überbezirkliche Verzüge ausgeklammert. Die Bilanzierung des Mitgliederstandes ist deshalb nicht direkt auf die Mitgliederübersicht Tabelle 1 zu übertragen.

¹⁹⁷² Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1988, ACDP 03-043-21/1.

¹⁹⁷³ Vgl. ebd.

Tabelle 2.1.: Übersicht über Ab- und Zugänge nach CDU(D)-Kreisverband 1990¹⁹⁷⁴

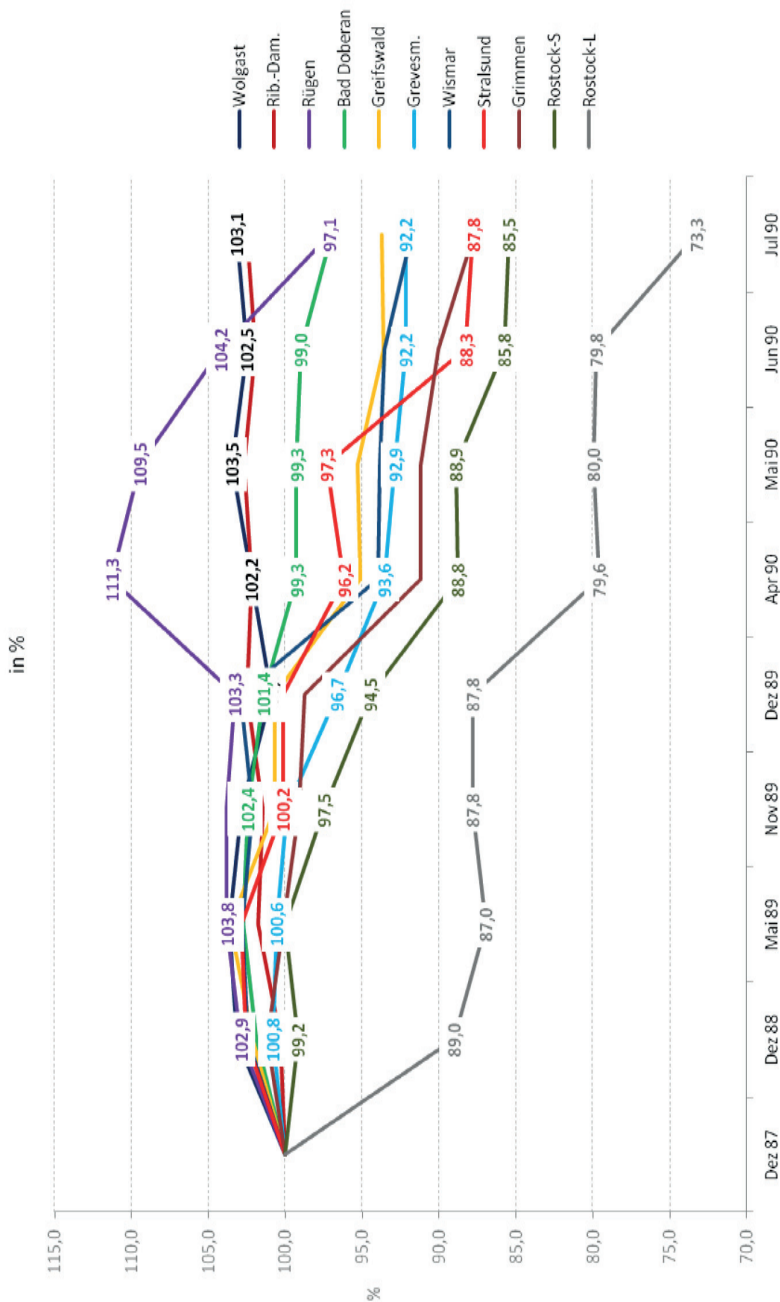
	Mai 1990				Juni 1990 ¹⁹⁷⁵				Juli 1990 ¹⁹⁷⁶			
	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz
Bad Doberan	18	4	1	+13	13	12	2	-1	6	14	1	-9
Rib.-Damg.	39	0	2	+37	6	4	6	-4	3	0	0	+3
Greifswald	10	1	2	+7	10	7	11	-8	5	3	0	+2
Grevesmüh.	11	4	0	+7	7	4	0	+3	0	0	0	+/-0
Grimmen	9	2	7	+/-0	17	9	14	-6	0	0	16	-16
Rostock-Land	3	6	2	-5	2	0	0	+2	1	32	6	-37
Rostock-Stadt	9	2	1	+6	12	27	6	-21	10	6	5	-1
Stralsund	20	0	11	+9	4	61	0	-57	11	14	2	-5
Wismar	13	14	7	-8	1	2	3	-4	5	11	1	-7
Wolgast	5	0	0	+5	7	6	4	-3	5	2	0	+3
Rügen	37	0	1	+36	13	29	21	-37	0	12	42	-54
gesamt	174	33	34	+107	92	161	67	-136	46	94	73	-121

¹⁹⁷⁴ Da hier nur politische intendierte Bewegungen von Bedeutung sind, werden Todesfälle und überbezirkliche Verzüge ausgeklammert. Die Bilanzierung des Mitgliederstandes ist deshalb nicht direkt auf die Mitgliederübersicht Tabelle 1 zu übertragen.

¹⁹⁷⁵ Vgl. Monatlicher Statistikbericht KV Juni 1990, ACDP 03-043-021/1.

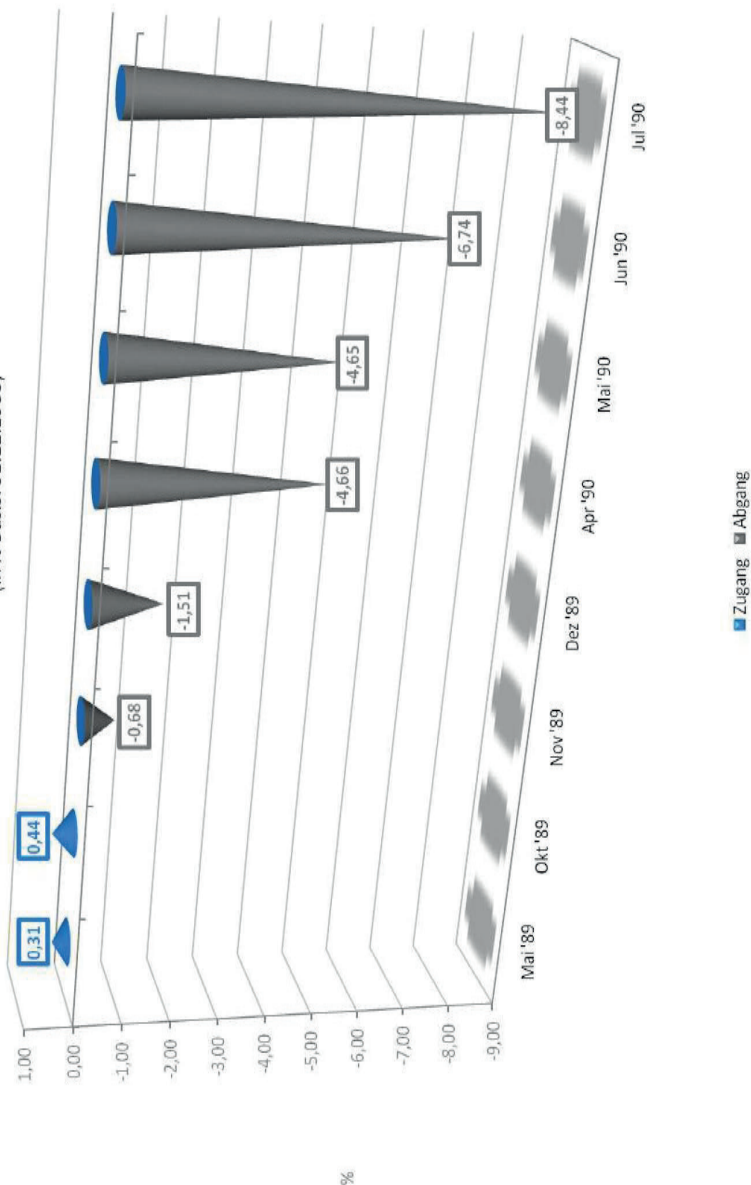
¹⁹⁷⁶ Vgl. Monatlicher Statistikbericht KV Juli 1990, ACDP 03-043-021/1.

Grafik 1a „CDU(D)-Mitglieder 1987 - 1990 nach KV“



Grafik 2a „CDU(D)-BV Rostock: Fluktuation 1989/1990“

(in % Basis: 31.12.1988)



LDP(D)

Die LDP(D) stellte mit Abstand den kleinsten Bezirksverband im Bezirk Rostock. Prozentual konnte sie minimal zwischen knapp 0,3 % der Bevölkerung in Greifswald und maximal über 0,6 % der Bürger Bad Doberans für eine Mitgliedschaft gewinnen. Damit waren die LDP(D)-Verbände auch in den meisten Kreisen die kleinsten.¹⁹⁷⁷ Bis zum zweiten Quartal 1989 gab es regelmäßige und ausführliche statistische Angaben aus jedem Kreisverband. Nach einem Beschluss zur weiteren Reduzierung der statistischen Informationen des neuen Bezirksvorsitzenden Richter im März 1990¹⁹⁷⁸ hinterließ die LDP(D) wenig Material, sodass sich die Mitgliederentwicklung im Jahr 1990 nur in groben Zügen darstellen lässt.

Bis zum Sommer 1989 war die Mitgliederentwicklung in allen Kreisverbänden außer Rostock-Land tendenziell steigend, dennoch war die Anzahl der Neuaufnahmen um 33 geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres:¹⁹⁷⁹ Hier schlug sich der von den Mitgliedern beklagte Vertrauensschwund der Bevölkerung nieder. Trotz deutlich vermehrter Abgänge in dem konformsten Kreis Stralsund sorgte der Mitgliederzuwachs bis Ende September noch für einen positiven Trend. Zum Ende des Jahres 1989 zeigte sich jedoch schon eine deutliche Disparität in der Entwicklung der Kreisverbände. Während in einigen Kreisen wie Bad Doberan, Grevesmühlen und Greifswald anscheinend nahezu unverändert gearbeitet werden konnte und die Mitgliederentwicklung zumindest stabil blieb, gab es in Wolgast die deutlichsten Einbrüche zu verzeichnen.

Insgesamt war die Mitgliederentwicklung in den Kreisverbänden des Bezirks relativ ähnlich. Zwischen September und Dezember 1989 war die allgemeine Tendenz leicht fallend, ab dem Jahreswechsel dann wesentlich stärker. Neben Grimmen war Wismar eine deutliche Ausnahme: Der enorme Mitgliederzuwachs im vierten Quartal 1989 war hier besonders auffällig und sorgte für eine positive Bilanz des gesamten Bezirksverbandes zum Jahresende 1989.¹⁹⁸⁰ Obwohl die Hansestadt mit 5,1 % im ersten Quartal 1990 auch die höchste Austrittsrate aufwies,¹⁹⁸¹ legt der

¹⁹⁷⁷ Siehe Tabelle 3 *Übersicht über die LDP(D)-Mitgliederentwicklung 1989*, S. 343.

¹⁹⁷⁸ Vgl. Schreiben des Bezirksvorsitzenden Richter an alle KV vom 7.3.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33899.

¹⁹⁷⁹ Vgl. Kurzeinschätzung der Entwicklung des BV Rostock seit dem 14. Parteitag vom 13.9.1989, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1650, S. 1 – 4.

¹⁹⁸⁰ Siehe Grafik 3a, S. 346.

¹⁹⁸¹ Vgl. Übersicht über die Austritte im IV. Quartal 1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

Zustrom am Vorjahresende von über 70 Neumitgliedern deutlicher Zeugnis darüber ab, dass die Arbeit und Positionierung des Kreisverbandes von den mit der LDP(D) sympathisierenden Bewohnern honoriert wurde und sich ein reger Austausch der Mitgliedschaft vollzog. Diesem Mitgliederhoch am Jahresende 1989 folgten im ersten Quartal des Jahres 1990 168 Austritte. Daher wird davon ausgegangen, dass der Dezember 1989 zumindest in Wismar als eine Hochphase des Engagements für eine selbständige LDP(D) in einer reformierten DDR zu werten ist, bevor die Realität im Frühjahr 1990 dieses Ansinnen konterkarierte.

Für nahezu alle LDP(D)-Kreisverbände begann das Jahr 1990 mit sinkenden Mitgliederzahlen. Zu welchem Zeitpunkt dies aber noch mit der Beurteilung des parteiinternen Erneuerungsprozesses oder schon mit der absehbaren Vereinigung zu erklären ist, kann nur geschätzt werden: Nach einer Kurzinformation aus Bad Doberan vom Januar 1990 war hier noch die Enttäuschung über die inkonsequente Erneuerung der Hauptaustrittsgrund.¹⁹⁸²

Wie Tabelle 5 und Grafik 4a über die BFD-Mitglieder vom 31.3.1990 zeigen, erfuhren die meisten BFD-Kreisverbände durch den kooperativen Beitritt der NDPD einen leichten Mitgliederzuwachs. Vergleicht man aber die überlieferten Mitgliederstände von LDP(D) und BFD vom 31.3.1990 wird deutlich, dass nur relativ wenige NDPD-Mitglieder tatsächlich ihren Weg in den BFD gefunden haben bzw., wie hoch dennoch die Austritte aus der LDP(D) gewesen sein müssen (Tabelle 5). Durch diese „Frischzellenkur“ im März 1990 wird in der Gesamtbilanz der LDP(D)/des BFD bis Ende April 1990 nicht deutlich, wie stark die Mitgliederzahlen der einstigen Liberaldemokraten tatsächlich gesunken sind. (Tabelle 4).

Von Ende April 1990 stammen die letzten überlieferten Mitgliedszahlen. Hier zeichnete sich eine Stabilisierung ab, die wahrscheinlich am Zugang der NDPDler gelegen hat. Die auffällige Ähnlichkeit der Mitgliederstärke der LDP(D) vom 31.3.1990 und der des BFD vom 30.4.1990 legt jedoch nahe, dass der Anteil der ehemaligen LDP(D)-Mitgliedschaft relativ stabil geblieben ist bzw. die NDPDler nach dem Beitritt nicht in dem erhofften Maße Mitglied des BFD geblieben sind (Tabelle 4 und 5). Abgesehen von Greifswald, der Bezirkshauptstadt und Stralsund blieben die Abgänge in der Gesamtbilanz des Frühjahres 1990 aber im einstelligen Bereich.

1982

Vgl. Analyse der Austritte aus der Partei vom 4.1.1990, Anlage zum Jahresbericht aus dem KV Bad Doberan, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

Trotz der nicht genauer zu beziffernden Zugänge aus der NDPD hat die LDP(D)/der BFD zwischen dem Sommer 1989 und dem Frühling 1990 14 % ihres Mitgliederbestandes verloren. Wenn man die Neuzugänge berücksichtigt, muss von einem starken Mitgliederaustausch ausgegangen werden. Hohe Verluste mussten die Kreisverbände Wismar und Wolgast hinnehmen. Der unauffällige Kreisverband Stralsund dezimierte sich sogar um über 30 %. Möglicherweise ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass der Grad der Interessenidentität mit der SED-PDS hier tatsächlich relativ hoch war. Mit einstelligen Verlustquoten waren Grevesmühlen, Grimmen und Bad Doberan dagegen wesentlich stabiler. Ob dies mit einer hohen Anzahl von Neuzugängen zu erklären ist, sagen die Quellen nicht aus. Ebenso lässt sich aufgrund der Quellenlage leider keine Analyse einer möglichen Veränderung der Sozialstruktur der LDP(D) zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 vornehmen.

Tabelle 3: Übersicht über die LDP(D)-Mitgliederentwicklung 1989

	Mitgl. 30.06. 1989 ¹⁹⁸³	Bilanz 1. HJ 1989 ¹⁹⁸⁴	Abgän- ge 1. HJ 1989	Mitgl. 30.09. 1989	Bilanz Juni/ Sept. 1989	Mitgl. 31.12. 1989 ¹⁹⁸⁵	Bilanz 2. HJ 1989
Bad Doberan	224	+9	0	222	-2	222	+/-0
Rib.-Damg.	432	+14	1	438	+6	436	-2
Greifswald	285	+10	2	285	+/-0	284	-1
Grevesmüh.	240	+6	0	246	+6	245	-1
Grimmen	119	+4	2	119	+/-0	125	+6
Rostock-Land	214	+5	3	223	+9	218	-5
Rostock-Stadt	881	+24	0	882	+1	869	-13
Stralsund	469	+15	1	461	-8	456	-5
Wismar	471	+17	k. A.	474	+3	545	+71
Wolgast	355	+9	5	358	+3	339	-19
Rügen	286	+6	0	288	+2	283	-5
gesamt	3.976	+119	14	3.996	+20	4.022	+26

¹⁹⁸³ Vgl. Vorlage aus dem BV Rostock für das Sekretariat des ZV vom 20.9.1989, Anlage 5: Mitgliederentwicklung und Aufnahmen, Stand 30.6.1989, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, Nr. L3-675, S. 38.

¹⁹⁸⁴ Vergleichswerte: Mitgliederstände 31.12.1988, Berichtsbogen J für das Jahr 1988, ADL Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1164 und Nr. L8-1165.

¹⁹⁸⁵ Vgl. Mitgliederstand am 31.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

Tabelle 4: Übersicht über die LDP(D)-/BFD- Mitgliederstände nach Kreisen 1990

	LDP(D)-Mitgl.		BFD-Mitgl.		BFD Bilanz	Σ Verlust 31.12.89 – 30.04.90	
	31.12. 1989 ¹⁹⁸⁶	31.03. 1990 ¹⁹⁸⁷	31.03. 1990 ¹⁹⁸⁸	30.04. 1990 ¹⁹⁸⁹	April 1990	absolut	%
Bad Doberan	222	209	307	207	-100	-15	-6,7 %
Rib.-Damg.	436	396	598	395	-203	-41	-9,4 %
Greifswald	284	267	562	253	-309	-31	-10,9 %
Grevesmüh.	245	231	198	226	+28	-19	-7,8 %
Grimmen	125	113	236	111	-125	-14	-11,2 %
Rostock-L	218	198	190	196	+6	-22	-10,1 %
Rostock-S	869	776	820	758	-62	-111	-12,8 %
Stralsund	456	396	455	362	-93	-94	- 31,9 %
Wismar	545	377	232 ¹⁹⁹⁰	371	+139	-174	-21,2 %
Wolgast	339	295	327	287	-81	-52	-15,3 %
Rügen	283	249	447	246	-201	-37	-13,7 %
gesamt	4.022	3.507	4.140	3.412	-1001	- 610	-13,2 %

¹⁹⁸⁶ Vgl. Mitgliederstand am 31.12.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

¹⁹⁸⁷ Vgl. Statistischer Bericht 1. Quartal 1990 LDP(D)-Rostock vom 5.4.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33757.

¹⁹⁸⁸ Vgl. Mitgliederbestand des BFD-Rostock, Stand 31.3.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33757.

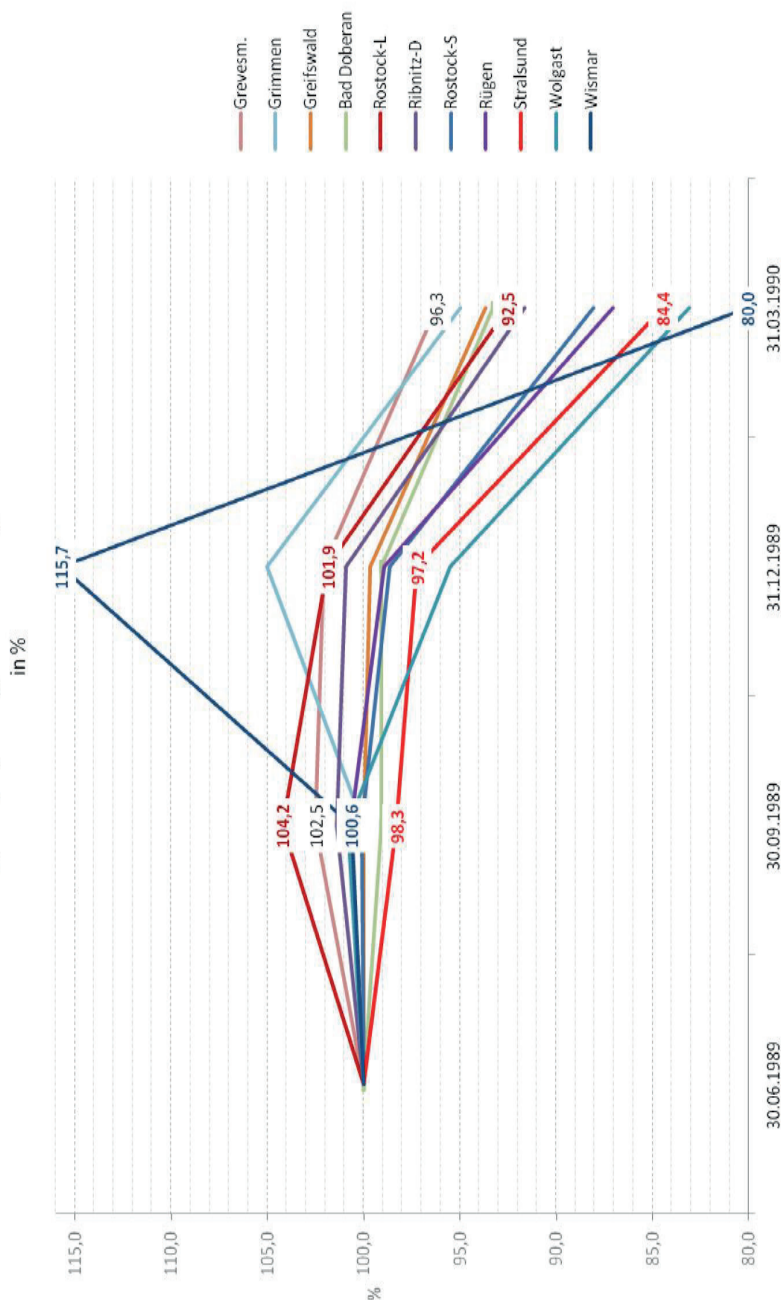
¹⁹⁸⁹ Vgl. Statistische Meldung April 1990 BV Rostock vom 4.5.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

¹⁹⁹⁰ Auf Grund der deutlichen Abweichung ist anzunehmen, dass diese Angabe aus der Quelle Mitgliederbestand des BFD-Rostock, Stand 31.3.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 22757 fehlerhaft ist.

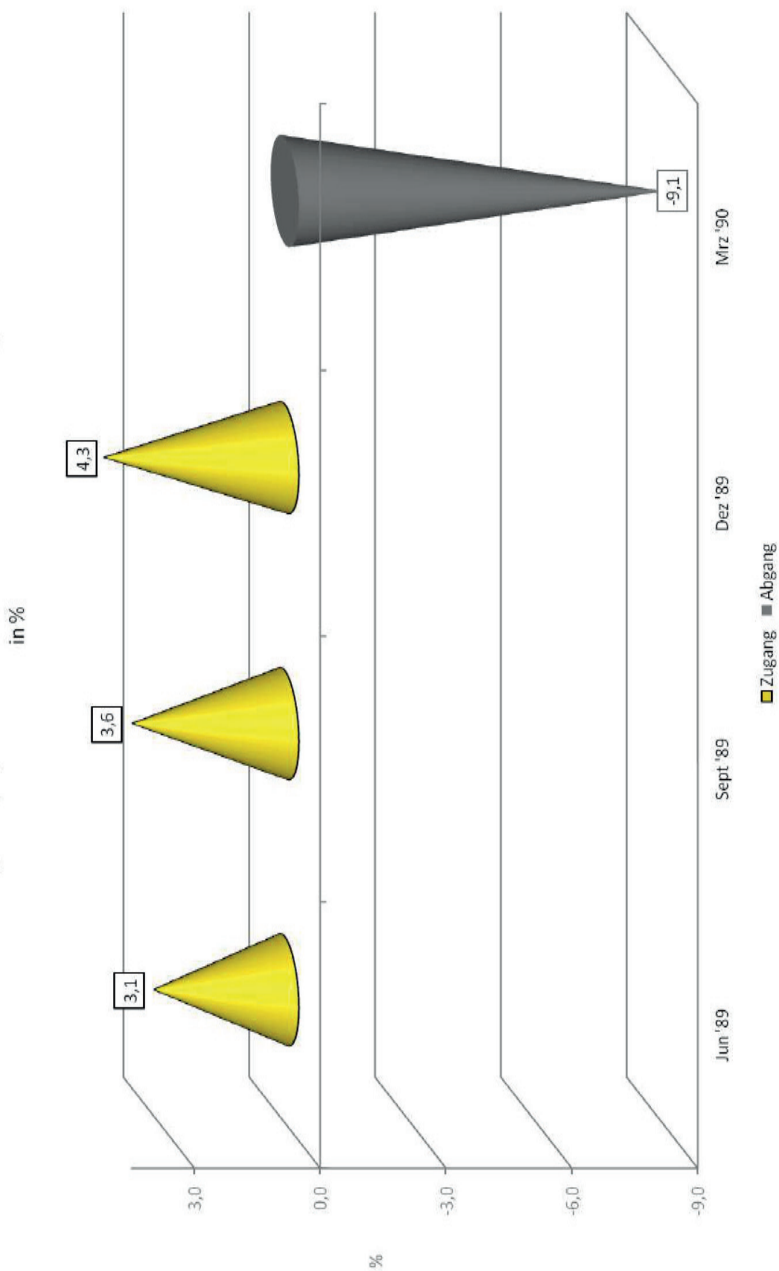
**Tabelle 5: Übersicht über die BFD- Mitgliederstände nach Kreisen
31.3.1990**

	LDP(D)- Mitgl. 31.03. 1990	NDPD- Mitgl. 23.02. 1990	BFD- Mitgl. 31.03. 1990	Diff. LDP(D) + BFD	Diff. LDP(D)/ NDPD + BFD
Bad Doberan	209	377	307	+98	-279
Rib.-Damg.	396	614	598	+202	-412
Greifswald	267	712	562	+295	-417
Grevesmüh.	231	322	198	-33	-355
Grimmen	113	269	236	+123	-146
Rostock-Land	198	216	190	-8	-224
Rostock-Stadt	776	950	820	+44	-906
Stralsund	396	412	455	+59	-353
Wismar	377	289	232	-145	-434
Wolgast	295	415	327	+32	-383
Rügen	249	523	447	+198	-325
gesamt	3.507	5.099	4.372	+865	-4.234

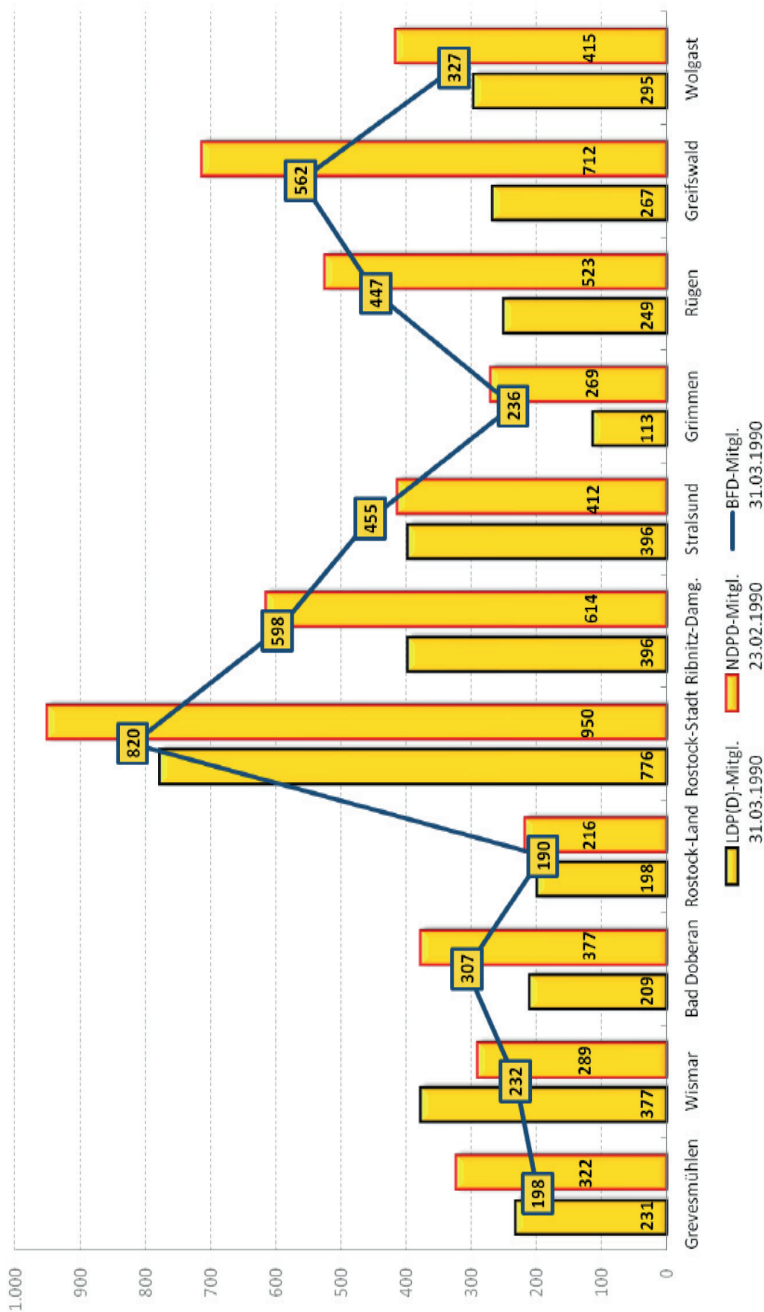
Grafik 3a „LDP(D)-Mitglieder 1989/1990 nach KV“



Grafik 3b „LDP(D)-BV Rostock: Fluktuation 1989/1990“



Grafik 4a „LDP(D)-, NDPD- & BFD-Mitgliederzahlen“



NDPD

Bei der NDPD wurde bereits ab dem Jahr 1986 über zunehmende Austritte berichtet.¹⁹⁹¹ Obwohl die Mitgliederzahlen bis zum September 1989 insgesamt leicht steigend waren,¹⁹⁹² gelang es nicht, die Mitgliedschaft zur Zufriedenheit des Bezirksvorstandes zu mobilisieren und in die Parteiarbeit einzubinden.¹⁹⁹³ Am Ende des Jahres 1988 hatte der Bezirksverband 6.719 Mitglieder.¹⁹⁹⁴

Da auf Beschluss des Sekretariats für Parteiorganisation und Personalpolitik vom 13.12.1989 kein statistischer Jahresbericht für das Jahr 1989 angefertigt wurde,¹⁹⁹⁵ liegen für das Jahr 1989 leider keine Zahlen vor. Ausgehend von der bisherigen Entwicklung wird ein ungefährer Mitgliederstand von etwa 6.750 Personen im September 1989 angenommen.

Dass die ersten neun Monate des Jahres 1989 trotz Kritik an dem politischen Tagesgeschäft, der Sorge über die weitere Entwicklung des Ostblocks und reformsozialistischen Bestrebungen nur geringen Anlass zum Verlassen der Partei gegeben haben, belegen die Austrittszahlen, die sich zwischen einer und sechs Personen pro Monat bewegen¹⁹⁹⁶ und daher als natürlicher Schwund zu bewerten sind. Erst im Oktober 1989 ist mit 33 Austritten ein Bruch der Mitgliederentwicklung zu erkennen.¹⁹⁹⁷ Was die

¹⁹⁹¹ Austritte gesamt 1986: 588, 1988: 832. Die Ursachen waren politisches Desinteresse, Entscheidungen in Reiseangelegenheiten und enttäuschte Erwartungen. Zur Mitgliederbewegung der NDPD im Jahr 1988, SAPMO BArch, DY 16/425, S. 6.

¹⁹⁹² Vgl. Ergebnisse im Bereich Parteiorganisation für das Jahr 1988 vom 10.2.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/35, Bl. 68. Für das Jahr 1989 gibt es eine detaillierte Übersicht über die Parteiabgänge nach Monaten, die sich bis September auf maximal 6 Personen belaufen. Statistische Angaben zur Mitgliederbewegung 1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 11.

¹⁹⁹³ Dafür spricht auch, dass der KV Grevesmühlen im September 1989 erst 6 der geforderten 13 Parteiinformationen abgegeben hatte. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 121.

¹⁹⁹⁴ Von denen waren 37,7 % Frauen. Vgl. Ergebnisse im Bereich Parteiorganisation für das Jahr 1988 vom 10.2.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/35, Bl. 75.

¹⁹⁹⁵ Vgl. Mitteilung des Sekretariats für Parteiorganisation und Personalpolitik vom 13.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/3823.

¹⁹⁹⁶ Statistische Angaben zur Mitgliederbewegung 1989 (Monat: Abgänge): Januar: 5, Februar: 2, März: 3, April: 2, Mai: 3, Juni: 6, Juli: 1, August: 6, September: 2. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 11.

¹⁹⁹⁷ Vgl. Statistische Angaben zur Mitgliederbewegung. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 11.

Statistik jedoch verschweigt, ist die Tatsache, dass die Verbundenheit der Mitglieder mit ihrer Partei bis Ende Oktober 1989 soweit gesunken ist, dass es zu revolutionsartigen Zersetzungserscheinungen wie auf den weiter oben geschilderten Mitgliederversammlungen in Stralsund oder Bad Doberan kam.¹⁹⁹⁸

Ende Oktober meldeten Wismar, Rostock und Stralsund vermehrt Austritte, die sie auf das Schweigen der Parteiführung zurückführten.¹⁹⁹⁹ Alarmierendes meldete die Grundeinheit Kröpelin im Kreisverband Bad Doberan: Hier hätten $\frac{1}{4}$ der Mitglieder vor der Mitgliederversammlung Austrittsabsichten gehabt, die jedoch durch die Einigung auf gemeinsame Forderungen nach einem Sonderparteitag, freien Wahlen und der Streichung des Kernsatzes 1 zum Verbleib in der Partei bewogen werden konnten.²⁰⁰⁰ Einzig der Kreisverband Grimmen meldete bei 22 Austritten auch 13 Zugänge, was der Kreisvorsitzende darauf zurückführt, dass er sich deutlich artikuliert habe und er seine gesellschaftliche Verantwortung durch einen gesteigerten Dialog mit den Bürgern wahrnehme. Gleiches sollte die Parteiführung tun.²⁰⁰¹

Im November stieg die Zahl der Austritte dramatisch auf 172 an.²⁰⁰² Auch erste Orts- und Kreisvorstände legten ihr Amt nieder. Im Dezember verließen schon 232 Personen die NDPD,²⁰⁰³ sodass am Ende des Jahres 1989 ein Mitgliederstand von nur noch 6.220 Personen verzeichnet war. Eine der überlieferten Austrittserklärungen verdeutlicht das Integrationsproblem der Nationaldemokraten: Die Mitgliedschaft sei nun, da alle die gleichen beruflichen Chancen hätten, nicht mehr nötig und man könne so getrost den Beitrag sparen.²⁰⁰⁴

¹⁹⁹⁸ Hier hatte ein Drittel der Anwesenden eine für diesen Zeitpunkt radikale Resolution mit der Rücktrittsforderung an Krenz und Hartmann und der Absage an den Führungsanspruch der SED unterzeichnet. Vgl. Kapitel 4.2. *Unmut*.

¹⁹⁹⁹ Vgl. Brief KV Wismar an das Sekretariat des HA vom 31.10.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 101.

²⁰⁰⁰ Vgl. Informationen der Mitgliederversammlung Kröpelin vom 9.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 33.

²⁰⁰¹ Vgl. Brief KV Grimmen an den BV vom 15.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 50.

²⁰⁰² Vgl. Statistische Angaben zur Mitgliederbewegung. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 11.

²⁰⁰³ Vgl. ebd.

²⁰⁰⁴ Vgl. Aktuelle Parteiinformationen des KV Stralsund vom 3.12.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 33.

Die Sonderparteitage erschienen den Mitgliedern als Schicksalstage für den Fortbestand der Partei. Den gefühlten Massenaustritt als Reaktion auf den Parteitag forcierten jedoch die Medien,²⁰⁰⁵ bevor er im Februar eine self-fulfilling prophecy wurde. Tatsächlich fand der Massenexodus im Bezirk und in der gesamten Partei bereits vor dem Sonderparteitag statt. Während in den ersten drei Januarwochen im Bezirk etwa 183 und im Gesamtverband etwa 2.285 Mitgliedschaften pro Woche gekündigt wurden, waren es in den zwei Wochen nach dem Sonderparteitag lediglich 79 bzw. 1.902 pro Woche. Die Statistik stand dem Empfinden der Mitglieder und der Berichterstattung diametral entgegen. Der Sonderparteitag im Januar hat die Parteiaustritte wohl Dank der deutschlandpolitischen Komponente und trotz des undurchsichtigen Wahlverfahrens eingedämmt, wenngleich auch nur für zwei Wochen und auf hohem Niveau.²⁰⁰⁶

Ab dem 5. Februar stiegen die Austritte pro Woche im Bezirk wieder auf den Vorparteitagsdurchschnitt an.²⁰⁰⁷ Für die gesamte Partei kann die Anzahl der Austritte leider nur geschätzt werden, da keine späteren Gesamtmitgliederzahlen überliefert wurden. Der letzte Bezirksmitgliederstand von 5.099 Personen am 23.2.1990 verdeutlicht, was sich trotz der kleinen Entspannungsphase nach dem Parteitag in den ersten beiden Monaten des Jahres 1990 in den Kreisverbänden abgespielt haben muss: Insgesamt verließen 1.100 Mitglieder den Bezirksverband, als Folge dessen wurden einzelne Kreisverbände instabil.²⁰⁰⁸ Besonders dramatisch waren die Abgänge von über 40 % der Mitgliedschaft in Stralsund zwischen Dezember 1988 und Februar 1990. Mit einem absoluten Verlust von 13 % der Mitgliedschaft schien Grevesmühlen dagegen vergleichsweise stabil.²⁰⁰⁹ Die Ausgetretenen sind entweder parteilos geblieben, vereinzelt zur FDP-Ost oder dem *Neuen Forum* gegangen oder haben sich der LDP(D) angeschlossen. Einzelne Übertritte zur SDP/SPD sind auch bekannt.

²⁰⁰⁵ Z. B. der KV Wismar, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/120, Bl. 26 und der KV Stralsund, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/109, Bl. 3.

²⁰⁰⁶ Siehe Grafik 6b, S. 355.

²⁰⁰⁷ Selbst, wenn man für die Kommunikationswege eine zeitliche Verzögerung zwischen Parteitag und ersten Austrittsreaktionen einkalkuliert, müssten die Austrittszahlen ab Februar auf ein höheres Niveau ansteigen.

²⁰⁰⁸ Das meldeten Grimmen (Statistische Angaben zur Mitgliederbewegung. Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 8), Grevesmühlen (Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 9) und Rügen (Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/103, Bl. 8).

²⁰⁰⁹ Siehe Tabelle 6 *Übersicht über die Mitgliederentwicklung der NDPD*, S. 353.

Wie die Tabelle 5 zur Mitgliederstärke des BFD am 31.3.1990 zeigt, erfuhr die Kreisverbände einen sehr unterschiedlichen Zuwachs durch den Beitritt der NDPD zum BFD. Während Kreisverbände wie Rügen, Greifswald und Ribnitz-Damgarten am deutlichsten von den Neuzugängen profitieren konnten, hat sich dieser in beiden Rostocker Kreisverbänden, Grevesmühlen und Wismar nicht in einer positiven Mitgliederentwicklung niedergeschlagen. Auffällig ist ebenso der unterschiedlich hohe Anteil der Nationaldemokraten, die in den BFD mitgegangen sind:²⁰¹⁰ Legt man jedoch die gemeinsame Größe der LDP(D) und NDPD-Kreisverbände im Frühjahr 1990 zugrunde, muss festgestellt werden, dass die entsprechenden BFD-Kreisverbände nur etwa 50 % der Mitglieder umfassten.²⁰¹¹

Aussagen zur Veränderung der Sozialstruktur der NDPD im Untersuchungszeitraum lassen sich wegen der fehlenden statistischen Erhebungen am Jahresende 1989 nicht treffen.

²⁰¹⁰ Die Angaben sind als Näherungswert zu verstehen: In Ermangelung von genaueren Daten mussten sowohl die Zugänge durch die FDP-Ost und die DFP wie auch die Abgänge von LDP(D) und NDPD zum Monatsende vernachlässigt werden. In Bezug gesetzt wurde lediglich die Mitgliederdifferenz zwischen LDP(D)- und BFD-KV am 31.3.1990 zu den letzten verfügbaren NDPD-Mitgliederzahlen vom 23.2.1990.

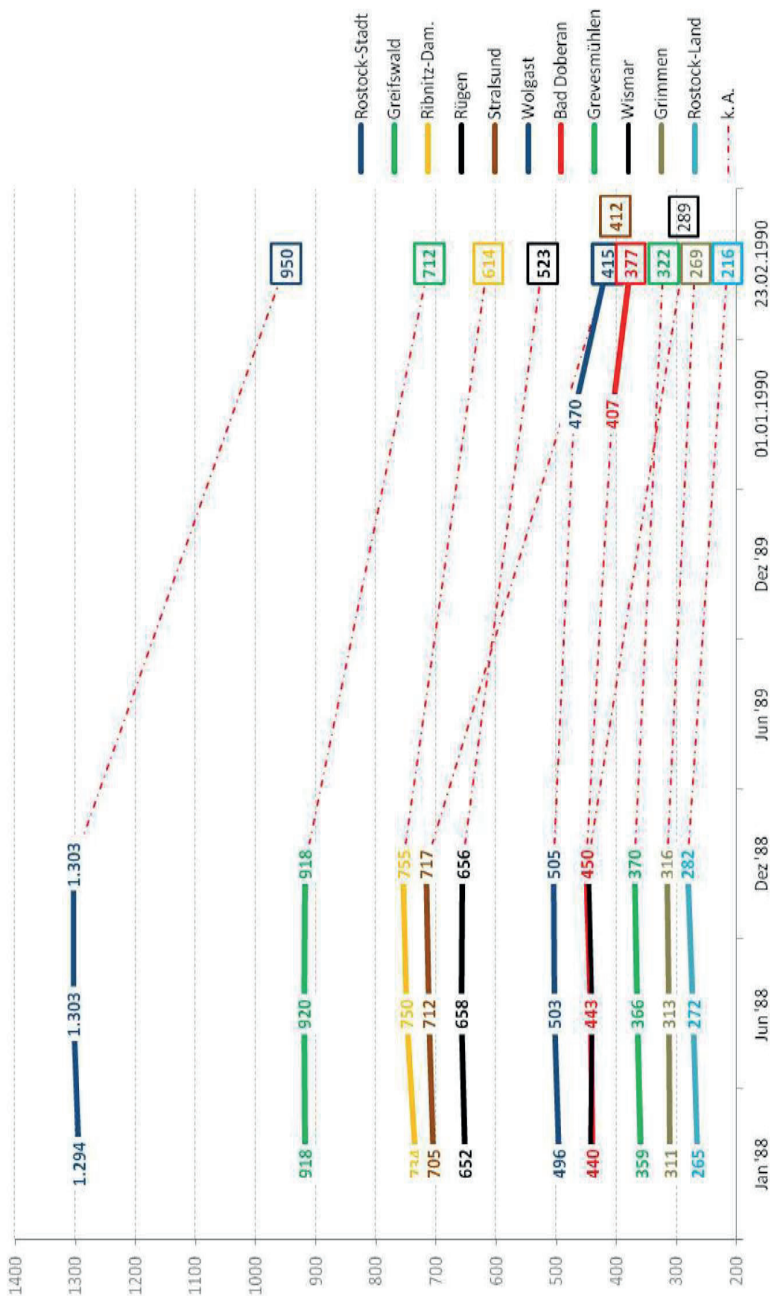
²⁰¹¹ Siehe Tabelle 5 *Übersicht über die BFD-Mitgliedsstände nach Kreisen 31.3.1990*, S. 345.

Tabelle 6: Übersicht über die Mitgliederentwicklung der NDPD

	Jan. 1988 ²⁰¹²	Jun. 1988 ²⁰¹³	Dez. 1988 ²⁰¹⁴	01.01. 1990 ²⁰¹⁵	22.01. 1990 ²⁰¹⁶	05.02. 1990 ²⁰¹⁷	23.02. 1990 ²⁰¹⁸	Differenz in % ²⁰¹⁹
Bad Doberan	440	443	450	407 ²⁰²⁰			377	-16,2 %
Ribnitz-Damg.	734	750	755				614	-18,7 %
Greifswald	918	920	918				712	-22,4 %
Grevesmühlen	359	366	370				322	-14 %
Grimmen	311	313	316				269	-14,9 %
Rostock-Land	265	272	282				216	-23,4 %
Rostock-Stadt	1.294	1.303	1.303				950	-27,1%
Stralsund	705	712	717				412	-42,5 %
Wismar	443	441	447				289	-35,4 %
Wolgast	496	503	505	470 ²⁰²¹			415	-17,8 %
Rügen	652	658	656				523	-20,3 %
Bezirk Rostock	6.617	6.681	6.719	6.247	5.698	5.540	5.099	-24,1 %

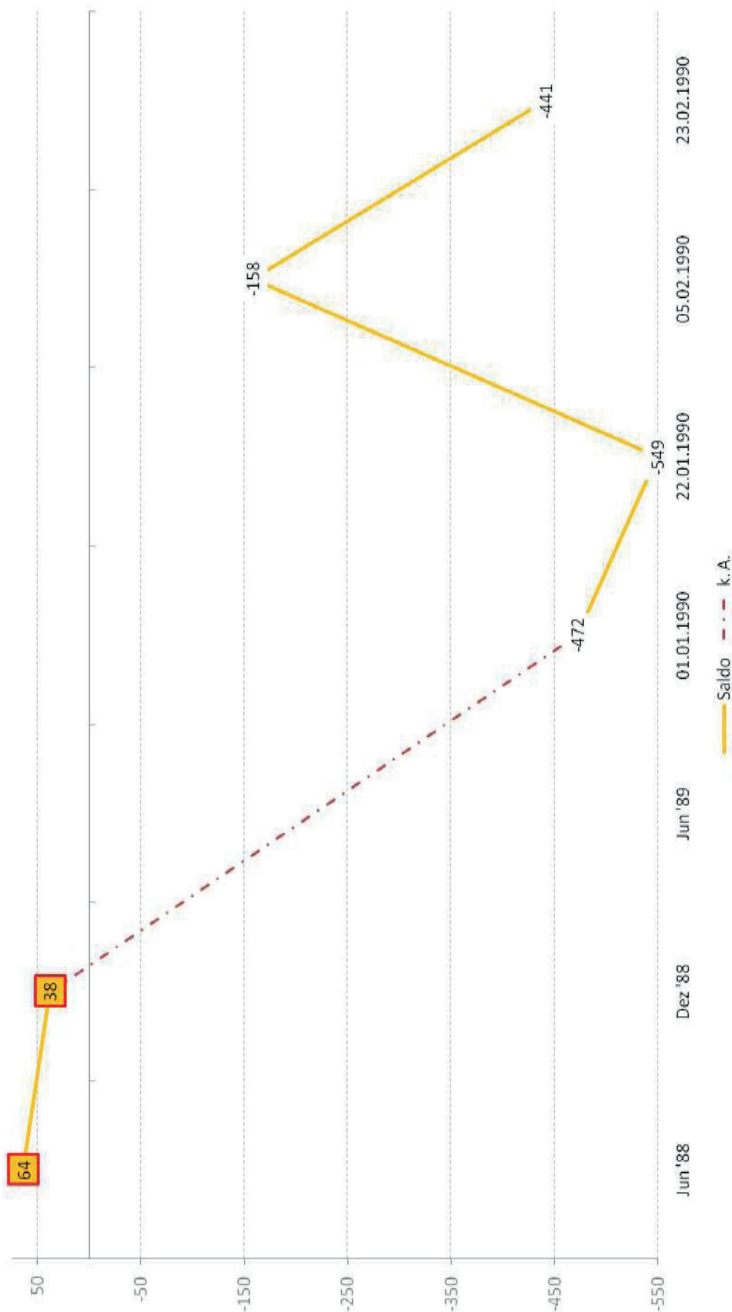
-
- ²⁰¹² Vgl. Vierteljahresbericht 1/88, Mitgliederstand per 31.1.1988, SAPMO BArch, DY 16/2022.
- ²⁰¹³ Vgl. Vierteljahresbericht 2/88, Mitgliederstand per 30.6.1988, SAPMO BArch, DY 16/2022.
- ²⁰¹⁴ Vgl. Entwicklung des Mitgliederbestandes im BV Rostock, Stand 31.12.1988, SAPMO BArch, DY 16/2021.
- ²⁰¹⁵ Vgl. Zur Entwicklung des Mitgliederbestandes bis 5.2.1990 vom 7.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/2021.
- ²⁰¹⁶ Vgl. ebd.
- ²⁰¹⁷ Vgl. ebd.
- ²⁰¹⁸ Vgl. Statistische Angaben aus dem BV Rostock vom 23.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/4463.
- ²⁰¹⁹ Eigene Berechnung. Bezug zu den Mitgliedszahlen vom Dezember 1988.
- ²⁰²⁰ Vgl. Informationen in Vorbereitung des Parteitags der NDPD vom KV Bad Doberan an Hartmann vom 8.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/ 6362, S. 3.
- ²⁰²¹ Vgl. Stellungnahme des KV Wolgast nach der Kreisdelegiertenkonferenz vom 12.1.1990, Landesarchiv Greifswald, 57/369.

Grafik 6a „NDPD-Mitgliederzahlen der KV 1988/1990“



Grafik 6b „NDPD-BV Rostock: Fluktuation 1988/1990“

(absolut)



DBD

Im September 1989 gehörten dem DBD-Bezirksverband Rostock 10.200 Mitglieder an. Damit stellte die DBD den größten Bezirksverband neben der SED. Anders als man es für die Bauernpartei hätte erwarten können, unterhielt sie keine eigenständigen Kreisverbände in den Landkreisen, auch nicht im Landkreis Rostock. Somit war der DBD-Bezirksverband Rostock nur in zehn Kreisverbände untergliedert. Einen besonders hohen Bevölkerungsanteil konnte die DBD im Grenzkreis Grevesmühlen und auf Rügen an sich binden, wobei die Werte der ländlich geprägten Kreise im Allgemeinen deutlich über denen der urbanen Kreise lagen.²⁰²² Dass der Rostocker Kreisverband die geringste Verankerung in der Bevölkerung seines Territoriums hatte, lässt vermuten, dass die berufsständisch orientierte DBD nur eine zu vernachlässigende Anzahl Mitglieder im Rostocker Stadtgebiet hatte.

Insgesamt ist die Mitgliederentwicklung aller Rostocker Kreisverbände sehr homogen.²⁰²³ Die beeinflussbaren Abgänge durch Austritte, Streichungen und Parteiausschlüsse machten im Jahr 1988 etwa 40 % aller Abgänge aus und waren damit im Vergleich zu den anderen Parteien relativ gering ausgeprägt.²⁰²⁴ Im Jahr 1987 war die Anzahl der Streichungen, Austritte und Ausschlüsse gegenüber dem Vorjahr aber interessanterweise rückläufig.²⁰²⁵ Die Anwerbung von Neumitgliedern verlief für die Gesamtpartei bis zum Jahr 1988 noch so erfolgreich, dass sie die Abgänge kompensieren konnte. Für den Bezirk Rostock waren für das Jahr 1987 11 Austritte, 5 Parteiausschlüsse und 63 Streichungen verzeichnet. Prozentual gesehen unterscheiden sich die Rostocker Mitglieder damit nicht wesentlich vom Parteidurchschnitt.²⁰²⁶

Im Vorwendejahr 1988 veränderte sich das Verhältnis zwischen beeinflussbaren und unbeflussbaren Abgängen in der Gesamtpartei auf 1 : 2. Insbesondere die Anzahl der Streichungen erhöhte sich von 533 auf

²⁰²² Siehe Tabelle 7 *Übersicht über die DBD-Mitgliederstände*, S. 363.

²⁰²³ Siehe Grafik 7a, S. 365.

²⁰²⁴ Den 1.906 Todesfällen standen 754 (40 %) sonstige Abgänge gegenüber. Vergleiche Mitgliederbewegung in der DBD im Jahre 1988 vom 7.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/3771.

²⁰²⁵ Streichungen: 1986: 503, 1987: 533, Austritte: 1986: 173, 1987: 151, Ausschlüsse: 1986: 74, 1987: 70. Mitgliederbewegung im Jahr 1987, SAPMO BArch, DY 60/3772.

²⁰²⁶ Im Durchschnitt wurden 0,45 % der Mitglieder gestrichen, im BV waren es dagegen 0,64 %.

743.²⁰²⁷ Gründe für den Parteiausschluss waren am häufigsten Passivität oder parteiunwürdiges Verhalten.²⁰²⁸ Die relevantesten Gründe für die von 151 im Vorjahr auf 195 angestiegenen Austritte waren ebenfalls Passivität und persönliche Verärgerung sowie die Aufnahme einer Anstellung in einem neuen Berufszweig. Die wesentlichsten Anlässe für Parteiausschlüsse stellten dagegen das Beantragen von Ausreiseanträgen, der Westverbleib nach Besuchsreisen, das illegale Verlassen der DDR oder sonstige Grenzdelikte dar.²⁰²⁹

Auch wenn diese auf eine Unmutshaltung hindeutenden Parteiabgänge stiegen, zeigt die um die Todesfälle bereinigte Tabelle 8 dennoch, dass die Neuzugänge die Anzahl der Streichungen in allen Kreisen des Bezirks kompensieren konnte, ergo die absoluten Zahlen eine Vergrößerung des Bezirksverbandes auf 10.106 Mitglieder auswiesen.²⁰³⁰

Ein Indiz für eine steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System der DDR ist jedoch in dem Hinweis zu sehen, dass im zweiten Quartal 1988 „nur 52,5 % der Neuaufnahmen des 1. Quartals“ erreicht wurden. Auch in Rostock wurden in diesem Zeitraum nicht mehr 242 Neumitglieder, sondern nur noch 123 Menschen für die Parteinahme gewonnen.²⁰³¹

Die Analyse der beeinflussbaren Abgänge deutet auch auf ein wachsendes Konfliktpotential innerhalb des Bezirksverbandes Rostock hin. Während die Anzahl der Streichungen im Vergleich zum Vorjahr nur leicht auf 77 (zuvor 63) stieg, hat sich die Anzahl der Austritte deutlich auf 18 (zuvor 11) erhöht und die der Ausschlüsse mit 14 nahezu verdreifacht.²⁰³² Regionale Schwerpunkte dieser Abgänge bildeten die Städte Rostock, Wismar und Grevesmühlen.²⁰³³

²⁰²⁷ Vgl. Mitgliederbewegung in der DBD im Jahre 1988 vom 7.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/3771, S. 2.

²⁰²⁸ Vgl. ebd., S. 3.

²⁰²⁹ Vgl. Mitgliederbewegung in der DBD im Jahre 1988 vom 7.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/3771, S. 2. Für die anderen drei Parteien wurden derartige Übersichten nicht erstellt.

²⁰³⁰ Im Jahr 1988 standen den 1.938 Todesfällen in der gesamten DBD 1.039 (53 %) sonstige Abgänge gegenüber. Vergleiche Mitgliederbewegung in der DBD im Jahre 1988 vom 7.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/3771.

²⁰³¹ Bericht über die Mitgliederbewegung im 1. Halbjahr des Jahres 1988, SAPMO BArch, DY 60/3495, S. 5.

²⁰³² Vgl. Analyse der organisatorischen Entwicklung des BV Rostock im Jahr 1988, ohne Datum, vermutlich Anfang 1989. SAPMO BArch, DY 60/2768.

²⁰³³ Siehe Tabelle 8 *Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-KV 1988 und 1989*, S. 364.

Nach einer leichten Rückläufigkeit, insbesondere in den Kreisverbänden Bad Doberan, Grevesmühlen und Rügen, blieb die Mitgliederentwicklung im ersten Quartal des Jahres 1989 in absoluten Zahlen in allen Kreisen des Bezirks steigend, sodass der Bezirksverband Ende September 1989 mit 10.234 DBDlern seinen Mitgliederhöchststand erreichte.²⁰³⁴ Erst im vierten Quartal des Jahres brach er mit einem Minus von fast 6,5 % deutlicher ein, als die durchschnittliche Parteientwicklung im Rest der DDR. Insgesamt war dieser Einbruch der Mitgliedszahlen aber weitaus weniger drastisch als bei den anderen Parteien. Somit lässt er auf eine größere Zufriedenheit mit der Arbeit der Funktionäre und eine hohe Parteiverbundenheit, aber möglicherweise auch auf Gleichgültigkeit und Desinteresse schließen. Die 676 Austritte und 92 Streichungen bis Ende des Jahres 1989 führten trotz Neueintritten in fast allen Kreisen zu einer negativen Mitgliederbilanz. Einzig Wismar und Ribnitz-Damgarten machten hier eine Ausnahme und hatten im gesamten Jahr 1989 einen positiven Mitgliederrend.²⁰³⁵

Ebenso deutlich war die Entwicklung der durchschnittlichen Veranstaltungsteilnahme im Bezirk im Jahr 1989. Lag diese im Januar 1989 wie im Vorjahr noch bei über 80 %, ²⁰³⁶ so lässt sich trotz mehrfacher Ermahnungen des Bezirksvorstandes eine signifikante Abnahme über 77,5 % im März, 75,8 % im April, 74,7 % im Mai und 73,1 % im Juli erkennen. Dass die Juli-Beteiligung in Grevesmühlen auf nur 51 % abfällt, wird offiziell mit Erntetätigkeiten erklärt. Auffällig ist jedoch, dass die anderen Landwirtschaftskreise keine derartigen Schwierigkeiten hatten. Erst im September schlug sich das Interesse der Mitglieder an politischer Tätigkeit wieder in einer erhöhten Veranstaltungsteilnehmerquote von 81,2 % nieder.²⁰³⁷

Auch die Teilnahme an den Kreisschulungen verringerte sich im Verlaufe des ersten Halbjahres 1989. Besonders auffällig: Hier waren es die

²⁰³⁴ Siehe ebd.

²⁰³⁵ Siehe ebd.

²⁰³⁶ Im Januar 1988 lag der Wert zum Beispiel bei 80,9 %, im Januar 1989 sogar bei 82,5 %. Bericht des BV über die Ergebnisse der Parteiarbeit im Monat Januar 1988, SAPMO BArch, DY 60/3166 und Information des BV über die Parteiarbeit im Monat Januar 1989 vom 10.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906.

²⁰³⁷ Vgl. Information des BV über die Parteiarbeit im Monat März vom 10.4.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, Information des BV über die Parteiarbeit im Monat April vom 16.5.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, Information des BV über die Parteiarbeit im Monat Mai vom 8.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, Information des BV über die Parteiarbeit im Monat Juli vom 9.8.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906, Information des BV über die Parteiarbeit im Monat September vom 9.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/2906.

„Mitglieder, die sonst immer zu den Sitzungen kommen“, die den Schulungen nun fernblieben.²⁰³⁸ Eine politisch-motivierte Absenz ist also anzunehmen. Für die übrigen Bezirke stellte das Parteipräsidium einen ähnlichen Rückgang der Beteiligung fest. Als besonders brisant wurde empfunden, *„dass in den Mitgliederveranstaltungen, an denen Mitarbeiter des zentralen Parteiapparates teilnahmen, die Beteiligung weit darunter lag. Ähnliches trifft auch auf die Schulungen zu, die von uns besucht wurden“*.²⁰³⁹ Es scheint also so, als hätten die Mitglieder ihren eigenen Parteiapparat gemieden, was für eine deutliche Distanzierung der Basis von der Parteiführung sprechen würde.

Die kurzfristig angestiegene Sitzungsbeteiligung divergierte ab November sehr stark zwischen den einzelnen Kreisen. In Grimmen diskutierten Anfang Dezember 50 Mitglieder einen eigenen Programmentwurf, in Greifswald dagegen waren es nur neun.²⁰⁴⁰ Insgesamt meldete der Bezirksverband Rostock aber mit knapp 200 eine vergleichsweise geringe Anzahl Austritte und begründete dies damit, dass die Mitglieder *„ja immer mehr Mitverantwortung“* wollten und nun auch *„die Chance nutzen“* müssten. Neben den Austritten waren hier jedoch angekündigte Mandats- und Ämterniederlegungen der Funktionäre zur nächsten Wahlperiode problematisch.²⁰⁴¹ Im Verlaufe des Dezembers stiegen die Austritte sprunghaft auf 676 an.²⁰⁴² Die meisten Austritte verzeichneten die Kreise Rostock, Rügen und Stralsund.²⁰⁴³

Der Kreisverband Rostock führte das Ranking mit über 11 % Abgänge an, nahezu gleichauf mit dem Kreisverband Wolgast. Als vergleichsweise stabil dagegen erwiesen sich die Kreisverbände Ribnitz-Damgarten

2038 Bericht des BV über die Parteiarbeit im Februar 1989 vom 2.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 10.

2039 Bericht des Präsidiums, vorgetragen auf der Tagung des Parteivorstands am 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/3327, S. 66a. Die mit a gekennzeichneten Seiten enthalten die zur Zensur vorbereiteten Informationen, wie im Kapitel über die Parteikommunikation bereits dargestellt wurde.

2040 Vgl. Informationsbericht des BV Rostock vom 8.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

2041 Informationsbericht des Bezirkssekretariats Rostock vom 22.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 1–2.

2042 Vgl. Original-Analyse der DBD des BV Rostock für das Jahr 1989, Stand: 30.12.1989. SAPMO BArch, DY 60/2769.

2043 Vergleiche Tabelle 7 *Übersicht über die DBD-Mitgliederstände*, S. 363.

und Wismar mit jeweils etwa 5 % und der Kreisverband Rügen mit 6,8 % Abgänge bis zum Jahresende.²⁰⁴⁴

Die Statistiken über die soziale Zusammensetzung der DBD lassen schwerpunktartig erkennen, welche Personengruppen die DBD im Jahr 1989 hauptsächlich verließen:

- Der Altersschwerpunkt der Ausgetretenen lag zwischen 41 und 50 Jahren. Der Mitgliederanteil der über 60-Jährigen stieg von 16,6 % auf 17,4 % an.²⁰⁴⁵
- Betrachtet man den Bildungshintergrund, so ist besonders auffällig, dass 15 % aller Doktoren und Professoren die Partei verließen.²⁰⁴⁶ Z. B. in Rostock, wo mit 137 Austritten sogar 20,3 % aller Austritte von Hoch- und Fachhochschulkadern erklärt wurden.²⁰⁴⁷ Darunter waren auch hauptamtliche Mitarbeiter.
- Mitglieder, die eigentlich eng an die Partei gebunden waren, traten aus der DBD aus. Dies belegen die rückläufigen Angaben über die höchsten Schulungsabschlüsse der Parteimitglieder: Der Anteil derer, die die Rostocker Parteischule der DBD besucht haben, verringerte sich deutlich von knapp 40 auf 30,6 %!²⁰⁴⁸
- Auch die Geschlechterperspektive bietet Aufschluss für die Charakterisierung: Von den knapp 7.000 Mitgliedern, die die DBD Ende 1989 verlassen haben, waren nur 760 Frauen, wodurch sich ihr Anteil von 34,8 % auf 35,5 % erhöhte.²⁰⁴⁹
- Der Prototyp eines ausgetretenen DBD-Mitglieds ist also männlich, Mitte 40, hat einen wissenschaftlichen Hintergrund und war zumindest so aktiv, dass er eine Parteischulung besucht hatte. Zu verallgemeinernde Hauptaustrittsgründe wären für ihn die „Ent-

²⁰⁴⁴ Eigene Berechnungen anhand der Tabellen 7 *Übersicht über die DBD-Mitgliedsverstände*, 8 *Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-KV 1988 und 1989*, und 8.1 *Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-KV 1990*.

²⁰⁴⁵ Dieser reduzierte sich von 15,3 % im Jahr 1988 auf 14,3 % im Dezember 1989. Einen leichten Rückgang von 28,7 % auf 28,1 % weist auch die Mitgliedschaft zwischen 51 und 60 Jahren auf. Mitgliederbewegung im Jahr 1989 vom 27.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3773, Anlage Alterszusammensetzung.

²⁰⁴⁶ Deren Anzahl sank von 1.048 auf 890. Mitgliederbewegung im Jahr 1989 vom 27.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3773, Anlage berufliche Tätigkeit.

²⁰⁴⁷ Vgl. Mitgliederbewegung im Jahr 1989 vom 27.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3773, Anlage S. 8.

²⁰⁴⁸ Vgl. ebd.

²⁰⁴⁹ Vgl. ebd., S. 8 und Mitgliederbewegung in der DBD im Jahr 1988 vom 7.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/3771.

*täuschung über die Gesamtentwicklung“ und „jahrelange Korruption und Amtsmissbrauch“, die Nähe zur SED und das späte Reagieren der Parteiführung.*²⁰⁵⁰

Der Anteil der Parteiabgänge zum Jahresende 1989 lag in Rostock mit 7,5 % leicht über dem DDR-Durchschnitt: Im Bezirksverband Berlin haben dagegen 16,9 % der Mitglieder die DBD verlassen, in dem Rostocker Nachbarbezirk Neubrandenburg waren es wiederum nur 3,9 %.²⁰⁵¹ Frankfurt/Oder ist der einzige Bezirksverband, der im Dezember 1989 weiterhin eine positive Mitgliedertendenz aufwies.²⁰⁵²

Der Anfang des Jahres 1990 stand auch bei der DBD im Zeichen der Sonderparteitags, auf den die Mitglieder große Erwartungen und Hoffnungen richteten. Dass diese positiven Gefühle den Erneuerungsprozess bis Mitte Februar dominierten, zeigen die steigenden Mitgliedszahlen in allem Kreisen des Rostocker Bezirksverbandes und markieren damit – im Rahmen dieser Untersuchung – eine Singularität.²⁰⁵³ Trotz der weitgehend positiven und beschönigten Berichterstattung der Parteipresse konnte der Parteitag aber die vielen divergierenden Erwartungen nicht erfüllen. Allein der Bezirksverband Rostock verlor 1.340 Mitglieder zwischen Mitte Februar und Ende März 1990.

Für die gesamte Partei sah es noch dramatischer aus: Sie verzeichnete im ersten Quartal 1990 in absoluten Zahlen fast 17.800 Austritte. Bis Ende Juni hielt dieser Trend unverändert an und die DBD verlor weitere 18.600 Mitglieder, 1.330 davon im Bezirk Rostock.²⁰⁵⁴

In den einzelnen Kreisen gestaltete sich die Situation sehr unterschiedlich (siehe Tabelle 8.1). Die nahezu 2.700 Abgänge und damit etwa 28,2 % der Bezirksmitgliedschaft waren in absoluten Zahlen auf die Kreise Rostock, Rügen, Ribnitz-Damgarten und Greifswald konzentriert, während Wolgast und Stralsund die geringsten Abgänge zu verzeichnen hatten.²⁰⁵⁵ Auch prozentual gesehen wird deutlich, dass die höchsten anteiligen Abgänge in Rostock (37,8 %), Ribnitz-Damgarten (36,6 %) und Greifswald (33,4 %) erklärt wurden. Auffällig ist jedoch, dass der ver-

²⁰⁵⁰ Mitgliederbewegung im Jahr 1989 vom 27.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3773, Anlage S. 9.

²⁰⁵¹ Vgl. Mitgliederbewegung im Jahr 1989 vom 27.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3773, Anlage S. 8.

²⁰⁵² Vgl. ebd., S. 3.

²⁰⁵³ Siehe Grafik 7a, S. 364.

²⁰⁵⁴ Siehe Tabelle 8.1. *Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-KV 1990*, S. 367. Dort sind auch die entsprechenden Nachweise zu finden.

²⁰⁵⁵ Siehe Grafik 7a, S. 364.

gleichsweise linientreue Kreisverband Stralsund mit 14,6 % mit großem Abstand die wenigsten Austrittserklärungen hinnehmen musste.²⁰⁵⁶

Gemessen an den epochalen Umbrüchen im Jahr 1990 und der sich abzeichnenden Parteifusion mit der CDU erscheinen die durchschnittlichen 28 % Abgänge aber vergleichsweise gering.²⁰⁵⁷ Auch wenn man die zunehmenden Wahlerfolge im Jahr 1990 und die immer noch fast 7.000 Mitglieder im ehemaligen Bezirksverband betrachtet, wäre die Etablierung der DBD als Regionalpartei im Landesverband Mecklenburg²⁰⁵⁸ durchaus denkbar gewesen. Dass die DBD zumindest ihre landwirtschaftliche Zielgruppe angesprochen und deren Erwartungen im Rahmen der Möglichkeiten erfüllt hat, belegt der annähernd gleichbleibende Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Mitglieder.²⁰⁵⁹

²⁰⁵⁶ Eigene Berechnungen anhand der Zahlen aus den Tabellen 7, 8. und 8.1. Prozentuale Austrittserklärungen im 1. HJ 1990 nach KV: Rostock (37,8 %), Ribnitz-Damgarten (36,6 %), Greifswald (33,4 %), Bad Doberan (29,9 %), Wolgast (26,3 %), Grimmen (24,4 %), Rügen (23,8 %), Wismar (23 %), Grevesmühlen (19,5 %) und Stralsund (14,6 %).

²⁰⁵⁷ Leider wurden im Sommer 1990 nur noch sporadisch Sozialstatistiken erhoben, sodass das Profil der ausgetretenen und verbliebenen DBD-Mitglieder für das Jahr 1990 nicht mehr skizziert werden kann.

²⁰⁵⁸ Nach der Zusammenlegung der drei Nordbezirke zum LV Mecklenburg-Vorpommern hatte dieser Ende Juni '90 noch 22.564 Mitglieder. Statistischer Halbjahresbericht des LV MV, Stand 30.6.1990, SAPMO BArch DY 60/3774.

²⁰⁵⁹ Ende 1988 lag deren Anteil bei 68,4 %, im Sommer 1990 immerhin noch bei 63,5 %. Information über die Mitgliederstruktur, Stand 30.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/3774.

Tabelle 7: Übersicht über die DBD-Mitgliederstände²⁰⁶⁰

	Dez. '87 ²⁰⁶¹	Dez. '88 ²⁰⁶²	März '89 ²⁰⁶³	Juni '89 ²⁰⁶⁴	Sep. '89 ²⁰⁶⁵	Dez. '89 ²⁰⁶⁶	Feb. '90 ²⁰⁶⁷	März '90 ²⁰⁶⁸	Juni '90 ²⁰⁶⁹
Bad Doberan	678	718	703	706	709	656	667	575	466
Rib.-Damg.	917	956	964	969	976	936	946	773	593
Greifswald	1.035	1.060	1.075	1.076	1.087	1.012	1.022	945	678
Grevesm.	845	881	873	877	883	832	840	681	606
Grimmen	907	924	923	925	930	868	877	773	657
Rostock	1.328	1.411	1.406	1.428	1.436	1.296	1.307	971	804
Stralsund	1.091	1.125	1.121	1.131	1.138	1.072	1.081	984	912
Wismar	939	978	988	1.007	1.024	973	978	842	746
Wolgast	609	625	626	627	627	571	574	504	422
Rügen	1.401	1.428	1.420	1.422	1.424	1.353	1.365	1.198	1.026
BV gesamt	9.750	10.106	10.099	10.168	10.234	9.569	9.657	8.246	6.910
%	96,5	100,0	99,9	100,6	101,3	94,7	95,6	81,6	68,4
Vgl. vorh. Wert in %		+3,5	-0,1	+0,7	+0,7	-6,6	+0,9	-14,0	-13,2
DBD Σ^{2070}	117.729	121.698	122.701	123.482	124.348	117.232	k. A.	99.441	80.806
%	96,7	100	100,8	101,5	102,2	96,3	–	81,7	66,4
Vgl. vorh. Wert in %	+3,3	–	+0,8	+0,6	+0,7	-5,9	–	-14,6	-15,3

²⁰⁶⁰ Diese Übersicht bildet nur die Summe von Abgängen und Neuzugängen ab, liefert also saldierte Zahlen. Somit verschleiert sie, dass die Partei in der ersten Jahreshälfte 1989 150 Mitglieder verlassen haben, während 180 Neumitglieder begrüßt wurden. Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 12.7.1989, ACDP 07-011-3871, S. 6.

²⁰⁶¹ Vgl. Statistischer Jahresbericht I, Stand 31.12.1987, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²⁰⁶² Vgl. ebd.

²⁰⁶³ Vgl. Quartalsbericht über die Mitgliederbewegung, Stand 30.3.1989, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²⁰⁶⁴ Vgl. ebd.

²⁰⁶⁵ Vgl. ebd.

²⁰⁶⁶ Vgl. Quartalsbericht über die Mitgliederbewegung, Stand 30.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/1813.

²⁰⁶⁷ Vgl. Statistischer Jahresbericht I BV Rostock vom 8.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²⁰⁶⁸ Vgl. Mitgliederbewegung, Stand 31.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²⁰⁶⁹ Vgl. Statistischer Halbjahresbericht, Stand 30.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/3774.

²⁰⁷⁰ Vgl. Mitgliederbewegung im Jahr 1989 vom 27.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3773.

Tabelle 8: Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-KV 1988 und 1989²⁰⁷¹

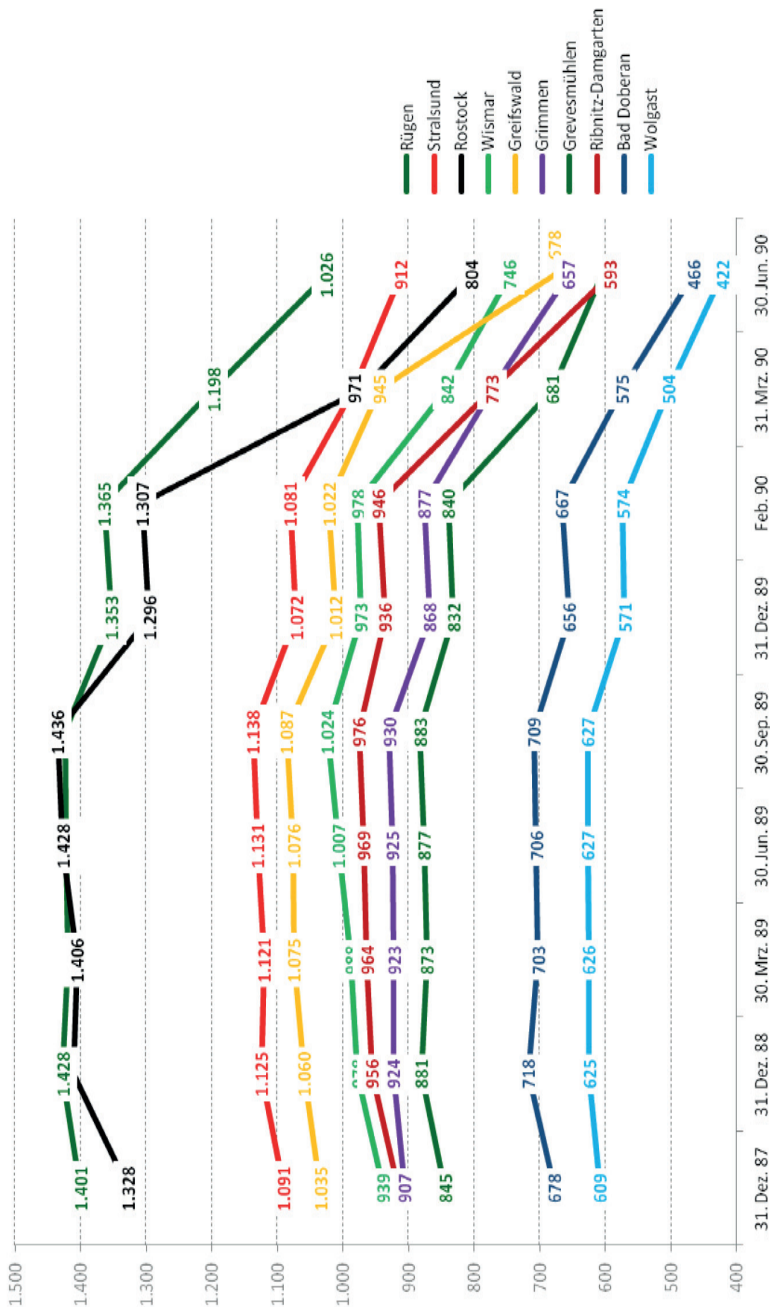
	Jahr 1988 ²⁰⁷²				Jahr 1989 ²⁰⁷³			
	Aufnahmen	Austritte	Streichungen/Aus-schlüsse	Bilanz	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz
Bad Doberan	61	1	7	+53	23	52	2	-31
Rib.-Damg.	58	2	2	+54	48	34	13	+1
Greifswald	66	2	9	+55	57	72	15	-30
Grevesmüh.	54	3	12	+39	32	53	13	-34
Grimmen	44	3	4	+37	46	56	11	-21
Rostock	100	0	18	+82	61	135	9	-83
Stralsund	58	3	7	+48	69	78	11	-20
Wismar	78	1	18	+59	75	54	3	+18
Wolgast	34	0	5	+29	19	55	10	-46
Rügen	82	3	9	+70	67	87	5	-25
gesamt	635	18	91	526	497	676	92	-271

²⁰⁷¹ Da hier nur politische intendierte Bewegungen von Bedeutung sind, werden Todesfälle und überbezirkliche Verzüge ausgeklammert. Die Bilanzierung des Mitgliederstandes ist deshalb nicht direkt auf die Mitgliederübersicht Tab. 1 zu übertragen.

²⁰⁷² Vgl. Quartalsberichte über die Mitgliederbewegung 1988, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²⁰⁷³ Vgl. Quartalsberichte über die Mitgliederbewegung 1989, SAPMO BArch, DY 60/3813.

Grafik 7a „Übersicht über die DBD-Mitgliederstände 1987/1990“



Grafik 7b „DBD-BV Rostock: Fluktuation 1988/1990“

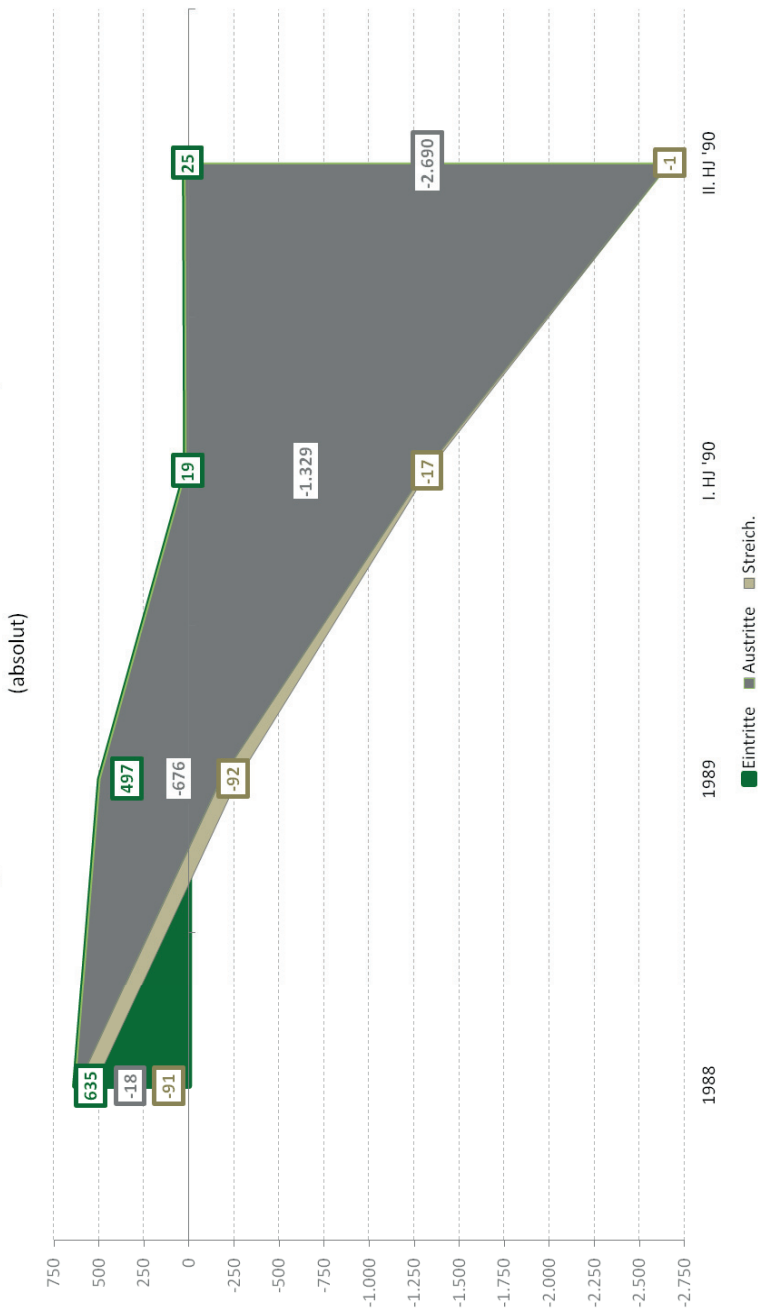


Tabelle 8.1: Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-KV 1990²⁰⁷⁴

	I. Quartal 1990 ²⁰⁷⁵				II. Quartal 1990 ²⁰⁷⁶			
	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz	Aufnahmen	Austritte	Streichungen	Bilanz 1. HJ 1990
Bad Doberan	1	76	2	-77	0	196	0	-196
Ribnitz-	1	169	0	-168	4	347	0	-343
Greifswald	1	61	0	-60	3	341	0	-338
Grevesmüh.	2	155	15	-168	2	237	0	-235
Grimmen	2	92	0	-90	2	214	0	-212
Rostock	2	313	0	-311	5	495	0	-490
Stralsund	1	97	0	-96	0	156	1	-157
Wismar	2	133	0	-131	2	225	0	-223
Wolgast	3	67	0	-64	3	153	0	-150
Rügen	4	166	0	-162	4	326	0	-322
gesamt	19	1329	17	-1.327	25	2690	1	-2.666

²⁰⁷⁴ Da hier nur politische intendierte Bewegungen von Bedeutung sind, werden Todesfälle und überbezirkliche Verzüge ausgeklammert. Die Bilanzierung des Mitgliederstandes ist deshalb nicht direkt auf die Mitgliederübersicht Tabelle 1 zu übertragen.

²⁰⁷⁵ Vgl. Mitgliederbewegung, Stand 31.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²⁰⁷⁶ Vgl. Statistischer Halbjahresbericht, Stand 30.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/3774.

4.8. Akteursgruppen: Jugendliche, Frauen oder „Intelligenzler“ prägen Meinungsbild

Innerhalb der Blockparteien lassen sich soziale Gruppen ausmachen, die die Meinungsbildung und das Parteiklima ihrer Verbände beeinflusst haben: die Parteijugend,²⁰⁷⁷ die Frauen und die Angehörigen der „Intelligenz“. Diese Kohorten waren jedoch nicht in allen Parteien gleichermaßen relevant, sondern vielmehr lässt sich für jede Partei der besondere Einfluss jeweils einer dieser Gruppen aufzeigen. Der Vollständigkeit halber werden dennoch kurze Anmerkungen zum Wirken jeder Personengruppe in den vier Rostocker Blockparteien gemacht.

4.8.1. Jugend: Antrieb in LDP(D) und DBD

Von allen Blockparteimitgliedern übten die Jugendlichen den größten Einfluss auf ihre Gliederungen aus. Die Archivalien aller Parteien enthalten Hinweise darauf, dass die Generationenzugehörigkeit der Mitglieder häufig mit spezifischen politischen Ansichten verbunden war, wie im Folgenden gezeigt wird.

Die **LDP(D)** war die Partei, in der die Parteijugend am präsentesten war. Entsprechend verstanden sich die Liberaldemokraten auch als Partei der DDR-Jugend.²⁰⁷⁸ Es waren die jüngeren Mitglieder der LDP(D), die das *„konstruktive Streitgespräch zur Überwindung von Hemmnissen und Mängeln“* suchten. Die jungen Liberaldemokraten sahen sich dabei jedoch an der Seite des Parteivorstands und hatten *„großes Vertrauen in die Kraft und Möglichkeiten“* ihrer Partei.²⁰⁷⁹ Der Mitgliederzuwachs, den die LDP(D) in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erlebte, drückt den Glauben an die Gestaltungsfähigkeiten der Liberaldemokraten deutlich aus: Etwa die Hälfte der Rostocker Neumitglieder zwischen 1982 und 1986 war jünger

²⁰⁷⁷ Als Parteijugend werden hier alle Mitglieder unter 30 Jahren verstanden, da die Statistiken der Blockparteien häufig nur Angaben zur Alterskohorte der 20- bzw. 30-Jährigen machen. Eine Ausnahme ist nur die LDP(D), die auch Daten über die Alterskohorte der bis 25-Jährigen erheben.

²⁰⁷⁸ Vgl. Information über einige beachtenswerte Aspekte der politisch-ideologischen Situation in der LDP(D) vom 24.4.1989, MfS ZAIG, Nr. 3750, S. 6.

²⁰⁷⁹ Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des ZV am 15.4.1986. Bericht des BV Rostock zum Stand der Erfüllungen der Beschlüsse des 13. Parteitags, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1608, S. 26.

als 30 Jahre.²⁰⁸⁰ Im Gegensatz zu den älteren Mitgliedern engagierten sich diese überdurchschnittlich stark auf den Parteiveranstaltungen und gestalteten diese durch impulsgebende Fragen.²⁰⁸¹ Dadurch manifestierte sich auch ein Generationenkonflikt. Älteren Mitgliedern wäre die LDP(D) nicht bürgerlich genug, Jungen stünde sie zu weit links ohne eigenen Wirkungsbereich, berichtete die Bezirksparteischule schon im Sommer 1986.²⁰⁸² Vermutlich waren die „*älteren Mitglieder*“ diejenigen, die die bürgerlichen Gründungsjahre der LDP(D) noch aktiv miterlebt haben. Vereinzelt gab es jedoch auch bei der LDP(D) Kritik an „*politisch-ideologischen Unsicherheiten bei jüngeren Mitgliedern*“²⁰⁸³ und Forderungen nach einer nötigen Verstärkung der „*differenzierten Arbeit mit jungen Mitgliedern*“.²⁰⁸⁴ Als Ursachen dieses Generationenkonflikts wurden sowohl die gemeinsame Kriegserfahrung der älteren Mitglieder als auch die identitätsstiftenden Aufbaujahre ausgemacht. Diejenigen, die beides nicht erlebt haben, sähen im Sozialismus andere Werte und Vorzüge und würden andere Selbstverständlichkeiten voraussetzen.²⁰⁸⁵ Daher wurde der Parteijugend auch eine „*materialisierte Sicht auf die Werte des Sozialismus*“ und dementsprechend höhere materielle Ansprüche attestiert.²⁰⁸⁶

Zu Beginn des Jahres 1989 war die Hoffnung auf Reformen bei den jüngeren Mitgliedern häufig einer Desillusionierung gewichen: Die LDP(D) könne doch nichts ändern, da die Ursache der mangelnden Veränderungsbereitschaft die überalterte SED-Führung sei.²⁰⁸⁷ Aus dieser Enttäuschung resultierten Fragen junger Mitglieder zur Führungsrolle und zum demokratischen Zentralismus im Allgemeinen²⁰⁸⁸ und Forderungen

²⁰⁸⁰ Vgl. Protokoll der Bezirksdelegiertenkonferenz vom 29.11.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33749.

²⁰⁸¹ Vgl. z. B. Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres des KV Wismar vom 18.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock Nr. 33879, S. 3.

²⁰⁸² Vgl. Auswertung der Bezirksparteischullehrgänge 1985/1986 vom 10.7.1986, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-345, S. 3.

²⁰⁸³ Informationsbericht BV Rostock an den ZV für September/Okttober 1986 vom 14.10.1986, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1005.

²⁰⁸⁴ Problemprotokoll der Bezirksdelegiertenkonferenz der LDP(D)-Rostock am 19.11.1986 vom 27.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, 33749, S. 2.

²⁰⁸⁵ Vgl. Zwischenbericht der Jahreshauptversammlung des BV Rostock vom 30.1.1989, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1005, S. 4.

²⁰⁸⁶ Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres des KV Rostock vom 4.7.1989, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-100, S. 3.

²⁰⁸⁷ Vgl. Informationsbericht des KV Grimmen für Dezember 1988 vom 6.1.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

²⁰⁸⁸ Vgl. Informationsbericht KV Greifswald für Januar/Februar 1989 vom 8.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 3.

nach dem Bekenntnis der Parteileitung, eine nichtmarxistische Partei zu sein.²⁰⁸⁹

Die LDP(D) war die einzige Partei, in der den jungen Mitgliedern ab dem Jahr 1988 durch die Schaffung von Jugendbeiräten mehr Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt wurden.²⁰⁹⁰ Mit der Gründung des ersten Jugendbeirates in der DDR am 26.10.1988 verfolgte der Kreisverband Rostock-Stadt die Intention, der Verjüngung der Partei Rechnung zu tragen und die reformorientierte Parteijugend mehr in die politische Arbeit einzubinden.²⁰⁹¹ In der Wahrnehmung der Mitglieder und Bürger stieß die LDP(D) damit deutlich an die Grenzen des SED-Primats der Jugendpolitik in seiner institutionalisierten Form der FDJ. Entsprechend reagierte die SED-Bezirksleitung „irritiert“ auf die Initiative der Rostocker²⁰⁹² und verfolgte die weitere Entwicklung der eigenständigen LDP(D)-Jugendpolitik mithilfe ihrer installierten IM.²⁰⁹³ Der LDP(D)-Parteivorstand verteidigte die Rostocker Initiative natürlich, denn Gerlach selbst hatte sie ja vorbereitet und mit der SED abgestimmt: Man wolle die SED dabei unterstützen, so diejenigen Jugendlichen zu integrieren, die kein Mitglied der FDJ werden wollen.²⁰⁹⁴

Die Jugendorientierung der Liberaldemokraten wurde auch von der LDP(D)-nahen Bevölkerung wahrgenommen und honoriert. So stieg der Anteil der Mitglieder unter 30 Jahren allein im Jahr 1989 um 3 % auf knapp 24 %. Allein die jungen LDP(D)ler unter 25 Jahren machten nun 11,2 % und damit 1,6 % mehr als Ende 1988 aus.²⁰⁹⁵ Die Austritte während des Jahres 1989 legen nahe, dass die Mitglieder unter 25 Jahren und diejenigen über 50 Jahren die Entwicklung ihrer Partei bis zum Jahres-

²⁰⁸⁹ Vgl. Information des MfS über einige beachtenswerte Aspekte der politisch-ideologischen Situation in der LDP(D) vom 24.4.1989, MfS ZAIG, Nr. 3750, S. 4.

²⁰⁹⁰ Den ersten Jugendbeirat in der gesamten DDR gründete der KV Rostock-Stadt am 26.10.1988, es folgten Wismar, Bad Doberan und Stralsund.

²⁰⁹¹ Vgl. Bericht zu Schwerpunkten der Arbeitsergebnisse des KV Rostock-Stadt vom 15.8.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803, S. 6.

²⁰⁹² Protokoll der dezentralen Bezirksvorstandsberatung vom 21.2.1989, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1804.

²⁰⁹³ Der aktivste IM im Rostocker Jugendbeirat nannte sich Richard Weisenberg. Vgl. BV Rst, Abt. XX, Nr. 1672.

²⁰⁹⁴ Vgl. Information über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23.12.1988, MfS HA XX, Nr. 6632, S. 53.

²⁰⁹⁵ Eigene Berechnung anhand des Berichtsbogens J des BV Rostock für das Jahr 1988 vom 31.12.1988, ADL, Abteilung Parteivorstände, L8-1096 und des Berichtsbogens J des BV Rostock für das Jahr 1989 vom 31.12.1989, ADL, Abteilung Parteivorstände, L8-1097.

ende, also dem vergleichsweise langen Festhalten an reformsozialistischen Inhalten, positiver gegenüberstanden als die Altersgruppe zwischen 26 und 49 Jahren.²⁰⁹⁶

Am deutlichsten wurde der innerparteiliche Konflikt zwischen den älteren und jüngeren Mitgliedern der **DBD**. Bereits im Jahr 1984 erkannte das MfS „bei jüngeren Mitgliedern zum Teil Vorbehalte gegenüber der führenden Rolle der SED“.²⁰⁹⁷ In den folgenden Jahren blieb dieser Trend bestehen und wurde durch die Reformen in der Sowjetunion zusätzlich befeuert: Anlässlich des Treffens zwischen Gorbatschow und Honecker im Juni 1989 hielt der Informationsbericht an den Parteivorstand fest, dass jüngere Mitglieder auch in der DDR Veränderungen im Sinne von Glasnost und Perestroika erwartet hatten.²⁰⁹⁸ Dieser Einsatz für einen reformierten Sozialismus kann auch in der DBD kein Einzelfall gewesen sein, denn der Parteivorstand erkannte dahinter einen grundsätzlichen Generationenkonflikt: „Die Jungen, die den Krieg und Aufbau nicht miterlebt haben, haben andere ideelle und materielle Wertmaßstäbe, haben keinen Stolz auf das Geschaffene.“²⁰⁹⁹ Diese unterschiedlichen Erwartungshaltungen führten im Herbst 1989 zum offenen Bruch zwischen jüngeren Reformern und Alteingesessenen: „Ältere Mitglieder sind standhaft, jüngere nicht.“²¹⁰⁰

Als Protest gegen die ausbleibende Reaktion des Parteivorstandes nahmen ab Mitte Dezember auch bei der DBD die Austritte vornehmlich junger Mitglieder zu.²¹⁰¹ Der Austritt der älteren Mitglieder erfolgte mehrheitlich erst ab dem Frühjahr 1990. Dass „die langjährige Arbeit nichts

²⁰⁹⁶ Die aus den Berichtsbögen Q ermittelten Austritte nach Altersgruppen ergeben in Relation zur Stärke der jeweiligen Altersgruppe folgendes Bild: Insgesamt sind am Ende des Jahres 1989 nur 2,7 % der Mitglieder bis 25 Jahren ausgetreten, 4,8 % der bis 30-Jährigen, 6,6 % der bis 40-Jährigen und 5,6 % der bis 50-Jährigen. Dem stehen 1,8 % der bis 60-Jährigen und 2 % der über 60-Jährigen gegenüber. Berichtsbögen Q des BV Rostock für das Jahr 1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33783.

²⁰⁹⁷ Ergänzung zur Lageeinschätzung bei den befreundeten Parteien, 1984 (ohne Datum), MfS HA XX, Nr. 6632, S. 21.

²⁰⁹⁸ Vgl. Informationsbericht 34/89 vom 29.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/2909, S. 3.

²⁰⁹⁹ Protokoll der 7. Tagung des Parteivorstands am 30.6.1989, SAPMO BArch, DY 60/332, S. 7.

²¹⁰⁰ Information zur politisch-ideologischen Situation in der DBD vom 22.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/2903, S. 3, ebenso: Einschätzung über politische und politisch-beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien auf Weisung von G. Mittag vom 29.9.1989, MfS HA XX, AKG 5120, S. 3.

²¹⁰¹ Vgl. Informationsbericht vom 15.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181.

gebracht hat“ wurde Ende Februar ebenso als Austrittsgrund angegeben, wie der Umstand, dass „nun alle bedingungslos kapitulieren“.²¹⁰² Die größte Masse der Ausgetretenen stellten jedoch die 40- bis 50-jährigen Männer, die die Welt „nicht mehr verstehen“.²¹⁰³ Der Anteil der über 60-Jährigen in der DBD stieg zwischen Ende 1989 und Juni 1990 dagegen um 8,5 % auf 25 % an.²¹⁰⁴ Möglicherweise ist dies ein Hinweis darauf, dass die vor dem Jahr 1930 in der Weimarer Republik geborenen Mitglieder eine positive Einstellung zu dem bevorstehenden Beitritt zur CDU und der Vereinigung hatten. Auch die DBD selbst kam zu der Einschätzung, dass die älteren Mitglieder eher konservativ orientiert wären.²¹⁰⁵

In der DBD waren die jüngeren Mitglieder deutlich reformorientierter als die Älteren und bereits vor der Wahl Junghanns' zum stellvertretenden Parteivorsitzenden aus der DBD ausgetreten. Die größte Gruppe unter den Ausgetretenen machte die mittlere Altersgruppe (41–50 Jahre) aus. Diejenigen jedoch, die aufgrund ihres Geburtsjahres noch einen Bezug zu einem vereinten Deutschland hatten, blieben zumindest bis zum Sommer 1990 häufiger Parteimitglied. Statistische Angaben darüber, welche Alterskohorten auch den Beitritt zur CDU-West mitvollzogen haben, liegen leider nicht vor.

Ach bei der **CDU(D)** schwelte schon vor dem Herbst 1989 ein Generationenkonflikt. Ähnlich wie bei der DBD waren es auch hier die Jüngeren, die in den Augen der Parteileitung einer intensiveren ideologischen Arbeit bedurften, da sie vermehrt Fragen zu den Reisemöglichkeiten, dem Umweltschutz und zur Grenzsicherung stellten.²¹⁰⁶ Gleichzeitig seien sie politisch desinteressiert und verantwortungsscheu, was teilweise zu erheblichen Problemen bei der Mandatsbesetzung führe. Die älteren Mitglieder dagegen sähen ihre Pflicht als erfüllt an und zögen sich aus dem aktiven Parteileben zurück.²¹⁰⁷ Doch nicht überall wurde den jungen Unionsmitgliedern ein so schlechtes Zeugnis ausgestellt. So wurde deren kritisches Hinterfragen zumindest von einigen Funktionären begrüßt, wie der Kreisverband Grimmen zeigt: Hier wollte man bereits

²¹⁰² Informationsbericht 13/90 vom 28.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

²¹⁰³ Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei vom 8.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

²¹⁰⁴ Vgl. Information zur Mitgliederstruktur, Stand 30.6.1990 vom 20.8.1990, SAPMO BArch, DY 60/3774.

²¹⁰⁵ Vgl. Information und Meinungen über die Perspektive der DBD vom 22.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

²¹⁰⁶ Vgl. Information an den HV aus dem KV Bad Doberan vom 9.3.1988, ACDP 07-011-4389, S. 3.

²¹⁰⁷ Vgl. Informationsbericht vom 5.11.1988, ACDP 03-043-033/5.

deutlich vor der Kommunalwahl im Mai 1989 mehr Mandate mit jüngeren Mitgliedern besetzen.²¹⁰⁸ Im besonders linientreuen Kreisverband Stralsund artikulierte die Parteijugend öffentlichen Widerspruch gegen den Kreisvorstand und verweigerte wie auch in Bad Doberan und Wolgast die aktive Mitarbeit am Parteileben.²¹⁰⁹ Im Laufe des Frühjahrs 1989 verschärften sich die Konflikte zwischen Jung und Alt²¹¹⁰ soweit, dass auch hier die jüngeren Mitglieder im Herbst „*oppositionell schärfere Grundzüge*“ vertraten. Damit diese nicht „*das Sagen*“ bekommen, müsse Götting schnell reagieren und ihnen den Wind aus den Segeln nehmen, schätzte das MfS ein.²¹¹¹ Überdurchschnittlich häufig sind die Mitglieder unter 25 Jahren noch im Jahr 1989 ausgetreten. Wie bei der DBD kamen die meisten Austritte jedoch von den Mitgliedern zwischen 40 und 50 Jahren.²¹¹²

Die jungen Nationaldemokraten wurden in ihrer Partei als eigene Akteursgruppe wahrgenommen, obwohl die **NDPD** die Partei mit dem höchsten Durchschnittsalter war²¹¹³ und spezifische Jugendpolitik nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Eine Ausnahme stellt das Engagement von Bernd Kitschun, Rostocker Mitglied des NDPD-Hauptausschusses und des FDJ-Zentralrates, für die Parteijugend dar.²¹¹⁴ Inhaltliche Schwerpunkte sah die Parteileitung in der mangelnden politisch-ideologischen Festigkeit der Jugendlichen. So würde es ihnen

²¹⁰⁸ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Grimmen vom 19.9.1988, ACDP 03-043-045/1.

²¹⁰⁹ Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1684, Bl. 2.

²¹¹⁰ Vgl. Rückflussinformationen zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien vom 17.4.1989, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 130, S. 18.

²¹¹¹ MfS-Bericht vom 24.10.1989, HA XX, 18776, Bl. 23.

²¹¹² Vgl. Analyse des statistischen Berichts des BV Rostock der CDU für das Jahr 1990 vom 29.1.1990, ACDP 07-011-5921. Eine statistische Analyse für das Jahr 1990 lag leider nicht vor.

²¹¹³ Der Anteil der Mitglieder unter 25 Jahren lag im Bezirk Rostock bei 5,7 % und war damit der drittniedrigste aller Bezirke. Vorlage für die 13. Sitzung des Sekretariats des Parteivorstands vom 25.5.1989, SAPMO BArch, DY 16/4978, S. 14.

²¹¹⁴ Häufiger fanden bei ihm Treffen der Parteijugend statt. Z. B. Protokoll vom Treffen junger Parteifreunde im Hause Kitschun am 26./27.3.1988, SAPMO BArch, DY 16/588.

schwer fallen, die „*raffinierte Demagogie des Gegners*“ zu durchschauen.²¹¹⁵ Abweichende Meinungen kämen hier häufiger vor. Ab Sommer 1989 wurde das Jugend-Thema dringender: Sowohl das Unmutspotential der jüngeren Mitglieder als auch die geringe Akzeptanz jüngerer Wähler wurden häufiger diskutiert.²¹¹⁶ Nicht nur das MfS,²¹¹⁷ auch Kitschun und andere schätzten im Herbst 1989 ein, dass in der Gewinnung der Jugend und der Gründung einer Jugendorganisation ein Schlüssel zum Bestehen der Partei liegen würde.²¹¹⁸ Beide Seiten bescheinigen dem Parteivorsitzenden Hartmann in dieser Frage jedoch eine stark abweisende Haltung: Er habe schon genug Probleme.²¹¹⁹

Die verbliebenen jüngeren Mitglieder waren auch zu Beginn des Jahres 1990 diejenigen, deren Meinung stärker von der des Vorstands abwich. Zwar war die NDPD den übrigen Parteien mit ihrer Konföderations-Idee Mitte November 1989 einen Schritt voraus, doch dies reichte der Parteijugend zwei Monate später nicht mehr: Die älteren Mitglieder wären weiterhin für die Konföderation als Vorbereitung der Einheit, die jüngeren dagegen für eine schnelle Vereinigung, fasst der Informationsbericht die Stimmungslage Mitte Januar 1990 zusammen.²¹²⁰ Genaue Angaben über soziologische Parameter der ausgetretenen Mitglieder enthalten die Archivalien nicht, weil zum Jahresende 1989 kein statistischer Jahresbericht angefertigt wurde.²¹²¹ Die angekündigte Erhebung zum 30.6.1990²¹²² fand nicht mehr statt, da die NDPD zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr als eigenständige Partei existierte.

²¹¹⁵ Abschlussbericht des Halbjahreslehrgangs vom 3.1.–30.6.1989, SAPMO BArch, DY 16/477, S. 20.

²¹¹⁶ Vgl. Vorlage für die 13. Sitzung des Sekretariats des Parteivorstands vom 25.5.1989, SAPMO BArch, DY 16/4978, S. 14.

²¹¹⁷ Vgl. Information zur aktuellen Situation innerhalb des HA der NDPD vom Oktober 1989, MfS HA XX, Nr. 7626, S. 54.

²¹¹⁸ Unter anderem schlug Kitschun die Etablierung eines eigenen Sekretärs für Jugendfragen vor, der selbst nicht älter als 40 Jahre sein sollte. Brief Kitschun an Hartmann vom 10.11.1989, SAPMO BArch, DY 16/2757, S. 2.

²¹¹⁹ Vgl. Information zur aktuellen Situation innerhalb des HA der NDPD vom Oktober 1989, MfS HA XX, Nr. 7626, S. 54.

²¹²⁰ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 89 vom 15.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 8–9.

²¹²¹ Vgl. Mitteilung des Sekretärs für Parteiororganisation und Personalpolitik vom 13.12.1989, SAPMO BArch, DY 16/3823.

²¹²² Vgl. ebd.

4.8.2. Frauen: in der CDU(D) nicht nur Ausdruck der Erneuerung

Die stark überwiegende Verwendung des generischen Maskulinums erschwerte die Identifizierung von Frauen auf Kreisfunktionärsposten. Neben den Bezeichnungen „Parteifreundin“ (LDP(D) und NDPD), „Unionsfreundin“ (CDU(D)) und vereinzelt „Kollegin“ (DBD) für funktionslose Mitglieder, abgekürzt als Prfdn. bzw. als Ufrdn., tauchen geschlechtsspezifische Bezeichnungen für Funktionäre selten in den Akten auf.²¹²³ Eine hinreichende Orientierung konnten daher nur die Vornamen geben. Da sich aber auch im Ausschlussverfahren nicht alle Kreisfunktionäre eindeutig zuordnen ließen, erheben die folgenden Ausführungen weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Ausschließlichkeit, sondern sind lediglich als Tendenzen zu verstehen.²¹²⁴

Statistisch gesehen hatte die **CDU(D)** der DDR mit einem Frauenanteil von 53 % mit Abstand die meisten weiblichen Mitglieder. In allen Kreisen außer in Rostock-Stadt überwogen die „Unionsfreundinnen“.²¹²⁵ Auf der Funktionärebene waren Frauen dennoch unterrepräsentiert: Vor dem Herbst 1989 lassen sich nur drei Frauen in Führungspositionen nachweisen: in Greifswald, Grimmen und Rostock-Stadt. Diese Funktionärinnen haben sich nicht nur für die vermehrte Mandatsbesetzung mit Frauen eingesetzt,²¹²⁶ sondern insbesondere die Rostocker Kreisvorsitzende hat die CDU(D) im Bezirk durch ihr engagiertes und couragiertes Verhalten vor und während der Wende geprägt.²¹²⁷ Gleiches gilt auch für die Vorsitzende der Ortsgruppe Neuenhagen im Bezirk Frankfurt/Oder, die mit ihrem *Brief aus Neuenhagen* im Jahr 1988 ein frühes Zeugnis des reformsozialistischen Flügels der CDU(D) ablegte. Mit Martina Huhn und Christine Lieberknecht waren auch zwei der vier Initiatoren des *Briefes aus Weimar* weiblich. Im September 1989 übernahmen Frauen in Grevesmühlen und Ribnitz-Damgarten Ämter von männlichen Kollegen. Ebenso wie die Forderung des Bezirksvorstandes nach mehr weiblichem Führungspersonal im Januar 1990²¹²⁸ ist dies als Hinweis auf eine weiter-

²¹²³ Bei der DBD dominierte die Anrede „Kollege“ bzw. „Kollegin“, die die vordergründig berufsständische Verbindung der Parteimitglieder verdeutlicht.

²¹²⁴ Von den etwa 100 Kreisvorsitzenden und –sekretären konnten 24 nicht eindeutig als Mann oder Frau identifiziert werden.

²¹²⁵ In Grevesmühlen war die Verteilung pari-pari. Statistischer Bericht für das Jahr 1989 vom 12.1.1990, ACDP Zentralbestand Ost-CDU, 07-011-5921, S. 11.

²¹²⁶ Vgl. Protokoll der Kreissekretariatssitzung Grimmen vom 19.9.1988, ACDP 03-043-045/1.

²¹²⁷ Siehe dazu Kapitel 4.4. *Kreisverbände*.

²¹²⁸ Vgl. Protokoll 1/90 der erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 18.1.1990, ACDP 07-011-3854.

führende Modernisierung im Rahmen der personellen Erneuerung in Wendeherbst 1989 zu verstehen.

Anders als die Frauen für die CDU(D) war die Parteijugend der Modernitätsgarant der **LDP(D)**. Frauen machten hier einen Anteil von 37,5 % der Mitgliedschaft aus.²¹²⁹ In den Berichten der Liberaldemokraten spielte die Geschlechtszugehörigkeit jedoch keine Rolle. Auch in den Statistiken wurde sehr selten nach Geschlechtern unterschieden. Was als Zeugnis von Liberalität missverstanden werden könnte, wird durch einen bemerkenswerten Umstand in das richtige Licht gerückt: Im gesamten Bezirksverband gab es scheinbar keine Kreisfunktionärinnen. Damit bildet die LDP(D) eine Ausnahme im Rostocker Bezirksverband. Auch in DBD und NDPD hatten mehrere weibliche Mitglieder Kreisfunktionärsposten inne. Offenbar war es nicht die Betonung der Geschlechtszugehörigkeit, die bei der LDP(D) unüblich war. Stattdessen scheinen die liberaldemokratischen Frauen ihre Partei weniger geprägt zu haben, als es bei den anderen Parteien der Fall war.

Bei den Nationaldemokraten zeichnet sich das gegenteilige Bild ab. Obwohl die **NDPD** mit 37,7 % nahezu den gleichen Anteil weiblicher Mitglieder hatte,²¹³⁰ waren diese in Führungspositionen adäquater repräsentiert. Mit über 43 % hatte Grevesmühlen die meisten weiblichen Mitglieder²¹³¹ und auch eine Kreisfunktionärin. Eine weitere Kreisfunktionärin war in Greifswald tätig. Ebenso auffällig wie bei der CDU(D) sind die Personalwechsel im Herbst 1989: Auch bei den Nationaldemokraten übernahmen zwei Frauen im Jahr 1989 Führungspositionen von männlichen Amtsinhabern in Grevesmühlen und Bad Doberan.²¹³² Auf den höheren Parteiebenen und in der zentralen Parteiführung der NDPD bekleideten Frauen ebenfalls Führungspositionen: So war die Vorsitzende des Bezirksverbandes Schwerin ab Sommer 1989 auch Mitglied des Hauptausschusses. Auch für die Nachfolge Homanns war mit Waltraut Rössel eine Frau im Gespräch und Favoritin der SED. Auf Grund ihres hohen Alters lehnte die Partei sie jedoch ab und wählte stattdessen

²¹²⁹ Im Jahr 1989 schwankte der Wert zwischen 37,29 % und 37,45 %. Berichtsbögen Q für das Jahr 1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, 33783.

²¹³⁰ Von den 6.719 Mitgliedern waren 2.535 Frauen. Statistischer Jahresbericht Mitgliederentwicklung vom 31.12. 1988 des BV Rostock, SAPMO BArch, DY 16/1934, S. 2.

²¹³¹ Vgl. ebd.

²¹³² Dies legen die Unterschriften unten den Archivalien der KV nahe. Eine direkte Anweisung bzw. Erläuterung des Vorgangs wurde nicht gefunden.

Hartmann zum neuen Vorsitzenden.²¹³³ Wie auch bei der CDU(D) sind die Personalwechsel im Herbst 1989 als Versuch der Modernisierung der NDPD zu verstehen.

Mit 38,4 % hatte der Bezirksverband der **DBD** im September 1989 einen leicht höheren Frauenanteil als LDP(D) und NDPD.²¹³⁴ Damit lag Rostock knapp vier Prozentpunkte über dem Parteidurchschnitt. Im Gegensatz zur NDPD bekleideten Frauen hier jedoch seltener Funktionsposten. So ist nur eine Kreisfunktionärin in Stralsund als weiblich auszumachen. Dies ist möglicherweise weniger Zufall als Ausdruck einer generellen männlichen Dominanz in der Landwirtschaft: Im Rahmen struktureller Veränderungen im Oktober 1989 bat auch der Kreisverband Rostock dezidiert um die Anstellung eines zweiten „*männlichen*“ Kreissekretärs.²¹³⁵ Für die personelle Erneuerung der DBD sah die Parteileitung die „*Entwicklung von Frauen für Leitungsfunktionen*“ jedoch bereits einen Monat später als unerlässlich an.²¹³⁶ Tatsächlich wurde die DBD am Ende des Jahres 1989 weiblicher. Durch geringere Austrittsquoten stieg der Gesamtfrauenanteil in der Bauernpartei leicht von 34,8 % auf 35,5 % an.²¹³⁷

Eine der Frauen, die die DBD in ihrem letzten Jahr maßgeblich geprägt haben, war Dorothea von Saucken. Die ursprünglich im Kreisverband Bad Doberan ansässige Rostockerin war Mitglied im DBD-Parteivorstand, bevor sie gemeinsam mit mehreren prominenten DBDlern im Norden der Republik SPD-Mitglied wurde. Ihr politischer Werdegang steht damit stellvertretend für die politische Grundhaltung vieler DBDler.

Insgesamt ist der nachweisbare Einfluss von Frauen auf die Politik der Blockparteien und ihre Präsenz in Führungspositionen wesentlich geringer als deren statistischer Anteil an der Mitgliedschaft. Vermutlich ist dies kein Rostocker Spezifikum, sondern Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens der DDR-Frauenpolitik: Dass Frauen in der

²¹³³ Vgl. Bericht zu einem Gespräch mit einer zuverlässigen Quelle aus dem Zentralen Vertragsgericht vom 24.10.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 18776.

²¹³⁴ Ende September 1989 waren 3.934 der 10.234 DBD-Mitglieder weiblich. Quartalsbericht über die Mitgliederbewegung im BV Rostock vom 30.9.1989, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²¹³⁵ Schreiben des KV Rostock an Maleuda vom 16.10.1989, SAPMO BArch, DY 60/3779.

²¹³⁶ Vorschläge und Hinweise auf der 9. Tagung des PV am 14.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/3201, S. 10.

²¹³⁷ Vgl. Mitgliederbewegung im Jahr 1989 vom 27.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3773, Anlage S. 8.

Funktionärsebene politischer Gremien vor dem Herbst 1989 nicht entsprechend ihres statistischen Anteils vertreten waren, bestätigt auch Schwartz. So ist auch in der SED keines der 33,7 % weiblichen Mitglieder über den Kandidatenstatus im Politbüro hinausgekommen. Für die politische Partizipation insgesamt stellt er dennoch fest, sie sei „im politischen System der DDR weit besser als in der Bundesrepublik“ gewesen, „bezeichnenderweise jedoch gerade in den faktisch machtlosen DDR-Gremien am höchsten“.²¹³⁸ Dieses Missverhältnis glich sich erst im Zuge der personellen Erneuerung im Herbst/Winter 1989/90 etwas aus.

4.8.3. „Intelligenz“: besonders prägend in LDP(D)

Sowohl in CDU(D) und LDP(D) als auch in der NDPD nahm das MfS die „Intelligenz“²¹³⁹ als einen meinungsbildenden, besonders kritischen Faktor wahr. Auch in den SED-Grundeinheiten wurde die Tendenz beobachtet, dass diejenigen mit „*hohem Intelligenzanteil*“ die reformorientiertesten Positionen vertraten.²¹⁴⁰ Seitens des SED-Bezirkssekretärs Timm wurde in Bezug auf die Blockparteien bereits Ende 1988 bemerkt, dass sich in den Kreisen Unmut anbahnt und insbesondere „*dort, wo die Intelligenz dominiert, Nörgeleien und unzeitgemäße Kritik*“ die Versammlungen dominieren.²¹⁴¹ Alle im Herbst des Jahres 1989 laufenden Operativen Personenkontrollen wurden gegen Angehörige dieser sozialen Gruppe durchgeführt.²¹⁴²

²¹³⁸ Schwartz, Emanzipation, S. 64f.

²¹³⁹ Zu dieser Gruppe wurden Fach- und Hochschullehrer, Pädagogen, Studenten, leitende Mitarbeiter in städtischer Verwaltung, Partei oder Organisationen, in Industrie, Bauwesen, Verkehr, in Landwirtschaft, Forst- und Nahrungsmittelwirtschaft gezählt. Ebenso Ärzte und Apotheker, Pfarrer und Theologen, Künstler und Juristen. Statistischer Bericht der CDU(D) für das Jahr 1989 vom 12.1.1990, ACDP 07-011-5921, S. 2.

²¹⁴⁰ Vgl. ZK-Information „Zur aktuellen politischen Lage in der DDR“ vom 30. Oktober 1989, abgedruckt in: Stephan, G.-R./Küchenmeister, D. (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 186–192, hier S. 189.

²¹⁴¹ Informationsbericht des BV vom 22.11.1988 an Götting, ACDP 07-011-3420, S. 4.

²¹⁴² Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage und wesentlicher Entwicklungstendenzen in den befreundeten Parteien sowie der Ergebnisse politisch-operativen Wirksamwerdens seit der Analyse der Abteilung XX vom 29.3.1989 vom 16.9.1989, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, S. 87.

Eine besondere Bedeutung kam der „Intelligenz“ in der **LDP(D)** zu, die im Bezirk Rostock rund 21 % der Gesamtmitgliedschaft ausmachte.²¹⁴³ Noch stärker als die jungen Parteimitglieder beeinflussten die Angehörigen der „Intelligenz“ die Meinungsbildung in der LDP(D), prägten die Lesart nationaler und internationaler Ereignisse und lenkten die Diskussionen.²¹⁴⁴ In vielen Informationsberichten wurde der Einfluss der „Intelligenz“ explizit herausgestellt. Neben dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Dr. Frank Richter hatten viele der LDP(D)-Kreisfunktionäre zudem den akademischen Grad eines Doktors erworben, sodass auch unter ihnen der Anteil der Akademiker und Promovierten hoch war.²¹⁴⁵

Auffällig ist, dass insbesondere die kritischen und reflektierten Meinungen und Fragen aus den Reihen der LDP(D)-„Intelligenz“ stammen. Die Angehörigen dieser Gruppe

- erkannten frühzeitig die ablehnende Haltung Honeckers gegenüber den Reformen Gorbatschows,²¹⁴⁶
- forderten regelmäßig weiterführende²¹⁴⁷ und differenzierte²¹⁴⁸ Informationen ein,
- plädierten für die Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den reformsozialistischen Außenminister der UdSSR Schewardnadse als

²¹⁴³ Vgl. Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des ZV am 4.7.1989, Anlage 1: Ausgewählte statistische Angaben zur Entwicklung der LDP(D) seit dem 14. Parteitag, ADL, Abteilung Parteivorstände, L8-1650.

²¹⁴⁴ In den Informationsberichten wurde regelmäßig auf den Einfluss dieser Gruppe hingewiesen. So auch z. B. im Informationsbericht Oktober 1988 (ohne Datum), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845. Der prägende Einfluss der „Intelligenz“ auf die Bewertung außenpolitischer Ereignisse wird in dem Informationsbericht für Mai vom 8.6.1988 (ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845) besonders deutlich, hier am Beispiel Ungarns.

²¹⁴⁵ Besonders auffällig ist dies in Rostock-Land: Hier waren sowohl der Kreisvorsitzende als auch die Kreissekretäre promoviert.

²¹⁴⁶ Vgl. Informationsbericht für Februar vom 10.3.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845 und Informationsbericht des BV an den ZV Juni/Juli 1988 vom 12.7.1988, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1005.

²¹⁴⁷ Vgl. z. B. Informationsbericht für November vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

²¹⁴⁸ So kritisierte die „Intelligenz“ als „unmöglich“, dass sich die „Nachrichtenbeiträge auf dem 1. und 2. Programm nicht unterscheiden“. Informationsbericht KV Ribnitz-Damgarten für Januar vom 2.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

Würdigung seiner Verdienste „um die sozialistische Staatengemeinschaft“ statt an das rumänische Staatsoberhaupt Ceausescu,²¹⁴⁹

- wiesen auf unüberbrückbare Widersprüche zwischen sozialistischer Theorie und realer Praxis hin,²¹⁵⁰
- erklärten, dass es größere Anstrengungen der SED bedürfe, dem erhobenen Führungsanspruch gerecht zu werden,²¹⁵¹
- forderten eine größere Eigenständigkeit der LDP(D)²¹⁵² und
- kritisierten sowohl das Vorgehen der chinesischen Volksarmee auf dem Platz des Himmlichen Friedens als auch die Unterzeichnung der Volkskammer-Erklärung durch die LDP(D)-Fraktion.²¹⁵³

Dem MfS war der maßgebliche Einfluss der „Intelligenz“ auf die restliche LDP(D)-Mitgliedschaft nicht entgangen. Die Tendenz, die Parteien zu Kontrapunkten gegen die SED zu entwickeln, beobachtete die Behörde hier besonders stark.²¹⁵⁴ Unter den LDP(D)-Funktionären auf Kreis- und Bezirksebene erkannte das MfS sogar die Überzeugung, dass die Führung durch das Proletariat gescheitert wäre und nun die „Intelligenz“ an der Reihe sei, die Probleme der DDR zu lösen.²¹⁵⁵

2149 Informationsbericht des KV Rostock-Land für Januar vom 3.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

2150 Vgl. Informationsbericht des BV an den ZV Juli/August vom 12.8.1988, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1005.

2151 Vgl. Informationsbericht des BV an den ZV August/September vom 13.9.1988, ADL, Bestand Sekretariat des ZV, L8-1005, S. 3.

2152 Vgl. Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten für Oktober vom 4.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

2153 Vgl. Informationsbericht des KV Rostock-Stadt für Juni vom 5.7.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788, S. 2.

2154 Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 10, Bl. 146.

2155 Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 29.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr.1684, Bl. 7.

In den Wendemonaten blieb der vorwärtsweisende Einfluss der „Intelligenz“ erhalten.²¹⁵⁶ Neben der Forderung einer generellen Trennung von Partei- und Staatsämtern²¹⁵⁷ erklärten die Angehörigen der LDP(D)-„Intelligenz“ im Oktober eine generelle Absage an das politische Modell des DDR-Sozialismus: Demokratie sei unter einer absoluten Herrschaft nicht möglich, sondern nur in bürgerlichen Systemen.²¹⁵⁸

Dass die LDP(D) ihre Reformorientierung nicht nur Gerlach, sondern in besonderem Maße auch der „Intelligenz“ in den eigenen Reihen zu verdanken hatte, war wohl eine Erkenntnis, die den Charakter des BFD mitprägte. Im „Zielimage“ des Zusammenschlusses wurde diese Gruppe ausdrücklich als eine Zielgruppe genannt.²¹⁵⁹

In den drei anderen Parteien war der Einfluss der „Intelligenz“ scheinbar geringer ausgeprägt, wenngleich das MfS ihn auch in CDU(D) und NDPD als Ursache für unliebsame Ansichten erkannte.²¹⁶⁰ Abgesehen von dieser Einschätzung trat der mit 9,1 % wesentlich geringere Anteil der „Intelligenzler“ der **CDU(D)** in den Quellen nicht als eigenständiger Faktor auf.²¹⁶¹ Bei der **NDPD** ist die Distanzierung von den ideologischen Vorgaben des Parteivorstandes bei den 17,7 % der Mitgliedschaft, die der „Intelligenz“ zugeordnet wurden,²¹⁶² bereits im Jahr 1988 aufge-

²¹⁵⁶ Vgl. z. B. Protokoll der erweiterten Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 7.11.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797.

²¹⁵⁷ Vgl. Informationsbericht des BV an den ZV für Mai vom 7.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33880.

²¹⁵⁸ Vgl. Brief des Bad Doberaner Kreisvorsitzenden an Gerlach vom 16.10.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775, S. 3.

²¹⁵⁹ Vgl. Zielimage des BFD zur Wahl am 18.3.1990 vom 14.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33757.

²¹⁶⁰ Vgl. Einschätzung zu aktuellen Aspekten der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDP(D), unter gesonderter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 27.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 10, Bl. 146.

²¹⁶¹ Ob dieser geringe Prozentsatz mit einem erschwerten Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen für Christen zu begründen ist, wäre eine gesonderte Untersuchung wert. Eigene Berechnung anhand der Zahlen aus: Statistischer Jahresbericht BV Rostock für das Jahr 1989 vom 12.1.1990, ACDP 07-011-5921, S. 2.

²¹⁶² Eigene Berechnung anhand der Zahlen aus: Statistischer Jahresbericht Mitgliederbewegung im BV Rostock vom 31.12.1988, SAPMO BArch, DY 16/1934, S. 2.

fallen.²¹⁶³ Sowohl bei der NDPD als auch bei der LDP(D) war es die „Intelligenz“, die sich bereits im Herbst 1989 für einen Zusammenschluss beider Parteien einsetzte und ein gemeinsames Papier dazu verfasste.²¹⁶⁴ Abgesehen von diesem Sonderfall ist in den Akten jedoch kein weiterer konkreter Einfluss auszumachen.

Obwohl die **Bauernpartei** im Sommer 1989 über einem hohen Anteil von 25 % an Absolventen einer (Fach-) Hochschule verfügte und somit ein großes Potential an landwirtschaftlicher Kompetenz in ihren Reihen versammelte,²¹⁶⁵ traten Angehörige der „Intelligenz“ hier weniger als meinungsbildende Akteursgruppe in Erscheinung. Erwähnenswert ist jedoch der anhaltende Austritt vieler „Intelligenzler“ ab dem Jahreswechsel 1989/90,²¹⁶⁶ der deren Anteil bis zum Februar 1990 auf 17,7 % sinken ließ.²¹⁶⁷ Betrachtet man allein die Träger eines akademischen Grades, lässt sich dieser Trend ebenso erkennen. Seit dem Jahr 1980 betrug der Anteil der Doktoren und Professoren an der DBD-Mitgliedschaft etwa 3,5 %.²¹⁶⁸ Im August 1990 war er auf 2 % in der Gesamtpartei und auf 1,9 % im Landesverband Mecklenburg gesunken.²¹⁶⁹ Besonders hoch war der Anteil der (Fach-) Hochschulkader auch im Februar 1990 noch in den Kreisverbänden Rostock (30 %), Bad Doberan (21,6 %) und Wismar (19,2 %).²¹⁷⁰ Ein zu verallgemeinernder Zusammenhang zwischen dem Anteil der „Intelligenz“ und der Reformorientierung der Mitgliedschaft lässt sich bei der DBD nicht erkennen.

Bei der **LDP(D)** und auf der **CDU(D)-Kreisebene** sieht es jedoch anders aus. Scheinbar gibt es hier einen Zusammenhang zwischen Reformorien-

²¹⁶³ Vgl. Bericht über die Tätigkeit der Parteikontrollkommission im Jahr 1988 vom 7.2.1989, SAPMO BArch, DY 16/445, S. 10.

²¹⁶⁴ Vgl. Vorschlag von Intelligenzlern aus NDPD und LDP(D) zum Parteienzusammenschluss vom 30.11.1989, SAPMO BArch, DY 60/2757.

²¹⁶⁵ Vgl. Matthiesen, Greifswald in Vorpommern, S. 593.

²¹⁶⁶ Vgl. Informationsbericht des Bezirkssekretariats Rostock vom 22.12.1989, SAPMO BArch, DY 60/3181, S. 2 oder Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei vom 8.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904.

²¹⁶⁷ Vgl. Statistischer Jahresbericht 1990 Stand Februar 1990, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²¹⁶⁸ Handschriftliche Notiz zum Anteil der Doktoren und Professoren an der DBD-Mitgliedschaft in 5-Jahres-Schritten, SAPMO BArch, DY 60/3779.

²¹⁶⁹ Vgl. Informationen zur Mitgliederstruktur vom 20.8.1990, SAPMO BArch, DY 60/3774.

²¹⁷⁰ Vgl. Statistischer Jahresbericht 1990 Stand Februar 1990, SAPMO BArch, DY 60/3813.

tierung²¹⁷¹ und „Intelligenz“. Indizien dafür liefern die CDU(D)-Kreisverbände Greifswald, Wismar und Rostock-Stadt: Die Mitglieder dieser auffälligeren Kreisverbände der Christdemokraten haben mit 15,5 %, 16 % und 20,6 % jeweils überdurchschnittlich große Anteile der „Intelligenz“ in ihren Reihen. Andersherum meldet der relativ konforme LDP(D)-Kreisverband Stralsund als einziger seiner Partei, dass es für ihn schwierig sei, Angehörige der „Intelligenz“ für eine Mitgliedschaft zu gewinnen.²¹⁷²

Insgesamt ist festzustellen, dass die LDP(D) in besonders hohem Maße von dem Einfluss der „Intelligenz“ geprägt wurde, die mit fast 24 % auch numerisch mit Abstand am stärksten bei den Liberaldemokraten vertreten war. Gemeinsam mit der Parteijugend waren es die Angehörigen dieser Gruppe, die die LDP(D) zu der am deutlichsten reformorientierten Partei gemacht haben.

²¹⁷¹ Zugrunde gelegt wird hier die Bewertung der KV im Kapitel 4.4. *Kreisverbände*.

²¹⁷² Vgl. Informationsbericht des KV Stralsund für den Monat März vom 11.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

5. Vorbereitungen für die deutsche Vereinigung

Nach der parteiinternen Entwicklung und Programmdiskussion zu Beginn des Jahres 1990 wird nun die Entwicklung der im Frühjahr gegründeten Landesverbände und die Positionierung zu den deutsch-deutschen Fragestellungen aufgezeigt. Das dafür relevante Quellenmaterial ist sehr unterschiedlich dicht überliefert, da die Kreisverbände zwischen März und September 1990 zum Teil nur noch stark eingeschränkt oder gar nicht mehr arbeitsfähig waren. Flächendeckende Aussagen für alle Kreisverbände der vier Bezirksverbände sind daher ab März 1990 kaum mehr möglich. Daher können sowohl das Wahlkampfverhalten als auch die verschiedenen Positionen zur deutsch-deutschen Vereinigung und den Parteifusionen im Herbst 1990 nur grob skizziert werden.

5.1. Reinigende Umstrukturierungen & sterbende Artefakte

Bereits ab Dezember 1989 wurde bei allen Parteien über die Wiedereinführung der Länderstruktur und damit zusammenhängend auch der Neuformierung von Landesverbänden diskutiert. Die Zerschlagung der zentralistischen SED-Strukturen und -Verwaltungseinheiten in Angleichung an das föderale bundesdeutsche System wurde jedoch als unterschiedlich wünschenswert betrachtet: Obwohl die Ländereinführung zumeist begrüßt wurde, traf sie auch im Bezirk Rostock, der mit Schwerin und Neubrandenburg wieder zum Land Mecklenburg zusammengeschlossen werden sollte, auf diverse regionale Befindlichkeiten. Für die Schaffung eines unabhängigen Verwaltungsbezirks Vorpommern engagierte sich ein öffentlichkeitswirksames Bündnis, das auch mit einer eigenen Partei bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 antrat. Trotz der Unterstützung durch die Greifswalder Landeskirche,²¹⁷³ der CDU(D)-Greifswald²¹⁷⁴ und von Teilen der NDPD blieb das Vorhaben letztlich erfolglos. Die Fragen nach der neuen Landeshauptstadt, der Schaffung von Landschaftsmittelpunkten und dem Sitz des Landesverwaltungsge-

²¹⁷³ Sollte sich die wirtschaftliche Eigenständigkeit eines eigenständigen Verwaltungsbezirks Vorpommern nach wissenschaftlicher Expertise als unrealistisch erweisen, würde die Greifswalder LK aufgrund der historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten die Angliederung an das Land Brandenburg als ein eigenständiger Regierungsbezirk präferieren. Brief der Landeskirche Greifswald an den BV der CDU(D) vom 18.12.1989, ACDP 07-010-3874.

²¹⁷⁴ Vgl. Antrag an den Landesparteitag der CDU M-V am 25.8.1990: „Die Chancen der CDU in Vorpommern würden sich beim Infragestellen der Landschaften erheblich mindern“. ACDP 07-011-3854.

richs wurden schließlich im Mai 1990 entschieden,²¹⁷⁵ bevor das Ländereinführungsgesetz im Juli von der Volkskammer verabschiedet wurde. In der Landesverfassung²¹⁷⁶ und der Satzung des Landesverbandes der Christdemokraten²¹⁷⁷ wurde dennoch ein Schlupfloch für eine mögliche zukünftige verwaltungsrechtliche Teilung des Landes geschaffen.

Die rasche Neuausrichtung der **CDU(D)** zur christlich-konservativen Volkspartei mit Westausrichtung und ausgeprägten sozialmarktwirtschaftlichen Tendenzen spiegelte sich in einem Austausch der Mitgliedschaft wider, wenngleich sozialistische Ideen vereinzelt noch bis Februar 1990 bestehen blieben.²¹⁷⁸ Bis in den Januar hinein wurde die Arbeit der Regierungskoalition bis auf wenige Ausnahmen²¹⁷⁹ unterstützt, obwohl der Ton gegenüber der SED-PDS deutlich schärfer und das vorzeitige Ende der Koalition auch für den Bezirksvorstand absehbar wurde.²¹⁸⁰ Die Äußerungen des Generalsekretärs Kirchner zum Regierungsaustritt sah man in Rostock allerdings als ebenso verfrüht an, wie der Parteivorsitzende de Maizières es tat: Einen Schritt von derartiger Tragweite könnten

²¹⁷⁵ Als Landschaftsmittelpunkte wurden die Städte Schwerin und Rostock (Mecklenburg), Stralsund (Vorpommern), Prenzlau (Uckermark), Neubrandenburg (Mecklenburg-Strelitz) auserkoren. Greifswald wurde Sitz des LVG, um eine räumliche Machtkonzentration zu vermeiden und die Partikularinteressen zu befriedigen. Protokoll über die Sitzung mit den Geschäftsführern Mecklenburg und Vorpommern vom 10.5.1990, ACDP 07-011-3854.

²¹⁷⁶ Vgl. Stellungnahme des CDU-LV zum Entwurf des geforderten Artikel 12 der Landesverfassung: „Eine Landschaft kann auf dem Weg eines Volksbegehrens sein Ausscheiden aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern, seine Selbständigkeit bzw. Zuordnung zu einem anderen Land beantragen“, ACDP 07-011-3854. Dieser Artikelentwurf wurde nicht in die 1993 endgültig verabschiedete Landesverfassung aufgenommen, aber der Artikel 75 verweist auf die historische, kulturelle und landschaftliche Besonderheit der Landesteile und räumt diesen ein, per Gesetz Landschaftsverbände mit dem Recht auf Selbstverwaltung zu errichten. Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23.5.1993, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern 1993, Nr. 10, S. 372-396, hier § 75, S. 392.

²¹⁷⁷ Vgl. Entwurf der Satzung der CDU, LV MV, abgedruckt in: *Der Demokrat* vom 15.2.1990.

²¹⁷⁸ „Es gilt, einen funktionierenden Sozialismus in einem eigenständigen Land zu entwickeln“ postuliert ein Mitglied des Bezirksvorstandes am 20.12.1989. Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 20.12.1989, ACDP 07-011-3854, S. 3 und Protokoll der Bezirkssekretariatssitzung vom 5.2.1990, ACDP 07-011-3854.

²¹⁷⁹ Die OG Hohen Viecheln im KV Wismar forderte am 26.1.1990 den Austritt aus der Koalition. ACDP 07-011-3854.

²¹⁸⁰ Vgl. Protokoll zur erweiterten Bezirksvorstandssitzung vom 18.1.1990, ACDP 07-011-3854.

nur Sachfragen notwendig machen.²¹⁸¹ Ende Januar trat die CDU(D) aus der Regierungskoalition aus und bereitete damit den Weg für das Engagement der West-CDU.²¹⁸² Die Diskussion über das Verhältnis zur SED-PDS schlug bis zum Frühjahr 1990 zum Teil in klare Feindschaft um und machte damit neben der inhaltlichen Neuausrichtung einen Hauptteil des Profilierungsprozesses der CDU(D) aus. Ab Mitte Januar 1990 sah sich die CDU(D) im Bezirk Rostock als konservative, sozial-ökologische Volkspartei der Mitte. Während der programmatischen Kehrtwende der Partei blieb der Rostocker Bezirksverband immer einen Schritt hinter den Kreisen zurück. Die Anleitungskompetenz über die Kreisverbände hatte er de facto schon im November 1989 verloren.

Anfang des Jahres 1990 waren viele Mitglieder der CDU(D) bei aller Freude über die neugewonnenen Freiheiten auch verunsichert über die weitere Zukunft der DDR und besorgt um ihre berufliche Zukunft und materielle Existenz, aber auch um ihre kulturelle und regionale Identität.²¹⁸³

Im Zuge der parteiinternen und personellen Erneuerung richtete sich die CDU(D) bereits ab Ende 1989 wieder nach der Länderstruktur aus, bevor die Konstituierung des Landesverbandes am 3. März 1990 erfolgte. Der Vorsitzende des neuen Landesverbandes wurde der ehemalige Bad Doberaner Kreisvorsitzende Günther Krause. Auf der Kreisebene gab es sehr große Differenzen hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit und dem weiteren Mitwirkungswillen der Mitglieder. Während einige Kreise wie Wismar ihre gesellschaftspolitische Tätigkeit nahezu einstellten,²¹⁸⁴ bestritten andere den Wahlkampf zu den Volkskammerwahlen am 18.3.1990 erfolgreich als Auftakt für das Superwahljahr 1990.

Bei der **LDP(D)** lagen nur zwei Tage zwischen dem Sonderparteitag vom 9.–10. Februar und der Entstehung des BFD am 12. Februar 1990. Auf die Untersuchung dieses Zeitraumes wird wegen seiner Kürze verzichtet. Stattdessen werden einzelne Aspekte im Rahmen des vorhergehenden und des nachfolgenden Kapitels betrachtet.

²¹⁸¹ Vgl. ebd.

²¹⁸² Vgl. Schroeder, K.: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1945–1990, Köln/Weimar/Wien 2013 S. 443.

²¹⁸³ Vgl. Resolution der Teilnehmer des CDU-Parteitages des KV Grimmen vom 17.2.1990, ACDP 07-011-3854.

²¹⁸⁴ Die Wismarer CDU(D) trat am 13.3.1990 aus der Stadtverordnetenversammlung aus und übergab ihre Mandate an bisher nicht vertretene Organisationen. LDP(D) und NDPD folgten wenige Tage später. Vgl. Abokat, Politischer Umbruch, S. 188–193.

Bei der **NDPD** gestalteten sich Etablierungsprozess und Wahlkampf weniger erfolgreich. Die Erkenntnis, dass man ohne Bündnispartner nicht bestehen können wird, teilte auch der Vorsitzende Rauls. Ebenso wie viele Teile der Basis wählte er die liberalen Parteien LDP(D), FDP-Ost und die Deutsche Forumspartei als potentielle Bündnispartner. Diese lehnten aber vorerst ab. Abgesehen von energischen Werbungsversuchen der rechtsradikalen NPD blieb die NDPD auch ohne nennenswerte Westkontakte.²¹⁸⁵ Man war also auf sich gestellt, was die schwierige parteiinterne Situation nicht erleichterte. Die Grabenkämpfe zwischen einem eher links- und einem eher rechtsorientierten Flügel, die scheinbar von der ehemaligen Parteizeitung NZ und ihren regionalen Ablegern forciert wurden,²¹⁸⁶ erschwerten jeden Versuch einer gemeinsamen Programmatik.

Obwohl der Rostocker Bezirksvorsitzende Pommerenke – wie im November 1989 vereinbart – noch bis zu seinem Renteneintritt im Frühjahr 1990 im Amt blieb, befand sich die gesamte NDPD in einer dramatischen Umbruchsituation: Meldungen über Auflösungserscheinungen in einzelnen Kreisverbänden²¹⁸⁷ sprechen dafür, dass die regulären Kommunikationsstrukturen im Frühjahr 1990 nicht mehr eingehalten werden konnten. Ausnahmen scheinen die weiterhin engagierten Kreisverbände Grimmen und Bad Doberan gewesen zu sein. Trotz der schwierigen Situation meldeten sie, dass die Verbliebenen noch Kampfeswillen für die Gestaltung des Wahlkampfes hätten.²¹⁸⁸ Die Berichte über den Ablauf des Parteitages stabilisierten die NDPD nicht, sondern lösten Unverständnis und Empörung aus.²¹⁸⁹ Die bereits dargestellten Ungereimtheiten in der Organisation des Parteitages veranlassten das Rostocker Bezirkssekretariat Anfang März zur Beantragung eines Kontrollrates, der die Vorbereitung des Parteitages durch die Parteiführung untersuchen

²¹⁸⁵ Die Kontakte zur westdeutschen NPD blieben ergebnislos. Ein Wahlbündnis hätte auch nicht der zwar nationalen, aber demokratischen und antifaschistischen Grundausrichtung der NDPD entsprochen.

²¹⁸⁶ So auch die Interpretation des NDPD-Hauptausschusses: Die Parteizeitungen würden dem Ansehen der Partei durch die Art und Weise der Berichterstattung schaden. Arbeitsprotokoll der 8. Tagung des Hauptausschusses am 17.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/3700, S. 72. Auch die Massenausritte, über die die Zeitungen berichteten, setzten erst als Reaktion auf die Berichterstattung ein. Siehe dazu Kapitel 4.7. *Mitgliederbewegung*.

²¹⁸⁷ Informationen im Hinblick auf die Fortsetzung des 14. Parteitages vom 5.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 3.

²¹⁸⁸ Vgl. z. B. Aktuelle Parteiinformationen des KV Bad Doberan vom 7.2.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/36, Bl. 13.

²¹⁸⁹ Vgl. ebd.

sollte.²¹⁹⁰ Obwohl auch in der NDPD das Eingehen eines Wahlbündnisses als dringend notwendig eingeschätzt wurde und in Rostock rege Kontakte zur LDP(D)-Gliederungen bestanden, spaltete das im März angekündigte Eingehen eines Bündnisses mit dem BFD die Mitgliedschaft und führte zu massiven Austritten derjenigen Mitglieder, die einen nationaleren Kurs verfolgt sehen wollten.²¹⁹¹

Zur Volkskammerwahl trat die NDPD jedoch noch allein an und erreichte mit 0,5 % der Wählerstimmen ein desaströses Ergebnis. DDR-weit lag das Ergebnis bei 0,38 %. Damit hatte nur etwa jedes zweite Mitglied die NDPD gewählt.²¹⁹² Das Engagement der Grimmener NDPD wurde jedoch mit einem vergleichsweise hohen Ergebnis von 0,9 % belohnt.²¹⁹³ Dennoch war die Enttäuschung über das Gesamtergebnis groß. Allein im April sind hier 30 % der Mitglieder ausgetreten, was der Kreisvorsitzende allerdings auch mit der Enttäuschung über den Beitritt zum BFD begründete.²¹⁹⁴

Das Ende der NDPD-Kreisverbände kam schleichend. Es gibt kein Dokument, das von einer letzten Sitzung oder einem Abschied von den Parteifreunden spricht. Daher kann nur die letztdatierte überlieferte Quelle oder Bezugnahme auf Meldungen aus dem Kreis als Indiz für das Ende der Arbeit der Kreisverbände gesehen werden. Diese weichen um sechs Monate voneinander ab: Die letzte überlieferte Quelle aus Rostock-Land stammt aus dem November 1989, die aus Greifswald ist ein Dokument des BFD aus dem Sommer 1990. Aus Rostock-Stadt und Ribnitz-Damgarten ist bereits ab Januar 1990 nichts mehr überliefert. Rügen, Stralsund, Bad Doberan, Grevesmühlen und Wismar meldeten sich noch im ersten Quartal '90 zu Wort. Neben dem Bezirksverband und Greifswald waren scheinbar nur Wolgast und Grimmen noch bis in den Mai 1990 hinein aktiv.

Bei der **DBD** nahm der Sonderparteitag angesichts des Verlustes von „nur“ rund 7.000 Mitgliedern zwischen Oktober 1989 und Januar 1990²¹⁹⁵ einen optimistischen Ausgang. Der Wahlkampf begann im Februar mit

²¹⁹⁰ Vgl. Protokoll über die 67. Sitzung des Bezirkssekretariats am 8.3.1990, SAPMO BArch, DY 16/4464, S. 2.

²¹⁹¹ Vgl. Aktuelle Information Nr. 8 vom 19.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/487, S. 1f.

²¹⁹² Die NDPD hatte im März 1990 noch etwa 84.000 Mitglieder. Die 0,38 % der Wählerstimmen entsprechen 44.435 abgegebenen Stimmen. Siehe Kapitel 5.1. *Umstrukturierung und Auflösung*.

²¹⁹³ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S. 433.

²¹⁹⁴ Vgl. Aktuelle Information Nr. 10 vom 8.5.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272.

²¹⁹⁵ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 70.

der Schulung „*Methoden und Mittel des Wahlkampfes in westlichen Demokratien*“,²¹⁹⁶ der Veröffentlichung des Wahlprogramms,²¹⁹⁷ mehreren Bauerndemonstrationen und Großkundgebungen.²¹⁹⁸ In dem Wahlprogramm fanden sich im Vergleich zum Sonderparteitag weitere Akzentverschiebungen: Die Betonung des Eigentums und Zulassung mehrerer Eigentumsformen, von denen die genossenschaftliche Produktion aber weiterhin die bedeutendste sein sollte, war eine Konsequenz aus dem Bekenntnis der DBD zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Die Forderungen nach einem neuen und nachhaltigen Energiekonzept, der Gleichstellung von Frauen im Beruf, der Achtung und Förderung der sorbischen Sprache und Kultur und dem Bekenntnis zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion waren nicht neu, aber ausgeprägter als noch einen Monat zuvor.²¹⁹⁹

Die Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform war nach wie vor das Hauptanliegen der DBD. Entgegen den Mitgliederforderungen konzentrierte sich die DBD inhaltlich jedoch weiterhin auf Wähler im ländlichen Raum.

Neben optimistischem Einsatzwillen gab es wegen des fehlenden Wahlbündnisses und dem Engagement der „*Auslandshelfer*“ (aus der BRD, Anm. L.G.) für CDU(D) und LDP(D)/BFD auch pessimistische und resignative Stimmen.²²⁰⁰ Zukunftsängste, die politische Außenseiterposition, als Unrecht empfundene Schuldzuweisungen durch Mitbürger²²⁰¹ und die vermeintlich fehlende Chancengleichheit zwischen den Parteien führten Anfang März dazu, dass im Bezirksverband „*einzelne Stimmen von Parteimitgliedern dahingehend*“ aufkamen, dass „*die Aussage gegen eine*

²¹⁹⁶ Diese fand am 17. und 18.2.1990 in Berlin (West) statt. SAPMO BArch, DY 60/3214.

²¹⁹⁷ Vgl. SAPMO BArch, DY 60/3213, S. 2.

²¹⁹⁸ Hauptthema der Bauerndemonstrationen in Rostock und Grevesmühlen (beide am 24.2.1990), Wismar und Grimmen (beide am 3.3.1990) war die soziale Stellung der Bauern nach einer möglichen Vereinigung. Information 12/90 vom 21.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

²¹⁹⁹ Vgl. Wahlprogramm der DBD, abgedruckt im *Bauern-Echo* vom 26.2.1990, S. 3–4.

²²⁰⁰ Information 12/90 vom 21.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 6.

²²⁰¹ Bei „*alten Mitgliedern*“ gab es „*Enttäuschung über die SED und darüber, dass ihre langjährige Arbeit nichts gebracht hat und sie sich jetzt Schuldzuweisungen anhören müssen*“. Diese wird häufig als Austrittsgrund angegeben. Informationsbericht 13/90 vom 28.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

*Koalition mit der PDS falsch war, vor allem aus der Sicht der Kommunalwahl am 6.5.1990“.*²²⁰²

Wie befürchtet, verlief die Volkskammerwahl am 18.3.1990 mit insgesamt nur 2,2 % der Wählerstimmen wenig zufriedenstellend.²²⁰³ Im Bezirk Rostock erreichte die DBD dagegen 4,4 % und lag damit deutlich über dem Durchschnitt. In den ländlichen Regionen im Osten des Bezirks, Greifswald-Land, Stralsund-Land und Grimmen, erreichte die DBD mit über 12 % ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis.²²⁰⁴ Die Ursachen für das insgesamt ernüchternde Ergebnis sahen die Mitglieder in der eigenen Wahlkampfgestaltung und der massiven West-Unterstützung für die Ost-CDU, die „*Züge des Kalten Krieges angenommen*“ habe.²²⁰⁵ Tatsächlich hatte der Runde Tisch am 5. Februar „*jede Einmischung westlicher Parteien zugunsten ostdeutscher abgelehnt*“, woran sich aber CDU(D), Liberale und auch die SPD nicht hielten.²²⁰⁶ Trotz der guten Ergebnisse in den landwirtschaftlich geprägten Kreisen habe auch dort „*der Wunsch nach schneller Vereinigung oft problembewusste Überlegungen verdrängt*.“ Daher habe das CDU(D)-geführte Bündnis *Allianz für Deutschland* einen so hohen Stimmenanteil erreichen können.²²⁰⁷

Als Konsequenz aus der empfundenen Niederlage äußerten vor allem die südlichen Bezirksverbände Zweifel an der generellen Führungsfähigkeit Maleudas und beantragten dessen Rücktritt.²²⁰⁸ Maleuda wollte den Forderungen nachkommen, doch das Präsidium lehnte sein Rücktrittsgesuch ab. Es befürchtete, diese Maßnahme würde viele Parteiaustritte, die Spaltung der Partei oder gar ihre Auflösung nach sich ziehen.²²⁰⁹ Die Enttäuschung unter den Mitgliedern war groß. Bis zum Ende

²²⁰² Informationsbericht 14/90 vom 5.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

²²⁰³ In absoluten Zahlen entspricht dieses Ergebnis 251.000 Wählerstimmen.
^{3.} Tagung des Parteivorstands am 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3205, S. 7.

²²⁰⁴ Angaben entnommen aus: <http://www.wahlen-in-deutschland.de/bovkKreise.html>. Eingesehen am 10.2.2014, 16:00 Uhr.

²²⁰⁵ Information 16/90 vom 21.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904. Ebenso: Referat Maleuda auf der 3. Tagung des Parteivorstands zu den Ergebnissen der Volkskammerwahl und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen vom 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3205, S. 1–2.

²²⁰⁶ Schroeder, *Der SED-Staat*, 2013, S. 443.

²²⁰⁷ Referat Maleuda auf der 3. Tagung des Parteivorstands zu den Ergebnissen der Volkskammerwahl und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen vom 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3205, S. 3–4.

²²⁰⁸ Vgl. Information 16/90 vom 21.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

²²⁰⁹ Vgl. Sitzung des Präsidiums am 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/883.

des Monats verließen weitere 18.000 DBD-Mitglieder die Partei.²²¹⁰ Viele der Verbliebenen schätzten ein, dass eine Bauernpartei in einem vereinigten Deutschland keine Chance haben würde und forderten, ein Parteienbündnis einzugehen.²²¹¹ In weiten Teilen des Bezirks Rostock sah man dies jedoch anders. Motiviert von den guten Wahlergebnissen präferierte man hier bis in den Sommer 1990 hinein eine Transformation zu einer unabhängigen Regionalpartei für die landwirtschaftlich geprägten Regionen.²²¹²

Am 23.3.1990 wurde der DBD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern als Zusammenschluss der ehemaligen Bezirksverbände Rostock, Neubrandenburg und Schwerin gegründet. Vorsitzender des Landesverbandes wurde der Agrarökonom Helmut Nieter.²²¹³ Dennoch hielten die ehemaligen Bezirkssekretariate nach wie vor auch separate Sitzungen ab. Trotz des sehr unterschiedlich engagierten Wahlkampfes, des internen Richtungs- und Koalitionspartnerstreites und des allmählichen Zerfalls der Kreisverbände war das Ergebnis der Kommunalwahl am 7.5.1990 besser als das der Volkskammerwahl sechs Wochen zuvor und das nicht nur im Norden der Republik: Die Bauernpartei erreichte im Land Mecklenburg-Vorpommern 5,18 % und insgesamt 3,67 % der Stimmen.²²¹⁴ In einzelnen ländlich-geprägten Kreisen wie Wismar-Land, Grimmen, Stralsund-Land und drei weiteren außerhalb des Bezirks konnte sie erneut zweistellige Ergebnisse erzielen und über 15 % der Wähler von sich überzeugen.²²¹⁵ Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass sich die im Dezember 1989 entstandene Überzeugung erhärtete, dass man aus der DBD eine Regionalpartei des Nordens entwickeln könne.²²¹⁶

Insgesamt gestaltete sich die Lage aber äußerst different. Während einigen Kreisverbänden eine rege Wahlkampftätigkeit attestiert wurde, herrschten in anderen Kreisen auch Verweigerungshaltungen der Kreisfunktionäre, eine abnehmende Versammlungstätigkeit und Führungslo-

²²¹⁰ Zahlen entnommen aus: Ebd., S. 118.

²²¹¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 60/2769, Bl. 63–66.

²²¹² Vgl. z. B. DBD-Informationsbericht 31/90 vom 16.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

²²¹³ Vgl. Beratung des Bezirkssekretariats am 15.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 5.

²²¹⁴ Siehe Tabelle 11 *Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990*, S. 434.

²²¹⁵ Vgl. Vorläufiges Ergebnis der Kommunalwahl vom 7.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/3214.

²²¹⁶ Vgl. z. B. Information 31/90 vom 16.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

sigkeit.²²¹⁷ Die zur Stabilisierung der Partei angekündigten Fusionsverhandlungen mit DSU und CDU stießen vor allem in Rostock und Schwerin auf großen Widerstand, da sie als unvereinbar mit dem Wahlprogramm empfunden wurden und die Mitglieder im Norden einen Zusammenschluss grundsätzlich als weniger nötig eingeschätzten.²²¹⁸

5.2. Parteifusionen: Ostbesuch und Westverwandtschaft

Im Folgenden soll der Weg der ehemaligen Blockparteien in das Parteiensystem des vereinigten Deutschland skizziert werden. In zwei Unterkapiteln wird zum einen die schrittweise Vereinigung von Ost-CDU, DBD und Bundes-CDU und zum anderen von LDP(D) und NDPD über den BFD zur FDP aufgezeigt. Während LDP(D) und NDPD bereits im Februar bzw. März 1990 in neue Strukturen überführt wurden, vollzog sich der Zusammenschluss der beiden christdemokratischen Parteien erst im August/September 1990. Es muss jedoch auch hier darauf hingewiesen werden, dass die Quelldichte für den Zeitraum zwischen Frühjahr und Herbst 1990 gering ist. Aus diesem Grund können weder gleichermaßen viele, noch äquivalente Angaben für alle Parteien gemacht werden.

5.2.1. Konservatives Spektrum

Im Laufe des Jahres 1990 war die CDU(D) der Seniorpartner in mehreren Parteizusammenschlüssen bzw. Wahlbündnissen. Auf Drängen Helmut Kohls wurde bereits im Februar 1990 das vorübergehende Wahlbündnis *Allianz für Deutschland* mit dem DA und der DSU geschlossen, aus dem die DSU im Sommer 1990 ausschied und kurzzeitig weiterhin als eigenständige Partei existierte.

Die relevanten Fusionen folgten dann im September: Nachdem der DA am 1.9. mit der Ost-CDU fusioniert hatte, folgte die Fusion von DBD und Ost-CDU zwei Wochen später. Dieses „Konglomerat“ aus drei Parteien wurde am 1. Oktober 1990 mit der West-CDU vereint.²²¹⁹

In der Phase der Selbstfindung im Frühjahr 1990 hatten sich diejenigen Kräfte innerhalb der CDU(D) durchgesetzt, die sich für eine schnelle

²²¹⁷ Vgl. z. B. Information 19/90 vom 10.4.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904.

²²¹⁸ Vgl. Information 18/90 vom 5.4.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2–4.

²²¹⁹ Der Zusammenschluss der Landesverbände erfolgte auf dem Landesparteitag am 25.8.1990, ACDP 07-011-3854.

Vereinigung beider deutscher Staaten und beider christdemokratischen Parteien einsetzten. Erste Kontakte zu den westdeutschen CDU-Landesverbänden waren bereits im November 1989 geknüpft worden. Die CDU-Bundesparteführung hielt sich vorerst allerdings wegen der programmatischen Differenzen und der noch existierenden Alt-Kader in den Reihen der CDU(D) zurück. Einzelne forsch-ablehnende Äußerungen kamen jedoch insbesondere seitens des Generalsekretärs Volker Rühe.²²²⁰ Doch nicht nur Rühe, sondern weite Teile der westdeutschen CDU sahen die ostdeutschen Kollegen als willfähige Helfer des SED-Regimes.

Auch Helmut Kohl zögerte und schlug ein Gesprächsangebot de Maizières noch im Dezember 1989 aus. Stattdessen rief er eine Kommission ein, die einen unterstützungsfähigen Akteur jenseits der Grenze ausfindig machen sollte. Diese kam zu dem Ergebnis, dass die CDU(D) der geeignetste Partner sei. Angesichts des nahenden Wahltermins im März war nun auch eine offizielle Positionierung der West-CDU nötig, doch diese sagte ihre Unterstützung nicht bedingungslos zu. Zur Aufwertung des Blockparteiimages forderte die Bundes-CDU, dass die CDU(D) ein *Bündnis gegen den Sozialismus*, wie es ursprünglich hieß,²²²¹ mit den neuen und unbelasteten Parteien Demokratischer Aufbruch, Deutsche-Forum-Partei und Deutsche Soziale Union eingeht.²²²² Nach schwierigen Verhandlungen zog sich die Deutsche-Forum-Partei zurück und die übrigen drei Verhandlungspartner begründeten am 5. Februar gemeinsam das Wahlbündnis *Allianz für Deutschland*, das zur Volkskammerwahl als Partner der Bundes-CDU antrat.

So ging der auf den 18. März 1990 vorgezogenen Volkskammerwahl ein Wahlkampf voraus, den die Bundes-CDU massiv unterstützte. Die Erklärung der PDS zum Wahlgegner, das Bekenntnis zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft und einem vereinigten Deutschland bescherten der von der CDU(D) geführten *Allianz* mit 39,3 % einen unerwartet hohen Wahlsieg im ehemaligen Bezirk Rostock, der jedoch dem DDR-Durchschnitt von 48 % deutlich nachstand.²²²³ Auffällig ist, dass die

²²²⁰ Rühe hatte gesagt, es sei für eine CDU „unwürdig“, sich mit den Vertretern der DDR-CDU zu treffen. Siehe dazu: Richter, M.: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 235–253, hier S. 235.

²²²¹ Vgl. Richter, Zur Entwicklung der Ost-CDU, S. 239.

²²²² Vgl. Schmidt, U.: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997, S. 73.

²²²³ Siehe Tabelle 10 *Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen* 18.3.1990, S. 433.

Ergebnisse in den einzelnen Kreisen erheblich schwankten: In Vorpommern und den ländlichen Regionen schnitt die *Allianz* wesentlich besser ab als im Westen des Landes. Das mit Abstand schlechteste Ergebnis erzielte sie in der sozialdemokratisch geprägten Bezirkshauptstadt.²²²⁴ Diese Trends setzten sich im Ergebnis der Kommunalwahl im Mai fort: Die *Allianz für Deutschland* verlor sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in der gesamten DDR etwa 6 % der Wählerstimmen, wurde aber dennoch erneut stärkste politische Kraft und stellte die Landesregierung. Weil der CDU(D)-Landesvorsitzende Krause zum Bundesminister für besondere Aufgaben ernannt worden ist, wurde der Greifswalder Professor Alfred Gomolka erster Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Als Ergebnis der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Bundes-CDU und *Allianz* wurde die Vereinigung zu einer gemeinsamen bundesdeutschen CDU Ende Mai vertraglich festgeschrieben und auf dem 38. Bundesparteitag am 1. Oktober vollzogen.²²²⁵

Die Monate bis zum Sommer 1990 waren von der Sicherung der Arbeitsplätze, dem Umbau der Verwaltung, der wirtschafts-, währungs- und sozialpolitischen Vorbereitung auf die Vereinigung und der personalpolitischen Stabilisierung geprägt. Zeitgleich setzte die Abwicklung des hauptamtlichen Apparates bei der CDU(D) ein.²²²⁶ Zum Stand der personellen Erneuerung stellte der neue Landesvorsitzende Krause im Juni 1990 fest, dass „die Partei sich inzwischen von den Altkadern getrennt hat und über einen ordentlichen Personalbestand verfügt.“²²²⁷ Dass man auch ihn als ehemals hauptamtlichen Kreisvorsitzenden zu den Altkadern hätte zählen können, spielte bei dieser Einschätzung wohl eine untergeordnete Rolle.

Vor dem Zusammenschluss zu einer gesamtdeutschen CDU sollte im Sommer 1990 noch eine weitere Fusionsentscheidung fallen. Obwohl die Präferenzen der CDU(D)-Mitglieder im ehemaligen Bezirk Rostock und auch die bereits bestehende lokale Zusammenarbeit deutlich für eine Kooperation mit den Liberaldemokraten bzw. dem BFD gesprochen

²²²⁴ Siehe ebd.

²²²⁵ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 39.

²²²⁶ Der Landesgeschäftsführer Panik kündigte Ende Juni zur Personalkostenreduzierung an, Kreise zusammenzulegen, ehrenamtliche Mitarbeit zu stärken, die Anzahl der Kreisgeschäftsstellen zu verringern, die hauptamtlichen Mitarbeiter durch die Volkskammerabgeordneten mitfinanzieren zu lassen, verstärkt Spenden einzuwerben und den Mitgliedsbeitrag zu erhöhen. Schreiben des Landesgeschäftsführers an die Kreisgeschäftsstellen vom 25.6.1990, ACDP 07-011-3854, S. 1–3.

²²²⁷ Interview mit G. Krause, in: *Der Demokrat* vom 18. und 19.6.1990.

hätten, wurde ab Juli über einen Zusammenschluss mit der DBD diskutiert. Die Bauernpartei spielte bis dato zwar keine Rolle in der Wahrnehmung der Mitglieder und Funktionäre der CDU(D). Für die Bundes-CDU waren aber sowohl ihre umfangreiche Mitgliederstruktur als auch die Verankerung der DBD in den ländlichen Gebieten genug Anreiz, eine weitere ehemalige Blockpartei unter ihrem Dach aufzunehmen. Doch bei den Mitgliedern an der Basis war die Entscheidung für die DBD ebenso umstritten wie im CDU(D)-Landesvorstand. Am 14. Juli wurde der Beschluss für den Zusammenschluss mit zehn Ja-Stimmen gegen acht Enthaltungen angenommen. Der Landesparteitag bestätigte ihn Ende August.²²²⁸

Auch in den Reihen der **DBD** war diesem Beschluss ein zähes Ringen um einen geeigneten Fusionspartner vorausgegangen: Noch Ende März 1990 hatte die DBD beschlossen, keine Koalitionsinitiative in Richtung *Allianz für Deutschland* zu ergreifen, um nicht erneut Handlanger einer möglicherweise „fremdgesteuerten“ Regierung zu werden.²²²⁹ Stattdessen sah sie sich in der Rolle einer kritischen Oppositionspartei und kündigte an, dass sie „künftig in der Volkskammer auch mal mit der PDS einer Meinung sein“ könnte, dies jedoch „keine Kumpanei“ sei, sondern der gemeinsamen Ablehnung der Vereinigung nach Artikel 23 und dem Einsatz für die Beibehaltung der Bodenbesitzverhältnisse geschuldet wäre.²²³⁰ Den kommunalen Gliederungen stellte der Parteivorstand es aber frei, mit welchem Partner man die meisten lokalpolitischen Ziele verwirklichen könne.²²³¹ Nach dieser deutlichen Ausrichtung kam die vierte Tagung des Parteivorstands im April zu einem überraschenden Ergebnis:

*„Der Parteivorstand beauftragt das Präsidium, umgehend offizielle Verhandlungen mit konservativen Parteien der DDR zum Zweck eines politischen Bündnisses bzw. einer Fusion aufzunehmen“ und ergänzt: „Das Verhandlungsmandat dazu ist an die Deutsche Soziale Union gebunden“.*²²³²

²²²⁸ Vgl. Beschluss des Landesparteitags der CDU Mecklenburg und Vorpommern zum Zusammenschluss der LV von CDU und DBD. ACDP 07-011-3854.

²²²⁹ Protokoll der 3. Tagung des PV am 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3205, S. 5. Zuvor hatte das Parteipräsidium diese Vorgehensweis beschlossen. Siehe: Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 20.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/ 882, Beschluss 14/4/90.

²²³⁰ Protokoll der 3. Tagung des PV am 26.3.1990, SAPMO BArch, DY 60/3205, S. 7–10.

²²³¹ Vgl. ebd., S. 7.

²²³² Beschlüsse 09/04/90 und 10/04/90 des Parteivorstands, gefasst am 28.4.1990, SAPMO BArch, DY 60/3206, S. 2.

Seit dem Parteitag sind Versuche, die DBD zu einer konservativen Partei umzubilden, zu erkennen.²²³³ Auch der stellvertretende Vorsitzende Junghanns' teilte die Einschätzung, die DBD sei eine „*Partei des Zentrums*“.²²³⁴ Doch für große Teile der Mitgliedschaft war der Schritt in Richtung DSU nicht nachvollziehbar, wie die dadurch ausgelöste Diskussion zeigte.²²³⁵ Der Zerfall der Partei in einen sozialdemokratisch geprägten Norden und einen eher konservativen Süden zeichnete sich angesichts dieser Vorstandsentscheidung ab.²²³⁶ So wehrte sich auch der Kreisverband Ribnitz-Damgarten vehement gegen die Fusionspläne mit einer konservativen Partei: „*Die Mitglieder sind nicht ansatzweise bereit, mit der DSU zusammenzugehen. Die gestrigen Medieninformationen über Fusionsabsichten zwischen DBD und DSU könnte man gleichsetzen mit einer Auflösung des Kreisverbandes Ribnitz-Damgarten. Wer ermächtigt das Präsidium dazu?*“ fragt er und fordert die sofortige Einstellung jeglicher Gespräche und die erneute Einberufung eines Sonderparteitags.²²³⁷ Viele Mitglieder erklärten angesichts des als undemokratisch und selbstherrlich empfundenen Vorgehens der Parteileitung ihren Austritt. Auch ganze Wohngebietsgruppen lösten sich aus Protest auf.²²³⁸

Die konservative Idee lehnen jedoch nicht alle Rostocker Kreisverbände ab: Die DBD-Kreisverbände Rügen, Wismar und Greifswald erhielten bereits Mitte Mai konkrete Vorschläge der örtlichen CDU(D). In Greifswald wurden auch Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit geführt, allerdings auch mit der PDS.²²³⁹ Da sich die Mehrheit der Mitglieder im Rostocker Bezirksverband aber nach wie vor als Alternative zur *Allianz für Deutschland* sah,²²⁴⁰ kündigte die DBD-Bezirksleitung aus Protest über die angekündigten Fusionsverhandlungen Anfang Mai

²²³³ Hier gab es bereits eine Diskussion über eine Umbenennung der Partei. Die Vorschläge waren „Grüne Partei der DDR“ oder „Zentrumspartei“. Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags am 27./28.1.1990, SAPMO BArch, DY 60/71, S. 24.

²²³⁴ Referat Junghanns' auf der Wahlkonferenz am 25.2.1990, SAPMO BArch, DY 60/3213, S. 8.

²²³⁵ Siehe dazu Kapitel 4.1. *Umstrukturierung und Auflösung*.

²²³⁶ So tendieren Thüringen und Sachsen zur CDU oder DSU, während der Rest sich eher an der Seite der SPD oder des BFD sah. SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 1–4.

²²³⁷ Information 22 vom 11.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

²²³⁸ So etwa die Rostocker Wohngebietsgruppen Hansaviertel, Südstadt und Warnemünde. Siehe Austrittserklärungen in der Akte SAPMO BArch, DY 60/3786.

²²³⁹ Vgl. Information 23 vom 15.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 4–5.

²²⁴⁰ Vgl. Information 21/90 vom 2.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 3.

ihren geschlossenen Rücktritt mit Wirkung zum 15.6.1990 an.²²⁴¹ Neuer Landesgeschäftsführer wurde Dirk Schüler, der die Parteifusion auf Landesebene umsetzen sollte.²²⁴²

Die Entrüstung der Basis über das gebundene Verhandlungsmandat zeigte Wirkung: Ende Mai führte die zentrale Parteiebene nun doch Verhandlungen mit CDU, CSU, DSU, SPD, DA und FDP.²²⁴³ Obwohl – abgesehen von den Hochburgen des Nordens – weitgehend Einigkeit darüber bestand, dass die DBD ohne Koalitionspartner keine Chance im wiedervereinigten Deutschland haben würde, verweigerten neben Rostock auch die Bezirksverbände Potsdam, Gera und Frankfurt/Oder unter Androhung ihrer Auflösung die Zustimmung zur Fusion mit der DSU.²²⁴⁴

Viele Kreisverbände wie auch der Rostocker Kreisverband präferierten und forcierten stattdessen ein Zusammengehen mit der SPD.²²⁴⁵ Der Vorstand wog die Alternativen auf seiner 6. Tagung ab: Obwohl auch die SPD „intensive Bemühungen“ zeigte, wurde sie als möglicher Partner abgelehnt, da sie „es mehr auf die Strukturen“ abgesehen habe.²²⁴⁶ Letztlich sprach für die Fusion mit der Ost-CDU, dass sie die paritätische Beteiligung an Funktionen und Listenplätzen und die Übernahme des landwirtschaftlichen Programms der DBD zugesagt hatte. Gemeinsame Themen sah der Parteivorstand in der Verteidigung der Bodenreformergebnisse, im Umweltbereich und den christlichen Grundwerten, denen sich offenbar auch Teile der DBD-Mitgliedschaft verpflichtet sahen.²²⁴⁷

Daher beschloss das Parteipräsidium auf dessen 8. Tagung am 19.6.1990 mit 8 : 3 Stimmen, dem Parteivorstand den Zusammenschluss mit der CDU vorzuschlagen. Der geringen Basis für diesen Entschluss war sich das Präsidium wohl bewusst, denn eine Woche später ergänzte es wieder mit 8 : 3 Stimmen, dass der Parteivorstand dem Zusammenschluss nicht mit einer 2/3-, sondern nur mit einer einfachen Mehrheit zustim-

²²⁴¹ Vgl. Protokoll der Sekretariatsberatung BV Rostock vom 2.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 3.

²²⁴² Vgl. Protokoll der Beratung des Bezirkssekretariats vom 2.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2769, S. 3.

²²⁴³ Vgl. Protokoll der 7. Tagung des DBD-Präsidiums am 22.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/885.

²²⁴⁴ Vgl. Information 25 vom 31.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

²²⁴⁵ Vgl. Information 27 vom 14.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 2.

²²⁴⁶ Protokoll der 6. Tagung des PV am 25.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/3208, S. 18.

²²⁴⁷ Vgl. Protokoll der 6. Tagung des PV am 25.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/3208, S. 25.

men muss.²²⁴⁸ Vermutlich wollte das Präsidium seinen ohnehin knappen Beschluss nicht noch zusätzlich gefährden.

Mit einem Ergebnis von 46 zu 12 Stimmen nahm der Parteivorstand den Antrag an, damit hätte er sogar eine 2/3-Mehrheit erzielt. Das Ende der DBD als eigenständige Partei war mit diesem Vorstandsbeschluss eingeleitet. Eine Befragung der Parteibasis über diese Entscheidung zur Zukunft der DBD wurde nicht in Erwägung gezogen. Eine der 12 Gegenstimmen kam vom Vorsitzenden Maleuda. Wie viele Mitglieder wollte auch er diesen nicht legitimierten Schritt Richtung Konservatismus nicht mittragen und legte seine Ämter nieder. Für ihn rückte der bisherige Stellvertretende Ulrich Junghanns an die Parteispitze.²²⁴⁹ Dass die Entscheidung über die gegebenen Zusagen der Ost-CDU aber möglicherweise nicht in Berlin, sondern in Bonn gefällt werden, bedachte die Parteiführung der DBD nicht.

Als Resümee nach über 40 Jahre DBD erklärte der Vorstand:

*„Mit Stolz können wir davon ausgehen, dass niemand in der DBD um der Karriere Willen Mitglied geworden ist, hier haben Menschen ihre politische Heimat gesucht, die sich aufrichtig mit dem Dorf, der Landwirtschaft und der Natur verbunden fühlen. (...) Die Zeit ist reif, etwas Neues zu machen. Tun wir es gemeinsam, ehe uns die Zeit überrollt.“*²²⁵⁰

In den Bezirksverbänden sorgte die eigenmächtige Entscheidung des Vorstands für geteilte Meinungen: Von einhelliger Zustimmung (Leipzig), bis zu weitgehender Ablehnung (Halle), gab es sehr unterschiedliche Positionierungen. Dass der Vorstand die Mitgliedschaft hintergangen habe, man sich vor seinen Wählern mit diesem Schritt unglaublich mache und auch die Funktionäre der DBD nur ihre Posten sichern wollen, waren repräsentative Mitgliedsmeinungen.²²⁵¹ Auch die 4. Tagung des Landesvorstands Mecklenburg-Vorpommern Ende Juni verurteilte den Vorstandsbeschluss als illegitim. Letztlich stimmten aber 15 der 16 Rostocker Kreisverbände dem Zusammenschluss zu. Einzig in Grevesmühlen lehnte jede einzelne Ortsgruppe die Zusammenarbeit mit der CDU ab und kündigte den geschlossenen Austritt an.²²⁵² Dass die

²²⁴⁸ Vgl. Beschluss 22/06/90, Protokoll der 9. Sitzung des Präsidiums am 25.6. 1990, SAPMO BArch, DY 60/887.

²²⁴⁹ Vgl. Protokoll der 8. Sitzung des Präsidiums vom 19.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/886.

²²⁵⁰ Ebd., S. 32–33.

²²⁵¹ Vgl. Information 30/90 vom 10.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904.

²²⁵² Gleiches geschah im KV Neustrelitz. Protokoll der 4. Tagung des LV am 29.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

Ortsgruppenvorsitzenden jedoch nicht dazu befugt waren, ihre Ortsgruppe aufzulösen, zeigt der Fall Wismar. Hier erinnerte der Kreisvorsitzende einen Ortsgruppenvorsitzenden daran, dass dieser nicht über den Fortbestand seiner Ortsgruppe zu entscheiden habe. Selbst, wenn er den Schritt zur CDU(D) nicht mitgehen wolle, müsse er unter den Kreismitgliedern dennoch dafür werben.²²⁵³

Trotz einzelner Austritte gesamter Gliederungen schätzte der Landesvorstand Anfang Juli noch optimistisch ein, dass etwa 50 % der Mitglieder mit in die CDU gehen würden.²²⁵⁴ Am Ende des Monats waren in Rostock jedoch nicht nur die Zweifel an einer geordneten Durchführbarkeit der Zusammenführung gestiegen, sondern auch die Prognosen über den Anteil der fusionsbereiten Mitglieder auf nur noch 25 % gesunken.²²⁵⁵

Der angekündigte Übertritt löste neben allgemeiner Unruhe höchst differente Reaktionen aus. Während in Greifswald keine Versammlungen mehr zu organisieren waren und etliche Mitglieder und Kader austraten, bekamen die Kreisverbände Grevesmühlen, Rügen und Grimmen gerade wegen ihrer Ablehnung wieder mehr Zulauf.²²⁵⁶ Den Grad des Zerfalls der Partei verdeutlicht der Umstand, dass auf der 7. Tagung des Parteivorstands am 21.–22. Juli, auf der auch de Maizière zu Gast war, nur 60 % der Vorstandsmitglieder anwesend waren.²²⁵⁷ Ob die 12 Vorstandsmitglieder, die dem Entschluss zuvor ihre Stimme verweigert hatten, aus Protest abwesend waren, sagen die Quellen leider nicht.

Zum 1. August wurde die Fusion von CDU(D) und DBD wirksam und die Landesverbände sollten zu den äquivalenten Gremien übertreten. Zu diesem Zeitpunkt hatte die DBD nur noch 70.000 Mitglieder und damit fast die Hälfte aller Parteimitglieder verloren, fast 30.000 allein im zweiten Quartal des Jahres. Vor Ort waren die Mitglieder ab August dazu aufgefordert, ihre Parteibücher in den Geschäftsstellen der CDU(D) umzutauschen. Doch nicht nur dadurch verlief die Fusion „weiterhin kompliziert“. Nur noch etwa 10–15 % der Mitglieder wollten Anfang August in die CDU(D) übertreten. Begründet wurde die Ablehnung auch damit, dass die CDU(D) eine bauernfeindliche Agrarpolitik betrei-

²²⁵³ Vgl. Brief des Kreisvorsitzenden an einen Wismarer Ortsgruppenvorsitzenden vom 27.6.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

²²⁵⁴ Vgl. Information 29/90 vom 4.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904.

²²⁵⁵ Vgl. Schreiben des BV Rostock an den PV vom 20.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

²²⁵⁶ Vgl. Bericht des BV an den PV vom 20.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

²²⁵⁷ Vgl. Protokoll der 7. Tagung des PV am 21.–22.7.1990, SAPMO BArch, DY 60/3209.

be.²²⁵⁸ Die Übertritte zweier DBD-Volkskammerabgeordneter und des bekannten Rostocker DBD-Ministers Watzek zur SPD hatten aus Sicht des Vorstandes eine negative Vorbildfunktion.

Mitte August hatten erst 584 der 3.265 in Rostock verbliebenen Mitglieder ihre Übertrittserklärung abgegeben (17,9 %). Der Rest zögerte seine Entscheidung hinaus bzw. wollte vor seinem Austritt bis zum letzten Tag Mitglied der DBD bleiben.²²⁵⁹ Das Präsidium hatte bereits Mitte August die Finanzhoheit an die Landesverbände übertragen und die zentrale Delegiertenversammlung für den 15. September einberufen.²²⁶⁰ Die Landesdelegiertenversammlungen stimmten Ende August dem sofortigen Zusammenschluss zu, der auf der zentralen Delegiertenversammlung am 15.9. vollzogen wurde.²²⁶¹

Die Landesvorsitzenden zeichneten Mitte September eine sehr gemischte erste Bilanz des Zusammenwachsens: Obwohl die meisten Landesverbände ein positives Resümee zogen und oft das gleichberechtigte Miteinander lobten, gab es insbesondere in Sachsen-Anhalt größere Probleme.²²⁶² Dass der stellvertretende CDU(D)-Geschäftsführer Horst Korbella sich für die „Selbstgefälligkeit und Selbstgerechtigkeit“ von Politikern der Bundes-CDU entschuldigte,²²⁶³ lässt vermuten, dass auch deutliche zwischenmenschliche Differenzen bestanden.

Wie viele von den 98.600 Mitgliedern, die die DBD am 31.3.1990 hatte,²²⁶⁴ letztlich ihren Weg in die CDU fanden, ist nicht dokumentiert. Schätzungen, die auf den Angaben der Bezirksverbände Berlin, Magdeburg und Halle und dem Landesverband Brandenburg basieren,²²⁶⁵ legen

²²⁵⁸ Kurzinformationen des BV Rostock vom 3.8.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907.

²²⁵⁹ Vgl. Kurzinformation des BV Rostock vom 16.8.1990, SAPMO BArch, DY 60/2907, S. 4.

²²⁶⁰ Vgl. Sitzung des Präsidiums vom 16.8.1990, SAPMO BArch, DY 60/889.

²²⁶¹ Vgl. Protokoll der Delegiertenversammlung des LV MV vom 25.8.1990, SAPMO BArch, DY 60/3210 und Vertragliche Vereinbarung zwischen dem Präsidium der CDU und dem der DBD vom 15.9.1990, ACDP 07-012-3521.

²²⁶² Streitthema ist hier insbesondere die Besetzung von Listenplätzen. Siehe: Beschlussprotokoll der zentralen Delegiertenversammlung am 15.9.1990, SAPMO BArch, DY 60/3202, S. 2–4.

²²⁶³ Beschlussprotokoll der zentralen Delegiertenversammlung am 15.9.1990, SAPMO BArch, DY 60/3202, S. 4.

²²⁶⁴ Vgl. Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage der Partei vom 8.5.1990, SAPMO BArch, DY 60/2904, S. 4.

²²⁶⁵ Vgl. Beschlussprotokoll der zentralen Delegiertenversammlung vom 15.9.1990, SAPMO BArch, Bestand DBD, DY 60/ 3202.

nahe, dass etwa 15 % der DBD-Mitglieder vom Dezember 1988²²⁶⁶ im Herbst 1990 in die gesamtdeutsche CDU übergetreten sind. Insgesamt sind das etwa 18.000 Personen. Die 6.000 übergetretenen Mitglieder, von denen Ute Schmidt ausgeht, erscheinen angesichts der eingesehenen Quellen zu gering.²²⁶⁷ Einzig für den Kreisverband Wismar existieren konkrete Namenslisten über die DBD-Neuzugänge zwischen August und November 1990.²²⁶⁸ Gemessen an den 970 Bauernparteimitgliedern im Dezember 1988²²⁶⁹ machen die dort aufgelisteten 125 Mitglieder einen Anteil von knapp 13 % aus.

Der Übertritt zur CDU, dem letzten Endes nur ein Bruchteil der Mitglieder aus dem Sommer 1989 folgte, wäre nur dann eine Chance zur Erhaltung des agrarpolitischen Profils gewesen, wenn sich die CDU(D) gegenüber der Bundes-CDU hätte stärker einbringen können. Doch bereits während der gemeinsamen Sitzungen von *Allianz* und Bundes-CDU im Sommer 1990 wurde die Machtverteilung offenbar. De Maizières versuchte, die Position seiner Partei zu behaupten, obwohl auch seine eigene Stellung durch den aufkommenden Vorwurf, Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen zu sein, infrage gestellt wurde. Zum Unbehagen der Bonner CDU lehnte er einen einseitigen Anschluss an die Schwesterpartei ab und forderte stattdessen ein gleichberechtigtes Verfahren, durch das weder das Profil noch die Mitglieder der einstigen CDU(D) verloren gehen sollten.²²⁷⁰ Für die Berücksichtigung des einstigen DBD-Profiles war hier kein Verhandlungsspielraum mehr. Seine Bemühungen um die Verabschiedung eines eigenen Parteiprogramms, das man dann mit der Bonner CDU hätte verhandeln können, wurden durch die Schnelligkeit des Vereinigungsprozesses zunichte gemacht. Die Idee einer gemeinsamen Kommission, die die Voraussetzungen für den Zusammenschluss beider Parteien schaffen sollte, wurde nicht weiter verfolgt und auch de Maizières Bemühungen, die ab Juni 1990 wieder nach Jakob Kaiser benannte Berliner Parteizentrale langfristig neben der in Bonn zu etablieren, schlugen fehl.

²²⁶⁶ Vgl. Mitgliedszahlen der Bezirke Stand 31.12.1988 entnommen aus: Mitgliederbewegung in der DBD im Jahre 1988 vom 7.2.1989, SAPMO BArch, DY 60/3771, S. 4.

²²⁶⁷ Vgl. Schmidt, Blockparteien, S. 103.

²²⁶⁸ Vgl. Liste mit Mitgliedern der DBD, die mit der Fusion CDU/DBD in die CDU übergetreten sind, ACDP 03-043-89/1.

²²⁶⁹ Vgl. Quartalsbericht über die Mitgliederbewegung 31.12.1988, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²²⁷⁰ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 133f.

Die „Gleichberechtigung“ beider Parteien konnte der faktischen Machtverteilung nicht standhalten. Die Vereinigungsverhandlungen zwischen dem Generalsekretär Volker Rühle, dem Bundesgeschäftsführer Peter Radunski und dem stellvertretenden CDU(D)-Geschäftsführer Korbella schlossen mit einem Ergebnis, das keinen Raum für die Vorstellungen de Maizières ließ. Um die personelle Beteiligung war es besser gestellt: De Maizière wurde alleiniger Stellvertreter Kohls und drei Delegierte der CDU(D) wurden in das zehnköpfige Präsidium gewählt. Für den Bundesvorstand wurde unter anderen Angela Merkel nominiert.

Alle Nominierungen wurden in der Wahl bestätigt, de Maizière sogar mit 97,4 % der Stimmen.²²⁷¹ Dieses Wahlergebnis zeugte von einem durchaus vorhandenen Integrationswillen seitens der Bundes-CDU, der angesichts der Mitgliederanzahlen in einem Verhältnis von 5 : 1 aus machtpolitischen Rücksichten nicht nötig gewesen wäre. Bei der Vereinigung der christdemokratischen Parteien handelte es sich um ein relativ paritätisches Vorgehen, zumindest was die personelle Zusammensetzung anbelangt.²²⁷²

Die Zusammenschlüsse des Jahres 1990 sind alle als Vorbereitung für die Fusion der CDU-Schwesterparteien im Oktober 1990 zu sehen, die einerseits die Struktur und Personaldecke der Ost-CDU auflockern und angleichen, andererseits aber auch das Image der ehemaligen Blockpartei aufbessern sollten. Hatte es Ende 1989 noch den mahnenden Appell gegeben, dass *„der Weg über eine sich anbahnende Partnerschaft mit der CDU der BRD (...) insgesamt aber sicher nicht der wahre Weg sein kann“*,²²⁷³ so waren die Bedenken, *„ein Anhängsel“*²²⁷⁴ der West-CDU zu werden, auf dem Landesparteitag Ende August nicht mehr relevant. Unter Berufung auf den Gründungsauftrag vom 26.6.1945 und die gemeinsamen Wurzeln ermächtigte der Landesparteitag seine Delegierten, den Beitritt zu der Christlich-Demokratischen Union ganz Deutschlands zu erklären.²²⁷⁵

²²⁷¹ Vgl. ebd., S. 156.

²²⁷² Zum Zusammenschluss von CDU(D) und Bundes-CDU siehe ausführlich: http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM_18_11/Kuesters_AeraKohl.pdf. Eingesehen am 25.3.2015 um 9:55 Uhr.

²²⁷³ Informationsbericht des BV Rostock an den HV vom 15.12.1989, ACDP 03-043-038/1.

²²⁷⁴ So ein Mitglied des Bezirksvorstandes am 20.12.1989, das Anfang Februar Delegierter für den Zentralen Parteitag und im Juni 1990 Regierungsbevollmächtigter für den Aufbau der Landesverwaltung unter de Maizière wurde. ACDP 07-011-3854, S. 2.

²²⁷⁵ Vgl. Beschluss des LV der CDU Mecklenburg und Vorpommern zur Vorbereitung der Zusammenführung der CDU Deutschlands, ACDP 07-011-3854.

5.2.2. Liberales Spektrum

Bereits zu Beginn des Jahres 1990 hatte die **LDP(D)** Kontakte zur west-deutschen FDP aufgenommen und verhandelte über ein gemeinsames Agieren bei der Volkskammerwahl im März, sodass auf dem Sonderparteitag auch Abgeordnete der Bonner FDP anwesend waren.²²⁷⁶ Die Gründe für das rege Interesse der FDP waren sicherlich eine empfundene Verpflichtung gegenüber der einstigen Schwesterpartei und ein gewisser missionarischen Eifer, aber wohl auch die 110.000 Mitglieder, die sehr gut ausgebaute Infrastruktur der Partei und die liquiden Mittel von geschätzten 16,6 Millionen DDR-Mark, zu denen zusätzlich das Anlagevermögen und gewerbliche Unternehmungen zu rechnen sind.²²⁷⁷ Neben – durch die FDP vorgegebenen – personellen und inhaltlichen Korrekturen wurden am Rand des Sonderparteitages auch die strukturellen Weichen für das Zusammenwachsen gelegt. Wie die Bundes-CDU forderte auch die FDP den Zusammenschluss der drei ostdeutschen liberalen Gruppierungen – der LDP(D), den neu-gegründeten Parteien FDP-Ost und der Deutschen Forumpartei – zum *Bund Freier Demokraten*.

Bereits am 12. Februar 1990 wurde der *BFD* gegründet, um das liberale Wählerpotential zu bündeln, das Image der ehemaligen Blockpartei LDP(D) aufzubessern und die spätere Überführung in die FDP (West) zu erleichtern. Obwohl sich viele Kreisverbände vor dem Parteitag für das Eingehen eines Wahlbündnisses ausgesprochen und es sogar gefordert hatten,²²⁷⁸ war gerade die *Forumpartei* nicht der Wunschkandidat. Lieber hätte man eine Zusammenarbeit mit der FDP-Ost und den bereits ausgetretenen Ex-Mitgliedern der NDPD gesehen.²²⁷⁹ Vorerst spielte die NDPD aber noch keine Rolle für die Konstituierung des BFD. Einen Grund für die Ablehnung von Forumpartei und FDP-Ost durch viele LDPD-Mitglieder stellten wohl die häufigen Vorwürfe wegen der Blockvergangenheit und Forderungen nach Absetzungen von Funktionären durch die beiden „unbelasteten“ Parteien dar. Forumpartei und FDP-Ost sahen sich als die eigentlichen liberalen Kräfte, haderten mit den ehemaligen „Blockflöten“ und beharrten auf einen Delegiertenanteil, der die tatsächliche Mitgliederstärke nicht widerspiegelte. Die FDP (West) hielt

²²⁷⁶ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 50.

²²⁷⁷ Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, in: Walter, Frühling, S. 41.

²²⁷⁸ Vgl. Protokoll der 77. Sekretariatssitzung Ribnitz-Damgarten vom 7.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

²²⁷⁹ Vgl. z. B. Informationsbericht Stralsund vom 8.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33805.

sich mit verallgemeinerten Äußerungen über die Blockvergangenheit der Parteikollegen aus dem Osten zurück, forderte aber gezielt den Rückzug einzelner Personen, wie etwa den stellvertretenden LDP(D)-Vorsitzenden und Altfunktionärs Kurt Wünsche.²²⁸⁰

Die inhaltliche Ausrichtung des neuen liberalen Bündnisses wurde mit der Verabschiedung eines *Zielimages* vorgegeben: Auch der Rostocker Bezirksverband wollte den BFD als „*Partei der liberalen Mitte*“ etablieren, die sich gegen „*sozialistische Misswirtschaft, utopische Träumereien, Sektierertum und konservativen Nationalismus*“ einsetzt und sich für die Vereinigung beider Teile Deutschlands samt seiner liberalen Parteien in „*Freiheit und Demokratie in gesicherter Rechtsstaatlichkeit, Eigenverantwortung, Individualismus (...) Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft*“ engagiert. In Zusammenarbeit mit den Liberalen der BRD entstand die Überzeugung, dass nur die Marktwirtschaft „*das Geld verdient, das man für soziale Gerechtigkeit braucht*“. Mit dieser Orientierung richtete sich der BFD an den Mittelstand, die „Intelligenz“, Facharbeiter und Handwerker. „*Vorwärts zu individueller Freiheit und Wohlstand für alle!*“ war die zentrale Wahlkampfparole.²²⁸¹

Neben dieser strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung wurden die Hoffnungen vieler Mitglieder auf eine personelle Erneuerung im Rahmen der Konstituierung des BFD trotz reger Personalwechsel scheinbar enttäuscht.²²⁸² So wurde in den ersten Monaten des Jahres 1990 angesichts der kaum veränderten Personalsituation im Bezirksvorstand, in den Kreisverbänden und der intransparenten Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl häufig von Resignation und Desillusionierung gesprochen und weiterhin auf zunehmende Austritte verwiesen.²²⁸³

Der zweite Teil des **NDPD-Sonderparteitags** Mitte Februar endete mit einem Bekenntnis zu einem Bündnis mit der LDP(D). Die anfängliche Euphorie wurde jedoch von der Absage des inzwischen gegründeten *Bund Freier Demokraten* bereits wenige Tage später getrübt. Da die NDPD-Mitgliedschaft einschätzte, dass das „Nein“ hauptsächlich von

²²⁸⁰ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 142.

²²⁸¹ Zielimage des BFD zur Wahl am 18.3.1990 vom 14.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33757, S. 1–3.

²²⁸² Die personellen Kontinuitäten lassen sich tatsächlich auf allen Ebenen erkennen: So bleiben zumindest die Sekretäre der Kreise Rostock-Stadt, Greifswald und Stralsund im Amt, bzw. werden als Kreisgeschäftsführer des BFD weiterbeschäftigt. Auf der Bezirksebene rückte am 7.3.1990 mit Frank Richter der ehemalige stellvertretende Vorsitzende an die Spitze des Bezirks auf.

²²⁸³ Vgl. Aktennotiz über ein Gespräch mit einem Volkskammerabgeordneten aus Rostock-Land vom 27.2.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

der FDP (West) und nicht von der LDP(D)-Führung stammte, lief die Zusammenarbeit mit der LDP(D) auf kommunaler Ebene ungestört weiter.²²⁸⁴ An dem Vorhaben, nach der Volkskammerwahl eine Vereinigung zu bilden, hielten die Bezirksvorstände von LDP(D), FDP-Ost und NDPD weiterhin fest und setzten sich dafür auch bei ihren übergeordneten Leitungsgremien ein.²²⁸⁵ Da die zentralen Parteiebenen von LDP(D) und FDP-Ost weiterhin Bedenken bezüglich der Position der FDP (West) zu dieser Vereinigung hatten, schlugen sie im Sinne ihres künftigen Seniorpartners eine Namensänderung der NDPD vor, um eine Namensähnlichkeit mit der NPD zu vermeiden.²²⁸⁶

Ende Februar wurde der Ausschuss zur Koordinierung der Vereinigung des BFD mit der FDP ins Leben gerufen. Ziel der Vereinigung aller vier liberalen Parteien war es, bei der ersten gesamtdeutschen Wahl im Herbst 1990 möglichst kompakt aufzutreten, und einer Zersplitterung des liberalen Wählerpotentials vorzubeugen. In den drei Arbeitsgruppen des Vereinigungsausschusses waren jeweils drei Delegierte aller vier Parteien vertreten. Die Arbeitsgruppe Satzung kam zu dem Ergebnis, dass die Satzung der FDP (West) als Grundlage angesehen werden sollte.

Den Wahlkampf zur Volkskammerwahl im März 1990 unterstützte die FDP massiv finanziell und materiell und übernahm die gesamte inhaltliche und thematische Wahlkampfplanung.²²⁸⁷ Möglicherweise war gerade der Umstand, dass die inhaltliche Wahlkampfgestaltung dadurch an der DDR-Realität vorbei ging, Mitschuld an dem Wahlergebnis: Die erreichten 5,27 % lagen weit unter den Erwartungen.²²⁸⁸

Die Ergebnisse im März bestätigten die Wahlbündnispartner des BFD darin, sich fester aneinander zu binden und den BFD zu einer gemeinsamen Partei umzubilden: Mit nur 3,4 % erzielte der BFD im ehemaligen Bezirk Rostock das zweitschlechteste Volkskammerwahlergebnis aller

2284 Vgl. NDPD-Informationen aus Bezirkssekretariaten und Kreissekretariaten vom 15.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/484, S. 2.

2285 Vgl. Abstimmungsprotokoll der gemeinsamen Sitzung von LDP(D), FDP-Ost und NDPD am 27.2.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 216. Am 5.März 1990 wandte sich auch der neue Vorsitzende des neugegründeten NDPD-Landesverbandes Mecklenburg und Vorpommern an die Parteivorsitzenden von FDP-Ost (Menzel), DFP (Schmieder) und LDP(D) (Ortleb) und wirbt für den Zusammenschluss, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 213.

2286 Vgl. ebd., Bl. 216.

2287 Vgl. Walter, Frühling, S. 44f.

2288 Vgl. ebd., S. 45.

Bezirke.²²⁸⁹ Nicht nur die unterdurchschnittlich schlechten Ergebnisse in den Kreisverbänden Greifswald-Land und Grimmen enttäuschten die Mitglieder, sondern auch die erfolgreicherer Kreise Ribnitz-Damgarten und Wismar waren mit ihren erzielten Ergebnissen von jeweils 4,3 % unzufrieden.²²⁹⁰ Dass die ehemalige LDP(D) dennoch den Löwenanteil aller Stimmen für den BFD erringen konnte, zeigte sich besonders dort, wo DFP und FDP-Ost über keine eigenen Ortsgruppen verfügten.²²⁹¹ BFD-intern wurden die errungenen Mandate dennoch unverhältnismäßig stark auf die beiden Juniorpartner aufgeteilt.²²⁹²

Die NDPD sah sich durch ihr desaströses Ergebnis von 0,5 % der Wählerstimmen in ihrer Suche nach einem Fusionspartner bestätigt. Nach dem Rücktritt der vermeintlichen „Altlasten“ Hartmann und Laßen aus der NDPD-Führung warb der neue NDPD-Parteivorsitzende Rauls im März erneut um die Erlaubnis zum kooperativen Beitritt. Diesmal war er erfolgreich.

Obwohl es innerhalb der FDP-Ost heftige Proteste gab, wurde der Beitritt der NDPD zum BFD am 20.3.1990 beschlossen. Auch hier war die Namensänderung der NDPD noch im Gespräch,²²⁹³ wurde in den Unruhen der kommenden Monate aber nicht mehr umgesetzt. Teile der verbliebenen NDPD-Mitglieder²²⁹⁴ traten dem BFD zum 27.3.1990 kooperativ bei. Für die Übernahme waren lediglich ein Antrag und die Zustimmung des jeweiligen Kreisvorsitzenden erforderlich. Eine Aufnahmehürde war für manche Mitglieder jedoch die von allen BFD-

²²⁸⁹ Insgesamt erhielt der BFD 5,3 % der Wählerstimmen, erreichte in Halle aber sogar 10 %. Entnommen aus <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/volkskammerwahl-1990.html>, eingesehen am 24.6.2014 um 9:45 Uhr. Siehe Tabelle 10 *Volkammerwahlresultat nach Kreisen 18.3.1990*, S. 433.

²²⁹⁰ Vgl. z. B. Protokoll der 82. Sekretariatssitzung Ribnitz-Damgarten vom 19.3.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

²²⁹¹ Vgl. z. B. Informationsbericht Rostock-Land vom 22.3.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801.

²²⁹² So bekamen FDP-Ost 5 und DFP 7 der insgesamt 21 BFD-Mandate im KV Rostock-Stadt. Protokoll der Kreissekretariatssitzung vom 26.3.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33803.

²²⁹³ Vgl. Informationen über den Arbeitsstand zur Aufnahme der NDPD in das liberale Bündnis vom 21.3.1990, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 204.

²²⁹⁴ Zuverlässige Zahlen hierzu gibt es nicht flächendeckend. Der Greifswalder Kreisgeschäftsführer berichtet aber z. B. von dem Zugang von 500 ehemaligen NDPD-Mitgliedern. Schreiben des Kreisgeschäftsführers Greifswald an den Bezirksvorsitzenden Richter vom 11.5.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33797.

Mitglieder erforderliche Erklärung über eine mögliche Stasi-Vergangenheit: Nur eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ermöglichte es allen bisherigen Blockparteimitgliedern, sich unter dem Dach des neuen BFD zu engagieren. Mit dieser Selbstreinigung wollte sich der BFD von dem Blockpartei-Image befreien und zu einem fusionsfähigen Partner der FDP (West) werden.

Der BFD bestand nach dem Beitritt der Nationaldemokraten aus etwa 180.000 Mitgliedern, von denen circa 60.000 aus der NDPD kamen.²²⁹⁵ Der Beitritt zum BFD verlief trotz einiger Feindseligkeit auf den ehemaligen Führungsebenen von NDPD und LDP(D) vergleichsweise unkompliziert,²²⁹⁶ zumal er in vielen Kreisen bereits seit Wochen praktizierte Wirklichkeit war und zumindest der NDPD seit Januar bewusst gewesen ist, dass beide Parteien nur durch die Rollenzuordnung durch die SED in das Konkurrenzverhältnis gezwungen worden waren.²²⁹⁷

Die Neustrukturierung und Zusammenlegung der Kreisverbände verlief jedoch unterschiedlich harmonisch und wurde zum Teil durch die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der einzelnen Kreisverbände erschwert.²²⁹⁸ An der Basis der NDPD wurde die Entscheidung zur Zusammenarbeit mit der LDP(D) aber unterschiedlich gut aufgenommen. Vor allem ältere NDPD-Mitglieder traten aus Protest aus der Partei aus. Andererseits kamen auch bereits ausgetretene NDPD-Mitglieder wieder in den BFD zurück.²²⁹⁹ Vereinzelt forderten die BFD-Gliederungen die Neuwahl des bisherigen NDPD-Kreisvorsitzenden und dessen Bestätigung, bevor dieser gleichberechtigt in den gemeinsamen Kreisvorstand aufgenommen wurde.²³⁰⁰

Zur Wahl des neuen Landesgeschäftsführers am 11. April traten auch ehemalige NDPDler an, gewählt wurde aber das ehemalige LDP(D)-Mitglied Thomaneck. Auf den Wahllisten war die unterschiedliche Parteizugehörigkeit jedoch nicht mehr zu erkennen: Als BFD-Eintrittsdatum stand bei den Kandidaten der ehemaligen NDPD nicht der 27.3.1990, sondern der Tag des Parteieintritts bei den Nationaldemokra-

²²⁹⁵ Vgl. Rede Rauls auf der Parteikonferenz am 31.3.1990, SAPMO BArch, DY 16/6363, S. 10.

²²⁹⁶ Diese Einschätzung teilt auch Lapp, Blockparteien, S. 297.

²²⁹⁷ Vgl. BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/3625, Protokoll des Sonderparteitags am 20/21.1.1990, S. 75.

²²⁹⁸ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 5 vom 2.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 2.

²²⁹⁹ Vgl. ebd.

²³⁰⁰ Vgl. Entschließung des BFD Wismar vom 5.4.1990, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806.

ten.²³⁰¹ Die Delegierten des Landesparteitags setzten sich etwa zur Hälfte aus ehemaligen Hauptamtlichen und bisher funktionslosen Mitgliedern zusammen.²³⁰² Mit dem Wismarer Kreisvorsitzenden wurde ein früheres NDPD-Mitglied zum gemeinsamen Spitzenkandidaten für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Zum ersten Vorsitzenden des Bundes wählte die Delegiertenversammlung im April den ehemaligen Kreisvorsitzenden der LDP(D)-Rostock, Rainer Ortleb, und zu dessen Stellvertreter den letzten NDPD-Vorsitzenden Wolfgang Rauls. In Ermangelung von NDPD-Kadern konnte die personelle Parität in der Zusammenführung der Strukturen nicht immer gewährleistet werden. Als sich ab April der drohende Abbau des hauptamtlichen Apparates ankündigte, sahen sich die ehemaligen Nationaldemokraten bereits benachteiligt.²³⁰³ Als Resultat der Volkskammerwahl übernahm der BFD ab dem 12.4.1990 in der großen Koalition unter de Maizière Regierungsverantwortung.

Obwohl den meisten LDP(D)- und NDPDlern bereits Mitte Februar bewusst war, dass der gemeinsame Weg zur FDP (West) führen würde,²³⁰⁴ wurde die Frage nach dem Modus noch im April heftig diskutiert. Die Aussicht auf einen Beitritt zur FDP (West) war für viele Mitglieder und das Präsidium des BFD inakzeptabel, stattdessen stellten sie sich einen gleichberechtigten Zusammenschluss zu einer neuen liberalen Partei vor.²³⁰⁵ Angesichts der geringen Realisierungswahrscheinlichkeit rückte der BFD im April jedoch nicht nur davon ab, sondern musste auch starke inhaltliche Zugeständnisse an die FDP (West) machen. Statt seine Konzeption eines neutralen und demilitarisierten Deutschland weiter zu verfolgen, setzte er sich nun für eine defensive Volksarmee als Sicherheitsfaktor in Europa und die Mitgliedschaft in der NATO ein, die jedoch de facto nur auf dem ehemaligen Gebiet der Bundesrepublik stehen

²³⁰¹ Vgl. Vorschläge der Kandidaten der Grundeinheiten zum Landesparteitag (ohne Datum), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33871.

²³⁰² Auch der spätere Wirtschaftsminister und stellvertretende Landesvorsitzende Conrad-Michael Lehment war als langjähriges LDP(D)-Mitglied einer der Delegierten. ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33871.

²³⁰³ Vgl. Aktuelle Informationen Nr. 9. vom 26.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 2.

²³⁰⁴ Vgl. Protokoll des zweiten Parteitags am 11.2.1990, SAPMO BArch, DY 16/3625, S. 6.

²³⁰⁵ Vgl. Beschlussprotokoll der 8. Sitzung des Präsidiums vom 12.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/487.

und schnellstmöglich durch ein europäisches Sicherheitssystem abgelöst werden sollte.²³⁰⁶

Ende April wurde die Bildung des Vereinigungsausschusses zu einer gesamtdeutschen liberalen Partei beschlossen.²³⁰⁷ Bis Mai 1990 dezimierte sich die Mitgliederzahl des BFD um etwa 15.000. Dennoch war das Ergebnis der Kommunalwahl am 6. Mai mit 6,6 % eine Verbesserung gegenüber der Volkskammerwahl, möglicherweise auch wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung.²³⁰⁸ Inhaltlich dominierte die Sorge um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli. Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst stellten einige Mitglieder enttäuscht fest: *„Diese Entwicklung haben wir nicht gewollt, damit hat keiner gerechnet.“*²³⁰⁹

Um der gefühlten Benachteiligung beizukommen, forderte der BFD, die Parität in den Führungsgremien und dem Delegiertenschlüsse zum Vereinigungsparteitag dringend zu wahren. Nur so könne deutlich gemacht werden, dass es sich *„weder um einen Beitritt noch um eine Übernahme, sondern um eine gleichberechtigte Fusion“* handelt. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, *„dass wir in Form einer großzügigen Geste durch die FDP diesen oder jenen Platz in einem Führungsgremium erhalten.“*²³¹⁰

Auch Rauls sah den BFD als Vereinungsverlierer: Angesichts des Mitgliederverhältnisses zwischen BFD und FDP (West) sei der Delegiertenschlüssel für den Vereinigungsparteitag beklagenswert, aber nicht mehr änderbar, wenn man den Terminplan der Vereinigung nicht gefährden wolle.²³¹¹ Dass auf dem Parteitag Mitte August kein Kandidat *„von uns“* für den Parteivorsitz kandidierte, fand auch BFD-Landesgeschäftsführer Thomaneck *„schade“*.²³¹² Enttäuschung machte sich auch angesichts der Modalitäten der Vereinigung breit: *„Ob der einzelne oder die Mehrheit des Volkes dieses Andersgeworden-Sein seitdem tatsächlich als besser empfindet,*

²³⁰⁶ Vgl. Rede Rauls auf einer Wahlveranstaltung, ohne Datum. SAPMO BArch, DY 16/6363, S. 4.

²³⁰⁷ Vgl. Bezirksvorsitzendenberatung am 25.4.1990, SAPMO BArch, DY 16/820.

²³⁰⁸ Siehe Tabelle 11 *Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern* 1990, S. 434.

²³⁰⁹ Aktuelle Informationen Nr. 10 vom 8.5.1990, SAPMO BArch, DY 16/4272, S. 3.

²³¹⁰ Brief des Geschäftsführers Renatus an Ortleb vom 19.6.1990, SAPMO BArch, DY 16/486, S. 1–3.

²³¹¹ Vgl. Rauls auf dem ersten Landesparteitag Sachsen-Anhalt am 11.7.1990, SAPMO BArch, DY 16/6363, S. 9.

²³¹² Schreiben Thomaneck an den Hauptgeschäftsführer Günther vom 11.7.1990, ADL, Bestand Korrespondenz der Hauptgeschäftsstelle, Nr. L1-87.

*kann man (...) bezweifeln“, erklärte Rauls auf dem Landesparteitag in Sachsen-Anhalt und prognostizierte eine schwierige Zukunft.*²³¹³

Der Beschluss der Währungs,- Wirtschafts,- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR vom 1. Juli 1990 wirkte sich als Katalysator für die Vereinigung der liberalen Parteien unter dem Dach der FDP aus: Der Vereinigungsparteitag, der eigentlich erst Ende September stattfinden sollte, wurde auf Mitte August vorgezogen.²³¹⁴ Auch bei dieser Parteivereinigung spielt die Frage, ob es sich um einen Beitritt oder eine Fusion handele, eine bedeutende Rolle. Wenngleich auch der BFD selbst im August mit rund 110.000 ehemaligen LDP(D)- und NDPD-Mitgliedern und mehreren 1.000 Mitgliedern der FDP und der DFP über fast doppelt so viele Mitglieder wie die FDP (West) verfügte, setzte sich diese in allen wichtigen Fragen der Organisationsstruktur und der Programmatik durch, da der Delegiertenschlüssel für den Vereinigungsparteitag nicht an der Mitgliederstärke, sondern an dem letzten Wahlergebnis gemessen wurde und die FDP somit in der Überzahl war.²³¹⁵ Das sozialliberale Profil des BFD wurde nicht berücksichtigt.²³¹⁶ Daher sah auch das ehemalige LDP(D)-Vorstandsmitglied Manfred Bogisch die LDP(D) in einer Opferrolle.²³¹⁷

Auf dem Vereinigungsparteitag vom 11. und 12. August 1990 konstituierte sich die gesamtdeutsche FDP – Die Liberalen. Rainer Ortleb nahm einen der fünf Stellvertreterposten des Vorsitzenden Lambsdorff im neuen Bundesvorstand ein. Inhaltliche und organisatorische Diskrepanzen wurden unter dem Eindruck der anstehenden Wahlen nicht diskutiert. Dem fügten sich die drei Parteien unter dem Dach des BFD. Die Vereinigung mit der zahlenmäßig kleineren FDP (West) endete de facto in einem Beitritt, der sowohl während der Vorbereitung als auch nach dem Zusammenschluss zu massiven Austritten führte.

Neben Dankbarkeit und guter Zusammenarbeit hatten einige Kreise bereits zu Beginn des Jahres eine zu starke Dominanz der FDP (West) beklagt. Die Klagen mehrten sich, als sich im Frühsommer Personaleinsparungen abzeichneten. Auf eine Anfrage zur Zukunftssicherung der

²³¹³ Rauls auf dem ersten Landesparteitag Sachsen-Anhalt am 11.7.1990, SAPMO BArch, DY 16/6363, S. 2–5.

²³¹⁴ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 143.

²³¹⁵ Vgl. Sommer, LDP(D), S. 311.

²³¹⁶ Vgl. Bogisch, M.: Illusionen. Enttäuschungen. Vereinnahmungen. Zur Politik der ostdeutschen Liberalen im Anschlussjahr 1990, Zur Politik der ostdeutschen Liberalen im Anschlussjahr 1990 (Hefte zur DDR-Geschichte, Heft. 96), Berlin 2005.

²³¹⁷ Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 148.

Hauptamtlichen hatte Rauls Anfang März zwar noch das Fortbestehen aller Mitarbeiterstellen bis Ende 1991 garantiert.²³¹⁸ Aber im Zuge der Personaleinsparungen in Vorbereitung der Fusion mit der FDP (West) wurde deren Anzahl bereits bis zum Sommer 1990 drastisch reduziert: Im ersten Halbjahr 1990 mussten etwa 2.000 Mitarbeiter, ca. 60 %, die Partei verlassen.²³¹⁹ Nur die wenigsten Mitarbeiter konnten tatsächlich im Dienst der FDP bleiben oder Beschäftigung in der FDP-nahen Naumann-Stiftung finden, wie etwa der stellvertretende LDP(D)-Vorsitzende Raspe. Dennoch gab es durchaus Parteikarrieren, die in Rostock oder den Reihen des BFD begannen: Der ehemalige DDR-Minister für Leichtindustrie, Gunter Halm (NDPD), übernahm als Resultat der Volkskammerwahl ab dem 12.4.1990 in der großen Koalition unter de Maizière das Wirtschaftsressort. Bis Ende 1991 fungierte er mit seinem Insiderwissen auch als Vorstandsmitglied der Treuhandanstalt.²³²⁰ Der ehemalige Rostocker Kreisvorsitzende Rainer Ortleb wurde ebenso wie sein CDU-Amtskollege Krause aus Bad Doberan Bundesminister für besondere Aufgaben. Der ehemalige LDP(D)-Bezirkvorsitzende Krüger fand ebenfalls Anstellung in den Reihen der FDP. Er wurde Bevollmächtigter des FDP-Schatzmeisters Hermann-Otto Solms.²³²¹ Die ehemaligen Mitglieder der NDPD traten – abgesehen von Halm – weder in der gesamtdeutschen FDP und noch auf dem Parkett der Bundespolitik in Erscheinung.

²³¹⁸ Vgl. Rauls' Antwortschreiben vom 8.3.1990: Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/57, Bl. 98–99.

²³¹⁹ Vgl. Brief des BFD-Geschäftsführers Renatus an Ortleb vom 19.6.1990, SAPMO BArch, DY 16/486, S. 4.

²³²⁰ Vgl. Zu den Unregelmäßigkeiten in Halms Tätigkeit siehe: Der Spiegel vom 9.9.1991: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491376.html>. Eingesehen am 22.8.2013 um 10:12 Uhr.

²³²¹ Vgl. *FDP: Geisel der Neuen*, in Spiegel 46/91: www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491401.html, eingesehen am 23.6.2014 um 17:30 Uhr.

6. Fazit

Die Erosion des SED-Herrschaftsapparates begann lange vor dem Herbst 1989. Fanal und Hauptbezugsgröße für Forderungen nach Veränderungen auf struktureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene waren die 1985 eingeleiteten Reformen Gorbatschows. Dabei ist es nicht so, dass die Zustände in der späten DDR nicht auch ohne Glasnost und Perestroika genügend Kritikpotenzial geboten hätten. Aber Gorbatschow zeigte einen gangbaren Weg auf, dieses zu beheben und löste damit eine große Erwartungshaltung bei vielen Mitgliedern und Funktionären der Blockparteien aus. Zudem bot er ihnen auch die Möglichkeit, sich in ihrer systemloyalen Kritik auf eine anerkannte Persönlichkeit der sozialistischen Welt zu berufen.

Obwohl die Mitglieder aller Blockparteien regelmäßig ihre Hoffnung auf demokratische Veränderungen nach dem Vorbild des „großen Bruders“ äußerten, war der SED-Führung keineswegs an einer Nachahmung gelegen. Ironischerweise hat sie grade durch ihre ablehnende Haltung jener Entwicklung Vorschub geleistet, die sie an der demokratischen Erneuerung des Staatssozialismus fürchtete: Die Offenlegung ihrer Unfähigkeit zur Reformierung. Erst durch den Widerstand der SED führten Glasnost und Perestroika schließlich mit zum Zusammenbruch der Einparteienherrschaft in der DDR im Jahr 1989.

Besonders deutlich zeigen die Quellen die Reformorientierung der Mitglieder von LDP(D) und CDU(D). Der Einsatz für eine größere Beteiligung der Blockparteien am politischen Prozess, eine Aufwertung der Volksvertretungen zu Gremien der Entscheidungsfindung, eine authentische Medienberichterstattung, eine bedarfsgerechte und effiziente Wirtschaft und ein respektvoller Umgang von Verwaltung und Staatsorganen mit den Bürgern waren bei beiden Parteien ebenso zentrale Themen wie die Lockerung der Reisegesetzgebung. An eine grundlegende Abkehr vom Staatssozialismus oder eine offensive Bekämpfung der SED-Herrschaft dachte bis in den Sommer 1989 hinein aber nur eine Minderheit. Doch auch bei der NDPD hat es kritische Stimmen gegeben, die jedoch von den Funktionären abgewiegelt wurden. Einzelne Quellen weisen jedoch darauf hin, dass die Extreme der möglichen Einzelmeinungen bei der NDPD über das Maß der konsensfähigen Kritik in LDP(D) und CDU(D) hinausgingen. Die Quellen der DBD legen den Schluss nahe, dass die Mitglieder der Bauernpartei zwar auch Kritik an einzelnen Entscheidungen und Zuständen im Produktionsbereich geäußert haben, diese aber nicht zu einer generellen Systemkritik erhoben.

Abgesehen von parteispezifischen Schwerpunkten im umwelt-[CDU(D)], bildungs- [LDP(D) und CDU(D)], landwirtschafts- (DBD) und kulturpolitischen Bereich (NDPD) sahen alle Parteien den größten Re-

formierungsbedarf auf dem Feld der demokratischen Teilhabe. Gefälschte bzw. unterschlagene Informationen, die Missachtung der politischen Gremien und ihrer Mandatsträger und die als zu groß empfundene Dominanz der SED führten ab den Jahr 1987 bei allen Parteien zu massiven Resignationserscheinungen und Verweigerungshaltungen. Diese drückten sich bei Mitgliedern und Kreisfunktionären aller Parteien in Mandatsniederlegungen, Passivität und der Ablehnung der parteiinternen Schulungsmaterialien aus. Gleichzeitig mehrten sich aber auch Forderungen nach einer größeren Profilierung und Eigenständigkeit der kleinen Blockparteien.

Offiziell bekundeten die Vorsitzenden aller Parteien das freundschaftliche Verhältnis und gelobten der führenden SED Treue. Wenngleich es auch in den Reihen der Parteivorstände von CDU(D) und NDPD Abweichler und Kritiker der Ausübung der Führungsrolle gab, war die Loyalität der Parteivorsitzenden Götting, Homann und Maleuda uneingeschränkt. Die strukturelle Verflechtung zwischen SED und DBD war engmaschiger als bei den übrigen Parteien, wodurch die Bauernpartei tatsächlich die engste Verbündete der SED war. Die LDP(D) präsentierte sich gegenüber der führenden Partei deutlich selbstbewusster und wurde gerade dafür geschätzt.

Neben den offiziellen Kommunikationskanälen waren die Entscheidungsträger der SED durch das Ministerium für Staatssicherheit über die Stimmungslage und Meinungen in den Blockparteien informiert. Dennoch kam das MfS in Einzelfällen auch zu Fehleinschätzungen. In nahezu allen Parteigliederungen unterhielt sie Informanten, schätzte das Informationsaufkommen aber dennoch als zu gering ein. Besonderes Augenmerk legte das MfS auf CDU(D) und LDP(D). Im Sommer 1989 intensivierte das Ministerium die Arbeit seiner Informanten, um die „Lagebeherrschung“ auch angesichts der aufkommenden Unruhe wieder herzustellen. Neben der Beeinflussung von Diskussionen und der allgemeinen Stimmungslage lenkte das MfS auch grundlegende Entscheidungen im Sinne der SED. So erwirkten IM in den Volkskammerfraktionen von NDPD und CDU(D) auch die Wahl Krenz' zum Nachfolger Honeckers. Ohne das Einwirken der Staatssicherheit hätte die Herrschaft der SED spätestens mit dessen Rücktritt im Oktober 1989 öffentlichkeitswirksamen Widerstand aus den Reihen der Blockparteien erfahren.

Bis zum Oktober 1989 wurde die LDP(D) von Bürgern und den Mitgliedern aller Parteien als wegweisend angesehen. Die Entfremdung zwischen Basis und Führung, die bei CDU(D) und NDPD schon Monate zuvor offenbar geworden war, zeichnete sich in der LDP(D) erst ab Mitte November ab. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass die Vorsitzenden von CDU(D) und NDPD zuerst aus ihren Ämtern gedrängt wurden

und die frühen Sonderparteitage hier die nötige personelle und inhaltliche Erneuerung einleiteten. Die Neuaufstellung des CDU(D)-Führungsgremiums war von allen Parteien am umfangreichsten. Tatsächlich kann bei den Christdemokraten davon gesprochen werden, dass eine fast durchgehend unbelastete neue Führungsriege die Verantwortung übernahm.

Ebenso wie bei der DBD machten die parteiinternen Spannungen der LDP(D) erst später einen Sonderparteitag nötig. Ausdruck dieser größeren Einmütigkeit ist, dass Gerlach nicht auf Drängen der Parteibasis hin von seinem Posten zurücktrat und Maleuda sogar bis zum Sommer 1990 im Amt blieb. Auffällig und charakteristisch ist auch der Ablauf der Sonderparteitage: Die Zusammenkünfte von NDPD und DBD waren beide von einem mangelnden demokratischen Grundverständnis geprägt und offenbarten damit das Fehlen einer demokratischen Tradition. Offensichtlich konnte das bürgerlich-demokratische Bewusstsein in CDU(D) und LDP(D) soweit bewahrt werden, dass es – trotz Untiefen – insgesamt zu einem respektvolleren Umgang mit der Parteibasis führte.

In allen Parteien lässt sich der reformorientierte Einfluss von drei verschiedenen Akteursgruppen ausmachen: Die Parteijugend, die Angehörigen der sogenannten „Intelligenz“ und die weiblichen Mitglieder. In DBD, NDPD und CDU(D) hatte jeweils eine Gruppe den deutlichsten Einfluss auf die Weiterentwicklung der Partei: Die jungen Mitglieder der Bauernpartei und jeweils die Frauen von NDPD und CDU(D), wenngleich die Christdemokratinnen stärker in Erscheinung traten als die Nationaldemokratinnen. In der LDP(D) waren sowohl die Meinungen der Parteijugend als auch die der liberaldemokratischen „Intelligenz“ prägend. Dass sich in der LDP(D) zwei voneinander unabhängige prägende Akteursgruppen ausbilden konnten, deutet darauf hin, wie groß das Potential der Reformorientierung innerhalb der LDP(D)-Mitgliedschaft insgesamt gewesen sein muss.

Parteiübergreifend gehörten die Kreisverbände Bad Doberan, Rostock-Land, Rostock-Stadt und Wismar zu den aktiveren und progressiveren Verbänden. Andersherum waren Stralsund, Wolgast, Grevesmühlen und Ribnitz-Damgarten weniger aktiv und reformorientiert. Es lässt sich kein Zusammenhang dahingehend feststellen, dass pro Kreis jeweils ein Verband einer Partei als Sammelbecken der Reformorientierten fungierte. Ebenfalls gibt es keinen negativen Zusammenhang zwischen der Auffälligkeit der Verbände von CDU(D) und LDP(D) einerseits und NDPD und DBD andererseits. Das bedeutet, dass die Gliederungen von NDPD und DBD nicht dort angepasster waren, wo die Verbände von CDU(D) und LDP(D) progressiver waren. Gleiches gilt vice versa.

Spätestens ab Januar 1990 wiesen die Verbände aller Parteien Auflösungserscheinungen auf, die zum Teil von massiven Austrittswellen und einem Zusammenbruch der Kommunikationsstrukturen begleitet wurden. Während die Ausrichtung auf die Bündnisse mit Bundes-CDU und FDP ebenso stabilisierend wie die vergleichsweise guten Wahlergebnisse auf CDU(D) und LDP(D) bzw. BFD wirkten, katalysierte das überwiegend enttäuschende Abschneiden bei der Kommunal- und Volkskammerwahl den Erosionsprozess in NDPD und DBD. Die Führungsgremien beider Parteien sahen die einzigen Überlebenschancen in einem Bündnis mit CDU(D) und LDP(D)/BFD als Zwischenschritt vor dem Übergang in das gesamtdeutsche Parteiensystem. Während die Fusionen bei allen Parteien zu einer Art „Selbstreinigung“ von enttäuschten Sozialisten führte, war der Protest der DBD-Mitglieder des Bezirks gegen die Festlegung auf ein konservatives Bündnis am massivsten, da sie sich als sozialdemokratisch-bäuerliche Partei verstanden.

In die programmatische Ausrichtung der Bundesparteien CDU und FDP konnten sich die ehemaligen Blockparteien insgesamt wenig einbringen. Die personelle Parität wurde bei der Fusion der christlichen Parteien jedoch gewahrt. Wie Krause und Ortleb machten einige der „Neuen“ in CDU und FDP auf Bundesebene politische Karriere, die in den meisten Fällen jedoch in der Mitte der 90er Jahre wieder endete.

Auch, wenn die Mehrheit aller Blockparteimitglieder die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in der späten DDR als drückend empfunden hat und Reformen nach sowjetischem Vorbild erwartete, wäre aus den Blockparteien zumindest im Sommer 1989 keine Oppositionsbewegung erwachsen. Doch die ersten Bestrebungen, die Machtverhältnisse zwischen den fünf Parteien auch mit Nachdruck zu verändern, lassen sich sowohl bei CDU(D) als auch bei LDP(D) erkennen. Ob und wie sich die CDU(D)-Reformergruppe um Heyl und der progressive Führungskreis um Gerlach tatsächlich gegen die parteiintern SED-treuen Widersacher hätten durchsetzen können, bleibt ebenso zu spekulieren wie die Einschätzung derer tatsächlicher Wirkungsmöglichkeiten gegen die SED.

Es wäre auch interessant zu sehen gewesen, wie weit die SED die Profilierung der Blockparteien noch hätte vorantreiben können, um der Bevölkerung zu suggerieren, dass die legitimen Volksvertreter auch tatsächliche – und die einzigen! – Interessenvertreter des Volkes sind. Sicherlich wäre die Partei der Arbeiterklasse dabei schnell an die Grenzen der anerzogenen Linientreue des Führungspersonals in den Blockparteien gestoßen und hätte Götting oder Maleuda womöglich sogar noch selbst absetzen lassen müssen. Aber dieses Kapitel DDR-Geschichte wird ungeschrieben bleiben.

Die Bewertung der Blockparteien als Erfüllungsgehilfen der SED-Herrschaft und Transmissionsriemen ist grundsätzlich richtig, aber nur aus der Herrschaftsperspektive. Aus der Perspektive der ehemaligen Blockparteimitglieder war sie das nicht. Denn die persönlichen Erfahrungen mit der Mitgliedschaft in einer Blockpartei waren ebenso vielfältig, wie die Beweggründe, dort Mitglied zu werden. Sicherlich gab es in allen Parteien auch weniger politische Mitglieder, Ortsgruppen oder ganze Kreisverbände, die sich als gesellige Gesprächsgruppen und Kontaktbörse für den Austausch von Waren und Dienstleistungen gesehen haben. Aber es gab auch die beiden anderen Pole: Es gab auf der einen Seite auch diejenigen Mitglieder, die sich aus politischer Überzeugung und mit dem Ziel der Reformierung der DDR nicht für die SED, sondern für eine der vier kleinen Blockparteien entschieden haben. Sie suchten Gleichgesinnte und haben dafür auch berufliche oder private Hemmnisse im Kauf genommen. Sie haben ihre Mitgliedschaft als größtmöglichen legalen Kontrapunkt zur SED-Herrschaft gesehen und waren im Rahmen der gegebenen Strukturen bemüht, den DDR-Sozialismus demokratischer zu gestalten. Auf der anderen Seite gab es auch solche Mitglieder, die sich bewusst für die Unterstützung der Partei der Arbeiterklasse entschieden haben und aufgrund persönlicher Kontakte oder ihrer Berufsgruppenzugehörigkeit aber Mitglied in einer der vier kleinen Blockparteien wurden.

Der Spielraum dessen, welches Selbstverständnis und welche Intention die Mitglieder der Blockparteien hatten, war immens. Gemeinsam war ihnen nur, dass sie sich in den staatlichen Strukturen bewegt haben und ähnlichen Bedingungen und Einflüssen ausgesetzt waren. Und noch eins: Gemeinsam war ihnen auch, dass die allermeisten von ihnen die tatsächlichen Mechanismen der SED-Herrschaft nicht erkennen konnten. Zwar war einigen bewusst, dass NDPD und DBD von der SED selbst gegründet worden waren und das Konkurrenzverhalten unter den Parteien gewollt und forciert wurde. Dass die Existenz und die Spielräume der vier kleinen Blockparteien im Sinne der Bündnispolitik im Sozialismus aber nur der Integration und Legitimitätsinszenierung dienten und die SED-Führung nur bedingt an der inhaltlichen Mitgestaltung durch die Blockparteien interessiert war, wurde lediglich die desillusionierte Ansicht einiger Enttäuschter in den späten 80er Jahren. Zu dieser Einsicht kam es auch nur, weil die SED die für sie vertretbaren Möglichkeiten zur weiteren Aufrechterhaltung des Engagements der Blockparteimitglieder (wie etwa die Veränderung der Berichterstattungsstrukturen) erschöpft waren und die Grenzen dessen, was die SED überhaupt hätte reformieren können, vor allem auf volkswirtschaftlichem Gebiet erreicht waren.

Es bleibt noch die Frage, welchen Anteil die Mitglieder der Blockparteien an den Ereignissen des Herbstes 1989 hatten. Abrokat's Einschätzung, die Blockparteien hätten keinen Anteil am Beginn der Wende gehabt,²³²² ist zu oberflächlich. Die Probleme, die nahezu alle Kreisverbände in der späten DDR sahen, waren die gleichen, die auch die Bürgerbewegung benannte. Nur der Weg, diese zu beheben, unterschied sich. Viele Mitglieder der Blockparteien wollten die nötigen Veränderungen auch im Sommer 1989 noch im Rahmen der bestehenden Strukturen und gemeinsam mit der SED umsetzen. Dass jedoch das von der SED geschaffene und kontrollierte politische System der DDR nicht auf eine Reformierung ausgelegt war, erkannten viele erst sehr spät. Viele Parteimitglieder hofften, die DDR auf „legalem“ Weg zu reformieren, was ihnen nicht angelastet werden kann, denn alternativ wäre ihnen nur die Verweigerung oder offener Widerstand geblieben. Wohl kann ihnen aber der Vorwurf gemacht werden, dass sich die Erkenntnis der Unmöglichkeit ihres Vorhabens bei vielen erst sehr spät durchsetzte. Trotz individueller Verantwortung für diese Fehleinschätzungen zeigt der Umstand aber auch, wie gut das inszenierte SED-System letztlich funktioniert hat.

Dass die Mechanismen der SED-Herrschaftssicherung aber so integral waren, dass sie nicht nur auf die reine Absorption von Kritik ausgelegt waren, sondern die SED-Führung darüber hinaus das Äußern systemloyaler Kritik – in Form von Manfred Gerlach – zu einem festen Bestandteil des Systems machte, um die Hoffnung der Blockparteimitglieder auf Veränderungen zu erhalten und damit das System zumindest für eine gewisse Zeit zu stabilisieren, ist perfide. Dieser Grad der Inszenierung, in dem die aufrichtig geäußerte systemloyale Kritik der Bürger ein inhärenter Bestandteil war, ist auch heute schwer zu fassen. Für die damaligen Akteure ist die Erkenntnis des Missbrauchs ihrer Ideale ebenso wichtig wie möglicherweise schmerzlich.

Diese Studie hat zum größten Teil Grundlagenforschung betrieben. Viele sich anschließende Fragestellungen warten noch darauf, bearbeitet zu werden. So steht der Vergleich des hier erhobenen Befundes mit den anderen Bezirken der DDR sowohl als weitere Mikrostudie als auch als übergeordnete Darstellung der DDR-Blockparteien in der späten DDR noch aus. Auf der Makroebene verspräche eine transnationale Untersuchung der äquivalenten Erosionsprozesse aller Blockparteien des ehemaligen Ostblocks spannende Erkenntnisse über mögliche nationale Spezifika und supranationale Gemeinsamkeiten. Um der voranschreitenden Zeitgeschichte auf den Fersen zu bleiben, könnten weitere Arbeiten sich

²³²² Er bezieht sich hierbei lediglich auf den CDU(D)-KV Wismar. Vgl. Abrokat, Politischer Umbruch, S. 213.

auch mit dem Zusammenwachsen der Parteien aus BRD und DDR in den 90er Jahren beschäftigen, die Transformation der ehemaligen DDR-Elite untersuchen und die Frage beantworten, ob es im vereinigten Deutschland ein politisches Erbe der Blockparteien gibt.

Aufgrund des – noch – unzureichenden Forschungsstandes und fehlender anschlussfähiger Arbeiten war dies jedoch weder der Anspruch der vorliegenden Arbeit noch wäre es im Rahmen eines einzelnen Dissertationsprojektes zu leisten gewesen. Daher ist diese Dissertation als ausdrückliche Einladung an interessierte Leser und Wissenschaftler zur weiteren Erforschung des Themengebietes zu verstehen.

7. Anhang

7.1. Abkürzungen

Abb.	Abbildung
abs.	absolut
ABP	Abt. "Befreundete Parteien"
ACDP	Archiv für christlich-demokratische Politik
ADL	Archiv des Liberalismus
AfD	Allianz für Deutschland
AfG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften
AIM	Archivierter IM-Vorgang
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
Ast	Außenstelle
BArch	Bundesarchiv
Bgm.	Bürgermeister
BFD	Bund Freier Demokraten
BVfS	Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit
BStU	Behörde des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen
BV	Bezirksverband
BVO	Bezirksvorstand
CDU(D)	Christlich-Demokratische Union Deutschland
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschland
design.	designt/er
ev.	evangelisch/en
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Frak.	Fraktion
ges.	gesamt
GF	Geschäftsführer
HA	Hauptausschuss (NDPD)
HV	Hauptvorstand [CDU(D)]
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration & des Verbindungswesens
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter Sicherheit (zur Sicherung eines Objekts oder Bereichs)
KD	Kreisdienststelle
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KR	Kirchenrat

KV	Kreisverband
KVO	Kreisvorstand
LDP(D)	Liberaldemokratische Partei Deutschland
L-,F- &	Land-, Forst- & Nahrungsgüterwirtschaft
LK	Landeskirche
LKR	Landeskirchenrat
Ltr.	Leiter
LV	Landesverband
LVO	Landesvorstand
Meckl.	Mecklenburg/s
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Min.	Minister
Mitgl.	Mitglied/Mitglieder
MV	Mecklenburg-Vorpommern
ND	<i>Neues Deutschland</i>
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschland
NFo	Neues Forum
NFr	Nationale Front
NNN	<i>Norddeutsche Neueste Nachrichten</i>
NZ	<i>Nationalzeitung</i>
OB	Oberbürgermeister
OG	Ortsgruppe
OKR	Oberkirchenrat
OPK	Operative Personenkontrolle
PID	Politisch-Ideologische Diversion
PKK	Parteikontrollkommission
Präs.	Präsident
PV	Parteivorstand (DBD)
Ros.	Rostock
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
Seki	Sekretariat
VdF	Verband der Freidenker
Vors.	Vorsitzender
VP	Volkspolizei
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
VK	Volkskammer
zit. n.	zitiert nach
ZR	Zentralrat

Ztg. Zeitung
ZV Zentralvorstand [LDP(D)]

7.2. Personenverzeichnis (Auswahl)

Adam, Wilhelm (Oberst, NDPD, Stellv. LVO Sachsen) 45.
AIM Asta (NDPD-KV Ros.-Stadt) 148, 150.
AIM Klaus Stephan (Umwelt- & Jugendgruppen) 148.
AIM Manfred Fürst (Redakteur NNN) 148.
Anke, Dr. Manfred (Prof., DBD, stellv. Vors.) 272.
Aurich (SED, FDJ-ZR) 165.
Binder, Erwin (DBD, Vors. VK-Frak.) 266.
Birkner (SED, ZK-ABP für LDP(D)) 161.
Block (SED, ZK-ABP für NDPD) 161.
Bogisch, Manfred (LDP(D), Mitgl. Vorst.) 19, 42, 244f., 411.
Bolz, Dr. Lothar (NDPD, Vors.) 169, 263.
Cario, Wolf-Rainer (LDPD stellv. Vors.) 277.
de Maizière, Lothar (CDU(D), Vors.) 10, 97, 140, 156, 158., 219, 248ff., 295, 386, 394, 400, 402f., 409, 412.
Edler, Günther (DBD, stellv. Vors., BV Ros.) 154, 236, 269.
Eichhorn, Herbert (DBD, Landes-GF Sachsen) 266.
Esch, Arno (LDP(D), Ros., Jugendreferent, Hinrichtung 1951) 40, 445.
Ewald, Klaus (OB, Greifsw.) 55.
Gauck, Joachim (Pastor, Ros.) 57, 60, 174.
Geißler, Heiner (CDU, Generalsek.) 83.
Gerlach, Manfred (LDP(D), Vors.) 19, 34, 40ff., 67, 77, 83, 85, 123, 128, 134, 136, 162ff., 167ff., 192, 209, 215, 217, 223, 239ff., 244f., 247, 256, 273ff., 284, 289, 300f., 370, 381, 415f., 418, 443, 449.
Gienke, Horst (Bischof der Pommerschen Ev. Kirche) 173.
Glaeser, Wolfgang (NDPD, Vors. KV Brandenburg, Vors.) 261f., 312, 330.
Glöckner, Reinhard (Pfarrer, Bgm. Greifsw.) 18, 218.
Goldenbaum, Ernst (KPD, DBD, Vors.) 44.
Gomolka, Alfred (Prof., CDU(D), Min.präs. MV) 99, 395.
Götting, Gerald (CDU(D), Vors.) 39f., 62, 70, 83, 98, 103, 120, 123, 156f., 163f., 168, 173ff., 193, 195, 209, 211, 214, 218ff., 220, 248ff., 295, 299, 332f., 373, 378, 414, 416, 446.
Günther, Joachim (LDPD, Haupt-GF) 277, 410.
Gysi, Gregor (SED, SED-PDS, Vors.) 141, 158, 251.
Hager, Kurt (SED, Politbüro-Mitgl.) 66.

Halm, Gunter, (NDPD, DDR-Min. f. Leichtindustrie, Min. f. Wirtschaft DDR) 412.

Harder (SED, ZK-ABP für CDU(D)) 161.

Hartmann, Günter (NDPD, stellv Vors., Vors.) 59, 137f., 140f., 156f., 192, 209, 232f., 244, 254, 256ff., 260ff., 302, 305, 307ff., 313, 305, 353, 374, 377, 407.

Helmschrott, Leonhard (Chefredakteur DBD-Ztg. *Bauern-Echo*) 266.

Hermann, Joachim (SED, ZK- & PB-Mitgl.) 164, 242.

Hermes, Andreas (CDU(D), Gründungsmitgl.) 36, 38, 443.

Heyl, Wolfgang (CDU(D), stellv. Vors., Interimsvors.) 40, 123, 192, 209f., 212, 214, 219, 250., 297, 299, 416.

Homann, Heinrich (Major, NDPD, Vors.) 45, 48, 113, 137f., 156f., 168f., 205, 229f., 232f., 253f., 258, 302f., 376, 414.

Honecker, Erich (SED, Generalsek.) 41, 52, 54, 63, 66, 88, 102, 112, 123, 126, 128, 132, 134f., 137, 146, 157, 163f., 172, 191, 230ff., 237, 241f., 247, 253, 317f., 330, 371, 379, 414, 442.

Honecker, Margot (SED, Volksbildungsmin. DDR) 160.

Huhn, Martina (Mitgl. Synode Bund der Ev. Kirchen in der DDR, CDU(D), Brief aus Weimar) 213, 375.

IM Jens Kellström (LDP(D) BV Ros.) 328.

IM Richard Weisenberg (LDP(D), Jugendbeirat) 152, 370.

IM Stephan (Ltr. Verschlussstelle) 154.

IMK Inge (DBD, Vors. BV Ros.) 154.

Junghanns, Ulrich, (DBD, Erster Stellv. des Vors.) 265, 372, 397, 399.

Kaiser, Jakob (CDU(D), Gründungsmitgl.) 33, 36, 38, 252, 402.

Kastner, Herrmann (LDP, Vors.) 40.

Kirchner, Martin (OKR, CDU(D), stellv. LKR-vors. der Thüringer Ev.-Luth. Kirche, Brief aus Weimar) 213.

Kitschun, Bernd (NDPD, Ros., Mitgl. NDPD-HA, Mitgl. FDJ-ZR) 373f.

Klemm, Dieter (CDU(D), Vors. BV Ros.) 103, 107, 123, 172, 174ff., 196, 215, 218, 326f.

Koch, Waldemar (LDPD, Vors.) 40.

Korbella, Horst (CDU(D), GF) 403.

Korfes, Dr. Wilhelm (Gen.major, NDPD, Mitgl. PV) 45

Krause, Dr. Günther (CDU(D), Vors. KV Bad Doberan, Mitgl. BV, Vors. LV M-V) 151, 179, 214f., 252, 298, 387, 395, 412, 416.

Krenz, Egon (SED, Generalsek.) 11f., 57ff., 114, 123, 134, 138, 140f., 146, 155, 157, 191, 231f., 237f., 242ff., 247, 250, 257, 307, 317, 328, 330, 350, 414.

Krüger, Günter (LDPD, Vors. BV Ros.) 110, 126ff, 130, 132f., 135, 181, 223f., 240, 243, 275, 285, 328, 412.

Köhler, Günther (SED, Kreissek. Greifsw.) 58.
 Kühl, Eberhard (SED, Ltr. Bezirkswahlkomm. Ros.) 55.
Külz, Wilhelm (LDPD, Vors.) 37, 40.
 Lambsdorff, Otto Graf (FDP, Vors.) 411.
Laßen, Uwe (NDPD, stellv. Vors.) 407.
Leder, Hans-Günther (CDU(D), Theologe, Greifsw., Mitgl. BV) 252.
Lehment, Conrad-Michael (LDPD, BFD MV, stellv. Landesvors.) 409.
Lemmer, Ernst (CDU, Gründungsmitgl.) 36.
Lieberknecht, Christine (Pastorin, CDU(D), Brief aus Weimar) 213, 375.
Lobedanz, Reinhold (CDU(D), Vors. LV) 39f.
Löhr, Jonny (SED/NDPD Meck.) 45.
Ludwig, Günther (Oberst, NDPD, Mitgl. PV) 45.
Maleuda, Günther (DBD, Vors.) 49, 96, 145f., 167, 191, 236ff., 244, 256, 265ff., 271f., 314, 318, 321f., 377, 391, 399, 414ff., 437.
Matern, Hermann (SED, ZK- & PB-Mitgl.) 169.
Mecklenburg, Ernst (DBD, Vors.) 49, 267.
Menzel, Bruno (FDP-Ost, Vors.) 406.
Merkel, Angela (CDU(D), Reg.sprecherin) 403.
Meyer-Bodemann, Werner (DBD, BV Ros., stellv. Vors.) 272.
 Mittag, Günter (SED, ZK- & PB-Mitgl.) 242).
Moreth, Peter (LDP(D), Vors. BV Magdeburg, Vors. Min.rat DDR) 133.
Müller, Dr. Gottfried (KR, CDU(D), Brief aus Weimar) 213.
Müller, Vincenz (Gen.leutnant, NDPD, Mitgl. PV) 45.
Neumann, Wolfgang ((CDU(D), Greifsw., Mitgl. BV) 252.
Nieter, Helmut (DBD, Vors. LV M-V) 392.
Niggemeier (CDU(D), Grevesmühlen, Mitgl.) 195.
Nuschke, Otto (CDU(D), Vors., stellv. Min.präs. DDR) 39.
Ortleb, Rainer (LDPD, Vors. KV HRO, Mitgl. BV Ros., LDP Vors., BFD Vors.) 169, 240, 277, 285, 292, 406, 409ff., 416.
 Peck, Ulrich (SED, Kreissek. Ros., Vors. BV Ros.) 58
Petershagen, Rudolf (NDPD, Greifsw., Oberst, Ritterkreuzträger) 264.
Pommerenke, Arthur (NDPD, Vors. BV Ros.) 43, 104, 107, 138, 142, 153, 183f., 231, 255, 258, 301, 304, 329, 388.
 Radunski, Peter (CDU, Bundes-GF) 403.
Raspe, Hans-Dieter, (LDPD, Vors. BV Ros.) 412.
Rauls, Wolfgang (NDPD, Vors. BV) 86, 261ff., 265, 388, 407ff.
Rehberg, Eckhardt (CDU(D), Ribnitz-Damgarten, Mitgl. BV) 252.

Reinhold, Otto (SED, ZK-Mitgl., Rektor AfG beim ZK der SED) 132.

Renatus (BFD, GF) 410, 412.

Richter, Dr. Frank (LDPD, stellv. Vors. BV, Vors. BV Ros.) 166, 329, 340, 379, 405, 407.

Rühe, Volker (CDU, Generalsek.) 394, 403.

Saucken, Dorothea von (DBD, Mitgl. PV, SPD) 377.

Schalck-Golodkowski, Alexander (SED, Ltr. KoKo) 59.

Schlomann, Günther (NDPD, Vors. BV Berlin) 156.

Schmieder, Jürgen (DFP, Vors.) 406.

Schmidt, Gabriele (CDU(D), Ros.-Stadt, Mitgl. BV) 252.

Schmidt, Helmut (SPD, Bundeskanzler) 174

Schmidt, Herold (SED, Mitarb. ZK-ABP) 162.

Scholz (CDU(D), stellv. Vors. BV Ros.) 215.

Scholz, Paul (DBD, Vorstandsmitgl.) 266.

Schreiber, Walther (CDU(D), Gründungsmitgl.) 36, 38.

Schulze, Rudolph (CDU(D), Min. f. Post- & Fernmeldewesen DDR, stellv. Min.präs. DDR) 112, 220.

Schüler, Dirk (DBD, Landes-GF) 269, 398.

Seibel, Hans-Dieter (NDPD, design. Vors. BV Ros.; LV M-V) 261, 330.

Senkpiel, Gerhard (DBD, Vors. BV Ros.) 154, 236, 269, 330.

Solms, Hermann-Otto (FDP, Schatzmeister) 412.

Stier, Christoph (Landesbischof der Ev.-Luth. LK Meckl.) 173.

Thomaneck, Detlef (LDPD, BFD MV, Landes-GF) 408, 410.

Timm, Ernst (SED, Vors. BV Ros.) 28, 55, 58, 163, 218, 378.

Ulbricht, Walter (SED, Vors.) 51.

Vogel, Karl (SED, Ltr. ZK-ABP) 160f.

Weichenhain, Klaus-Peter (LDPD, VK-Mitgl., Vors. BV Berlin) 162f.

Wagner, Elli (SED, Kreissek. Stralsund) 122, 323.

Watzek, Hans (DBD, HRO, Min. f. L-, F- & Ngüterwirt. DDR, SPD) 401.

Wünsche, Kurt (LDPD, stellv. Vors., Justizmin. DDR) 277, 405.

7.3. Tabellen- und Grafikverzeichnis

Tabelle	1:	Übersicht über die CDU(D)-Mitgliederstände, S. 335.
Grafik	1a:	CDU(D)-Mitglieder in % 1987–1990 nach Kreisen des Bezirkes Rostock, S. 338.
Tabelle	2:	Übersicht über Ab- und Zugänge nach CDU(D)-Kreisverbänden 1989, S. 336.
Tabelle	2.1:	Übersicht über Ab- und Zugänge nach CDU(D)-Kreisverbänden 1990, S. 337.
Grafik	2a:	CDU(D)-BV Rostock: Fluktuation 1989/1990 in %, S. 339.
Tabelle	3:	Übersicht über die LDP(D)-Mitgliederentwicklung 1989, S. 343.
Grafik	3a:	LDP(D)-Mitglieder in % 1989/1990 nach Kreisen des Bezirkes Rostock, S. 346.
Grafik	3b:	LDP(D)-BV Rostock: Fluktuation 1989/1990 in %, S. 347.
Tabelle	4:	Übersicht über die LDP(D)-/BFD- Mitgliederstände nach Kreisen 1990, S. 344.
Tabelle	5:	Übersicht über die BFD- Mitgliederstände nach Kreisen 31.3.1990, S. 345.
Grafik	4a:	LDP(D)-, NDPD- & BFD-Mitglieder, S. 348.
Tabelle	6:	Übersicht über die Mitgliederentwicklung der NDPD, S. 353.
Grafik	6a:	Übersicht über die NDPD-Mitgliederentwicklung 1988–1990, S. 354.
Grafik	6b:	NDPD-BV Rostock: Fluktuation 1988/1990 (absolut), S. 355.
Tabelle	7:	Übersicht über die DBD-Mitgliederstände 1987–1990, S. 363.
Grafik	7a:	Übersicht über die DBD-Mitgliederstände 1987–1990, S. 365.
Grafik	7b:	DBD-BV Rostock: Fluktuation 1988–1990, S. 366.
Tabelle	8:	Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-Kreisverbänden 1988 und 1989, S. 364.
Tabelle	8.1:	Übersicht über Ab- und Zugänge nach DBD-Kreisverbänden 1990, S. 367.
Tabelle	9:	Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederzahlen nach Kreisen 31.12.1988, S. 428.
Grafik	9:	Parteimitgliedschaft in % der Bevölkerung nach KV, S. 430.
Tabelle	9.1:	Anzahl der Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit nach KV, S. 429.
Grafik	9.1a:	IM's in den Blockparteien des BV Rostock nach Kreisverbänden, S. 431.
Grafik	9.1b:	IM's der Blockparteien in % der Mitgliederzahlen nach KV, S. 432.
Tabelle	10:	Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen 18.3.1990, S. 433.
Tabelle	11:	Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1990, S. 434.
Tabelle	12:	Landtagswahlergebnisse Oktober 1990 MV nach Wahlkreisen, S. 435.

Tabelle 9: Übersicht über Bevölkerung und Mitgliederzahlen nach Kreisen 31.12.1988²³²³

	Ein- wohn.	CDU(D)-		LDP(D)-		NDPD-		DBD-Mitgl.		SED- Mitgl.	
		abs. ²³²⁴	% ²³²⁵	abs. ²³²⁶	% ²³²⁷	abs. ²³²⁸	% ²³²⁹	abs. ²³³⁰	% ²³³¹	abs. ²³³²	% ²³³³
Bad Dob.	49.387	709	1,44	215	0,44	450	0,91	705	1,43	3.711	7,5 %
Greifsw.	94.363	717	0,76	275	0,29	918	0,97	1.056	1,12	9.633	10,2
Grevesm.	41.670	876	2,10	234	0,56	370	0,89	871	2,09	4.532	10,9
Grimmen	33.871	794	2,34	115	0,34	316	0,93	916	2,7 %	3.772	11,1
Rib.-Dam.	65.912	678	1,03	418	0,63	755	1,15	951	1,44	5.207	7,9 %
Rostock-L	38.952	520	1,33	209	0,54	282	0,72	ent-	ent-	4.400	11,3
Rostock-S	253.990	717	0,28	857	0,34	1.303	0,51	1.401	0,55	30.638	12,1
Rügen	86.999	783	0,90	280	0,32	656	0,75	1.418	1,63	7.918	9,1 %
Stralsund	100.406	647	0,64	454	0,45	717	0,71	1.114	1,11	9.312	9,3 %
Wismar	91.029	665	0,73	454 ²³³⁴	0,50	447	0,49	970	1,07	8.994	9,9 %
Wolgast	59.896	655	1,09	345	0,58	505	0,84	624	1,04	4.627	7,7 %
gesamt	916.475	7.761	0,85	3.856	0,42	6.719	0,73	10.026	1,09	101.16	10,1
DDR	16.674.6	139.70	0,84	110.82	0,66	110.85	0,66	121.69	0,73	~2,4	14,0

²³²³ Thematische Karte „Bezirke und Kreise der Deutschen Demokratischen Republik. CDU-Mitglieder-zahlen nach Kreisverbänden“, VEB Leipzig, Stand 31.12.1988, ACDP 07-011-3900.

²³²⁴ Analyse des statistischen Berichts des Bezirksverbandes Rostock der CDU für das Jahr 1988, ACDP 03-043-21/1

²³²⁵ Eigene Berechnungen anhand der oben dargestellten Zahlen.

²³²⁶ Berichtsbogen J 1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. 1164 und Nr.1165.

²³²⁷ Eigene Berechnungen anhand der oben dargestellten Zahlen.

²³²⁸ Entwicklung des Mitgliederbestandes im BV Rostock, Stand 31.12.1988, SAPMO BArch, DY 16/2026.

²³²⁹ Eigene Berechnungen anhand der oben dargestellten Zahlen.

²³³⁰ Quartalsbericht für das IV. Quartal 1988, Stand 31.12.1988, SAPMO BArch, DY 60/3813.

²³³¹ Eigene Berechnungen anhand der oben dargestellten Zahlen.

²³³² Stand: Feb. 1987. Zahlen abgelesen aus Übersicht über die Versammlungstätigkeit nach SED-Kreisverbänden, SAPMO BArch DY 30/32765.

²³³³ Eigene Berechnungen anhand der oben dargestellten Zahlen.

²³³⁴ Für den KV liegen nur Angaben vom 31.12.1987 (420) und vom 30.6.1989 (471) vor. Die hier angegebenen 454 Mitglieder sind eine Schätzung.

**Tabelle 9.1.: Anzahl der Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit
nach Kreisverbänden²³³⁵**

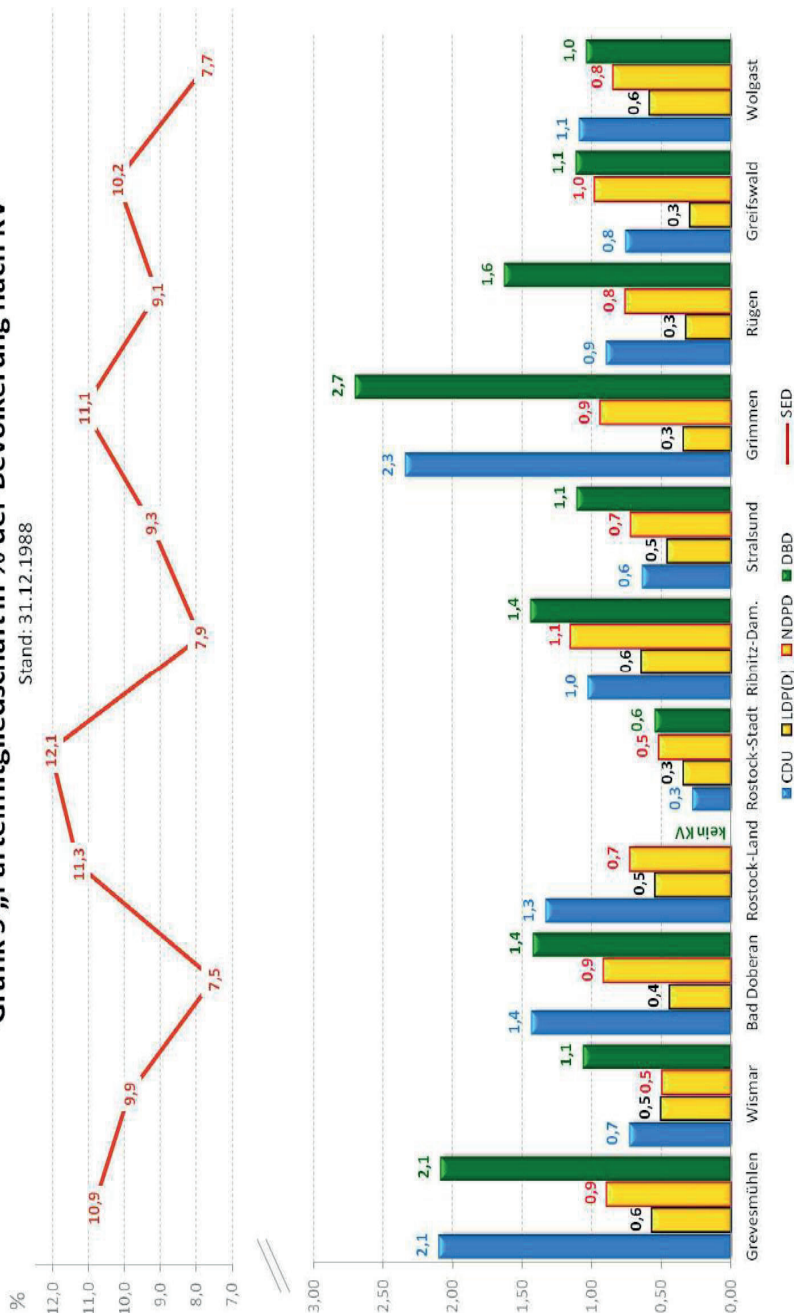
	CDU(D)	LDP(D)	NDPD	DBD
Bad Doberan	4	1	3	12
Greifswald	9	4	7	10
Grevesmühlen	4	2	2	10
Grimmen	2	0	7	3
Rib.-Damgarten	6	5	13	12
Rostock	8	5	12	8
Rügen	2	8	9	9
Stralsund	11	7	13	13
Wismar	2	1	2	10
Wolgast	4	7	16	10
gesamt	52	40	84	97

²³³⁵

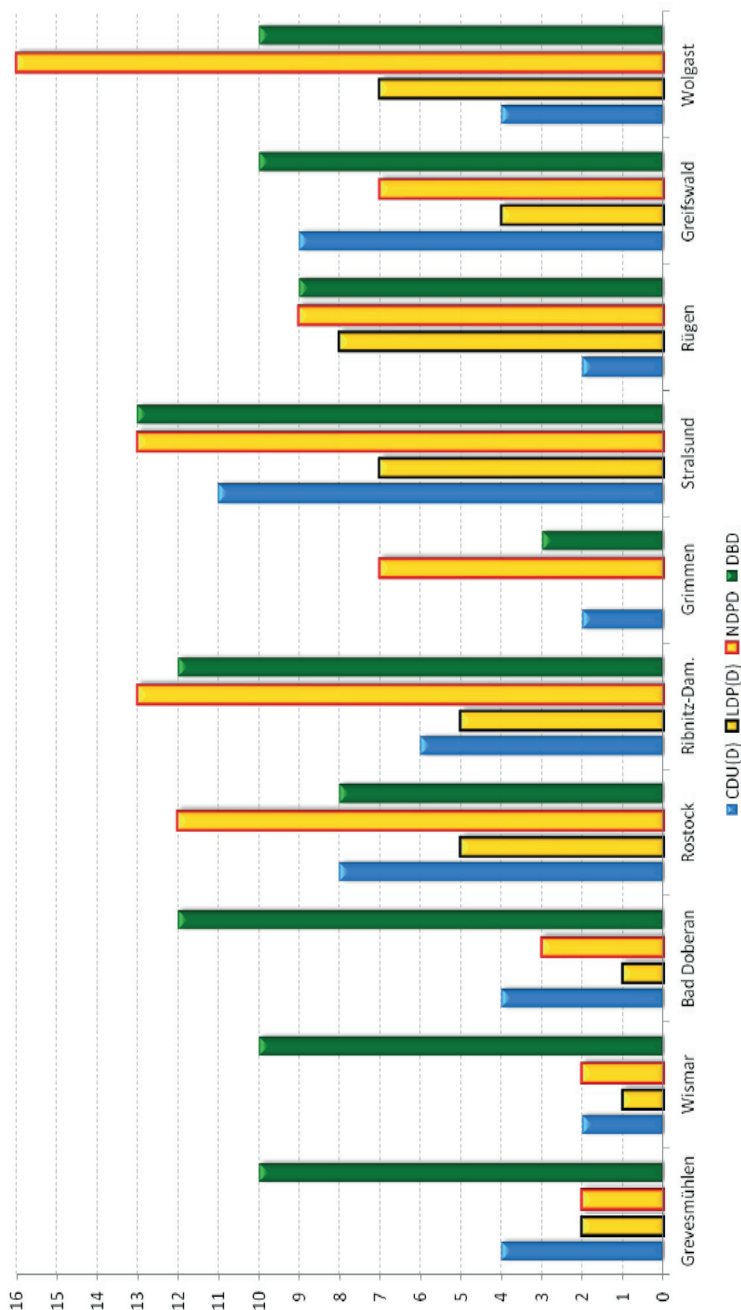
IM-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 166.

Grafik 9 „Parteimitgliedschaft in % der Bevölkerung nach KV“

Stand: 31.12.1988



Grafik 9.1a „IM's in den Blockparteien der KV (absolut)“
(IMI-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989)



Grafik 9.1b „IM's der Blockparteien in % der Mitgliederzahlen nach KV“

(IMI-Dislozierung BV Rostock vom 13.4.1989)

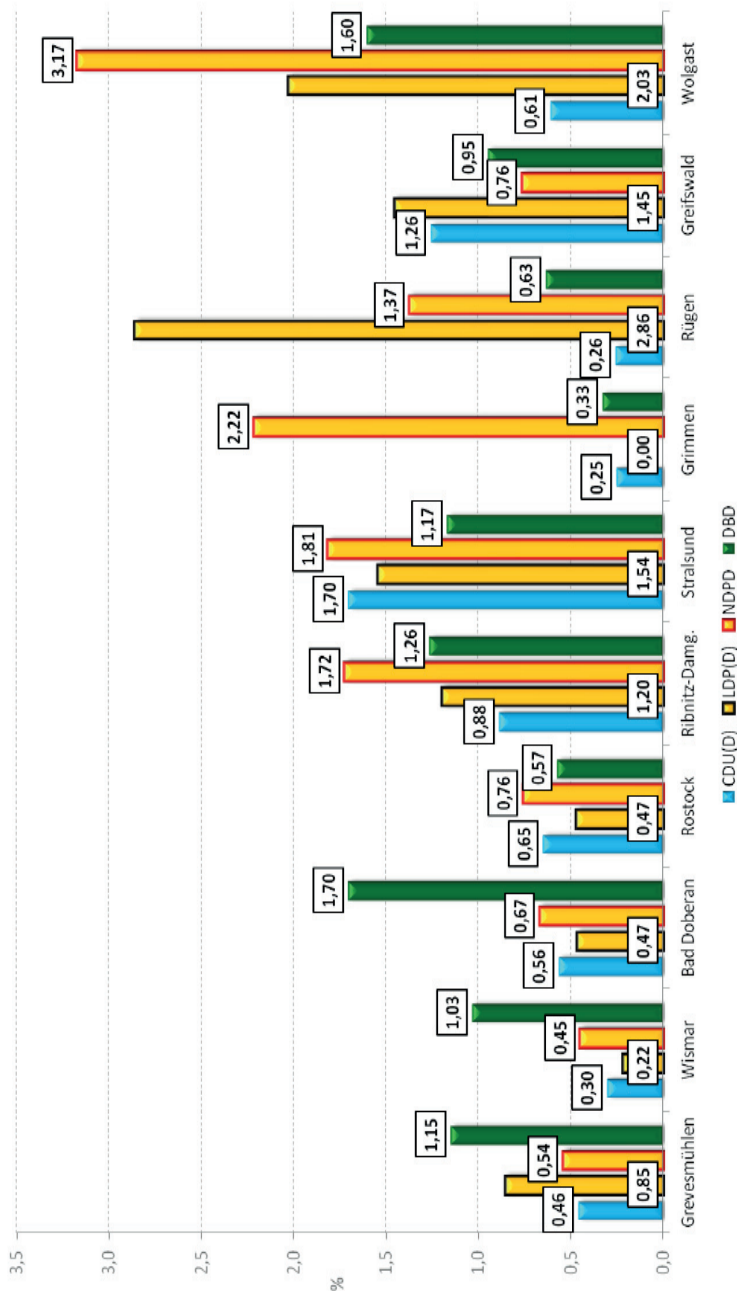


Tabelle 10: Volkskammerwahlergebnis nach Kreisen 18.3.1990²³³⁶

	CDU	BFD	NDPD	DBD	SPD	PDS
Bad Doberan	39,0 %	3,9 %	0,4 %	3,2 %	26,8 %	18,8 %
Greifswald-Land	41,5 %	1,7 %	0,3 %	12,4 %	15,3 %	20,8 %
Greifswald-Stadt	36,6 %	3,3 %	0,5 %	2,5 %	22,0 %	24,5 %
Grevesmühlen	39,0 %	3,1 %	0,3 %	4,6 %	32,4 %	15,8 %
Grimmen	33,6 %	2,1 %	0,9 %	12,1 %	18,7 %	26,2 %
Rib.-Damgarten	39,1 %	4,3 %	0,5 %	6,4 %	20,7 %	20,1 %
Rostock-Land	36,0 %	3,9 %	0,3 %	6,2 %	23,4 %	19,4 %
Rostock-Stadt	24,6 %	3,6 %	0,3 %	1,0 %	31,2 %	27,1 %
Rügen	31,7 %	2,8 %	0,5 %	9,2 %	17,5 %	29,4 %
Stralsund-Land	39,1 %	2,6 %	0,4 %	12,6 %	15,2 %	22,7 %
Stralsund-Stadt	42,1 %	3,3 %	0,4 %	1,9 %	19,2 %	24,1 %
Wismar-Land	39,9 %	3,2 %	0,3 %	6,0 %	29,4 %	14,3 %
Wismar-Stadt	36,3 %	4,3 %	0,2 %	1,0 %	35,2 %	15,3 %
Wolgast	43,2 %	2,8 %	0,6 %	6,0 %	15,8 %	22,1 %
BV gesamt	34,3 %	3,4 %	0,5 %	4,4 %	24,8 %	23,2 %
DDR gesamt	40,8 %	5,3 %	0,4 %	2,2 %	21,9 %	16,4 %

²³³⁶

Angaben entnommen aus: <http://www.wahlen-in-deutschland.de/bovkKreise.htm>. Eingesehen am 10.2.2014, 16:00 Uhr.

Tabelle 11: Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1990

	Volkskammerwahl 18.3.1990 ²³³⁷		Kommunalwahl 6.5.1990 ²³³⁸		Landtagswahl 14.10.1990 ²³³⁹	
	MV	ges.	MV	ges.	MV	ges.
CDU	36,9 %	40,8 %	30,4 %	34,4 %	38,3 %	43,6 %
PDS/LL	22,8 %	16,4 %	14,0 %	14,6 %	15,7 %	11,6 %
BFD/FDP	3,6 %	5,3 %	5,3 %	6,7 %	5,5 %	7,8 %
DBD	4,4 %	2,2 %	6,2 %	3,7 %	n. angetr.	
NDPD	0,5 %	0,4 %	n. angetr.		n. angetr.	
Wahlbeteiligung.	93,4 %	93,4 %	75,0 %	75,0 %	65,2 %	69,6 %

²³³⁷ Alle Zahlen aus: ACDP 07-012-3955.

²³³⁸ Alle Zahlen aus: ebd.

²³³⁹ Alle Zahlen aus: ebd.

Tabelle 12: Landtagswahlergebnisse Oktober 1990 MV nach Wahlkreisen in %²³⁴⁰

Kreis/Partei	CDU	SPD	PDS	FDP	Beteiligung
WK 1: Grevesmühlen – Gadebusch	36,9	36,0	12,5	6,0	64,3
WK 2: Wismar-Land – Bützow	40,2	28,5	14,0	5,6	64,9
WK 3: Wismar	34,1	32,8	13,3	5,8	66,7
WK 4: Bad Doberan	38,3	31,7	13,0	5,9	68,3
WK 13: Rostock I	27,7	31,8	20,0	5,1	63,0
WK 14: Rostock II	26,1	30,6	23,1	5,2	63,6
WK 15: Rostock 03	28,8	31,6	19,1	6,4	68,6
WK 16: Rostock IV	26,7	28,4	22,3	5,5	59,8
WK 17: Rostock-Land – Rib.Damg. II	39,0	26,3	13,0	5,9	66,6
WK 18: Ribnitz-Damgarten I	41,0	25,7	13,3	5,6	64,3
WK 20: Grimmen – Stralsund II	48,7	22,0	14,3	3,2	63,3
WK 21: Stralsund I	43,0	24,2	16,6	4,1	63,8
WK 22: Rügen I	41,5	26,0	15,7	3,6	59,7
WK 23: Rügen II	38,1	28,6	17,8	3,1	56,3
WK 24: Greifswald	45,9	19,1	16,8	4,1	61,8
WK 25: Greifswald-Land – Demmin	49,2	20,3	12,3	3,1	65,8
WK 26: Wolgast	46,1	19,5	15,8	8,0	63,7

²³⁴⁰

Die Wahlkreise stimmen nur bedingt mit den territorialen Kreisen überein, da sie sich nach der Bevölkerungsanzahl richten. Entnommen aus: Märkische Allgemeine vom 16.10.1990, ACDP 07-012-3512, S. 1.

7.4. Quellenverzeichnis

7.4.1. Gedruckte Quellen

- Bärwald, H.: Die Blockpolitik der SED und ihre Weiterführung nach dem VII. Parteitag – Schöpferische Anwendung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der bündnispolitischen Erfahrungen der KPdSU, in: Barthel, H.: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozess, Berlin (Ost) 1978.
- Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Nr. 2, den 10. Juni 1945, Berlin. Zit. n.: Weber, H.: Zum Transformationsprozess des Parteiensystems in der SEB/DDR. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Ders. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 11–50, hier S. 22.
- Beyer, H.: Arbeiterklasse, Partei, Bündnispolitik, Berlin (Ost) 1969.
- Dokument über die 29. Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands am 6. August 1947 in Berlin, abgedr. in: Koch, Demokratischer Block, S. 317.
- Engels, F.: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, Berlin (Ost) 1964, S. 370–374.
- Entschließung des Demokratischen Blocks vom 17. Juni 1949, abgedr. in: Koch, Demokratischer Block, S. 329.
- Grambke, H.: Im Bündnis auf bewährtem Wege, Berlin (Ost) 1972.
- Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1988.
- Lenin, W. I.: Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Brief an die Redaktion der "Prawda", in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Werke, Bd. 26, Berlin 1972, S. 329–331.
- Lenin; W.I.: Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten, in: Ders.: Werke, Bd. 30, Berlin (Ost) 1964.
- Lenin, W. I.: Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, in: Ders.: Werke, Bd. 30, Berlin (Ost) 1964.
- Lenin, W. I.: Staat und Revolution, in: Ders.: Werke, Bd. 25, Berlin (Ost) 1960.

- Lenin, W. I.: Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokratie?, in: Ders.: Werke, Bd. 1, Berlin (Ost), 1968.
- Lenin, W. I.: Was tun?, in: Ders.: Werke, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966.
- Maleuda, G.: Die DBD im Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung der DDR, in: *Bauern-Echo*, 29.1.1990.
- Marx, K.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, in: MEW, Bd. 7, Berlin (Ost), 1960.
- Marx, K./Engels, F.: Die Bauernfrage in Deutschland und Frankreich, in: MEW, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963.
- Marx, K./Engels, F.: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke (kurz: MEW) Bd. 4, Berlin (Ost) 1964.
- Pfretzschner, R./Schneider, K.: Aktuelle Probleme des Zusammenwirkens von befreundeten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen unter Führung der SED, in: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Institut für Staats- und Rechtstheorie (Hg.): Die gesellschaftlichen Organisationen im politischen System des Sozialismus; Materialien des internationalen Symposiums am 26. Mai 1982 in Potsdam Babelsberg, Potsdam 1982.
- Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Sekretariats des Zentralvorstandes der LDP(D) am 9. Oktober 1989 in Berlin, Archiv des Liberalismus, LDP(D), 31713, abgedruckt in: Walter, Frühling, S. 11.
- Protokoll der Sitzung des SED-Politbüros vom 17. Oktober 1989, SAPMO BArch, SED, ZK, J IV 2/2A/3247, abgedr. in: Stephan, G.-R./Küchenmeister, D. (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994.
- Programm der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, beschlossen auf dem ersten Parteitag am 2./3. Juli 1949, abgedruckt in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 265–271.
- Schritte zur Erneuerung – Aktionsprogramm der SED, in: Neues Deutschland vom 11./12. November 1989.
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1985⁷.
- Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977.

7.4.2. Ungedruckte Quellen

7.4.2.1. Archiv für Christlich-demokratische Politik (ACDP)

Bestand 02: Kreisverbände

02-239: 005/3, 006/2-006/3, 007/1, 008/1

02-240: 001/1, 002/1, 003/3, 004/1, 005/1, 006/1

02-244: 002/1, 004/4, 014/2, 018/3, 022/4, 024/1, 026/4, 023/2

02-249: 001/1

02-343: 002/1

02-253: 001/3, 003/3-4, 004/2

Bestand Landes- und Bezirksverbände, Bezirksverband Rostock 03-043-

011/2, 012/4, 021/1, 022/1, 032/2-032/5, 033/1-033/6, 034/2, 038/1, 040/1-040/6, 041/1-041/6, 043/1-043/3, 045/1-045/6, 047/1-047/8, 048/4, 049/1-049/4, 051/1-051/2, 054/1-054/4, 060/2, 060/4, 060/5, 061/1-061/4, 062/4, 066/2, 066/3, 080/2, 080/3, 081/2, 081/4, 085/2, 087/1, 089/1-089/3, 090

Bestand 07: Zentrales Parteiarchiv Ost-CDU

Ost-CDU, Vorstand: 07-010: 3231, 3272, 3277, 3368-3371, 3375, 3384, 3511, 3529, 3546, 3616, 3628, 3658, 3682, 3796, 3874, 3907, 3942, 4976, 4977

Ost-CDU, Sekretariat des Hauptvorstandes: 07-011: 3082-3084, 3095, 3810, 3949, 3318, 3480, 3757, 3419-3422, 3483, 3525, 3542, 3551, 3593, 3605, 3613, 3674, 3715, 3718, 3811, 3826, 3831, 3854, 3871, 3900, 3902, 3911, 3934, 3954, 3987, 4057, 4333, 4380, 4423, 4426, 4604, 4610, 4678, 4698, 4778, 4950, 4983, 5294, 5309, 5330, 5341, 5569, 5586, 5591, 5625, 5637, 5638, 5649, 5659, 5660, 5663, 5681, 5685, 5694, 5754, 5767, 5781, 5796, 5888, 5889, 5893, 5900, 5909, 5916, 5921, 5940, 5949, 5950, 6036, 6042, 6082, 6095, 6194, 6202, 6364

Ost-CDU, Parteiarbeit: 07-012: 3171, 3404, 3521, 3576, 3581, 3609, 3669, 3676, 3905, 3928, 3955, 3956, 3986, 3987, 3989, 5025, 5050, 6010, 6026, 6029, 6043

Ost-CDU, Sachthemen: 07-013: 1029, 1030, 3306, 3612, 3630, 3940, 3952, 4043, 4469, 5768, 5902

7.4.2.2. Archiv des Liberalismus (ADL), Bestand LDP(D)

Bestand Bezirksverband Rostock

25682/1, 29094b, 29094c, 30086, 31598, 31600, 31622, 31626, 31628/2, 31634, 33749-33751, 33755-33757, 33759, 33761, 33769-33771, 33773, 33775, 33783, 33786-33788, 33791, 33794-33801, 33803-33807, 33812, 33813, 33815, 33816, 33818, 33821, 33828, 33831, 33834-33836, 33842, 33844, 33845, 33847, 33848, 33850, 33854, 33860, 33862, 33864, 33868-33871, 33875, 33877-33880, 33898, 33899, 33904, 33907, 33908

LDP(D) Zentrale Organe, L1–L8:

L1 Hauptgeschäftsstelle BFD: 53, 87

L3 Sekretariat des Zentralvorstandes: 601, 648, 675

L4 Sitzungen des Zentralvorstandes: 361

L6 Parteitage: 335

L7: Sekretariat des Zentralvorstandes: 111

L8 Abteilung Parteivorstände: 100, 345, 355, 1005, 1008, 1096, 1097, 1551, 1608, 1650, 1804

7.4.2.3. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch)

Bestände NDPD, SED und DBD

Bestand NDPD DY 16-

124, 129, 424, 426-428, 434, 436, 437, 445, 447, 484-487, 588, 670, 693, 766-768, 780, 787, 820, 823, 832, 860, 1112, 1251, 1256, 1276, 1810, 1880, 1895, 1900, 1901, 1903, 1904, 1906, 1934, 1938, 1989, 2021, 2022, 2026, 2313, 2314, 2682, 2744, 2750-2760, 2939, 2941, 3001, 3460, 3521, 3606, 3608, 3619, 3625, 3678, 3699, 3700, 3717, 3765, 3777, 3804, 3823, 3832, 3842, 3862, 3890, 3904, 3999, 4050, 4069, 4070, 4168, 4190, 4221, 4222, 4273, 4283, 4331, 4332, 4333, 4353, 4356, 4403, 4446-4448, 4463, 4464, 4514, 4535, 4536, 4565, 4623, 4625, 4628, 4679, 4692, 4693, 4712, 4719, 4764, 4776, 4814, 4835, 4874, 4875, 4917, 4936, 4941, 4960, 4978, 5011, 5012, 5063, 5115, 5133, 5177, 5193, 5203, 5204, 5209, 5234, 5237, 5238, 5263, 5267, 5293, 5294, 5320, 6058, 6243, 6359, 6362, 6363

Bestand SED DY 30-

2582, 18526-18528, 27815, 27816, 27974, 32516, 32568, 32609-32614, 32616, 32617, 32624, 32716-32718, 32719-32751, 32765, 32766

Bestand SED, Nachgeordnete Einrichtungen D 30/ IV –

2/2.03776, 2/2.037/24, 2/3/4445, 2/2.037/9, 2/2.037/12, 2/3/4253, IV 2/3/4321

Bestand vorläufig SED DY 30/vorl. SED-

22815, 27040, 33030, 33061, 33063, 36210, 36218, 36218/2, 36219, 36277/1, 36237, 36238, 36243, 36259, 40745, 40747

Bestand DBD DY 60-

67, 68, 71-73, 129, 141, 142, 329-336, 484, 852, 859, 860, 866, 868, 869, 873-891, 2766-2769, 2901-2907, 2910-2912, 2922, 3151, 3154, 3166, 3169, 3181, 3186, 3196, 3199-3212, 3213, 3214, 3221-3225, 3241, 3371-3374, 3448, 3457, 3480, 3495, 3499, 3522, 3524, 3533, 3534, 3539-3544, 3561, 3636, 3773, 3774, 3779, 3780, 3786, 3812, 3813, 3821, 3822, 3838, 4295, 4320, 4687, 4758, 4861, 4862, 4888, 4927, 4928, 4947, 4990, 5381-5404, 5561, 5562, 5605-5610, 5625, 5627, 5630, 5632, 5634, 5637

7.4.2.4. Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU)

Bestand Bezirksverband Rostock, BV Rst. Abt. XX:

130, 228, 229, 250, 293/93, 387/93, 421, 493/1, 495/93, 563, 656, 576, 589, 620, 621, 659, 887, 901, 974, 1304, 1308, 1557, 1664, 1671-1673, 1684, 1730, 1742, 1757, 1768, 1817, 2588

Bestand Auswertungs- und Kontrollgruppe Rostock BV Rst AKG:

20, 47, 166, 1036, 1114

Bestand Bezirksverband Rostock, Kreisdienststellen BV Rst KD:

10, 20, 29, 71, 78, 87, 123, 163, 214, 217, 250

Bestand MfS Hauptabteilung XVIII:

22795

Bestand MfS Hauptabteilung XIX:

4863

Bestand MfS Hauptabteilung XX:

261, 825, 826, 1367, 2409, 5120, 6405, 6625, 6629, 6632, 6953, 6992, 7004, 7566, 7626, 7627, 7823, 8599, 18776, 19383

Bestand MfS Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe ZAIG:

3306, 3750, 5371, 21436

7.3.2.5. Pommersches Landesarchiv Greifswald

Bestand NDPD 4.132-

6, 21, 22, 23, 31, 34, 35, 36, 55, 57-61, 67, 81, 82, 89, 91, 92, 98, 100, 101, 103, 104, 106, 108-112, 120, 125, 129

7.5. Literaturverzeichnis

- Abrokat, S.: Politischer Umbruch und Neubeginn in Wismar von 1989 bis 1990 (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Band 21), Hamburg 1997.
- Agethen, M.: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 47–72.
- Agethen, M.: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: HPM. Archiv für christlich-demokratische Politik, Nr. 1 (1994), S. 89–114.
- Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hg.): Bündnispolitik im Sozialismus, Berlin 1981.
- Ammer, T.: Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung, Köln 1991.
- Ash, T.G.: Ein Jahrhundert wird abgewählt: Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990 (dtv, Bd. 30328), München 1993².
- Baberowski, J. (Hg.): Arbeit an der Geschichte: Wie viel Theorie braucht Geschichtswissenschaft? (Eigene und Fremde Welten, Bd. 18), Frankfurt am Main 2010.
- Bauer, T.: Blockpartei und Agrarrevolution von oben: die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64), München 2009.
- Belwe, K./Reuter, U. (Hg.): Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989, Bonn 1989.
- Bessel, R./Jessen, R.: Einleitung. Die Grenzen der Diktatur, in: Dies. (Hgg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR Göttingen 1996, S. 7–23.
- Bogisch, M.: Die LDP(D) und die Staatskrise 1989/90 (Forscher und Diskussionsskreis DDR-Geschichte, Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 87), Berlin 2004.
- Bogisch, M.: Illusionen. Enttäuschungen. Vereinnahmungen. Zur Politik der ostdeutschen Liberalen im Anschlussjahr 1990 (Hefte zur DDR-Geschichte, Heft. 96), Berlin 2005.
- Boll, B./Holtmann, E. (Hgg.): Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, Innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland. Das Beispiel Sachsen-Anhalt. Wiesbaden 2001.
- Bollinger, S. (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe (Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 11), Berlin 2004.
- Borchert, K. (Hg.): „Für unser Land“: Eine Aufrufaktion im letzten Jahr der DDR, Frankfurt am Main 1994.

- Bordiehn, D.: Manfred Gerlach. LDP(D) – eine politische Biographie. Dissertation FU Berlin, Veröffentlichung vorauss. 2018.
- Bösch, F. (Hg.): Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden, Göttingen 2012.
- Booß, C.: Der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989, in: Deutschland-Archiv 42 (2009), S. 993–1002.
- Bouvier, B.: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996.
- Bouvier, B.: Sozialpolitik in der Ära Honecker, in: Brunner, D./Niemann, M. (Hgg.): Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wahrnehmung und Wirkung, Paderborn 2011, S. 203–218.
- Brandt, H. J./Dinges, M.: Kaderpolitik und Kaderarbeit in den „bürgerlichen Parteien“, Berlin 1984.
- Braun, G.: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ (1946–1950), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), S. 545–562.
- Conze, W.: Sozialgeschichte in der Erweiterung, in: Neue politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft, Bd. 19 (1974), S. 501–508.
- Creuzberger, S.: Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen „Schlüsseldokumenten“, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 37–47.
- Decker, F./Neu, V. (Hgg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2013².
- de Maizièrre, L.: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg i.Br. 2010².
- Dietze, F.: Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 47–62.
- Ditfurth, C. v.: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991.
- Dowidat, C.: Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 497–544.
- Drescher, A./Herbstritt, G./Mothes, J. (Hg.): Aufbruch '89. Über den Beginn der Wende in Schwerin, Schwerin 1994.

- Duhnke, H.: Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Text und Kommentar, Frankfurt a.M. 1966.
- Engelmann, R.: Annäherung und Abgrenzung: Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 66), München 1993.
- Engelmann, R.: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Ders./Henke, K.-D. (Hgg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung“ (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 1), Berlin 1995², S. 23–39.
- Fischer, A.: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 9–24.
- Florath, B. (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur (Analysen und Dokumente, Bd. 34), Göttingen 2011.
- Florath, B.: Die SED im Untergang, in: Ders. (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur (Analysen und Dokumente, Bd. 34), Göttingen 2011, S. 63–104.
- Frevert, U./Haupt, H.-G. (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung (Historische Politikforschung, Bd. 1), Frankfurt am Main 2005.
- Fulbrook, M.: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008.
- Gerlach, M.: Das Manuskript, das nicht zum Buch werden durfte, Berlin 2010.
- Gerlach, M.: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991.
- Gieseke, J./Wentker, H. (Hgg.): Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011.
- Glöckner, R.: Die Wende in Greifswald aus meinem Erleben und in meiner Sicht, Greifswald 1993.
- Gottberg, B.: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 73–87.
- Groschupp, H./Müller, E. (Hgg.): Letzter Versuch einer Offensive: Der Verband der Freidenker der DDR (1988–1990); ein dokumentarisches Lesebuch, Aschaffenburg 2013.

- Grundmann, S.: Räumliche Disparitäten in der DDR, in: Mertens, L. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Zu einem Strukturmerkmal der SED-Diktatur (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 82), Berlin 2002, S. 159–202.
- Gudenschwager, W.: Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidation der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 159–181.
- Güth, L.: „Resignation ist unchristlich!“. Der Rostocker Bezirksverband der Ost-CDU in den letzten Jahren der DDR, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hg.): HPM 21 (2014), S. 65–84.
- Haas, J.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Bamberg 1988.
- Hallermann, A.: Partizipation in politischen Parteien (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 8), Baden-Baden 2003.
- Heinz, M.: „Der Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen tobt...!“ Friedliche Revolution und demokratischer Übergang in den Kreisen Bad Doberan und Rostock-Land, Bad Doberan 2009.
- Henke, K.-D./Engelmann, R. (Hgg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten, Bd. 1), Berlin 1995².
- Hertle, H.-H./Stephan, G.-R. (Hgg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees (Forschungen zur DDR-Gesellschaft, ohne Bd.), Berlin 2012⁵.
- Heydemann, G./Mai, G./Müller, W. (Hgg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 73), Berlin 1999.
- Höhne, R.: Von der Wende zum Ende. Die NDPD während des Demokratisierungsprozesses, in: Niedermeyer, O./Stöss, R. (Hg.): Parteien und Wahlen im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 113–142.
- Horn, H.: Gewerkschaften in staatssozialistischen Ländern Osteuropas, in: Mielke, S. (Hg.): Internationales Gewerkschafts-Handbuch, Opladen 1983.
- Höser, S./Scherer, R.: Wir hatten Hoffnung auf eine Demokratie. Rostocker Protestanten im Herbst 1989 (Talheimer Sammlung kritisches Wissen, Bd. 27), Mössingen-Talheim 2000.
- Itzerott, B.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 178–213.

- Jordan, S.: Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft (UTB, Bd. 3104), Paderborn 2010.
- Jun, U./Höhne, B. (Hgg.): Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse (Parteien in Theorie und Empirie, Bd. 1), Opladen/Farmington Hills, MI, 2010.
- Kaina, V./Römmele, A. (Hgg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden 2009.
- Kiefer, M.: Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDUD und deren Wirksamkeit von 1952 bis 1989, in: Richter, M./Rißmann (Hg.): Die Ost-CDU, S. 139–158.
- Klitscher, J.: Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluss? Die Kontroverse um die Gründung der SED 1946, Hamburg 2009.
- Koch, M.: Der Demokratische Block, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 281–338.
- Kocka, J.: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaebler, H./Kocka, J./Zwahr, H. (Hgg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553.
- Köpke, H./Wiese, F.-F.: Mein Vaterland ist die Freiheit: Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997.
- Kosellek, R.: Revolution, in: Brunner, O. u. a. (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd., 5 (Pro-Soz), Stuttgart 2004, S. 653–789.
- Kösters, C.: Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche 1989/1990, in: HPM 17/2010, S. 55–112.
- Kowalczyk, I.-S.: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 762), Berlin 2009.
- Kühne, K.: Die Anfänge der DBD, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 89–102.
- Kurek, W.: Die VdgB in der bündnis- und agrarpolitischen Konzeption der SED (1945–1952). Entstehung und Konsolidierung des Verbandes als Konsequenz der SED-Politik. Eine Quellenstudie, Berlin 1995.
- Küsters, H.-J.: Das Ringen um die Deutsche Einheit: die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90, Freiburg 2009.
- Langer, K.: Auch der Norden brach auf – zur Geschichte des politischen Umbruchs in Mecklenburg-Vorpommern, in: Heydemann, G./Mai, G./Müller, W. (Hgg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 73), Berlin 1999, S. 379–390.

- Langer, K.: „Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft...“ Zur Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR, Bremen 1999.
- Lapp, P. J.: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998.
- Lapp, P. J.: Die Blockparteien im politischen System der DDR (Deutschland-Report, Bd. 2), St. Augustin 1988.
- Lapp, P. J.: Die Blockparteien und ihre Mitglieder, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II/1: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 290–300.
- Lapp, P. J.: Gerald Götting: CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biographie, Aachen 2011.
- Lehmann, H. G.: Deutschland-Chronik 1945–2000 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 366), Bonn 2002.
- Lindenberger, T. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (Herrschaft und Erfahrungsdimensionen, Bd. 1), Köln/Weimar/Wien 1999.
- Lipset, S. M./Rokkan, S.: Party Systems and Voter Alignments. Cross national perspectives, London 1967.
- Lindner, B.: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90 (Zeitbilder, Bd. 11), Bonn 1998.
- Lück, H.: Ein Mehr an Demokratie. Die neue CDU, in: Knabe, H. (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989.
- Malycha, A.: Die Parteien und Massenorganisationen im politischen System der DDR, in: Stephan, R. u. a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 21–45.
- Malycha, A.: Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971–1989 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 102), Oldenburg 2014.
- Maser, P.: Die Kirchen in der DDR (Deutsche Zeit Bilder, ohne Bd.), Bonn 2000.
- Matthiesen, H.: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 122), Düsseldorf 2000.
- Matthiesen, H.: Das Kriegsende nach 1945 und der Mythos der kampflosen Übergabe, in: Wernicke, H. (Hg.): Greifswald. Die Geschichte der Stadt, Schwerin 2000, S. 135–158.
- Mayer, T.: Deutscher Herbst 1989 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 99), Berlin 2010.

- Mertens, L.: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Studien zur DDR-Gesellschaft, Bd. 10), Münster 2004.
- Mellies, D./Möller, F. (Hg.): Greifswald 1989. Zeitzeugen erinnern sich. Marburg 2009.
- Mrotzek, F.: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Band 17), Hamburg 1997.
- Müller, W.: Der Transformationsprozess der SED, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 51–115.
- Murswiek, D.: Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und die Grenzen der Verfassungsänderung. Ein Beitrag zur Diskussion um die Verfassungswidrigkeit der wiedervereinigungsbedingten Grundgesetzänderung (Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 29), Köln 1999.
- Neubert, E.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, Bonn 1997.
- Neubert, E.: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008.
- Niemann, A./Süß, W. (Hg.): Gegen das Volk kann nichts entschieden werden. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg, Berlin 1996.
- Niemann, M.: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007.
- Niemann, M.: „Schönfärberei und Schwarzmalerei“. Die Parteinformationen der SED, in: Brunner, D./Niemann, M. (Hgg.): Die DDR – Eine deutsche Geschichte. Wahrnehmung und Wirkung, Paderborn 2011, S. 159–186.
- Niemetz, D.: Das feldgraue Erbe: Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR (Militärgeschichte der DDR, Bd. 13), Leipzig 2006.
- Papke, G.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Frölich, J. (Hg.): Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 25–46.
- Plat, W.: Begegnung mit den anderen Deutschen. Gespräche in der Deutschen Demokratischen Republik (Rowohlt-Paperback, Bd. 79), Reinbek 1969.
- Plato, A. v.: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 381), Bonn 2003.
- Plato, A. v.: Internationale Bedingungen der Wiedervereinigung, in: Florath, B. (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur (Analysen und Dokumente, Bd. 34), Göttingen 2011, S. 29–42.

- Plato, A. v.: Widersprüchliche Erinnerungen. Internationale Protagonisten der Wiedervereinigung und nationale Vereinigungsmythen, in BIOS 14 (2001), S. 37–52.
- Podewin, N.: Blockpolitik, in: Herbst, A./Stephan, G.-R./Winkler, J. (Hgg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 332–345.
- Pohlmann, M./Markova, H.: Soziologie der Organisation. Eine Einführung (UTB, Bd. 3573), Köln/Weimar/Wien, 2011.
- Pohlmann, T.: Die Ersten im Kreis. Herrschaftsstrukturen und Generationen in der SED (1946–1971), V&R unipress 2017.
- Probst, L.: „Der Norden wacht auf!“ Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock 1989/1991, Bremen 1993.
- Probst, L. (Hg.): Rostock – Stadt an der Warnow, Bremen 1991².
- Reichelt, H.: Blockflöten – oder was? Zur Geschichte der DBD, Berlin 1997.
- Reißig, R.: 1989: Systembruch im Osten, Systemschock im Westen und der sozialwissenschaftliche Diskurs, in: Bollinger, S. (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe (Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 11), Berlin 2004, S. 498–521.
- Richter, M.: Die Blockpartei CDU und die friedliche Revolution 1989/90, in: Meyer, T. (Hg.): Deutscher Herbst 1989 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 99), Berlin 2010, S. 119–129.
- Richter, M.: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1889/90 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 38); Göttingen 2010.
- Richter, M.: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 235–253.
- Ries, K.: Kultur als Politik: das „Ereignis Weimar-Jena“ und die Möglichkeiten und Grenzen einer Kulturgeschichte des Politischen, in: HZ 285 (2007), S. 303–354.
- Rißmann, M.: Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR, in: HPM 1/1994, S. 69–88.
- Rödter, A.: Klios neue Kleider: Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: HZ 283 (2006), S. 657–688.
- Rüddenklau, W.: Die Luxemburg-Affäre, in: Ders.: Störenfried: DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den Umweltblättern (Basis-Druck-Dokument, Bd. 7), Berlin 1992.
- Rüsen, J. (Hg.): Historische Objektivität. Aufsätze zur Geschichtstheorie, Göttingen 1975.

- Sabrow, M.: Macht und Herrschaft, in: Schultz, H./Wagener, H.-J. (Hgg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Berlin 2007, S. 28–48.
- Schäuble, W.: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991.
- Schmeitzner, M.: Abschied vom Westen? Das Problem der Gewaltenteilung in den Verfassungsdebatten der Länder der SBZ (1946/47), in: Brunner, D./Niemann, M. (Hg.): Die DDR – Eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2011, S. 103–132.
- Schmidt, U.: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997.
- Schoon, S.: Wählerverhalten und politische Tradition in Mecklenburg und Vorpommern (1871–2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 151), Düsseldorf 2007.
- Schröder, D. u. a.: Es ist eine Revolution. Der LDP(D)-Vorsitzende Manfred Gerlach über die Reformpolitik in der DDR, in: Der Spiegel, 6. November 1989 (Nummer 45), S. 32–48.
- Schroeder, K.: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1045–1990, Köln/Weimar/Wien 2013.
- Schroeder, K.: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München 2000².
- Schuhbauer, T.: Umbruch im Fernsehen, Fernsehen im Umbruch: Die Rolle des DDR-Fernsehens in der Revolution und im Prozess der deutschen Wiedervereinigung 1989/90, Berlin 2001.
- Schüle, A./Ahbe, T./Gries, R. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006.
- Schwabe, K.: Ende einer Illusion. Hoffnungen und Enttäuschungen aus 40 Jahren DDR, Schwerin 1999.
- Schwartz, M.: Emanzipation zur sozialen Nützlichkeit: Bedingungen und Grenzen von Frauenpolitik in der DDR, in: Hoffmann, D./Schwartz, M. (Hgg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2005, S. 47–88.
- Schwießelmann, S.: Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung. Innenansichten der CDU im Norden der DDR, in: HPM 16/2009, S. 109–154.
- Soldwisch, I.: „...etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei dienen“: Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg von 1946 bis 1952 (Rostocker Schriften zur Regionalgeschichte, Bd. 1), Berlin 2007.
- Sommer, U.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter Führung der SED, Münster 1996.

- Staritz, D.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 215–239.
- Staritz, D.: Die National-Demokratische Partei Deutschland 1948–1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Berlin 1968.
- Stelzer, C.: Schürze und Jeans. BRD-Medien – neuer Akt im Psychokrieg gegen die DDR, in: *Freie Erde* vom 03.10.1989.
- Stude, S.: Die CDU in der späten DDR (Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 114), Berlin 2009.
- Suckut, S.: Die DDR-Blockparteien, in: Weber, J. (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 99–198.
- Suckut, S.: Die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung der Blockparteien, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II/1: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 282–290.
- Suckut, S.: Ost-CDU und LDP(D) aus der internen Sicht von SED und MfS, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 103–120.
- Suckut, S.: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952, Bonn 2000.
- Suckut, S.: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 117–178.
- Thörner, H.: Wie ein Staat zerbröselte. Die Treffen in Greifswald im Dezember 1989/1990, in: Jüttner, W. u.a. (Hg.): Leitlinien politischen Handelns. Freundesgabe für Rolf Wernstedt zum 65. Geburtstag, Hannover 2005, S. 185–197.
- Tuchscheerer, H.: 20 Jahre vereinigt Deutschland: eine „neue“ oder eine „erweiterte Bundesrepublik“? (Extremismus und Demokratie, Bd. 20), Baden-Baden 2010.
- Voegelin, E.: Die politischen Religionen, München 1996².
- Walter, M.: Es ist Frühling und wir sind (so) frei! LDP(D), NDPD, DFP und FDP in der DDR 1989/1990 (Spektrum Politikwissenschaft, Bd. 4), Würzburg 1998.
- Weber, H.: Zum Transformationsprozess des Parteiensystems in der SEB/DDR. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Ders. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 11–50.

- Werz, N./Hennecke, H.-J. (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000.
- Wierling, D.: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie (Forschungen zur DDR-Gesellschaft, ohne Bd.), Berlin 2002.